Der Hochverraths... gegen Oberwinder, Andr

Austria. Landesgericht, Vienna

Aus 2568.10

Harvard College Library

FROM THE FUND BEQUEATHED

BY

CHARLES SUMNER

(Class of 1830)

SENATOR FROM MASSACHUSETTS

"For books relating to Politics and Fine Arts"

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Der

Hochverraths-Proceß

gegen

Oberwinder, Andr. Scheu, Most, Papst, Hecker, Perrin, Schönfelder, Berka, Schäftner, Pfeiffer, Dorsch, Eichinger, Gehrke und Baudisch.

Verhandelt

vor dem k. k. Landesgerichte in Wien

begonnen am 4. Juli 1870.

Nach stenographischen Berichten bearbeitet und herausgegeben

von

Heinrich Scheu.

Wien 1870.

Im Selbstverlage des Herausgebers.

Druck v. Switiroch, Alserstr. 18.

Digitized by Google

Aus 2568.10

HARVARD COLLEGE LIBRARY
NOV. 7, 1919
SUMNER FUND

Digitized by Google

Von dem interessanten Hochverrathsproceß, welcher am 4. Juli 1870 vor den Schranken des k. k. Landesgerichtes gegen die socialdemokratischen Arbeiter sich abzuspielen begann, ein klares anschauliches Bild zu geben, in welchem die Cultur- und Rechtsverhältnisse des neuen Oesterreichs scharf und entschieden zum Ausdrucke kommen, ist der Zweck der vorliegenden Hefte. Eine durchwegs stenographische Wiedergabe der Verhandlungen würde ein zu umfangreiches Werk, welches dem Arbeiterstande unzugänglich wäre, in Anspruch nehmen, und es ist daher die Herausgabe eines Berichtes, welcher nach stenographischen Aufzeichnungen bearbeitet, das Wesentliche wörtlich und unverkürzt, das Unwesentliche aber verständlich zusammengefaßt und gekürzt den Lesern bietet, eine Nothwendigkeit.

Ob bei unseren traurigen österreichischen Preßverhältnissen am Schlusse des Berichtes eine ehrliche freie Besprechung und Würdigung des ganzen Dramas möglich sein wird, wird sich aus dem Verlaufe der Verhandlungen ergeben.

Wien, am 6. Juli 1870.

Der Herausgeber.

Digitized by Google

Folgender schriftlicher Anklagebeschluß wurde den Angeklagten drei Wochen vor der Schlußverhandlung zugestellt:

Im Namen Sr. Majestät des Kaisers.

Das k. k. Landesgericht in Wien hat den Beschluß gefaßt, es werden

1. Andreas Scheu, aus Wien geb., 26 Jahre alt, evangelisch, verheiratet, Vater zweier Kinder, Modelleur und Zeitungsredacteur;

2. Heinrich Oberwinder, aus Weilburg in Nassau geb. und dahin zuständig, 24 Jahre alt, evangelisch, ledig, Journalist;

3. Johann Most, aus Augsburg geb., 24 Jahre alt, katholisch, ledig, Buchbindergehilfe;

4. Heinrich Perrin, aus Orockowitza in Croatien geb., 39 Jahre alt, katholisch, verheiratet, Vater dreier Kinder, Tischlergehilfe,

nach §. 200 St. P. O. in den Anklagestand versetzt, weil dieselben des Verbrechens des Hochverrathes, strafbar nach §§. 58 und 59 St. G., rechtlich beschuldigt erscheinen; — es werde

5. Johann Pabst, aus Salzburg geb., 23 Jahre alt, katholisch, ledig, Schriftsetzer, nach §. 200 St. P. O. in den Anklagestand versetzt, weil derselbe des Verbrechens des Hochverrathes und der Vorschubleistung, strafbar nach den §§. 58 und 59 St. G., rechtlich beschuldigt erscheint; — es werden

6. Martin Berka, aus Oedenburg geb., 29 Jahre alt, evangelisch, ledig, Korbflechtergehilfe;

7. Joseph Schönfelder, aus Zuckmantel in Schlesien geb., 50 Jahre alt, katholisch, verheiratet, Eisenhobler auf der Westbahn;

Digitized by Google

8. Friedrich Häcker, aus Stögersdorf in Ungarn geb., 21 Jahre alt, katholisch, ledig, Tischlergehilfe,
nach §. 200 St. P. O. in den Anklagestand versetzt, weil dieselben des Verbrechens des Hochverrathes und der öffentlichen Gewaltthätigkeit, strafbar nach den §§. 58 und 59 St. G., rechtlich beschuldigt erscheinen; — endlich werden

9. Johann Baudisch, aus Skalitz in Böhmen geb., 28 Jahre alt, katholisch, verheiratet, Vater zweier Kinder, Schneidergehilfe;

10. Leopold Schäftner, aus Wien geb., 21 Jahre alt, katholisch, ledig, Steinmetzgehilfe;

11. Friedrich Pfeiffer, aus Kirchschlag in N.-Oest. geb., 26 Jahre alt, katholisch, ledig, Journalist;

12. Ferdinand Dorsch, aus Wien geb., 24 Jahre alt, katholisch, ledig, Bandmachergehilfe;

13. Ludwig Eichinger, aus Neunkirchen in N.-Oest. geb., 34 Jahre alt, katholisch, ledig, Eisendrehergehilfe;

14. Heinrich Gehrke, aus Stockholm in Hannover geb., nach Wien zuständig, 35 Jahre alt, evangelisch, verheiratet, Vater von vier Kindern, Sattler und Ledergalanterie-Arbeiter,
nach §. 200 St. P. O. in den Anklagestand versetzt, weil dieselben des Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit, strafbar nach §§. 76 und 77 St. G., rechtlich beschuldigt erscheinen.

Die Angeklagten werden im Verhafte behalten. Zur Schlußverhandlung sind vorzuladen: Michael Breiter, Paul Reinert, Julius Brüßhaver, Marie Podany, Edmund Mühlwasser, Simon Deutsch, Dr. Markbreiter, Eduard Hügel, Bernhard v. Flourencourt, Josepha Strobel, Anton Schuler, Johann Läufer.

Bei der Schlußverhandlung sind vorzulesen: Original der Relation, Bericht über eine Interpellation im Herrenhause, Wiener-Zeitung vom 15. December, Bericht über Arbeiterdemonstration und Doppelvolksversammlung bei Zobel aus Nr. 344 der „Morgenpost"; aus dem Haussuchungsprotocoll bei Schäftner, das Concept der Rede bezeichnend mit 1; aus dem Haussuchungsprotocolle bei Pfeiffer; Brief des Reinert und aus dessen Notizbuch die Notizen vom 19.8, 8.10, 7.11. — Aus dem Haussuchungsprotocolle bei Gehrke: Brief des Lieber, des Becker, Bundeslied, Brudergruß. — Aufruf vom 22.12 68 und 11.4 68, sowie jener des Comité's des 5. Arbeitertages. — Aus dem Haussuchungsprotocolle bei Berka

Digitized by Google

die mit Bleistift geschriebenen Concepte und die beiden Protocolle der Gewerkschaftssection, Polizeinote Nr. 14. — Aus dem Haussuchungsprotocolle bei Johann Schönfelder: Brief des Joseph Erös. Aus dem Haussuchungsprotocolle bei Hermann Hartung: Brief des Filipp, Brief des Krosch aus Reichenberg, Briefe des Pfeiffer aus Suben, Brief des Liebknecht, Anweisung der Züricher Volksbank. — Leumundszeugnisse, Abschrift des Telegramms Nr. 52, Hausdurchsuchungsprotocolle und deren Eröffnung aus Nr. 53. Aussage des Simon Eggenreich Nr. 55, des Karl Howorka und Gottlieb Haring Nr. 70. Brief des Derfler Nr. 54. Aussage des Triebl und Merkovich Nr. 75, des Leidesdorf Nr. 76. Protocoll und Schreiben aus Nr. 77. Aussage des David und Raimund Nerfort Nr. 78, des Anton Strasser und Wilhelm Moser Nr. 79. Aus dem Berichte Nr. 81 die Rede des Hartung vom 17. Mai 1869 und die Rede des Ludwig Fortelka vom 27. October 1869. — Aus dem stenographischen Protocolle Nr. 81 die Rede des Professor Held, S. 3—20, des Scheu, S. 28—31, des Berka, S. 59—68, nebst Constatirung, daß diese Volksversammlung den 1. December vom Verein zur Wahrung der Volksrechte einberufen war.

Das ganze stenographische Protocoll Nr. 81 über die Volksversammlung vom 13. December 1869. Die Aussage des Karl Beier Nr. 82, des Franz Seibold Nr. 83, des Simon Zeng und Karl Rittwayer Nr. 84. Hausdurchsuchungsprotocoll Nr. 92. Aussage des Franz Wallner Nr. 93. Hausdurchsuchungsprotocoll Nr. 93.

Von den bei Julius Brüßhaver vorgefundenen Documenten Nr. 95 die vier Briefe des Becker, der Brief an Oberwinder, Briefe des Strasser, Subaric, Pfeiffer, Swolinyi, Siegl aus dem Buche mit der Aufschrift „Otto Spangler". Das Verzeichniß der Mitglieder der internationalen Arbeiterassociation. Aus dem zweiten Buche auf dem fünften Blatte. Plan einer Revolution.

Aus dem Hausdurchsuchungsprotocolle im Centrale des Arbeiter-Bildungsvereins Nr. 97 die Recepisse und das Manifest an die landwirthschaftliche Bevölkerung.

Aus dem Hausdurchsuchungsprotocolle im Lesezimmer Neubau den Brief bei Oberwinder Nr. 97, die drei Briefe des Ladendorf, ein Brief aus London, einer des Beust. Legitimationskarten für Eisenach mit Mandat für Basel. Aus der beiliegenden Nummer des Journals „Fraternite" auf der vierten Seite Schreiben des

Digitized by Google

Oberwinder sammt Unterschrift. Brief des Eckart. Aus den beiden Notizbüchern die eingebogenen Stellen. Brief aus der Pichler'schen Druckerei. Brief des Rustow, Frankl Franz. Concept aus Judenburg. Brief des Syeweka. Schreiben des Klagenfurter Arbeiter-Bildungsvereins. Aus dem Cassaberichte die Beträge aus Oesterreich.

Aus dem Hausdurchsuchungsprotocolle bei Johann Most Nr. 97: Aus dem Tagebuche alle Eintragungen. Der Brief von Most an seinen Vater und von Letzterem an Most. Die beiden Mitgliedskarten.

Aus dem Hausdurchsuchungsprotocolle bei Johann Pabst Nr. 97: Zwei Aufgabsrecepisse. Brief des Dr. Markbreiter. Bestätigung des Deutsch über 1000 fl., des Buchdruckervereins über 500 fl.

Aus dem Hausdurchsuchungsprotocolle bei Groß Nr. 97: Brief des Subaric an Groß sammt Adresse. Note und Bericht aus Reichenberg Nr. 99. Brief Nr. 101. Aus Nr. 104 Note des Stadtrathes Wiener-Neustadt und Vernehmungen des Joseph Unterbrenner, Joseph Szemany und Karl Respani. Der Brief aus Nr. 110. Die Note Nr. 111. Die beiden Erlässe aus Nr. 116.

Aus der Nr. 120 erliegenden Nummer des neuen Wiener „Tagblatt" die Notiz über die Wahl von Delegirten zur Demonstration. Aussage der Barbara Gehrke Nr. 127. Bericht der Preßpolizei Nr. 128. Das Nr. 131 erliegende Originaltelegramm mit der Constatirung, daß dasselbe die Handschrift Scheu's sei. Zwei weitere Telegramme des Scheu aus Nr. 133. Den Nr. 136 erliegenden Brief. Die fünf Hausdurchsuchungsprotocolle aus Nr. 139. Die beiden Noten Nr. 164 und 165. Die Protocolle 166, 167 und aus Nr. 166 Scheu betreffend. Brief des Schaufler aus Hohenberg, Brief des Arbeiter-Bildungsvereins in Asch, Brief sammt Gedicht des Ebert. Brief aus Berlin. Die Protocolle 197, Oberwinder betreffend. Vier Briefe an denselben. Polizeinoten Nr. 187 und 188.

Aus dem Protocolle über die am 1. Jänner 1870 im Unlversum stattgehabte Volksversammlung Nr. 189 die Ansprache des Scheu, S. 1—3.

Aus der Rede des Most die Seiten 34, 38, 87.

Aus Nr. 196 Brief des Oberwinder. Schreiben der Züricher Volksbank. Schreiben des Ladendorf.

Digitized by Google

Schreiben des Hilgard, Schreiben des Ladendorf.

Aussage des Theodor Windisch Nr. 214.

Aus Nr. 224 sämmtliche darin enthaltenen Briefe an Raspe, aus Nr. 229 die Proclamation Hartung's. Die Noten Nr. 232 bis 234. Aussage des Otto v. Bauer Nr. 235. Den aus der Geheimschrift des Most übersetzten Brief von ihm Nr. 238. Aus Nr. 240 die Amtserinnerung, Uebersetzung der Nr. 3 des „Nußknacker", sowie das übersetzte Theilconcept. Aus Nr. 241 von der übersetzten Nr. 2 des „Nußknacker die Partie: „Unser Proceß". Die Aussage des Willibald Eichler Nr. 250.

Aus Nr. 252 die Note der Brünner Polizeidirection sammt den Aussagen des Ferdinand Deiß, Johann und Joseph Straßny, Vincenz Tillack, Johann Poduschka, Franz Baier, Joseph Klär, Adolf Schenk.

Aussage des Anton Lindner Nr. 253, des Joseph Blacincic Nr. 259. Bericht des Reichenberger Magistrates Nr. 256. Aussage des Franz Baier Nr. 259.

Nr. 257 aus dem Berichte Z. 3 die Rede Hartung's und Pfeiffer's, Z. 7 die Rede Heinrich Gehrke's, Z. 15 die Rede Scheu's; Z. 22 vom 19. April 1870 nebst der Constatirung, daß die Anmeldung von Oberwinder geschrieben sei, die Eröffnungsrede des Hartung, die Reden des Gemeinderathes Umlauft und des Baudisch; Z. 24 Volksversammlung vom 30. Mai 1869, betreffend den Bericht des Commissariates, die Eröffnungsrede des Hartung, die Reden des Mühlwasser, Kutil, Schäftner, Baudisch, Most und die Schlußrede Hartungs; Z. 27 die Reden des Baudisch und Groß; Z. 28 die Reden des Maier und Most; Z. 31 die Reden des Moser und Reinert; Z. 34 die Rede des Hartung; Z. 36 die von Landau vorgeschlagene und angenommene Resolution; Z. 37 die Reden des Most und Dorsch; Z. 38 die Rede des Most.

Die Correspondenz aus Nr. 267, die Noten Nr. 273, 277.

Aus Nr. 296 die Volksversammlung vom 25. Juli 1869 betreffend, die Reden des Liebknecht S. 5—27, 30—33, 81—87, die Rede des Nimieck S. 72, die Rede des Berka S. 74—75, die Rede des Scheu S. 58—89.

Aus Nr. 303 den Bericht a.

Aus Nr. 308 Hausdurchsuchung bei Ernst Hartung die Briefe 5 und 6 und Constatirung des Verkehrs mit Groß und Oberwinder.

Digitized by Google

Auszug aus dem stenographischen Protocolle über die Volksversammlung vom 3. April 1870, Nr. 324.

Abschrift der Note des Polizeiministeriums an das Kriegsministerium Nr. 47. Aus dem Berichte über den Vereinstag zu Nürnberg Nr. 119, S. 3 bis zur rotheingeklammerten Programm-Seite 18—19. S. 25 und 26 das Rotheingeklammerte.

Aus dem stenographischen Protocolle über die Verhandlungen des Eisenacher Congresses Nr. 184, S. 8 Eröffnung durch Geib, S. 15 Wahl des Präsidiums, S. 15—19 Rede Bebel's, S. 21 die gestellten Anträge, S. 26 und 27 Reden des Scheu und Mühlwasser, S. 28 Debatten über Punkt 1 des Programms, S. 30 Reden des Raspe und Neumayer, S. 31 Reden des Löwenstein, Liebknecht, Oberwinder, Brenner; S. 43 Telegramme aus Oesterreich, S. 54 Antrag Scheu, S. 57 Reden des Scheu, Bebel und Oberwinder; S. 59—62 Reden des Brucke, Oberwinder, Liebknecht, Neumayer; S. 63, 64 Rede Dr. Walstor's sammt Beschluß, S. 74 die dort enthaltenen Anträge und Wahlen, S. 76 bis 82 aus dem Namensverzeichnisse die Constatirung der Mandate aus Oesterreich.

Aus dem Protocolle über Durchsuchung bei Scheu Nr. 89: 4 Empfangsbestätigungen, 10 Postrecepisse, Brief des Macher, Brief aus Judenburg.

Aus der Hausdurchsuchung bei Scheu Nr. 119: 3 Briefe an seine Frau, Aufsatz aus Genf, 18. Juni.

Aus der Durchsuchung des Oberwinder Nr. 146: Brief des Fortelka, 2 Briefe des Hartung, ein Brief des Deutsch, ein Brief des Eckart, ein Brief des Leo Frankl.

Aussage des Joseph Katzian Nr. 312, gerichtsärztliches Gutachten Nr. 313.

Aus der Zeitschrift „Volksstimme", u. z. aus Nr. 1 das Programm, aus Nr. 4 die Artikel „Nach dem Schlusse des Reichsrathes", „Zur Tagesgeschichte" (Paris), „Brünn, 18. Mai" (eine polizeilich aufgelöste Volksversammlung); aus Nr. 6 der Schlußabsatz des ersten Leitartikels, aus Nr. 7 Aufruf zum Baseler Congreß, aus Nr. 8 Aufruf zum Eisenacher Congreß, aus Nr. 9 der Artikel „Parteiangelegenheiten" (der Arbeitercongreß), der Artikel „Die Bedeutung des Eisenacher Congresses für die socialdemokratische Partei in Oesterreich", „Parteiangelegenheiten", „An unsere

Digitized by Google

Parteigenossen", „Programm und Statuten der socialdemokratischen Arbeiterpartei", und auf der letzten Seite Bestätigung über 1500 Francs; aus Nr. 11 auf der letzten und vorletzten Seite, Erklärung und Vereinsnachrichten; aus Nr. 12 auf der vorletzten Seite, „Preßburg und Heinrich Oberwinder"; aus Nr. 13 „Zur Tagesgeschichte" und „Parteiangelegenheiten"; aus Nr. 16 „Unsere Partei und die Reaction in Oesterreich", und auf der letzten Seite Bestätigung über 500 Francs aus dem Revolutionsfond für die deutsche Republik.

Aus der Zeitschrift „Felleisen" Jahrgang 1869, Nr. 132: aus Nr. 1 „Unsere Grundsätze" und „Vereinsangelegenheiten"; aus Nr. 2 „Zur Tagesgeschichte" und o—r. Wien, 4. April 1869; aus Nr. 6 o—r. Wien, 30. Jänner; aus Nr. 12 „Unsere Bestrebungen"; aus Nr. 14 auf der letzten Seite „An unsere Freunde und Parteigenossen"; aus Nr. 20 o—r. Wien, 10. Mai; aus Nr. 21 Edm. M. Brünn, 17. Mai; aus Nr. 22 o—r. Wien, 24. Mai; aus Nr. 25—28 Empfehlung der „Volksstimme"; aus Nr. 29 Empfehlung des Parteiorgans „Volksstimme", B—, Wien, 12. Juli, und „Vereinsangelegenheiten"; aus Nr. 30 B—, Wien, 18. Juli, „An unsere Parteigenossen", „Vereinsangelegenheiten" und Constatirung, daß der Aufruf auch von Hartung und Oberwinder aus Wien gefertigt sei; aus Nr. 31 „Directe Gesetzgebung durch das Volk"; aus Nr. 33 „Vereinsangelegenheiten", „Erklärung"; aus Nr. 35 Artikel, als Nachtrag hiezu; aus Nr. 37 Bericht über den Baseler Congreß, Abschnitt IV; aus Nr. 38 detto, Abschnitt VI, 1. Astg.; aus Nr. 42 Artikel h.— Wien, 12. October; aus Nr. 43 Artikel h.— Wien, 19. October; aus Nr. 52 „Zur Tagesgeschichte".

Jahrgang 1870: aus Nr. 2 ∧ Wien, 2. Jänner, Artikel „An unsere Freunde und Parteigenossen"; aus Nr. 5 ∧ Wien, 23. Jänner; aus Nr. 8 ∧ Wien, 13. Februar; aus Nr. 10, ∧ Wien, 28. Februar; aus Nr. 20 aus dem Artikel „Wien, 7. Mai 1870" das Rotheingeklammerte.

Aus der Zeitschrift „Volkswille" Nr. 320 und 321: aus Nr. 11 den Artikel „Der deutsche Arbeiterverein in New-York an die Pariser Arbeiter"; aus Nr. 15 „Zürich, am 10. April".

Zu constatiren sind nachstehende Thatsachen bei der Schlußverhandlung aus Nr. 53: daß bei Leopold Schäftner „Offenes Ant-

Digitized by Google

wortschreiben Lassalle's an das Central-Comité" vom 1 .März 1863, Harzburger Programm, das Eisenacher Programm gefunden wurden. Aus Nr. 53 und zwar aus dem Notizbuche Pfeiffers, dessen Agitationsreise im Frühjahre 1869 nach Baden, W.-Neustadt, Neunkirchen, Gloggnitz, Reichenau, Mürzzuschlag, Peggau, Graz, Marburg. Aus Nr. 36, daß Pfeiffer im Besitze einer Mitgliedskarte und des Programmes der social-demokratischen Partei gefunden wurde. Nr. 53, daß bei Martin Berka Mitgliedskarte und Programm der social-demokratischen Arbeiter-Partei, „Vorbote" und Harzburger Programm, bei Friedrich Häcker Mitgliedskarte und Programm der social-demokratischen Arbeiter-Partei und Harzburger Programm, bei Ludwig Eichinger das Journal „Der Vorbote", daß bei Heinrich Gehrke ein Diplom der internationalen Arbeiter-Association, Harzburger Programm und Emilio Castelar's Rede für Einführung der Republik, daß bei Johann Schönfelder ein Diplom der internationalen Arbeiter-Association, Mitgliedskarten der socialdemokratischen Arbeiter-Partei und zwar Nr. 51 ausgefüllt für Herrn Johann Schönfelder, den 1. December Nr. 69—100 unausgefüllt gefunden wurden, ferner:

Aus Nr. 53, daß Hartung im Jahre 1868 die österreichische Staatsbürgerschaft erlangte, daß bei Brüßhaver das Journal „Volksstaat", daß im Central-Locale des Arbeiterbildungs-Vereines zahlreiche Nummern des „Vorboten", des „Felleisen" und mehrere Exemplare Emilio Castellar's Rede für Einführung der Republik,

aus Nr. 97, daß im Lesezimmer Simmering die Zeitschrift „Volksstaat", daß im Lesezimmer Fünfhaus die Journale „Socialdemokrat", „Tagewacht", „Volksstaat", daß bei Johann Pabst die Journale „Vorbote", „Felleisen", daß bei Blazincic das Eisenacher Programm, daß bei Johann Most die Journale „Vorbote", „Felleisen", „Volksstaat", Mitgliedskarte der socialdemokratischen Arbeiter-Partei sammt Programm und Emilio Castelar's Rede für die Einführung der Republik, daß bei Paul Reinert das Harzburger Programm und der „Vorbote" vorgefunden wurde, ferner ist aus den ebendaselbst vorliegenden Sitzungsprotokollen für die Zeit vom 4. März 1869 bis 15. Jänner 1870 ersichtlich, daß daselbst die Programme der Volksversammlungen und Vereinsversammlungen besprochen und die Redner aus der Reihe der Arbeiterführer hiefür bestimmt wurden.

Digitized by Google

Aus Nr. 132, daß die Artikel „Die Bedeutung des Eisenacher Congresses für die socialdemokratische Partei in Oesterreich" in Nr. 35 und „Unsere Partei und die Reaction in Oesterreich" in Nr. 48 des „Felleisen" identisch seien mit den gleichnamigen Artikeln in den Nummern 10 und 16 der „Volksstimme", sowie daß der in Nr. 2 des „Felleisen", Jahrgang 1870, vorkommende Artikel „An meine Freunde und Parteigenossen in Oesterreich" identisch sei mit dem gleichartigen Artikel in der oben citirten Nummer der „Volksstimme".

Endlich sind noch vorzulesen: Aussage des Hermann Ritter v. Orges in Nr. 382, des Franz Gugler in Nr. 331, des Ludwig Neumann in Nr. 327.

Gründe.

Der Weg, welchen die Institution Schulze Delitsch angab und welcher in energischer und ehrlicher Weise durchgeführt, auch noch durch Erfahrungen vervollständigt, die arbeitende Classe zu ihrem Ziele, nämlich der Verbesserung ihrer Lage, der ökonomischen Selbstständigkeit geführt hätte, wurde von einer Partei bekämpft, welcher die, durch diese Principien den Arbeitern auferlegte Anstrengung und opferwillige Hingebung zu mühsam erschien, welche die durch eigene Kraft und daher auch langsamer zu erreichende bessere Existenz sich zu verschaffen nicht verstehen wollte, sondern es vorzog, politische Macht zu erringen und somit von der Gesammtheit des Staates, daher auch größtentheils auf Kosten fremder Leute Vermögen und ohne eigenes Zuthun die Mittel zur Hebung ihrer materiellen Lage zu beanspruchen.

Von dem Momente, als diese Grundsätze in der Arbeiterclasse, beziehungsweise bei jenen, welche die Führung und Leitung auf sich genommen hatten, drangen, mußte ihnen klar werden, daß die Erfüllung ihrer Wünsche von der gegenwärtigen Gesellschaft und bei dem Bestande der gegenwärtigen Staats- und Regierungsformen nie zu hoffen und daher die von ihnen angestrebte Umgestaltung aller socialen Verhältnisse nur auf diese Weise zu bewerkstelligen sei, wenn sie politische Macht erlangen und zwar in einem derartigen Maße, daß sie in den einzelnen Staaten die Oberherrschaft erringen.

Lassalle dachte dieß vor Allem durch die Einführung der all-

Digitized by Google

gemeinen directen Wahlen zu erreichen und nach seinen Grundsätzen wurde der allgemeine deutsche Arbeiterverein gegründet, der jedoch für den Moment nur eine locale Bedeutung hatte.

Im September 1864 wurden auf einer in London zum Behufe einer politischen Agitation stattgehabten Versammlung die Arbeiterverhältnisse zum Gegenstande der Sprache gemacht und es wurde daselbst zur Förderung der nationalen Interessen der Arbeiter und zur Emancipation derselben von der Herrschaft des Capitals die internationale Arbeiter-Association geschaffen, welche die Arbeiter aller Länder umfassen sollte.

Als leitender Grundsatz wurde den Arbeitern zur Pflicht gemacht, politische Macht zu erobern und der internationale Charakter der Association dahin betont, daß die Arbeiter aller Länder vereinigt werden sollen, um durch das numerische Verhältniß imponiren zu können.

Dieses Programm erhielt im September 1866 auf dem Congresse zu Genf präciseren Ausdruck und es wurde die Einbeziehung der Arbeiter aller Länder in die Association deshalb hervorgehoben, weil zur Emancipation der Arbeiter eine Solidarität zwischen den vielfachen Zweigen der Arbeit jedes Landes und ein einheitliches Band zwischen den verschiedenen arbeitenden Classen aller Länder nothwendig, dieß jedoch nur durch die Association der Arbeiter aller Länder zu erreichen sei.

In diesen Grundsätzen manifestirt sich schon, wenn auch in allgemeinen Zügen, die Absicht der Arbeiter-Partei, größtmöglichst Macht zu erstreben, und es war diese Association schon insoferne bedeutungsvoller, als der Kampf um Macht nicht wider einzelne Gesellschaften und Regierungen, sondern wider alle, wo Arbeit und Arbeiter bestehen, eingeleitet und begonnen werden soll. Im Jahre 1867, als die eingeführten Gesetze über das Vereins- und Versammlungsrecht der Agitation ein freies Feld eröffnet hatten, wurde auch Oesterreich und dessen zahlreiche Arbeiter in das Bereich der Berechnung einbezogen und die freiere Bewegung des öffentlichen Lebens dahin benützt, in den Arbeiterkreisen eine Bewegung zu schaffen und dieselbe in jene Bahnen einzulenken, welche sie im Auslande bereits eingeschlagen hatte. Obgleich Anfangs die Entscheidung zwischen den Anhängern Schulze-Delitsch und Lassalle's schwankte, so gewannen doch bald die Letzteren die Oberhand, wo-

Digitized by Google

bei nicht übersehen werden kann, daß dieß in jene Zeit fiel, in welcher Hermann Hartung und Heinrich Oberwinder zwei entschiedene Vertreter der Lassalle'schen Principien aus Deutschland hieher kamen, sogleich in der Arbeiterbewegung eine Rolle spielten und einen gewaltigen Einfluß in der Wiener Arbeiterbevölkerung errangen.

Daß nun in kürzester Zeit der Anschluß der österreichischen, speciell der Wiener Arbeiterbewegung mit dem Auslande angebahnt und vollzogen worden sei, ergibt sich aus dem Umstande, daß dem am 5. bis 7. September 1868 zu Nürnberg tagenden fünften Vereinstage deutscher Arbeitervereine bereits Hartung und Oberwinder als Delegirte des socialdemokratischen Agitations-Comités in Oesterreich und Rabel und Mehling als Vertreter des Vereines Selbsthilfe aus Wien beiwohnten.

Das Resultat dieses Arbeitertages war, daß sich der internationalen Association angeschlossen wurde, indem die Emancipation der arbeitenden Classen durch diese selbst erkämpft werden müsse und politische Freiheit die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Classen ist, daher die sociale Frage untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur im demokratischen Staate möglich sei. Dieser Beschluß kam unter Mitwirkung Hartung's und Oberwinder's zu Stande, dieselben kennzeichneten dadurch die Richtung, welche die Bewegung der von ihnen vertretenen Arbeiterclassen eingeschlagen habe.

Die Vertreter des Vereines Selbsthilfe haben wider diesen Beschluß protestirt. Noch präciser war das Ziel der Arbeiterbewegung auf der Generalversammlung der deutschen Arbeitervereine, welche am 9. und 10. August zu Neuenburg stattfand, ausgesprochen worden. Es wurde daselbst das Journal „Felleisen" als Partei-Organ bestimmt und demselben als Programm vorgezeichnet: „In politischer Beziehung den demokratisch-republikanischen Standpunkt zu vertreten. In socialer Beziehung auf dem Wege der Gegenseitigkeit und Gesammtverbindlichkeit der Arbeiter jedes Landes die Gleichberechtigung aller Menschen am Lebensgenusse als den maßgebenden Gesichtspunkt aufzustellen," so daß als Ziel aller social-politischen Bestrebungen die Herstellung socialer Institutionen und Errichtung eines „europäischen Freistaaten-

Digitized by Google

bundes" hervorleuchte. Dieses Programm wurde schon dahin ausgeführt, daß als Ziel aller heutigen wahrhaft bewußten Arbeiterbewegung die „social-demokratische Föderativ-Republik" als jene Staatsform zu gelten habe, in welcher allein der Arbeiter sein Menschenrecht zur vollen Geltung zu bringen vermöge, — es sei im Kampfe hierin Gewalt mit Gewalt zu vertreiben und nur in der Revolution die Entscheidung zu finden. Die weiteren Programmspunkte zielen auf eine vollkommene Umgestaltung aller socialen und staatlichen Einrichtungen in den bestehenden Staaten ab.

Bei diesem Programm konnte man wohl kaum nur locale Schweizer Interessen im Auge haben, denn für's Erste hatte sich auch diese Generalversammlung für den Anschluß an die internationale Arbeiter-Association ausgesprochen, und dann bestand ja in der Schweiz die republikanische Staatsform, daher die Ausführung des Programmes nur die Staaten mit monarchischer Regierungsform im Auge haben konnte.

Die Grundsätze dieses Programmes fanden in Oesterreich, namentlich in Wien, unter der hiesigen Arbeiter-Agitation Eingang. Es ist vielfach constatirt, daß die Wiener Arbeiterbewegung mit jener in Deutschland und der Schweiz solidarisch sei, es ist auf das Bestimmteste nachgewiesen, daß die hervorragendsten Arbeiterführer, insbesondere Hartung und Oberwinder, unmittelbar mit den Trägern und Vertretern des vorstehend entwickelten Programmes in Verbindung standen, dieselben Ansichten theilten, dieselben Zwecke verfolgten, für die Ausbreitung dieser Ideen eintraten und für deren Realisirung wirkten. Das Programm des im Jahre 1869 in Wien erschienenen Parteiorganes „Volksstimme" faßt alle Punkte des Nürnberger und Neuenburger Programmes in sich, selbstverständlich in einer Art, welche jeden Conflict mit der Staatsbehörde zu vermeiden geeignet ist. Diese Grundsätze an und für sich und der bestimmt ausgesprochene Wille, dieselben in Oesterreich zur Ausführung zu bringen, reihen sich unter jene Handlungen, welche den Thatbestand des §. 58 b. St. G. zu begründen geeignet sind, weil sicherlich Niemand nur daran denken kann, daß diese Principien anders als auf gewaltthätigem Wege durchzuführen seien. Die Agitation in Deutschland, einmal auf politischem Felde sich bewegend und Machtentwicklung um jeden Preis anstrebend, glaubte im Frühjahre 1869 endlich das Mittel

Digitized by Google

zur Erreichung ihrer Zwecke darin gefunden zu haben, daß eine einheitliche, strenge auf den Parteigrundsätzen ruhende Organisation geschaffen werde, wozu erforderlich sei, daß alle der Partei angehörigen Vereine die gleichen Parteigrundsätze in ihre Statuten aufnehmen und diese ganze Vereinigung nur eine allgemeine Parteibezeichnung wähle. Als Grund für letztere Einführung wurde angegeben, daß im Falle, die Polizei würde an einem Orte Schwierigkeiten erheben und die Auflösung aussprechen, die Partei sofort am selben Orte, nur unter einem anderen Namen einen neuen Verein bilden, die übrige Organisation aber aufrecht stehen bleiben könnte, eine Begründung, welche nur zu sehr einen Theil des Bewußtseins mit den staatlichen Einrichtungen im flagranten Widerspruch zu stehen, andererseits den Willen, den staatlichen Widerstand zu bekämpfen, documentirt. Als eine solche Parteibezeichnung wurde „socialdemokratische" oder „demokratischsociale" Partei und zugleich vorgeschlagen, den demnächst zu Eisenach stattfindenden Vereinstag in einen Partei-Congreß zu erweitern und hierüber zu berathen.

Mit diesem Gedanken traten zuerst Bebel und Liebknecht aus Leipzig hervor, die Schweizer Organe „Felleisen" und „Vorbote" begrüßten dieselben als das Mittel, die unter was immer für Namen bestehenden Arbeitervereine aller Länder unter einem gemeinsamen Banner für gemeinsame Bestrebungen und Interessen nicht nur unter sich, sondern auch mit all den Männern zu vereinigen, welche ehrlich und offen die socialdemokratische Republik anstreben.

Es ist durch die Erhebungen constatirt, daß die Führer der Wiener Arbeiterbewegung, namentlich Hartung und Oberwinder, mit diesen Ideen und Grundsätzen nicht nur vollkommen sympathisiren, sondern auch alles daran setzen, um dieselben zu realisiren.

Obige Ideen wurden in der von ihnen redigirten „Volksstimme" besprochen, für dieselben in diesem Parteiorgane Propaganda gemacht und nicht nur zur Beschickung des Eisenacher Congresses aufgefordert, sondern dieselben erschienen mit unter jenen, welche diesen Congreß ausdrücklich und unter ihrer vollen Namensfertigung einberiefen.

In den hiesigen Volks- und Arbeiter-Versammlungen wurden die Grundsätze der Socialdemokratie der versammelten Menge geläufig gemacht, am 30. Mai der Versammlung der Schwur auf die Socialdemokratie und die rothe Fahne als Symbol derselben

Digitized by Google

abgenommen und endlich die letzte Hand ans Werk gelegt, am 25. Juli, als Liebknecht in einer hiesigen Volksversammlung die österreichischen, beziehungsweise die Wiener Arbeiter eindringlichst zur Beschickung des Eisenacher Congresses aufforderte; dieser Congreß fand am 7., 8. und 9. August zu Eisenach statt, es wohnten demselben Andreas Scheu und Heinrich Oberwinder als Mandatträger von nahezu 100.000 Oesterreicher bei. Freilich ist constatirt, daß diese Mandate fingirt waren, allein Scheu und Oberwinder spielten auf dem Congresse eine hervorragende Rolle und wirkten zum Zustandekommen der dortigen Beschlüsse, zur Schöpfung der daselbst creirten socialdemokratischen Arbeiterpartei mit.

Die beiden ersten Punkte des Programmes, welches die Bestrebungen dieser neugebildeten Partei reguliren sollte, lauten:

„Die socialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt die Errichtung des freien Volksstaates."

„Jedes Mitglied der Partei verpflichtet sich, mit ganzer Kraft dahin einzutreten, daß die im höchsten Grade ungerechten heutigen politischen und socialen Verhältnisse mit der größten Energie bekämpft werden."

Die weiteren Ausführungen des Programmes zielen auf die vollständige und radicale Umänderung und Umgestaltung aller socialen Verhältnisse, aller staatlichen Einrichtungen aller Länder, einer Regierungsform, gleich der österreichischen ab. Die von dem Eisenacher Congresse gefaßten Beschlüsse, die Verhandlungen des Eisenacher Congresses, die Angaben Oberwinder's und Scheu's lassen nicht einen Moment darüber im Unklaren, daß unter „freien Volksstaat" die Republik zu verstehen sei. Wer nun zur Gründung und Organisirung einer solchen Verbindung in thätiger Weise und in der bewußten Absicht mitwirkt, dieser Verbindung in Oesterreich Eingang zu verschaffen, österreichische Unterthanen in dieselbe einzubeziehen, die Grundsätze und das Programm derselben in Oesterreich in Ausführung zu bringen, begeht das Verbrechen des Hochverrathes im Sinne des §. 58 b. St. G. und es erscheinen sonach Scheu und Oberwinder schon durch ihre Eisenacher Thätigkeit des Verbrechens des Hochverrathes rechtlich beschuldigt. Allein mit diesem Acte war ihre Thätigkeit bei weitem nicht zu Ende, sondern sie und ihre Gesinnungsgenossen haben dieselbe auch in Oesterreich fortgesetzt.

Digitized by Google

Das Partei-Organ „Volksstimme", auf dessen Haltung vor Allem Hartung und Oberwinder den entscheidensten Einfluß übten, hat in der Nr. 10 ausdrücklich erklärt, daß sein Programm durch die Eisenacher Beschlüsse vervollständigt worden sei; auf den Volksversammlungen zu Wien, Brünn, Reichenberg, Wr.-Neustadt, Prag ließ man die Grundsätze der social-demokratischen Arbeiter-Partei ausdrücklich anerkennen, es wurde für die Ausbreitung des Organes „Volksstaat" gesorgt, Scheu war es insbesondere, welcher das Abonnement dieser Zeitschrift vermittelte, dadurch fortwährend neue Mitglieder der Partei in Wien anwarb, und auch die ausländische Agitation bot hilfreich die Hand.

Aus einem Fonde, welcher sich selbst „1848er Revolutionsfond für die deutsche Republik" nennt, und dessen Verwalter öffentlich erklären, daß aus demselben und im Interesse der Arbeiter-Emancipation und für die Herbeiführung der deutschen Republik Unterstützungen gewährt werden, bezogen Hartung und Oberwinder namhafte Geldunterstützungen zu Agitationszwecken.

Durch ein Manifest für die landwirthschaftliche Bevölkerung wurde diese aufzuwiegeln versucht und endlich liegen bestimmte Andeutungen darüber vor, daß man auch die österreichische Armee in die Bewegung einzubeziehen und für sich zu gewinnen suchte, um einen allfälligen Widerstand der Executive im Vorhinein lahm zu legen, in welcher Beziehung wider Johann Most die Aufzeichnungen in seinem eigenen Tagebuche sprechen.

Nachdem man dergestalt für die Ausbreitung der socialdemokratischen Partei gewirkt und die bezweckte Organisation geschaffen hatte, ging man an ein Unternehmen, welches den Zweck hatte, auf die Regierung eine Pression zu üben und die Organisation zu erproben. Und zwar geschah dieß durch die Demonstration vom 13. December 1869.

Es ist festgestellt, daß dieselbe ein gehörig vorbereiteter, von der Agitation, vorzüglich von Hartung und Oberwinder mit aller Ueberlegung vorbereiteter und inscenirter Act war, um auf das Ministerium eine Pression zu üben.

Man kann nicht verkennen, daß die in der Petition enthaltene Drohung: „wiederholt und in größern Massen zu erscheinen, um seinen Willen kundzugeben", den Charakter einer gefährlichen Bedrohung hat, da man bei dem Zustande der Erregtheit, zumal in

Digitized by Google

einer Großstadt, die Folgen derartiger Ereignisse für die öffentliche Ruhe und Ordnung weder vorauszusehen noch zu berechnen in der Lage ist, daher hierin objectiv der Thatbestand des Verbrechens des §. 76 St. G. liegt, welches Verbrechens die Unterfertiger der Petition: Leopold Schäftner, Martin Berka, Friedrich Pfeiffer, Friedrich Häcker, Ludwig Eichinger, Hermann Hartung, Johann Baudisch, Ferdinand Dorsch, Johann Schönfelder, Heinrich Gehrke rechtlich beschuldigt erscheinen, zumal die Ueberreichung der Petition mit ihrem Wissen und Willen geschah und die Erhebungen keinen Zweifel darüber lassen, daß sie Alle wohl wußten, um was es sich handle.

Diese Demonstration erscheint jedoch auch als ein Act zur Ausführung des Eisenacher Programms, und bekundet die Tendenz, die Zwecke und Ziele der Partei auch im Gewaltwege zu erlangen.

Abgesehen davon, daß die Durchführung des Eisenacher Programms in Oesterreich an und für sich schon als ein Unternehmen anzusehen ist, welches auf eine gewaltsame Aenderung der Regierungsform angelegt ist, weil es eben nur im Wege der Gewalt durchzusetzen ist, wozu noch kommt, daß bestimmte Inzichten, daß im günstigen Augenblicke eine gewaltthätige revolutionäre Erhebung in Wien im Plane lag und vorbereitet war, vorliegen, haben die Führer der Arbeiterpartei in Oesterreich und speciell in Wien sich thätigst für die Ausbreitung der Partei und deren Grundsätze bemüht, und es liegt diesfalls insbesondere wider Andreas Scheu, Johann Pabst. Johann Schönfelder und Heinrich Perrin vor, daß dieselben u. z. zu einer Zeit, in welcher die Bestrebungen dieser Partei bereits von competenter Seite für staatsgefährlich erklärt worden waren, nicht nur selbst Mitglieder dieser Partei waren, sondern auch solche in Oesterreich angeworben haben; und wider Johann Most, Martin Berka und Friedrich Häcker, daß dieselben eben zu dieser Zeit dem Vereine als Mitglieder beigetreten sind, daher dieselben mit Rücksicht auf die vorstehende Begründung des Verbrechens des Hochverrathes im Sinne des §. 58 b. St. G. für rechtlich beschuldigt zu halten sind, welche rechtliche Beschuldigung, wie erwähnt, auch wider Heinrich Oberwinder u. z. von der Zeit des Eisenacher Congresses bis hieher vorliegt, da er allen Erhebungen nach die eigentliche Seele der Agitation war, was sich auch insbesondere bei Creirung des Parteiorgans „Der Volkswille"

Digitized by Google

durch seine Bemühungen, die Caution aus dem erwähnten Revolutionsfonde aufzubringen, herausstellt. Die Handlungsweise des Johann Pabst, vermöge der er die Schriften Scheu's aus dessen Wohnung zu sich nahm, damit sie dort bei einer Hausdurchsuchung nicht gefunden werden könnten, begründet das Verbrechen des §. 214 St. G., dessen Johann Pabst für rechtlich beschuldigt zu halten ist.

Die Fortdauer der Haft gründet sich auf §. 156 a, b u. s. w. St. P. O.

Wien, am 9. Juni 1870.

Schwarz m. p. Thallinger m. p.

Collationirt und dem Original gleichlautend.

K. k. Landesgericht in Strafsachen.

Wien, 9. Juni 1870.

Schindler.

Erster Verhandlungstag.

Endlich ist der Tag erschienen, dem Hunderttausende von Menschen in- und außerhalb Oesterreichs mit fieberhafter Spannung entgegensahen, — der erste von den 10 Tagen, an welchem nach monatelanger qualvoller Untersuchungshaft durch die Schlußverhandlung unseren des Hochverrathes und der öffentlichen Gewaltthätigkeit angeklagten Freunden und Parteigenossen Gelegenheit geboten werden soll, ihre Gesinnung und Handlungen vor der Welt zu verantworten und sich der auf ihnen lastenden schweren Anklage gegenüber zu rechtfertigen.

Die Regierung scheint Demonstrationen von Seite der Arbeiter befürchtet zu haben, denn es waren die umfassendsten Vorkehrungen getroffen worden, einer etwa vorkommenden Ruhestörung mit Nachdruck entgegentreten zu können.

So sollen ganze Regimenter in Bereitschaft gestanden, und jeder Mann in der Alserkaserne mit 20, die Soldaten der Franz Josefskaserne mit 8 scharfen Patronen versehen worden sein. Die Wachen der innern und äußern Hofburg sind um einige Bataillone verstärkt. Vor dem Landesgerichtsgebäude wimmelte es von Sicherheitswachmännern und Polizisten. Die Arbeiter benahmen sich musterhaft wie immer; es waren zwar viele Hundert jedenfalls in dem guten Glauben erschienen,

Digitized by Google

der Verhandlung, da sie doch als öffentliche erklärt worden war, beizuwohnen zu können. Dieser Wahn wurde ihnen aber bald genommen, denn es wurden nur mit Eintrittskarten versehene Personen eingelassen, und hätten sich die Angeklagten, vom Gesetze Gebrauch machend, nicht 30 Vertrauensmänner gewählt gehabt, so wäre es schwerlich einem Arbeiter gelungen, in den Verhandlungssaal zu kommen. In demselben war eine totale Umgestaltung vorgenommen worden. Auf der linken Seite waren hinter den Stühlen der Vertheidiger die Plätze für die 14 Angeklagten bereitet. Auf der anderen Seite ein langer Tisch für die Journal-Berichterstatter und Stenografen, welcher aber bei der großen Anzahl von anwesenden Journalisten sich noch als zu klein erwies; in dem Raume zwischen den Angeklagten und den Berichterstattern waren Stühle für höhere Beamte ꝛc. reservirt, hinter diesen die zwei Bänke, welche sonst die Journalisten einnehmen, für die Beamten des Landesgerichts und dann noch einige durch Schranken abgegrenzte Bänke für das Publikum, auf welchen etwa 50—60 Personen Platz haben mögen.

Bald nach 9 Uhr werden die Angeklagten in den Saal geführt. Sie treten stolz und zuversichtlich auf und tauschen lebhafte Begrüßungen mit ihren im Auditorium anwesenden Freunden aus. Bald darauf erscheint der Staatsanwalt Schmeidel und der Gerichtshof, welcher aus den Landesgerichtsräthen Schwaiger als Vorsitzendem, den Richtern L.-G.-R. Kubaſta, Raths-ecretär Cejka, L.-G.-R. Gernerth, Rathssecretär Lorenz und dem Ersatzrichter Adjuncten Managetta besteht.

Die Zeugen werden aufgerufen und entlassen.

Die Rede des Staatsanwaltes Schmeidel.

Der Staatsanwalt entwickelt die Grundzüge der Anklage in folgender Rede:

„Aus der Verhandlung, an deren Beginn wir stehen, werden Sie, meine Herren Richter, erfahren, daß die Frage über die Verbesserung der materiellen Existenz der um Lohn arbeitenden Classen der Gesellschaft den Anlaß zu einer Bewegung gegeben hat, welche diese Classe in allen civilisirten Ländern erfaßt hat.

Diese Frage ist vermöge ihrer Grundlage, vermöge ihrer Consequenzen nicht nur geeignet, die Denker aller Länder und Völker zu

Digitized by Google

reiflichen Erwägungen aufzufordern, sie ist auch darnach angethan, in jeder menschlich fühlenden Brust volltönenden Wiederhall zu finden.

Wenn dessen ungeachtet die Arbeiterbewegung den Anlaß zu jener Untersuchung gegeben hat, deren Resultate Ihnen, meine Herren nunmehr vorgeführt werden sollen, so ist es, um irrigen Auffassungen zu begegnen, nothwendig, im Vorhinein den Standpunkt der Anklage in dieser Angelegenheit klar zu machen.

Nicht die Idee, nicht der Gedanke, der Wunsch, das Bestreben, nach einer durchgreifenden Reform der socialen Verhältnisse konnte und kann die Staatsanwaltschaft veranlassen, das Einschreiten des Strafrichters zu fordern, erst dann, wenn zur Realisirung dieser Gedanken, Ideen, Wünsche und Bestrebungen eine Agitation eingeleitet und mit allen Mitteln ins Werk zu setzen versucht wird, muß sich die Staatsanwaltschaft die Frage vorlegen, ob diese Ideen, diese Wünsche und Bestrebungen, die so realisirt werden sollen, mit der Sorge für das Gesammtwohl der staatlichen Gesellschaft vereinbar, ob die gewählten Mittel solche sind, deren Anwendung gesetzlich gestattet und ob bei deren Anwendung der Staat und die Gesellschaft ungefährdet fortbestehen können; — und wenn die Staatsanwaltschaft gegründeten Anlaß zu diesen Befürchtungen findet, dann ist es ihre heilige Pflicht, dieser ihrer Ueberzeugung Ausdruck zu verleihen, und dort Abhilfe zu suchen, wo sie allein zu finden ist, in dem Urtheile des Gerichtes. Es wird Ihnen, meine Herren, in der Verhandlung nachgewiesen werden, daß die österreichischen und speciell die Wiener Arbeiter sich der allgemeinen Bewegung in dem Streben nach Verbesserung ihrer materiellen Lage angeschlossen haben.

Daß hiefür eine mächtige und energische Agitation thätig war und daß diese Agitation Mittel gewählt und Wege eingeschlagen habe, welche mit der Existenz des gegenwärtigen Staates, der gegenwärtigen Regierungsform, unvereinbar sind, schlechterdings zur Veränderung der Regierungsform, zur radicalen Umgestaltung aller politischen und socialen Verhältnisse, zum vollständigen Umsturze alles Bestehenden führen müßten.

Sie werden erfahren, daß zu Eisenach im August 1869 die unter dem Namen „Socialdemokratische Arbeiter-Partei" bekannt gewordene Verbindung geschaffen wurde.

Daß die Tendenz dieser Partei auf die Einführung der Republik abzielt, daß an dem Zustandekommen dieser Partei-Verbindung und

Digitized by Google

dieses Programmes, insbesonders Andreas Scheu und Heinrich Oberwinder in hervorragender Weise und in der Absicht, dieser Partei in Oesterreich Eingang und Ausbreitung zu verschaffen, sich betheiligten.

Sie werden erfahren, daß für die Ausbreitung und Kräftigung dieser Partei, für die Anerkennung und Realisirung deren Grundsätze in Oesterreich und Wien von den Arbeiterführern und Agitatoren auf das Kräftigste und Energischeste gewirkt wurde, daß sich hierbei vorzugsweise Andreas Scheu, Heinrich Oberwinder, Johann Schönfelder, Johann Pabst, Heinrich Perrin, Martin Perka, Johann Most, Friedrich Pfeiffer, in hervorragender Weise betheiligten, und es wird Ihnen dargethan werden, daß die gewaltsame Durchführung des Programmes nicht nur im Plane gelegen, sondern auch vorbereitet und eingeleitet worden sei, daher die Staatsanwaltschaft in dieser Handlung der Genannten das Verbrechen des Hochverrathes im Sinne des §. 58 b St. G. B. erkennen mußte.

Es wird aus der Verhandlung hervorgehen, daß unverkennbar eine gewaltsame Erhebung der Partei beabsichtigt war und vorbereitet wurde, daß insbesonders die bekannte Demonstration vom 13. December 1869 nicht ein Werk des Zufalles, sondern eine wohlbedachte und beschlossene Action, und durch dieselbe, sowie durch Ueberreichung der aus ihr hervorgegangenen Petition beabsichtigt war, auf die Beschlüsse der Regierung durch gefährliche Bedrohung einzuwirken, daher diejenigen, welche sich an dem Zustandekommen und der Ueberreichung der Petition betheiligten, ohne daß ihnen nachgewiesen werden konnte, daß diesem ihrem Acte auch hochverrätherische Tendenzen zu Grunde liegen, des Verbrechens des §. 76 St. G. B. rechtlich beschuldigt erscheinen.

Es wird ihnen endlich nachgewiesen werden, daß Johann Pabst die Schriften des Andreas Scheu der gerichtlichen Nachforschung zu entziehen suchte und sich dadurch des Verbrechens des §. 214 St. G. B. schuldig gemacht habe.

Die k. k. Staatsanwaltschaft erhebt daher die Anklage wider: Andr. Scheu, Heinr. Oberwinder, Joh. Most, Heinr. Perrin wegen des Verbrechens des Hochverrathes nach §. 58 b. St. G. B., wider Johann Schönfelder, Martin Berka, Friedrich Häcker wegen des Verbrechens des Hochverrathes und der öffentlichen Gewaltthätigkeit im Sinne der §§. 58 b. und 76 St. G. B., wider Johann Papst wegen des Verbrechens des Hochverrathes und der Vorschubleistung

Digitized by Google

nach §§. 58 b. und 214 St. G. B., wider Leopold Schäftner, Friedrich Pfeiffer, Johann Baudisch, Ludwig Eichinger, Ferdinand Dorsch, Heinrich Gehrke wegen des Verbrechens des §. 76 St. G. B. und bittet um Eröffnung des Beweisverfahrens.

Verhör des Angeklagten Oberwinder:

Präs.: Welche Vorbildung haben Sie genossen?

Oberw.: Nach der Volksschule besuchte ich das Gymnasium, war jedoch wegen der Nothlage meiner Familie genöthigt, dasselbe nach einigen Jahren zu verlassen; nichtsdestoweniger setzte ich privatim meine Studien fort, trat später in die Kanzlei des Procurators Frank und bekam im Jahre 1862 eine selbstständige Stellung beim Frankfurter städtischen Wechselnotariat, in welcher ich bis August 1867 verblieb, worauf ich mich nach Oesterreich wendete. — Präs.: Haben Sie sich damals schon mit schriftstellerischen Arbeiten befaßt?

Oberw.: Schon in Weilburg schrieb ich für den „Rheinischen Courier" und für den „Nordstern" in Hamburg, doch geschah dies nicht häufig, weil ich meine freie Zeit vorzüglich zu meiner Ausbildung verwendete.

Präs.: Haben Sie sich schon früher an der politischen Bewegung betheiligt?

Oberw.: Ich war Anhänger der nationalen Partei und Mitglied des Nationalvereins, trat aber später der großdeutschen Partei bei und als Lassalle im Jahre 1863 auftrat, schloß ich mich ihm an.

Präs.: Sind Sie zu Lassalle in persönliche Beziehungen getreten?

Oberw.: Ich war Anfangs ein Gegner von ihm, als ich aber seine Rede gehört hatte und des andern Tags sah, wie sie entstellt und verdreht wiedergegeben war, wurde ich ein eifriger Anhänger Lassalle's. Ich las zunächst seine Agitationsschriften, die nur die Consequenz seiner wissenschaftlichen Werke, namentlich des berühmten rechtswissenschaftlichen Werkes: „Das System der erworbenen Rechte", waren. Im Jahre 1863, zur Zeit der preußischen Verfassungskrisis, suchte Lassalle durch öffentliche Vorträge die Fortschrittspartei vorwärts zu bringen. Er zeigte, daß die Verfassung ohne die Stütze einer kräftigen Partei ein Stück Papier sei.

Präs.: Bestand damals bereits ein Arbeiterverein?

Digitized by Google

Oberw.: Ja, in Berlin und eine Filiale in Leipzig. An diese Vereine war das offene Antwortschreiben Lassalle's gerichtet, dessen Entstehen ich kurz berühren will. Auf dem Berliner Congresse war man uneinig geblieben, ob die Arbeiter an der politischen Agitation theilnehmen sollten oder nicht. Schulze-Delitzsch hatte erklärt, daß die Arbeiter nicht in den Nationalverein eintreten sollten. Dies veranlaßte das Comité der Leipziger Filiale, an Lassalle zu schreiben, um Belehrung darüber zu bekommen, wie nach seinem Dafürhalten die Lage der Arbeiter verbessert werden könne. Lassalle antwortete: Es ist Euch gerathen worden, Euch nicht an der politischen Bewegung zu betheiligen, sondern mit den Consum- und Sparvereinen zu begnügen. Das genügt nicht, Ihr müßt trachten, auf die Gesetzgebung Einfluß zu gewinnen und Euch vor Allem das allgemeine und directe Wahlrecht erkämpfen. Die Spar- und Consumvereine, die Schulze-Delitzsch geschaffen, nannte Lassalle Palliative.

Präs.: Er brach also den Stab darüber?

Oberw.: Das gerade nicht, aber er hielt sie für ungenügend; sie seien zwar für die Organisation der Arbeiter eine Schule, könnten auch dem Einzelnen kleine Erleichterungen verschaffen, auf die Allgemeinheit ausgedehnt, verschwindet jedoch selbst dieser kleine Nutzen, daher kann durch sie die sociale Frage nicht gelöst werden. Lassalle erörterte das Gesetz der Nationalöconomie, welches auch von den Anhängern der Manchester Schule anerkannt wird, daß der Arbeiter unter den heutigen Productionsverhältnissen immer auf den nothwendigsten Unterhalt beschränkt bleiben werde, der zur Fristung des Lebens und der Fortpflanzung erforderlich sei, er erkannte, daß die Arbeiter politische Macht erkämpfen müssen.

Präs.: Er war also der Erste, der für die Arbeiter politische Macht verlangte?

Oberw.: Er war nicht der Erste. Er sagte nur, was auch Bluntschli, Stein und andere Männer der Wissenschaft gesagt: Ihr seid der bedeutendste, der wichtigste Factor, Ihr habt ein Recht, politische Macht zu fordern.

Präs.: Numerisch.

Oberw.: Thatsächlich!

Präs.: Wohl nur numerisch!

Oberw.: Numerisch und thatsächlich!

Digitized by Google

Präs.: Lassalle sagte also: Ihr dürft nicht von der Gnade der Regierungen abhängen, sondern Ihr müßt Euch Euer Los selbst verbessern.

Oberw.: Ja wohl, durch Erringung politischer Macht.

Präs.: Durch das Imponiren mit Zahlen?

Oberw.: Das ist kein Imponiren mit Zahlen, sondern nach den numerischen, thatsächlichen Verhältnissen haben wir ein Recht, das allgemeine Wahlrecht zu fordern. Das ist ja das Princip, das in jedem Lehrbuch des Staatsrechts zu lesen ist. Ich berufe mich da entschieden auf Bluntschli, welcher sagt: das allgemeine Wahlrecht wird die Massen des Volkes mit Selbstgefühl erfüllen und sie erheben und es wird daraus der wahre Volksstaat hervorgehen. Das sagt ein Mann, der nie zu unserer Partei gehört hat, sondern der stets die Gunst der Mächtigen zu erringen gesucht hat.

Präs.: Wann wurde die internationale Arbeiter-Association gegründet?

Oberw.: Im Jahre 1864 in London. Der Zweck war, ein gemeinsames Programm für die Arbeiter aller Länder aufzustellen, damit der Nationalitätenhaß getilgt werde.

Präs.: Welcher Anlaß hat die Arbeiter aller Länder damals in London zusammengeführt? — Oberw.: Der Anlaß ist mir nicht ganz erinnerlich. — Präs.: Es ist doch nicht gut annehmbar, daß ein Mann, der über den Stand der Arbeiterangelegenheit so viel gelesen und so gut unterrichtet war, den Anlaß des Londoner Congresses nicht kennen sollte. Der Anlaß war, Lord Palmerston zu einer Intervention zu Gunsten des polnischen Aufstandes zu stimmen. Dieser Anlaß hat dann weiter geführt zur Erörterung der gemeinsamen Klagen und es hieß: gemeinsame Leiden, gemeinsame Ziele.

Oberw.: Das ist richtig! Ich war mir nicht ganz sicher.

Präs.: In welchem Verhältnisse stand Deutschland zur internationalen Association?

Oberw.: Die internationale Association gründete sich selbstständig, sie hatte zunächst mit der deutschen Arbeiterpartei, welche von Lassalle gegründet war, nichts zu thun. Sie war anfänglich gar nicht von Deutschland beschickt. Die praktische Bedeutung der internationalen Association für Deutschland und Oesterreich ist eine sehr geringe. Die Leute wollten durch ihre Mitgliedschaft nur bekunden, daß sie den nationalen Haß nicht kennen und gemeinsame Ziele anstreben.

Digitized by Google

Es ist also ein Unterschied zwischen der bloßen Mitgliedschaft, wie sie in Deutschland besteht und zwischen den Vereinen, wie sie in Frankreich, England, Italien und Belgien bestehen. Dort wird die ganze Agitation von den internationalen Vereinen und ihren Sections-Ausschüssen geleitet, und dort gibt es keine selbstständige Partei. Die deutschen Arbeiter haben hier wieder ihren praktischen Sinn gezeigt, sie wußten, daß in Deutschland andere Verhältnisse sind als in Frankreich, England und Belgien, sie gründeten daher eine selbstständige Partei, welche sich ganz an die deutschen Verhältnisse anschließt.

Präs.: Wollen Sie uns das Grundprincip der internationalen Association erklären.

Oberw.: Die Internationale stellt den Grundsatz auf, daß der Kampf um die Emancipation der Arbeiter weder eine nationale noch locale, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe ist.

Präs.: Wann sind Sie nach Wien gekommen?

Oberw.: Im Jahre 1867.

Präs.: Was war die Veranlassung?

Oberw.: Ich war in der freien Reichsstadt Frankfurt an ein reges politisches Leben gewöhnt. Als ich durch die Occupation Frankfurts meine selbstständige Stellung gefährdet sah, ging ich nach Wien, weil ich wußte, daß in Wien ein politischer Aufschwung stattfinden werde. Ich beschäftigte mich anfangs mit Stundengeben in Gymnasialgegenständen. Als die Arbeiterbewegung entstand, hielt ich es für meine Pflicht, mich derselben anzuschließen und ich beschäftigte mich in der Folge mit schriftstellerischen Arbeiten.

Präs.: Ist Hartung mit Ihnen nach Wien gekommen?

Oberw.: Nein, ich wußte anfangs nicht, daß Hartung sich hier befindet, ich habe dies erst später erfahren. Er suchte mich in meiner Wohnung auf, nachdem er von meiner Anwesenheit Kenntniß erlangt hatte, weil wir uns schon von Frankfurt her, wo wir beide Mitglieder des Arbeitervereines waren, kannten.

Präs.: Wann sind Sie hier das erstemal in die Oeffentlichkeit getreten? — Oberw.: Am 26. Jänner 1868, wo ich im Arbeiterbildungsverein eine Rede über Lassalle's Leben hielt und zum Schlusse sein Programm entwickelte.

Präs.: Sie wollten also die Wiener Arbeiter mit den Principien Lassalle's bekannt machen? — Oberw.: Mit denselben waren die Arbeiter schon vertraut. Ich wurde ersucht, da ich mit Lassalle

Digitized by Google

persönlich bekannt war, über sein Leben einen Vortrag zu halten und erklärte am Schlusse seine Principien.

Präs.: Haben Sie hiemit den Kampf zwischen den Arbeiterparteien zur Entscheidung gebracht? — Oberw.: Nein; die Grundsätze Lassalle's waren schon effectiv zum Durchbruch gekommen.

Präs.: Herrschten nicht damals, als Sie Ihre Agitation begannen, noch immer Parteiungen unter den Arbeitern? — Oberw.: Nein, da hatte man sich schon für Lassalle entschieden. In einer Arbeiterversammlung am 2. December 1867 wurde noch eine Adresse an Schulze-Delitzsch beschlossen, aber schon am 15. December erfolgte eine Demonstration zu Gunsten Lassalle's und die Gründung des Arbeiterbildungsvereines. Am 2. Jänner entschied sich auf Antrag Hartung's eine Versammlung mit 4000 gegen 2 Stimmen für die Principien der Social-Demokratie. Und erst nachdem dieser Beschluß gefaßt war, hielt ich meine Rede über das Leben Lassalle's.

Präs.: Aber es erschienen doch später bei einem Congresse in Nürnberg Vertreter eines Vereins „Selbsthilfe" von Wien? — Oberw.: Die Partei, welche sich zu Schulze-Delitzsch bekennt, steht außerhalb der Arbeiterbewegung. Die Partei bildete einen kleinen Verein und ließ sich als solche auf dem Nürnberger Congresse vertreten.

Präs.. Im Jahre 1868 fand ein Congreß deutscher Arbeitervereine in Neuenburg statt. Damals wurde das Journal „Felleisen" als Partei-Organ bestimmt und ein Programm aufgestellt: in politischer Beziehung sei der demokratisch-republikanische Standpunkt, in socialer Beziehung die Gemeinsamkeit der Interessen der Arbeiter in allen Ländern und die Gleichberechtigung der Menschen am Lebensgenusse anzustreben, und als Ziel der Bestrebungen wird die Herstellung republikanischer Institutionen und die Errichtung eines europäischen Freistaatenbundes aufgestellt. — Oberw.: Dieser Congreß in Neuenburg war nur eine Versammlung deutscher Arbeitervereine der Schweiz, und dieses Programm gilt daher nur für die Schweiz.

Präs.: Die Schweizer haben es doch nicht nothwendig, die Republik anzustreben? — Oberw.: Die socialdemokratische Republik besteht in der Schweiz ebensowenig, als anderswo. Die Schweizer konnten doch nicht die socialdemokratische Monarchie verlangen.

Digitized by Google

Präs.: Und was will denn die Errichtung des europäischen Freistaatenbundes sagen? — Oberw.: Das ist nur eine Idee.

Präs.: Aber für diese Idee ist doch agitirt worden? — Oberw.: Sie ist als ein fernes Ziel aufgestellt worden.

Präs.: Sie scheinen ein eifriger Mitarbeiter des republikanischen Organes in der Schweiz, des „Felleisen", gewesen zu sein? — Oberw.: Das ist nicht erwiesen. Ich habe den Redacteur dieses Blattes in Nürnberg kennen gelernt, und da sagte er mir: Wenn in Oesterreich etwas für die Unterstützung der freiheitlichen Principien geschehen könnte, so würde ein kleiner Fonds zur Agitation durch die Presse hergegeben werden können. Das ist Alles.

Präs.: Die Zeugin Podany — ich bitte Sie im Vorhinein, sich jeder Beleidigung der Zeugin zu enthalten — sagte, daß Sie Correspondent des „Felleisen" waren, und zwar sei Ihre Chiffre O—r oder ein verkehrter Winkel gewesen. Auch Mühlwasser erzählt dies, und zwar, daß Sie 2500 Francs vom deutsch-republikanischen Fonds als Honorar erhielten? — Oberw.: Ich habe der Redaction wohl Mittheilungen über Vorfälle in Wien zugesagt und dies auch zuweilen gethan; Correspondenzen aber habe ich nie geschrieben. Auch sind nach meiner Verhaftung noch Correspondenzen mit verkehrtem Winkel im „Felleisen" erschienen, in welchen sich auf frühere Correspondenzen berufen wird. Ich müßte daher ja auch diese geschrieben haben.

Präs.: Es ist mir dies auch aufgefallen, allein es kann dies auch damit erklärt werden, daß die Redaction collegial genug war, auf diese Weise Ihnen Ihre Vertheidigung zu erleichtern. — Oberw.: Ich glaube nicht, daß die Redaction des „Felleisen" damals überhaupt daran denken konnte, daß diese Correspondenzen Gegenstand der Untersuchung gegen mich seien.

Präs.: Und aus welchem Anlasse haben Sie die Summe vom deutsch-republikanischen Fonds erhalten? — Oberw.: Diese Summe diente zur Unterstützung der „Volksstimme"; der deutsch-republikanische Fonds hatte die Förderung der Arbeiter-Interessen zum Ziele, auch wenn dieselben nicht mit republikanischen Interessen Hand in Hand gingen.

Präs.: Es liegen mehrfache Briefe Ladendorf's vor, in welchen er Sie auffordert, als Correspondent einzutreten; in einem weiteren Briefe bestätigt er den Empfang mehrerer Sendungen. Im September 1869 wurden Sie krank und die Artikel blieben aus. Die Zeugin

Digitized by Google

Podany hat von Hartung gehört, daß Sie Correspondent des „Felleisen" sind. — Oberw.: Die Aussagen der Podany sind nicht verläßlich.

Präs.: In der „Volksstimme" haben Sie wiederholt die Zusendung von Geldern bestätigt, im Ganzen den Betrag von 2500 Francs aus dem 1848er Revolutionsfonds. — Oberw.: Das ist richtig.

Votant Landesgerichtsrath Gernerth: Wozu waren die 2500 Francs bestimmt: — Oberw.: Zur Unterstützung der „Volksstimme" und nicht, wie es in der Anklageschrift heißt, zu Agitationszwecken.

Präs.: Die Verwendung wurde eben nicht behördlich controlirt. — Wir kommen nun auf den fünften Vereinstag in Nürnberg am 5., 6. und 7. September 1868. Sie und Hartung erscheinen da zum erstenmale als Bevollmächtigte des social-demokratischen Agitations-Comités für Oesterreich. Ist's nicht schon befremdend, daß Oesterreich von zwei Ausländern vertreten wird? — Oberw.: Ich und meine Freunde, wir haben dies nie so aufgefaßt; wir gehören zur großdeutschen Partei, und wir erkennen die Verträge von 1866 nicht an, wir betrachten Oesterreich als noch zu Deutschland gehörig, und ich glaubte daher, daß mir hier umsoweniger ein derartiger Vorwurf gemacht werden könnte, als ich im Jahre 1866 das österreichische Militär mit schwarz-roth-goldenen Feldzeichen geschmückt gesehen habe.

Präs. Ich habe keinen Vorwurf ausgesprochen, nur befremdend schien es mir. — Oberw.: Was meine Person betrifft, so wäre ich jedenfalls als Berichterstatter unseres Blattes hingegangen. Uebrigens haben wir nicht mitgewirkt, weil wir keine Stimme hatten.

Präs.: Und doch heißt es in dem stenographischen Berichte ausdrücklich: „Den Wiener Vertretern wurde das Stimmrecht gestattet, sobald sie den Anschluß ihrer Vereine an den Verband erklärten." Es waren damals auch Vertreter der internationalen Association anwesend, so Eckarius, Heger und Ladendorf. Damals wurde auch der Anschluß an die internationale Association beschlossen; viele Vereine, darunter auch die Wiener „Selbsthilfe" vertreten durch Rabel und Mehling haben gegen diesen Beschluß Protest eingelegt. Oberw.: Dazu sind sie nicht berechtigt gewesen.

Präs.: Was geschah im Jahre 1869 vorzugsweise für die österreichische Arbeiterbewegung? — Oberw.: Es wurde zunächst die „Volksstimme" gegründet. Redacteur war Hartung, Mitarbeiter war ich. Das Programm der „Volksstimme", welches fast alle Punkte des

Digitized by Google

Nürnberger Programms enthielt, war nichts Anderes als das Programm des neunten Wiener Arbeitertages; auch dieses Programm enthält, wie das Eisenacher die Forderung des freien Volksstaates.

Präs.: Im Jahre 1869 begann die Agitation für den Eisenacher Congreß; wer hat vorzugsweise agitirt? — Oberw.: Die Gegner der unbedingten Anhänger Schweitzer's traten aus dem allgemeinen deutschen Arbeitervereine aus und beriefen den Eisenacher Congreß ein. — Präs.: Ihr Name steht mit unter denen der Einberufer. — Später unterschrieb ich und Hartung.

Präs.: Um die Agitation zu betreiben, kam Liebknecht nach Wien, mit dem Sie damals viel verkehrten. — Oberw.: Liebknecht kam zum Journalistentag nach Wien. — Präs.: Sie sind dann mit Scheu nach Eisenach zum Congreß gegangen. Es ist wieder eigenthümlich, daß Sie und Scheu als Mandatare von 90.000 österreichischen Arbeitern erscheinen. Unter diesen Mandaten erscheint ein sehr zweifelhaftes von Schönfelder für 16.000 Westbahnarbeiter, während auf der ganzen hiesigen Strecke nicht mehr als 800 Arbeiter sind. Dort haben Sie die Mandate an Liebknecht und Andere weiter gegeben, so daß selbst Herr Baudisch in seinem Protokolle erklärte, das ist eine Schwindelei. — Oberw.: (erregt.) Gegen diesen Ausdruck muß ich protestiren. Die Mandate sind von Volksversammlungen eingelaufen. Im Uebrigen haben einige Zeugen, die vielleicht auch fürchten mochten, in diesen Hochverrathsproceß verwickelt zu werden . . .

Präs.: Ich bitte, sich jeder Ironie zu enthalten.

Oberw.: Ich bin nicht ironisch, aber es ist so, die Zeugen suchten durch verschiedene Ausflüchte sich der Gefahr zu entziehen, mit in diesen Proceß verwickelt zu werden.

Präs.: In Eisenach spielten Sie und Scheu eine bedeutende Rolle. Sie Beide wurden ins Bureau gewählt. Was wurden da für Programmpunkte angeregt? — Oberw.: Es wurde ein dem Programm des neunten Wiener Arbeitertages gleichlautendes angenommen, welches den freien Volksstaat anstrebt.

Präs.: Gleich im ersten Punkte heißt es: die socialdemokratische Partei in Deutschland erstrebt die Errichtung des freien Volksstaates. Sie werden zugeben, daß unter „freiem Volksstaat" nur die Republik verstanden werden kann. — Oberw.: Ich muß dem gegenüber ausdrücklich bemerken, daß ich und Scheu gegen die Aufnahme des Wortes „Republik" gesprochen, und es auch durchgesetzt haben, weil wir

Digitized by Google

es durchaus nicht mit unseren Zwecken in Oesterreich für vereinbarlich hielten. Ich glaube, schon dieser Umstand genügt vollkommen, um uns von jeder hochverrätherischen Bestrebung freizusprechen.

Präs.: Jedermann, der diese Verhandlungen nur mit einiger Aufmerksamkeit liest, muß annehmen, daß das Wort „Republik" von Ihnen und Scheu nur aus Opportunitätsgründen und Klugheitsrücksichten bekämpft wurde. — Oberw.: Ich bin der festen Ueberzeugung, daß in Oesterreich der Boden und die thatsächlichen Verhältnisse, welche zur Durchführung einer Republik erforderlich, noch nicht vorhanden sind.

Präs.: Bei Ihrer Opposition handelte es sich aber nur um das Wort. Sollte noch ein Zweifel über die Interpretation des Wortes „Volksstaat" vorhanden sein, so gibt das „Felleisen" hierüber genügende Aufklärung, welches mehrmals neben das Wort „Volksstaat" die Erklärung „Republik" beisetzt.

Oberw.: Das „Felleisen" erscheint in der Schweiz. Die Erläuterung des Wortes Volksstaat durch Republik ist daher ganz erklärlich.

Präs.: Wie thätig Sie an dem Congresse mitgewirkt haben, geht daraus hervor, daß Sie dafür eingetreten sind, daß Wien zum Vororte gewählt werde. — Oberw.: Weil ich Wien stets als Hauptstadt Deutschlands betrachtet habe.

Präs.: Sie sprachen gegen Berlin und sagten: „Die Hauptstadt Preußens ist derzeit lahmgelegt durch eine starke Regierung, der es nicht an kühner Initiative fehlt, woher es auch kommen mag, daß das Volk für den Augenblick wenig Kraft zeigt. In Oesterreich dagegen vollzieht sich ein für die Demokratie außerordentlich wichtiger Zersetzungsproceß." — Oberw.: Da wurden im stenographischen Berichte die Worte „innerhalb der alten Parteien" vergessen.

Präs.: Sie sagten ferner: „Wir haben dort eine Regierung, welche, weil sie den verschiedenartigsten Interessen Rechnung tragen will, stets schwankt." — Oberw.: Daß die damalige Regierung geschwankt hat, hat sich daraus ergeben, daß sie sich nicht halten konnte.

Präs.: Mühlwasser sagt, er sei nach Eisenach gegangen, weil er Scheu und Hartung nicht getraut habe. Nun sagt er: „Um einen Fühler auszustrecken, habe ich das Wort „Republik" vorgeschlagen." Scheu habe nun dagegen protestirt, Mühlwasser sagte, er meine es nur

Digitized by Google

für die Zukunft, und Sie haben sich umgedreht, gelächelt und dabei gesagt: Wie schlau sich der Fuchs aus der Schlinge zu ziehen weiß.

Oberw.: Das ist ein Roman. Ich und Scheu saßen am Bureautische, welcher vom Platze Mühlwassers so weit entfernt war, daß ein derartiger Meinungsaustausch ganz unmöglich war. Ich ersuche darüber auch Scheu zu befragen. Mühlwasser war einer der extremsten und der extravagantesten Köpfe. Unser erster Streit in Eisenach bestand gerade darin, daß wir ihm nie weit genug gingen. Er sagte: Ihr in Wien seit weit zurück gegen die Provinz.

Präs.: Bestand ein Antagonismus zwischen Mühlwasser und Ihnen?

Oberw.: Von einem Antagonismus zwischen uns kann nicht die Rede sein. Ich hatte 8 Jahre politischer Thätigkeit hinter mir, während Mühlwasser sich erst seit einigen Monaten der Bewegung angeschlossen hatte. Ich fürchtete, daß er sehr leicht, wenn er journalistisch für die Partei wirkte, dieselbe compromittiren könnte, da er ein sehr unklarer Kopf ist.

Präs.: Es geht aus den Zeugenaussagen hervor, daß Sie als Führer der hiesigen Bewegung angesehen wurden. Sagt doch selbst der Mitangeklagte Baudisch, Hartung war das sichtbare, Oberwinder das unsichtbare Haupt der Bewegung. Sie sind auch mit Becker in Genf in Verbindung gestanden, denn Sie sollen dem Mühlwasser eine Recommandation an Becker gegeben haben. — Oberw.: Daß ich mit Becker in Verbindung gestanden habe, ist eine Lüge Mühlwasser's. (Mit erregter Stimme.) Der Agent der „Internationalen Association" war Brüshaver, und der kann dem Mühlwasser vielleicht die Recommandation gegeben haben. Ich begreife nicht, wie man die Aussage eines Menschen wie Mühlwasser als Thatsache hinstellen kann.

Präs.: Außerdem sagt auch die Zeugin Podany: Ich hatte mich der Bewegung angeschlossen, habe aber dann alle Achtung vor den Führern verloren. Besonders scheint sie gegen Sie Mißtrauen gehegt zu haben. In der „Neuen Welt" haben Sie mit Liebknecht gesprochen, und als die Podany in Ihre Nähe kam, seien Sie gerade in Liebknecht gedrungen, dem Mühlwasser den Kopf zurechtzusetzen, Liebknecht habe aber erwiedert: Schlechter als wir Zwei ist Mühlwasser auch nicht. — Oberw.: Alle diese gravirenden Aussagen gegen mich finden erst statt von dem Momente, wo man in meinen Papieren nichts Hoch-

Digitized by Google

verrätherisches fand. Hätte die Podany Mißtrauen gegen mich gehabt, so hätte Sie es meinen Parteigenossen gesagt.

Präs.: Aber sie hat es doch dem Hartung gesagt. — Oberw.: Das kann sie leicht sagen, weil Hartung nicht hier ist. (Heiterkeit.)

Präs.: Glauben Sie, daß die Republik in Oesterreich ohne Gewalt durchzuführen ist? — Oberw.: Ich halte die Republik in Oesterreich für eine sociale Unmöglichkeit, denn die Republik setzt gewisse Factoren voraus, die, wie ich schon erwähnte, in Oesterreich gar nicht existiren.

Präs.: In Eisenach wurde der Anschluß an die internationale Association beschlossen. — Oberw.: Mit der Bemerkung; „Soweit dies die Gesetze des Landes gestatten."

Präs.: Sie haben damals Wien nicht als Vorort durchgesetzt, wohl aber haben Sie agitirt, daß Wien wenigstens als Sitz der Control-Commission gewählt werde. — Oberw.: Agitirt habe ich nicht dafür.

Präs.: Es wurde bei Ihnen der Rechnungsabschluß des Vorortes Braunschweig gefunden. — Oberw.: Den konnte man in jeder Redaction finden. Die Control-Commission wurde in Wien des Vereinsgesetzes halber gar nicht constituirt.

Präs.: Ueber Antrag Bebel's wurde der Ausschuß ermächtigt, eventuell die Veröffentlichung der Control-Commission zu unterlassen. Sie konnten also unter dieser Voraussetzung ganz gut die Controle ausüben. Es ist nachgewiesen, daß Sie Mitglied dieser geheimen Control-Commission waren und daß Sie auf dem Eisenacher Congresse beauftragt wurden, in dieser Eigenschaft hier zu wirken. — Oberw.: Die ganze Debatte, welche in Eisenach in dieser Beziehung stattfand, dreht sich darum, eine Organisation zu schaffen, nach welcher, wenn ein oder der andere Verein aufgelöst wird, die Wirksamkeit der Partei nicht lahmgelegt ist.

Präs.: Das heißt, wenn ein oder der andere Verein aufgelöst wird, so kann er morgen unter einem andern Namen wieder entstehen; das steht ja im Conflict mit den Gesetzen?

Oberw.: Aber das bezieht sich ja nicht auf den hiesigen, sondern auf den allgemeinen deutschen Verein. Die Verbindung des hiesigen Vereins mit der social demokratischen Partei ist durch den Erlaß Giskra's unmöglich gemacht worden.

Präs.: Aber es sind doch noch später viele Schritte gemacht

Digitized by Google

worden, um das Eisenacher Programm zur Verwirklichung zu bringen. So hat Scheu Mitgliederkarten vom Braunschweiger Verein erhalten, und dieselben Pabst, Perrin und Anderen zur Vertheilung gegeben. Wir werden auf diesen Gegenstand später zurückkommen. Ich gehe nun zur Besprechung der Volksversammlung bei der „schönen Aussicht" über. Damals ist Mühlwasser das erstemal hieher gekommen. Er sagt, Sie hätten ihn erwartet und ihn angeregt, der Versammlung den Eid auf die rothe Fahne abzunehmen; er hat es auch gethan. Sie haben ferner ein Telegramm an den „Réveil" in Paris abgefaßt und dasselbe ist auch abgeschickt worden.

Oberw.: Die Angabe bezüglich des Telegramms ist richtig; wir wollten dem „Réveil zum Ausfalle der Wahlen in Paris gratuliren. Was aber die Angabe des Zeugen Mühlwasser in Betreff der Abnahme des Eides auf die rothe Fahne betrifft, ist das Ganze eine Lüge und entspricht dem phantastischen, zu derartigen Scenerien geneigten Wesen Mühlwassers. Von uns ist das auch gar nicht beschlossen worden.

Präs: Sie waren auch Mitarbeiter des Journals „La Fraternité"?

Oberw.: Dieses Blatt wurde in Mannheim gegründet, um den chauvinistischen Ideen, dem Völkerhasse, entgegenzutreten und eine freundschaftliche Verbindung zwischen Frankreich und Deutschland anzubahnen. Ich wurde aufgefordert, an der Redaction theilzunehmen; nachdem aber die erste Nummer nicht zur angegebenen Zeit erschien, habe ich mich nicht weiter um das Unternehmen gekümmert. Noch habe ich zu bemerken, in Betreff meiner Mitgliedschaft beim hiesigen social demokratischen Comité, daß dasselbe bereits vor den Neuenburger Beschlüssen bestand, was auch aus dem Datum des Auflösungsdecrets ersichtlich sein muß.

Präs.: Wir kommen nun zu der Demonstration vom 13. December 1869. Es wird Ihnen nachgewiesen werden, daß dieser Gewaltact ein vorbereiteter und von allen Seiten gut eingeleiteter war. Hartung, der nach den Aussagen aller Ihrer Collegen als Ihr Echo und als Ihre rechte Hand bezeichnet wird, hat schon im Mai 1869 bei einer Versammlung in Floridsdorf gesagt: „Wir müssen den Abgeordneten zeigen, daß wir für unsere Forderungen einstehen." Die Zeugin Podany sagt aus, daß ihr Hartung schon lange vorher Alles genau erzählt, wie man vorgehen werde: „Unsere Fahne ist

Digitized by Google

roth!" Hartung hat erklärt, wir sehen, wie einige Punkte unseres Programms nicht auf legalem Wege durchgeführt werden können, also mit Gewalt. Wenn von diesem Gewaltacte die Rede war und die Zeugin Podany ihre Bedenken äußerte, sollen Sie stets scherzend darüber gesprochen haben.

Oberw.: Was in Floridsdorf besprochen wurde, hat nicht auf eine Demonstration, sondern auf eine Petition Bezug. Ich habe mich überhaupt in der Zeit um den 13. December sehr wenig mit Politik beschäftigt, da ich vom September bis Mitte November in Basel krank lag, und dann der Erholung bedurfte. Ich hatte mir überhaupt vorgenommen, an der Demonstration nicht theilzunehmen, weil ich der gegnerischen Presse nicht Anlaß geben wollte, zu sagen, daß nur Ausländer die Leiter der Bewegung seien.

Präs.: Die Podany erwähnt, nachdem sie von Hartung schon vollkommen informirt war, habe sie mit Ihnen einige Tage früher über die bevorstehende Demonstration gesprochen und sich geäußert, daß das gefährlich sei. Sie hätten ihr jedoch entgegnet: „Ihr seid Hasenfüße, fürchtet euch nicht, der Generalmarsch wird noch nicht geschlagen!"

Oberw.: Davon weiß ich nichts; diese Zeugin hat mir überhaupt Vieles in den Mund gelegt.

Präs.: Sie haben der Podany auch noch scherzend bemerkt: „Wenn ich General werde, dann werden Sie meine Adjutantin!" (Heiterkeit.)

Oberw.: (lächelnd): Davon weiß ich nichts.

Präs.: Die Podany hat Ihnen überhaupt mißtraut. Sie machten ihr den Eindruck, als ob Sie es nicht ehrlich meinten, denn Sie hätten von den Arbeitern wiederholt gesagt: „Dieser Arbeiterpöbel braucht einen Leithammel. Durch die Magenfrage gebraucht man den Arbeiterpöbel zu politischen Zwecken."

Oberw.: Ich erkläre alle diese Angaben für erlogen. Man wollte mich bei meiner Partei unmöglich machen. Fräulein Podany erhielt sehr häufig Besuch von Herrn Florencourt, der bekanntlich der journalistische Vertreter einer Partei ist, welche die Arbeiter für ihre Zwecke ausbeuten will. Im Dienste dieser Partei scheint Fräulein Podany zu stehen.

Präs.: Sie erklären also diese Aussagen für unwahr?

Oberw.: Vollkommen erlogen, und zwar mit böser Absicht erlogen.

Digitized by Google

Präs.: Diese Aeußerung der Podany steht nicht vereinzelt da. Pfeiffer, der in die Deputation gewählt war, kam einige Tage vor dem 13. von Suben an; am 13. habe er gestaunt, als er bemerkte, daß Alles militärisch organisirt war. So seien auf Commando die Anwesenden in drei Colonnen abgefallen und seien auf drei verschiedenen Wegen zum Zobel marschirt. Die Podany hat früher gefragt, ob Sie bei der Demonstration sein werden und Hartung sagte ihr: Nein. Dennoch hat die Zeugin Sie während der Ansammlung auf der Mölkerbastei gesehen. Sie bemerkte Ihnen deshalb: Es ist freilich bequemer, die Sache von der Bastei anzusehen. Sie waren zwar nicht unter der Masse, aber man hat Sie bei Griensteidl, wo die Deputation sich versammelte, gesehen, eben so waren Sie bei Zobel und Abends bei Tauber. — Oberw.: Es ist Alles richtig, bis auf meine Anwesenheit auf der Bastei. Ich war während der Zeit, wo mich die Podany gesehen haben will, in der Burg, bei der Thronrede; es können dies mehrere von den anwesenden Herren Journalisten, die mich dort gesehen haben, bestätigen; dann bin ich in mein Stammkaffeehaus zu Griensteidl gegangen.

Präs.: Diese Demonstration vom 13. December war aber schon ein Theil jener Gewaltacte, welche durch das Eisenacher Programm in Aussicht gestellt werden. — Oberw.: Ich begreife gar nicht, was der 13. December mit dem Eisenacher Programm zu thun hat.

Präs.: Die Podany sagt ferner, Sie hätten ihr am 12. December gesagt: Morgen lasse ich meine Garde ausrücken. — Oberw.: Ich erkläre diese Aussage für total erlogen.

Präs.: Mühlwasser erklärt auch, Sie hätten ihn aufgefordert, Zuzüge aus Brünn zu bringen. — Oberw.: Ich habe ihn vor dem 13. December einmal auf der Straße getroffen, und da er in einem Briefe nach Reichenberg geschrieben, er werde den Leipzigern und Wienern die Köpfe waschen, fragte ich ihn, ob er uns bald die Köpfe waschen wolle. Sonst habe ich mit diesem Menschen nichts gesprochen. Scheu sagte mir noch: „Du hättest mit dem Lumpen gar nicht reden sollen." (Heiterkeit.)

Präs.: Es kommt auch vor, daß Sie sich zu Mühlwasser über die Demonstration voll Stolz geäußert haben: Das war nur ein Fühler, aber mir hat das Herz im Leibe gelacht, wie stramm die Masse organisirt war.

Oberw.: Es ist geradezu lächerlich, anzunehmen, daß ich eine

Digitized by Google

solche Gefühlsäußerung gerade Mühlwasser machen würde; wir standen mit ihm in Fehde, weil wir ihn entlarvt und als einen eitlen, der Bestechung zugänglichen Menschen hingestellt hatten, der selbst erklärte, daß die Kluft zwischen uns immer größer werde. Einem solchen Menschen sollte ich so etwas sagen? Das ist Alles Lüge und Erfindung des Zeugen, der bekanntlich ein starker Phantast ist.

Präs.: Fräulein Podany gibt auch an, daß ihr Hartung, der doch gewiß in Ihre Pläne genau eingeweiht war, gesagt habe: „Munition werden wir bald haben; die Waffenladen werden geplündert werden!" Das wäre auch wirklich nicht schwer, wenn man bedenkt, daß Mitglieder Ihrer Partei in diesen Etablissements beschäftigt sind.

Oberw. (entschieden): Ich halte von einem solchen Geschwätz nichts und erwidere gar nichts darauf.

Präs.: Fräulein Podany wird uns das bestätigen. Sie haben auch Mühlwasser in einen Revolutionsplan eingeweiht, welcher dahin ging, die Burg zu überrumpeln und sich der Person des Kaisers zu bemächtigen.

Oberw.: Ich muß sagen, daß die Erzählungen Mühlwasser's so lächerlich sind, daß sie Niemand für wahr halten kann, der meinen Charakter kennt; meine ganze politische Haltung spricht dagegen, denn ich habe für einen gemäßigten und verständigen Politiker gegolten; speciell in Frankfurt habe ich mir das Vertrauen der Bürger erworben, ich wurde deßhalb im Jahre 1866 in den Fünfer-Ausschuß gewählt, und mir wird Niemand etwas Derartiges zumuthen. Anders bei Mühlwasser, der mit Julius Brüßhaver in Verbindung war, und der uns wiederholt vorgeworfen, wir seien keine rechten Führer, insbesondere seien wir keiner revolutionären Gewaltthat fähig. Selbst der Polizeidirektor Pichler und Herr Dr. Bauer in Brünn, von dem sich Mühlwasser für seine absurden Erfindungen bezahlen ließ, hat Mühlwasser als Lügner erklärt.

Ueberdies existiren Briefe, in welchen dieser extravagante Kopf sich über uns lustig macht; Mühlwasser suchte von Brünn aus die Bewegung zu organisiren und sich als Führer hinzustellen, und Brüßhaver strebte ein Gleiches von Graz aus an. Es geht aus diesen Briefen weiter hervor, daß Mühlwasser das Programm des neunten Wiener Arbeitertages für viel zu philiströs und für nicht revolutionär genug hielt. Wir sagten ihm: Wir gehen unsere Wege und deßhalb

Digitized by Google

hat er sich darauf auf einige Zeit zurückgezogen; er hat aber stets hinter unserm Rücken gewühlt. Wenn er uns nun den Bestand eines Revolutionsplanes in die Schuhe schiebt, so ist damit constatirt, daß er selbst über einen derartigen Plan brütete.

Präs.: Ich muß hier constatiren, daß bei Brüßhaver, der mit Ihnen sogar einige Zeit zusammenwohnte, in einem Notizbuche ein vollkommen ausgearbeiteter Revolutionsplan gefunden wurde. — Oberw.: Ich war mit Brüßhaver niemals intim, ich habe auch nur kurze Zeit mit ihm zusammengewohnt. Er mag allerdings revolutionäre Ideen gehabt haben, aber mein kurzes Zusammensein mit ihm hatte darauf keinen Einfluß.

Präs.: Wenn Mühlwasser wirklich ein so lügenhafter Mensch ist, wie Sie ihn darstellen, so könnte ein sehr merkwürdiger Umstand nicht zu Tage getreten sein, dessen Wahrheit durch einen Zufall bestätigt wurde. Er hat nämlich in der Untersuchung angegeben, daß die militärische Leitung der Revolution einem eigenen Führer, einem ehemaligen Oberlieutenant anvertraut werden solle. — Oberw.: Warum hat er den Namen nicht genannt? Dann wäre die Wahrheit sofort an den Tag gekommen.

Präs.: Allerdings hat er den Namen nicht sofort genannt, er erklärte, er erinnere sich nicht auf diesen Namen, würde ihn aber aus seinem Notizbuche namhaft machen können, da er sich denselben, als ihm Hartung ihn aus einer Revolutionsliste vorlas, notirt hatte. Es wurde Mühlwasser's Notizbuch aus dem Depositenamte geholt, und er findet den Namen „Filipp", offenbar ein Pseudonym. Nun hätten Sie das noch immer als Hirngespinnst erklären können, allein bei der Hausdurchsuchung bei Hartung fand man einen Brief, welcher folgendermaßen lautet:

„Geehrter Herr!

Ich spreche Ihnen meine volle Bewunderung aus, und anerkenne Ihren überaus gelungenen Act vom 13. December. Ich habe Sympathien für diesen Act. Sollten Sie meine Dienste benöthigen, so rufen Sie mich unter diesem Namen in Ihrem Organe.

Ihr ergebenster
Filipp."

Nun dürfte dieses Hirngespinnst denn doch etwas Greifbares werden!

Oberw.: Es ist merkwürdig, daß Herr Mühlwasser nicht ein-

Digitized by Google

mal die Adresse sich aufgeschrieben hat. Der Brief beweist gar nichts, er zeigt nur, daß Jemand seine Sympathien ausdrückt, und gerade der Brief könnte Anlaß zu der Annahme geben, daß Mühlwasser, der mit uns in keiner Verbindung war, die Sache so in Scene gesetzt hat, um uns zu compromittiren.

Präs.: Wir haben aber auch einen vollkommenen Revolutionsplan in dem Notizbuch des Brüßhaver, ja sogar einen ganzen Verfassungsentwurf gefunden. Der Zeuge Flourencourt, der einige Monate mit Subaric und Pfeiffer in Suben saß, hat in einer äußerst reservirten Aussage angegeben, daß Subaric, der sich auf strategisches Talent sehr viel zugute that, fortwährend Revolutionspläne gezeichnet habe. Es sei die Rede gewesen von einer revolutionären Erhebung, wie man sie einleiten und concentriren, von welchem Punkte man ausgehen müsse. Es war die Rede von der Elisabethbrücke, vom Schwarzenbergplatz. Es sollte von dort der Zuzug aus den Bezirken Wieden und Fünfhaus bewerkstelligt werden. Auch die Zeugin Podany erinnert sich genau an diese Erzählungen des Flourencourt.

Nun finden sich aber in Ihrem Notizbuche dieselben Punkte verzeichnet, denn es heißt in demselben: „Regiment Nobili aus Linz, Kreuzung vor dem Burgthor, Kärntnerring, Canovagasse, Schwarzenbergplatz, Künstlerhaus."

Oberw. (lächelnd): Der unverfängliche Ursprung dieser Notizen läßt sich sehr leicht nachweisen. Diese Notizen beziehen sich einfach auf den Schützenfestzug. (Bewegung.) Ich war damals Correspondent der „Grazer Tagespost" und ich notirte mir für eine Correspondenz den Plan des Festzuges, wie ihn damals alle Zeitungen veröffentlichten. Es ist bekannt, daß das Regiment Nobili die Schützen begrüßen sollte, und es ist bekannt, daß der Zug vor dem Schottenthore und Burgthore aufgestellt werden und auf dem Schwarzenbergplatze Halt machen sollte. Ich muß das komisch finden, daß darin etwas Revolutionäres erblickt wird. Uebrigens stimmen auch die Punkte nicht vollkommen, denn Flourencourt sprach von der Elisabethbrücke, während das bei mir nicht vorkommt.

Präs.: Aber er hat später erst vernommen, daß auch der Heinrichshof ins Auge gefaßt worden sei. Uebrigens ist mir auch nicht bekannt, daß der Schützenzug durch die Canovagasse gegangen wäre und am Schwarzenbergplatze gehalten hätte.

Oberw.: Aus den Journalen muß sich das constatiren lassen.

Digitized by Google

Wenn Subaric Revolutionspläne gezeichnet, so kann das auf uns nicht zurückfallen, denn er gehörte nicht zu unserer Partei, sondern er war Panslavist.

Präs.: Im „Verbote", dem Organe des Eisenacher Congresses, und im „Felleisen" wird ja offen Gewalt gepredigt.

Oberw: Was die Haltung dieser auswärtigen Organe anbelangt, so haben wir darauf keinen Einfluß, namentlich mit der Partei des „Felleisen" haben wir gar nichts zu thun. Herr Becker in der Schweiz war uns auch nicht gewogen, er nannte uns zu bedächtig; wir sind also nicht für das, was im „Felleisen" steht, verantwortlich.

Präs.: Aber Sie standen ja auch mit Herrn Ladenburg in Beziehungen?

Oberw.: Das waren rein persönliche und haben mit der Partei nichts zu thun.

Präs.: Auf dem Brüsseler Congreß wurde beschlossen, die Soldaten aufzuklären und ihnen den Kriegsteufel aus dem Leibe zu treiben, das heißt die militärische Disciplin zu ersetzen. Es hat die österreichische Regierung von diesem Beschlusse Kenntniß genommen und sich veranlaßt gesehen, die Truppen-Commandanten zu verständigen, darauf besonders Acht zu haben. Das ist also wieder ein Act Ihrer Partei!

Oberw. (erstaunt): Unserer Partei? Unsere Partei hat mit den Brüsseler Beschlüssen nichts zu thun.

Präs.: Wie kommt es dann, daß in Wiener-Neustadt bei zwei Unterofficieren Broschüren über diesen Gegenstand gefunden wurden?

Oberw.: Was in Wiener-Neustadt geschieht, das geht uns in Wien nichts an. Wir haben uns überhaupt immer dagegen verwahrt, daß Beschlüsse, die auf Congressen gefaßt wurden, in Oesterreich Geltung haben sollten, ohne daß sie früher in einer inländischen Versammlung beschlossen worden.

Präs.: Sie sagen, es geht Sie nichts an, was in Wiener-Neustadt geschieht, während doch constatirt ist, daß sich von Wien aus ein ganzes Agitationsnetz ausbreitete, daß von hier aus sogar Redner für die verschiedenen Orte abgesendet wurden.

Oberw.: Das mag sein, aber es besteht keine organische Verbindung, und es liegt der Beweis auch darin, daß Mühlwasser und Brüßhaver eigene Parteien gründen wollten.

Präs.: Sie leugnen also die Solidarität der Bestrebungen?

Oberw.: Das nicht. Aber wir sind nicht verantwortlich für die Beschlüsse auswärtiger Körperschaften.

Digitized by Google

Präs.: Und doch läßt sich der internationale Charakter der Bewegung nicht in Abrede stellen.

Oberw.: Nur in Bezug auf Grundsätze, aber nicht in Bezug auf Handlungen.

Dr. Mauthner: Ich bitte, Herr Präsident! Ist das Verhör mit dem Angeklagten hiernach beendet?

Präs.: Ja wohl. Ich ertheile den Parteien das Wort zur Fragestellung.

Dr. Mauthner: Dann muß ich mir das Wort erbitten, denn dasjenige, was ich sagen will, sagen muß, um weiteren Consequenzen vorzubeugen, bezieht sich auf das Verhör. Mir kommt es vor, als würde die Verhandlung an einem Grundfehler zu kränkeln beginnen, daß nämlich diejenigen Herren, welche in die bisherigen Resultate der Untersuchung nicht eingeweiht sind, nicht eingeweiht sein können, so wie die gewählten Vertheidigungs-Personen, die Richter und vielleicht auch alle übrigen Anwesenden, mit Ausnahme der Staatsbehörde, des Vorsitzenden und der Vertheidiger, daß von Allen diesen Personen Niemand weiß, um was sich eigentlich die Verhandlung, um was sich die Fragen des Herrn Präsidenten, die wir eben gehört haben, bewegen. Der Herr Staatsanwalt hat für gut befunden, uns nur die äußersten Umrisse der Anklage bekannt zu geben; aber auch in der Anklageschrift und in den Anklagebeschlüssen wurden nur die äußersten Umrisse der Strafhandlung angedeutet, deren die Angeklagten beschuldigt werden. Der Herr Staatsanwalt hat sich aber heute noch viel kürzer gehalten, und ich, wenn ich nicht früher die Acten studirt hätte, was bei der Kürze der Zeit selbstverständlich nicht mit der wünschenswerthesten Gründlichkeit geschehen konnte, würde keine Ahnung haben, was vorgeht. Der Herr Präsident hat die Rolle des Anklägers übernehmen müssen und es ist sehr natürlich, der Herr Präsident kann sich nicht auf das beziehen, was die Anklage den Beschuldigten zur Last legt, sondern er mußte diesen das vorhalten, wessen er sie selbst beschuldigt. In Folge dessen hat der Präsident immer von seinem Standpunkte aus den Angeklagten die Beschuldigungen vorgehalten und es kann von den Zuhörern Niemand ein richtiges Bild bekommen, sondern es scheint dies Verhalten nur darnach angethan, daß die Anklage Capital daraus schlagen könne; mir scheint, daß dadurch die Verhandlung in ein ganz schiefes Fahrwasser gerathen ist, daß daraus sehr schlimme Consequenzen für den Ausgang des Processes

Digitized by Google

entstehen könnten. Ich habe mich deshalb aus ganz loyaler Absicht sofort zum Wort gemeldet, damit dieser Fehler beseitigt werde, denn wenn in der Vernehmung so fort gefahren würde, müßte die Verhandlung in's Unendliche ausgesponnen werden, weil die Vertheidigung gezwungen sein würde, ganze Folianten, ganze Bände zur Vorlesung zu bringen, um sich für ihre Aufgabe ein Material zu schaffen, denn nach dem bisherigen Verfahren wird Niemand wissen, wie die Arbeiterbewegung sich entwickelte und welche Ideen dieselbe beherrschten. Der Herr Präsident hat ganz bestimmt erklärt, der Charakter der Bewegung ist ein solidarischer, es sei die Partei der Angeklagten, welche die Hetzereien unter den Soldaten in Wiener-Neustadt veranlaßt haben, es bestand ein sichtbares Netz ꝛc. ꝛc. Wenn die Verhandlung in dieser Weise fortgetrieben wird, dann bleibt den Vertretern nichts anderes übrig, als sich das Material für ihre Vertheidigung zu liefern, welches nicht in den Acten liegt.

Die Art und Weise, wie verfahren werden soll, bestimmt der §. 233 d. St. P. O., in welchem es heißt, daß, nachdem die Angeklagten um ihre Generalien befragt und nachdem die Anklage vorgetragen wurde, hat der Gerichtshof vorerst dem Angeklagten eine wahrheitsgetreue Erzählung über die Vorgänge der ihm zur Last gelegten strafbaren Handlung zu gestatten. Nun frage ich aber, was hätte Herr Oberwinder auf die Frage des Herrn Präsidenten antworten sollen, welche lautete: „Ich bitte mir über Ihre persönlichen Verhältnisse nähere Auskunft zu geben." Ich selbst hätte es nicht gewußt, obwohl ich in Strafsachen ziemlich versirt bin, umsoweniger aber könnte es der Angeklagte Oberwinder. Der Herr Präsident hat also den Weg, den die Strafproceßordnung vorschreibt, nicht eingeschlagen. Er begann das Verhör mit der Bemerkung: „Ich werde jetzt in die persönlichen Verhältnisse des Angeklagten etwas näher eingehen," und während ich glaubte, es handle sich noch immer um Personalien, stellt sich plötzlich heraus, daß der Angeklagte schon auf die Anklage geantwortet habe. Der beste Beweis dafür liegt wohl darin, daß der Herr Präsident auf meine Frage erklärte, daß das Verhör mit dem Angeklagten von seiner Seite geschlossen sei, und daß er den Parteien das Wort zur Fragestellung ertheile. Hätte der Herr Präsident wenigstens die Vorschrift des §. 233 d. St. P. O. befolgt, so wäre der Angeklagte in der Lage gewesen, ein klares Bild dessen geben zu

Digitized by Google

können, was die Anklageschrift mit besonderer Zuspitzung auf den Eisenacher Congreß u. s. w. als hochverrätherisch bezeichnen will. Der Angeklagte hätte ausführen können, worin seine Bestrebungen bestehen. Das alles konnte er nicht sagen, denn der Herr Präsident hat sich an die Reihenfolge der Ideen gehalten und darum wird es nothwendig sein, daß die Verhandlung in einer andern Art fortgeführt werde, wenn dieselbe nicht in unendliche Länge gezogen werden soll. Was geschehen ist, läßt sich allerdings nicht mehr gut machen und ich würde leeres Stroh dreschen, wenn ich weiter ein Wort darüber verlieren wollte; um aber vorzubeugen, daß weiter in der Weise vorgegangen, andererseits aber das Versäumte nachgeholt werde, erlaube ich mir die Bitte zu stellen, daß dem Angeklagten Herrn Oberwinder jetzt noch das Wort zur Beantwortung der Anklage in zusammenhängender Weise gegeben werde, bevor die Parteien zur Fragestellung gelangen; ferners, daß bei den folgenden Vernehmungen nach dem §. 233 der St. P. O. vorgegangen werde, daß der Herr Präsident die zusammenhängende Verantwortung der Angeklagten nur dann unterbreche, wenn sich dieselben Ausschreitungen erlauben sollten.

Dr. Singer: Ich schließe mich den Ausführungen meines geehrten Herrn Vorredners vollkommen an, erlaube mir aber zugleich einen Antrag dahin zu stellen, daß der Anklage-Antrag vorgelesen werde, damit Jedermann, der der Verhandlung beiwohnt, entschieden wisse, um was es sich handle. (Bravo im Auditorium.) Der Anklage-Antrag soll in seinem vollen Umfange selbst jetzt nach dem Verhöre des Herrn Oberwinder vorgelesen werden.

Staatsanwalt Schmeidel: Was die Bestimmung in der Ordnung der einzelnen Beweismittel betrifft, so liegt es ausschließlich in den Händen des Vorsitzenden und ich werde deshalb auf die Anträge der verschiedenen Vertheidiger nicht eingehen. Ein Vorgehen, wie es von Seite des Vertheidigers Dr. Mauthner begehrt wurde, liegt in dem Sinne des §. 233 d. St. P. O. nur dann, wenn der Angeklagte in der Voruntersuchung ein Geständniß sowohl in objectiver als in subjectiver Richtung abgelegt hat, was aber hier nicht der Fall ist, es muß hier vielmehr die Bestimmung der §§. 182 und 183 d. St. P. O. Platz greifen. Uebrigens fällt mir nicht im mindesten ein, auf die Art und Weise, wie der Herr Präsident vorzugehen beliebt, Einfluß nehmen zu wollen.

Dr. Mauthner: Ich muß es eben wie der Herr Staats-

Digitized by Google

anwalt ablehnen, einen Einfluß auf die Führung der Verhandlung zu nehmen. Wenn ich nicht das Gesetz für mich hätte, würde mich der Herr Präsident gewiß, wie es heute schon geschehen ist, mit der Bemerkung zurecht gewiesen haben, daß das seine Sache sei; ich habe aber den klaren Wortlaut des Gesetzes für mich und wenn der Herr Staatsanwalt versucht, diesem Paragraph eine falsche Auslegung zu geben, so weise ich einfach darauf hin, daß der §. 233 d. St. P. O. allgemein gehalten ist und daß erst im zweiten Theile dieses Paragraphen von dem Geständnisse die Rede ist.

Dr. Singer: Ich muß auf meinem Antrag auf Vorlesung des Anklageantrages beharren, indem es eine Formwidrigkeit sondergleichen ist, dies nicht zu thun. Die Begründung der Anklage wäre wohl auf gleicher Höhe gestanden mit der Bemerkung des Herrn Staatsanwaltes: „Ich klage die Herren A bis Z des Hochverrathes und der öffentlichen Gewaltthätigkeit an.“ Meine Herren, es soll in diesem Processe von gar keinem ungesetzlichen Mittel Gebrauch gemacht werden, und ich muß erklären, die Vertheidigung werde wenigstens ihrerseits sich gar kein gesetzliches Mittel entgehen lassen, und streng auf dem Boden des Gesetzes zu beharren suchen. (Bravo im Publikum.)

Präsident (mit abwehrender Bewegung): Ich bitte!

(Der Gerichtshof zieht sich zur Berathung über die Anträge der Vertheidiger in das Berathungszimmer zurück.)

Nach längerer Berathung erscheint derselbe wieder und der Präsident erklärt, daß der Gerichtshof keinen Anlaß habe, nach dem bisherigen Gange der Verhandlungen dem Präsidenten Anweisungen über die Fragestellungen zu geben. Das Verlangen der Vertheidigung auf Verlesung der Gründe des Anklagebeschlusses erscheine gesetzlich nicht gerechtfertigt, denn es sei Sache der Staatsanwaltschaft, die Gründe mit größerer oder geringerer Ausführlichkeit anzuführen.

Der Vorsitzende ertheilt dem Angeklagten Oberwinder das Wort.

Oberw.: Die ganze Anklage stützt sich auf die Aussagen Mühlwasser's und des Fräulein Podany. Mühlwasser hat auf dem Eisenacher Congresse für die Republik gesprochen, und wenn es wahr ist, was die Staatsanwaltschaft sagt, daß schon meine Anwesenheit in Eisenach allein genügt, um mich rechtlich des Hochverraths zu beschuldigen, so kommt es mir eigenthümlich vor, daß Mühlwasser, welcher dort die Republik proklamirte, die ich bekämpfte, nicht auf der Anklagebank

Digitized by Google

erscheint. Sollte es vielleicht wahr sein, was mir von einem Ehrenmanne erzählt worden ist, daß Mühlwasser gedroht hat, er würde, wenn man den Hochverrathsproceß gegen ihn nicht fallen lasse, Enthüllungen machen über Vereinbarungen, welche Graf Taaffe und Herr Otto v. Bauer mit seiner Arbeiterpartei angebahnt haben, um gegen die österreichische Verfassung vorzugehen. Eine geheime Polizeinote . . .

Präs. (unterbrechend): Wenn Sie durch Zufall in Kenntniß einer confidentiellen Mittheilung gelangt sind, so bitte ich, darüber zu schweigen.

Oberw.: Ich behalte mir vor, auf diese Note bei der Frage der Beeidigung Mühlwassers zurückzukommen. Ich mache nur darauf aufmerksam, daß klar aus den Acten hervorgeht, daß Mühlwasser für jede Reise nach und von Brünn für jede Aussage von der Brünner Polizeidirection bezahlt worden ist.

In dem uns zugestellten schriftlichen Anklageact spricht die Staatsbehörde davon, daß wir es vorzogen, anstatt durch opferwillige Hingebung und „eigene Kraft" die Lösung der socialen Frage anzustreben, „politische Macht zu erringen" suchten und somit von der Gesammtheit des Staates, daher auch größtentheils auf Kosten fremder Leute Vermögen und ohne eigenes Zuthun die Mittel zur Hebung ihrer materiellen Lage beanspruchten. Auf diesen groben Trugschluß der Anklage einzugehen, halte ich nicht für nothwendig. Ich will nur nochmals betonen, daß das, was wir in erster Linie beanspruchen, die politischen Freiheiten, so z. B. das allgemeine directe Wahlrecht, auf ganz legalem friedlichen Wege zu erreichen ist, und es der Staatsbehörde nicht gelingen wird, zu beweisen, daß wir diese Forderungen auf gewaltthätigem Wege durchsetzen wollten. Auf Grund der politischen Rechte gedenken wir die sociale Frage zu lösen und die materielle Lage der Arbeiter zu fördern. Wir haben den vorläufigen geringen Nutzen der Consumvereine u. dgl. anerkannt, sehen aber die Unmöglichkeit, auf diesem Wege die ökonomischen Verhältnisse zu ändern und verlangen deshalb politische Freiheiten, um auf dem Wege der Gesetzgebung die sociale Frage zu lösen.

Nach einer kleinen Unterbrechung beginnt das

Verhör des Angeklagten Andreas Schen.

Präs.: Welche Erziehung haben Sie genossen?

Digitized by Google

Scheu: Ich besuchte die Normalschule und die Unterrealschule, und trat dann bei einem Vergolder in die Lehre, bildete mich später zum Zeichner und Modelleur aus, arbeitete kurze Zeit in Prag, dann hier in Wien wurde im Jahre 1867 vom niederösterreichischen Gewerbevereine als Delegirter zu der Weltausstellung in Paris geschickt, um über dieselbe Bericht zu erstatten. Im Jahre 1868 arbeitete ich auf eigene Rechnung, modellirte für Vergolder, bis ich zum Secretär für die erste allgemeine Arbeiter-Industrieausstellung in Wien gewählt wurde.

Präs.: Sie haben also Ihre Beschäftigung aufgegeben?

Scheu: Ja. Den ersten Impuls gab meine Berufung als Secretär zur Arbeiter-Industrieausstellung; die zweite Anregung aber die Uebernahme der Redaction des Partei-Organes „Volkswille", welche meine Zeit vollständig in Anspruch nahm.

Präs.: Was hat Sie veranlaßt, die Redaction des „Volkswille" zu übernehmen?

Scheu: Weil Hartung in die Schweiz ging und Jemand nothwendig war, der das Partei-Organ redigirte.

Präs.: Wann haben Sie sich der Arbeiterbewegung angeschlossen?

Scheu: Im Jahre 1868.

Präs.: Haben Sie sich gleich den Lallalleanern angeschlossen, oder gehörten Sie früher zur Schultze-Delitzsch-Partei?

Scheu: Als ich von der Sache Kenntniß erhielt, war die Richtung noch nicht bestimmt, der Kampf noch nicht beendet. Die in den Journalen gebräuchlichen Phrasen vom „sich selbst helfen" zogen mich kurze Zeit an, erkannte aber bald, daß das eben nur hohle Phrasen seien, daß die Mittel, welche Schultze-Delitzsch vorschlug, zur Lösung der socialen Frage nicht ausreichen.

Präs.: Wie sind Sie mit den Principien Lassalle's bekannt geworden?

Scheu: Ich habe die klaren und für Jedermann verständlichen Schriften Lassalle's gelesen.

Präs.: Sie sind einer der hervorragendsten Arbeiterführer gewesen.

Scheu: Arbeiterführer? Man titulirte uns so.

Präs.: Was heißt das „uns"?

Scheu: Die hier Angeklagten; die Arbeiter betrachten diejenigen, welche ihnen durch Wort und Schrift die Grundsätze der Socialdemokratie klar machen, als Führer.

Digitized by Google

Präs.: Es heißt, daß Herr Oberwinder einen großen Einfluß auf die Arbeiter übe. Sie sind der Einzige, der diesen Einfluß nicht gelten lassen will.

Scheu: Das ist nicht richtig. Als mir in der Untersuchung die Frage bezüglich der angeblichen „Garde" Oberwinder's gestellt wurde, antwortete ich: Das glaube ich nicht, Oberwinder ist ja nicht so populär, er hat nur selten gesprochen, und war deshalb auch in Arbeiterkreisen nicht so bekannt, daß er die Arbeiter seine Garde nennen könnte.

Präs.: Worin bestand die Agitation der sogenannten Arbeiterführer?

Scheu: Die Grundsätze der Social-Demokratie, die sich bereits über alle civilisirten Länder verbreitet, und auch im österreichischen Volke Wurzel gefaßt hatten, zu verbreiten.

Präs.: Sie werden zugeben, daß auch Sie an der Agitation einen lebhaften Antheil genommen haben; namentlich haben Sie lebhaft für die Beschickung des Eisenacher Congresses agitirt.

Scheu: Nicht agitirt, candidirt. Ich war damals der bevorstehenden Eröffnung der Ausstellung wegen sehr beschäftigt, und hatte daher zum Agitiren wenig Zeit.

Präs.: Es ist damals in der Volksstimme auch der Aufruf zur Beschickung des Congresses erschienen.

Scheu: Daran erinnere ich mich nicht.

Präs.: Erinnern Sie sich an das Auftreten des Herrn Liebknecht?

Scheu: Ja wohl. Er kam zum Journalisten-Tag hieher, und benützte die Gelegenheit, um zu den Arbeitern zu sprechen.

Präs.: Hat Herr Liebknecht unter den Arbeitern für die Theilnahme an dem Eisenacher Congreß agitirt?

Scheu: Er hat von den Spaltungen der Arbeiter gesprochen, und er hat sie zur Beschickung des Eisenacher Congresses aufgefordert.

Präs.: Haben Sie viel mit Liebknecht verkehrt?

Scheu: Nein. Das erste Mal sah ich ihn Abends, wo er in's Vereinslocal kam, dann bei der Volksversammlung bei Zobel, und schließlich bei seiner Abreise

Präs.: Mit wem verkehrte er sonst?

Scheu: Mit Oberwinder, der auch am Journalistentag theilnahm, und mit Hartung.

Digitized by Google

Präs.: Wie steht es mit den Mandaten zum Eisenacher Congreß? Dieselben sollen gefälscht sein, und Herr Baudisch nennt die angeblichen Mandate, welche Sie von 90000 Arbeitern vorwiesen, einen Schwindel.

Scheu: Ich protestire entschieden dagegen, als hätten wir die Mandate fingirt. Hartung hat uns dieselben verschafft, sie waren immer von einem Vertrauensmanne der Genossen- oder Gewerkschaften unterschrieben, mit dem betreffenden Stempel versehen, und haben ihre Richtigkeit.

Präs.: Es sind aber darüber auch Zeugen vernommen worden, welche von Mandaten nichts wissen wollten.

Scheu: Die Zeugen, welche man hierüber vernommen hat, sind eben nicht die rechten Zeugen.

Präs.: Die Polizei weiß aber trotz eifriger Nachforschungen auch nichts von der Beischaffung dieser Mandate. (Heiterkeit.) —

Scheu (ironisch): Das glaube ich wohl. Die Polizei wird sich eben nicht an die rechten Leute, sondern wahrscheinlich an die Herren Meister und Genossenschaftsvorsteher gewendet haben, welche allerdings nichts wissen konnten. Meines Wissens wurde in der Voruntersuchung ein Fehler gemacht, indem man Herrn Schuler vorlud, während Herr Andrejky, so viel mir erinnerlich ist, das Mandat der Schuhmacher ausfertigte. Ich weiß mich bestimmt zu erinnern, daß die Mandate überschickt worden sind, so z. B. durch den Vorstand des Vereines der Pfeifenschneider, von den Tischlern, Schustern, Schneidern, Drechslern, von den Gold- und Silberarbeitern und einer Volksversammlung. Wenn gegen die Echtheit der Mandate irgendwie ein Zweifel erhoben werden sollte, dann bitte ich, sich an das Präsidium des Eisenacher Congresses zu wenden, daselbst liegen die Mandate vor, dieselben können im gerichtlichen Wege requirirt werden, und damit der Vorwurf, daß dieselben fingirt seien, widerlegt werden.

Präs.: Sie haben beim Eisenacher Congresse in hervorragender Weise mitgewirkt?

Scheu: Wenn ich auch nicht eine hervorragende Rolle gespielt habe, so habe ich doch manchen wichtigen Paragraph durchgebracht.

Präs.: Der Eisenacher Congreß erstrebte die Erreichung des freien Volksstaates; Niemand wird wohl darunter etwas Anderes als die Republik verstehen. Es liegt auch hier das „Felleisen" vor, worin der Wortlaut des Eisenacher Congresses enthalten ist, in dem es heißt:

Digitized by Google

„Die socialdemokratische Partei erstrebt den freien Volksstaat (Republik)."

Scheu: Die Annahme, daß unter „freiem Volksstaat" die Republik verstanden werden müsse, ist eine irrthümliche. Ich verstehe unter „freiem Volksstaat" dasjenige Gemeinwesen, in welchem die speciell angeführten Programmpunkte durchgeführt sind. Ich habe gegen den ersten Artikel des Programms gesprochen, weil ich der Ansicht war, daß man nicht über eine bestimmte Staatsform debattiren solle, ehe die Arbeiter ihre socialen Forderungen durchgeführt haben. Mehr kann man wohl nicht thun als ich, der ich auf dem Congresse erklärte, ich sei aus Opportunitätsgründen dagegen, daß dieser Satz an die Spitze des Programms gestellt werde.

Präs.: Weil Sie es für Oesterreich nicht räthlich hielten.

Scheu: Natürlich, in Oesterreich wäre ein Verein mit einer solchen Bestimmung in den Statuten eine Unmöglichkeit gewesen.

Präs.: Wenn aber eine Partei ein bestimmtes Programm aufstellt und in die Berathung darüber eingeht, und namentlich wenn sie sich, wie hier im Punkte 2, verpflichtet, mit der größten Energie für die Durchführung dieses Programms einzutreten, so trifft wohl auch diejenigen die Verantwortung, welche sich an der Debatte betheiligt und das Programm mitbeschlossen haben. Es kann hier keinesfalls von einer Durchführung des Programms im gesetzlichen, friedlichen Wege, sondern, wie aus dem ganzen Programm hervorgeht, nur von einer Durchführung im Wege der Gewalt die Rede sein, denn diese Forderungen werden Sie in monarchischen Staaten nie im friedlichen Wege erreichen können.

Scheu: Das Programm enthält nur Grundsätze; die Mittel zur Durchführung wären erst zu erörtern gewesen. Jedenfalls aber muß ich bestreiten, daß die Durchführung dieser Grundsätze im Wege der Gewalt stattfinden sollte. Der freie Volksstaat ist ein allgemeiner Begriff, den sich Jeder ausmalen kann, wie er will, und ich erblicke in dem Anstreben desselben gar nichts Verfängliches. Die Durchführung desselben, und wenn es auch auf noch so große Hindernisse stoßen dürfte, ist sehr gut auf friedlichem Wege denkbar. Ich weise ganz einfach auf die politischen Verhältnisse Oesterreichs hin. Was wurde da nicht schon Alles für hochverrätherisch erklärt und gelangte schließlich doch zum Siege, und zwar nur auf friedlichem Wege. Im Jahre 1848 wurden viele Ungarn als Hochverräther verfolgt und

Digitized by Google

heute sitzen sie im Rathe der Krone, wobei wohl zu bemerken ist, daß sie ihre Forderungen nicht durch die 1848er Revolution, sondern durch die vollkommen gesetzlichen parlamentarischen Kämpfe und Unterhandlungen 20 Jahre später durchsetzten. Dr. Giskra hat die Bestrebungen der Czechen, sowie auch jene unserer Partei als staatsgefährlich erklärt und dennoch geht man schon heute daran, auch den Czechen Concessionen zu machen. Muß man denn annehmen, daß der freie Volksstaat nur auf dem Wege der Gewalt entstehen kann? Wodurch ist denn die Annahme, daß wir den Weg der Gewalt betreten wollten, gerechtfertigt?

Präs.: Glauben Sie wirklich, daß dieser freie Volksstaat ohne Gewalt entstehen könne?

Scheu (entschieden): Es ist dies eine Idee, die sich mit der Zeit Bahn brechen wird, allein ich will darüber gar nicht sprechen weil die Durchführung dieser Idee noch gar nicht in Aussicht gestellt war. Wir haben noch nicht nöthig, die Regierungsform festzustellen, bevor wir unsere socialen Ziele erreicht haben.

Präs.: Sie erklärten auf dem Eisenacher Congresse, daß Sie in dieser Beziehung noch viel weiter gehen.

Scheu: Den Schwerpunkt der ganzen Frage verlegte ich in die Erreichung der socialen Ziele; die waren mir das Hauptmoment unseres Strebens. Die Regierungsform war mir Nebensache. Diese Ziele der socialdemokratischen Partei, die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter, Aufhebung des Lohnverhältnisses und die Theilnahme aller Menschen an dem gleichen Lebensgenusse sind nach meiner Ueberzeugung in jedem Staate, sei er eine Monarchie, sei er eine Republik, durchzuführen. Daß es mit der Republik allein nicht abgethan ist, beweist zur Genüge die drückende Lage der Arbeiter in der Schweiz und in Amerika.

Präs.: Es wurde hier auch eine Controlcommission für die Eisenacher Beschlüsse constituirt?

Scheu: Sie wurde nicht constituirt; es ist auch über ihre Thätigkeit nie etwas verlautbart.

Präs.: Ja, das finde ich natürlich, da es in den Instructionen heißt, wenn man besorgen sollte, mit der Staatsgewalt in Conflict zu gerathen, die Verhandlungen nicht zu veröffentlichen.

Scheu: Ich kann auf das Bestimmteste behaupten, daß ich

Digitized by Google

von der Existenz dieser Control-Commission keine Kenntniß habe, und daß ich jedenfalls darum gewußt hätte, wenn sie bestanden hätte.

Präs.: Mühlwasser führt aber sehr triftige Gründe an, warum die Control-Commission sich constituiren mußte; denn wurde die Control-Commission nicht gewählt, dann bestand ja der ganze Organismus nicht und die ganze Partei sagte sich vom Eisenacher Programme los.

Scheu: Das mag recht wahrscheinlich klingen, ist aber doch nicht so. Mühlwasser war überhaupt derjenige, der von Allem wissen wollte, der aber nichts wußte, da man ihm jeden Einfluß genommen hatte. Allerdings war die Gründung einer Control-Commission projectirt, allein die Constituirung, wie ich bereits erklärte, unterblieb, nachdem man durch das „berühmte" Rundschreiben —

Präs. (Einfallend): Ich bitte von Regierungsacten nicht in ironischer Weise zu sprechen.

Scheu: Nachdem man durch das Giskra'sche Rundschreiben dem Versammlungsrechte Gewalt angethan und das freie Vereinsleben beschränkt, ja unmöglich gemacht, indem man unsere Vereine für „staatsgefährlich" erklärt hatte, wurde die Control-Commission nicht gegründet.

Präs.: Der Zweck dieser Control-Commission sollte vorzüglich der sein, ein conformes Programm anfzustellen und eine gleichmäßige Organisation zu gründen, damit, wenn heute irgendein Verein aufgelöst wird, er morgen wieder unter einem anderen Namen fortbestehen könne?

Scheu: Das ist richtig und ich finde diese Bestimmung des Programms auch vollkommen den Erfahrungen, welche man namentlich in Deutschland gemacht hat, entsprechend.

Präs.: Also, Sie wollen das auf die Deutschen schieben!

Scheu: In Deutschland ist man eben durch vieljährige Erfahrungen schon klug geworden; bei uns ist das Vereinsleben noch zu jung.

Präs. Sie haben auch den Vertrieb der Karten der deutschen Arbeiter-Partei besorgt?

Scheu: Anfangs habe ich einige Karten verbreitet, da ich jedoch später keine Zeit hatte, so schrieb ich nach Braunschweig, man möge mit diesem Vertriebe andere Personen betrauen und empfahl diesfalls die Herren Schönfelder, Pabst und Perrin.

Präs.: Haben Sie also gar keine Karten bekommen?

Digitized by Google

Scheu: O ja, circa 100 Stück, die ich an einzelne Mitglieder vertheilt habe, namentlich habe ich Herrn Pabst 50 Stück gegeben. Nachdem wir aber sahen, wie von Seite der Regierung gegen unsere Vereinsbestrebungen vorgegangen wurde und nachdem wir den Plan der Gründung der Control-Commission aufgegeben hatten, vernichteten wir auch die übrigen Karten. Es fiel auch gerade in jene Zeit die Verhaftung derjenigen, welche sich an der Demonstration vom 13. December betheiligt und die Petition an das Ministerium unterzeichnet hatten. Wir waren der Ueberzeugung, daß es nach dem Rundschreiben des Ministers Giskra zu einem engen Anschlusse, zu einer ersprießlichen Verbindung der verschiedenen Vereine nicht kommen konnte, und haben deshalb die Sache ganz fallen gelassen.

Präs.: Die Zwischenzeit, welche seit dem Stattfinden des Congresses verfloß, hatte Ihnen wohl Gelegenheit genug geboten, Anhänger zu werben und Karten auszugeben?

Scheu: Es mögen allerdings auch einige andere Herren Karten verbreitet haben, aber jedenfalls haben wir seit dem Erscheinen dieses Rundschreibens nicht so ernstlich agitirt. Es wurden etwa 160 Karten ausgegeben, aber das ist eine sehr geringe Anzahl, das entspricht doch keineswegs der Größe unserer Partei. Uebrigens begreife ich nicht, worauf sich die Ansicht stützt, daß die Beschlüsse des Eisenacher Congresses mit den bestehenden Institutionen der einzelnen Staaten nicht vereinbar sind? Sie repräsentiren nichts als eine Opposition, sie binden sich durchaus an keine bestimmte Staatsform. Diese kann allein und für sich bestehen und es ist ganz gut denkbar, daß in jeder beliebigen Staatsform die Ziele der Arbeiterpartei durchgeführt werden. Wäre es richtig, daß diese Bestrebungen staatsgefährlich sind, dann wäre jede Opposition staatsgefährlich, denn jede Reformpartei strebt etwas an, *was derzeit nicht besteht*, folglich mit den *gegenwärtigen Institutionen* des Staates unvereinbar ist. Erhielte diese Ansicht allgemeine Geltung, so würden die Staatsbürger zu Marionetten herabsinken. Ich kann daher nicht begreifen, woher die Statthalterei ihre Ansicht schöpft, daß die Ausführung der Eisenacher Beschlüsse staatsgefährlich sei.

Präs.: Das hat übrigens nicht die Statthalterei, sondern das hat der damalige Minister des Innern, Dr. Giskra, gesagt.

Scheu: Abgelebt.

Digitized by Google

Präs.: Ich muß bitten, derlei Ausfälle bei Seite zu lassen. — Sie haben ja auch mehrere Agitationsreisen unternommen?

Scheu: Ja, ich wurde nach Wr.-Neustadt, nach Linz, nach Graz, nach Preßburg, nach Hirschwang und zuletzt nach Reichenberg delegirt, um bei verschiedenen Gelegenheiten als Sprecher zu fungiren.

Präs.: In Reichenberg hatten Sie einen gerichtlichen Anstand?

Scheu: Ja, ich wurde wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes zu einer vierwöchentlichen Arreststrafe verurtheilt.

Präs.: Zu jener Zeit hat Herr Pabst Ihre Schriften zu sich genommen?

Scheu: Ich weiß nur, daß Schriften, die mir gehören, bei Herrn Pabst gefunden wurden, als man denselben in Haft nahm.

Präs.: Das ist richtig. Als er von Ihrer Verhaftung erfahren hatte, war er in Ihre Wohnung gegangen und hatte Ihre Schriften zu sich genommen.

Präs.: Wo lernten Sie Herrn Mühlwasser kennen?

Scheu: Bei einer Volksversammlung auf der „schönen Aussicht", wo er eine Rede hielt. Er machte auf mich keinen sympathischen Eindruck. Er fragte mich unter Anderem, ob die Wiener Arbeiter leicht zu erregen seien, ich sagte ihm, er solle es versuchen. Ich habe aber seit jener Zeit wenig mit ihm verkehrt, weil ich ihn für einen eitlen Menschen hielt.

Präs.: Hat Mühlwasser den Schwur auf die rothe Fahne abgenommen?

Scheu: Es ist möglich, bestimmt weiß ich es nicht.

Präs.: Wer hat damals das Telegramm an den „Reveil" verfaßt und abgesendet?

Scheu: Herr Oberwinder.

Präs.: Sie standen auch mit Leipzig und Braunschweig in Verkehr, denn man hat bei Ihnen eine Menge Recepisse gefunden?

Scheu: Ja, durch Abonnements, die ich — namentlich das Abonnement auf den Volksstaat — für viele Collegen aus Gefälligkeit besorgte.

Präs.: Waren Sie nicht Mitglied der Controlscommission?

Scheu: Die Controlscommission hat sich niemals constituirt, denn wann dies der Fall gewesen wäre, hätten alle Rechnungen von ihr contrasignirt werden müssen, was nirgends ersichtlich ist. Es ist von Wien aus nach Braunschweig kein Groschen Geld hinausgegangen.

Digitized by Google

Präs.: Warum hat man Ihnen dann die Rechnungsausweise zugeschickt?

Scheu: Es ist das üblich, damit die Parteigenossen Kenntniß davon erhalten.

Präs.: Haben Sie sich an der Gründung des Organs „Volkswille" lebhaft betheiligt?

Scheu: Ja wohl. Nachdem die „Volksstimme" durch die Flucht Hartungs eingestellt worden war, besprach ich mit Oberwinder die Gründung eines neuen Organes, des „Volkswille."

Präs.: Auf welche Weise wurde die Caution herbeigeschafft?

Scheu: Herr Simon Deutsch, Director der Centralbank, streckte 2000 fl. vor, Herr Alexander Scharf 1000 fl., und 1000 fl. schickte der deutsch-republikanische Fond in der Schweiz.

Präs.: Wer hat diesen Fond gegründet?

Scheu: Gottfried Kinkel im Jahre 1848.

Präs.: Zu revolutionären Zwecken?

Scheu: Ja wohl.

Präs.: Sie haben sich zur Complettirung der Caution 1000 fl. aus der Cassa des Arbeiterunterstützungsvereines vorschießen lassen?

Scheu: Da der Cautionserlag drängte, um das rechtzeitige Erscheinen des „Volkswille" zu ermöglichen, die Sendung der 1000 fl. aus der Schweiz bereits dem Dr. Marktbreiter avisirt worden war, hat Herr Pabst, der Cassier des Unterstützungsvereines, den Betrag gegen einen Revers, ausgestellt vom Herrn Dr. Marktbreiter einstweilen vorgeschossen.

Präs.: Das war das Geld aus Sammlungen für die Unterstützung von Arbeitern, wie konnte Herr Pabst es zu einem ganz anderen Zwecke benützen?

Scheu: Ja, wenn er gewußt hätte, daß das Geld mit Beschlag belegt werden wird, hätte er es gewiß nicht vorgeschossen.

Präs.: Welchen Sinn legten Sie Ihrer Rede zu Grunde, welche Sie am 12. December bei der Fahnenweihe des Arbeiterbildungsvereines in Graz hielten?

Scheu: Ich gab ein kurzes Bild der österreichischen Arbeiterbewegung und der Ziele derselben, wies auf die rothe Fahne, das Symbol der Freiheit hin und schloß mit einem Gedichte.

Präs.: Sie haben damals ein Telegramm nach Wien befördert. aus welchem Anlasse?

Digitized by Google

Scheu: Aus Anlaß der Volksversammlung vom 13. December. Ich beantragte, daß ein Collectivtelegramm an die Volksversammlung in Wien abgesendet werde.

Präs.: Wußten Sie, daß an diesem Tage in Wien eine Demonstration stattfindet?

Scheu: Ich wußte, daß eine Massenpetition stattfinde, ich sagte aber den Grazern nichts davon.

Präs.: Wann hatten Sie diese Kenntniß erlangt?

Scheu: Einige Tage früher wurde mir gesagt, daß man wegen des verweigerten Coalitionsgesetzes petitioniren werde.

Präs.: Es handelte sich nicht blos um das Coalitionsgesetz allein.

Scheu: Ja man trat auch für mehre andere Punkte des socialdemokratischen Programms ein. Man wollte zeigen, daß ein großer Theil des Volkes dringend gewisser Rechte bedürfe.

Präs.: Wurde diese Demonstration nicht in einer früheren Versammlung verabredet?

Scheu: Ich weiß nur, daß wir in einer früheren Versammlung uns das Wort gaben, vor dem Abgeordnetenhause zu erscheinen.

Präs.: Waren Sie nicht am 1. December in der Volksversammlung beim Zobel und haben Sie nicht gesagt, Sie werden dort sein?

Scheu: Ich erinnere mich, dort gewesen zu sein, ob ich aber ein Versprechen gegeben, weiß ich nicht.

Präs.: Erkennen Sie in der Demonstration, welche am 13. December 1869 in Scene gesetzt wurde, nicht einen Gewaltact?

Scheu: Ich glaube in ganz Europa wird bekannt sein, daß am 13. December 1869 kein Gewaltact von uns unternommen wurde. Die Demonstration war meiner Ansicht nach eine ganz gesetzliche und friedliche.

Präs.: Ja, weil man dem gewaltthätigen Beginnen der Arbeiter keine Gewalt entgegengesetzt hat. Das Verdienst kommt wohl nicht Ihrer Partei zu Gute. Es wäre vielleicht anders ausgefallen, wenn die Polizei oder das Militär eingeschritten wäre, um die Ansammlung zu verhindern.

Scheu: Ein Beweis, daß ein Einschreiten nicht nothwendig war, liegt wohl darin, daß nicht die mindeste Ruhestörung vorgefallen ist.

Präs.: Fräulein Podany sagte, es sei alles gut vorbereitet,

Digitized by Google

militärisch organisirt und sogar eine Anzahl Platzofficiere ernannt gewesen? Pfeiffer selbst sagt, er war erstaunt, als er beim Abmarsche vom Glacis den Commandoruf hörte: In Doppelreihen, acht Mann hoch! Er war erstaunt, mit welcher Präcision diese Bewegung ausgeführt wurde?

Scheu: Was die militärische Ordnung betrifft, so beweist dieselbe eben nur, daß unter den Arbeitern Disciplin herrscht; ein eigentliches Einexerciren, ein Organisiren hat selbstverständlich nicht stattgefunden, dazu fehlte ja auch die Gelegenheit.

Präs.: In der Volksversammlung zur schönen Aussicht wurde darauf hingewiesen, daß es unter den Arbeitern viele ausgediente Militärs gibt.

Scheu: Es ist sehr richtig, daß sich ausgediente Soldaten unter uns befinden und es kann sein, daß die sich des Arrangements annahmen.

Präs.: Im Schlusse der am 13. December überreichten Petition heißt es: „Wenn diese Forderungen nicht erfüllt werden, dürfte das Volk wiederholt und in noch größeren Massen erscheinen." Finden Sie darin keine Drohung?

Scheu: Durchaus nicht. Das ist nur der Ausdruck einer Vermuthung.

Präs.: Es liegt ein Bericht darüber im „Vorboten" vor, welcher die „friedlichen" Absichten der versammelten Masse in eigener Weise illustrirt.

Scheu: Dieser Bericht ging nicht von uns aus.

Präs.: Haben Sie nach der Flucht Hartung's dessen Manifest an die Arbeiter erhalten?

Scheu: Ja wohl, in einigen Bürstenabzügen.

Präs.: Was geschah damit?

Scheu: Wir versandten dieselben an die hiesigen Journale, für die „Vorstadtzeitung" nahm Oberwinder den Abzug selbst mit. Die Blätter brachten auch dieses Manifest, freilich sehr verstümmelt.

Präs.: Glauben Sie, daß Hartung dieses Manifest aufgesetzt hat? Er soll nach Allem, was man gehört, nicht fähig gewesen sein, einen solchen Aufsatz zu stylisiren?

Scheu: Das ist wohl nicht richtig; aber selbst wenn er es allein nicht im Stande gewesen wäre, stand er ja doch in Verbindung mit Ladendorf.

Digitized by Google

Präs.: Also geben Sie die Verbindung mit Ladendorf zu?

Scheu: Diese Verbindung geht lediglich uns persönlich an und hat mit der Partei gar nichts zu thun.

Präs.: Haben Sie mit Raspe in Verbindung gestanden?

Scheu: Nein, ich unterhielt mit ihm keine Verbindung.

Präs.: Hatten Sie Kenntniß von Reibungen zwischen Ihrer Partei und Herrn Mühlwasser?

Scheu: Allerdings, weil er in Brünn die erste Rolle spielen wollte und die Arbeiter in Wien Stümper nannte. Uebrigens hätte uns das, daß er in Brünn die Führerrolle spielen wollte, nicht genirt, aber er wollte auch die Arbeiter Böhmens von Wien ablenken und dagegen mußten wir Einsprache erheben.

Präs.: Geben Sie zu, daß der Arbeiterbildungs-Verein in Wien das Centrale war, von dem aus sich ein Netz über die einzelnen Kronländer ausspannte?

Scheu: Nein, sondern es bildeten sich eine Reihe selbstständiger Vereine nach dem Muster des Wiener Arbeiterbildungs-Vereins.

Präs.: Es geht aber aus den Protokollen des Arbeiterbildungs-Vereins selbst hervor, daß Instructionen und Weisungen ertheilt und selbst Sprecher abgesendet wurden.

Scheu: Die auswärtigen Vereine wandten sich eben häufig an uns um Rathschläge oder Aufklärungen über verschiedene Vereins-Angelegenheiten. Redner wurden nur zu Festlichkeiten, Gründungsfeier, Fahnenenthüllung u. dgl. abgesendet.

Präs.: Wußten Sie, daß Herr Oberwinder für das „Fell-eisen" schreibe?

Scheu: Nein. Ich habe von diesem Blatte überhaupt nur die Probenummer gesehen.

Präs.: Es wird behauptet, daß der 13. December gut vorbereitet und verabredet war?

Scheu: In den Werkstätten sprach man davon, und ich glaube, daß sich durch den Meinungsaustausch schließlich die Absicht herausgebildet hat, am 13. December vor dem Abgeordnetenhause zu erscheinen, damit die Abgeordneten sehen, wie Viele ihrer Thätigkeit Aufmerksamkeit schenken.

Präs.: Es geht die Vorbereitung auch aus der Aussage Pfeiffer's hervor. Er kam aus Suben und findet einen Brief von seinem

Digitized by Google

Freunde Reinert, welcher ihm mittheilt, daß er für die Deputation vorgeschlagen sei.

Scheu: Es ist möglich, daß einzelne Personen speciell diese Sache in die Hand genommen haben, aber ich weiß nichts davon.

Präs.: Mühlwasser behauptet, er sei aufgefordert worden, Zuzüge von Brünn zu bringen.

Scheu: Das glaube ich nicht; wozu hätte man das gethan?

Präs.: Aber es wurde an Mühlwasser eigens geschrieben.

Scheu: Es wurde nur an den Verein geschrieben, er möge ein Zustimmungstelegramm einsenden, und das geschah auch.

Präs.: Sie waren auch Mitglied der internationalen Association.

Scheu: Brüßhaver hatte es übernommen, Mitglieder aufzunehmen, und er verschaffte mir ein Diplom.

Präs.: War Ihnen etwas von einem Gewaltacte bekannt, den Herr Oberwinder gegen die allerhöchste Person Sr. Majestät im Schilde führe?

Scheu: Nein, nicht das Mindeste.

Präs.: Sie haben in der Voruntersuchung den Ausdruck gebraucht: „Ich bin ein volkswirthschaftlicher Republikaner". Was verstehen Sie darunter?

Scheu: Das heißt, ich wünsche die volkswirthschaftlichen Verhältnisse so geregelt, daß Jedem das gleiche politische Recht, der gleiche Lebensgenuß zu Theil werde. Die gegenwärtigen Productionsverhältnisse machen es unmöglich, durch Arbeit zu Besitz zu gelangen. Da aber die gegenwärtige volkswirthschaftliche Ordnung auch in der Republik fortbestehen kann, so ist mir mit dem Begriffe Republik noch nicht gedient, sondern es kommt darauf an, die industriellen, die gewerblichen, gesellschaftlichen Verhältnisse so umzugestalten, daß das socialdemokratische Princip zur Geltung gelangt. Ich verstehe also unter volkswirthschaftlicher Republik die Geltendmachung des republikanischen Princips auf wirthschaftlichem Gebiete. Die gesellschaftlichen Verhältnisse in unserem Sinne umzugestalten, ist unsere nächste Aufgabe. Die Feststellung der Staatsform bleibt einer spätern Zeit vorbehalten.

Präs.: Mit welchen Mitteln wollten Sie das anstreben?

Scheu: Vor Allem durch die Erringung politischer Macht auf dem Wege des allgemeinen Wahlrechtes.

Digitized by Google

Präs.: Welche Staatsform Sie anstreben, das findet sich ja klar ausgesprochen in dem Nürnberger und Eisenacher Programme.

Scheu: Diese deuten nur im Allgemeinen die Richtung an.

Präs.: Im „Vorbote" und „Felleisen" können Sie es ganz bestimmt lesen, daß man nur die Republik im Auge hat.

Scheu: Wir haben keinen Einfluß auf diese Organe, folglich können wir auch nicht dafür verantwortlich gemacht werden.

Präs.: Was hat das Fräulein Podany für eine Rolle gespielt?

Scheu: Ich kenne das Fräulein nur als Gesellschafterin des Hartung, welcher öfters ihre Familie besuchte. Sie gerirte sich als Parteigenossin, obwohl ich öfter zu Hartung sagte, daß ich davon nichts halten könne. Hartung widersprach mir und setzte die Besuche bei der Familie Podany fleißig fort; ob es hauptsächlich wegen des Fräuleins geschah, weiß ich nicht, aber es schien mir so. Was die Rolle betrifft, welche sie speciell Hartung und Oberwinder gegenüber spielte, muß ich sagen, bestand dieselbe in nichts anderem, als in Zwischenträgerei. Sie hat gegen Oberwinder verschiedene Dinge ausgesagt, zu denen ich nur dann den Schlüssel finde, wenn ich mir denke, daß verletzte Eitelkeit, verschmähte Liebe im Spiele sind. Vielleicht hat sie Oberwinder kalt behandelt. Bestimmt weiß ich, daß zwischen Oberwinder und Frl. Podany Conflicte bestanden, aus denen ich das Doppelspiel des Fräuleins erkannte.

Präs.: Was ließ Sie auf ein Doppelspiel des Fräuleins schließen?

Scheu: Sie hinterbrachte regelmäßig dem Hartung, was Oberwinder über ihn gesagt, und umgekehrt. Sie sagte zu Hartung: „Oberwinder meint es nicht ehrlich, er benützt Sie nur zu seinen Zwecken." Oberwinder sagte sie wieder: „Hartung ist zwar ein ungebildeter Mensch, aber er ist sehr gut zu benützen, wenn man ihn zu dirigiren weiß." Was soll man von einer solchen Rolle halten?

Präs.: Am Schlusse des Protocolls des Frl. Podany heißt es: „Ich habe nun gesehen, was Oberwinder will, und habe ihn nicht aus dem Auge gelassen." Wissen Sie, worauf das Bezug hat?

Scheu: Ich kann darüber keinen Aufschluß geben.

Präs.: Waren Sie Mitarbeiter des „Volksstaat"?

Scheu: Direct nicht. Ich schrieb an meinen Bruder in Leipzig, welcher die Briefe der Redaction zur Verfügung stellte, die das Thatsächliche daraus benützte.

Votant Gernerth: Im ersten Punkte des Eisenacher Programms

Digitized by Google

heißt es: „die socialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt die Erreichung des freien Volksstaates.“ Sie haben darauf bemerkt, unter diesem freien Volksstaate könne man sich jeden beliebigen Staat denken. Bleiben Sie dabei, oder glauben Sie, daß das überhaupt möglich ist?

Scheu: Ja wohl, ich bleibe bei meiner ersten Erklärung.

Gernerth: Können Sie sich einen Staat ohne bestimmte Regierungsform denken?

Scheu: Nein.

Gernerth: Dann müssen Sie auch für den freien Volksstaat eine bestimmte Regierungsform haben.

Scheu: Es handelte sich bei Feststellung des Programms vorerst nur um das Princip. Ueber die nähere Form hätte erst debattirt werden müssen.

Gernerth: Ich will nur das bestreiten, daß sich Jeder unter dem Begriffe freier Volksstaat etwas Beliebiges denken kann. Im stenographischen Protocoll des Eisenacher Congresses heißt es ausdrücklich: „Ich halte es für eine Halbheit unter dem Deckmantel der „Demokratie die Republik anzustreben. Sprechen wir es offen aus: „Wir wollen die Republik!“

Scheu: Das war die Ansicht Einzelner. Ich aber hielt es nicht für opportun, die Republik an die Spitze des Programms zu setzen, und der Congreß stimmte mir auch bei. Uebrigens bitte ich meinen Vertheidiger, das Wahlprogramm des „Vereins zur Wahrung der Volksrechte“ vorzulegen, welches gleichfalls den freien Volksstaat anstrebt und in den wesentlichen Punkten beinahe wörtlich mit dem Eisenacher Programm übereinstimmt. Die Herren, welche diese Forderung aufstellen, sind keine Socialdemokraten, sondern „directe Staatsbürger“, und den Beweis, daß sie darunter nicht die Republik verstehen, liefert derjenige Punkt desselben Programms, in welchem die Beeidigung sämmtlicher Staatsbeamten vom Monarchen bis zum letzten Diener auf die Verfassung verlangt wird. Aus all dem geht deutlich hervor, daß sich diese Herren unter „freiem Volksstaat“ eine möglichst freie Monarchie vorstellten.

Gernerth: Wie bereits bemerkt, war ja Ihnen Republik nicht genug, denn Sie sagten am Congreß: „Die reine Socialdemokratie geht noch weiter“. Sie scheinen dies dahin aufzufassen, daß Sie vom Begriffe des Staates ganz abstrahiren?

Scheu: Durch die Einführung der Republik unter denselben

Digitized by Google

socialen Formen wie gegenwärtig würde gar nichts gewonnen, das Elend der Arbeiter nicht behoben sein, es müssen daher vor allem Anderen sociale Reformen durchgeführt werden, um es dem Arbeiter möglich zu machen, zu Erwerb und Besitz zu gelangen, ihm das Capital dienstbar zu machen, das gegenwärtig durch seine ungeheure Rentenfähigkeit Alles auffangt. Das Capital muß der Arbeit durch den Staat zur Verfügung gestellt werden, mit einem Worte, es muß nach dem Princip der Staatshilfe eine Umgestaltung der gesellschaftlichen Ordnung vor sich gehen.

Präs.: Also Sie meinen, daß die politische Staatsform nur Mittel zum Zwecke ist?

St.-A. Schmeidel: Erinnern Sie sich, welche Gründe Sie in der Voruntersuchung angegeben haben, aus welchen Sie in Eisenach gegen die Republik gesprochen?

Scheu: Ich glaube, gesagt zu haben, ich hoffe, daß es durch die fortschreitende freiheitliche Gesetzgebung auch in Oesterreich bald möglich werden wird, die Republik anzustreben, jetzt aber sei dies noch nicht möglich.

Staatsanwalt Schmeidel: Sie haben etwas anderes gesagt, nämlich das: „Weil in Oesterreich noch das Strafgesetz vom Jahre 1852 Geltung hat und wir uns gerichtlichen Verfolgungen aussetzen würden."

Scheu: In dem Entwurfe hieß es: „freier Volksstaat." Mühlwasser hat direct die Republik beantragt; es wäre vielleicht sonst gar nicht zur Sprache gekommen.

Staatsanwalt Schmeidel: Sie haben sich als Bevollmächtigter von 90.000 Arbeitern ausgewiesen. Wie kamen diese Vollmachten zu Stande, und ist es richtig, daß Sie diese Vollmachten sich selbst ausgestellt haben?

Scheu: Ich habe bereits gesagt, daß ich von allen Genossenschaften je eine schriftliche Vollmacht erhielt. Nur das Mandat der Volksversammlung beim Zobel, welcher ich präsidirte, habe ich selbst ausgefertigt, weil Hartung vergessen hatte, die Delegirtenwahl auf die Tagesordnung zu setzen. Als ich vom Mandate sprechen wollte, unterbrach mich der Polizeicommissär. Ich konnte übrigens, nachdem ich einstimmig zum Vorsitzenden gewählt worden war, gewiß sein, auch zum Delegirten gewählt zu werden, wenn ich gesagt hätte: „Ich candidire für den Eisenacher Congreß", und wenn ich heute vor eine ähn-

Digitized by Google

liche Volksversammlung hinträte, würde mir Niemand ein Mißtrauensvotum geben.

Oberw.: Ich bitte den Angeklagten Scheu zu fragen, ob er etwas von einer Aeußerung weiß, die ich Mühlwasser gegenüber gemacht haben soll, lautend: „der Fuchs weiß sich aus der Schlinge zu ziehen."

Scheu (erstaunt): Das ist Alles erdichtet. Der Mann scheint Talent zu haben zum Dichten. Mühlwasser sprach immer im Namen der Arbeiterpartei von ganz Oesterreich, und als er einmal, hierüber zurechtgewiesen, zu Oberwinder äußerte: „Ich verlasse den Congreß mit Eclat", gab ihm Oberwinder zur Antwort: „Nimm dich in Acht, daß ich Dich nicht in Deiner wahren Gestalt zeige." Wir kannten ihn nämlich schon.

Dr. Mauthner: Hat die „Volksstimme" das Programm des neunten Wiener Arbeitertages angenommen? —

Scheu: In seinem ganzen Umfange.

Staatsanwalt Schmeidel: Ich erkäre, daß in dem Programm des neunten Wiener Arbeitertages niemals der „freie Volksstaat", sondern immer nur der „freie Staat" vorkommt.

Oberwinder (leidenschaftlich): Und ich erkläre, daß dies ganz einerlei ist. Ein freier Staat ist ein Volksstaat. Wenn in dem hiesigen Programm das Wort „Volksstaat" nicht vorkommt, so ist das nur ein Druckfehler: denn es geht aus dem ganzen Programm hervor, daß nur ein freier Volksstaat damit gemeint war und sein konnte.

Zweiter Verhandlungstag.

Der Präsident eröffnet die Sitzung mit dem

Verhör des Angeklagten Johann Most.

Präs.: Ich bitte Sie, uns einige Daten über Ihr Vorleben mitzutheilen.

Most: Ich bin der Sohn des Regierungs-Secretärs Josef Most in Augsburg, lernte nach absolvirter Volksschule die Buchbinderei, arbeitete als Buchbindergeselle in Frankfurt am Main, Stuttgart,

Digitized by Google

Carlsruhe, zuletzt in der Schweiz, in Neuenburg und Zürich, und kam dann nach Oesterreich.

Präs.: Sie waren in der Schweiz Mitglied des Züricher Arbeiterbildungsvereines? Erzählen Sie mir, welche Tendenzen dieser Verein verfolgt.

Most: Die Schweizer Arbeitervereine, die etwa 60 an der Zahl seit 1830 bestehen, huldigten anfangs den Principien Schulze-Delitzsch, bis sie sich von der Hohlheit dieser Principien überzeugten und dieselben über Bord warfen. Die deutschen Schweizer Arbeitervereine haben eine eigene Centralisation, Genf war ihr Vorort und das „Felleisen" ihr Organ. Auf der Centralversammlung der deutschen Arbeitervereine in Neuenburg im Jahre 1868 wurde der Anschluß an die internationale Arbeiter-Association beschlossen. Damals hatte ich schon die Schweiz verlassen.

Präs.: Das „Felleisen" wurde dort das Organ der Arbeiter aller Länder?

Most: Das „Felleisen" ist lediglich das Organ der deutschen Arbeiter-Bildungs-Vereine in der Schweiz. Diese Vereine sind eigentlich nur Filialen eines großen Vereines, welcher zur bestimmten Zeit seine General- oder Central-Versammlung abhält. Seit der Neuenburger Central-Versammlung ist das „Felleisen" vergrößert und befaßt es sich auch mit Politik, während es früher untergeordneter Natur war.

Präs.: Wenn man das Programm des „Felleisen" liest, sieht man, daß es sich nicht um locale Schweizer Angelegenheiten, sondern um die gemeinsamen internationalen Bestrebungen der Arbeiter aller Länder handelt.

Most: Ich wiederhole nochmals, daß das „Felleisen" nur das Organ der deutschen Arbeiter-Bildungsvereine in der Schweiz ist; der internationale Charakter ist bei den Schweizern etwas Natürliches, da in der Schweiz verschiedene Nationen: Deutsche, Franzosen, Italiener, leben. Die deutschen Arbeiter der Schweiz wollten nicht isolirt dastehen; aber sie haben ihr eigenes Programm aufgestellt, welches den staatlichen Interessen der Schweiz entspricht.

Präs.: Die Principien sind aber bei den Arbeitern aller Länder dieselben?

Most: Die Principien? Ja. Befreiung der Arbeiter vom Druck des Capitals.

Digitized by Google

Präs.: In dem erwähnten Programm ist aber auch die Rede von der Errichtung eines europäischen Freistaatenbundes, einer Föderativ-Republik.

Most: Den Schweizer Arbeitern wird es nicht einfallen, eine socialdemokratische Monarchie einzuführen, das wäre dort Hochverrath.

Präs.: Das wäre dort Hochverrath?

Most: Die gewaltthätige Durchführung; es denkt aber dort Niemand daran. (Heiterkeit.) Aussprechen könnte man übrigens seine sonderbare Vorliebe für die Republik und Niemand würde einem etwas anhaben. In der Schweiz sind eben Gesinnungs- und Meinungsäußerungen nicht strafbar. Die Schweizer haben zwar die Republik, aber nicht die socialdemokratische; die Arbeiter sind in der Schweiz ebenso gedrückt, wie anderswo, und haben daher dieses Programm aufgestellt, weil es dort nicht strafbar ist; um andere Länder kümmerten sich die Schweizer nicht. In Neuenburg fand kein allgemeiner Arbeitercongreß, sondern blos eine Centralversammlung der deutschen Arbeitervereine der Schweiz statt, daher die dortigen Beschlüsse auch nur für die Schweizer Arbeiter maßgebend sind.

Präs.: Wann kamen Sie nach Wien?

Most: Im Jahre 1869.

Präs.: War damals schon entschieden, zu welcher Partei die Wiener Arbeiter gehörten?

Most: Es war bereits entschieden; die Wiener Arbeiter bekannten sich schon damals zu Lassalle's Principien.

Präs.: Es kommt vor, daß Sie sehr redegewandt sind und lebhaft als Agitator und Redner bei den Volksversammlungen für republikanische Ideen wirkten.

Most: Ich bin Republikaner, und zwar nicht erst seit ich in der Schweiz gelebt habe, sondern von Jugend auf. Das stehe ich nicht an, zu erklären.

Präs.: Und glauben Sie, daß die republikanischen Ideen ohne Gewalt durchführbar seien?

Most (leidenschaftlich): O ja! Wenn die republikanische Idee das Volk durchdrungen haben wird, wenn die große Masse des Volkes gewillt ist, diese Idee zu verwirklichen, welche Kraft könnte dann noch die Bildung der Republik aufhalten?

Digitized by Google

Präs.: Glauben Sie, daß dieses ohne Widerstand geschehen wird?

Most: Das kommt auf das Volk an, ob es sich dann einen Monarchen gefallen lassen wird oder nicht. Wenn heutzutage das Volk wirklich und ernstlich etwas will, so ist die Durchführung eine leichte Sache.

Präs.: Sie haben aber in einem Aufsatze von Ihnen, der in der Zelle aufgefunden wurde, gesagt, man müsse den Kampf bis auf's Messer führen!

Most: Das ist nur bildlich gemeint, dergleichen schreibt man oft. Uebrigens waren die bei mir gefundenen Aufsätze Uebungen, die ich in der Zelle geschrieben habe und welche nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt waren. Daß ich mir selbst gegenüber meine Gefühle und Gedanken rückhaltslos zum Ausdruck bringen werde, ist selbstverständlich. Zudem erkläre ich, daß ich die confiscirten Aufsätze nur zur Erheiterung meiner Leidensgenossen, mit denen ich zufällig zusammen kam, geschrieben habe.

Präs.: Sie sind Mitglied der Eisenacher Partei und haben für das Programm derselben agitirt.

Most: Ich habe nicht für das Eisenacher, sondern für das Programm des neunten Wiener Arbeitertages agitirt. Es haben übrigens zwei bürgerliche Vereine, denen man doch allzugroßen Radicalismus nicht vorwerfen kann (Heiterkeit), das Eisenacher Programm angenommen. Wenn schon die Bürger das annehmen zu müssen glauben, so werde ich als Socialdemokrat das umsomehr thun. Die wesentlichsten Punkte des Eisenacher Programms kommen auch im Programm des neunten Wiener Arbeitertages vor. Für andere Punkte konnte ich nicht wirken. Hätte ich es gethan, so würde ich mich nicht scheuen, dies hier offen zu erklären.

Präs.: Was haben Sie für Agitationsreisen gemacht?

Most: Ich habe nie Agitationsreisen gemacht. Einmal besuchte ich meine Freunde in Brünn, erfuhr dort, was Mühlwasser für ein Schwindler ist und wollte in einer Volksversammlung sprechen, welche aber verboten wurde. So war ich auch an andern Orten auf Besuch zu meinen Freunden gekommen und benützte die Gelegenheit, in Volks- und Vereinsversammlungen zu sprechen.

Präs.: Sie werden von dem Bestreben Kenntniß haben, zwei conservative Mächte, die Landbevölkerung und das Militär, in die

Digitized by Google

Bewegung einzuziehen, um nicht früher oder später Widerstand zu finden. Es wurde ein Manifest an die landwirthschaftliche Bevölkerung erlassen, es wurde auf dem internationalen Congreß zu Brüssel beschlossen, Broschüren drucken zu lassen und sie an das Militär zu vertheilen. Eine Notiz in Ihrem Tagebuch, daß die Soldaten erklärten, nicht auf die Arbeiter zu schießen, deutet sehr bestimmt Ihre Betheiligung an dieser Agitation an.

Most: An der Abfassung des Manifestes habe ich nicht theilgenommen. Neumayer in Wr.-Neustadt hat es abgedruckt, wurde in Anklagestand versetzt, von den Geschwornen aber freigesprochen. Was die Broschüren betrifft, welche ein Ausfluß der Brüsseler Beschlüsse sein sollen, so gestehe ich offen, dieselben gar nicht zu kennen; ich habe auch keine erhalten und keine vertheilt. Was aber die Notiz in meinem Tagebuche betrifft, steht dieselbe mit dem Brüsseler Beschlusse in gar keinem Zusammenhange und hat folgenden Ursprung: Bei meiner Anwesenheit in Wr.-Neustadt besuchte ich mit einigen Bekannten ein Gasthaus, in dem wir auch Soldaten, unter andern zwei Unterofficiere, trafen. Wir sprachen über verschiedene Dinge, auch über die Arbeiterfrage, wobei sich zu meiner Ueberraschung die Soldaten als Socialdemokraten bekannten. Und warum soll ein Soldat nicht auch Socialdemokrat sein? Weiß er doch, daß er aus dem Militärverbande entlassen und zu seinem Gewerbe zurückgekehrt ebenso sehr wie jeder Andere unter den socialen Uebelständen zu leiden hat. Wenn i ch heute unter das Militär käme, würde ich auch meine Gesinnung nicht ändern oder verleugnen. Wir kamen dann auf das Requiriren des Militärs bei der Demonstration zu sprechen, und erwähnten dabei, daß die Soldaten scharf geladen hatten, um nöthigenfalls auf das Volk zu schießen, wobei die Soldaten erklärten, daß sie nicht begreifen, wie man auf wehrloses Volk schießen lassen könne; sie wenigstens würden das nicht thun. Die herumsitzenden Soldaten, welche an dem Gespräche nicht theilnahmen, nickten zustimmend mit dem Kopfe, woraus ich entnehmen konnte, daß auch sie mit dieser Ansicht einverstanden seien. Ich als Parteimann war darüber natürlich sehr erfreut und machte mir die Notiz in mein Tagebuch.

Präs.: Sie hielten das für sehr wichtig.

Most: Gewiß, denn ich hatte bis dahin immer geglaubt, die Soldaten würden derart gedrillt, daß sie für derartige Ideen ganz

Digitized by Google

unzugänglich wären. Vielleicht sind andere Militärs anderer Meinung; diejenigen, mit denen ich sprach, waren solcher Meinung.

Präs.: Waren Sie Mitarbeiter eines Blattes?

Most: Von gar keinem Blatte.

Präs.: Aber Sie haben eine sehr gute humoristische Feder, wie die Aufsätze beweisen, die Sie hier im Hause verfaßten?

Most: Ja hier im Hause hatte ich viel Zeit, jedoch in der Freiheit verwendete ich meine freie Zeit zu meiner Ausbildung. Für Journalarbeiten hielt ich mich nicht befähigt.

Präs.: In einem Briefe an Ihren Vater haben Sie sich „Volkstribun" genannt?

Most: Das ist richtig, ein einziges Mal, ich hatte dazu meine Gründe und werde darauf zurückkommen, wenn der Brief verlesen werden wird.

Präs.: War Ihnen die Demonstration vom 13. December früher bekannt?

Most: Sprach doch die ganze Stadt davon, die Spatzen am Dache pfiffen ja schon davon, auch die Polizei muß es früher gewußt haben, weil sie Vorsichtsmaßregeln getroffen hatte.

Präs.: Wo waren Sie am 13. December?

Most: Am Paradeplatz, um die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

Präs.: Was glauben Sie, was der Zweck dieser Demonstration war?

Most: So viel ich hörte, hatten die Arbeiter beschlossen, zusammen zu kommen, um endlich einmal den Abgeordneten ihre Wünsche auszusprechen. Wir als Parteimänner haben darüber gesprochen, daß es möglicherweise Scandal absetzen könnte, und wenn dies der Fall wäre, daß man ihn unserer Partei in die Schuhe schieben werde, verpflichteten uns daher nachzusehen und Ordnung zu halten.

Präs.: Diese Demonstration wird von den verschiedenen Angeklagten in sehr verschiedener Weise aufgefaßt. Mir scheint aber, daß eine Partei, die den Reichsrath bei jeder Gelegenheit verunglimpfte und in ihren Organen beschimpfte, die Abgeordneten Propheten des Geldprotzenthums und Mameluken nannte, sich nicht versammelte, um dem Feste der Reichsrathseröffnung eine größere Weihe zu geben. Was es eigentlich war, geht aus dem Satze der Petition hervor: „Wenn die Forderungen der Arbeiter nicht berücksichtigt werden, dann dürften

Digitized by Google

die Arbeiter in noch größeren Massen kommen!" Das ist offene Drohung.

Most (mit Nachdruck): „Wenn!" — „dürften!" Das ist eine Vermuthung, aber keine Drohung. Das Abgeordnetenhaus sollte überzeugt werden, daß es unrecht sei, eine Petition nach der anderen in den Papierkorb wandern zu lassen; es sollte überzeugt werden, daß die ganze Masse des Volkes und nicht blos Einzelne von uns die bekannten Forderungen erfüllt sehen wollte, und deßhalb sagte man ihm: „Seht die vielen Leute! Wenn Ihr ihre Wünsche nicht erfüllt, so ist es möglich, daß ein nächstes Mal noch mehr kommen." Aber es war blos eine Vermuthung und keine Drohung.

Präs.: Haben Sie etwas von einer militärischen Organisation gewußt, die bestanden?

Most: Ich weiß von keiner Organisation. Daß die Arbeiter in geschlossenen Reihen zum Zobel gingen, zeigt nur, daß sie gewohnt sind, Ordnung zu halten. Aber eine militärische Organisation hatten wir nicht, (ironisch) wir haben ja keinen Exercierplatz hiezu, und wenn Einzelne den Zug geführt haben, so ist das ja keine militärische Organisation. Solche Massen können ja nicht im Geheimen zusammen kommen. (Heiterkeit.)

Präs.: Frl. Podany sagte, daß eine Organisation bestanden habe.

Most: Frl. Podany ist ein altes Weib, und es thut mir leid, daß dem Geschwätz eines unerfahrenen Frauenzimmers so viel Gewicht beigelegt wurde. (Verächtlich:) Die Sache ist mir ganz gut erklärlich. Hartung stand zu ihr in freundschaftlichem Verhältnisse. Später vernachlässigte er sie. Sie hielt Oberwinder für die veranlassende Ursache der eingetretenen Spannung und haßte ihn deßhalb; vielleicht wollte sie nur ihm schaden und schadet der Partei.

Präs.: Sie war sehr gut eingeweiht in alle Vorgänge der Partei. Sie war mit allen Führern befreundet.

Most: Sie war auch gegen mich freundlich und lud mich oft ein: ich zog es aber vor, mit einem vernünftigen Manne zu sprechen. Sie wollte immer Alles wissen und Alles verstehen, verstand aber gar nichts.

Präs.: Frl. Podany sagt, daß Oberwinder das Oberhaupt, die Seele der Partei gewesen.

Most: Oberhaupt? Seele? Das kenne ich nicht. Wir sind keine Aristokraten, daß wir ein Oberhaupt brauchten. Wir haben nur Leute,

Digitized by Google

die mehr oder minder befähigt sind, für die Sache etwas zu thun, aber Oberhäupter haben wir keine.

Präs.: Sie erklären die Aussage der Podany für einen Act der Rache an Oberwinder?

Most: Für ein aberwitziges Weibergeträtsche. Sie versteht nichts von den Principien der Partei und spricht, wie eben ein unerfahrenes Frauenzimmer über solche Dinge sprechen kann.

Präs.: Was versteht Ihre Partei unter „freiem Volksstaat"?

Most: Jedenfalls einen Staat, in welchem die politische Gleichberechtigung, die Theilnahme des gesammten Volkes an der Gesetzgebung die Basis bildet.

Präs.: Es geht aus Allem hervor, daß Ihre Partei unter „freiem Volksstaat", welchen das Eisenacher Programm als Ziel aufstellt, die Republik verstanden.

Most: Davon weiß ich weniger.

Präs.: In der Nummer des „Felleisen", wo das Eisenacher Programm veröffentlicht wird, steht bei „freiem Volksstaat" eingeklammert: „Republik".

Most: Ich fasse den „freien Volksstaat" als allgemeinen Begriff auf, der eben so gut auf eine constitutionelle Monarchie, als auf eine Republik Bezug haben kann. Ich wüßte übrigens nicht, was daran Strafbares wäre, die Republik anzustreben. Wenn das „Felleisen" zu „freier Volksstaat" das Wort „Republik" hinzufügt, so ist das eine individuelle Ansicht des Schreibers, und es ist leicht erklärlich, daß man in einer Republik diesem Programme gern eine republikanische Färbung gibt.

Votant Gernerth: Sie sagten, daß Sie nach den Principien des Programmes vom neunten Arbeitertage bei Ihren Agitationen vorgingen. Wissen Sie einen wesentlichen Unterschied zwischen dem Eisenacher Programm und dem des neunten Arbeitertages?

Most: Einen besonderen, wesentlichen Unterschied kenne ich nicht; das Eisenacher Programm ging in einigen Punkten weiter. Uebrigens hat auch der neunte Wiener Arbeitertag den „freien Volksstaat" in sein Programm aufgenommen.

Votant Gernerth: Ja, sehen Sie, hier ist ein wesentlicher Unterschied. Und wesentliche Unterschiede sind eben wesentlich. (Sensation.) Im Programme des neunten Wiener Arbeitertages ist nur vom „freien Staat" und nicht vom „freien Volksstaat" die Rede. Den

Digitized by Google

„freien Staat" strebt jeder vernünftige Mensch an, aber nicht den „freien Volksstaat'. Das ist ein Unterschied, denn Sie werden wohl die Bedeutung des „Bestimmungswortes" kennen. Wenn ich z. B. sage Haus, so kann damit jedes beliebige Haus gemeint sein; wenn ich aber sage: Badhaus, Bethaus ꝛc., so ist das etwas ganz Bestimmtes. (Allgemeine Ueberraschung.) Der Begriff „freier Staat" ist weiter als der „freie Volksstaat".

Most: Ich kann mir keinen „freien Staat" denken, der nicht ein „freier Volksstaat" wäre. Ich kenne überhaupt außer dem Volke nichts im Staate und kann daher auch keinen Unterschied zwischen „Staat" und „Volksstaat" finden, außer man hätte die Ansicht, sich unter „freiem Staat" denjenigen zu denken, in welchem noch Privilegien einzelner Classen bestehen.

Oberwinder ersucht den Präsidenten, an sämmtliche Angeklagte folgende Frage zu richten:

„Frl. Podany will schon im Juli v. J., wie sie dem Untersuchungsrichter angegeben, bemerkt haben, daß ich ein Doppelspiel spiele; ich möchte nun erfahren, ob den Parteigenossen eine solche Aeußerung der Podany bekannt geworden, ob sie zu Einem derselben es schon damals ausgesprochen, daß ich es mit den Arbeitern nicht ehrlich meine."

Most: Mir ist von einer solchen Aeußerung nichts bekannt und ich glaube auch nicht, daß Frl. Podany zu irgend Jemanden davon gesprochen hat. Der Untersuchungsrichter dürfte der Erste gewesen sein, dem sie davon erzählte.

Oberw.: Ich bitte Herr Präsident, Most zu befragen über das Verhältniß zwischen Mühlwasser und mir.

Most: Da kann ich nur sagen, daß ich Herrn Oberwinder für einen Ehrenmann halte, und Hrn. Mühlwasser für — das Gegentheil. Mühlwasser hat es mit den Arbeitern nie ehrlich gemeint, und wird es auch mit denselben nie ehrlich meinen. Mühlwasser wollte in der Arbeiterbewegung eine Existenz finden. Die Feindseligkeiten zwischen ihm und Oberwinder entstanden dadurch, daß Mühlwasser stets viel weiter als alle Andern gehen wollte. Auf mich machte er den Eindruck eines „Polizeispions", denn seine excessivsten Reden blieben ungestraft. Er war es ja auch, der in Eisenach für die Republik sprach. Offenbar war es ein Fühler, wie sich die österreichischen

Digitized by Google

Arbeiter dazu verhalten werden. Er wollte an der Spitze der Arbeiterbewegung stehen, schrieb aber in seinem Blatte so taktlos, daß er dadurch der Sache nur schadete.

Präs.: Glauben Sie, daß die Feindschaft zwischen Oberwinder und Mühlwasser eine persönliche war, oder eine Folge der differirenden politischen Ansichten, eine Rivalität um die Führerschaft?

Most: Wenn Oberwinder dem Treiben Mühlwassers entgegentrat, so geschah das nicht aus Eifersucht, denn er hatte es nicht nöthig, mit Mühlwasser zu rivalisiren, sondern aus Ehrlichkeit gegen die Partei, denn wie gesagt, Mühlwasser haute in einemfort über die Schnur und compromittirte dadurch die Sache der Arbeiter.

Dr. Mauthner: Sie waren in der Volksversammlung bei der „schönen Aussicht"; wie hat sich dort Mühlwasser benommen?

Most: Wie gewöhnlich, phantastisch, überspannt. Dann verherrlichte er sich selbst in seinem Blatte. (Heiterkeit.)

Verhör des Angeklagten Heinrich Perrin.

Der Angeklagte Heinrich Perrin, der hierauf vernommen wird, arbeitet seit zehn Jahren als Tischler im Arsenale. Er war Mitglied des Arbeiterbildungs-Vereines, ist aber nie als Redner aufgetreten.

Präs.: Wann haben Sie sich der Arbeiterbewegung angeschlossen?

Perrin: Ich war blos Mitglied des Arbeiterbildungs-Vereines seit zwei Jahren.

Präs.: Es ist gegen Sie die Anklage erhoben worden, daß Sie zur Zeit, als die Bestrebungen der Eisenacher Partei als strafwürdig erklärt waren, 30 Mitgliedskarten dieser Partei empfingen und Mitglieder angeworben haben. Es liegt gegen Sie Ihr eigenes Geständniß in einem Zettel an Scheu vor und Scheu selbst sagt, es seien Ihnen 30 Karten zugekommen, deren Empfang Sie ihm selbst bestätigt haben. Die Karten wurden bei Ihnen nicht gefunden, es ist also anzunehmen, daß Sie Mitglieder angeworben haben.

Perrin: Ich habe keine Karten vertheilt; es sind mir dreißig Stück per Post aus Braunschweig zugekommen. Ich erzählte Scheu davon, und er forderte mich auf, sie ihm zu bestätigen, was ich auch

Digitized by Google

that. Nachdem ich aber gehört habe, daß wir mit dem Auslande keinen Verkehr pflegen dürfen, habe ich dieselben zu Hause verbrannt.

Präs.: Warum haben Sie in der Voruntersuchung den Empfang der Karten geleugnet?

Perrin: Ich habe mir die Sache Anfangs nicht überlegt, halte es aber für das Beste, die volle Wahrheit zu sagen.

Staatsanwalt Schmeidel: Warum fürchteten Sie den Besitz der Karten? (Scheu macht eine Bemerkung zu seinen Nachbarn.) Ich mache den Herrn Präsidenten aufmerksam, daß Herr Scheu immer d'rein spricht, so oft ich eine Frage stelle.

Nachdem der Präsident Herrn Scheu ersucht, keine Störung zu verursachen, entspinnt sich eine längere Controverse darüber, warum Perrin anfänglich den Besitz der Karten geleugnet hat. Dieser bleibt bei seiner Angabe, daß es aus Mangel an Ueberlegung geschehen und gibt schließlich über Befragen des Vertheidigers Dr. Mauthner zu, daß er den Besitz von Karten für strafbar halten mußte, weil ihm ein anderer Grund seiner Verhaftung nicht bekannt war.

Verhör des Angeklagten Johann Pabst.

Es folgt hierauf die Vernehmung des Angeklagten Johann Pabst, derselbe ist aus Salzburg gebürtig und Schriftsetzer. Gleich zum Beginne der Bewegung wurde er in den Ausschuß des Arbeiter-Bildungsvereins gewählt, wo er unentgeltlich die Geschäfte des Rechnungsführers besorgte.

Präs.: Sie waren gewissermaßen Agent der internationalen Association?

Pabst: Das war ich nicht. Es ist möglich, daß mich Brüßhaver an Becker empfohlen hat, ich bin aber nicht mit ihm in Verbindung getreten.

Präs.: Was ist Ihnen über Brüßhaver bekannt?

Pabst: Brüßhaver hat sich seiner extremen politischen Ansichten wegen mit der Partei überworfen und ist auch aus dem Arbeiter-Bildungsvereine ausgetreten.

Präs.: Sie haben Mitglieder angeworben für die socialdemokratische Partei?

Pabst: Ja, denn wenn auch der Erlaß des Ministers Giskra die Tendenz der socialdemokratischen Partei als staatsgefährlich er-

Digitized by Google

klärte, so legte ich dem keine Bedeutung bei, da ich glaubte, daß wir uns nur an die Gesetze zu halten haben.

Präs.: Glauben Sie also, daß es in einem geregelten Staate in dem Belieben jedes Staatsbürgers liegen könne, behördliche Erlässe nach seiner Beurtheilung zu befolgen oder nicht?

Pabst: Ich glaube, daß in einem geregelten Staatswesen nicht die Erlässe der am Ruder befindlichen Partei, sondern die Gesetze maßgebend sind.

Präs.: Sind Ihnen Correspondenzen des „Vorboten" bekannt?

Pabst: Nein, ich kümmerte mich nicht darum.

Präs.: Es liegt gegen Sie vor, daß Sie aus der Wohnung des Scheu vor der Hausdurchsuchung Schriften und Papiere forttrugen, und sich dadurch des Verbrechens der Vorschubleistung schuldig gemacht haben.

Pabst: Schriften, d. h. Schriftstücke habe ich keine genommen, sondern nur einige Nummern des „Volksstaat" und Festprogramme, die für andere Parteigenossen bestimmt waren.

Präs.: Haben Sie Karten der deutschen Arbeiterpartei gehabt?

Pabst: Ich habe circa 150 Stück von Scheu bekommen.

Präs.: Ist Ihnen bekannt, daß der Buchdrucker-Fortbildungsverein zur Zeit des Buchdruckerstriks vom Arbeiter-Bildungsverein ein Darlehen von 500 fl. erhielt?

Pabst: Ja, der Buchdruckerverein mag sich damals in einer Geldklemme befunden haben, ob es aber für den Strike selbst bestimmt war, weiß ich nicht.

Präs.: Es fällt aber gerade in diesen Zeitpunkt. Sie haben auch seinerzeit 1000 fl. aus dem Fonde zur Unterstützung der Familien der verhafteten Arbeiter als Caution für den „Volkswillen" erlegt.

Pabst: Es geschah dies über Beschluß des Comité's und ich erblickte hierin kein Verbrechen, umsoweniger, als diese 1000 fl. auf Grund eines Reverses sofort refundirt werden sollten, sobald der gleiche Betrag aus der Schweiz an Dr. Markbreiter anlangen würde. Daß die Confiscation erfolgen würde, konnten wir nicht voraussetzen, weil wir uns keines Verbrechens bewußt waren.

Präs.: Wie hoch waren die Einnahmen und Ausgaben dieser Arbeitercasse?

Digitized by Google

Pabst: Die Einnahmen betrugen circa 2500 fl., die Ausgaben 1200 fl. Die Einnahmen floßen aus den Mitglieder-Beiträgen, aus Festerträgnissen, verkauften Broschüren und Karten.

Präs.: Ist Ihnen das Eisenacher Programm bekannt?

Pabst: Ja wohl. Ich habe das Programm durchgesehen, es für gut befunden und mich demselben angeschlossen.

Präs.: Glauben Sie, daß dieses Programm nicht mit unseren bestehenden Verhältnissen in Conflict kommen muß?

Pabst: Nein. Ich glaube, diese Principien könnten in jedem Staate bestehen.

Präs.: Glauben Sie nicht, daß Jeder unter freiem Volksstaat die Republik verstehen muß?

Pabst: Das ist nicht absolut nothwendig. Ich zum Beispiele verstehe darunter nicht die Republik.

Präs.: Wie wurden die Mandate für den Congreß zu Stande gebracht?

Pabst: Es wurde in den meisten Fachvereinen davon gesprochen, daß Scheu und Oberwinder gewählt werden sollen. Dagegen hatte Niemand etwas einzuwenden.

Präs.: Eine Wahl fand aber nicht statt?

Pabst: Mir ist nichts davon bekannt.

Präs.: In welchem Verhältnisse stand Mühlwasser zu Oberwinder?

Pabst: In einem sehr gespannten Verhältnisse; es ist dies auch erklärlich. Oberwinder ist ein Ehrenmann, während Mühlwasser bei uns in dem Rufe stand, daß er sich von Fabrikanten zahlen lasse und scheinbar für die Arbeiter agitire.

Präs.: Brüßhaver sagte, er sei Agent der internationalen Association und Sie sein Nachfolger gewesen.

Pabst: Ich war nicht Agent der Internationalen; wäre es wahr, könnte ich es ja, ohne mir zu schaden, gestehen; denn hat es Brüßhaver gestanden und befindet sich nicht auf der Anklagebank, so kann mir ja auch nichts dieses Factums wegen geschehen. Aber ich behaupte, es ist nicht wahr.

Präs.: Waren Sie bei der Demonstration am 13. December?

Pabst: Nein.

Präs.: Aber Sie wußten früher davon?

Digitized by Google

Pabst: Ich glaube, Berka hat dazu den Anstoß gegeben.

Präs.: Sie behaupten, Berka hat dazu den Anstoß gegeben?

Pabst: Ich glaube. Ich weiß es nicht aus eigener Wahrnehmung. Es ist nur meine Ansicht. Es wurde allerdings von dieser Thatsache in den Fabriken gesprochen. Aber eine Vorbereitung fand nicht statt.

Präs.: Fräulein Podany sagt es aber.

Pabst: Einer Podany werde ich nicht widersprechen.

Präs.: Mühlwasser und Fräulein Podany behaupten, es hätten Anschläge gegen die Person Sr. Majestät stattgefunden.

Pabst: Das sind lächerliche Erfindungen.

Oberw. (zu Pabst): Stand in dem Programm vom neunten Arbeitertag „freier Volksstaat" oder „freier Staat"?

Pabst: Ich kann mich nicht daran erinnern, ich habe das Protokoll nicht im Kopfe.

Verhör des Angeklagten Martin Berka.

Martin Berka ist aus Oedenburg, Korbflechter und ist seit dem Jahre 1861 in Wien in Arbeit gestanden. Im Jahre 1868 hat er sich der Wiener Arbeiterbewegung angeschlossen und ist Mitglied des Arbeiter-Bildungsvereines.

Präs.: Sie sind der socialdemokratischen Partei von Eisenach zu einer Zeit beigetreten, als dieselbe durch den Erlaß des Ministers des Innern bereits für staatsgefährlich erklärt wurde.

Berka: Mir ist die Mitgliedskarte unter Couvert zugeschickt worden, ich weiß nicht, von wem.

Präs.: Haben Sie das Eintrittsgeld gezahlt?

Berka: Noch nicht.

Präs.: Es sind in dem Eisenacher Programme die Worte enthalten: „Die gegenwärtigen politischen und socialen Verhältnisse sind zu bekämpfen." Das ist doch kein leerer Schall?

Berka: Das ist freilich kein leerer Schall. Wenn schon die Arbeiter Deutschlands das Bedürfniß fühlen, die socialen Verhältnisse zu ändern, so ist es bei uns in Oesterreich noch bei weitem mehr nothwendig, denn in allen Staaten gibt es politische und sociale Ungerechtigkeiten, bei uns in Oesterreich aber ganz besonders; denn—

Digitized by Google

Präs.: (unterbrechend): Bitte, bitte! Was verstehen Sie unter freiem Volksstaat und wie denken Sie sich dessen Herstellung?

Berka: Wir wollen nur, daß die arbeitenden Classen, die bisher rechtslos waren (mit erhobener Stimme) auch ihre Rechte erhalten, und mit den von der Regierung bevorzugten Classen gleichgestellt werden. Wenn das geschieht, dann ist der freie Volksstaat hergestellt.

Präs.: Sie waren also Mitglied des Eisenacher Arbeiterbundes und somit verpflichtet, für diese Partei zu wirken?

Berka: Ich habe keine Propaganda gemacht.

Präs.: Der erste Punkt des Eisenacher Programmes enthält die Forderung des freien Volksstaates. Hierunter kann aber nur die Republik verstanden werden.

Berka: Es ist möglich, daß das Wort von Einzelnen so aufgefaßt wird, von uns aus geschieht es nicht.

Präs.: Als was sahen Sie die Demonstration am 13. December an, und war dieselbe vorbereitet?

Berka: Vorbereitet war Sie durchaus nicht. Der Gedanke, den Reichsrath zu begrüßen, ging wie ein electrischer Funke durch die Massen des Volkes, welches dadurch dem Reichsrathe sagen wollte: „Vertretet auch uns: das Volk, und nicht allein die Bourgeoisie, die euch gewählt."

Präs.: Bei der Volksversammlung im December 1869, die Landtags-Abgeordneter Steudel einberief, persifflirten Sie die Regierung.

Berka: Ich habe die Regierung nicht persifflirt; sondern das Circular des Ministers Giskra gegeißelt, denn wenn wir ohnedem nur ein verstümmeltes Vereinsgesetz haben und es kommt ein beliebiger Minister —

Präs.: (ihn rasch unterbrechend): Ich bitte, darüber nicht zu heiter zu sprechen.

Berka: Wenn Sie mich aber fragen, muß ich doch antworten.

Präs.: Sie sagten damals:

Ernst ist das Leben,
Heiter die Kunst!
Neu ist die Aera
Und blau ist ihr Dunst.

Das ist doch eine Persifflage, dann heißt es, daß die Petition an

Digitized by Google

Graf Taaffe erst in Bischof's Bierhalle geschrieben wurde. Ich habe das Schriftstück gesehen; es scheint, daß es doch schon früher geschrieben und nur im Café Griensteidl von Mitgliedern der Deputation unterschrieben worden sei.

Berka: Es mußte ja doch über die Petition debattirt und Beschluß gefaßt werden.

Präs.: Das glaube ich nicht, diese Petition enthielt ja doch nichts Neues, wozu also eine Debatte?

Berka: Ja, wenn Sie mir nicht glauben. Wenn Sie es besser wissen als ich, dann haben wir Nichts zu erörtern.

Präs.: Ich habe Ihnen speciell nichts zu glauben, sondern der Gerichtshof hat Ihre Angaben zu beurtheilen. Sind Ihnen die Beziehungen Mühlwasser's zu Hartung und Oberwinder bekannt?

Berka: Ich kenne Mühlwasser nur oberflächlich, weil er mir nie eine Neigung abgewinnen konnte. Ich kenne ihn von der Versammlung bei der „schönen Aussicht", allein ich weiß nicht, ob und in welchen Beziehungen er zu Oberwinder gestanden ist.

Präs.: Welche Personen halten Sie für die Arrangeure der Demonstration vom 13. December?

Berka: Niemanden!

Präs.: Sie meinen also, wie Sie sich bereits äußerten, es lebe im Volke ein Funke —?

Berka: Ganz gewiß.

Präs.: Fräulein Podany gibt darüber ganz andere Aufklärungen. Die Sache war vorbereitet, es war sogar ein eigenes Losungswort: „Uns're Fahn' ist roth!" ausgegeben. Selbst Pfeiffer staunte über die militärische Organisation.

Berka (ironisch): Fräulein Podany muß in dieser Angelegenheit sehr viel wissen, mir ist nicht so viel bekannt, als sie anzugeben vermag, mir ist nur bekannt, daß die Mitglieder des Arbeiter-Bildungsvereins als Ordner fungirt haben. Was das Losungswort betrifft, so weiß ich nichts davon.

Präs.: Nun ich will es Ihnen sagen: „Unsere Fahne ist roth!"

Berka: Das wäre doch eine Albernheit gewesen, eine Parole zu wählen, die schon jeder Polizeidiener kennt.

Präs.: Der Zeuge Breiter hat gesehen, daß vorbereitete Candidatenlisten für die Deputation ausgetheilt wurden?

Digitized by Google

Berka: Ich habe selbst bemerkt, daß einzelne Arbeiter Zettel in die Hand genommen haben, um sich die gewählten Deputationsmitglieder aufzuschreiben. Es mag ein solcher Zettel bestanden haben, aber jedenfalls war er falsch, es wurden darnach auch von der „Morgenpost" die Namen ganz unrichtig gebracht.

Präs.: Wo befanden Sie sich an jenem Tage?

Berka: Ich wollte den Reichsrath besuchen; als ich auf das Glacis kam, sah ich die versammelte Masse und hörte, daß keine Sitzung, sondern die Thronrede stattfinde.

Präs.: Haben Sie gehört, daß sich eine Control-Commission für Eisenach gebildet hat?

Berka: Ich habe erst von Mühlwasser erfahren, daß eine solche gegründet werden sollte.

Präs.: Mühlwasser sagt, Sie sollen Mitglied dieser Commission gewesen sein.

Berka: Da hat Mühlwasser gelogen.

Präs.: Warum gelogen?

Berka: Weil eine solche nicht existirt.

Präs.: Das ist eine einfache Behauptung.

Berka: So gut man behauptet, daß eine Control-Commission existirt, ebensogut kann ich behaupten, daß keine existirte. (Heiterkeit.) Da ich ein Mitglied gewesen sein soll, muß ich doch wissen, ob eine solche Commission existirte. (Heiterkeit.)

Präs.: Wenn Sie keine Gründe anführen, so kann Ihre Behauptung höchstens beweisen, daß Sie kein Mitglied waren, aber die Existenz der Commission ist dadurch noch nicht widerlegt; sie kann ohne Ihr Wissen bestanden haben.

Oberw. (zum Präsidenten): Ich bitte, Herrn Berka zu fragen, ob ich die Sitzungen der Gewerkschafts-Section besuchte und ob ich überhaupt das Wort ergriffen habe. Es stützt sich nämlich auf die Angabe Mühlwasser's, diese Section habe die Massen organisirt, ein Hauptpunkt der Anklage.

Berka: Wenn Mühlwasser das behauptet, dann ist er ein unverschämter Lügner.

Präs.: Ich muß Sie bitten, sich in Ihren Ausdrücken wenigstens dann zu mäßigen, wenn der Zeuge erscheint.

Berka: Ich werde mich so weit mäßigen, wie es einem solchen Menschen gegenüber möglich ist.

Digitized by Google

Präs.: Sie müssen sich jedenfalls in den Schranken des Gesetzes halten.

Berka: Ich werde mich nach dem Gesetze benehmen, aber wenn man uns unverschämt entgegentritt, dann müssen wir auch entschieden auftreten.

Präs.: Was wissen Sie über den Antagonismus zwischen Überwinder und Mühlwasser?

Berka: Mühlwasser ist ein Mensch, der zu Nichts tauglich ist.

Präs.: Sie beschimpfen den Zeugen, das ist sehr kräftig, begründet aber nichts! Sie dürfen ihn nicht verdächtigen.

Berka: Das ist keine Verdächtigung, das ist eine Ansicht.

Präs.: Haben Sie mit Fräulein Podany verkehrt?

Berka: Es wurde mir die Aufgabe zu Theil, sie nach der sogenannten Demonstration zur Volksversammlung zu führen. Weiter habe ich nicht mit ihr verkehrt. Es ist auch nicht meine Sache, zu Damen von Partei-Angelegenheiten zu sprechen.

Präs.: Hat Sie sich nicht über Andere geäußert.

Berka: Nein.

Verhör des Angeklagten Johann Schönfelder.

Johann Schönfelder aus Zuckmantel, war in Schlesien Geschäftsmann, weil aber die Geschäfte schlecht gingen und er in Schlesien keinen Erwerb finden konnte, kam er nach Wien und ist nun Eisenhobler auf der Westbahn.

Präs.: Wann schlossen Sie sich der Arbeiterbewegung an?

Schönf.: Niemals.

Präs.: Was hatten Sie denn für eine Thätigkeit bei der Arbeiterpartei?

Schönf.: Gar keine. Ich habe nur den Versammlungen beigewohnt.

Präs.: Sind Sie als Redner aufgetreten?

Schönf.: Niemals.

Präs.: Sie haben zu einer Zeit, als die socialdemokratische Partei bereits als staatsgefährlich bezeichnet war, Mitglieder für dieselbe geworben.

Schönf.: Durchaus nicht. Ich habe Niemanden geworben.

Digitized by Google

Präs.: Man hat bei Ihnen Karten der socialdemokratischen Partei gefunden. Die sollen Sie von Scheu erhalten haben. Von denselben fehlen fünfzehn Stück, die ersten Nummern. Wo kamen die hin?

Schönf.: Das weiß ich nicht. Ich habe die Karten direct aus Leipzig von Liebknecht und nicht von Scheu bekommen. Wohin die fehlenden gekommen sind, weiß ich nicht. Vielleicht haben Sie meine Kinder genommen und verstreut.

Präs.: Haben Sie für die Beschickung des Arbeitercongresses in Eisenach agitirt?

Schönf.: Nein! Ich wurde von meinen Collegen aufgefordert, Oberwinder und Scheu ein Mandat als Delegirte auszustellen.

Präs.: Sie haben das Mandat dem Herrn Oberwinder übergeben?

Schönf.: Meine Collegen wollten es so.

Präs.: Sie waren also hiezu berechtigt?

Schönf.: Vollkommen berechtigt.

Präs.: Sie schrieben aber ein Mandat von 16.000 Arbeitern, während die Polizei erhoben hat, daß nur 800 Westbahnarbeiter bestehen.

Schönf.: In die Krankencasse zahlen 16.000 Arbeiter ein, folglich müssen auch so viele vorhanden sein. Die Polizei wird die Heizer, Maschinisten und das Hilfspersonale nicht gerechnet haben.

Präs.: Sie sind Mitglied der Arbeiterassociation?

Schönf.: Soweit es in dem Diplom steht.

Präs.: Wie verstehen Sie das?

Schönf.: Ich sagte zu Brüßhaver, daß ich den „Vorboten" zu abonniren wünschte. Er sagte mir, da müßte ich Mitglied der „Internationalen" werden. Er brachte mir das Diplom und die erste Nummer des „Vorboten" und ich mußte ihm dafür 1 fl. 80 kr. geben, und da er mir nichts mehr brachte, habe ich geglaubt, er habe mich betrogen; da habe ich nun das Diplom nicht mehr respectirt und ad acta gelegt.

Präs.: Haben Sie von der Arbeiter-Demonstration am 13. December gewußt?

Schönf.: Ja.

Präs.: Woher?

Digitized by Google

Schönf.: Aus den Zeitungen; aus dem „Tagblatt“. An dem Tage, wo sie stattfand, ging ich hin, um Ruhe herzustellen.

Präs.: Es gingen gar so Viele hin, um Ruhe herzustellen. Es kommt aber vor, daß Sie sich fünfzig Westbahnarbeiter mitgenommen haben?

Schönf.: Ich habe sie nicht mitgenommen, sie sind selber mitgegangen.

Präs.: Was thaten Sie auf dem Platze?

Schönf.: Man hat mich auf die Schulter gehoben und da habe ich gesagt: „Seid ruhig und macht keinen Spectakel.“

Präs.: Sie sind als Mitglied der Deputation gewählt worden?

Schönf.: Ja, ich war sonst nie bei Deputationen. Aber ich hätte es für eine Schande gehalten, die Wahl nicht anzunehmen, als man meinen Namen rief und mir dadurch das Mandat übertrug.

Präs.: Es wurde eine Petition an den Grafen Taaffe abgeschickt. Wo wurde diese geschrieben?

Schönf.: In Bischofs Bierhalle.

Präs.: Was hatten Sie dort zu thun?

Schönf.: Ich hatte Durst und ging deshalb hinein.

Präs.: Es waren aber noch viele Andere dort.

Schönf.: Ja, wenn Einer geht, laufen die Andern gleich nach.

Präs.: Sie waren bei „Griensteidl“ im Caffeehause. Was hatten Sie dort zu thun?

Schönf.: Ich unterschrieb die Petition.

Präs.: Und dann?

Schönf.: Gingen wir zum Grafen Taaffe; dort ließen wir uns melden. Man sagte uns, daß man uns empfangen wollte, allein nur drei von uns.

Präs.: Diese wurden dort erst gewählt?

Schönf.: Ja, und zwar Hartung, Baudisch und Pfeiffer.

Präs.: Kennen Sie Mühlwasser?

Schönf.: Ich habe ihn in einer Volksversammlung sprechen gehört.

Präs.: Wußten Sie von einem Streite zwischen ihm und Oberwinder?

Schönf.: Ja.

Präs.: Woher?

Digitized by Google

Schönf.: Aus den Zeitungen.

Präs.: Kennen Sie Fräulein Podany?

Schönf.: Nur oberflächlich; gesprochen habe ich nie mit ihr.

Präs.: Hatte Oberwinder unter den Arbeitern einen Einfluß?

Schönf.: Ja; weil man ihn als einen braven, ehrlichen und opferwilligen Mann kennen gelernt hat, der die Arbeiter stets auf gesetzlichen Wegen zu erhalten wußte.

Verhör des Angeklagten Friedrich Hecker.

Es wird sodann der Angeklagte Friedrich Hecker vernommen. Derselbe gibt an, daß er, Sohn eines Tischlermeisters aus St. Gotthardt in Ungarn, das Tischlerhandwerk erlernt hat und sich seit 1868 in Wien befindet. Im Jahre 1869 hat er sich der Arbeiterbewegung angeschlossen und wurde Mitglied des Arbeiter-Bildungsvereines. Er war auch Obmann-Stellvertreter des Fachvereines der Tischlergehilfen.

Präs.: Sie wurden auch Mitglied der Eisenacher Arbeiterpartei?

Hecker: Wenige Tage vor meiner Verhaftung wurde mir eine Karte zugestellt.

Präs.: Kennen Sie das Eisenacher Programm?

Hecker: Ja, es ist ziemlich identisch mit dem des neunten Wiener Arbeitertages.

Präs.: Das Eisenacher Programm hat doch dieses überholt. Was verstehen Sie unter dem „freien Volksstaat", den das Programm anstrebt?

Hecker: Eine reinere Staatsform.

Präs.: Aus den Debatten am Eisenacher Congresse geht hervor, daß man unter „freiem Volksstaat" die Republik verstand.

Hecker: Ich habe vom Untersuchungsrichter gehört, daß Scheu dieß in Eisenach zurückgewiesen.

Präs.: Er hat nur den Namen zurückgewiesen, aber nicht die Sache.

Hecker: Aber an diesem Orte konnte er doch nicht mehr thun, ohne sich lächerlich zu machen.

Ueber seine Betheiligung an der Demonstration vom 13. De-

Digitized by Google

cember gibt Hecker an, daß er es als seine Pflicht betrachtet, hinzugehen, um für die Aufrechthaltung der Ordnung Sorge zu tragen, nachdem er sich eines gewissen Einflusses bei seinen Fachgenossen erfreue.

Präs.: Es ist sonderbar, daß Alle hingegangen sein wollen, um die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Hecker: Es ist ganz natürlich, daß diejenigen, welche einen Einfluß auf ihre Collegen besitzen, aus diesem Grunde hingingen.

Hecker erzählt nun die weiteren Vorfälle vom 13. December, die er als gewähltes Deputationsmitglied erlebt, wobei er in Abrede stellt, daß seine Wahl zum Deputirten schon früher verabredet worden wäre.

Präs.: Wie haben Sie den ganzen Vorfall aufgefaßt? Als eine Drohung?

Hecker: Nein. Die Erregung unter den Arbeitern war durch die Auslegung des §. 6 des Vereinsgesetzes, in Folge dessen jede Versammlung, in der das Wort „socialdemokratisch" ausgesprochen wurde, aufgelöst ward, eine sehr große. Man wußte, daß nur der Reichsrath hier abhelfen könne, daher der Schritt der Arbeiter vom 13. December leicht erklärlich ist.

Präs.: Welchen Zweck hatte diese Versammlung?

Hecker: Das weiß ich nicht. Diejenigen, welche zu Sprechern gewählt worden waren, beschlossen, die Petitionen dem Ministerpräsidenten zu überreichen.

Präs.: Sehen Sie in dem Schlußpassus der Petition keine Drohung?

Hecker: Nein, ich glaube auch, daß die dort versammelten Massen kein Verbrechen begingen, da sie sich ganz ruhig verhielten. Wenn daher in Aussicht gestellt wird, daß man sich noch zahlreicher einfinden würde, so kann hierin nichts Verfängliches erblickt werden.

Präs.: Es muß dem Gerichtshofe überlassen bleiben, zu beurtheilen, ob Ihre Handlungsweise eine strafbare sei oder nicht.

Hecker: Ich meine nur, daß auch die leitende Sicherheitsbehörde kein Verbrechen in der Ansammlung erblickte, da sie nicht einmal eine Aufforderung zur Zerstreuung der Massen erließ.

Präs.: Wissen Sie, daß Oberwinder einen Gewaltact beabsichtigte?

Digitized by Google

Hecker: Davon ist mir nichts bekannt.

Präs.: Ist Ihnen etwas von einer Feindschaft zwischen Mühlwasser und Oberwinder bekannt?

Hecker: Ich erfuhr davon aus der „Volksstimme."

Präs.: Ist Ihnen eine Aeußerung des Fräuleins Podany zu Ohren gekommen, daß es Herr Oberwinder mit den Arbeitern nicht ehrlich meine?

Hecker: Davon habe ich nie etwas gehört.

Oberw. ersucht den Präsidenten, auch an Hecker die Frage zu richten, welchen Einfluß er (Oberwinder) auf die Gewerkschaft-Section des Arbeiter-Bildungsvereines genommen.

Hecker: Oberwinder hatte in dieser Section keinen Einfluß, denn er war in ihr nicht stimmberechtigt.

Präs.: Aber er hatte doch großen Einfluß auf die Arbeiterbewegung?

Hecker: Ich weiß nur, daß Hartung großen Einfluß hatte.

Präs.: Es heißt, Hartung war das sichtbare, Oberwinder das unsichtbare Haupt, die Seele der Bewegung. Hartung wäre nur der rechte Arm Oberwinders gewesen.

Hecker: Ich glaube, Hartung würde sich sehr beleidigt fühlen, wenn man sagen würde, er sei bloß die rechte Hand Oberwinders, denn ich kenne Hartung als den befähigtesten Arbeiter, der an der Bewegung theilgenommen.

Verhör des Angeklagten Johann Baudisch.

Johann Baudisch ist der Sohn eines Skalitzer Schneiders. Er ist schon längere Zeit in Wien und arbeitete in letzterer Zeit in einem großen Geschäfte.

Präs.: Sie sind Mitglied des böhmischen Arbeitervereines?

Baudisch: Ja wohl.

Präs.: Ist derselbe mit der socialdemokratischen Partei vereinigt?

Baudisch: Nein. Er hat mit dieser nichts zu thun. Aber in letzterer Zeit hat eine Annäherung der Ideen stattgefunden.

Präs.: In wiefern haben Sie für das socialdemokratische Programm gewirkt?

Digitized by Google

Baudisch: Einige Punkte dieses Programmes schienen mir gut und die habe ich für den böhmisch-slavischen Arbeiterverein acceptirt.

Präs.: Sie waren bei der Demonstration am 13. December anwesend?

Baudisch: Ich gehe an diesem Tage aus, um Seide für mein Geschäft anzukaufen, da sehe ich auf dem Paradeplatze eine große Anzahl von Leuten. In diesem Augenblicke fällt mir ein, daß ich in einer Zeitung gelesen habe, es werde eine Begrüßung des Reichsrathes stattfinden. Wie ich da so viele Leute stehen sehe, frage ich: „Wo ist Hartung?" „In Bischof's Bierhalle", antwortet man mir. Ich gehe dahin und finde ihn, wie er ein fertiges Aktenstück liest. Ich frage ihn: „Was gibts?" Er antwortete mir: „Es haben sich draußen viele Arbeiter versammelt; wir müssen etwas thun, um Unruhen zu verhüten. Es wird wahrscheinlich diese Petition — dabei zeigte er mir das Actenstück — an den Grafen Taaffe durch eine Deputation abgeschickt werden." Er forderte mich auf, mitzugehen, und das that ich.

Präs.: Glauben Sie nicht, daß die Sache vorbereitet wurde?

Baudisch: Nach dem, was mir der Untersuchungsrichter hierüber sagte, glaube ich es allerdings. Ich selbst weiß aber nichts von einer Vorbereitung.

Präs.: Was war das Motiv, daß Sie sich auch daran betheiligten?

Baudisch: Ich glaubte etwas Gutes zu thun.

Präs.: Sie haben auch gesagt, Hartung war das sichtbare und Oberwinder das unsichtbare Haupt der Arbeiter.

Baudisch (bedächtig): O nein! So habe ich das nicht gesagt. Ich habe dem Untersuchungsrichter erzählt, Hartung kenne ich als guten Redner und braven Menschen, wenn ich auch nicht mit Allem, was er spricht, einverstanden bin. Oberwinder, sagte ich, kenne ich nicht. Ich habe ihn nicht reden gehört. Wenn er, wie der Herr Untersuchungsrichter behauptete, ein Oberhaupt der Arbeiter ist, so muß er ein unsichtbares Oberhaupt sein. So sagte ich das, im Protokolle stand es aber anders.

Präs.: Sie behaupteten, daß Sie kein Socialdemokrat sind?

Baudisch (lächelnd): Bitte! Der Untersuchungsrichter fragte mich: „Sind Sie ein Socialdemokrat?" Ich gehörte erst sehr kurze

Digitized by Google

Zeit dieser Partei an, wußte auch nicht, was er beabsichtigte, konnte also nicht gleich antworten. Ich stellte ihm die Frage, was er unter einem Socialdemokraten verstehe.

Der Untersuchungsrichter erklärte mir hierauf, daß die Socialdemokraten die Fürstenthümer abschaffen wollen und das sei Fürstenmord! (Anhaltende Heiterkeit, in welche selbst die Mitglieder des Gerichtshofes einstimmen.) Hierauf antwortete ich: „Wenn das Socialdemokraten sind, ja, dann bin ich keiner!“ (Heiterkeit.)

Präs.: Haben Sie den Inhalt der Petition gekannt und waren Sie mit derselben einverstanden?

Baudisch: In einigen Puncten war ich nicht einverstanden. So hatte ich den Passus über die Abschaffung der stehenden Heere nicht daringelassen. Ebenso finde ich den Schlußsatz (im Nichtbewilligungsfalle wieder zu kommen) einer Regierung gegenüber unnütz. Ich hatte ihn fallen gelassen.

Präs.: War Ihnen bekannt, daß Scheu und Oberwinder in Eisenach Mandate von 90.000 Arbeitern zeigten?

Baudisch: Der Untersuchungsrichter hat mir davon erzählt.

Präs.: War Ihnen bekannt, daß die Wiener Schneider Scheu ein Mandat gegeben haben?

Baudisch: Ich hätte davon erfahren müssen, denn ich besitze das Vertrauen meiner Genossen.

Präs.: Sie selbst haben die Erwerbung der Mandate einen „Schwindel“ genannt.

Baudisch: Ich? O nein! Bitte schön! Das hat der Untersuchungsrichter gethan.

Präs.: Sie werden doch nicht den Untersuchungsrichter beschuldigen, daß er Ihnen Antworten unterschoben habe?

Baudisch: Bitte! Erlauben Sie mir, das Alles ganz so zu erzählen, wie es war. Ich bin bei dem Untersuchungsrichter Nebenführ gewesen und wir haben sehr „freundschaftlich“ miteinander gesprochen. — Da sagt mir der Herr Untersuchungsrichter: „Sehen Sie nur, Herr Baudisch! 90.000 Arbeiter haben Sie vertreten und Sie wissen nichts davon? Wie kommt das? Nicht wahr, das ist ein Schwindel?“ Hierauf bemerkte ich: „Ich kann hierüber Nichts sagen. Nennen Sie es, wie Sie wollen, das ist mir gleichgiltig.“ Da schrieb er dann das Wort mir zu; er aber hat es gesagt.

Digitized by Google

Präs.: Sie haben das Protokoll aber eigenhändig unterschrieben.

Baudisch: Mein Gott, wenn man schon zehn Wochen in Untersuchungshaft sitzt, dann ist man froh, wenn etwas von statten geht.

Scheu: Ist es möglich, daß ich das Mandat von den Schneidern ohne Ihr Wissen erhalten haben konnte?

Baudisch: Möglich ist es und das umsomehr, als ich um diese Zei bei meinem Bruder in Prag war.

Scheu zeigt das betreffende Mandat vor, der Präsident verliest die Namen der Unterschriebenen.

Baudisch: Das sind lauter Namen von gutem Klang; wenn das Mandat von den Leuten ausgestellt ist, dann hat es seine Richtigkeit.

Oberw.: In einigen hiesigen Blättern fanden sich Verdächtigungen vor, des Inhalts, daß wir mit der clerical-föderalistischen Partei pactiren. Ich erklärte in einer Volksversammlung diese Beschuldigungen als Lügen. Ich frage nun den Angeklagten Baudisch, ob Pfeiffer, der den Angeklagten für einen Föderalisten hielt, ihn aufgefordert habe, eine Volksversammlung einzuberufen und gegen die Socialdemokraten zu sprechen?

Baudisch (lächelnd): Ja, ja! Eines Abends kommt Pfeiffer zu mir und fragt mich, wie ich über den Föderalismus denke. Ich hatte viel zu thun und konnte mich in Auseinandersetzungen nicht einlassen. Er aber vermuthete, weil ich ein Böhme bin, daß ich Föderalist sei und forderte mich auf, eine Volksversammlung einzuberufen und gegen die Socialdemokratie zu sprechen. Ich aber sagte: Ich kann mich jetzt nicht aufhalten, ich habe Postarbeit, die muß ich fertig machen und so wurde aus der Volksversammlung nichts.

Verhör des Angeklagten Wilhelm Schäftner.

Wilhelm Schäftner war, nachdem er einige Schulen absolvirt hatte, Steinmetzgehilfe, bildete sich aber später zum akademischen Bildhauer aus. Des Abends besuchte er die Universität. Tagsüber war er bei der Votivkirche beschäftigt und bekleidete die Stelle des Obmann-Stellvertreters bei dem Fachvereine der Maurer und Steinmetze.

Präs.: Sie waren am 13. December bei der Demonstration. Rechtfertigen Sie sich.

Schäftner: Was soll ich darauf antworten? Das ist ja keine directe Frage.

Digitized by Google

Präs.: Sie haben meine Fragestellung nicht zu kritisiren.

Schäftner: Soll ich erzählen, wie ich dazu kam?

Präs.: Ich ersuche Sie darum.

Schäftner: Der Reichsrath sollte eröffnet werden und die Arbeiter hatten sich vorgenommen, ihn zu begrüßen. Ich hatte davon durch die Zeitungen Kenntniß erhalten. Da aber kurz vorher die Maurer bei den Baugruppen vor dem Schottenthore Excesse gemacht hatten und ich viel Einfluß auf die Leute hatte, ging ich hin, nachzusehen, fand aber alles ruhig. Da traf ich Hartung, der mir sagte: „Wir müssen etwas zur Beruhigung der Massen thun. Wir werden eine Petition an den Grafen Taaffe übergeben." Wir gingen darauf in die Bierhalle zu Bischof, wo ich selbst die Petition schrieb.

Präs.: Sie ist aber so nett geschrieben, daß man glauben möchte, sie wäre schon vorbereitet gewesen.

Schäftner: Ich schreibe immer nett.

Präs.: Der Kellner hat Ihnen keine Tinte gegeben und die Petition war doch mit Tinte geschrieben.

Schäftner: Ich schreibe Alles mit Tinte, sogar meine Privatnotizen. Zu dem Behufe trug ich immer ein kleines Schreibzeug bei mir. Dasselbe wurde mir bei meiner Verhaftung abgenommen und befindet sich hier im Landesgerichte.

Präs.: Glauben Sie, daß man einen Reichsrath in solcher Weise begrüßt?

Schäftner: Für die Art und Weise, wie dieses geschehen, können wir nicht verantwortlich gemacht werden. Wir konnten ja das nicht voraussehen.

Verhör des Angeklagten Franz Dorsch.

Der Bandmacher Franz Dorsch gibt zunächst Aufschluß über seine Betheiligung an der Demonstration vom 13. December und erzählt, daß Hartung schon Tags vorher die Idee hatte, eine Petition an den Ministerpräsidenten zu richten, um etwaige Extravaganzen der vor dem Reichsrathe versammelten Arbeiter zu verhüten, denn es war ihm bekannt, daß keine Sitzung des Abgeordnetenhauses an diesem Tage stattfinde. Er (Dorsch) habe keinen Anstand genommen, diese Petition zu unterzeichnen, da sie nichts Anderes enthalten habe, als die bekannten Forderungen der Partei.

Digitized by Google

Präs.: Viele behaupten, daß es sich bei dieser Ansammlung um eine „Begrüßung" des Reichsraths gehandelt habe. Halten Sie es für eine passende Form der Begrüßung, in so großer Zahl zu erscheinen?

Dorsch: Warum nicht? Eine so große Ansammlung gibt Zeugniß von dem regen Antheil der Bevölkerung an den Freiheits- und Verfassungsfragen.

Der Angeklagte Hecker, der während dieser Zeit mit seinem Nachbar gesprochen, erhält hier vom Präsidenten eine Ermahnung, sich ruhig zu verhalten.

Präs. (zu Dorsch): Wie erklären Sie die Ansammlung der Arbeiter vor dem Abgeordnetenhause?

Dorsch: Viele mochten nicht wissen, daß keine Sitzung sei. Sie kamen hin, fanden das Abgeordnetenhaus gesperrt und blieben draußen, Andere kamen hiezu. Die Neugierde lockte ebenfalls Viele hin und so wuchs die Menge an.

Präs.: Es sollen Zettel mit den Namen der Deputationsmitglieder unter der Menge cursirt haben?

Dorsch: Das ist möglich. Hartung schlug die Deputationsmitglieder vor und Viele mögen sich die Namen notirt haben.

Präs.: Schien Ihnen der Schluß der Petition keine Drohung zu enthalten?

Dorsch: Nein, ich habe nichts Auffälliges daran gefunden.

Präs.: Sie nahmen auch an der Volksversammlung zur „schönen Aussicht" Theil?

Dorsch: Ja wohl.

Präs.: Erinnern Sie sich, daß Mühlwasser der Versammlung den Schwur auf die „rothe Fahne" abgenommen?

Dorsch: Davon ist mir nichts bekannt.

Präs.: Daß er die Absendung eines Telegrammes nach Paris beantragte?

Dorsch: Ja, dessen erinnere ich mich; der Vorsitzende Hartung wies aber diesen Antrag als nicht zur Tagesordnung gehörend zurück.

Präs.: Was wissen Sie überhaupt über Mühlwasser?

Dorsch: Mühlwasser ist ein exaltirter Kopf, der sich stets mit Ideen trug, die weder mit der Arbeiterbewegung, noch mit den Gesetzen in Einklang standen. Dadurch kam er in Conflict mit den

Digitized by Google

Wiener Arbeiterführern, welche die strenge Einhaltung des gesetzlichen Bodens anempfohlen.

Präs.: Kannten Sie Fräulein Podany?

Dorsch: Ja, ich wurde öfters von ihr eingeladen, sie zu besuchen, und ging hin, weil es namentlich in den Sommermonaten dort sehr angenehm war. (Heiterkeit.)

Präs.: Die Podany behauptet, Sie hätten ihr über die Vorgänge vom 13. December Mittheilungen gemacht.

Dorsch: Ich kann nachweisen, daß ich sie durch einige Wochen vor dem 13. December nicht gesehen habe. Und an diesem Tage selbst werde ich wahrlich nicht um 7 Uhr Abends von Fünfhaus nach Hernals gegangen sein, bloß um ihr Mittheilungen über die Vorgänge des Tages zu machen; das wird mir doch Niemand zumuthen. Uebrigens werde ich mich nicht mit einem 20jährigen Mädchen über Partei- und politische Angelegenheiten unterhalten.

Präs.: Fräulein Podany soll eine intime Freundin von Hartung und eine eifrige Parteigenossin gewesen sein, es wäre also nichts Außerordentliches, wenn sie in Parteiangelegenheiten eingeweiht worden wäre.

Dorsch: Was sie für eine Parteigenossin gewesen, geht aus ihren Angaben hervor, die sie bei Gericht gemacht. Uebrigens war ich oft zugegen, als Oberwinder und Hartung bei ihr waren, da wurde aber nie von Politik gesprochen, sondern nur von gewöhnlichen Unterhaltungsstoffen.

Präs.: Fräulein Podany sagt, sie habe Oberwinder scharf beobachtet und bemerkt, daß er es mit den Arbeitern nicht ehrlich meine.

Dorsch (geringschätzend): Das sind Reden eines Mädchens, die wahrlich keine Beachtung verdienen. Mir gegenüber hat sie eine solche Aeußerung übrigens nicht gemacht.

Staatsanwalt: Sie sagten, daß Hartung am Tage vor dem 13. December im Gasthause zur „Hofmühle" schon davon gesprochen, daß keine Sitzung des Abgeordnetenhauses sei und es daher nothwendig sein dürfte, eine Deputation an den Minister zu entsenden.

Dorsch: Es mußte ja nicht jedem bekannt sein, daß keine Sitzung sei, die Journale brachten die Nachricht auch sehr spät und nicht jeder Arbeiter hat Zeit, täglich ein Blatt zu lesen.

Oberw. nimmt das Wort, um zu erklären, daß er auf die Aussage Dorsch's besonderes Gewicht lege, da dieser zur Zeit, als Fräulein

Digitized by Google

Podany bemerkt haben wollte, daß er (Oberwinder) ein Doppelspiel mit den Arbeitern spiele, häufig bei Fräulein Podany gewesen sei und angegeben habe, daß die Podany gegen ihn (Dorsch) keine solche Aeußerung gethan, überhaupt mit ihr nicht von Politik gesprochen wurde.

Dritter Verhandlungstag.

Der Präsident beginnt die Verhandlung mit dem

Verhör des Angeklagten Friedrich Pfeiffer.

Präs.: Ich bitte uns einige Daten über Ihr Vorleben und Ihre Vorbildung zu geben.

Pfeiffer: Ich habe die Normalschule besucht und lernte die Müllerei. Schon als Müllerbursche benützte ich die freie Zeit, um bei dem Klappern der Mühle durch die Lectüre belletristischer und wissenschaftlicher Werke meine Bildung zu vervollständigen. Ich wurde zum Militär assentirt und war bis zum Jahre 1866 Gendarmerieführer. Nach dem Jahre 1866 trat ich mit meinem Schwager in Geschäftsverbindung und wurde Agent, löste aber im Jahre 1867 diese Verbindung.

Präs.: Als Sie sich der Arbeiterbewegung anschlossen, hatten Sie keine bestimmte Beschäftigung?

Pfeiffer: Ich war Agent. Ich habe damals im Lesezimmer des Arbeiter-Bildungsvereins Vorträge gehalten, wurde Mitglied dieses Vereines und gehörte der Rechtssection an.

Präs.: Sie wurden im vorigen Jahre wegen Störung der öffentlichen Ruhe bestraft?

Pfeiffer: Wegen einer Rede, die ich am 1. November 1868 in der Volksversammlung beim Zobel gehalten, wurde ich zu neun Monaten Kerkers verurtheilt.

Präs.: Sie büßten diese Strafe in Suben ab. Wann kamen Sie wieder nach Wien zurück?

Pfeiffer: Zwei Tage vor dem 13. December. Ich wurde am 1. December aus der Strafe entlassen, hielt mich einige Tage in Linz auf, besuchte die Herren Theodor Windisch und Derffler und verkehrte

Digitized by Google

überhaupt mit verschiedenen Mitgliedern des dortigen Arbeiter-Bildungsvereins.

Präs.: Sie hatten die Absicht, eine kleine Agitationsreise in's Innviertel zu unternehmen?

Pfeiffer: Ich hatte die Absicht.

Präs.: Sie erhielten damals einen Brief aus Wien?

Pfeiffer: Ja, von Herrn Reinert.

Präs.: Was enthielt dieser Brief?

Pfeiffer: Er enthielt die Ankündigung, daß in Wien zur Eröffnung des Reichsrathes am 13. December eine Demonstration stattfinden solle, um den Reichsrath zu begrüßen, da das Volk nicht länger auf die Erfüllung seiner Wünsche warten will und die Absicht hat, dem Ministerium eine Petition zu überreichen, und daß, wenn ich bis dorthin erscheinen würde, ich zum Mitglied der Deputation gewählt werden solle.

Präs.: Kommt in dem Briefe nicht der Ausdruck vor, „es wurde beschlossen"?

Pfeiffer: Der Ausdruck kommt vor.

Präs.: Hat ihnen Reinert nach ihrer Ankunft in Wien ausführliche Mittheilungen gemacht?

Pfeiffer: Nein; er hat mir bloß gesagt, daß das, was er mir mitgetheilt habe, allgemein in Arbeiterkreisen besprochen wird.

Präs.: Wer war am Abend Ihrer Ankunft im Arbeiter-Bildungsvereine?

Pfeiffer: Verschiedene Freunde; ich kann nicht Alle mehr nennen; Hartung war auch dort. Ich fragte ihn, was es bedeute, daß am 13. December eine Demonstration stattfinden soll? Er erwiderte, das Volk will sich versammeln, um den Reichsrath zu begrüßen und seine Forderungen zu stellen.

Präs.: War damals die Rede von einer Begrüßung der Abgeordneten, oder von einer Begrüßung der Regierung und der Person des Ministerpräsidenten?

Pfeiffer: Es war nur von der Begrüßung der Abgeordneten die Rede.

Präs.: Damals war aber schon bekannt, daß der Reichrath an diesem Tage keine Sitzung halte?

Pfeiffer: Das ist möglich, aber Hartung hat davon nichts gesagt.

Digitized by Google

Präs.: Hat Hartung Ihnen schon mitgetheilt, daß Sie Mitglied der Deputation sein sollen?

Pfeiffer: Ja, er hat es mir mitgetheilt und ich habe es angenommen.

Präs.: Was geschah am 13. in Bischof's Bierhalle?

Pfeiffer: Ich war der Erste in der Bierhalle, es kamen nach und nach alle Mitglieder der Deputation; es wurde von derselben beschlossen, eine Petition an den Ministerpräsidenten zu senden, um ihm die Wünsche der Arbeiter zu unterbreiten.

Präs.: Wer war am Abend des 11. im Gasthause „zur Hofmühle" anwesend?

Pfeiffer: Hartung, Scheu, Oberwinder, Pabst und Andere.

Präs.: Wurde in Anwesenheit von Leidesdorf über die Begrüßung gesprochen?

Pfeiffer: Ich und er haben darüber gesprochen. Er hat sich dahin geäußert, daß er die Demonstration für nicht gut findet, indem leicht ein Zusammenstoß mit der Sicherheitsbehörde stattfinden könnte. Ich habe entgegnet, daß ich keine Furcht habe, weil ich die Ueberzeugung habe, daß sich die Arbeiter ruhig verhalten werden.

Präs.: Hat außer Leidesdorf nicht sonst noch Jemand der Petition nicht beigestimmt?

Pfeiffer: Ich erinnere mich nicht.

Präs.: In der Voruntersuchung haben Sie Dorsch genannt.

Pfeiffer: Das ist ein Irrthum. Ich habe gesagt, daß er bei der Unterschrift der Petition in Griensteidl's Kaffeehaus Bedenken äußerte.

Präs.: Was ist in Bischof's Bierhalle besprochen worden?

Pfeiffer: Es wurden die Punkte berathen, welche vorgelegt werden sollten. Ich habe aber an der Berathung nicht vollständig theilnehmen können. Ich saß mit Hartung an einem Tische, es bildete sich eine Gruppe, so daß ich nicht sehen konnte, was vorgeht, ich sah nur, daß Schäftner dort schrieb.

Präs.: Glauben Sie, daß es bei dem Bestande eines bestimmten Programmes und bei der ohnehin festgestellten Form Ihrer Parteiforderungen nothwendig war, in Bischof's Bierhalle zu berathen und zu debattiren?

Pfeiffer: Es war insofern nothwendig, als die Petition aus dem Wunsche des Volkes hervorgegangen ist; es war die Stylisirung

Digitized by Google

und es waren die Schritte zu berathen, welche zur Ueberreichung der Petition unternommen werden mußten.

Präs.: Glauben Sie, daß die Masse haranguirt wurde, um dort zu erscheinen? Die Notiz im „Tagblatt", das Austheilen von Zetteln deuten wenigstens darauf hin, daß die Sache vorbereitet war; es spricht auch der „Vorbote" von Vorbereitungen.

Pfeiffer: Von Vorbereitungen wußte ich nichts und habe auch nie von solchen gehört.

Präs.: Haben Sie den Schlußsatz der Petition gelesen und waren Sie mit demselben einverstanden?

Pfeiffer: Vollkommen. Ich las die Petition in Griensteidl's Kaffeehause und fand sie mit den Wünschen und Forderungen des Volkes ganz übereinstimmend.

Präs.: Müssen Sie nach allen Ihnen bekannten Thatsachen nicht annehmen, daß die Demonstration vorbereitet war?

Pfeiffer: Wenn die Thatsachen wahr sind, kann ich das annehmen.

Präs.: Haben Sie Oberwinder am 13. December gesehen?

Pfeiffer: In Griensteidl's Kaffeehaus, er ist allein an einem Tische gesessen und hat sich nicht betheiligt; ich glaube, Herr Hartung sprach mit ihm, ich weiß aber nicht was.

Präs.: Waren Sie Mitglied der internationalen Association?

Pfeiffer: Nein.

Präs.: Haben Sie darüber mit Niemanden gesprochen?

Pfeiffer: Ja, mit Brüßhaver.

Präs.: Sie besaßen aber eine Karte aus Braunschweig?

Pfeiffer: Herr Windisch fragte mich, ob ich eingeschrieben sei. Ich forschte nach dem Inhalte des Programms und er versicherte mir, daß es sich nur um Lassall'sche Principien handle. Ich war darüber jedoch anderer Meinung und erklärte deshalb: Gut, ich nehme das Programm, um es durchzustudiren, es steht mir dann frei, beizutreten oder nicht. Dieser Beitritt ist nicht erfolgt.

Präs.: Glauben Sie, daß der Vorfall vom 13. December von einer oder mehreren Personen inscenirt war?

Pfeiffer: Ich glaube nicht, daß ein Plan bestand. Die Leute hatten erfahren, daß eine Massenversammlung stattfinde und alles kam herbei. Auch vor dem Ministerhôtel sammelte sich eine Volksmasse an,

Digitized by Google

Hartung selbst war bemüht, die Arbeiter zu bestimmen, sich von dort zu entfernen, damit keine Unordnung entstehe. Wenn aber ein Plan bestand, so muß ihn eine Person gemacht haben.

Präs.: Wer glauben Sie, daß diese Person war?

Pfeiffer: Es war eine politische Demonstration gegen die innere Politik des Ministeriums und scheint gleichzeitig vom Grafen Beust und der socialdemokratischen Partei zu stammen. Ich glaube daher, daß sie vom Grafen Beust und Liebknecht inscenirt war.

Präs.: Sie hörten damals beim Abmarsch der Arbeiter Commandorufe: „Acht Mann hoch in Doppelreihen abfallen!" In der That geschah dies ganz prompt nach militärischer Disciplin. Glauben Sie, daß das vorbereitet war, oder daß die Arbeiter instinctiv dem Commando folgten.

Pfeiffer: Das kann instinctiv sein, denn es herrscht ein solcher Geist unter den Arbeitern, daß sie unwillkürlich jeder Anregung nachgeben, wenn sie erkennen, daß der Zweck ein guter ist.

Präs.: Wenn Sie sich einfach fortbewegt hätten, könnte man dies zugeben; aber das Abfallen in Doppelreihen, acht Mann hoch, kann doch unmöglich instinctiv sein, es muß früher eingeübt worden sein. Sie haben selbst erklärt, daß Sie diese Organisation frappirte.

Pfeiffer: Mich frappirte blos der Umstand, daß Ordner fungirten, wovon ich keine Ahnung hatte.

Präs.: Also nicht die Organisation?

Pfeiffer: Nein, denn die Arbeiter sind eben von einer Idee erfüllt.

Präs.: Ist es richtig, daß Sie ein politischer Gegner des Herrn Oberwinder sind.

Pfeiffer: Es ist richtig, insoferne als Oberwinder Centralist ist und ich Föderalist bin.

Präs.: Beabsichtigten Sie nicht auch die Bildung einer föderalistischen Fraction in der Arbeiterpartei?

Pfeiffer: Es war am Tage vor der Absendung der Deputation ein Manifest vorbereitet, welches die Föderalisten als Reactionäre behandelte. Warum sollten wir Föderalisten nicht auch Demokraten sein? Ich setzte deßhalb meine ganze Kraft ein, daß dieses Manifest widerrufen oder amendirt werde. Wenn man dieses Manifest vollkommen aufrecht erhalten und uns provocirt hätte, dann hätten wir gar nichts gescheut. Ich

Digitized by Google

trat mit Baudisch, welchen ich als Föderalisten kannte, in Verbindung, um mit ihm die Einberufung einer Volksversammlung zu besprechen.

Präs.: In der socialen Frage waren Sie mit Oberwinder einig?

Pfeiffer: Ja, vollkommen, nur in der politischen Frage nicht. Noch muß ich bemerken: Als die Deputation beim Grafen Taaffe erschien, hat er uns aufgefordert, wir sollen unseren Einfluß dahin verwenden, daß die Masse der Arbeiter sich vom Paradeplatze entferne und daß solche Vorgänge in Zukunft nicht mehr stattfinden. Wir erwiderten ihm, daß wir unseren Einfluß dahin geltend machen werden, jedoch sprachen wir zu gleicher Zeit den Wunsch aus, daß die Regierung Concessionen machen möge.

Wir erklärten, daß dieser Vorfall nicht von uns ausgegangen und daß es an der Regierung liege, in Zukunft ähnliche Vorfälle zu verhüten.

Präs.: Erblicken Sie in dem letzten Passus der Petition: „Wenn diese Forderungen nicht bewilligt werden, so dürften die Arbeiter in noch größeren Massen erscheinen," keine Drohung?

Pfeiffer: Keineswegs, denn es heißt, es dürfte möglich sein, daß noch größere Massen kommen und es geht klar daraus hervor, daß es uns nicht angenehm war, für Ruhe und Ordnung sorgen zu müssen; wir wünschen, daß etwas geschehe, weil sonst eine Wiederholung möglich sein dürfte. Es war dies eine Mahnung, eine Bitte, aber keine Drohung.

Präs.: Mit wem waren Sie in Suben in der Zelle?

Pfeiffer: Mit Pater Florencourt und Milan Subaric.

Präs.: In welcher Weise war der Verkehr zwischen Ihnen?

Pfeiffer: Ein sehr freundlicher; später entstand jedoch zwischen mir und Subaric aus socialen und sittlichen Motiven eine Spannung.

Präs.: Hat Subaric häufig Briefe empfangen?

Pfeiffer: Zehn bis zwanzig von Hartung, dann von seiner Mutter und von Herrn Josef Kauba.

Präs.: Haben Sie von einzelnen Briefen Kenntniß erhalten?

Pfeiffer: Von einzelnen vollkommen, sie waren ganz harmloser Natur; später, als Spannung eingetreten war, ließ er mich keine Briefe mehr sehen.

Präs.: Stand er mit Ihnen besser als mit Florencourt und glauben Sie, daß er ihm bereitwilliger Mittheilungen gemacht haben würde, als Ihnen.

Digitized by Google

Pfeiffer: Ich glaube nicht, er hatte eher mir Mittheilungen gemacht.

Präs.: Waren Sie in Ihren Bewegungen vollkommen frei? und war es möglich, das Subaric etwas schrieb oder zeichnete, ohne daß Sie Kenntniß davon hätten.

Pfeiffer: Das war nicht möglich.

Präs.: Sind mit Subaric politische Discurse geführt worden?

Pfeiffer: Ja.

Präs.: Herr Florencourt soll Fräulein Podany mitgetheilt haben, daß viel von revolutionären Erhebungen gesprochen worden sei?

Pfeiffer: Ja, es wurde davon gesprochen, wie man Wien vertheidigen könne, wenn eine feindliche Invasion Wien bedrohen würde, es wurde davon gesprochen, wie das Militär, wie die Arbeiter sich benehmen müßten, falls ein Kampf um den Besitz der Stadt entstehen würde, selbst für den Fall, als es eine Revolution wäre. Das Ganze war eine theoretische Studie.

Präs.: In welcher Richtung hat sich Subaric geäußert?

Pfeiffer: Subaric und auch ich sagten, daß der Hauptpunkt für jeden Kampf in Wien die Kreuzung der Ringstraße mit der verlängerten Kärntnerstraße sei.

Präs.: Ist von einem bestimmten Punkte gesprochen worden?

Pfeiffer: Ja, von der Elisabethbrücke.

Präs.: Ist nicht auch der Schwarzenbergplatz und der Heinrichshof genannt worden?

Pfeiffer: Daran kann ich mich nicht erinnern, wir hatten den ganzen Complex längs der Ringstraße im Auge; wir sprachen von dem Hause nächst der Elisabethbrücke, überhaupt von der Stelle, an welcher alle Straßen aus den Vororten Wiens sich kreuzen. Jeder, der diesen Punkt in Händen hat, besitzt Wien.

Präs.: War nicht noch die Rede davon, daß eine Verbindung zwischen der Wieden und den Arbeiterdistricten Fünfhaus bestand?

Pfeiffer: Wir haben davon gesprochen, daß wer diesen Punkt besitzt, die Verbindung zwischen den westlichen, südlichen und nördlichen Vorstädten in der Hand hat. Es war, wie gesagt, nur eine theoretische Studie.

Präs.: Diese theoretische Studie scheint aber auf Herrn Flourencourt einen gewaltigen Eindruck gemacht zu haben, denn nachdem er

Digitized by Google

aus der Haft entlassen war, hat er sich selbst diese Punkte angesehen und combinirt.

Pfeiffer: Da war ich selbst dabei. Wir hatten miteinander Brüßhaver in der Zelle besucht, und wie wir zurückgegangen sind, sagte ich: das sind die Punkte.

Präs.: Ist Ihnen bekannt, daß Subaric auch einen Revolutionsplan bezüglich Wiens gezeichnet hat?

Pfeiffer: Nein, er hat nur Briefe geschrieben, gezeichnet nie, ich hätte es sehen müssen.

Präs.: Erinnern Sie sich, daß sich Subaric in einer Geheimschrift übte?

Pfeiffer: Ja, mit Chiffern und Zwiebelsaft. (Heiterkeit.)

Präs.: Sie werden wissen, daß Subaric auf der Flucht seinen Tod im Inn gefunden hat. Flourencourt sagt, daß er sich geflüchtet habe aus Besorgniß vor einer Hochverraths-Untersuchung.

Pfeiffer: Davon weiß ich nichts.

Dr. Mauthner: Ich möchte Sie bitten, über das Gespräch mit dem Grafen Taaffe Mittheilungen zu machen?

Pfeiffer: Nachdem wir in den Saal eingetreten waren, mußten wir eine Zeit lang warten, bis der Ministerpräsident erschien. Hartung übergab ihm die Petition; er las dieselbe durch und sagte: Es sind das allgemeine Forderungen, die ich schon öfter gehört habe. Es wäre mir lieber, wenn Sie allein gekommen wären und nicht mit einer Massenversammlung. Wie ich höre, sind am Paradeplatz 8000 Arbeiter versammelt. Dieser Weg ist nicht der gesetzliche, dieser Weg ist die Revolution! Hartung entgegnete, daß diese Massenversammlung durch den Druck hervorgerufen worden sei, den die Regierung auf die Arbeiter übe, indem sie ihnen das Vereins- und Versammlungsrecht verkümmere. Auf den Einwurf der Revolution habe auch ich geantwortet, indem ich sagte: Der Druck der Regierung hat Gegendruck erzeugt. Baudisch sprach ebenfalls in diesem Sinne und schließlich wurde über den Inhalt der Petition gesprochen. Graf Taaffe sagte, er könne uns keine Antwort geben, indem er nicht die Regierung, sondern nur ein einzelnes Mitglied derselben sei, jedoch versprach er, da wir eine Antwort verlangten, die Petition dem Ministerrathe vorzulegen.

Dr. Mauthner: Hat der Ministerpräsident bezüglich des letzten Passus der Petition eine besondere Bemerkung gemacht?

Digitized by Google

Pfeiffer: Nein.

Dr. Mauthner: Wie sind Sie beim Eintritte ins Ministerhôtel empfangen worden?

Pfeiffer: Es war eine große Menge von Sicherheitswachmännern aufgestellt und der Commissär Hr. Meixner ersuchte uns zu warten, er müsse uns früher anmelden. Da nicht die ganze Deputation hinaufgelassen wurde, mußten wir aus unserer Mitte drei Mitglieder wählen; die Wahl fiel auf Hartung, Baudisch und mich.

Dr. Mauthner: Nach dem ganzen Vorgange mußte Se. Excellenz wissen, was vorgehe.

Pfeiffer: Ja wohl.

Dr. Mauthner: Es waren jedenfalls solche Vorbereitungen getroffen, daß Sie sich unverrichteter Sache hätten zurückziehen müssen, wenn die Deputation nicht empfangen worden wäre?

Pfeiffer: Das ist richtig.

Dr. Mauthner: Was verstehen Sie unter der großdeutschen Partei und was ist ihr Programm?

Pfeiffer: Das Bestreben der föderativen Wiederherstellung Deutschlands.

Dr. Mauthner: Wen hatte Liebknecht zum Gegner in Preußen?

Pfeiffer: Schweitzer.

Dr. Mauthner: Was wissen Sie über die Haltung Schweitzer's?

Pfeiffer: Schweitzer ist Parteiführer; ob er aber die Partei zu ihrem Nutzen führte, das weiß ich nicht.

Dr. Mauthner: Welchen Zweck mag der Eisenacher Congreß verfolgt haben?

Pfeiffer: Nur denjenigen, die Arbeiter aus dem Schweitzer'schen Lager herauszuführen und im Interesse der großdeutschen Partei, eventuell zu einer Action Oesterreichs unter die Führung Beust's zu stellen.

Dr. Mauthner: Der Zweck des Congresses war also der, die Arbeiter der österreichischen Regierung zu unterstellen. Können Sie sich nun mit diesem Zweck des Eisenacher Congresses den andern Zweck, die Verwandlung Oesterreichs durch eine Revolution in eine Republik, vereinbaren?

Digitized by Google

Pfeiffer: Ich glaube nicht, daß dies der Zweck des Congresses war und es wird dies die Aussage des Ritter v. Orges bestätigen.

Dr. Mauthner: Ich möchte bitten, Herr Präsident, da diese Aussage in engem Zusammenhange mit diesem Theile des Verhöres steht, die Vorlesung derselben schon jetzt zu gestatten.

Der Präsident verliest hierauf die Aussage des Hermann Ritter v. Orges, Regierungsrath im Ministerium des Aeußern, früher Redacteur der Augsburger Allgemeinen Zeitung. Dieselbe geht im Wesentlichen dahin: „Ich kenne Liebknecht von Augsburg her aus der Zeit, als er für die Allgemeine Zeitung schrieb. Bei dem Journalistentage in Wien suchte ich Herrn Dr. Petermann und zugleich Liebknecht auf und überzeugte mich gesprächsweise, daß Letzterer ein Gegner Preußens sei und der „großdeutschen Partei" huldige, d. i. jener Partei, deren Programm in letzter Linie auf die Errichtung der Republik und Einführung des allgemeinen Stimmrechtes gerichtet ist. Ich glaube, daß Liebknecht als letztes großes Ziel beabsichtigte, die ganze Arbeiterschaft aus dem preußischen Lager herauszulocken und für Oesterreich empfänglich zu machen. Das Interesse für Oesterreich, welches Liebknecht hier an den Tag legt, resultirt nach meiner Meinung aus dem Interesse für Deutschland. Er meint eben, daß das große Donaureich für die Zukunft Deutschlands noch von Bedeutung sein könnte."

Oberw. (zu Pfeiffer): Hat Ihnen nicht vielleicht der Untersuchungsrichter die Sache von den Plänen bekannt gegeben?

Präs.: Ich bitte nicht zu verdächtigen, die Frage wurde in der Untersuchung gar nicht gerichtet.

Dr. Singer (erregt zu Pfeiffer): Hat der Untersuchungsrichter eine derartige Frage an Sie gerichtet?

Pfeiffer: Allerdings.

Dr. Singer: Ich bitte das zu protocolliren. Welche Frage war es?

Pfeiffer: Ob in unseren Gesprächen von den früher erwähnten Plänen die Rede war.

Präs. (zu Pfeiffer): Haben Sie von Fräulein Podany nicht gehört, daß Oberwinder ein Doppelspiel treibe und es mit den Arbeitern nicht ehrlich meine?

Digitized by Google

Pfeiffer: Ja, nach der Demonstration vom 13. December habe ich mit Fräulein Podany gesprochen und etwas Aehnliches gehört; sie sagte, es sei ein Ausfluß der inneren Politik gewesen, wahrscheinlich veranlaßt durch Liebknecht und den Grafen Beust, weil Oberwinder mit Liebknecht und Orges in Verbindung stand und mit ihnen eine Zusammenkunft hatte.

Dr. Singer: Ich bitte das zu protocolliren und das Gesagte langsam zu wiederholen.

Staatsanwalt: Ich glaube denn doch an den Herrn Präsidenten die Frage richten zu müssen, ob er mit dieser Protocollirung einverstanden sei, da ich nicht der Ansicht bin, daß es dem Vertheidiger zusteht, die Protocollirung anzuordnen.

Präs.: Ich habe keine Einwendung gegen die Protocollirung und habe schweigend meine Zustimmung gegeben.

Dr. Singer: Ich glaube nicht, daß der geringste Zweifel darüber bestehen kann, daß dem Vertheidiger das Recht zusteht, jede Aussage, auf welche er Gewicht legt, im Protocoll aufnehmen zu lassen. Ich möchte den Herrn Staatsanwalt auffordern, mir das Gegentheil aus dem Gesetze nachzuweisen. Ja, ich gehe noch weiter und stelle an den Herrn Verhandlungs-Präsidenten die Bitte, daß im Protocolle auch die Verwahrung des Staatsanwalts aufgenommen werde.

Staatsanwalt: Ich bitte, ich habe keine Verwahrung ausgesprochen, sondern nur den Herrn Präsidenten über seine Zustimmung befragt.

Pfeiffer gibt Folgendes zu Protokoll: „Fräulein Podany hat mir gegenüber ein Mißtrauen gegen Oberwinder ausgedrückt und mir erzählt, sie glaube, daß Liebknecht und indirect vielleicht auch Oberwinder mit Beust im Einverständnisse stehe."

Der Präsident schreitet hierauf zum

Verhör des Angeklagten Ludwig Eichinger.

Präs.: Sie sind Mitglied des Arbeiter-Bildungsvereines?

Eichinger: Ja.

Präs.: Sie haben sich an dem Gewaltact vom 13. Decembe betheiligt und waren Mitglied der Deputation?

Digitized by Google

Eichinger: Ich wurde in die Deputation gewählt und ich nahm die Wahl an, weil ich in dem Vorgehen der Arbeiter nichts Ungesetzliches erkannte; ein Gewaltact fand nicht statt.

Präs.: Hatten Sie eine Einladung erhalten?

Eichinger: Nein, es wurden überhaupt keine Einladungen erlassen, sonst hätte ich als Vertreter der Eisenindustrie auch eine erhalten müssen; ich hatte keine Ahnung von dem Bevorstehenden. Es war an einem Montage, als ich Morgens in die Fabrik kam, fand ich keine Arbeiter; es wurde mir gesagt, die Collegen seien zum Abgeordnetenhause gezogen, um den Reichsrath zu begrüßen. Darauf begab ich mich in die Stadt und traf richtig auf dem Exercierplatz Tausende von Arbeitern. Ich bin ohne mein Hinzuthun zum Mitglied der Deputation gewählt worden, habe die Petition wegen Mangel an Zeit nur flüchtig gelesen und insbesondere habe ich von dem Schlußpassus erst gelegentlich der Mittheilung der Besprechung mit dem Grafen Taaffe nähere Kenntniß erhalten. Ich stelle meine Handlungsweise dem Ermessen des hohen Gerichtshofes anheim und weise die Zumuthung zurück, als hätte ich eine Pression üben wollen.

Präs.: Waren Sie nicht auch Mitglied der internationalen Association.

Eichinger: Nein.

Staatsanwalt Schmeidel: Ist es möglich, daß sich viele tausende Arbeiter, ohne jedwede Aufforderung, ohne frühere Verabredung an einer und derselben Stelle, zu gleicher Stunde einfinden?

Eichinger: Um diese Frage richtig beantworten zu können, möchte ich mir eine Gegenfrage an den Staatsanwalt erlauben.

Präs.: Das geht nicht an. Sie haben lediglich Fragen zu beantworten.

Eichinger: Dann erlaube ich mir die Bemerkung, daß es ganz unnöthig sei, irgend einen Stand, der von einer Idee erfüllt ist, der Interesse nimmt für eine bestimmte Sache, erst öffentlich oder direct aufzufordern, sich dort einzufinden, wo diese Idee berathen und besprochen wird. Man wußte, daß der Reichsrath tagen werde, und man kam, um ihn zu begrüßen und sich laut auszusprechen gegen den Erlaß des Ministers Giskra, der das Vereins- und Versammlungsrecht illusorisch machte. Wenn irgend eine Idee die Gemüther bewegt, ist es leicht erklärlich, daß sich die Menge dort versammelt, wo wichtige Ereignisse sich vollziehen, welche mit dieser Idee im Zusammenhange

Digitized by Google

stehen. Ich erinnere nur an die Abstimmung des Herrenhauses über die confessionellen Gesetze. Obwohl das Resultat der Abstimmung erst am Abende bekannt wurde, sammelten sich doch in kürzester Frist große Massen von Menschen in den illuminirten Straßen Wiens und brachten Hochs auf die Bürgerminister aus. Das Volk hat an diesen Gesetzen eben großen Antheil genommen. Auf einen Gewaltact war es damals gewiß nicht abgesehen und ebensowenig sind Einladungen zu Zusammenrottungen ausgegeben worden. Warum will man uns Arbeitern nicht auch ein großes Interesse für unsere Angelegenheiten zugestehen?

Staatsanwalt: Wenn Sie sagten, die Arbeiter hätten sich am 13. December zufällig auf dem Exercierplatze eingefunden, so steht das mit Ihren Aussagen in der Voruntersuchung im Widerspruche, wo Sie ausdrücklich sagten, bei der strammen Organisation der Arbeiter, bei der lebhaften Agitation in den Lesezimmern des Arbeiterbildungs-Vereines in Wien sei es nur im Belieben einiger Führer gelegen, durch das Ausgeben einer Parole Tausende Arbeiter auf die Beine zu bringen.

Eichinger: In der Voruntersuchung habe nicht ich, sondern Herr Rath Nebenführ dieses ausgesprochen, und ich habe das betreffende Protokoll mit einer ausdrücklichen schriftlichen Verwahrung gegen diesen Passus unterschrieben.

Der Präsident bringt auf Wunsch des Beschuldigten die bezügliche Stelle des Protokolls zur Verlesung.

Staatsanwalt: Ich kannte sehr gut diesen Schluß. Ich habe die Frage nur darum gestellt, um zu beweisen, wie genau die Angeklagten die Protokolle gelesen, ehe sie dieselben unterschrieben haben, und welches Gewicht auf ihre Aeußerungen zu legen ist, daß sich der Untersuchungsrichter geirrt habe. (Murren unter den Angeklagten.)

Dr. Mauthner: Ich verwahre mich entschieden dagegen, daß der Staatsanwalt an den Angeklagten gewisse Fragen nur darum stellt, um etwas Anderes, als das, was gefragt worden, zu erfahren, um etwas nachzuweisen, was aus der Beantwortung der Fragen nicht hervorgehen kann. Es hätte leicht geschehen können, daß der Angeklagte in der leicht begreiflichen Aufregung, in der er sich befindet, vergessen hätte, von der zu Protokoll dictirten Verwahrung zu sprechen und der Gerichtshof wäre sodann über einen wichtigen Punkt nicht aufgeklärt worden. Ich kann eine solche Absicht vom Herrn Staats-

Digitized by Google

anwalt durchaus nicht annehmen und weil ich sie nicht annehme, so kann ich mich auch nicht dem Raisonnement anschließen, daß, weil der eine Angeklagte ein Protokoll durchgesehen und nicht bestätigt hat, dies alle Angeklagten gethan haben müssen. Ein solches Raisonnement ist ganz unbegründet und unlogisch. (Beifall.)

Präs.: Ich bitte um Ruhe.

Es folgt hierauf das

Verhör des Angeklagten Heinrich Gehrke,

Sattler und Ledergalanteriearbeiter, aus Stockheim in Hannover. Derselbe ist nach Wien zuständig, hat hier geheirathet und ist Vater von 4 Kindern.

Präs.: Wann haben Sie sich der Arbeiterbewegung angeschlossen?

Gehrke: Gleich bei ihrem Beginne.

Präs.: Sie sagten in der Voruntersuchung, daß Sie gegen das socialdemokratische Programm opponirten?

Gehrke: Nein! Das kann in meinem Protokolle nicht vorkommen.

Präs.: Es kommt vor, daß Sie stets Opponent gewesen seien.

Gehrke: Das kann nicht sein.

Präs. (sieht im Protokolle nach): Ja, es ist ein Irrthum von mir. Es heißt hier Abonnent des Parteiorganes und nicht Opponent.

Präs.: Waren Sie am 13. December an der Demonstration betheiligt?

Gehrke: Ja.

Präs.: Aus welchem Grunde?

Gehrke: Ich kam aus Neugierde hin und betheiligte mich, um die Ruhe herzustellen.

Präs.: Wozu denn das?

Gehrke: Es verbreitete sich das Gerücht, daß Schönfelder mit 10.000 Westbahnarbeitern kommen werde und deshalb fürchtete ich, daß Unruhen stattfinden können.

Präs.: Also Sie selbst befürchteten Unruhen?

Gehrke: Ja, wenn nicht Ordnung gehalten würde.

Präs.: Die Anklage nennt die Demonstration einen Gewaltact, welcher darauf berechnet war, eine Pression auf die Regierung auszuüben.

Digitized by Google

Gehrke: Ein Gewaltact ist nicht vorgefallen und eine Pression wurde nicht ausgeübt. Die Arbeiter wollten nur zeigen, daß sie auch da sind und wünschen, daß man ihre Petitionen berücksichtige und nicht in den Papierkorb werfe.

Präs.: Ist Ihnen bekannt, daß zwischen Herrn Oberwinder und Mühlwasser Differenzen bestanden?

Gehrke: Mühlwasser wollte immer die erste Rolle spielen und von Brünn aus die Arbeiterbewegung dirigiren.

Präs.: Hat Ihnen Fräulein Podany irgend welche ungünstige Aeußerungen über Oberwinder gemacht?

Gehrke: Nein, niemals!

Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung folgt

Das Zeugenverhör.

Simon Deutsch.

Das Zeugenverhör wird mit der Vernehmung des Herrn Simon Deutsch, Verwaltungsrath der Centralbank, eröffnet.

Präs.: Was ist Ihnen von der Cautionslegung für das Arbeiterorgan „Volkswille" bekannt geworden?

Deutsch: Ich habe den größten Theil der Caution aus eigenen Mitteln gedeckt.

Präs.: War Ihnen Oberwinder schon von früher her bekannt?

Deutsch: Da ich die Arbeiterbewegung während meines mehr als zwanzigjährigen Aufenthaltes in Frankreich mit dem größten Interesse verfolgte, so habe ich Hartung zur Zeit der Demonstration des 13. December vorigen Jahres selbst aufgesucht, um mich über die Lage der Bewegung zu unterrichten und meine Theilnahme an derselben zuzusagen. In seinem Zimmer fand ich noch einen anderen Herrn, der mir später als Herr Oberwinder vorgestellt wurde. Als später Hartung sich der Verhaftung durch die Flucht entzog, wodurch das bestehende Organ „Volksstimme" aufhören mußte, wünschten die Arbeiter ein neues Blatt herauszugeben und ich erklärte mich bereit einen Theil der Caution zu erlegen.

Präs.: Haben Herr Zeuge diesen Beitrag von Bedingungen abhängig gemacht?

Deutsch: Ja, von Bedingungen materieller und intellectueller Natur. Ich verlangte, daß die Hälfte der Caution von der Partei in

Digitized by Google

Wien geleistet werde, weil man den Arbeitern stets den Vorwurf machte, sie seien von fremden Arbeiterführern irregeleitet und verführt. Ich wollte mich nun einerseits nicht an einer Bewegung betheiligen, welche mir nicht klar war, andererseits aber wollte ich durch meinen Beitritt etwas Practisches für die Sache der Arbeiter leisten. Ich dachte mir daher, wenn sie im Stande sind, einen Theil der Caution aufzubringen, so ist mir dadurch der Beweis erbracht, daß eine Arbeiterpartei wirklich besteht. Ich verlangte weiters, daß ein Jurist bei der Redaction angestellt werde, denn die Arbeiter schreiben, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist, und gerathen deßhalb sehr häufig in Conflict mit der Staatsanwaltschaft, was ich gerne vermieden wissen wollte.

Präs.: Haben Herr Zeuge nicht erwähnt, daß Ihnen daran gelegen wäre, daß eine Versöhnung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern angebahnt werde?

Deutsch: Allerdings.

Präs.: Wie viel haben Sie zur Caution beigetragen?

Deutsch: 2000 Gulden; 1000 Gulden hat ein anderer Private, 1000 Gulden ein mir unbekannter Private gegeben.

Präs.: Das war der Angeklagte Pabst?

Deutsch: Ja.

Präs.: Welche Bezugsquelle hat Pabst angegeben?

Deutsch: Gar keine. Er brachte mir einen Cassenschein der Escomptebank auf tausend Gulden. Nach der Provenienz habe ich nicht gefragt.

Präs.: Hat Dr. Markbreiter in dieser Angelegenheit mit Ihnen verkehrt?

Deutsch: Ja. Dr. Markbreiter brachte mir im Auftrage eines mir zwar bekannten, aber nicht nahestehenden Herrn ebenfalls 1000 Gulden.

Präs.: Erinnern Sie sich noch des Namens?

Deutsch: Dr. Ladendorf.

Dr. Mauthner: Sie kannten die Tendenz der „Volksstimme"?

Deutsch: Ja.

Dr. Mauthner: Haben Sie darin etwas Verwerfliches, Destructives erkannt?

Deutsch: Nein, durchaus nicht. Die Arbeiter streben nur nach Verbesserung ihrer Lage. Auf dem ganzen Continente ist das Streben der Arbeiterpartei nicht darauf gerichtet, einen gewaltsamen Umsturz

Digitized by Google

herbeizuführen, sondern im Allgemeinen auf friedliche Weise ihre Lage zu verbessern. Einen Beweis hiefür liefert die Thatsache, daß in Belgien öffentlich Congresse abgehalten werden, ohne den geringsten Schaden für das Land hervorzurufen, weil ihre Principien keinerlei gewaltsamen Angriffe auf die Verfassungen bezwecken. Dasselbe ist in England der Fall. Dort werden auch täglich Congresse abgehalten, ohne Nachtheil für das Land. Darum kann ich mit gutem Gewissen sagen, daß die Principien der socialdemokratischen Partei nicht dahin gerichtet sind, eine gewaltthätige Störung und Veränderung der Verfassung in verschiedenen Ländern hervorzurufen.

Präs.: So werthvoll Ihre Aufklärungen sind, so stehen sie doch im Widerspruche mit den Auslassungen einzelner Organe dieser Partei, wie des „Vorboten" und des „Felleisen".

Deutsch: Ja der „Vorbote" und das „Felleisen" sind auch die extremsten Organe. Die einflußreichsten Führer, wie Proudhon und Lassalle, hatten stets den gesetzlichen und friedlichen Weg im Auge. Gerade diese Partei hat überall in Europa das größte Wohlwollen für die junge österreichische Verfassung an den Tag gelegt; man suchte sie zu stützen und einer freiheitlichen Entwicklung zuzuführen, und gegen jene Elemente des sogenannten Bürgerstandes zu vertheidigen, welche nicht die gehörige Kraft entwickelte, um sie vor den gefährlichen Anfechtungen eifersüchtiger Nachbarn zu vertheidigen.

Dr. Mauthner: Was meinen Sie mit dem sogenannten Bürgerstande, gehören Sie nicht dem Bürgerstande an?

Deutsch: Ich halte diesen Begriff in Oesterreich für eine falsche Auffassung der thatsächlichen Verhältnisse. In Oesterreich gibt es nur Adelige und Nichtadelige; einen Bürgerstand habe ich hier nicht gefunden, diese Bezeichnung ist dem Französischen entlehnt. Dort allerdings besteht ein Bürgerstand, der am Ende des vorigen und zu Beginn dieses Jahrhunderts große siegreiche Schlachten geschlagen, welcher Kunst und Literatur beförderte, Handel und Industrie emporbrachte, und eine wirkliche Befähigung zur Regierung an den Tag legte. Im Jahre 1848 hat der französische Bürgerstand, einsehend, daß er nicht mehr allein die Kraft der Regierungsfähigkeit besitzt, das allgemeine Wahlrecht gegeben und so jeden Unterschied der Stände aufgehoben, so daß es dort nur mehr einen Stand gibt. Diesen scharf begrenzten Begriff eines Bürgerstandes habe ich in Oesterreich nicht vorgefunden.

Dr. Mauthner: Sie meinen, daß durch das allgemeine Stimm-

Digitized by Google

recht der Unterschied der Stände, wie er bei uns noch herrscht, aufgehoben wird.

Deutsch: Allerdings.

Dr. Mauthner: Ich werde Ihnen jetzt eine Frage vorlegen, welche Ihnen sonderbar erscheinen wird. Gehören Sie zur besitzenden Klasse?

Deutsch: (lächelnd) Zu dienen.

Dr. Mauthner: Haben Sie in dieser Eigenschaft jemals Furcht vor der Arbeiterbewegung gefühlt?

Deutsch: Nein.

Dr. Mauthner: Haben Sie je von Oberwinder oder von einem andern Angeklagten eine revolutionäre Aeußerung gehört.

Deutsch: Nein.

Dr. Markbreiter.

Der zweite Zeuge ist Dr. Markbreiter, der ursprüngliche Vertreter der Angeklagten.

Präs.: Ich fordere Sie auf, uns der Wahrheit gemäß anzugeben, was Ihnen über die Cautionsleistung für den „Volkswille" bekannt ist.

Dr. Markbreiter: Im verflossenen Winter, ich weiß nicht mehr, ob im Jahre 1869 oder 1870 kam Herr Oberwinder eines Tages Nachmittags zu mir in die Kanzlei und fragte mich, ob ich geneigt sei, 1000 fl. zur Caution des „Volkswille" zu erlegen, welche mir von Dr. Ladendorf aus Zürich gesendet werden sollen. Ich weiß nicht, ob er mir damals schon den Fond nannte, aus welchem dieser Betrag fließen sollte; ich weiß nur, daß ich unbedingt damit einverstanden war. Tags darauf kam ein Brief, in welchem mir die Sendung von 1000 fl. avisirt wurde und es folgte eine Anweisung an das Bankhaus Zimmermann und Comp., wo ich diesen Betrag auch eincassiren ließ. Der erhaltenen Weisung gemäß verfügte ich mich zu Herrn Simon Deutsch, Verwaltungsrath der Centralbank, in dessen Händen sich bereits der andere Betrag befand, der zur Completirung der Caution nothwendig war. Damit das Recht des Erlegers auf den Betrag vollständig gesichert sei, schien es mir nothwendig, daß der Betrag auf den Namen des Dr. Ladendorf erlegt werde.

Präs.: Wie war der Name des Fonds aus dem dieser Betrag von 1000 fl. gesendet worden war?

Digitized by Google

Dr. Markbreiter: Deutsch-patriotischer, alias deutsch-republikanischer Fonds. Als ich mit meinem Auftrage vor Deutsch hintrat, erklärte derselbe, daß er es für inopportun halte, der Behörde gegenüber einen auswärtigen Fonds als Erleger zu nennen. Er sagte: Man beschuldigt die Arbeiter, daß sie mit auswärtigem Gelde agitiren und darum erscheint es mir inopportun, daß man dieser Verdächtigung Nahrung geben solle. Er erkärte, daß der Betrag nicht auf den Namen eines Ausländers erlegt werden solle und ich entnahm aus seinen Aeußerungen, daß Herr Deutsch gewünscht hätte, daß die ganze Caution auf seinen Namen erlegt werden sollte. Dazu hatte ich keine Vollmacht und mußte mich unbedingt erst bei meinen Mandanten anfragen; denn ließ ich die Caution auf einen dritten Namen anlegen, so hätte ich einem Dritten creditirt und es hätte, wenn dieser z. B. executirt worden wäre, die Execution auch auf die Caution geführt werden können. Es lag also nicht in meiner Macht und ich habe deshalb erst bei Dr. Ladendorf angefragt. Die Antwort fiel zustimmend, oder doch nicht verneinend aus. — Inzwischen kam Herr Oberwinder oder Herr Scheu zu mir und erklärte, das Erscheinen des Blattes könne nicht verzögert werden. Da ich wiederholte, ich könne das Geld nicht durch eine dritte Person erlegen lassen, so kam es, daß Tags darauf 1000 fl. aus der Arbeiterkasse vorgeschossen wurden gegen den Revers meinerseits, daß diese 1000 fl. sofort refundirt werden sollen, sobald von Ladenburg die Antwort eintreffe. Dieser Revers, welcher bei der Verhaftung des Rechnungsführers der Arbeiterkasse gefunden wurde, hatte die Folge, daß ich vom Wiener Landesgerichte aufgefordert wurde, über das Bewandtniß Bericht zu erstatten. Diesen Bericht habe ich sammt Vorlage der Original-Acten erstattet und ich hielt dies für die Informirung des Gerichtes für vollkommen genügend. Indessen wurde ich als Zeuge vorgeladen und ich habe in der Untersuchung dasselbe deponirt, was ich heute deponirt habe.

Präs.: Herr Deutsch hat also gesagt, er wolle den Anschein, daß mit fremdem Gelde agitirt werde, der Behörde gegenüber beseitigen?

Dr. Markbreiter: Das hat er mir nicht gesagt, ich habe es so verstanden: er halte es für inopportun, daß das Geld auf fremden Namen erlegt werde, damit die Vorwürfe, als sei die Agitation durch auswärtiges Geld genährt, auch nicht den Schein der Berechtigung erhalten.

Botant Gernerth: Hat Dr. Ladendorf die gewünschte Vollmacht ertheilt?

Digitized by Google

Dr. Markbreiter: Ja, aber sie war bereits gegenstandslos geworden. Ich erklärte nämlich bei einem Besuche dem Untersuchungsrichter, welches Bewandtniß es mit dem Betrage von 1000 fl. habe und sagte ihm zugleich, daß ich unter obwaltenden An- und Umständen es nach meinem Geschmacke finde, die 1000 fl. in die Schweiz zurückzuschicken. Da aber Geschwindigkeit keine Zauberei und der Weg vom Untersuchungsbureau des Herrn Landesgerichtsraths Nebenführ ins Präsidium des Hauses kein allzu weiter ist, kam auch schon — ich hatte mich kaum in's Vertheidigungszimmer entfernt — ein Beamter mit einem Decret, welches die Beschagnahme der 1000 fl. verfügte. (Bewegung.)

Votant Gernerth (erstaunt): Also diese 1000 fl. wurden mit Beschlag belegt?

Dr. Markbreiter: Ja. Ich ergriff zwar den Recurs, als aber die Beschlagnahme auch vom Oberlandesgerichte bestätigt wurde, habe ich den Betrag bei Gericht erlegt.

Dr. Mauthner: Das Erstaunen, welches ein Mitglied des Gerichtshofes soeben bekundet und das ich theile, veranlaßt mich zu der Frage, was Herr Zeuge von der Gesetzlichkeit der Beschlagnahme halten und welche Gründe Sie in dem Recurse angeführt haben?

Präs.: Ich glaube, daß die Erörterung juridischer Ansichten über diesen Gegenstand nicht nothwendig ist, es handelt sich hier nur um die Constatirung von Thatsachen.

Dr. Mauthner: Ich glaube, daß der Zeuge am besten in der Lage ist, auf meine allerdings thatsächliche Frage Auskunft zu geben, da er ja in der Angelegenheit am besten informirt ist.

Präs.: Wenn es die Vertheidigung wünscht, werde ich seinerzeit die Gründe des Recurses verlesen, aber jetzt halte ich eine weitere Erörterung für überflüssig.

Dr. Mauthner: Ich bin damit einverstanden.

Dr. Markbreiter: Ich glaube mir nur eine factische Bemerkung erlauben zu sollen. Ich habe das Geld unter dem Protest erlegt, daß ich unter Ermanglung eines formellen gesetzlichen Widerstandes nur der Gewalt weiche und das Geld erlege.

Dr. Mauthner: Haben Sie kein Bedenken darin gefunden, daß das Geld von einem sogenannten Revolutionsfonds Ihnen zugekommen ist?

Dr. Markbreiter: Darin konnte ich kein Bedenken finden.

Digitized by Google

Mir handelte es sich nur um die Provenienz und darum, ob der Zweck ein erlaubter sei. Daß kein Blut an dem Gelde klebt, wußte ich und daß der Erlag der Caution gestattet war, wußte ich auch. Damals, wo weder die Provenienz noch der Zweck des Erlags mit irgend einer strafbaren Handlung in Verbindung stand, konnte ich kein Bedenken gegen die Durchführung des mir gewordenen Mandats hegen.

Dr. Mauthner: Können Sie mir etwas über die Verhältnisse Mühlwassers sagen?

Dr. Markbreiter: Ich glaube in der Lage zu sein, einige nicht ganz uninteressante Aufklärungen geben zu können. Ich war wiederholt in der Lage, Arbeiter aus Wien vor diesem Gerichte zu vertheidigen, habe auch Hrn. Eduard Mühlwasser im Laufe des heurigen Jahres in einem Schwurgerichtsprocesse vertreten. Nun ist gegen Mühlwasser, der kurz vorher auf der Anklagebank erschien, in dem social-demorkatischen Organ „Volkswille" ein Artikel erschienen, in welchem Mühlwasser in der herbsten Weise angegriffen worden ist. Ich habe darüber meine Mißbilligung dem Scheu und Oberwinder ausgesprochen und gefragt, wie man es verantworten könne, gegen einen Parteigenossen derartig aufzutreten, der erst wenige Tage vorher für die Sache der Partei auf der Anklagebank eingetreten sei? Damals erklärten mir Beide, daß Mühlwasser eine zweideutige Rolle spiele und geradezu Verrath übe. — Ich mußte daraus entnehmen, daß damals eine heftige Erbitterung zwischen den Arbeitern und zwischen Mühlwasser geherrscht habe. Als in Folge des kaiserlichen Amnestie-Actes die Untersuchung gegen Mühlwasser einen günstigen Ausgang genommen und er freigelassen worden war, kam Mühlwasser eines Samstags zu mir, erklärte, daß er jetzt nach Brünn reise und daß es sein Erstes sein werde, die Arbeiter wegen des Schmähartikels zu klagen. Wie berichtet wird, hat er seine Klage auch sofort überreicht. Ich glaube, daß das ein Umstand ist, woraus ich folgern kann, daß ein unauslöschlicher Haß zwischen beiden Parteien besteht. — Als die Untersuchung in dem Proceß gegen die heutigen Angeklagten bereits im Zuge war, begegnete ich Mühlwasser, der eben vom Untersuchungsrichter kam; ich nahm Veranlassung, ihn zu fragen, ob denn, wie in den Journalen verlaute, seines Wissens etwas Wahres daran sei, daß die Arbeiter wegen Hochverrathes angeklagt werden sollen? Damals ist mir Mühlwasser mit den Worten entgegengetreten: „O, die Sache

Digitized by Google

steht sehr arg. Ich habe soeben deponirt, daß sie einen Handstreich auf die Burg ausführen und sich der Person des Kaisers bemächtigen wollten." Als ich diese Mittheilung mit einem ungläubigen Lächeln aufnahm, machte er mir die weitere Mittheilung, daß eine hochgestellte Person (Graf Taaffe) im Vereine mit Otto v. Bauer die Arbeiter zu einer Action gegen die Verfassung benützen wolle und daß Otto v. Bauer für den Fall des Gelingens sich das Portefeuille des Handelsministeriums ausbedungen habe.

Präs.: Davon kommt in den Untersuchungsacten nichts vor. Ich kann den Zeugen entlassen. In Betreff der Beeidigungsfrage bitte ich die Parteien die Anträge zu stellen.

Dr. Mauthner: Die Aussage der Zeugen Simon Deutsch und Dr. Markbreiter hat für die Vertheidigung eine große Bedeutung gewonnen, namentlich in Betreff der Bestrebungen der socialdemokratischen Partei und in Betreff des Zeugen Mühlwasser, weshalb ich die Beeidigung beider Zeugen beantragen muß.

Dr. Singer schließt sich diesem Antrage an, da kein gesetzliches Hinderniß gegen die Beeidigung vorliege.

Staatsanwalt Schmeidel: Ich überlasse es dem Gerichtshofe, ob er die Beeidigung der beiden Zeugen für wichtig findet oder nicht. Jedoch glaube ich bemerken zu sollen, daß der Zeuge Simon Deutsch nur seine Privatansicht über die Bestrebungen der hiesigen und der auswärtigen Socialdemokratie ausgesprochen hat. Was aber die Aussage des Dr. Markbreiter anbelangt, so muß ich erklären, daß ich gegen die Beeidigung dieses Herrn Zeugen aus dem einfachen Grunde bin, weil ich dem hohen Gerichtshofe bekannt geben muß, daß ich vor Eröffnung des Processes ein hiesiges Journal mit Beschlag belegen mußte, weil gerade diese Mittheilungen, welche Herr Dr. Markbreiter über die Aeußerungen Mühlwasser's aus der Untersuchung machte, in diesem Blatte wiedergegeben wurden, bis dahin aber außer ihm Niemand — mit Ausnahme der Vertheidiger, welche gegenwärtig fungiren — Kenntniß von dieser in den Acten enthaltenen Angabe Mühlwasser's haben konnte, und weil ich die Ueberzeugung haben muß, daß die Vertheidiger ihrer Pflicht gemäß hievon nichts verlautbarten, daher die Quelle jenes Journals nur Dr. Markbreiter sein kann.

Dr. Markbreiter: Ich bitte um's Wort zu einer thatsächlichen Bemerkung. (Entschieden und mit Nachdruck): Ich habe hier unter meinem Eide ausgesagt und ich erkläre unter meinem Eide, daß

Digitized by Google

jene Zeitungsnachricht nicht auf einer Mittheilung von meiner Seite beruht und daß dieser Bericht von mir überhaupt nicht mitgetheilt wurde.

Dr. Mauthner: Ich muß offen gestehen, ich habe die letzten Worte des Herrn Staatsanwaltes nicht verstanden. Ich kann nur sagen, daß ich jenen Bericht nicht gelesen habe und daß ich von diesem Vorfalle gar nichts weiß. Ich sehe aber gar nicht ein, was das mit der Beeidigungsfrage zu thun hat. Wäre vielleicht die Glaubwürdigkeit des Zeugen Dr. Markbreiter dadurch erschüttert, oder steht er vielleicht unter irgend einer Anklage, daß seine Beeidigung nicht erfolgen könnte? Ich muß erklären, daß mir diese Schlußfolgerung der Staatsbehörde nicht geläufig ist.

Dr. Singer: Zur Wahrung meiner Ehre erkläre ich meinerseits mit meinem Ehrenworte, daß ich keinem der Herren Berichterstatter über den Inhalt des Actes eine Meldung gemacht habe. Die Herren Berichterstatter sind gegenwärtig und können darüber vernommen werden.

Präs.: Sie rechtfertigen sich hier über einen Gegenstand, der Ihnen nicht imputirt wurde.

Dr. Singer: Ich habe den Herrn Staatsanwalt so verstanden.

Staatsanwalt Schmeidel: Das beruht auf einem Irrthume.

Der Gerichtshof zieht sich zur Berathung über die Beeidigung der Zeugen zurück. Bei seinem Wiedereintritt verkündigt der Präsident, daß der Gerichtshof beschlossen habe, den Zeugen Deutsch, dessen Aussagen nicht relevant seien, nicht zu beeidigen; dagegen sei Dr. Markbreiter in Eid zu nehmen. Es wird hierauf die Beeidigung dieses Zeugen vorgenommen.

Edmund Mühlwasser.

Präs. (zum Saaldiener): Lassen Sie den Zeugen Edmund Mühlwasser eintreten. (Große Bewegung im Saale und unter den Angeklagten.) Mühlwasser gibt an, er sei aus Brünn gebürtig, 24 Jahre alt, katholisch, ledig, Schriftsteller.

Präs.: Sie sind als Zeuge vorgerufen; nach dem Gesetze bin ich verpflichtet, Sie aufzufordern, die Wahrheit und nur die Wahrheit auszusagen. Hegen Sie ein Gefühl der Feindschaft gegen die Angeklagten?

Digitized by Google

Mühlwasser: In persönlicher Beziehung keine.

Präs.: In nationaler Beziehung?

Mühlwasser: Ebenfalls nicht, wohl aber in politischer, da ich Föderalist bin, sie aber Centralisten sind.

Präs.: Wann sind Sie der Arbeiterbewegung beigetreten?

Mühlwasser: Den Principien derselben habe ich mich schon vor zwei Jahren angeschlossen, als ein Roman von mir wegen Anpreisung der Revolution verurtheilt wurde. Ich wurde damals verurtheilt; als ich die Strafe abgebüßt hatte, betheiligte ich mich über Aufforderung von Theodor Nawratik in Brünn an den dortigen Arbeiterbestrebungen insoferne, als ich im dortigen Vereine Vorträge über sociale Themata hielt. Ich ging dann mit Nawratil ein näheres Verhältniß ein, und als er von Wien zurückkehrte, machte er mich mit den Wiener Führern bekannt.

Präs.: Oberwinder kam kurze Zeit hierauf nach Brünn; geschah dies in Folge Ihrer Einladung?

Mühlwasser: Die Einladung erfolgte von Seite des Brünner Arbeitervereins. Ich kannte ihn bis dahin nur dem Namen nach.

Präs.: Haben Sie ihn empfangen?

Mühlwasser: Der Verein hat vier von uns mit dem Empfang der Wiener Gäste beauftragt. Abends saßen wir im „weißen Kreuz" beisammen und stießen an auf die Socialdemokratie; Oberwinder forderte uns dann in einer Rede auf, nicht zu vergessen auf jene Stunde, wo die Wiener Arbeiter ihrer Brünner Brüder bedürfen würden.

Präs.: Hat Oberwinder in der Versammlung eine Rede gehalten?

Mühlwasser: Ja, im Sinne der fortgeschrittensten Socialdemokratie.

Präs.: Sie haben damals mit dem „Felleisen" correspondirt, und in Nr. 21 desselben ist ein Bericht über jenen Festabend. Ist dort die Rede Oberwinder's richtig wiedergegeben?

Mühlwasser: Die Redaction hat einige Zusätze gemacht, die ursprünglich nicht darin waren.

Präs.: Sie geben eine Arbeiterzeitung heraus?

Mühlwasser: Ja, und Oberwinder conspirirt gegen dieselbe, weil das Blatt, wie er sagte, die Dummheit begangen hatte, einen Artikel mit einem „Hoch die Verfassung" zu schließen.

Digitized by Google

Präs.: Sie nahmen auf der Volksversammlung bei der „schönen Aussicht" der Versammlung den Eid auf die rothe Fahne ab. War dies schon vorher beschlossen worden?

Mühlwasser: Ja, Hartung und Oberwinder bewogen mich dazu.

Präs.: Die damals Anwesenden bezeichnen diesen Schwur als eine Ihrer Phantastereien.

Mühlwasser: Diesem Vorwurf bin ich öfters begegnet; ich kann nur sagen, daß die Genannten mich zweimal hiezu aufforderten, einmal den Abend vorher in der Gewerkschafts-Section und das anderemal in der Redaction der „Volksstimme".

Präs.: Ist damals nicht auch die Absendung eines Telegramms nach Paris beschlossen worden?

Mühlwasser: Allerdings; Oberwinder verfaßte dasselbe in der Redaction; er meinte, es schicke sich nicht, wenn er dasselbe beantrage und ich solle es beantragen, da ich als Delegirter des Brünner Vereins hervorragende Aufmerksamkeit erregen dürfte. Ich beantragte die Absendung dieses Telegramms und Hartung schlug vor, Oberwinder mit der Absendung zu betrauen.

Präs.: Haben Sie damals bei der „schönen Aussicht" Brüßhaver kennen gelernt?

Mühlwasser: Ja; er sprach, kam dann zu mir herunter und bot mir das „Du" an. Er warnte mich vor Hartung und Oberwinder und gab mir das Diplom der internationalen Association. Dann warnten mich wieder Hartung und Oberwinder vor Brüßhaver. Das war mir auffallend; denn bei der Volksversammlung hatten alle Drei dieselben Principien vertreten.

Präs.: Warum glauben Sie, daß Brüßhaver Sie vor Oberwinder und Hartung gewarnt hat? Welche Motive hat er angegeben?

Mühlwasser: Er sagte, die Beiden nützen nur Jeden hintereinander aus; sobald einer Einfluß erlangt hat, suchen sie ihn bei den Parteigenossen zu verleumden, weil sie fürchten, in der Dictatur, die sie ausüben, beeinträchtigt zu werden. So sagte er, haben sie es mit Masaidek, Tauschinsky und Anderen schon gemacht.

Präs.: In welcher Richtung warnten Sie Oberwinder und Hartung vor Brüßhaver?

Mühlwasser: Sie sagten, er sei ein extravaganter Kopf, der die Partei immer durch seine confusen Ideen mehr compromittire, als er ihr nütze.

Digitized by Google

Präs.: Machte Brüßhaver auf Sie den gleichen Eindruck?

Mühlwasser: Er machte auf mich den Eindruck eines zwar radikalen, aber keineswegs confusen Menschen.

Präs.: Trauen Sie Hartung die intellectuelle Fähigkeit zur Führerschaft zu?

Mühlwasser: Keineswegs; er selbst sagte mir, daß er noch viel zu wenig gelernt habe, um eine Stelle in der Legislative einnehmen zu können.

Präs.: Sie halten also Oberwinder für bedeutender?

Mühlwasser: Ich halte ihn für bedeutend, namentlich durch sein Talent, Andere vorzuschieben; er schiebt Andere vor, er selbst bleibt reservirt und deckt seine Haut.

Präs: Sind Sie mit Oberwinder in Correspondenz gestanden?

Mühlwasser: Mit Ausnahme von ein oder zwei Briefen, die ich von ihm empfangen, nicht.

Präs.: Was thaten Sie nach der Volksversammlung bei der „schönen Aussicht"?

Mühlwasser: Fräulein Podany, welche mit Hartung Arm in Arm ging, Oberwinder, ich und Groß gingen in ein Gasthaus; wie es heißt, weiß ich nicht.

Präs.: Was wurde damals gesprochen?

Mühlwasser: Es wurde der Plan entworfen, wie man eventuell vorgehen könne. Oberwinder sagte, die Socialdemokratie hätte noch eine große Aufgabe zu erfüllen, man müsse die Massen organisiren, um eines schönen Tages mit entscheidender Macht aufzutreten; in Oesterreich sei auf friedlichem Wege nichts zu erreichen; wir müßten daher darauf gefaßt sein, im entscheidenden Moment mit den Massen einzutreten.

Präs.: Was haben Sie darauf erwidert?

Mühlwasser: Ich sagte, es wird sehr schwer gehen, weil die Besatzung von Wien sehr groß ist, weil ferner durch die Festungen ein Gürtel um die Stadt gebildet wird und weil endlich die Massen nicht organisirt und exercirt sind. Oberwinder sagte darauf, man müsse sich in die engen Gassen legen und die Burg occupiren, weil diese das Centrum in der Stadt ist.

Präs.: War damals schon die Rede von dem Angriff auf Se. Majestät den Kaiser?

Digitized by Google

Mühlwasser: Damals noch nicht, damals war blos von einer eventuellen Erhebung der Massen, Besetzung der Stadt und der Burg die Rede.

Präs.: Wie äußerte man sich über die Waffen und Munition?

Mühlwasser: Man müßte die Waffenläden plündern, Munition könne man sich genug verschaffen.

Präs.: Sind Sie dessen, was Sie gesagt haben, vollkommen sicher?

Mühlwasser: Vollkommen.

Präs.: Getrauen Sie sich, das einem oder dem andern der Angeklagten in's Gesicht zu sagen?

Mühlwasser: Directe.

Präs.: Welchen Eindruck haben diese Erzählungen auf Sie gemacht?

Mühlwasser: Sie haben auf mich den Eindruck gemacht, daß es sich um eine beschlossene Sache handle, daß jedoch die Ausführung dieses Beschlusses der späteren Zukunft anheimgegeben sei.

Präs.: War damals schon von einem Führer die Rede, der sich an die Spitze der Bewegung setzen sollte?

Mühlwasser: Ich hörte von Oberwinder, daß der Partei mehrere pensionirte Officiere zur Verfügung stehen, welche im entscheidenden Augenblicke geneigt wären, sich den Arbeitern zuzugesellen.

Präs.: Aber von einer bestimmten Person war nicht die Rede?

Mühlwasser: Nein.

Präs.: Sie haben auch in der Voruntersuchung angegeben, es sei geäußert worden: „Habe man den Kaiser in der Gewalt, so könne man leicht die Regierungsform umändern."

Mühlwasser: Das wurde nicht auf dem Wege, sondern folgenden Tages in der Redaction gesprochen, wo Hartung und Oberwinder anwesend waren. Es kam da das Gespräch auf die Agitation und die Organisirung eines Aufstandes, und ich meinte, wie schwer eine solche Bewegung in Scene zu setzen sei. Da antwortete man mir: „Wenn es in den Krieg geht, werden wir nicht viele Geschichten machen. Wir müssen uns des Kaisers bemächtigen. Wenigstens retten wir unsere Köpfe." (Lebhafte Bewegung. Oberwinder und Scheu lächeln verächtlich.)

Präs.: Ich mache Sie aufmerksam, daß auch Neumayer über diese Unterredung ausgefragt wurde, und ausgesagt hat, er habe von alldem nichts gehört.

Digitized by Google

Mühlwasser (rasch): Dann hat er gelogen.

Präs.: Wer ist Neumayer?

Mühlwasser: Er war früher Advocaturs-Concipient und ist jetzt Redacteur der in Wiener-Neustadt erscheinenden „Gleichheit".

Präs.: Scheint es Ihnen nicht auffällig, daß Oberwinder, den Sie selbst als klug und vorsichtig bezeichnen, und der damals mißtrauisch gegen Sie war, Ihnen in einem Anfalle von Begeisterung solche Mittheilungen mit solcher Offenherzigkeit gemacht hat?

Mühlwasser: Es mag auffallend sein, es ist aber Thatsache. Die Spannung zwischen uns war übrigens keine so große.

Präs.: Sind Sie auch mit Liebknecht in Verbindung gestanden?

Mühlwasser: Er forderte mich einmal auf, ich möchte mein Brünner Blatt auflassen und mich der „Volksstimme" anschließen oder mich sonst auf gütlichem Wege mit den Parteigenossen in Wien austragen, indem es nicht dafür stehe, deßhalb die Partei zu spalten.

Präs.: Glauben Sie, daß dieses Ersuchen Liebknecht's spontan war oder daß er dazu bewogen wurde?

Mühlwasser: Daß weiß ich nicht bestimmt anzugeben.

Präs.: Welche waren die Motive, daß Sie nach Eisenach gingen?

Mühlwasser: Ich hielt es für nothwendig, daß auch Brünn dort vertreten sei.

Präs.: Sie haben in der Voruntersuchung ausgesagt: um der österreichischen Partei gehörig auf den Zahn zu fühlen. Wollen Sie mir also die Motive Ihrer Reise genau angeben.

Mühlwasser: Das nächste Motiv war wohl die Ausschreibung des Congresses und die Aufforderung Liebknecht's zur Theilnahme.

Präs.: Haben Sie dort selbst beantragt, in das Programm die „Errichtung einer Republik" aufzunehmen?

Mühlwasser: Thatsächlich wohl. Ich wußte, daß die Republik von Oberwinder und Hartung vertheidigt würde. Andererseits befremdete mich, warum sie sich nicht getrauten, das Wort auszusprechen. Entweder, so dachte ich mir, sind sie Republikaner oder nicht und um darüber klar zu werden, stellte ich meinen Antrag; denn ich wollte sehen, ob sie muthig genug sein werden, für etwas einzustehen, was ihre Ueberzeugung war. Da war es, wo Oberwinder mit Beziehung auf Scheu gesagt hat: „Wie schlau sich der Fuchs aus der

Digitized by Google

Schlinge zieht". Und wenn Oberwinder das bestreitet, so ist es doch wahr. Das war die Ursache der Spannung zwischen mir und Oberwinder.

Präs.: Oberwinder stellt aber diese Aeußerung entschieden in Abrede und behauptet vielmehr, daß Ihre extravaganten politischen Ansichten schuld an der Entzweiung waren.

Mühlwasser: Das verhält sich so: Ich protestirte in Eisenach gegen die sich geltend machende einseitige großdeutsche Richtung und fühlte mich als Oesterreicher dadurch verletzt. Ich forderte demnach auf, vor Allem und um jeden Preis Oesterreich zu halten, und seitdem war zwischen mir und Oberwinder das Zerwürfniß perfect geworden.

Präs.: Und doch conferirten Sie darauf mehrmals mit Oberwinder und Hartung hier in Wien?

Mühlwasser: Ja wohl, ich begab mich in das Redactionslocale, wo Oberwinder, der damals die Demonstration vom 13. December vorbereitete, mich aufforderte, aus Brünn einen Zuzug von 2- bis 3000 Arbeitern zu besorgen. Er hoffte, daß die Demonstration einen großartigen Charakter annehmen werde.

Präs.: Wann fand diese Besprechung statt?

Mühlwasser: Acht Tage vor dem 13. December.

Präs.: Haben Sie den Zuzug versprochen?

Mühlwasser: Um nicht gegen die Parte'disciplin zu handeln, versprach ich, das Möglichste zu thun. Ich überlegte mir aber dann die Sache und that nichts dazu, weil ich die Demonstration als verfehlt betrachtete. Uebrigens hätten die Brünner Arbeiter auch gar nicht das nöthige Geld gehabt, um herzukommen.

Präs.: Wer wohnte im Redactions-Locale der „Volksstimme"?

Mühlwasser: Hartung und Oberwinder zusammen.

Präs.: Sie haben angegeben, daß Ihnen dort Alles für eine Flucht vorbereitet erschien. Woran merkten Sie das?

Mühlwasser: Erstens sah ich einen gepackten Koffer, und sie selbst sagten, sie seien darauf gefaßt, verhaftet zu werden. Deßhalb hätten sie sich für alle Fälle vorbereitet. Oberwinder selbst zeigte mir einen leeren Platz, wo ein Koffer gestanden haben soll.

Präs.: Diese letztere Angabe steht aber mit der Aussage der Frau Strobl, bei welcher Hartung und Oberwinder wohnten, im Widerspruch, indem sie sich nicht erinnern kann, daß zur Zeit, als

Digitized by Google

Sie dort waren, ein Koffer aus dem Zimmer gekommen ist. Was wissen Sie von Vorbereitungen für den 13. December, und sind solche wirklich getroffen worden?

Mühlwasser: Unbedingt. Oberwinder sagte nämlich zu mir, nachdem kurz zuvor alle Versammlungen untersagt worden waren: Man erlaubt uns keine legalen Schritte, wir müssen es einmal mit illegalen versuchen.

Präs.: In welcher Weise hat sich Oberwinder über den 13. December geäußert?

Mühlwasser: Oberwinder sagte, es sei nur ein Fühler, den er ausstecke, gleichsam eine Probe, und als ich ihm das Gefährliche des Beginnens vorhielt, meinte er: Es ist nicht so arg, als man glaubt. Bevor man uns einsperrt, werden wir noch versuchen, einen Generalkrach zu führen. Am 13. December bin ich dann zu ihm gegangen und habe ihm gesagt, ich hätte die Botschaft für Brünn ausgerichtet, es habe sich aber Niemand bewogen gefunden, nach Wien zu kommen. Es sei auch nicht nötzig gewesen, meinte Hartung, die Demonstration sei ohnehin gut ausgefallen. (Oberwinder fortwährend Zeichen der Ungeduld und des Zornes kundgebend, will den Zeugen unterbrechen. Der Präsident ermahnt deßhalb den Angeklagten, sich jeder Action zu enthalten.)

Präs.: Ist Ihnen etwas von dem Bestande der Controls-Commission bekannt?

Mühlwasser: Ich weiß, daß sie in Eisenach gebildet wurde, und glaube daher, daß sie seitdem in Thätigkeit war.

Präs.: Gegen diese Vermuthung spricht eine Stelle in einem Briefe Raspe's, welcher anfragt: Wie steht es mit der Controls-Commission? sowie eine gleichlautende Anfrage in der „Volksstimme". Daraus würde ich schließen, daß diese Commission nicht bestand.

Mühlwasser: Bestimmt weiß ich es nicht, ich habe auch nur die Vermuthung ausgesprochen.

Präs.: Sie haben bemerkt, daß bei einer späteren Volksversammlung Ihnen ein Führer der Demonstration genannt wurde.

Mühlwasser: Als davon die Rede war, daß, wenn es zum Aeußersten käme, man sich der Person des Kaisers bemächtigen müsse, da war es Hartung, der zu mir sagte: Ich kann dir sogleich einen Officier nennen.

Digitized by Google

Der Zeuge erzählt nun, daß ihm bei seiner Verhaftung das Notizbuch, worin der Name jenes Mannes verzeichnet war, abgenommen worden sei, daß ihn der Untersuchungsrichter darüber nachdenken ließ, wie dieser Name gelautet habe, bis er endlich in seinem Notizbuche entdeckt habe, daß derselbe „Filipp" geheißen habe.

Präs.: Wußten Sie etwas von den Einnahmen Hartung's und Oberwinder's?

Mühlwasser: Hartung lebte von einem Erbtheile und Oberwinder erhielt sich durch das Mitarbeiten am „Felleisen" und anderen Blättern.

Präs.: Wie war die Lebensweise dieser beiden Herren?

Mühlwasser: Sehr anständig; ich traf sie oft im Gasthause und da speisten sie immer wie Leute aus den besseren Classen. (Oberwinder lächelt.)

Präs.: Sie haben in der Voruntersuchung angegeben, daß schon in der Volksversammlung „zur schönen Aussicht" der Name „Filipp" genannt wurde?

Mühlwasser: Ich weiß mich jetzt nicht mehr bestimmt zu erinnern. Die Sache ist schon ein Jahr her.

Präs.: Erinnern Sie sich nur, Sie gaben damals an, es sei davon gesprochen worden, daß die Barrikaden nicht mehr praktisch sind und daß die Canäle zu Laufgräben verwendet werden können?

Mühlwasser: Wie gesagt, ich weiß mich nicht mehr daran zu erinnern.

Präs.: Sie erklärten in der Untersuchung die Gewerkschaftssection als die maßgebende Körperschaft der Bewegung?

Mühlwasser: Allerdings, in der Gewerkschaftssection wurde Alles beschlossen.

Präs.: Die Gewerksschaftssection ist ein Theil des Arbeiter-Bildungsvereins?

Mühlwasser: Das erfahre ich heute zum ersten Male; ich hielt sie für eine ganz selbstständige Körperschaft. (Sensation.)

Präs.: Hat Oberwinder Ihnen Mittheilungen über die Arbeiter im Auslande gemacht?

Mühlwasser: Ja, er sagte: An dem Tage, wo die Revolution in Paris beginnt, bricht sie los in London, Berlin und Wien.

Präs.: Das stimmt überein mit einem Journalartikel im „Felleisen", wo es heißt: „Wenn der Generalkrach in Paris ertönt" u. s. w.

Digitized by Google

— Welche Ansichten haben Sie über Hartung und Oberwinder äußern gehört?

Mühlwasser: Ich bin sehr wenig mit den Arbeitern in Berührung gekommen.

Präs.: Ich frage Sie deßhalb, weil eine Zeugin aussagt, sie habe dem Oberwinder mißtraut, als spiele er ein doppeltes Spiel. Haben Sie in dieser Richtung etwas äußern gehört?

Mühlwasser: Nein. Ich weiß, daß jene Zeugin Fräulein Podany ist, und ich habe Hartung immer gewarnt und dagegen protestirt, daß ein Weib in die Bewegung hineingezogen wird, weil ich nicht wußte, wozu es dienen soll. Allein Hartung hat gelacht und gesagt: Es bleibt dabei.

Präs.: Was hielten Sie von den Beziehungen Oberwinders und Hartungs zu Fräulein Podany?

Mühlwasser: Ich habe immer dagegen protestirt, daß das Mädchen in die Politik hineingezogen wird, denn man weiß nicht, ob sie verläßlich ist. Hartung hat darüber gelacht.

Präs.: Haben Sie mit Fräulein Podany persönlich verkehrt?

Mühlwasser: Zweimal; einmal auf der „schönen Aussicht", das andere Mal beim Zobel.

Präs.: Welchen Eindruck machte sie auf Sie? Den eines ruhig denkenden Mädchens?

Mühlwasser: Ich halte sie für eines jener Mädchen, welche bei jeder politischen Bewegung wie die Seifenblasen auftauchen, für eines jener leicht aufflackernden Originale, welche bei keiner Bewegung fehlen.

Präs.: In welchen Beziehungen stand sie zu Hartung?

Mühlwasser: Sie war seine Geliebte.

Präs.: Aus welcher Quelle wissen Sie das?

Mühlwasser: Hartung widersprach nicht, wenn man dies sagte; außerdem nahm er sie ins Gasthaus mit und zahlte für sie.

Votant Gernerth: Sie haben auf dem Eisenacher Congresse den Antrag gestellt, daß jeder Jüngling von 17 Jahren das Wahlrecht erhalte. Was hat Sie hiezu bewogen?

Mühlwasser: Ich dachte, daß dadurch der Antrag um so sicherer fallen würde.

Dr. Singer: Die Vertheidigung muß den Wunsch aussprechen, daß im Sinne des Gesetzes über das Vorleben des Angeklagten dem Gerichtshofe Auskunft gegeben werde.

Digitized by Google

Präs.: Ich nehme keinen Anstand aus den Acten Folgendes zu constatiren: Edmund Mühlwasser ist durch kriegsrechtliche Urtheile wegen Diebstahls einmal mit einmonatlichem Kerker und Degradirung, das anderemal mit sechswöchentlichem verschärften schweren Kerker bestraft worden; ferner wurde er wegen Vergehens des §. 305 zu einmonatlichem Arrest, wegen Uebertretung des §. 302 zu viermonatlichem Arrest verurtheilt. Damit ist die Frage des Herrn Vertheidigers beantwortet und ich bitte, kein Wort darüber zu verlieren.

Oberw. (zu Mühlwasser): Sie geben an, daß ich mit Ihnen von jenem Filipp schon nach der Volksversammlung auf der „schönen Aussicht" gesprochen hätte?

Mühlwasser: Ich habe eben bemerkt, daß dieser Name in der Redaction von Hartung genannt wurde. Sie werden sich selbst noch daran erinnern.

Oberw.: Sie sagten, daß ich in Brünn aufreizende Reden gehalten habe, und doch erklärten die Brünner Arbeiter, daß ich nicht in aufreizendem Tone gesprochen habe.

Mühlwasser: Die Leute glaubten, daß auch ich in den Hochverrathsproceß verflochten sei, und waren darum reservirt in ihren Aussagen. Ich kann zwanzig Zeugen anführen, welche das von mir Gesagte bezüglich Brünn bestätigen werden.

Dr. Singer (einfallend): Ich bitte, sie zu nennen.

Mühlwasser nennt einige Namen.

Dr. Singer: Ich bitte, zwanzig wollten Sie nennen, so nennen Sie wenigstens zehn.

Präs.: Ich bitte, doch kein Spiel zu treiben.

Oberw.: Sie bekamen Geld von Herrn Otto v. Bauer.

Mühlwasser: Es wurden in Brünn bei der Handelskammer wegen der Arbeiter-Krankencasse Unterhandlungen gepflogen und Herr Otto v. Bauer ersuchte mich, ich solle ihn besuchen, um mich über den Stand dieser Unterhandlungen zu informiren. Herr v. Bauer hatte eine specielle Absicht damals, die ich erst später kennen lernte. An dem Tage, wo ich nach Wien fuhr, ersuchte er mich nämlich, ihm mitzutheilen, wie die Sache des Ministeriums in Wien stehe, da zu derselben Zeit in Wien eine Ministerkrisis war. Er fragte mich: Was verlangen Sie dafür? ich antwortete, ich verlange gar nichts. Darauf bemerkte er: Ich bin reicher als Sie und werde so etwas nicht um-

Digitized by Google

sonst verlangen, hier haben Sie 50 Gulden. Endlich ließ ich mich herbei, 30 Gulden für die Reise zu nehmen.

Oberw.: Später erhielten Sie noch 50 fl.?

Mühlwasser: Allerdings, von der Brünner Handelskammer.

Oberw.: Die Erfahrungen, die Sie in Wien gemacht, haben Sie auch dem Polizei-Director v. Pichler mitgetheilt.

Mühlwasser: Nachdem er gehört hatte, daß in Wien eine Demonstration war, ließ er mich in dienstlichem Wege zu sich berufen; ich sagte ihm auf seine Frage, daß am 13. die Demonstration in Wien stattgefunden habe; ich hielt mich dazu um so mehr verpflichtet dies zu sagen, nachdem ich Tags zuvor vor 200 Menschen im Vereine ein Gleiches gethan habe.

Oberw.: Was sagte Herr Pichler darauf?

Mühlwasser: Er sagte, die Regierung werde den Social-Demokraten die Köpfe wie Disteln abschlagen. (Bewegung.)

Präs.: Was haben Sie, Herr Oberwinder, auf diese Aussage zu bemerken?

Oberw.: Was die Brünner Vorfälle betrifft, so erkläre ich, daß ich nur ein einzigesmal ein paar Worte gesprochen habe. Die Revolution entspricht meiner Individualität nicht, wohl aber der des Herrn Mühlwasser und Consorten.

Präs.: Ich bitte, keine Beleidigungen. Ich schütze Sie wie den Zeugen. — Und die Ueberrumplung der Burg und die Gefangennehmung des Kaisers?

Oberw.: Das sind Märchen, romanhafte Ideen!

Präs.: Daß Hartung in Ihrer Gegenwart Filipp als militärischen Führer genannt hat.

Oberw.: Das ist unwahr?

Präs.: Aber es fand sich bei der Hausdurchsuchung doch der Brief Filipp's?

Oberw.: Dieser Brief wird auf jeden Unbefangenen den Eindruck einer Sympathie-Bezeugung machen, wenn aber ein anderer Gedanke platzgreifen könnte, so wäre es der, daß Herr Mühlwasser den Brief selbst geschrieben hat.

Präs.: Ich muß Sie ernstlich ersuchen, sich jeder Verdächtigung zu enthalten. Wenn der Brief die Nachschrift nicht enthielte, in der Filipp seine Dienste anbietet, dann könnte man ihn als eine bloße Sympathie-Bezeugung halten. — (Zu Mühlwasser): Erinnern Sie

Digitized by Google

sich an die Nebenumstände bei der Erzählung von jenem militärischen Befehlshaber?

Mühlwasser: Wir setzten uns auf den Divan, Sie, Herr Oberwinder, schrieben einen Leitartikel, Hartung saß bei einem anderen Tische am Fenster. Es kam die Sprache auf die Bewegung, auf die Revolution, und da sagten Sie: Wir haben mehrere Officiere, ausgediente Soldaten, die sich uns unbedingt anschließen würden. Darauf sagte Hartung: Ich kann Dir gleich Einige nennen. Er nahm vom Tische ein dort liegendes Notizbuch und nannte mehrere Namen. Bei Filipp sagte er: Das ist ein ausgedienter Oberlieutenant.

Oberw.: Sie haben während der Untersuchung von Einem Officier gesprochen, jetzt sprechen Sie schon von mehreren.

Mühlwasser: Filipp ist der Name des Einen.

Oberw.: Sie sind ein unverschämter Lügner!

Präs. (mit erhobener Stimme): Sie haben sich solcher Ausdrücke zu enthalten. Ich schütze Sie vor Beleidigungen, aber ich schütze auch die Zeugen. Ich verhänge über Sie einen Tag Einzelhaft, welche Disciplinarstrafe Sie nach Schluß der Verhandlung anzutreten haben. Eine Berufung hiegegen steht Ihnen nach dem Gesetze nicht zu.

Oberw: Was hat die Confrontation für einen Zweck?

Präs.: Um dem Gesetze zu entsprechen. Sie haben sich in Ihren Aeußerungen zu mäßigen.

Oberw.: Ich habe also blos zu sagen: Es ist unwahr.

Präs.: Wollen Sie gegen Herrn Oberwinder auch die Gefangennehmung des Kaisers erzählen?

Mühlwasser: Ich fragte bei der Besprechung in der Redaction, was geschieht, wenn man Euch gefangen nimmt, und Oberwinder antwortete: Wenn es uns an den Kragen geht, dann riskiren wir es, nehmen den Kaiser gefangen und retten uns wenigstens den Kopf.

Oberw. (mit ironischem Pathos): Ich erkläre das Alles für „unwahr." (Heiterkeit).

Präs.: Ich bitte, die Sache dürfte denn doch zu ernst sein.

Dr. Singer: Sie haben mehrere Parteigenossen beim Preßgerichte verklagt?

Mühlwasser: Allerdings, denn sie hatten mich im „Volkswille" des Betruges und des Schwindels geziehen. Ich ging zu dem derzeitigen Redacteur des „Volkswille" und fragte ihn, wie er dieses

Digitized by Google

ins Blatt aufnehmen konnte. Er sagte, es sei von Brünn eingesendet worden und es wäre am besten, wenn ich mich mit den Brünnern ausgleichen würde. In Brünn fand ich eine gegen mich wüthende Partei, welche sich nicht ausgleichen wollte und ich klagte daher. Bei der ersten Verhandlung wurde ich zurückgewiesen, weil ich keine Beweisacten beigebracht hatte. Bei der zweiten Verhandlung läugneten die Angeklagten, mich des Betruges geziehen zu haben, nannten mich aber einen Schwindler und der Richter erklärte nun den Beweis für die ersteren Ausdrücke nicht für hergestellt, fand die Bezeichnung „Schwindler" als keine ehrenbeleidigende und fällte ein — Nichtschuldig. Gegen dieses Urtheil habe ich nun die Berufung an das Ober-Landesgericht ergriffen.

Dr. Mauthner: Wollen Sie mir sagen, aus welchem Grunde Sie Herrn Hartung vor Fräulein Podany gewarnt haben?

Mühlwasser: Weil man bei Weibern Verrath fürchten muß.

Dr. Mauthner: Sie sind ein — Mann? (Sensation.)

Mühlwasser: (verwirrt): Ja.

Dr. Mauthner: Sie sagten, Sie haben daraus, daß Herr Hartung einmal bei einem gesellschaftlichen Mahle im Gasthause für Fräulein Podany zahlte, den Schluß gezogen, sie sei dessen Geliebte?

Mühlwasser: Ja, nach meiner Ansicht ist eine Dame, die in solcher Weise . . .

Dr. Mauthner: Es ist gut, ich wollte nur zeigen, auf welche Weise Sie Schlüsse ziehen. — Sie haben zu Dr. Markbreiter über Otto v. Bauer gesprochen; was haben Sie zu ihm gesagt?

Mühlwasser: Ich habe gesagt, daß die Clericalen es gerne sehen würden, wenn die Arbeiter viel demonstriren würden, damit das Bürgerministerium aus dem Sattel gehoben würde.

Dr. Mauthner: Sie waren es, der auf dem Eisenacher Congreß den Antrag auf Proclamirung der republikanischen Regierungsform stellte?

Mühlwasser: Das Princip, nicht die Form.

Dr. Mauthner: Warum thaten Sie das?

Mühlwasser: Ich protestire gegen solche gewaltsam hineingeflochtene Fragen.

Dr. Mauthner (entschieden): Zu protestiren hat hier nur der Präsident.

Präs.: Ich mache Sie aufmerksam, daß Sie alle Fragen zu beantworten haben, wenn ich dieselben nicht für unangemessen erkläre.

Digitized by Google

Dr. Mauthner: Zu welchem Zwecke stellten Sie also diesen Antrag?

Mühlwasser: Um einen Fühler auszustrecken.

Dr. Mauthner: Wenn es sich nur darum handelte, einen Fühler auszustrecken, warum wehren Sie sich dann dagegen, die republikanische Regierungsform beantragt zu haben. Das wäre ja noch ein stärkerer Fühler gewesen?

Mühlwasser: Mir war es genug, die Proclamirung des Princips zu beantragen: wenn sie darauf nicht eingingen, konnte ich wissen, daß sie umsoweniger die Form selbst annehmen würden.

Dr. Mauthner: Stellten Sie nicht auch den Antrag, die Bauern aufzurütteln und zur Arbeiterbewegung heranzuziehen?

Mühlwasser: Die Nothwendigkeit, die bäuerliche Bevölkerung aufzuklären, um sie von der Abneigung gegen die Arbeiterbewegung zu heilen, hat schon Lassalle betont. Ich habe darum den Antrag gestellt, bei den Bauern zu agitiren, und zwar umsomehr, weil die Brünner Arbeiter wegen ihrer Bestrebungen bei den Bauern schlecht accreditirt waren.

Dr. Mauthner: War das ein „Fühler" oder Ihre eigene Anschauung?

Mühlwasser: Das war kein Fühler.

Scheu: Halten Sie Ihre Erzählung von dem Beschlusse, daß Sie den Schwur auf die rothe Fahne abnehmen sollten, aufrecht?

Mühlwasser: Ich halte sie aufrecht.

Scheu: Erinnern Sie sich noch, daß Sie mich vor der Volksversammlung „zur schönen Aussicht", bei welcher Sie zum Schwur auf die rothe Fahne aufforderten, fragten, ob die Wiener Arbeiter leicht erregbar für Reden sind. Ich sagte, daß dies von dem Redner abhänge, sie sollen es nur versuchen. Als die Versammlung eröffnet war, hielten Sie eine kurze Rede, an deren Schluß Sie sich gewissermaßen verabschiedeten, indem Sie sagten, Sie wollten Grüße an die Brünner übertragen. Gleichwohl sprachen Sie später — wahrscheinlich durch den Beifall aufgemuntert — nochmals und schlossen wiederum, als wollten Sie Abschied nehmen. Allein Sie nahmen nochmals das Wort, und diesmal erst ließen Sie am Schlusse der Rede den Schwur auf die rothe Fahne leisten. Wenn nun wir Sie aufgefordert hätten, diesen Schwur abzunehmen, wie kommt es, daß Sie daran erst bei der dritten Rede dachten?

Digitized by Google

Mühlwasser: Ich war im vorhinein entschlossen, zu jedem Punkte der Tagesordnung zu sprechen..... Doch ja, jetzt erinnere ich mich, Oberwinder hatte mir gesagt, daß ich erst zum Schlusse der Versammlung den Eid abnehmen solle.

Scheu: Ah richtig — Sie sind ja Romanschriftsteller!

Präs.: Herr Scheu, ich glaube, ich habe schon heute ein Exempel statuirt.

Scheu: Es ist sehr schwer, sich zurückzuhalten, wenn man einem solchen Menschen gegenübersteht.

Präs.: Sie dürfen aber den Zeugen nicht beschimpfen.

Scheu: Sie halten die Gewerkschafts-Section für eine eigene Körperschaft, für das Centrum der Bewegung. Sie ist aber doch nur ein Theil des Arbeiterbildungs-Vereins.

Mühlwasser. Ich konnte sie leicht für eine selbstständige Körperschaft halten, da sie ihre eigenen Localitäten hat. Ich kam hin und dort gestaltete sich Alles zu einem Centrum, wo die Fäden zusammenlaufen. Einer nach dem Andern ist zu Hartung gekommen, um demselben über den Stand der verschiedenen Filialen oder Lesezimmer Bericht zu erstatten, sowie die dortigen Vorgänge mitzutheilen.

Präs.: Ich bitte die Parteien, sich über die Beeidigung des Zeugen Mühlwasser zu äußern.

Staatsanwalt Schmeidel: Ich glaube, daß über diese Frage erst dann entschieden werden solle, wenn der Gerichtshof nach Vorführung des sämmtlichen Beweismaterials in der Lage sein wird, sich ein Urtheil darüber zu bilden, ob dasjenige, was der Zeuge angegeben hat, für wahr zu halten sei oder nicht.

Präs.: Ich lade also für Samstag den Zeugen nochmals vor.

Dr. Mauthner: Ich halte es für nothwendig, daß der Zeuge Mühlwasser auch während der Vernehmung der übrigen Zeugen anwesend sei, und bitte daher, diesfalls das Nöthige zu verfügen.

Präs. (zum Zeugen): Ich lade Sie deshalb ein, auch morgen hier zu erscheinen. Ich schließe die heutige Sitznng. Fortsetzung morgen um 9 Uhr Vormittags.

Digitized by Google

Vierter Verhandlungstag.

Nach Eröffnung der Verhandlung nimmt der Staatsanwalt das Wort:

Ich habe mir erlaubt, unmittelbar nach der gestrigen Verhandlung dem Herrn Präsidenten den Inhalt eines mir noch im Laufe der gestrigen Verhandlung zugekommenen Schreibens mitzutheilen, und zwar durch die Einsicht des Briefes selbst, in welchem Josef Leopold Braunecker sich zu einer sehr wichtigen Zeugenaussage erbietet und sich bereit erklärt, diese Zeugenaussage zu beeiden. Indem ich mir erlaube, Ihnen, Herr Präsident, diesen Brief zu überreichen, stelle ich den Antrag, den Zeugen Josef Leopold Braunecker, dessen Adresse aus dem Briefe zu entnehmen ist, zur Vernehmung als Zeuge vorzuladen.

Präs.: Bevor ich den Herren Vertheidigern das Wort ertheile, bringe ich den Brief zu Vorlesung. Er lautet:

Wien, 6. Juli 1870.

Euer Wohlgeboren!

In den Journalen lese ich den Plan von der Erstürmung Wien's durch die Arbeiter und ich kann bestätigen, daß der Arbeiterführer Leidesdorf in den Plan genau eingeweiht war. Ich kam an demselben Tage, an welchem Leidesdorf zu acht Monaten Kerkers verurtheilt wurde, in das Gasthaus zu den „zwei Schimmeln" in der Alleegasse auf der Wieden. Dort sah ich einen bejahrten Mann, mit einem dunklen Vollbart, langem Haar, schwarz gekleidet, vor einem Tische stehen, wo er seinen Freunden klagte, daß dieses Urtheil über ihn ergangen, mit dem Ausdrucke: „man versteht mich nicht." Ich dachte, der Mensch hat einen Proceß verloren. Nachdem ich aber hörte, daß er ausrief: „acht Monate, das ist hart!" wurde ich aufmerksam und als ich den Namen Leidesdorf hörte, dachte ich, sollte dies der Arbeiterführer sein? In der That setzte er sich an meinen Tisch und ich hatte nichts Eiligeres zu thun, als ihn zu fragen, ob er der Arbeiterführer sei, was er bejahte; und da es mich interessirte, mit ihm zu verkehren, machte ich ihm das Compliment, daß es mich freute, mit ihm mich zu besprechen und drückte ihm mein Bedauern aus über das Urtheil. Er fragte: „Gehören Sie zur Partei?" Ich sagte: „Ja", weil ich gerne mit ihm weiter

Digitized by Google

gesprochen hätte, was mir aber nicht gelingen wollte, weil er mit zwei Herren Karten zu spielen anfing. Nachdem das Spiel beendet war, begann Leidesdorf mit mir zu politisiren. Nachdem ich so manches Sociale angehört hatte, begann ich ihn zu fragen, wie denn der sociale Zweck erreicht werden kann, wenn die Regierung, insbesondere Giskra, sich weigert, die Partei auftauchen zu lassen. Da sagte Leidesdorf: „Wenn ich 10 Kanonen habe, erstürme ich Wien." Ich sagte: „Ja, wenn Sie schon die Kononen haben, woher nehmen Sie die Munition und die Leute, welche Sie zu bedienen verstehen." Leidesdorf erwiderte: „Darum ist uns nicht bange, wir haben beinahe 150 Feuerwerker der Armee, die das verstehen und die für alle Fälle gewonnen sind, die Munition bringen uns die Arbeiter von Wiener-Neustadt, die erstürmen dann die Pulverthürme in Neustadt und Solenau und schaffen uns Pulver genug." Ein Soldat von der Artillerie war auch zugegen. Dann gingen wir in's Caffeehaus auf der Favoritenstraße, wo Leidesdorf mir noch Mehreres mittheilte, und ich schließlich zur Ehre kam, die Zeche zu bezahlen. Ich fragte meine Collegen, ob ich die Sache anzeigen sollte, was mir Jeder widerrieth, weil ich große Laufereien haben würde. Inzwischen ging Leidesdorf flöten, womit die Sache ein Ende hatte. Nunmehr aber, da ich aus den Zeitungen lese, daß noch mehrere diese Ideen hegen, so halte ich es für meine Pflicht, mich zu dieser Zeugenaussage zu erbieten.

Euer Wohlgeboren

ergebenster

Josef Leopold Raunecker,

Commis bei Kranner's Söhne, Hof-Leinwäschhändler.

Dr. Singer: Das Gespräch des Herrn Braunecker mit Herrn Leidesdorf steht in gar keinem Zusammenhange mit den Personen, gegen welche die Anklage gerichtet ist. Ich erkläre mich darum gegen die Vorladung, obwohl die Erforschung der Wahrheit für meine Clienten vollkommen gefahrlos ist.

Dr. Mauthner: Ich erkläre mich noch aus einem anderen Grunde gegen die Vorladung. Ich muß gestehen, daß auf die Aussage wohl wenig Gewicht zu legen ist. Niemand wird in Abrede stellen, daß die Angeklagten Männer sind, welche ihre Worte wohl überlegen. Ich kenne nun Herrn Leidesdorf nicht, aber es ist doch eigenthümlich, daß ein Mann dem ersten besten Fremden, welchen er im Gasthause

Digitized by Google

trifft, einen von ihm gefaßten revolutionären Plan allen Ernstes mittheilen soll und insbesondere in dem Augenblicke, in welchem über ihn eine harte Strafe verhängt wurde, ganz abgesehen von dem lächerlichen Projecte, mit 10 Kanonen Wien erstürmen zu wollen. Wollen Sie den Proceß compromittiren, dann laden Sie Herrn Braunecker als Zeugen vor.

Der Gerichtshof erkennt nach kurzer Berathung, daß der Zeuge vorzuladen sei; dem Gerichtshofe stehe es zu, dessen Aussage nach Gebühr zu würdigen.

Der Präsident verfügt die Vorladung des Zeugen für den fünften Verhandlungstag (9 Uhr).

Dr. Mauthner: Ich behalte mir vor, gleichfalls Zeugen im Laufe der Verhandlung vorladen zu lassen.

Nach diesem Zwischenfalle wird zur Vernehmung des Zeugen

Bernhard Florencourt

geschritten. Derselbe ist in Kiel geboren, 35 Jahre alt, Weltpriester und Doctor der Philosophie, früher Redacteur des „Vaterland".

Präs.: (nach einer eindringlichen Ermahnung, die Wahrheit zu sagen, und nichts zu verschweigen): Auf welche Weise lernten Sie Subaric kennen?

Florencourt: Ich lernte ihn im vorigen Jahre im Landesgerichte kennen, und später waren wir gemeinschaftlich in einer Zelle eingesperrt. Ich hatte einen Monat Strafe abzusitzen, den mir ein Artikel eingetragen hatte, welchen ich für's „Vaterland" geschrieben hatte. Früher stand ich nicht mit ihm in Verbindung und kannte seinen Namen nur aus den Zeitungen.

Präs.: Standen Sie schon hier mit ihm im Verkehre?

Florencourt: Ja, ich versuchte es, ihn Latein zu lehren, und habe mir dabei über die Arbeiterbewegung, die mich interessirte, Aufschlüsse erbeten.

Präs.: Waren Sie in Suben mit Subaric allein in einer Zelle?

Florencourt: Die ersten acht Tage waren wir allein, dann erhielten wir über unser Ansuchen die Gesellschaft Pfeiffers, der damals ebenfalls in Suben eine Strafe abzusitzen hatte.

Präs.: Wie war der Verkehr mit Ihnen und Subaric?

Digitized by Google

Florencourt: Ich bitte, die Frage etwas genauer zu stellen; der Verkehr währte ja längere Zeit — —

Präs.: Wie waren also Ihre Beziehungen im Anfange zu ihm?

Florencourt: Anfangs freundliche, später, da Subaric sich in sittlicher Beziehung zu Grundsätzen bekannte, die mir nicht ehrenhaft schienen, entstanden Reibungen zwischen uns.

Präs.: Und da kam es zu Reibungen zwischen Ihnen?

Florencourt: Ja.

Präs.: Machte Subaric nach diesen Reibungen Ihnen noch vertrauliche Mittheilungen, oder war er von dieser Zeit an zurückhaltender?

Florencourt: Etwas zurückhaltend war er immer. Aus seinen politischen Ansichten machte er allerdings kein Hehl, aber ich konnte nicht klug daraus werden, denn er war confus und hatte jeden Tag andere Ansichten.

Präs.: War Subaric redlich oder verschlossen?

Florencourt: Er war sehr launisch, je nachdem er gut oder schlecht geschlafen hatte.

Präs.: Glauben Sie, daß er vor der eingetretenen Spannung sein volles Herz geöffnet habe?

Florencourt: Das glaube ich nicht. Er kannte sein eigenes Herz nicht.

Präs.: Haben Sie bemerkt, daß er viel correspondirte?

Florencourt: Ich habe den Grundsatz, nichts zu sehen, als was ich sehen muß. Ich bemerkte aber, daß er sehr viele Briefe schrieb.

Präs.: Wissen Sie auch an wen?

Florencourt: An Hartung, Kauba, und wenn ich nicht irre, an Fräulein Podany.

Präs.: Haben Sie gesehen, daß Subaric öfter an Hartung schrieb?

Florencourt (nach längerem Schweigen): Ich entsinne mich nicht genau, vermuthe aber, daß er einen regen Briefwechsel mit Hartung unterhielt.

Präs.: War er ängstlich bemüht, den Inhalt der Briefe zu verbergen?

Florencourt: Er hat uns öfters einige Stellen aus denselben vorgelesen.

Präs.: Wie standen Sie in Suben zu Pfeiffer?

Digitized by Google

Florencourt: Ich vertrug mich mit ihm besser, als mit Subaric. Daraus mochte sich eine gewisse Eifersucht des Letzteren gegen Pfeiffer entwickelt haben, und er war bestrebt, diesen bei der Partei zu verdächtigen. Denn Subaric sprach den Grundsatz aus, daß er in der Noth, und wenn es der Parteisache gelte, kein Mittel scheue.

Präs.: Welche Gründe mochte Subaric haben, daß er Pfeiffer bei der Partei verdächtigte?

Florencourt: Ich glaube persönliche Gründe. Subaric war von der Partei desavouirt worden. Er hat schon aus seinem Gefängnisse Brüßhaver verdächtigt. Sein persönlicher Ehrgeiz war dabei im Spiel. Er schrieb an Hartung in den schmeichelhaftesten Worten und brachte es auch dahin, daß zwischen diesem und Pfeiffer eine große Spannung platzgriff.

Präs.: War nie die Rede von einem Revolutionsplan, von einer gewaltthätigen Action zur Umänderung der Regierungsform?

Florencourt: Von einer Action zur Umänderung der Regierungsform war nie die Rede, wohl aber wurde im Allgemeinen von einer Action gesprochen, aber an Einzelnheiten erinnere ich mich nicht mehr.

Präs.: Theilen Sie uns davon so viel mit, als Ihnen noch erinnerlich ist.

Florencourt: Ja das weiß ich nicht mehr so genau, nur auf einzelne Stücke erinnere ich mich.

Präs.: Also ich bitte vorläufig nur die einzelnen Stücke; ich werde Sie dann unterstützen.

Florencourt (nach längerem Besinnen): Wenn ich mich recht erinnere, ging der Anstoß dazu davon aus, daß ich zwei Bücher las, wovon ich eines in der Zelle vorgefunden und das andere mitgebracht hatte. Das vorgefundene Buch handelte über die Reaction und das zweite, das ich selbst mitgenommen, führt den Titel: Die Genesis der 1848er Revolution. Die Lectüre dieser Bücher gab Anlaß über militärische Operationen zu sprechen, hiebei entwickelte Subaric seine von der Militär-Academie in Wiener-Neustadt mitgebrachten tactischen Kenntnisse und gab alle Lehrmeinungen von sich, um seine Ansichten uns klar zu machen. Wir hatten keinen anderen Plan zur Verfügung als den Plan von Wien und wir benützten ihn, um uns die Lehrmeinungen des Herrn Subaric klar machen zu lassen. Es wurde besprochen, wie sich die Arbeiter verhalten müßten und wie das Militär

Digitized by Google

kämpfen würde im Falle einer Erhebung. Es wurde gesagt, daß in diesem Falle die Arbeiter in Fünfhaus, Sechhaus und Mariahilf sich mit denen der Landstraße und Leopoldstadt in Verbindung setzen müßten. Als wichtiger Punkt wurde die Babenbergerstraße bezeichnet, die Gegend der Elisabethbrücke; überhaupt der ganze Wienfluß mit seinen Brücken. Das ganze wurde jedoch nicht etwa als Geheimniß besprochen oder als eine bevorstehende Action, sondern, daß so vorzugehen wäre, im Falle eine Erhebung stattfinden würde.

Präs.: War von einer Straßenkreuzung die Rede?

Florencourt: Das ist mir nicht erinnerlich.

Präs.: Oder vom „Heinrichshof?"

Florencourt: Auch daran kann ich mich nicht erinnern.

Präs.: Frl. Podany will sich erinnern, daß Sie ihr dies erzählt haben.

Florencourt: Es ist möglich, aber ich erinnere mich nicht mehr daran. Sie besuchte mich immer in der Redaction, um Bücher für Pfeiffer zu holen, wo ich im Drange der Geschäfte vielleicht auch dieses Object angeführt habe.

Präs.: Glauben Sie nicht, daß es dem Unbefangenen auffallen muß, daß Ihnen solche theoretische Erörterungen so sehr im Gedächtniß geblieben, so daß Sie dieselben auch noch dem Frln. Podany zu erzählen wissen?

Florencourt: Frl. Podany sprach mit mir davon. Erlauben Sie nur, daß ich meine Meinung über diesen Proceß äußere. Ich halte ihn für überflüssig. Ich sagte dem Frln. Podany: Mir kommt die Sache wie eine Spielerei vor. Ich sagte, das Wichtigste, was vorliegt, ist die kindische Schwärmerei des Subaric. Der plauschte viele merkwürdige Sachen.

Präs.: Welche zum Beispiel?

Florencourt: Ich weiß es nicht mehr. Es gehört das übrigens nicht zur Sache, was er gesagt hat. Es waren Ausgeburten seiner lebhaften Phantasie, die er vorbrachte. Er sprach über Revolutionen, Processe und ähnliche Dinge. Scherzhaft fragte ich ihn: „Sie, wenn ich Sie nun denuncire?" „Ah! mir geschieht nichts!" antwortete er.

Präs.: War Ihnen die Flucht des Subaric bekannt?

Florencourt: Sehr wohl, ich mußte noch vier Wochen darnach sitzen.

Digitized by Google

Präs.: Was dürfte wohl das Motiv sein, daß Subaric zwei Tage vor seiner Freilassung flüchtete, und zwar in einer Weise flüchtete, die ihn den Tod in dem Inn oder der Donau finden ließ?

Florencourt: In Suben ging das Gerücht um, daß Subaric in eine neue Untersuchung verflochten wird. Er hat nämlich vor seiner ersten Einkerkerung Aeußerungen gemacht, die ich für kindische Renommistereien ansah, die aber ehrlich genommen, allerdings wie eine Majestätsbeleidigung aussahen. Außerdem hatte er von der Unparteilichkeit der österreichischen Gerichte keine zu große Meinung. Er hatte diese in seinem Uebermuth gegen einige Sträflinge geäußert, wurde denuncirt und die Folgen sollten nicht ausbleiben.

Präs.: War Subaric aufgeregt, exaltirt?

Florencourt: Er hat ein gefährliches Temperament. Er war eigentlich kein Sanguiniker; er war cholerisch, dabei hatte er ganz absonderliche Ideen.

Präs.: Was ist Ihnen von Subaric' Schriften bekannt?

Florencourt: Vor seiner Flucht hat Subaric seine Papiere geordnet und übergab mir dieselben. Ich hieß ihn ein Paquet unter das Bett schieben, ein anderes legte ich in ein Buch. Er übergab mir die Papiere, weil er nicht wußte, wohin er gehen werde; ich sollte ihm sie später nachschicken, die Papiere wurden jedoch confiscirt und ohne mein Beisein geöffnet.

Präs.: Wußten Sie von der Geheimschrift des Subaric?

Florencourt: Das war Spielerei.

Präs.: Kannten Sie Leidesdorf?

Florencourt: Sehr gut.

Präs.: Halten Sie ihn für exaltirt?

Florencourt: Nein, er ist ein ganz verschiedener Mann; wenn er auf der Rednerbühne steht, da ist er sehr lebhaft, in der Regel aber äußerte er sich ruhig und es war sehr gut mit ihm umzugehen, vorausgesetzt, daß man ihn allein reden ließ. (Heiterkeit.)

Präs.: Halten Sie ihn in der Conversation für einen Phantasten, ist sein Denken folgerichtig?

Florencourt: Er hat sehr viel gelesen und gelernt und denkt ziemlich folgerichtig.

Präs.: Ist er unvorsichtig in der Conversation?

Florencourt: Das habe ich nie bemerkt.

Digitized by Google

Präs.: Auf welche Weise sind Sie mit Fräulein Podany in Berührung gekommen?

Florencourt: Von der Rolle des Fräulein Podany habe ich schon in Suben gehört, persönlich lernte ich sie erst am Morgen der Gefangennehmung Pfeiffer's kennen, wo sie mir die Nachricht in die Redaction überbrachte.

Präs.: Hat Subaric Pläne gezeichnet?

Florencourt: Ja, den Plan einer Insel im Inn.

Präs.: Sonst keine? Fräulein Podany behauptet, Sie hätten von mehreren Plänen gesprochen.

Florencourt: Da irrt sie sich.

Oberwinder: Erinnern Sie sich, in welchem Monate Fräulein Podany mit Ihnen über den Revolutionsplan sprach?

Florencourt: Das weiß ich nicht, sie ist einigemale im Auftrage Hartung's und Pfeiffer's in die Redaction zu mir gekommen; ich habe aus Höflichkeit einige Worte mit ihr gewechselt, obwohl es mir lieber gewesen wäre, wenn ich im Redactions-Bureau ungestört geblieben wäre.

Oberwinder: War es lange nach der Verhaftung?

Florencourt (nach längerem Besinnen): Ich erinnere mich nicht darauf.

Oberwinder: Wissen Sie von einem Briefe Hartung's an Subaric, wo er sein Herz über Fräulein Podany ausgeschüttet habe.

Florencourt: Davon habe ich nichts gesagt.

Präs.: Ist Ihnen bekannt worden, welche Stellung die Zeugin Podany zur Partei oder einzelnen Mitgliedern der Partei eingenommen hat?

Florencourt: Der Eindruck, den ich in Suben bekam, war der, daß sie eine hervorragende Parteigenossin war und mit als Führer geltenden Herren im beständigen Verkehre stand. Sie wurde als eine sehr werthvolle Errungenschaft der Partei bezeichnet, die für die Partei ungemein viel thue. In Suben hieß es, sie stehe in näherem Verhältniß zu Hartung, es hieß, sie sei die Braut Hartung's; am Ende der Haft aber hörte ich, daß die Braut Hartung's aus Frankfurt angekommen sei, worauf Fräulein Podany Hartung fallen ließ. Später hat mir Fräulein Podany erzählt, daß sie von dem Verhältniß Hartung's zur Nürnbergerin gewußt, ja selbst den Briefwechsel zwischen

Digitized by Google

Hartung und seiner Braut geführt habe, indem Hartung einige Schwächen in der Orthographie hatte.

Präs.: Hat sich Fräulein Podany mit Ihnen über die Parteiführer geäußert?

Florencourt: Ich muß da etwas vorausschicken: Ich gehöre nach meinen Grundsätzen zu derselben Partei, wie die Angeklagten, es sind aber in der Partei zwei Strömungen, die centralistische und die föderalistische. Ich gehöre zu der letzteren und mit mir Pfeiffer, Leidesdorf, Subaric, Fräulein Podany. Insoferne waren wir politische Gegner, denn Hartung und Oberwinder waren Centralisten. Es wurde daher vielfach über die Gegner gesprochen.

Präs.: Hat sich Fräulein Podany nie geäußert, daß Oberwinder mit den Arbeitern ein Doppelspiel treibe?

Florencourt: Die Ansicht hatten wir von der Opposition Alle, das war die Kritik, die wir an seine ganze Thätigkeit von Anfang an legten.

Präs.: Ich bitte um eine Darstellung dieser Kritik.

Florencourt: Wir hielten ihn für einen sehr zweifelhaften Schüler Lassalle's. Lassalle wollte sociale Umänderungen und zu diesem Behufe auch politische. Oberwinder umgekehrt wirkte nach der socialen Seite viel weniger als nach der politischen. Die politische Agitation war ihm die Hauptsache. Auch er war centralistisch, was die Bewegung auf die Umgebung Wiens einengte. Pfeiffer, Frl. Podany und ich konnten uns auch über den Fehler nicht fassen, der mit dem Eisenacher Congresse gemacht wurde, denn wir hielten es für schädlich, daß man sich aufs Ausland stütze. Ferner entwickelte Oberwinder nicht diejenige Toleranz gegen die verschiedenen religiösen Anschauungen, die in dem Programme ausgesprochen war. Wo katholische Gesinnung herrschte, insbesondere bei der katholischen Landbevölkerung, konnte die Arbeiterbewegung unter der Führung Oberwinders unmöglich Fortschritte machen. Die Fehler, die gemacht wurden, waren so große, daß wir manchmal auf den Gedanken kamen, dieselben könnten wohl gar absichtliche sein, und er wäre vielleicht ein Agent. — An Thatsachen ist mir jedoch über Herrn Oberwinder nichts Nachtheiliges bekannt.

Dr. Mauthner: Agent in wessen Interesse? —

Florencourt: Ich habe ihn zuerst im Jahre 1868 für einen Agenten des Bürgerministeriums gehalten, nach dem Eisenacher Con-

Digitized by Google

greß für einen Agenten des Grafen Beust, was ich auch im „Vaterland" geschrieben habe.

(Die Beeidigung des Zeugen wird aufgeschoben.)

Marie Podany.

Unter allgemeiner Spannung tritt Frl. Maria Podany in den Saal. Sie erscheint in ganz schwarzer Toilette. Sie gibt an, sie sei 20 Jahre alt, ledig, Buchhalterin bei ihrem Vater Franz Podany, Besitzer einer Mosaik-Fournierfabrik.

Präs: Hegen Sie gegen einen der auf der Anklagebank befindlichen Personen einen persönlichen Haß?

Podany: Nein.

Präs.: Ich fordere Sie auf, uns die volle Wahrheit zu sagen und nicht zu glauben, daß Sie durch diese oder jene Antwort dem Gerichte eine Gefälligkeit erweisen. Wann haben Sie sich der Arbeiterbewegung angeschlossen?

Podany: Mein Bruder ist Lehrer in Ottakring; als das Lehrzimmer in Ottakring eröffnet wurde, wurde an mich die Anforderung gestellt, den Unterricht in der Buchhaltung zu übernehmen. Ich habe auch eingewilligt, ich wurde später zum Balle geladen und dort lernte ich Hartung und Oberwinder kennen. Darauf kam Ersterer ins Lesezimmer zu uns hinaus. Als Hartungs Namensfest war, habe ich über Aufforderung mehrerer Personen meine Karte zur Gratulation beigeschlossen und erhielt von Hartung dann einen Brief, den ich hier deponire. (Sie übergibt ihn dem Präsidenten.)

Präs. (lesend): Sehr geehrtes Fräulein! Erst heute bin ich in der Lage, Ihnen auf Ihren Glückwunsch zu antworten, so sehr bin ich durch Redactions-Geschäfte in Anspruch genommen gewesen. Meinen herzlichen Dank für Ihre freundliche Gesinnung; es gewährt ein wohlthuendes Gefühl, wenn man auf dornenvoller Bahn echte Freundschaft findet, die, frei von jedem Eigennutz, nur aus Liebe zur Sache bemüht ist, sie ebnen zu helfen. Nur zwanzig Worte habe ich mit Ihnen gewechselt, aber glauben Sie mir, Freunde wie Sie findet man selten, auch in unserem Geschlechte. Bleiben Sie in unserer Reihe und bewahren Sie mir Ihre Freundschaft. Ihrer freundlichen Einladung folgend, werde ich mir bald erlauben, mit meinen Freunden Oberwinder und Pfeiffer Ihre Eltern zu besuchen.

Präs.: Hat Hartung Sie in die Pläne der Partei eingeweiht?

Digitized by Google

Podany: Ja, er hat mir die Vorgänge in den Ausschußsitzungen erzählt.

Präs.: Sind Sie einer Partei-Verbindung beigetreten?

Podany: Der internationalen Association; Hartung hat mir das Diplom überbracht.

Präs.: Wie lange haben Sie mit den Führern der Partei verkehrt?

Podany; Bis Anfangs Juli 1869.

Präs.: In Ihrem Protocolle sagten Sie, Sie hätten das Interesse an der Sache verloren, weil Sie den Character der verschiedenen Persönlichkeiten kennen lernten.

Podany: Wenn mein Interesse an der Sache abgeschwächt wurde, so liegt der Grund darin, weil ich nicht Gelegenheit fand, das Vorgehen ihrer Führer, insbesondere Oberwinder's, aufzuklären; ich habe Oberwinder nicht mehr achten können und Hartung deshalb nicht, weil er zu schwach war, Oberwinder entgegenzutreten.

Präs.: Was war der Anlaß?

Podany: Oberwinder ist einmal zu mir gekommen und sagte, er könne nicht begreifen, daß ich mit einem Menschen wie Hartung, der doch so ein ordinärer Mensch sei, verkehren könne, und als ich ihn zur Rede stellte, da er doch Hartung's Freund sei, erklärte er, daß von persönlicher Freundschaft gar nicht die Rede sein könnte, da Hartung doch sehr tief unter ihm stehe.

Präs.: Haben Sie ihn nicht gefragt, warum er doch mit Hartung die Verbindung aufrecht erhalte?

Podany: Er sagte, er könne ihn vortrefflich als Werkzeug für seine Pläne benützen.

Präs.: Warum mochte Oberwinder den Hartung nicht leiden?

Podany: Hartung hatte in der Masse viel Sympathien, was Oberwinder von sich nicht sagen konnte. Oberwinder verfolgte einen doppelten Zweck, indem er durch Hartung sich gegen äußere Angriffe gedeckt fand und nicht in die unangenehme Lage kam, mit dem Pöbel zu verkehren.

Präs.: Warum gebrauchen Sie diesen Ausdruck?

Podany: Diesen Ausdruck gebrauchte Oberwinder mir gegenüber. Oberwinder brachte mir einen Brief von Hartung, in welchem Hartung davon sprach, daß Tausende von Herzen ihm warm entgegenschlagen. Oberwinder äußerte sich: Nein, der Hartung ist doch ein

Digitized by Google

eitler Narr, er ist glücklich, wenn ihm der Pöbel ein „Hoch“ in die Ohren brüllt.

Präs.: Hat er den Ausdruck „Arbeiterpöbel“ gebraucht oder nur einfach Pöbel?

Podany: Blos Pöbel.

Präs.: Wissen Sie noch andere Thatsachen, aus denen Sie auf eine Untreue Oberwinder's gegen seine Partei schließen?

Podany sinnt nach.

Präs.: Wenn Sie sagen, daß Oberwinder es nicht ehrlich mit seiner Partei meinte, so würden Sie doch wohl Thatsachen hiefür haben — denken Sie darüber nach.

Podany (nach einer Pause): Im Großen und Ganzen hat er auf mich den Eindruck gemacht, daß es ihm mit seiner Anhänglichkeit nicht Ernst ist.

Präs.: Wenn das Ihre Ueberzeugung war, hatten Sie dieselbe nicht den andern Führern mitgetheilt.

Podany: Nur Hartung und Pfeiffer.

Präs.: Hat nicht Oberwinder sich geäußert, ob er die Massen zu seinen politischen Zwecken gebrauchen wolle?

Podany: Ja, das hat er immer damals gesagt, als er sich äußerte, daß er auch Hartung zu seinen Zwecken benütze.

Präs.: Was hat er gesagt?

Podany: Wörtlich kann ich es nicht mehr wiederholen.

Präs.: War Ihre Angabe in der Voruntersuchung richtig, wo Sie sagten, Oberwinder hat schon früher häufig vom Arbeiterpöbel geredet, der einen Leithammel brauche.

Podany: Ja.

Präs.: Hat er auch gesagt, daß man die Magenfrage zu politischen Zwecken mißbrauchen wolle.

Podany: Ja, das hat er mir im Garten gesagt.

Präs.: Ist es also so wie ich sagte:

Podany: Nicht ganz wörtlich so, sondern er sagte, wenn der Pöbel durch Hunger getrieben ist, dann ist er zu etwas zu gebrauchen.

Präs.: Haben Sie Hartung aufmerksam gemacht, wie Oberwinder über ihn und die Arbeitermasse denkt.

Podany: Ja.

Präs.: Was hat er erwidert?

Digitized by Google

Podany: Er war wüthend, daß Oberwinder so etwas sprechen könne. Ich forderte ihn auf, nicht sofort zu Oberwinder zu gehen, sondern sich die Sache zu überlegen. Er eilte jedoch fort und am andern Tage kam er freudestrahlenden Gesichtes, um mir zu sagen, daß er Oberwinder gefragt und dieser es entschieden verneint habe.

Präs.: Ist es richtig, daß Sie schon lange vor dem 13. December von dem Gewaltschritte wußten?

Podany: Ich erfuhr es zuerst von einem Mitgliede des Arbeiterbildungs-Vereins; in letzterer Zeit erzählte mir Hartung, daß sie eine Demonstration durchsetzen und dem Abgeordnetenhause eine Petition überreichen würden.

Präs.: War nicht schon früher eine solche Demonstration beabsichtigt?

Podany: Ja, es hätte schon im Juli v. J. eine Demonstration abgehalten werden sollen, als es sich darum handelte, den allgemeinen Arbeitertag in Wien abzuhalten. Die Petitionäre wollten einen Massenumzug veranstalten.

Präs.: Sie wollten mit Fahnen durch die Stadt, und dann zum Zobel hinausziehen?

Podany: Ja.

Präs.: Hat Ihnen Hartung nicht schon drei Wochen früher die Deputations-Mitglieder genannt, und von der Demonstration erzählt?

Podany: Ja, er sagte mir auch, daß Pfeiffer dabei sein würde.

Präs.: Der war ja in Haft?

Podany: Ja, das bemerkte ich ihm auch, aber er sagte, daß Pfeiffer bis dahin schon frei sein werde.

Präs.: Hat er Ihnen schon damals auch noch andere Mitglieder der Deputation genannt?

Podany: Ja, die Herren Dorsch, Schäftner und Berka; auf weitere weiß ich mich nicht zu erinnern.

Präs.: Hat er Ihnen gesagt, auf welche Weise irgend ein Gewaltact in Scene gesetzt werden soll?

Podany: Ich weiß bestimmt, daß für die Demonstration lebhaft agitirt worden ist, und zwar mündlich und schriftlich.

Präs.: Haben Sie, als zwischen Ihnen, Hartung und Oberwinder von der Demonstration die Rede war, nicht über das Gefährliche eines solchen Unternehmens gesprochen?

Digitized by Google

Podany: Allerdings, aber Hartung lächelte nur, und Oberwinder meinte: Fürchtet Euch nicht, der Generalmarsch wird noch nicht geschlagen.

Präs.: Haben Sie nicht Oberwinder gefragt, ob er auch zur Deputation gehören werde?

Podany: Ja.

Präs.: Haben Sie ihm damals nicht scherzweise eine Antwort gegeben?

Podany: Ich sagte ihm, es ist leichter, von oben herab sich die Sache anzusehen.

Präs.: Was meinten Sie mit dem „von oben herab?"

Podany: Von der Bastei aus.

Präs.: Haben Sie denn ihn oben bemerkt?

Podany: Ich glaube ihn gesehen zu haben, genau weiß ich es nicht mehr.

Präs.: Ist es richtig, daß Ihnen Hartung als Grund der Demonstration angegeben hat: Ja, einige Forderungen unseres Programmes lassen sich nicht anders durchsetzen! Wollen Sie mir genau die Worte angeben, die er damals gebraucht hat.

Podany (nach einer Pause): Er hat gesagt: Einige Punkte des Programmes lassen sich nicht auf legalem Wege erringen.

Präs: Herr Schriftführer, ich bitte das zu protokolliren. (Zur Zeugin): Welches Programm hatte Hartung damals im Auge?

Podany: Ich glaube das Eisenacher.

Präs.: Können Sie sich vielleicht entsinnen, ob nicht Oberwinder sich Ihnen gegenüber noch in anderer Weise über den 13. December geäußert hat? Etwa in großsprecherischer Weise?

Podany (nachdenkend, dann scharf betonend): Er sagte: „Morgen lasse ich meine Garde ausrücken" (Oberwinder macht eine verneinende Kopfbewegung.) Das waren seine Worte.

Präs.: Welchen Eindruck machte diese Aeußerung auf Sie?

Podany: Ich nahm sie von scherzhafter Seite.

Präs.: Was hat Oberwinder noch vor der Demonstration am 13. December gesprochen? (Nach einer Pause, da die Zeugin mit der Antwort zögert.) Ich muß Sie nochmals ersuchen, mir die genauesten Auskünfte zu geben. Denken Sie nach darüber, Sie haben Zeit —

Podany: Es schien mir, als ob er große Hoffnungen auf diesen Coup setzte.

Digitized by Google

Präs.: War er denn überzeugt davon, daß der Gewaltact ruhig verlaufen wird?

Podany: Mir gegenüber äußerte er, er sei überzeugt, daß die Affaire eine ruhige Wendung nehmen werde. Er schmeichelte sich nämlich, die Massen so in der Hand zu haben, daß er mit ihnen thun könne, was er wolle.

Präs.: Hat Ihnen Hartung im Laufe des Gespräches nicht erzählt, die Demonstration sei nach militärischer Disciplin organisirt?

Podany: Ich habe ihm meine Befürchtung, es könnte zu Ausschreitungen kommen, nicht verhehlt. Er beruhigte mich mit den Worten, es sei dagegen Vorsorge getroffen, indem Platzofficiere aufgestellt seien.

Präs.: Haben Sie ihn nicht gefragt, wer diese Platzofficiere seien?

Podany: So viel ich weiß, sollten von jedem Lesezimmer die Ordner sich dieser Aufgabe unterziehen.

Präs.: Ist auch ein Losungswort ausgegeben worden, und können Sie mir dasselbe nennen?

(Zeugin schweigt, Präsident wiederholt die Frage.)

Podany (nach längerem Zaudern): Das Losungswort hieß: „Unsere Fahne ist roth.

Präs.: Hielten Sie das auch für einen Scherz?

Podany: Nein.

Präs.: Hat Pfeiffer, als er von Suben zurückkam, mit Ihnen über den 13. December gesprochen?

Podany: Es war zwischen uns die Rede davon. Ich wollte, daß Pfeiffer an der Demonstration nicht theilnehme, denn ich wußte, daß Hartung, der ein Centralist war, auf ihn, den Föderalisten, nicht sehr gut zu sprechen war, und ich deßhalb einen Streit erwarten mußte. Ich äußerte mich auch Hartung gegenüber in diesem Sinne, allein er schien anderer Meinung zu sein.

Präs.: Was konnte also Hartung, nachdem eine solche politische Meinungsverschiedenheit vorhanden war, doch dazu bewegen, auch Pfeiffer zur Demonstration beizuziehen?

Podany: Er versprach sich mehr Effect, wenn es hieß, daß sich Pfeiffer, der eben von Suben gekommen, auch betheilige.

Präs.: Waren Sie auch in Bischof's Bierhalle?

Podany: Ja.

Digitized by Google

Präs.: Haben Sie dort gesehen, daß die Petition geschrieben wurde?

Podany: Ja. Schäftner schrieb sie; was sie enthielt, wußte ich nicht.

Präs.: Sie haben angegeben, daß Sie Jemanden sagen gehört haben: Wir werden von der Herrengasse aus wegziehen, und falls uns die Polizei in den Weg tritt, zeigen, welche moralische Kraft in den Arbeitern liegt. Wissen Sie vielleicht, wer so gesprochen hat?

Podany: Nein, es hat das Jemand aus der Masse herausgerufen.

Präs.: Sind Sie nach der Demonstration auch mit zum Zobel gegangen?

Podany: Ja.

Präs.: Sie sagten, daß Sie gegen die Führer Mißtrauen geschöpft, daß Sie insbesonders vor Oberwinder die Achtung verloren. Wie kommt es nun, daß Sie trotzdem im Juli 1869 zur Zeit der Anwesenheit Liebknecht's noch im lebhaften Verkehre mit den Führern gestanden haben?

Podany (nach einer Pause, stockend): Weil ich mich von ihren Plänen unterrichten wollte. (Bewegung).

Präs.: Hatten Sie vielleicht für einzelne Personen ein besonderes Interesse gefaßt?

Podany: Ja, für Oberwinder.

Präs.: Warum?

Podany: Ich wollte seine Ideen kennen lernen.

Präs.: Wie kamen Sie mit Liebknecht zusammen?

Podany: Er wurde mir in der Volksversammlung beim Zobel vorgestellt, und Nachmittags trafen wir uns in der „Neuen Welt".

Präs.: Mit wem gingen Sie dorthin?

Podany: Mit meinem Bruder und meiner Schwester, Hartung, Oberwinder und Liebknecht.

Präs.: Hat Sie an der ganzen Bewegung gar nichts interessirt, als der Charakter Oberwinder's?

Podany: Nur er, weil er der bedeutendste und maßgebendste war.

Präs.: Und hat Ihr Verkehr mit ihm keinen andern Zweck gehabt, als das Studium seines Charakters?

Podany: Nein, ich wollte so in die Lage kommen, die Leute über ihn aufzuklären.

Digitized by Google

Präs.: Und doch sind Sie nicht dazu gekommen?

Podany: Ja, weil mir Beweise fehlten.

Präs.: Was geschah denn in der „Neuen Welt?"

Podany: Es war daselbst auch Mühlwasser aus Brünn, Oberwinder suchte Liebknecht zu bewegen, daß dieser den Mühlwasser wegen seines Vorgehens in Eisenach zurechtweise, sowie deshalb, weil er in Brünn ein Blatt gegründet habe, das dem Wiener Parteiorgan Concurrenz macht. Man wollte, daß sich Mühlwasser den Wiener Führern unterwerfe und daß die „Volksstimme" das alleinige Parteiorgan sei.

Präs.: Wer hat in diesem Sinne vorzüglich auf Liebknecht eingewirkt?

Podany: Oberwinder. Liebknecht setzte hierauf dem Mühlwasser die Sache auseinander und gebrauchte sogar Worte wie Schurke, Betrüger. Mühlwasser ging hierauf fort. Als wir zu einer Straßenbiegung kamen — ich ging zwischen Liebknecht und Hartung — sagte Liebknecht: „Laßt mich mit Mühlwasser in Ruhe, er ist auch nicht schlechter, als Ihr."

Präs.: In der Voruntersuchung sagten Sie: „... als wir". Welches ist das Richtige?

Podany: Meine Aussage in der Voruntersuchung.

Präs.: Sie haben auch früher angegeben, daß die Controlscommission sich hier constituirt hat. Heute negiren Sie es.

Podany: Bestimmt weiß ich es nicht. Ich glaube nur, daß sie sich constituirt hat.

Präs.: War außer dem 13. December auch noch von anderen Gewaltakten die Rede, die auf eine Umänderung der Regierungsform zielten?

Podany (nach langer Pause): Mir war sonst nichts bekannt.

Präs.: In der Voruntersuchung haben Sie aber doch eine Angabe gemacht.

Podany (zögernd): Ich weiß nichts Bestimmtes.

Präs.: Es ist Ihnen also nichts weiter bekannt?

Podany (abermalige Pause): Es wurde davon gesprochen, zu versuchen, daß man mit Gewalt Etwas erringe. Näheres weiß ich nicht.

Präs.: Sie sagten, daß die Bewegung einen gefährlichen Charakter habe —

Podany: Das war meine Ansicht, denn ich konnte gar nicht an die Möglichkeit des Gelingens denken.

Digitized by Google

Präs.: Daraus folgt aber noch nicht, daß die Bewegung eine gefährliche war. Wußten Sie schon früher von der Demonstration?

Podany: Hartung stellte eine Action in Aussicht.

Präs.: Wo?

Podany: In Wien. (Heiterkeit.)

Präs.: Das glaube ich Ihnen. Sie sagten, Hartung wollte die Massen organisiren. Wozu sollte das geschehen?

Podany: Vermuthlich, um dieselben im gegebenen Momente zu einem Handstreiche zu benützen.

Präs.: Ja, Sie stellen so viele Hypothesen auf und sprechen in so abgerissenen Sätzen, daß sich weder die Anklage noch die Vertheidigung ein Urtheil bilden können. Wollen Sie deshalb ganz genau aussagen.

Podany: Ich meinte mit diesem gegebenen Momente den 13. December.

Präs.: War nicht auch von Ereignissen in Paris die Rede, von deren Eintritt man weitere Schritte abhängig machte?

Podany: Nein.

Präs.: Hat sich Hartung Ihnen gegenüber nie über die Mittel zu seiner Existenz geäußert?

Podany: Er sagte mir blos, daß Oberwinder für auswärtige Blätter schreibe und gut honorirt werde.

Präs.: Hat er Ihnen nicht auch gesagt, daß Oberwinder für das „Felleisen" correspondire?

Podany: Ja. Er gab mir einmal einen Artikel zu lesen, der die Chiffre O—r. trug.

Präs.: Ist es richtig, daß Hartung für den „Volksstaat" arbeitete und halten Sie ihn überhaupt dazu fähig?

Podany: Nein, denn er konnte nicht einmal orthografisch schreiben.

Präs.: Wie beurtheilen Sie überhaupt Hartungs Charakter?

Podany: Er ist ein ehrlicher Mann; nur muß er Jemand haben, der ihn leitet.

Präs.: Hat er Rednergabe?

Podany: Ja.

Präs.: Wann sind Sie mit Florencourt in Verbindung getreten und aus welchem Anlasse?

Podany: Zur Zeit der Verhaftung Pfeiffer's.

Digitized by Google

Präs.: Hat er Ihnen gleich Mittheilungen gemacht über seinen Aufenthalt in Suben?

Podany: Zuerst nicht, erst später.

Präs.: War von Subaric die Rede?

Podany: Ja.

Präs.: Hat er Ihnen nichts mitgetheilt von Angriffsplänen, von der Erstürmung der Burg oder einem Volksaufstande in Wien?

Podany: Ja wohl, indem er hinzufügte, daß er über die phantastischen Pläne des Subaric habe lachen müssen.

Präs.: Was hat Florencourt bewogen, Ihnen Mittheilungen zu machen?

Podany: Weil ich ihn gefragt habe, ob er etwas von solchen Plänen wisse.

Präs.: Ja, woher wußten Sie denn von der Existenz solcher Pläne?

Podany: Hartung hat mir einmal anvertraut, daß Subaric in „Angriffspläne" eingeweiht sei.

Präs.: Ich bitte, dies zu protokolliren. — Sagen Sie mir, wie hat sich denn Florencourt über die Pläne des Subaric ausgesprochen?

Podany: Er meinte, Subaric sei ein äußerst überspannter Kopf, der schon im Geiste den Heinrichshof als sein Hauptquartier angesehen habe.

Präs.: Florencourt will sich aber nicht an den Heinrichshof erinnern.

Podany: Ich weiß bestimmt, daß er mir diesen Punkt genannt hat.

Präs.: War Hartung mit Subaric intim?

Podany: Intim nicht, aber er war ihm freundlich gesinnt.

Präs.: Glauben Sie aus den Aeußerungen des Hartung entnommen zu haben, daß dem Subaric bei diesen Angriffsplänen irgend welche Rolle zugetheilt war?

Podany (nach längerem Bedenken): Von einer bestimmten Rolle weiß ich nichts.

Präs.: Wie erklären Sie sich nun, daß gerade Subaric unter allen Parteigenossen in diese Pläne eingeweiht gewesen sein soll? Man muß ihm doch eine besondere Rolle zugedacht haben?

Digitized by Google

Podany: Es ist wohl anzunehmen, daß Hartung den Subaric, den er als einen sehr exaltirten Menschen kannte, am besten zur Ausführung solcher Pläne geeignet hielt.

Präs.: Sonst hat Ihnen Florencourt nichts mitgetheilt?

Podany: Nein.

Präs.: Florencourt behauptet, er habe Ihnen die Pläne des Subaric nur als Ausgeburten einer erhitzten Phantasie hingestellt, ohne denselben irgend eine Wichtigkeit beizulegen.

Podany: Das ist richtig.

Präs.: Das Verhör der Zeugin durch den Präsidenten ist hiemit abgeschlossen.

Dr. Mauthner (zu Florencourt): Welches war der Anlaß weßhalb Frl. Podany auf diese Angriffspläne zu sprechen kam?

Florencourt: Es geschah dies ohne Veranlassung, ich sprach gerade von der Geringfügigkeit des ganzen Processes und drückte die Hoffnung aus, daß die Angeklagten bald frei sein dürften.

Präs. (zur Zeugin): Haben Sie speciell über Angriffspläne gesprochen, um herauszubekommen, ob Subaric von solchen Plänen wirklich etwas wußte, oder war es bloße Neugierde Ihrerseits?

Podany: Weder das Eine, noch das Andere. Es hat sich im Laufe des Gespräches gerade ergeben.

Präs. (zu Florencourt): Erinnern Sie sich, ob Ihnen Subaric mittheilte, daß Hartung von diesen Plänen Kenntniß habe?

Florencourt: Ja. Es hat das auf mich den Eindruck gemacht, als ob zwischen Hartung und Subaric diese Pläne ein geläufiges Besprechungs-Thema gewesen wären.

Dr. Singer (zur Zeugin): Sie haben zu Protocoll gegeben, daß Sie mit Oberwinder am 12. December zusammengetroffen sind. Können Sie mir angeben, wann und wo?

Podany: Vormittags in der Redaction.

Dr. Singer: Können Sie mir auch die Stunde angeben?

Podany: Es dürfte zwischen $^1/_2$11 und $^1/_2$12 Uhr gewesen sein.

Dr. Singer: Was wissen Sie von dem Verkehre zwischen Oberwinder und einem Herrn Olendorf, wie Sie ihn in der Voruntersuchung genannt haben, zu erzählen?

Präs.: Ich constatire vor Allem, daß diese Persönlichkeit, die in der Voruntersuchung Olendorf hieß, niemand Anderer ist, als der Regierungsrath Ritter v. Orges, (zur Zeugin) und ich bitte mir

Digitized by Google

jetzt in Ergänzung der vom Herrn Vertheidiger gestellten Frage, zu sagen, ob Ihnen die Art der Begrüßung des Oberwinder durch Orges den Eindruck erzeugt hat, als ob diese beiden Herren näher mit einander bekannt wären. War die Begrüßung eine intime?

Podany: Ja. Ich sah in den Spiegel und glaubte zu bemerken, wie Orges und Oberwinder vertraulich mit den Augen zwinkerten.

Präs.: Schien es Ihnen nicht, daß Orges bestrebt war, den Schein, als ob er mit Oberwinder bekannt sei, zu vermeiden? Wollen Sie sich genau erinnern.

Podany: Ich konnte das nicht bemerken.

Präs.: Und wie war es denn, als Orges sich von Oberwinder verabschiedete? War die Begrüßung eine freundliche oder eine kalte?

Podany: Sie war eine kalte, allein mir kam doch dabei vor, als hätten sich die beiden Herren schon von früher her gekannt.

Dr. Singer: Sie haben vorhin gesagt, die Gespräche Oberwinders mit Ihnen hätten gewöhnlich einen scherzhaften Charakter gehabt. Hat er bei Gelegenheit der Demonstration auch scherzhaft gesprochen?

Podany: Ja. Er sagte: Morgen lasse ich meine Garde ausrücken.

Dr. Singer: War bei der beabsichtigten Erhebung der Arbeiter nicht Ihnen selbst eine Rolle in dem Actionsplane zugedacht?

Podany (lächelnd): Oberwinder sagte zu mir: „Sie werden mein Generaladjutant" und Hartung: „Wenn ich Minister werde, werden Sie mein Generalsecretär."

Dr. Mauthner: Sie haben in der Untersuchung angegeben, daß Hartung Ihnen bereits drei Wochen vor der Demonstration am 13. December die Namen der Deputationsmitglieder genannt habe. Mehrere der Angeklagten wußten aber gar nicht sicher, ob sie hingehen werden.

Podany: Das, was ich gesagt habe, ist richtig. Ob Hartung die Deputationsmitglieder verständigt hat, weiß ich nicht.

Dr. Mauthner: Sie haben früher mitgetheilt, daß Oberwinder sich in herben Ausdrücken über Hartung ergangen, daß er ihn unter Anderem als Werkzeug bezeichnet habe. Sie wollten dies dem Hartung zugebracht haben. Dieser sei hierauf zu Oberwinder gegangen, welcher es in Abrede gestellt habe. Da sei Hartung ganz glücklich zurückgekommen und habe gesagt: Es ist nicht wahr.

Digitized by Google

Podany (nach einer Pause): Dies ist richtig.

Dr. Mauthner weist nun auf die Widersprüche hin, deren sich nach seiner Ansicht die Zeugin im Verlaufe der heutigen Vernehmung gegenüber ihren Aussagen in der Voruntersuchung schuldig gemacht habe. Er erwähnt insbesondere des Umstandes, daß die Angaben, welche die Zeugin über das Gespräch mit Liebknecht in der „Neuen Welt" gemacht hat, nicht übereinstimmen, und beantragt deshalb die Vorladung des Herrn Liebknecht als Zeugen zur Schlußverhandlung.

Der Staatsanwalt spricht sich mit Rücksicht darauf, daß die Zeugenschaft Liebknecht's für die Entscheidung dieses Processes ganz irrelevant sei, gegen diesen Antrag aus.

Der Präsident erklärt, daß der Gerichtshof hierüber nach Schluß dieses Verhöres Beschluß fassen werde.

Dr. Mauthner: Sie haben früher angegeben, daß Sie die Bewegung als eine gefährliche angesehen haben. Heute sagten Sie, Sie hätten gemeint, die Bewegung werde einen für die Arbeiter gefährlichen Charakter annehmen.

Podany: Meine Ansicht war die, daß wenn Oberwinder noch länger die Leitung behielte, er die Arbeiter zu Actionen benützen würde, welche für sie gefährlich werden könnten.

Dr. Singer: Was ist es mit der Uebervortheilung Hartung's durch Oberwinder?

Podany: Hartung erzählte, daß Oberwinder mehr brauche als er.

Dr. Singer: In der Voruntersuchung äußerten Sie sich anders. Sie sagten, daß Oberwinder bei der Theilung des Verdienstes ungerecht vorgegangen sei.

Podany: Hartung sagte mir, daß Oberwinder mehr für sich in Anspruch nehme.

Dr. Singer: Hat das den Eindruck einer Uebervortheilung auf Sie gemacht?

Podany: Ich dachte eben, daß Oberwinder mehr nehme.

Dr. Singer: Haben Sie am 13. December den Groß in Bischof's Bierhalle gesehen?

Podany: Nein.

Dr. Singer: Aber in der Voruntersuchung haben Sie das angegeben.

Digitized by Google

Podany: In der Untersuchung wurde ich dreimal unwohl, so daß die Aufnahme des Protokolls unterbrochen werden mußte. Es ist nun möglich, daß ich auf die bezügliche Frage des Untersuchungsrichters nicht antwortete und daß dieser mein Schweigen als Zustimmung angesehen hat.

Oberw. (zur Zeugin): Sie haben angegeben, ich hätte von einem Arbeiterpöbel gesprochen. Ich muß das entschieden in Abrede stellen.

Präs. (zur Zeugin): Können Sie es ihm mit allen Nebenumständen in's Gesicht sagen?

Podany: Ja wohl (sich zu Oberwinder wendend, mit fester Stimme): Es war dies damals, als Sie mir einen Brief von Hartung brachten; da sagten Sie: „Hartung ist glücklich, wenn ihm der Pöbel ein Hoch ausbringt".

Dr. Mauthner: Ich bitte, diese Antwort zu protokolliren, weil sie dem, was die Zeugin früher angegeben hat, widerspricht.

Präs.: In diesem Punkte irren Sie sich, Herr Doctor.

Oberw. (mit ironischer Betonung): Sie haben mir auch die Aeußerung in den Mund gelegt: „Die Arbeiter brauchen einen Leithammel". Ich soll das mit Beziehung ...

Präs. (strenge): Ich bitte, die Zeugin nicht zu ironisiren.

Oberw. (heftig): Ich muß diese Aeußerung entschieden ablehnen.

Podany: Und ich muß sie aufrecht erhalten.

Oberw.: So, Sie wissen das ganz bestimmt?

Podany: Ja.

Oberw. (sieht die Zeugin lange durchdringend an und fragt dann weiter): Sie haben angegeben, ich hätte gesagt: „Fürchten Sie sich nicht, der Generalmarsch wird noch nicht geschlagen".

Podany: Es war am 12. December, als mich Oberwinder fragte: „Werden Sie am Montag erscheinen?" Ich sagte: „Wahrscheinlich. Ich fürchte nur eine Unbesonnenheit." Da meinte er: „Fürchten Sie sich nicht, der Generalmarsch wird noch nicht geschlagen."

Oberw.: Ich muß das als unwahr bezeichnen.

Präs. (zu Oberwinder): Was sagen Sie zu der Aeußerung Liebknechts: „Laßt mich in Ruhe, Mühlwasser ist auch nicht schlechter wie wir."

Oberw.: Das hat Liebknecht nicht gesagt.

Digitized by Google

Podany: Vergessen Sie nicht, daß ich damals ein Tagebuch geführt habe.

Oberw.: Ich muß mich nur wundern, daß, nachdem Sie mißtrauisch gegen mich geworden sind, Sie trotzdem mit mir verkehrt haben. Es wäre doch Ihre Pflicht gewesen, meine Freunde aufzuklären.

Podany: Gegen Hartung habe ich mich ausgesprochen. Gegen die Anderen konnte ich es nicht thun, weil Sie sonst, wie Sie das schon früher gethan haben, ausgestreut hätten, daß ich zu Hartung in einem Liebesverhältnisse stehe.

Oberw.: Ich will Ihnen eine Aeußerung Hartungs mittheilen. Ich bedaure nur, daß über einen Abwesenden in so absprechender Weise . .

Präs. (sehr strenge): Ich bitte sich jeder Expectoration zu enthalten und nur Fragen zu stellen.

Oberw.: Hartung äußerte sich, daß, als er das Verhältniß mit Frl. Podany löste, sie mit Thränen in den Augen zu ihm gekommen sei und gesagt habe: „Wenn ich wüßte, daß Sie eine Andere heiraten, ich könnte es nicht überleben."

Präs.: Das gehört nicht hieher.

Dr. Singer: Sie sagten, daß Sie sich auf mehrere Umstände dadurch so genau erinnern, weil Sie ein Tagebuch führten. Besitzen Sie noch dieses Tagebuch?

Podany: Nein.

Dr. Singer: Warum nicht?

Podany: Ich habe es vernichtet.

Dr. Singer: Welchen Grund hatten Sie, es zu vernichten?

Podany: Ich hatte es schon früher einer Freundin zur Aufbewahrung gegeben, weil es mich genirte, wenn es meine Eltern sehen. Und darum habe ich es schließlich vernichtet.

Angeklagter Dorsch: Ich bitte Sie, zu erklären, ob Sie sich bestimmt erinnern, daß ich acht Tage vor dem 13. December bei Ihnen war, wie Sie es in der Voruntersuchung sagten.

Podany: Ja.

Dorsch: Das ist unwahr; ich war seit dem November nicht bei Ihnen und hoffe das beweisen zu können.

Podany: Sie sind bei diesen Besuchen von meiner Mutter gefragt worden, ob Sie auch bei der Deputation sein werden, und Sie sagten: Ja.

Digitized by Google

Dorsch (lebhaft): Das ist nicht möglich; ich habe vorher von der Deputation gar nichts gewußt.

Der Staatsanwalt beantragt die Beeidigung der Zeugin.

Dr. Singer beantragt, daß vorher die Vorladung des Schriftsetzers Groß ausgesprochen werde, weil dieser bezeugen werde, daß ihn Frl. Podany am 13. December in Bischof's Bierhalle nicht gesehen haben könne, was die Glaubwürdigkeit ihrer Aussage beleuchte.

Der Gerichtshof zieht sich zur Berathung über die zwei vorliegenden Anträge zurück und unterbricht die Verhandlung auf eine Viertelstunde.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung macht der Präsident die Mittheilung, daß der Gerichtshof sowohl die Vorladung des Herrn Liebknecht als die des Herrn Groß abgelehnt habe; die des Ersteren deshalb, weil dessen Aussage irrelevant sei, weil, auch wenn er Fräulein Podany widerspräche, bloß eine Aussage der andern diametral gegenüberstände; des Letzteren, weil die Aussage der Zeugin, sie habe ihn am 13. December in Bischofs Bierhalle gesehen, seitens derselben heute nicht bestimmt aufrecht gehalten werde. Der Präsident ertheilt nun dem Vertheidiger Dr. Singer das Wort zur Beeidigungsfrage.

Dr. Singer: Die Vertheidigung stellt den Antrag, von der Beeidigung der Zeugin Fräulein Podany abzusehen und unterstützt diesen Antrag mit folgenden Erwägungen: Nach §. 269 St.-P.-O. darf sich weder aus der persönlichen Beschaffenheit oder den Verhältnissen der Zeugen noch aus dem Inhalte der Aussagen ein gegründetes Bedenken gegen dessen Glaubwürdigkeit ergeben. Bei der Beurtheilung der inneren Glaubwürdigkeit dieser Zeugenaussage wird der hohe Gerichtshof gewiß verpflichtet sein, im Sinne der citirten Gesetzstelle vorzugehen. Die Vertheidigung erlaubt sich nun, dem hohen Gerichtshof eine Reihe von Widersprüchen in der Aussage der Zeugin Frln. Podany vorzuführen, welche Umstände von erheblichem Gewichte betreffen. In erster Linie erlaubt sich die Vertheidigung auf die Aussage des Hofrathes Orges hinzuweisen. In dieser Richtung besteht der wesentliche Widerspruch zwischen der Zeugin Podany und der Aussage des genannten Zeugen, daß er mit keinem der Arbeiterführer gesprochen — und Oberwinder behauptet dasselbe — während Frln. Podany vor dem Untersuchungsrichter deponirt hat und auch bei der Schlußverhandlung darauf beharrt, daß Hofrath Orges mit Herrn Oberwinder gesprochen habe. Die bestimmte Aussage des Herrn Hofrath

Digitized by Google

Orges, dem man doch seiner Stellung und seinem Charakter nach Glauben schenken muß, besitzt doch gewiß mehr Glaubwürdigkeit, als die schwankenden Aussagen des Frln. Podany. Ich kann die Zurückweisung des Antrages der Vertheidigung auf Vorladung des Zeugen Orges zur Schlußverhandlung keineswegs dahin auffassen, daß der Gerichtshof die Aussage desselben für unbedeutend hält. Frln. Podany will durch den Spiegel bemerkt haben, wie Hofrath Orges und Oberwinder Blicke des Einverständnisses wechselten, während wir doch aus dem Briefe des Herrn Hofrathes gehört haben, daß er Oberwinder gar nicht kannte. Frln. Podany hat ihre in der Untersuchung abgegebene Aussage über die Worte des Herrn Liebknecht heute selbst modificiren müssen, sie hat angegeben, daß sie ihr Tagebuch vernichtet, und ich gebe es dem h. Gerichtshofe anheim, sorgsam zu erwägen, ob diese Aussage glaubwürdig sei, oder ob nicht andere Gründe hier für die Entziehung des Tagebuches da seien. Sie hat angegeben, daß Hartung von Oberwinder insultirt worden, was bei dem erwiesenen Freundschaftsverhältnisse der Beiden vollständig unglaublich ist. Sie hat endlich selbst zugestanden, daß Oberwinder mit Ausnahme des Gespräches über die Demonstration stets nur scherzhaft zu ihr sprach. Aus diesem Allen erhellt, daß ihrer Aussage die nothwendige Bestimmtheit fehlt, und ich glaube daher nicht, daß die Zeugin beeidet werden kann.

Dr. Mauthner: Ich habe noch von einem anderen Standpunkte gegen die Beeidigung der Zeugin Bedenken zu erheben. Wenn ein Mädchen mit so viel Raffinement bemüht ist, Personen, welche zu ihren besten Freunden gehören, zu vernichten, so muß eine ganz besondere Ursache zu Grunde liegen, und nach Allem, was ich ersehen, besteht die Ursache hierin der Leidenschaft des Hasses, der Eifersucht. Wenn die Zeugin, wie sie sagt, in Oberwinder einen Verräther an seinen Parteigenossen gewittert und darum als Spion in einer allerdings nach ihrer Ansicht guten Sache sich ihm genähert hätte, dann gäbe dies von einer Heuchelei Zeugniß, die bei einem so jungen Mädchen nicht vorauszusetzen ist. Es ist auch nicht glaublich, daß sie von ihren Wahrnehmungen den Arbeitern keine Mittheilung machte. Bedenken Sie ferner, daß derselbe Oberwinder, von welchem die Zeugin hochverrätherische Dinge weiß, zu ihr nie anders als im Scherze sprach. Wollen Sie annehmen, daß ein Hochverrath scherzhaft in Scene ge-

Digitized by Google

setzt wird, so beeiden Sie die Zeugin; wollen Sie es nicht annehmen, so beeiden Sie sie nicht.

Staatsanwalt Schmeidel replicirt auf die Ausführungen des Dr. Singer, und erinnert, daß der einzige Widerspruch darin bestand, daß das Fräulein den Regierungsrath Orges als Oldorf kannte. Von diesem Oldorf hat sie im Spiegel gesehen — (da sie ihm den Rücken kehrte) — wie er mit Oberwinder Blicke des Einverständnisses wechselte. Als Oberwinder hinausging, bemerkte die Zeugin, wie er sich zum Regierungsrath Orges hinneigte, als ob er etwas von ihm hören wollte. Dies hat das Fräulein dem Untersuchungsrichter gesagt und das hielt sie heute aufrecht.

Dr. Singer: Ich mache noch darauf aufmerksam, daß Fräulein Podany sagte, ihr Verhör mußte öfters unterbrochen werden, weil sie an Kopfweh gelitten, und daß der Untersuchungsrichter oft ihr Schweigen als Zustimmung angesehen und dieselbe in's Protokoll eingetragen habe. Die Vertheidigung hat diese Anschuldigung zurückgewiesen, weil sie das von einem Untersuchungsrichter nicht glauben konnte, das Fräulein ist aber dabei geblieben.

Der Gerichtshof erkennt nach kurzer Berathung, daß die Zeugin zu beeiden sei, weil ihre Aussage äußerlich und innerlich glaubwürdig erscheine. Zugleich erkennt der Gerichtshof, daß auch Herr Florencourt zu beeiden sei.

Präs. (zu den Zeugen): Bevor Sie den Eid ablegen, frage ich Sie, ob Sie an der Aussage, die Sie beschwören sollen, noch etwas zu ändern haben.

Florencourt (nach langem Besinnen): Wenn ich einen Eid ablegen soll, so setze ich voraus, daß ich nur die wesentlichen Thatsachen, nicht auch die Nebensachen zu beschwören habe, denn es können Nebenumstände da sein, welche auf die Anklage keinen Bezug haben, die ich vielleicht nicht mit der genügenden Ueberlegung deponirt habe; auch weiß ich nicht, ob die einzelnen Worte, die ich gesagt habe, nebensächlich oder hauptsächlich sind, ob sie unter die Anklage fallen oder nicht.

Präs.: Sie haben den Eid nur mit Rücksicht auf dasjenige abzulegen, was sich auf die Anklage bezieht.

Florencourt: Gut, dann werde ich den Eid leisten.

Florencourt und Frl. Podany leisten nun den Eid.

Digitized by Google

Es wird hierauf der Zeuge

Johann Läuffer

vernommen. Herr Läuffer, seines Zeichens Pfeifenschneider, Obmann des Fachvereines für Drechsler, wird aus dem Arreste in Sechshaus, wo er wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes eine zehntägige Arreststrafe abzubüßen hatte, durch einen uniformirten Sicherheitswachmann vor Gericht escortirt.

Präs.: Wie viel Mitglieder zählt Ihre Genossenschaft?

Läuffer: 5000 Mitglieder.

Präs.: Gehören Sie zur socialdemokratischen Partei?

Läuffer: Ja.

Präs.: Wußten Sie von dem Eisenacher Congresse, und war Ihre Corporation dort vertreten?

Läuffer: Wir wußten davon, und ließen uns durch Scheu dort vertreten.

Präs.: Gaben Sie ihm das Mandat?

Läuffer: Ja. Ich gab ihm die Bestätigung, daß viertausend Mitglieder unserer Corporation der socialdemokratischen Partei angehören.

Präs.: Ist das eine Vollmacht?

Läuffer: Ja, ich betrachtete sie als solche.

Präs.: Wenn ich dem Herrn Scheu eine Bestätigung gebe, daß hier zweihundert Leute im Saale anwesend sind, wäre er der Vertreter dieser Leute?

Läuffer: Es kommt auf die Person an, welche die Bestätigung ausstellt. Ich hatte schon von früheren Versammlungen die Vollmacht erhalten, in dringenden Fällen selbstständig vorzugehen, und der Beweis, daß ich nur im Sinne meiner Genossen gehandelt hatte, war, daß, als ich ihnen mittheilte, daß ich die Bestätigung ausgestellt habe, dieselben in Jubel ausbrachen.

Präs.: Sie haben aber in der Voruntersuchung gesagt, daß es Sie befremdet hat, dort vertreten zu sein. —

Läuffer: Ich habe mich gewundert, daß uns dort ein Herr Ellinger vertreten hat, während wir doch Herrn Scheu beauftragt hatten, aber wir erfuhren dann, daß Herr Scheu unser Mandat an Herrn Ellinger abgetreten hatte.

Digitized by Google

Oberw.: War die Bestätigung in Form einer Vollmacht ausgestellt?

Läuffer: Gewiß.

Scheu: Ich kann den Vorwurf, daß wir unberechtigte Mandate gehabt hätten, nicht auf uns ruhen lassen. Ich bitte, die Mandate von Eisenach kommen zu lassen, da wird sich die Correctheit derselben herausstellen. Der Zeuge wird wegen Unerheblichkeit seiner Aussage nicht beeidet.

Präs.: Saaldiener, lassen Sie den Zeugen in den Arrest zurückescortiren.

Der nächste Zeuge ist

Anton Schuler,

Schuhmacher und Mitglied der Gewerkschaftssection des Arbeiter-Bildungsvereines. Er erzählt, daß Hartung ihn in einer Berathung aufgefordert habe, mit den Schuhmachern in Massen zur Volksversammlung „bei der schönen Aussicht" zu ziehen. Scheu und Groß haben diesen Antrag entschieden bekämpft und es ist davon abgegangen worden. Er war bei der Volksversammlung, es hat ihm dabei nicht gefallen, weil nur so Wenige dort waren (nur etwa 10.000 Mann! Anm. d. H.) und ist darum fortgegangen.

Präs.: Sie haben in der Untersuchung gesagt, Sie hätten keine Sympathie für die Volksversammlung gehabt?

Schuler: Das hat der Herr Untersuchungsrichter gesagt.

Präs.: Der Herr Untersuchungsrichter wird Ihnen doch nicht ein Wort in den Mund gelegt haben?

Schuler: Ich habe nur gesagt, die Versammlung war so schwach besucht, daß es mir dort nicht gefallen hat.

Präs.: Haben Sie Hartung eine Vollmacht für den Eisenacher Congreß gegeben?

Schuler: Hartung hat mich gefragt, ob ich die Vollmacht zum Eisenacher Congreß gebe. Ich kannte zwar das Programm nicht, aber da ich hörte, es handle sich um socialdemokratische Fragen, gab ich Hartung die Bestätigung, daß die in Wien lebenden 7—8000 Schuhmachergehilfen zumeist der socialdemokratischen Partei angehören.

Präs.: Hielten Sie das für eine Vollmacht?

Schuler: Es war eine Bestätigung. Uebrigens lag ich damals krank im Spital und es ist möglich, daß meine Stell-Vertreter eine Vollmacht ausgestellt haben.

Digitized by Google

Der Staatsanwalt Schmeidel wünscht die Beeidigung dieses Zeugen; der Gerichtshof spricht sich wegen Irrelevanz gegen dieselbe aus.

Es wird hierauf die Zeugin

Josefa Strobl,

Kleidermacherin, 28 Jahre alt, vernommen. Bei ihr wohnten Hartung und Oberwinder seit März 1869. Sie hatten das Hofzimmer, welches zugleich als Redactionslocale benützt wurde, gemeinschaftlich gemiethet und zahlten monatlich 15 fl. Miethe.

Präs.: Hatte das Zimmer nicht zwei Ausgänge?

Strobl: Ja es hatte nebst dem Eingange durch das Vorzimmer noch eine Thür, welche auf einen anderen Gang des Hauses führte. Doch wurde diese Thür nicht benützt und es stand ein Schreibtisch vor.

Präs: Herr Hartung hat durch diese Thür seine Flucht bewerkstelligt?

Strobl (lächelnd): Wir haben uns selbst gewundert, wie er auf diese Idee gekommen ist.

Präs.: Ist Mühlwasser öfter zu Hartung und Oberwinder gekommen?

Strobl: Er war selten dort.

Präs.: Woher wußten Sie das?

Strobl: Ich mußte immer die Thüre aufmachen, wenn Jemand kam?

Präs.: Erinnern Sie sich, ob Mühlwasser im December dort war?

Strobl: Im December war er nicht dort.

Präs.: Wissen Sie das bestimmt?

Strobl: Ja. Zur Zeit, als Oberwinder in Basel war, ist Mühlwasser das letzte Mal dort gewesen und hat mit Hartung einen heftigen Streit gehabt. (Bewegung.)

Präs.: Haben die beiden Herren einen Koffer gehabt?

Strobl: Ja, einen großen Koffer, der in der Fensternische gestanden ist.

Präs.: Ist er nicht einmal plötzlich fortgekommen?

Strobl: Nein.

Präs.: Wie Mühlwasser im December dort war, ist der Koffer nicht mehr dagewesen?

Digitized by Google

Strobl: Der Koffer ist immer dagewesen; wenn er gefehlt hätte, hätte ich es wissen müssen.

Präs.: Nun, Mühlwasser, was sagen Sie dazu? Wollen Sie diesen Widerspruch aufklären.

Mühlwasser (vortretend): Ich war acht Tage vor und acht Tage nach dem 13. December dort. Wer mir aufgemacht hat, darauf habe ich nie geachtet, ich sehe mir nicht jedes Mädchen an und frage auch nicht, ob sie Stubenmädchen oder Köchin sei. Ich habe sie nie eines Blickes gewürdigt. (Unwillige Ausrufe.)

Präs.: Die Frau Zeugin hat immer die Thüre geöffnet und Sie doch nicht gesehen.

Mühlwasser: Es waren immer eine ältere und zwei jüngere Frauen dort. Welche mir damals die Thüre geöffnet, weiß ich nicht zu sagen. Es bleibt mir da nichts übrig, als die Zeugin zu erinnern, daß sie unter ihrem Eide —

Präs. (strenge): Ruhig! Die Eideserinnerung ist meine Sache und Sie haben da nur zu sagen, ob Sie die Aussage anerkennen.

Mühlwasser: Nein.

Präs. (zur Zeugin): Hat nicht auch manchmal Ihre Schwester die Thüre geöffnet?

Strobl: Die Schwester ist nie zu Hause, außer am Sonntag.

Präs. (zu Mühlwasser): Kamen Sie nach dem Streit noch zu Hartung? Er hatte Ihnen ja die Thüre gewiesen?

Mühlwasser: Es kam oft zu Streitigkeiten zwischen uns und doch waren wir bis zuletzt „per Du" (Heiterkeit). Ich habe zwar in letzterer Zeit einige Spannung bemerkt, aber so weit ist es nicht gekommen.

Präs. (zu Frau Strobl): Ist es absolut unmöglich, daß Mühlwasser im December dort war, ohne daß Sie darum wissen? Wer hat denn die Thüre geöffnet, wenn Sie nicht zu Hause waren?

Strobl: Die Mutter. Wenn Mühlwasser gekommen wäre, hätte sie mir davon gesagt.

Votant Gernerth: Wo wohnt Ihre Schwester?

Strobl: Zu Hause. Sie geht um halb 7 Uhr Morgens in die Arbeit und kommt Abends um 9 Uhr zurück. Dann legt sie sich gleich schlafen. Sie ist nur an Sonn- und Feiertagen zu Hause.

Gernerth: Und mußte Ihnen die Mutter erzählen, wenn Mühlwasser dagewesen war?

Digitized by Google

Strobl: Es mußte ihr auffallen, weil sie den Streit mit Hartung gehört hatte.

Auf Antrag des Dr. Singer wird beschlossen, die Mutter der Frau Strobl zur heutigen Verhandlung vorzuladen und die Beeidigungsfrage der Zeugin Strobl erst nach der Vernehmung ihrer Mutter zu behandeln.

Der nächste Zeuge ist Herr

Eduard Hügel,

Eigenthümer und Chefredacteur der „Const. Vorstadtzeitung".

Präs.: Kennen Sie Herrn Oberwinder?

Hügel: Ja. Er ist oft in die Redaction gekommen und hat Notizen und Berichte, die auf die Arbeiterbewegung Bezug hatten, mitgetheilt.

Präs.: Haben Sie Ihr Blatt überhaupt zur Besprechung der socialdemokratischen Principien der Partei eingeräumt?

Hügel: Speciell für die socialdemokratischen Principien nicht, wohl aber mit Rücksicht auf die demokratische Bewegung der Gegenwart, für welche die „Vorstadtzeitung" eintritt.

Präs.: Haben Sie Correspondenzen von Herrn Oberwinder aufgenommen?

Hügel: Von größeren auswärtigen Versammlungen hat mir Herr Oberwinder aus Gefälligkeit Mittheilungen eingesandt.

Präs.: Haben Sie diese honorirt?

Hügel (nachdenkend auf Oberwinder blickend): Nein.

Präs.: Ich bitte nur mich anzuschauen. (Heiterkeit.) Bezog Oberwinder ein fixes Honorar?

Hügel: Von einem fixen Honorar kann umsoweniger die Rede sein, als externe Mitarbeiter nie honorirt wurden.

Präs.: Wie ist die Proclamation Hartung's in Ihr Blatt gekommen?

Hügel: Durch Herrn Oberwinder. Er kam eines Tages zu mir und brachte mir einen Separatabdruck der Proclamation mit dem Wunsche, sie zu publiciren. Er überließ es jedoch mir, ob ich die Veröffentlichung zulässig finde oder nicht. Ich habe den Inhalt gelesen und gefunden, daß er preßgefährlich wäre. Ich erklärte, daß die Publicirung nur dann erfolgen könne, wenn ich selbst eine redactionelle Aenderung vornehmen könnte.

Digitized by Google

Präs.: Ist Oberwinder darauf eingegangen?

Hügel: Ja.

Präs.: War die Proclamation vielleicht ein Bürstenabzug des „Felleisen" oder des „Volkswille"?

Hügel: Nein; nach dem Formate zu urtheilen, war es weder das eine noch das andere.

Präs.: Sie haben also Aenderungen im Texte vorgenommen?

Hügel: Ja. Das Schriftstück führte die Ueberschrift: „Manifest an die österr. Arbeiter". Ich habe das Wort Manifest in „Proclamation" umgeändert.

Präs.: Warum?

Hügel: „Manifest" war mir zu bedeutungsvoll. Ich war der Meinung, daß der Titel „Manifest" nur bei Kundgebungen von Potentaten oder Regierungen gebraucht werden dürfe. Der Ausdruck Manifest schien mir also zu viel hochtrabend und da ich nicht das Echo Hartung's direct sein wollte, so wandelte ich den Ausdruck „Manifest" in „Proclamation" um. Aber auch dieser Ausdruck schien mir noch zu ernst und deshalb suchte ich ihn durch Gänsefüßchen abzuschwächen. (Heiterkeit.)

Präs.: In der Voruntersuchung haben Sie gesagt: „zu ironisiren".

Hügel: Ganz richtig. (Vermehrte Heiterkeit.)

Präs.: Sie haben in der Voruntersuchung von einem Fixum per Zeile gesprochen, das Oberwinder bezogen haben soll?

Hügel: Das habe ich nicht gesagt.

Präs.: Geben Sie die Möglichkeit zu?

Hügel: Nein.

Oberw.: Habe ich das, was Sie Notizen nennen, persönlich geschrieben, oder Ihnen nur mitgetheilt?

Hügel: Größtentheils nur mitgetheilt; die Stylisirung wurde von der Redaction besorgt.

Oberw.: Zeilenhonorar hab ich nie bezogen, wohl aber Pauschalbeträge, namentlich für Berichte von Congressen.

Hügel: Ja, Reisevorschüsse, Eisenbahnkarten ꝛc.

Oberw.: Dann hab ich hie und da die Rundschau in der „Arbeiter-Zeitung" geschrieben und dafür bezog ich ein Pauschale.

Hügel: Ach ja, jetzt erinnere ich mich. (Heiterkeit.)

Präs.: Sie sind entlassen.

Digitized by Google

Dr. Mauthner: Ich habe nun noch mehrere Anträge wegen Vorladung neuer Zeugen zu stellen. Ich habe einen Brief von Herrn J. J. Kraßnigg erhalten, der darüber aussagen will, daß Scheu ihm gegenüber Leidesdorf als enfant terrible (unübersetzbar; ein Mensch, der Anderen jeden Augenblick Verlegenheit bereitet, ohne es zu wissen und zu wollen) der Arbeiter bezeichnet hat und sich dagegen verwahrt, daß derselbe auf die socialdemokratische Bewegung einen Einfluß geübt hat.— Dann habe ich ein Schreiben von Herrn Hans Schmitt, Mitglied der k. k. Hofkapelle und Professor am Conservatorium, erhalten. Oberwinder hat früher bei einer seiner Verwandten, der Frau Adelhaid Sonntag, gewohnt und stets eine äußerst mäßige Lebensweise geführt. Ueber den Charakter Oberwinders könne er die genauesten Auskünfte geben. Dieser sei ein Mann, dem jede Gewaltthat ferne liege. Auch will Herr Schmitt bestätigen, daß Oberwinder über das Schützenfest einem Grazer Blatte Berichte zugesendet hat.— Weiters beantrage ich nochmals die Vorladung des Herrn Conrad Groß, da dieser über Mühlwasser sehr wesentliche Angaben zu machen in der Lage ist. Zugleich lege ich die heutige Nummer des „Mähr. Corr." vor, in welcher eine auf denselben Herrn bezügliche Stelle sich befindet, um deren Verlesung ich ersuche. Die bezogene Stelle lautet: „Wir sind in der Lage nach der protocollarischen Aussage des Herrn v. Bauer beide Aussagen Mühlwassers, er sei im Auftrage des Herrn v. Bauer nach Wien gereist und habe von demselben Geld erhalten, als gemeine Lügen erklären zu können. Wir haben dieses Subject oft genug gekennzeichnet und ist den Aussagen Mühlwassers auch nicht der geringste Glauben beizumessen. Welche Rolle Mühlwasser in diesem Processe spielt, wird unseren Lesern bald klar werden."

St.-A. Schmeidel: Ich erkläre mich gegen die Vorladung des Herrn Schmitt und seiner Verwandten, da ich Alles was in diesem Briefe steht, mit Ausnahme der subjectiven Ansichten des Herrn Schmitt bezüglich des Schützenfestes, vollinhaltlich acceptire, insbesonders, da die Staatsanwaltschaft nicht im geringsten den persönlichen Character Oberwinders als Mann und dessen Privatleben auch nur im Entferntesten in Zweifel gezogen und angegriffen hat. Bezüglich der anderen Zeugen überlasse ich es der Entscheidung des Gerichtshofes, ob ihre Aussagen sich als so bedeutend herausstellen können, daß man ihre Vorladnng verfügen müßte.

Digitized by Google

Dr. Mauthner: Zum erstenmale höre ich, daß der Staatsanwalt in Einer Richtung wenigstens eine bestimmte Anklage erhebt. Da ich aber nicht weiß, ob er nicht doch noch nach anderer Richtung hin seine Anklage ausdehnen wird, muß ich auf meinen Anträgen beharren.

Der Gerichtshof entschied nach längerer Berathung, daß Herr Schmitt und Frau Sonntag nicht, wohl aber die Herren J. J. Kraßnigg und Conrad Groß heute als Zeugen vernommen werden sollen.

Dr. Mauthner (den Brief des Prof. Schmitt vorlegend): Den Brief des Herrn Kraßnigg kann ich wohl nicht zur Verlesung bringen; er ist in seiner bekannten Weise geschrieben —

Präs. (unterbrechend): Ich weiß, ich weiß! (Heiterkeit.) Ich unterbreche die Sitzung bis morgen Früh 9 Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Der für das Auditorium reservirte Raum ist dicht überfüllt; Fräulein Podany, welche der Vorsitzende bereits gestern entlassen hat, macht von dem ihr zustehenden Rechte, der Verhandlnng anzuwohnen, Gebrauch. Neben ihr hat der Zeuge Florencourt Platz genommen.

Der Präsident eröffnete um halb 10 Uhr die Verhandlung mit der Mittheilung, daß auf die Vorladung an den Herrn Zeugen Raunecker, Commis bei Herrn Kranner, die Relation eingetroffen ist, daß derselbe sich gegenwärtig nicht in Wien befinde und erst am Montag hier eintreffe.

Staatsanwalt: Ich beantrage in Folge dieser Mittheilung, daß Herr Raunecker für Dienstag vorgeladen werde und daß demgemäß auch die Vernehmung des Herrn Zeugen Kraßnigg, welcher für heute vorgeladen worden, erst am Dienstag stattfinde.

Der Gerichtshof gibt diesem Antrage Folge.

Dr. Singer: Ich erlaube mir neuerdings einen Antrag auf Vorladung von Zeugen zu stellen, und zwar des Herrn Moriz Oppenheim, welcher wesentliche Mittheilungen über das Benehmen Oberwinder's bei der Volksversammlung „zur schönen Aussicht", sowie über dasjenige Mühlwasser's bei diesem Anlasse, ferner über Aeußerungen Oberwinder's unmittelbar nach dem Eisenacher Congreß zu machen bereit ist; weiters der Herr Friedrich Stern und Friedrich

Digitized by Google

Thöny, Mitarbeiter der „Constitutionellen Vorstadt-Zeitung", welche gleichfalls über das Benehmen Mühlwasser's bei der erwähnten Volksversammlung Aufschlüsse geben wollen. Alle diese Persönlichkeiten befinden sich hier im Hause und können also noch heute vernommen werden.

Dr. Mauthner: Ich schließe mich diesem Antrage an, habe aber auch meinerseits einen Antrag zu stellen. Herr Alexander Scharf ist von Ischl nach Wien gekommen, um sich bereit zu erklären, über die Verhältnisse Mühlwasser's für den Proceß wesentliche Aufklärungen zu geben, sowie ein maßgebendes Urtheil, nicht von ihm, sondern von anderer Seite, über Mühlwasser mitzutheilen. Er ist ferner in der Lage, wesentliche Mittheilungen über die Persönlichkeit Leidesdorf zu machen. Ich bitte mit Rücksicht darauf, daß der Herr Scharf noch heute vernommen werde.

Staatsanw.: Was die Auskunft über die Vorgänge in der Volksversammlung betrifft, so überlasse ich es dem hohen Gerichtshofe, ob er eine Aussage hierüber für nothwendig erachtet, nachdem das stenographische Protocoll über diese Versammlung zur Verlesung kommen wird. Was jedoch die Mittheilungen über den Zeugen Mühlwasser betrifft, so schließe ich mich den Anträgen der Vertheidigung an. Da auch dem Staatsanwalt daran gelegen sein muß, daß Alles, was über die Glaubwürdigkeit dieses Zeugen Aufschluß geben kann, zur Kenntniß des hohen Gerichtshofes komme. Da Herr Scharf, jedoch über Herrn Leidesdorf Mittheilungen zu machen hat, so glaube ich, daß für ihn das Gleiche wie für Herrn Kraßnigg zu gelten hat, daß er nämlich erst am Dienstag zu vernehmen sei.

Der Gerichtshof beschließt, diesem Antrage Folge gebend, daß die Herren Oppenheim, Stern und Thöny heute, Herr Scharf am Dienstag zu vernehmen sei. (Herr Stern, welcher als Berichterstatter zugegen ist, verläßt den Saal.)

Staatsanw.: Da ich soeben erfahre, was ich vorher nicht wußte, daß Herr Stern der Verhandlung vom Anfang bis heute als Berichterstatter beigewohnt, so fühle ich mich verpflichtet, dies zur Kenntniß des hohen Gerichtshofes zu bringen.

Dr. Singer replicirt, es sei nirgends im Gesetze gesagt, daß ein Zeuge nicht vernommen werden könne, wenn er während der Verhandlung zugegen gewesen; dem Gerichtshofe stehe es immer noch frei, wenn er die Aussage gehört, sie nach Gebühr zu würdigen.

Der Gerichtshof hält seine Entscheidung aufrecht.

Digitized by Google

Zeuge Julius Brüßhaver

wird vorgeführt. Derselbe ist in Wien geboren, 30 Jahre alt, Spänglergehilfe, jetzt Conducteur bei der Tramway-Gesellschaft, und trägt auch die Conducteur-Uniform.

Präs.: Haben Sie gegen irgend einen der Angeklagten eine persönliche Feindschaft?

Brüßh.: Nein.

Präs.: Bestanden zwischen Ihnen politische Differenzen?

Brüßh.: Das allerdings.

Präs.: Wann haben Sie sich der Bewegung angeschlossen?

Brüßh.: Ich habe mich im Jahre 1867 der social-demokratischen Partei angeschlossen, trat bei der Gründung des Arbeiter-Bildungsvereines in denselben, und führte dort für ein Honorar von 30 fl. monatlich die Buchhaltung, die Correspondenz mit dem In- und Auslande und mit den arbeitsuchenden Collegen. Im November 1868 wurde ich durch Beschluß des leitenden Ausschusses meiner Stelle enthoben.

Präs.: Aus welchem Grunde?

Brüßh.: Der Grund ist mir nicht bekannt geworden. Schon während der Führung der Vereinsgeschäfte entstanden zwischen mir und Hartung Differenzen, welche nach der Entlassung sich bis zum schroffsten Gegensatze ausbildeten. Hartung wollte die ganze Bewegung centralisiren, und die Leitung in der Hand behalten, während ich für die Decentralisation eintrat, indem ich der Ansicht bin, daß eine conforme Organisation der Partei in den verschiedenen Ländern für die Einheit genüge, die Leitung mag jeder einzelne Punct selber besorgen. Ich wurde wegen dieser Ansicht heftig bekämpft, und wegen meines Verkehrs mit Personen aus verschiedenen Ständen sogar als Polizeispion verdächtigt. Ich wollte keine Spaltung hervorrufen, und zog mich deßhalb ganz zurück.

Präs.: Haben Sie viel correspondirt?

Brüßh.: Ja, und zwar nach Deutschland und in die Schweiz, hier mit Becker.

Präs.: Sind Sie Mitglied der internationalen Arbeiter-Association?

Brüßh.: Ich war Mitglied der „Internationalen Arbeiter-Association."

Digitized by Google

Präs.: Haben Sie für die Verbreitung des „Volksboten“ agitirt? —

Brüßh.: Ja, ich wurde deßhalb mit acht Tagen Arrest bestraft.

Präs.: Standen Sie mit dem „Volksstaat“ in Verbindung? —

Brüßh.: Nein. Mir gefielen die Antecedentien dieses Blattes nicht, ebensowenig, als mir der politische Charakter Liebknecht's behagte.

Präs.: Warum nicht?

Brüßh.: Was soll ich da für eine Aufklärung geben, es ist eine moralische Ueberzeugung von mir.

Präs.: Ich bitte aber um die Motive dieser Antipathie.

Brüßh.: Es schien mir, als ob er die Arbeitersache nicht so führte, wie es nothwendig war. Er verfolgte mehr nationale, großdeutsche Politik, als sociale Zwecke.

Präs.: Waren Sie Agent der „Internationalen Association“?

Brüßh.: Insoferne als ich von Becker den Auftrag hatte, Mitglieder zu werben. Becker schickte mir die Diplome, und ich gab sie den hier angeworbenen Mitgliedern, wie an Pabst, an Gehrke. Mißliche Verhältnisse zwangen mich, vom politischen Leben zurückzutreten. Ich zeigte Phil. Becker an, daß ich die Agentur der „Internationalen“ zurücklege.

Präs.: Haben Sie, als Sie sich zurückzogen, dem Becker einen Nachfolger empfohlen?

Brüßh.: Ich habe ihm blos geschrieben, daß Hartung ein tüchtiger Mann ist, während ich anderseits Pabst ersuchte, er möge, wenn Beiträge für Diplome einlaufen, dieselben an Becker einsenden.

Präs.: Haben Sie gehört, daß Pabst formell von Becker zum hiesigen Agenten bestellt wurde? —

Brüßh.: Von Becker selbst habe ich es nicht gehört.

Präs.: Ist es wahr, daß Becker seinen „Vorboten“ in eine deutsche Grenzstadt schickte, daß er von da an Strasser nach Graz ging, und daß derselbe die Verbreitung des Blattes besorgte? —

Brüßh.: Ich habe nur zweimal mit Strasser gesprochen.

Präs.: Haben sich die österreichischen Mitglieder der „Internationalen Association“ nicht constituirt, um eine Section zu bilden?

Brüßh.: Nein.

Präs.: Warum nicht?

Digitized by Google

Brüßh.: Weil ich mich in schlechten Umständen befand und mir Alles überdrüssig war.

Präs.: Sie wollten Pfeiffer nicht aufnehmen?

Brüßh.: Er war mir zu hitzig, zu leidenschaftlich.

Präs.: Mir hat Herr Pfeiffer den Eindruck der Leidenschaftlichkeit nicht gemacht.

Brüßh.: Das mag sein, vielleicht hat ihn die längere Gefängnißhaft gedämpft.

Präs.: Sie scheinen durch längere Zeit mit der Welt zerfallen gewesen zu sein?

Brüßh.: Ich habe von Wasser und Brod gelebt.

Präs.: Standen Sie mit Oberwinder in Verkehr?

Brüßh.: Wir wohnten zusammen. Später zog er zu Hartung.

Präs.: Waren Sie eng mit ihm befreundet?

Brüßh.: Nein. Mir war Hartung lieber. Persönlich konnte ich ihn gut leiden, aber wir waren politische Gegner.

Präs.: Hat Oberwinder schon damals eine bedeutende Rolle gespielt?

Brüßh.: Ja.

Präs.: Halten Sie ihn für unvorsichtig?

Brüßh.: Mir gegenüber war er immer sehr reservirt.

Präs.: In der Voruntersuchung gaben Sie bestimmt an, Pabst sei Ihr Nachfolger als Agent der „Internationalen Association" gewesen?

Brüßh. (nach einer Pause): Ich glaube nicht, daß ich das gesagt habe; übrigens war ich damals ganz consternirt. Vielleicht habe ich es gesagt, gemeint habe ich es aber nicht so.

Präs.: Kennen Sie Mühlwasser?

Brüßh.: Ich habe ihn einmal bei der „schönen Aussicht" gesehen.

Präs.: Welchen Eindruck hat er auf Sie gemacht?

Brüßh.: Den eines sehr leidenschaftlichen, aber ehrlichen Mannes.

Präs.: Halten Sie ihn auch heute noch für ehrlich?

Brüßh.: Es ist eben schwer, einen Menschen zu beurtheilen.

Präs.: Welche hervortretende Eigenschaften haben Sie an Mühlwasser entdeckt?

Brüßh.: Ich fand, daß er ein intelligenter Mensch sei.

Digitized by Google

Präs.: Sie haben sich in Briefen an Mühlwasser über Hartung und Oberwinder nicht beifällig geäußert?

Brüßh.: Mag sein.

Präs.: Sie haben geschrieben: Hartung ist geistig unfähig, und zu träge, um das Versäumte nachzuholen, Oberwinder ist zu viel Idealist.

Brüßh.: Es kann sein, daß ich über Hartung zu scharf geurtheilt habe. Den Oberwinder hielt ich für nicht politisch, indem er die Kräfte der eigenen Partei zu sehr unterschätzte. Im Allgemeinen dürfte dieses Urtheil für die damalige Zeit passen; heute könnte ich kein bestimmtes Urtheil fällen, da ich den Persönlichkeiten schon zu sehr entrückt bin.

Präs.: Mühlwasser hat angegeben, daß er bei der „schönen Aussicht" Ihre Bekanntschaft machte, und daß Sie ihn vor Hartung und Oberwinder gewarnt hätten. Durch diese Besprechung mit Mühlwasser seien die beiden mißtrauisch geworden, und hätten Sie wieder vor Mühlwasser gewarnt.

Brüßh.: Ich habe Mühlwasser keineswegs gewarnt, sondern nur zu ihm gesagt, daß Hartung eine zu sehr centralistische Richtung verfolge.

Präs.: Sie haben mit Bezug auf Hartung und Oberwinder erklärt, Sie hielten sie für unfähig zu einem Gewaltacte.

Brüßh.: Ich meinte das mit Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse, die großen Armeen.

Präs.: Sie verstehen mich nicht.

Brüßh.: Ich verstehe Sie sehr wohl. Ich kann aber nicht die geheimsten Gedanken eines Menschen errathen.

Präs.: Sie haben dies aber gerade mit Rücksicht auf jene beiden Persönlichkeiten gesagt. Warum halten Sie sie für unfähig dazu?

Brüßh. (nach längerem Besinnen): Weil vorderhand die Kräfte nicht vorhanden sind, um eine Revolution zu machen. Wenn ich es gesagt habe, so muß man mit meiner Ueberzeugung vorlieb nehmen.

Präs.: Aber die Ueberzeugung muß doch motivirt sein.

Brüßh.: Hartung war ein gemüthlicher Mann, der die Ereignisse nicht machte, sondern sich von ihnen tragen ließ. Oberwinder ließ die Ereignisse an sich herankommen. Solche Leute machen keine Revolution.

Digitized by Google

Präs.: Sie sagten, Oberwinder habe, bis die „Volksstimme" in Flor kam, in dürftigen Verhältnissen gelebt.

Brüßhaver: So ist es.

Präs.: Sie waren auch bei der Volksversammlung „zur schönen Aussicht"?

Brüßhaver: Ja wohl.

Präs.: Erinnern Sie sich noch, daß Mühlwasser auf der „schönen Aussicht" den Eid auf die rothe Fahne abgenommen hat?

Brüßhaver: Ja. Ich habe darüber gelacht, weil ich es für Kinderei hielt.

Präs.: Glauben Sie, daß Mühlwasser aus eigenem Antrieb diesen Act vorgenommen hat, oder über Veranlassung von anderen Persönlichkeiten?

Brüßhaver: Ich habe für Letzteres keinen Anhaltspunkt. Ich glaube das nicht, denn es kann Jeder sprechen, wo und was er will.

Präs.: Sie wissen also nichts Bestimmtes darüber?

Brüßhaver: Nein.

Präs.: War Fräulein Podany bei der internationalen Association?

Brüßhaver: Ich forderte sie auf, einzutreten. Sie bejahte meine Aufforderung. Darauf schickte ich ihr eine Karte.

Präs.: Haben Sie gehört, ob Fräulein Podany zu Hartung in intimer Beziehung gestanden?

Brüßhaver: Ich habe nichts davon gesehen.

Präs.: Ich frage Sie, ob Sie davon gehört haben?

Brüßhaver: Gehört habe ich gar viel.

Präs.: Erklären Sie also präcis, was Sie gehört haben.

Brüßhaver: Daß sie die Geliebte Hartung's sei; ich aber habe davon nichts wahrgenommen.

Präs.: Sie fassen meine Frage nicht scharf auf. Ich frage Sie, was Sie gehört und Sie sagen, was Sie gesehen haben.

Brüßhaver: Ich sage nichts vom Hörensagen. Es hieß, es sei ein Liebesverhältniß; ich habe mich aber überzeugt, daß es nicht der Fall war.

Präs.: Kannten Sie Herrn Subaric?

Brüßhaver: Er schrieb mir einen sehr schwärmerischen Brief, später sah ich ihn in Volksversammlungen. Subaric war ein

Digitized by Google

Schwärmer, der nur so lange klar dachte, als ihn die Leidenschaft nicht erfaßte; leider hatte er ein zu heftiges, reizbares Temperament, daß er eben selten lange ruhig blieb.

Präs.: Was halten Sie von Leidesdorf?

Brüßhaver: Leidesdorf ist zwar ein sehr ruhiger Mann, nur schwätzt er gerne sehr viel. Seine Reden gleichen stets einem Brei ohne Knochen.

Präs.: Meinen Sie, daß er oft in den Tag hinein rede?

Brüßhaver: Wenn er zu sprechen anfängt, so windet sich seine Rede gehaltlos fort wie ein Bandwurm. (Heiterkeit.)

Votant Gernerth: Sie haben gesagt, daß Sie die Diplome für die „Internationale Arbeiter-Association" Jedem gegeben, den Sie für empfänglich hielten, und daß Sie auch keinen Unterschied gemacht zwischen Centralisten und Föderalisten, weil Ihnen die Idee Alles war. Welche Idee meinten Sie damit?

Brüßhaver: Die socialdemokratische Idee.

Präs.: Sie erklärten sich mit dem Eisenacher Congreß nicht einverstanden. Verfolgte denn dieser nicht gleichfalls die socialdemokratische Idee?

Brüßh.: In der Idee war kein Unterschied, aber in der Art des Bestrebens. Ich konnte dem Eisenacher Congreß keinen Geschmack abgewinnen, weil dort Personen-Cultus getrieben und nationale großdeutsche Interessen verfolgt wurden.

Votant Gernerth: Sie sagten in einer Rede bei der „schönen Aussicht", daß die Social-Demokratie nur auf den Moment wartet wo sie hinlänglich ausgebreitet und gekräftigt ist. Berechtigt eine solche Sprache nicht zu dem Schlusse, daß Sie dann mit Gewalt in die Action treten werden? Eine mächtige Idee bedarf wohl nicht der Gewalt.

Brüßh.: Jede Partei muß streben mächtig zu werden, und wenn dann die Gegenpartei noch nicht weicht, ist allerdings die Folge die Gewalt. Das Bürgerthum hat es ebenso gemacht; es hat sich immer mehr gestärkt, und als der Adel gleichwohl die Herrschaft nicht aufgeben wollte, mußte es zur Gewalt kommen, und es wurden Barricaden erbaut.

Gernerth: Ja, glauben Sie, daß die Arbeiter allein den Staat bilden?

Digitized by Google

Brüßh.: Nein, aber sie gehören zur Gesammtsumme des Staates und müssen deßhalb Antheil an den politischen Rechten haben. Wenn die Arbeiter auswandern würden, könnten die andern Classen nicht leben und müßten zu Grunde gehen.

Votant Gernerth: Aber Sie müssen wohl zugeben, daß diese Idee zu ihrem Siege der Gewalt bedarf?

Brüßh.: Es ist eine natürliche Folge der Ausbreitung einer mächtigen Partei, daß sie ihre Forderungen bei Widerstand mit Macht gegen Macht durchsetzt.

Votant Gernerth: Und die Prämisse dazu ist das allgemeine Wahlrecht.

Dr. Singer: Haben Sie Fräulein Podany zum Eintritte in die internationale Association aufgefordert?

Brüßh.: Ja.

Dr. Mauthner: Welches ist der Unterschied zwischen der socialdemokratischen Partei und der internationalen Arbeiter-Association? Welche Partei halten Sie für vorgeschrittener, die Internationale oder die Eisenacher?

Brüßh.: Die Internationale. Sie steht auf dem Standpunkte der Nationalität; ich aber perhorrescire die Nationalitäten und die Staaten. Es soll blos einen europäischen Staat geben, dies ist der Zweck der Internationalen.

Ueber Antrag der Vertheidigung beschließt der Gerichtshof die Beeidigung des Zeugen.

Brüßh.: Ich bitte mich des Eides zu entheben; ich gebe dafür mein Wort als Mann, daß ich die Wahrheit gesagt. Auf diese Formalität gebe ich nichts (Sensation).

Gernerth: Sind Sie vielleicht confessionslos?

Brüßh.: Nein, ich bin katholisch getauft und in der katholischen Morallehre erzogen worden.

Präs.: Der Gerichtshof muß sich an das Gesetz halten, welches den Eid verlangt. (Er verliest die betreffende Bestimmung des Gesetzes.)

Brüßh. (das Buch nehmend): Hier heißt es aber auch „Gegen alle Personen, welche sich weigern . . . .“

Präs. (ihm das Buch aus der Hand nehmend): Ueberlassen Sie mir (er liest) Sie sehen, der Schluß ist . . . . . „wird mit einer angemessenen Geld- oder Arreststrafe vorgegangen.“ Wenn es das ist, was Sie wünschen . . .

Digitized by Google

Brüßh.: Es heißt: „Wer sich weigert, den Eid zu leisten oder eine Versicherung an Eidesstatt zu leisten;" daraus geht hervor, daß auch eine Versicherung geleistet werden kann.

Präs.: Diese Versicherung an Eidesstatt gilt nur für die Secte Mennoniten. Wenn Sie also den Eid verweigern, muß der Gerichtshof die Strafsanction des Gesetzes anwenden.

Brüßh. (nach einer Pause): Ich weigere mich nicht, ich lege den Eid ab, aber für mich ist er werthlos. (Bewegung.) Mich bindet mein Manneswort.

Präs.: Das ist Ihre Sache; der Gerichtshof muß sich an die Gesetzesform halten (die Kerzen werden angezündet, der Zeuge erhebt die Hand).

Präs. (mit erhobener Stimme): Mögen Sie vom Eide halten, was Sie wollen, ich erinnere Sie, daß Sie hiemit Gott, das höchste Wesen zum Zeugen der Wahrheit anrufen, und daß auch das Gesetz, wenn es entdeckt werden sollte, daß Sie eine Unwahrheit beschworen, eine schwere zeitliche Strafe über Sie verhängen würde.

Brüßh.: Ich weiß. (Er leistet den Eid.)

Der Präsident verliest nun einen Brief, welcher ihm während des Verhöres des vorherigen Zeugen zugekommen. Derselbe ist von einem gewissen Andreas Krametbauer im Gußhause, welcher sich zur Zeugenschaft meldet, geschrieben und enthält nichts als confuse Beschimpfungen der socialdemokratischen Partei. Der Präsident legt das Schreiben unter allgemeiner Heiterkeit zu den Acten.

Zeuge Michael Breiter,

Goldarbeiter aus Lemberg, erscheint in polnischer Nationaltracht.

Präs.: Was ist Ihnen von Vorbereitungen zum Gewaltact vom 13. December bekannt?

Breiter: Von Vorbereitungen habe ich nichts gewußt. Daß die Demonstration sein wird, hat man schon wochenlang in allen Werkstätten gewußt.

Präs.: Ist Ihnen bekannt, daß verschiedenen Blättern Inserate zugesendet worden sind?

Breiter: Ja.

Präs.: Die Volksversammlung, welche Nachmittags, von Ihnen einberufen, beim Zobel tagte, stand also im Zusammenhange mit der vormittägigen Ansammlung?

Digitized by Google

Breiter: Ja, insoferne als ich es für gut hielt, daß man sich in einer Volksversammlung über die Forderungen der Arbeiter ausspreche.

Präs: Hatte man sich früher schon über die Deputationsmitglieder geeinigt?

Breiter: Meines Wissens nicht.

Präs.: Sie sahen Zettel in den Händen der Arbeiter?

Breiter: Ja, die Arbeiter agitirten unter sich, welche sie wählen sollten.

Präs.: Glauben Sie denn, daß es leicht ist, daß eine Masse von 10.000 Menschen sich in Kürze über zehn Deputationsmitglieder einigen konnte? Es pflegt das nach meiner Erfahrung auch bei kleinen Versammlungen viel mehr Zeit in Anspruch zu nehmen.

Breiter: Man hat eben, wie das überhaupt bei allen Arbeiterversammlungen geschieht, Diejenigen gewählt, die am meisten bekannt waren.

Präs.: Wie kam man denn auf Pfeiffer, von dem doch Viele nicht wußten, daß er aus Suben bereits zurück sei?

Breiter: Man sah doch Pfeiffer auf dem Platze und wußte, daß er aus der Strafhaft komme.

Präs.: Dann ist es aber mehr als auffällig, wie man auf Baudisch gekommen ist, der doch nicht zur socialdemokratischen Partei gehört, ohne daß ein bezügliches Aviso gegeben worden war. Das berechtigt mich eben zu dem Schlusse, daß die Mitglieder der Deputation schon früher gewählt waren.

Breiter: Ich kann dem gegenüber bemerken, daß auch der Name Groß gerufen wurde und daß dieser nicht auf dem Platze war.

Präs.: Führten Sie in der von Ihnen einberufenen Volksversammlung den Vorsitz?

Breiter: Ich eröffnete dieselbe. Hartung wurde zum Vorsitzenden gewählt. Ich zog mich deshalb dann zurück; ich hatte Hunger.

Votant Gernerth: Sie berufen eine Volksversammlung ein, und in dem Momente, wo sie beginnen soll, gehen Sie fort. Wie erklären Sie mir das? Ich schließe daraus, daß Sie nur vorgeschoben waren.

Digitized by Google

Breiter: Ich bin nicht fortgegangen. Uebrigens lasse ich mir nichts aufoctroyiren.

V. Gernerth: Aber Sie werden mir doch erlauben, daraus den Schluß zu ziehen . . .

Breiter: Ich bitte.

V. Gernerth: Zu welchem Zwecke riefen Sie die Versammlung ein?

Breiter: Damit über das Resultat der Deputation Bericht erstattet werde.

V. Gernerth: Also mußten Sie von der Deputation früher Kenntniß haben, denn Sie mußten ja die Versammlung 24 Stunden früher anmelden?

Breiter: Nicht 24 Stunden, drei Tage vorher.

V. Gernerth: Also gar drei Tage?

Breiter: Ich wußte es ja schon aus den Zeitungen und berief die Volksversammlung ein, damit nicht auf dem Paradeplatz debattirt werde.

Staatsanw.: Was sollte denn in der Versammlung geschehen?

Breiter: Das wollte ich eben dort von der Deputation erfahren.

Staatsanw.: Sie berufen also eine Versammlung ein, um zu erfahren, was in derselben vorgehen wird?

Breiter: Ich wußte wohl, daß es sich um die Ueberreichung einer Petition an den Reichsrath durch den Abgeordneten Dr. Roser handelte. Es mußte also Jemand gewählt werden, der dieselbe überreicht. Um ein Resultat darüber zu Stande zu bringen, berief ich die Volksversammlung ein.

Staatsanw.: Sie waren einer der Ordner bei der Ansammlung am Paradeplatz; wissen Sie, auf welche Weise die Wahl der Deputationsmitglieder vollzogen wurde?

Breiter: Durch Namensaufruf.

Baudisch (lächelnd): Ich weiß nicht, kennen Sie mich oder nicht?

Breiter: Ich kenne Sie ganz gut.

Baudisch: Haben Sie vermuthet, daß ich auf den Paradeplatz kommen werde?

Breiter: Nein.

Digitized by Google

Oberwinder: Erinnern Sie sich, daß ich am 13. December von einer Zusammenkunft mit Frl. Podany gesprochen habe?

Breiter: Nein.

Oberw.: Erinnern Sie sich, was ich am Tage vor dem 13. December sagte?

Breiter: Sie sagten: „Ich gehe in die Burg, um die Thronrede des Kaisers zu hören."

Dr. Mauthner (zu Oberwinder): Sie waren auch damals in der Burg?

Oberwinder: Ja.

Der Staatsanwalt verwahrt sich gegen die Beeidigung dieses Zeugen, die beiden Vertheidiger verzichten auf dieselbe, der Gerichtshof entläßt den Zeugen, ohne ihn in Eid zu nehmen.

Zeuge Paul Reinert

wird in den Saal geführt. Derselbe ist in Tagendorf geboren, Appreteur und Urlauber beim ersten Linien-Infanterieregiment. Er kennt sämmtliche Angeklagte, mit Ausnahme von Perrin.

Präs.: Bevor ich zur Vernehmung dieses Zeugen schreite, muß ich Folgendes bemerken: Es ist mir gestern wiederholt von Personen, die sich sehr mißliebig darüber geäußert haben, mitgetheilt worden, daß die Angeklagten fortwährend durch Mienen und Geberden in den Zuschauerraum correspondiren. Namentlich soll immer gegen eine gewisse Ecke im Saal geschaut werden. Mir ist es nicht möglich, zugleich die Zeugen, das Publikum und die Angeklagten anzusehen, und ich habe daher wiederholt die Angeklagten ersucht, ihre Augen auf den Gerichtshof zu richten, was, abgesehen von anderen Unzukömmlichkeiten, nur eine Forderung des ganz gewöhnlichen Schicklichkeitsgefühles ist. Ich bringe das den Angeklagten in Erinnerung. (Zum Zeugen:) Welches war der Inhalt Ihrer Correspondenz mit Pfeiffer, als dieser in Suben war?

Reinert: Gewöhnliche Tagesfragen.

Präs.: Wann haben Sie von der Affaire vom 13. December Kenntniß erhalten?

Reinert: Vierzehn Tage zuvor. Es ist von nichts Anderem gesprochen worden, als von der Versammlung auf dem Paradeplatz.

Digitized by Google

Präs.: Was haben Sie als den Zweck der Demonstration bezeichnen gehört?

Reinert: Es hieß allgemein, man wolle auf das Abgeordnetenhaus einwirken, damit die Arbeiter in der nächsten Session das Coalitionsrecht erhalten.

Präs.: Man wollte also — ich will Ihnen da keine Worte in den Mund legen — das Abgeordnetenhaus bestimmen, Concessionen zu machen.

Reinert: Ja.

Präs.: Sie haben in dem Briefe, den Sie nach Linz an Pfeiffer schrieben, ganz bestimmt über Beschlüsse gesprochen, die gefaßt wurden, und es finden sich darin auch die Worte: „Auch Du bist in Aussicht genommen, bei der Deputation zu fungiren."

Reinert: „Beschlüsse" ist nicht so streng wörtlich oder in dem Sinne zu nehmen, wie parlamentarische Beschlüsse. Auch bin ich in der Ausdrucksweise und in der Stylistik nicht so gewandt.

Präs.: Ich kann Ihnen aber das Compliment machen, daß Sie sehr correct schreiben. Uebrigens haben Sie in der Voruntersuchung erklärt, daß Sie Ihre Briefe erst concipiren und dann in's Reine schreiben. Von einem übereilten Ausdruck kann also wohl nicht die Rede sein. Woher wußten Sie denn, daß Pfeiffer in die Deputation gewählt wurde?

Reinert: Vom Hörensagen.

Präs.: Sie haben auch in demselben Briefe ein Zustimmungs-Telegramm in Linz bestellt?

Reinert: Ja; es war aber nicht für die Ansammlung am Paradeplatz bestimmt, sondern für die Volksversammlung beim Zobel.

Präs.: Leidesdorf soll sich gegen die Demonstration in der „Hofmühle" ausgesprochen haben.

Reinert: Ich kam in die „Hofmühle" und sah, daß Alle den Leidesdorf umgaben. Ich fragte: was gibt es? und es hieß, Leidesdorf ist es nicht recht, daß man ihn nicht vorher verständigt hat.

Präs.: Sie haben einmal Beiträge für die „Internationale Association" an Pabst entrichtet?

Reinert: Das ist richtig, aber unaufgefordert.

Staatsanwalt: In dem Briefe an Pfeiffer heißt es mit vollster Bestimmtheit: Es soll entschieden Front gemacht werden gegen das Ministerium und das Abgeordnetenhaus und deshalb für den

Digitized by Google

Montag beschlossen werden, daß die Arbeiter in Masse vor das Parlamentshaus ziehen.

Reinert: Ich wählte den Ausdruck „Front machen", weil ich mir nicht verhehlen konnte, daß eine solche Versammlung der Arbeiter, die nach den vielen erfolglos gebliebenen Petitionen ein anderes Mittel ergreifen wollten, eben als ein Frontmachen gegen die Regierung aufgefaßt werden wird.

St.-A. Es heißt weiter in diesem Briefe, daß eine Arbeiter-Deputation aus Brünn im Abgeordnetenhause erscheinen werde.

Reinert: Auch das habe ich vom Hörensagen erfahren.

Baudisch: Sie schreiben auch in Ihrem Briefe davon, daß sich die Böhmen angeschlossen haben. Ist darunter der böhmische Arbeiterverein gemeint, oder wollten Sie blos von einzelnen Ihrer Bekannten sprechen?

Reinert: Ich hatte erfahren, daß die Arbeiter des slavischen Vereins sich ebenfalls an der Demonstration betheiligen wollen.

Baudisch: Es hat aber Niemand daran theilgenommen.

Der Präsident bringt über Wunsch des Staats-Anwaltes das Schreiben, welches Reinert an Pfeiffer nach Linz gerichtet hatte, zur Vorlesung. Es lautet:

Wien am 8. December 1869.

Lieber Friederich!

Gleich nach Erhalt Deines letzten Schreibens war ich Willens Dir zu antworten, doch ich dachte, daß Du wahrscheinlich schon im Laufe nächster Tage in Wien eintrifft. Wahrscheinlich geht es Dir in Linz recht gut, und wir glauben auch, daß Du aus triftigen Gründen Dich dort längere Zeit als wir erwarteten, aufzuhalten Ursache hast. Da verflossenen Donnerstag Deine Ankunft avisirt war, versammelten sich viele Deiner alten Bekannten, namentlich die Westbahnarbeiter unter Anführung Fischer's am Bahnhof und warteten Deiner bis 7 Uhr Abends, bis ich ihnen Dein Schreiben, welches mir erst Abends in die Hände kam, bekannt gab. Für eine herzliche, freundliche Aufnahme sammt einem guten Nachtmahl war gesorgt; auch Fräulein Podany wartete Deiner am Bahnhofe. Bei uns in Wien geht es bunt durcheinander, die Verwirrung unserer Gegner hat bereits ihren Gipfelpunkt erreicht;

Digitized by Google

Präs. (Die Vorlesung unterbrechend): Was verstehen Sie unter unseren Gegnern?

Reinert: Diejenigen, die uns an der Erlangung der politischen Rechte verhindern wollen.

Präs.: Und wer sind diese?

Reinert: Die Bourgeoisie.

Präs.: Und haben Sie die Wahrnehmung gemacht, daß in diesen Kreisen eine ungeheure Verwirrung herrscht?

Reinert: Schweigt.

Präs. (in der Vorlesung fortfahrend):

der Arbeiter-Bildungsverein erhält bedeutenden Zuwachs durch neue Mitglieder, denn mit der Verfolgung wächst der Erfolg. Scheu reist kommenden Samstag nach Graz zur Fahnenweihe. In Wien ist die Aufregung unter den Arbeitern intensiver denn je, alle, was immer für Namen habende Parteien der Arbeiter, Böhmen, Deutsche, Gesangsvereine und Körperschaften sind in dem Sinne einig entschieden Front gegen das Ministerium und Abgeordnetenhaus zu machen; für künftigen Montag ist beschlossen, daß die Arbeiter in Massen vor das Abgeordnetenhaus ziehen, und dem Parlament erklären wollen, daß sie mit der Gewährung ihrer bekannten Forderungen nicht mehr länger demüthig warten wollen und es wird deshalb eine Deputation aus 10 Mann in das Parlament entsendet werden, um diesen Beschluß der Volksvertretung (?) bekannt zu geben. Auch Du bist in Aussicht genommen, bei der Deputation zu fungiren, falls Du bis Montag in Wien eintriffst. Eine Arbeiter-Deputation aus Brünn wird im Abgeordnetenhause an diesem Tage erscheinen; viele Zustimmungstelegramme aus den Provinzen stehen in Aussicht; falls es in Linz möglich ist, wäre es erwünscht, daß ebenfalls ein Telegramm entsendet werde. Ich und Tausende Deiner Freunde sehnen sich schon, Dich begrüßen und Dir ihre aufrichtigen Sympathien zu bezeugen. Grüße uns in Linz Alle unsere Brüder und Parteigenossen, versichere sie unserer brüderlichen Treue und Anhänglichkeit. Ich schließe mit dem aufrichtigsten Gruß und Kuß auf baldiges Wiedersehen

Paul Reinert.

Auch findet kommenden Montag eine Volksversammlung im Sofiensaale nach Schluß der Reichsrathssitzung statt, im Falle selbe nicht verboten wird.

Digitized by Google

Pfeiffer (zu Reinert): Dem Herrn Präsidenten haben Sie vorhin auf seine Frage, ob man mit der Demonstration das Abgeordnetenhaus zu Concessionen nöthigen wollte — ein Ausdruck, der vom Herrn Präsidenten Ihnen in den Mund gelegt wurde — mit Ja beantwortet. Ist das wirklich Ihre Ueberzeugung?

Präs. (nachdrücklich): Bevor Sie den Vorsitzenden einer unehrenhaften Handlung beschuldigen, müssen Sie überlegen, was Sie sagen. Ich frage Sie, wann habe ich dem Zeugen das Wort „nöthigen" in den Mund gelegt? (Zeuge schweigt.) Ich habe wohl früheren Zeugen, die nicht gleich die Worte finden konnten, um ihnen die Aussage möglich zu machen, die Antwort gleichsam vorgesprochen, aber immer nur mit dem Beifügen: Ich will Ihnen damit nichts in den Mund legen. Ich glaube, daß meine Fragestellung auch die scrupulösesten Gewissen befriedigen kann, und berufe mich in dieser Beziehung auf die öffentliche Meinung.

Pfeiffer: Ich verwahre mich dagegen, Herr Präsident. Ich wollte durchaus nicht eine Verdächtigung aussprechen, sondern, weil die Sache von großer Wichtigkeit ist, darüber vom Zeugen Auskunft erhalten, wie er das Wort „nöthigen" aufgefaßt hat. In dem Briefe selbst kommt es nicht vor. Es wird das Wort „nöhigen" im Gegensatze zum „demüthigen Warten" gebraucht und ich wollte daher constatiren, ob der Zeuge von einer solchen Pression sprechen wollte.

Reinert: Nein.

Präs.: Der Gerichtshof legt eben auf die Worte, den „Reichsrath nöthigen" Gewicht, weil sie in dem Briefe vorkommen.

Pfeiffer: Dieser Ausdruck kommt eben im Briefe nicht vor.

Präs. nimmt den Brief nochmals zur Hand und findet, daß das Wort „nöthigen" in demselben nicht vorkommt.

Schäftner: Können Sie bestätigen, daß jedes Schriftstück, das von der Gewerkschafts-Section ausgeht, durch meine Hände gehen muß? Es könnte vielleicht der hohe Gerichtshof die Ansicht gewinnen, als ob der fragliche Brief von Ihnen im Auftrage der Gewerkschafts-Section an Pfeiffer geschrieben wurde.

Präs.: Es ist ein solches Bedenken von keiner Seite aufgetaucht und ich erachte daher diese Frage für sehr überflüssig.

St.-A.: Bevor über die Beeidigung des Zeugen Reinert beschlossen wird, möchte ich noch an die im Saale anwesende Josepha Strobl einige Fragen stellen. (Dieselbe tritt vor den Gerichtstisch.)

Digitized by Google

Sie haben gestern erklärt, daß Hartung dem Mühlwasser das Haus verboten hat. Wann geschah das?

Strobl: Während Oberwinder in Basel war.

St.-A. Wußten Sie damals schon, daß es Mühlwasser sei?

Strobl: Ja.

St.-A. Sie haben ferner gestern angegeben, daß Mühlwasser trotzdem noch einmal gekommen sei, und zwar als Oberwinder in Basel war. Erinnern Sie sich, was Sie diesbezüglich in der Voruntersuchung gesagt haben?

Strobl: Ich habe dort dasselbe angegeben.

St.-A. Nein, Sie sagten: „Als Oberwinder in Basel krank war, kam ein Herr, denn ich für den Bruder Oberwinder's hielt; ich glaube aber, Hartung sagte mir, daß er Mühlwasser heiße, und aus Brünn sei."

Strobl: Schweigt.

(Der Präsident liest die betreffende Aussage der Josepha Strobl aus dem Jahre 1869 vor, welche mit der vom Staatsanwalt angeführten übereinstimmt.)

Der Staatsanwalt spricht sich gegen die Beeidigung des Zeugen Reinert aus. Die Vertheidiger legen keinen Werth darauf.

Es wird hierauf die Zeugin

Kunigunde Strobl,

Mutter der Josepha Strobl, vernommen.

Dieselbe ist in Wien geboren, 54 Jahre alt, Laborantens-Witwe, gibt an, daß sie auf der Wieden wohnt und ein Zimmer an Hartung und Oberwinder vermiethet hatte.

Präs.: Sind viele Besuche in die Redaction gekommen?

Strobl: Ja.

Präs.: Wer hat die Thür immer aufgemacht, wenn geläutet wurde?

Strobl: Ich, oder meine Tochter.

Präs.: Ist es nicht vorgekommen,, daß die Thür nicht versperrt war?

Strobl: Im Winter nie, im Sommer dann und wann.

Präs.: Haben Sie einige der Besucher dem Namen nach genannt?

Digitized by Google

Strobl: Keinen, nur vom Sehen aus.

Präs.: Erinnern Sie sich, daß Mühlwasser öfters hingekommen ist?

Strobl: Ja. Es ist einmal gestritten worden, und da habe ich gehört, daß der Herr Mühlwasser heißt.

Präs.: Haben Sie über diesen Streit mit Jemanden gesprochen?

Strobl: Nein.

Präs.: Ist er nach dem Streite noch öfter gekommen?

Strobl: Nein.

Präs.: Woher wissen Sie das? Waren Sie denn immer in der Wohnung?

Strobl: Ich oder meine Tochter.

Präs.: Pflegen Sie Alles Ihrer Tochter zu sagen und umgekehrt?

Strobl: Na ja. Wie der Herr is eingesperrt worden, hat mir die Pepi g'sagt: Schau, der Herr, was mit'n Herrn Hartung g'stritten hat, is jetzt eing'sperrt wo'rn. Wir haben immer mit einander g'redt, denn warum? Seit der Vater todt is, san mir allan.

Präs.: Können Sie sagen, daß Sie ihn seit dem Streite nicht gesehen haben?

Strobl: Freili kann is sag'n. Denn warum, sonst hätt i ihm ja aufspirn müssen; denn sonst hätt mir ja die Pepi g'sagt: „Mutter, der Herr is wieder da!" Als wie er is im Juni wieder zu uns kommen, hab i glei g'sagt: „Du Pepi! Das ist der Herr, was g'stritten hat!"

Präs.: Ist er vielleicht gekommen, nachdem er aus der Haft entlassen worden war? Es war am 1. Mai.

Strobl: Da is er wieder kommen.

Präs.: Sie haben noch eine Tochter; hat diese nicht auch einmal die Thür geöffnet?

Strobl: Mein' andere Tochter kommt immer nur auf a halbe Stund zu Mittag und am Abend z'Haus. Sie hat niemals die Thür aufgemacht.

Präs.: Mühlwasser behauptet aber, er sei noch oft dort gewesen, insbesondere in den ersten Tagen des December.

Strobl: Da hab ich ihm die Thür nicht aufgemacht.

Präs.: Nun, Herr Mühlwasser?

Digitized by Google

Mühlwasser: Ob es die alte oder die junge Dame gewesen ist, weiß ich nicht.

Präs.: Und sind Sie wirklich am 1. Mai hingekommen?

Mühlwasser: Ja, ich ging hin und beschwerte mich über die Verdächtigungen, die man gegen mich vorgebracht hat.

Votant Gernerth: Mußte Ihnen Jemand die Thür öffnen, oder trafen Sie nicht die Thür offen?

Mühlwasser: Offen traf ich Sie nicht, aber — Hartung öffnete mir manchmal die Thür.

Präs.: Ist das richtig, Frau?

Strobl: Nur, wenn wir gessen haben, nachher hat der Herr Hartung manchmal aufgemacht. Aber mir haben ja davon gewußt, denn warum? Weil mir ja immer zu Hause waren.

Präs.: War nicht Ihre zweite Tochter zu Hause?

Strobl: O na! Ka Minuten. Denn warum? Weil's um 8 Uhr Früh weggeht und nachher kommt's nit bis Abend, weil die Herrschaft viel zu thun hat.

Präs.: Nun, Herr Mühlwasser, wie erklären Sie dies?

Mühlwasser: Ich kann das nicht anders erklären, als daß die Frauen läugnen . . .

Präs.: Confundiren Sie die Zeugin nicht.

Strobl (gekränkt): Aber i bitt, da gibt's ja ka Läugnung nit, denn warum? I bin alt und Sö san jung.

Präs.: War Ihre Tochter doch nicht zu Hause, etwa unwohl?

Strobl: Gott bewahr. O na! denn warum? Weil sie g'sund is, und ihr nie was fehlt.

St.-A.: Müssen Sie denn Herrn Mühlwasser gesehen haben, zu Ihnen kommen, oder war es möglich, daß Sie ihn nicht gesehen haben?

Strobl (aufrichtig): I bitt, mit reinem G'wissen kann is sagen, i hab ihn net g'segn.

Votant Gernerth: Sie haben ja die Frage doch nicht beantwortet.

Strobl (ganz verwirrt): No, mein Gott, was soll i sagen?

Präs.: Sie, liebe Frau, müssen Sie ihn gesehen haben?

Strobl: I hab ihn halt nit g'segn.

Präs.: Ich bitte den Staatsanwalt sich über die Beeidigung der beiden Zeuginnen zu äußern.

Digitized by Google

St.-A.: Ich verwahre mich entschieden gegen die Beeidigung der Josefa Strobl, weil dieselbe einen Widerspruch enthält, gegen die Beeidigung der Kunigunde Strobl habe ich nichts einzuwenden.

Dr. Singer: Die Staatsbehörde legte nur Verwahrung gegen die Beeidigung dieser Zeugin ein. Mit bloßer Verwahrung komme die Staatsbehörde nicht auf. Sie soll Gründe darlegen, dann wird die Vertheidigung dieselben bekämpfen. Ich beantrage die Beeidigung beider Zeuginnen um so mehr, als der h. Gerichtshof auch gestern die Beeidigung des Frln. Podany vorgenommen hat, trotzdem einige verbale Unterschiede zwischen ihrer Aussage bei der Schlußverhandlung und in der Voruntersuchung vorhanden waren.

Dr. Mauthner: Die Vertheidigung weiß recht gut, warum sich der St.-A. gerade bei dieser Zeugin so sehr verwahrt, während er bei den übrigen Zeugen sich ganz ruhig verhielt. Gerade in der Beeidigung dieser Zeugin liegt der Schwerpunkt des ganzen Processes. Daß dem so sei, das hat das scharfe Inquisitorium gezeigt, welchem die Zeuginnen seitens des Gerichtshofes und des Staatsanwaltes unterworfen wurden. Nicht nur der Herr Präsident, sondern auch die Mitglieder des h. Gerichtshofes und der Staatsanwalt haben sehr viele Fragen und in einer Formulirung gestellt, daß durch sie nicht nur eine alte Frau oder ein Mädchen, sondern selbst ein vollkommen vorbereiteter Mann in Verlegenheit gebracht werden müßte. Es wurde dasselbe wiederholt und in verschiedenen Formen gefragt und ich muß gestehen, daß sich trotz dieser kaum für mich verständlichen Fragen die Zeuginnen in keinen Widerspruch verwickelt, sondern bestimmt deponirt haben, daß Mühlwasser in der kritischen Zeit nicht bei Hartung und Oberwinder war, und daß der Koffer, dessen Abgang Herrn Mühlwasser bei dem fraglichen Besuche aufgefallen sein will, stets an derselben Stelle (Fensternische) in der Wohnung sich befunden habe. Ich sehe also nicht ein, warum diese eclatanten Momente, einer anderen Aussage zu liebe, mit der sie im Widerspruche stehen, nicht durch einen Eid erhärtet werden sollen? Was hat denn der Staatsanwalt damit sagen wollen, daß er die Beeidigung des Zeugen Mühlwasser verschoben wünsche, um dessen Glaubwürdigkeit zu erproben, wenn diejenigen Zeugen, welche mit ihm in Widerspruch gerathen, ihre Angaben nicht durch einen Eid erhärten sollen? (Bravo im Auditorium.)

Präs. (streng): Ich bitte.

Digitized by Google

Staatsanwalt: Der eine Herr Vertheidiger hat sich verwundert darüber, daß sich die Staatsanwaltschaft gegen die Beeidigung der Josefa Strobl verwahrt hat, und der andere findet, daß diese Beeidigungsfrage der Schwerpunkt der Verhandlung sei. Ich möchte wissen, in welcher Weise ich den Standpunkt der Anklage wahren sollte, wenn ich mich nicht gegen die Beeidigung jener schwankenden Aussagen aussprächе, welche die Anklage zu erschüttern scheinen. Wenn noch weitere Gründe begehrt werden, so muß ich dem h. Gerichtshof anheimstellen, ob es denn möglich sei in einem Locale, wo sich die Redaction einer Zeitschrift befindet, wo die Leiter einer so umfassenden Bewegung, wie die der Arbeiter, wohnen, bei denen fortwährend zahlreiche Besuche erscheinen, ob es möglich ist, zu behaupten: diese und diese Person sei einen ganzen Monat hindurch nicht dort gewesen? In der That haben die Zeuginnen diesen Umstand auch heute nicht mit Bestimmtheit behaupten können. Dafür aber, daß Mühlwassers Angabe richtig sei, sprechen die wiederholten Hinweisungen auf „Zuzüge aus Brünn." Wie konnten dieselben in Aussicht gestellt worden sein, wenn nicht Verhandlungen mit Mühlwasser stattgefunden hätten. Ich glaube daher, daß es der Aussage der Josefa Strobl an innerer Glaubwürdigkeit fehle, daß sie mit der Actenlage im Widerspruch stehe und daß sich deßhalb der Gerichtshof zur Beeidigung derselben nicht wird entschließen können.

Dr. Singer: Der Vertheidigung liegt daran, den Gerichtshof zu der Ueberzeugung zu bringen, daß der Zeuge Mühlwasser unwahre Angaben gemacht habe. Er hat erklärt, daß ihm die Thür von einer Dame geöffnet worden sei. Wenn nun von beiden Zeuginnen dies zurückgewiesen wird, muß doch der hohe Gerichtshof die Ueberzeugung gewinnen, daß Mühlwasser eine Persönlichkeit sei, die es mit ihren Aussagen nicht genau nimmt.

Dr. Mauthner: Ich will nur noch Eines schärfer betonen. Der Staatsanwalt hat in die Beeidigungsfrage Momente hineingezogen, die nicht hineingehören. Es ist ganz gleichgiltig, ob man Zuzüge aus Brünn erwartete oder nicht, das kann ja wo anders als in der Wohnung besprochen worden sein. Hier handelt es sich aber lediglich um die Anwesenheit in der Wohnung während der kritischen Zeit und diesfalls hat die Angabe des Zeugen Mühlwasser ein ganz entschiedenes Dementi erfahren.

Digitized by Google

Der Gerichtshof zieht sich zur Berathung zurück. Bei dem Wiedererscheinen desselben verkündet der Präsident den Beschluß, daß die Zeugin Josepha Strobl wegen des Widerspruches, in welchem sich ihre gestrige Aussage zu der in der Untersuchung abgelegten befindet, nicht zu beeiden sei, dagegen sei die Zeugin Kunigunde Strobl in Eid zu nehmen. (Die Beeidigung erfolgt.)

Präs.: Ich bringe zur Kenntniß, daß mir im Laufe der Verhandlung ein Brief mit voller Namensfertigung zugekommen ist, welcher derart beleidigende und verletzende Ausdrücke gegen eine Zeugin enthält, daß es hieße, das Schamgefühl beleidigen, wenn ich diesen Brief zur Kenntniß der Oeffentlichkeit brächte. Ich habe daher den Brief dem Staatsanwalte und den Vertheidigern zur Einsicht vorgelegt und bin mit diesen übereingekommen, daß ich den Brief vernichte, so daß derselbe auch nicht einmal den Acten beigeschlossen werde. (Präsident zerreißt den Brief.)

Hierauf wird der Zeuge

Moriz Oppenheim

vernommen. Derselbe gibt an, daß er 31 Jahre alt, aus Preßburg gebürtig und Journal-Berichterstatter sei. Er erzählt, daß er bei der Volksversammlung „zur schönen Aussicht" an dem Berichterstattertische gesessen sei, welcher nächst der Tribüne stand. Als nun Mühlwasser den Schwur auf die rothe Fahne abnahm, hörte er (Zeuge), wie Oberwinder sagte: „Das ist ein verrückter Kerl!" Hiebei machte er eine Handbewegung, welche deutlich zeigte, daß er über Mühlwasser wegwerfend dachte. Frl. Podany war dabei und muß es auch gehört und gesehen haben.

Präs.: Was schließen Sie aus der Handbewegung?

Oppenheim: Daß Oberwinder Herrn Mühlwasser nicht berufen erachte, den Schwur abzunehmen.

Präs.: Waren Sie am 13. December auf dem Paradeplatze bei der Demonstration?

Oppenheim: Ich brauchte einen Bericht für das Abendblatt. Ich fragte deshalb die Versammelten, was es denn gäbe. Man gab mir zur Antwort, daß ich nur zum Comité gehen solle, von diesem dürfte ich Alles erfahren. Ich ging in die Bierhalle von Bischof und da wurde mir erzählt, daß eine Petition an den Grafen Taaffe ab-

Digitized by Google

geschickt werden solle. Neugierig, dieselbe zu sehen, wies man mich an einen jungen Mann, welcher vor sich ein mit Bleistift geschriebenes Concept liegen hatte. Ich bat ihn um den Inhalt des Schriftstückes. Da sagte mir der junge Mann: „Machen Sie schnell! Ich muß es noch abschreiben!“

Präs.: Erinnern Sie sich bestimmt, daß die Petition mit Blei geschrieben war?

Oppenheim: Genau weiß ich es.

Präs.: Womit wurde sie überschrieben?

Oppenheim: Der junge Mann hatte ein Taschentintenzeug vor sich stehen.

Präs.: War an dem Tische, wo dieser junge Mann saß, Raum und Ruhe zur Vornahme einer Abschrift?

Oppenheim: Ja, es waren an dem Tische nur zwei Personen, während an den anderen Tischen zehn Personen waren.

Präs.: Würden Sie diesen blonden jungen Mann noch kennen?

Oppenheim. Ja.

Präs.: Befindet er sich unter den Angeklagten?

Schäftner (erhebt sich. Heiterkeit.)

Präs. (zum Zeugen): Ich denke jetzt ist es nicht mehr nöthig.

Oppenheim: Ich hätte den Herrn auch erkannt, wenn er nicht aufgestanden wäre. Nun wollte ich wissen, wer die Leute seien, welche die Petition überbringen sollten. Es wußte mir aber Niemand Auskunft zu geben, und ich mußte unverrichteter Dinge in die Redaction des „Tagblatt“ fahren.

Präs.: Haben Sie nicht auf dem Platze Zettel in den Händen einiger Arbeiter gesehen, auf welchen die Mitglieder dieser Deputation verzeichnet standen?

Oppenheim: Hätte ich einen solchen Zettel gesehen, so würde ich mir ihn ja gleich verschafft haben.

Präs.: Kennen Sie Herrn Oberwinder?

Oppenheim: Ich habe ihn beim Schützenfest kennen gelernt; er war damals Berichterstatter der Grazer „Tagespost“. Ich kannte ihn als einen braven und ehrlichen Menschen, insbesondere in politischer Beziehung; in gleicher Eigenschaft kenne ich Herrn Schen. Mit diesem saß ich nach dem Eisenacher Congreß im Café Griensteidl und fragte ihn, wie es denn möglich sei, daß, wenn einige Oesterreicher im Auslande zusammenkommen, dieselben uneinig seien, so wie er

Digitized by Google

und Oberwinder es in Eisenach mit Herrn Mühlwasser waren; hierauf gab mir Scheu zur Antwort: „Wir können doch mit einem solchen Menschen nicht gehen; hätten wir ihm gefolgt, so wären wir in Bodenbach von der Polizei abgefangen worden."

Staatsanwalt: Sie nennen sich Journal-Berichterstatter; sind Sie Redactionsmitglied eines Blattes?

Oppenheim: Nein, ich bin Berichterstatter meiner Local-Correspondenzen.

Präs.: Das heißt, Sie sammeln Notizen?

Oppenheim: Nur von Vereinen und Versammlungen.

Präs.: Hat Mühlwasser, als er den Schwur auf die rothe Fahne abnahm, sehr exaltirt gesprochen?

Oppenheim: Ja.

Staatsanwalt: Konnten Sie also wissen, ob Herr Oberwinder, als er sagte: „Das ist ein verrückter Kerl," damit den Schwur auf die rothe Fahne überhaupt meinte oder nur die extravagante Art, in welcher Herr Mühlwasser gesprochen?

Oppenheim: Es hat in der That auf mich den Eindruck gemacht, daß er den Schwur damit gemeint.

Staatsanwalt: Warum hat es diesen Eindruck auf Sie gemacht?

Oppenheim: Weil er entrüstet von der Tribüne herabgesprungen.

Staatsanwalt. Aber woher wissen Sie, daß diese Entrüstung dem Schwur selbst und nicht nur der extravaganten Sprechweise gegolten?

Oppenheim: Das kann ich nicht wissen.

Staatsanwalt: Also Sie wissen es nicht?

Oppenheim: Es hat auf mich den Eindruck gemacht, daß die Abnahme des Eides damit gemeint war.

Dr. Singer: Gehören Sie der socialdemokratischen Partei an?

Oppenheim: Nein.

Präs.: Nachdem der Zeuge sich auf Fräulein Podany berufen und diese hier anwesend ist, ersuche ich Fräulein Podany, vorzutreten. (Die Zeugin tritt vor.) Haben Sie sich in der Volksversammlung „zur schönen Aussicht" am Berichterstattertische befunden?

Podany. Ja.

Digitized by Google

Präs.: Ist es Ihnen erinnerlich, daß Herr Oppenheim an Ihrem Tische saß?

Podany: Ja, ich erinnere mich.

Präs.: War Herr Oberwinder in Ihrer Nähe?

Podany: Ich erinnere mich nicht, ihn gesehen zu haben.

Präs.: War der Berichterstattertisch neben der Tribüne?

Podany: Ja.

Präs.: Ist Ihnen erinnerlich, daß Herr Oberwinder über Herrn Mühlwasser bei dem Schwur auf die rothe Fahne gesagt: „Das ist ein verrückter Kerl"?

Podany: Das ist mir nicht erinnerlich.

Präs.: Ist es möglich, daß Sie es überhört haben?

Podany: Das ist möglich.

Präs.: Welchen Eindruck hat Mühlwasser bei dem Schwur auf Sie gemacht?

Podany: Es schien mir, daß er ein exaltirter Kopf sei, der mit seinen Ideen zu weit gehe.

Präs.: Haben Sie darüber mit Hartung oder Oberwinder gesprochen?

Podany: Ich habe zu Hartung gesagt, daß dieß ein Unsinn gewesen.

Präs.: Und was hat er darauf gesagt?

Podany: Es sei ein Unsinn; aber nachdem es nun geschehen, habe es sein Gutes, denn man könne die Leute gelegentlich an den Schwur erinnern, im Falle es zu etwas käme. (Entrüstung unter den Angeklagten.)

Der Staatsanwalt ist gegen die Beeidigung des Zeugen Oppenheim.

Dr. Singer verlangt jedoch dieselbe. Der Zeuge wird sonach beeidet.

Hierauf wird der Zeuge

Friedrich Stern,

Journalist, Mitarbeiter der „Vorstadt-Zeitung", welcher als Berichterstatter des „Neuen Fremdenblattes", dessen Redactionsmitglied er damals gewesen, in der Volksversammlung „zur schönen Aussicht" anwesend war, vernommen.

Digitized by Google

Die Versammlung, erzählt der Zeuge, war Anfangs eine nicht besonders animirte. Ich saß an einem langen Tische neben meinem Bruder und sprach mit demselben. Oberwinder saß hinter mir auf der rückwärtigen Tribüne und blickte in mein Manuscript. Mit einem Male höre ich lauten Beifall, fast einen Jubel — die Worte „rothe Fahne" und „Eid" und plötzlich fährt Oberwinder auf und sagt: „Ist das ein" — „Ist das ein" — ich weiß nicht, sagte er „Esel" oder „exaltirter Kerl", jedenfalls war es eine wegwerfende Bezeichnung.

Präs.: Mußte denn dieselbe nur dem Schwur gelten, oder konnte sie nicht auch einer anderen Stelle aus der Mühlwasser'schen Rede gelten?

Stern: Oberwinder war mit Niemanden im Gespräche, sondern horchte immerwährend den Rednern zu. Als er plötzlich auffuhr und die Aeußerung machte, blickte ich meinem Nebenmann in die Notate und fand, wie er den Schwur notirte. Ich kann doch nicht annehmen, daß Oberwinder plötzlich und ohne Grund über Mühlwasser oder irgend Jemand eine solche Aeußerung machen werde.

Präs.: Sie glauben also gewiß, daß die Aeußerung auf den Schwur gerichtet war?

Stern: Das geht aus den Umständen hervor und ich hatte darüber nicht den geringsten Zweifel.

Staatsanwalt spricht sich auch gegen die Beeidigung dieses Zeugen aus.

Dr. Singer verlangt dieselbe und wird dieser Zeuge auch beeidet.

Hierauf wird der Zeuge

Friedrich Thöny,

Mitarbeiter der „Vorstadt-Zeitung", aufgerufen.

Präs.: In welcher Eigenschaft waren Sie bei der Volksversammlung „zur schönen Aussicht"?

Thöny: Als Berichterstatter der „Vorstadt-Zeitung".

Präs.: Wo saßen Sie?

Thöny: An dem für die Berichterstatter reservirten Tisch hinter der Tribüne.

Präs.: War Oberwinder an demselben Tische?

Digitized by Google

Thöny: Oberwinder war an dem Tische daneben und ist auf mein Ersuchen an unsern Tisch gekommen, weil ich die Abschrift des Telegramms an den „Reveil" zu haben wünschte.

Präs.: Was machte die Abnahme des Schwurs auf Sie für einen Eindruck?

Thöny: Ich hielt dieselbe für die unreife Ausgeburt eines verschrobenen Gehirnes.

Präs.: Was herrschte bei Ihren Collegen und bei Denen, mit welchen zu sprechen Sie Gelegenheit hatten, hierüber für eine Stimmung?

Thöny: Man hat gleich damals gesagt, daß die Abnahme des Schwures nicht förderlich sei für die Interessen der Partei.

Präs.: Haben Sie mit Oberwinder darüber gesprochen?

Thöny: Ja wohl. Ich habe mein Erstaunen darüber ausgedrückt, daß so etwas stattgefunden.

Präs.: Hielten Sie denn die Abnahme des Schwures für gefährlich, glaubten Sie, daß die Regierung die Arbeiter nun maßregeln werde?

Thöny: Ich hielt dafür, daß Mühlwasser's Vorgehen inopportun sei. Ich hielt es auch für zu theatralisch. Hartung hat mich damals ersucht, die extremsten Ausdrücke Mühlwasser's zu übergehen oder abzuschwächen. Ich erwiederte ihm: „Ich kann Ihrem Wunsche um so leichter nachkommen, als ich die Rede schon aus preßpolizeilichen Gründen nicht so bringen dürfte."

Präs.: Welchen Eindruck machte Mühlwasser auf Sie?

Thöny: Den eines Charlatans.

Präs.: Schien Ihnen nicht, daß die Abnahme des Schwurs vorbereitet war?

Thöny: Es schien mir improvisirt.

Votant Gernerth: Warum glauben Sie, dürfte sie zum Schlusse angebracht worden sein?

Thöny: Es dürfte Mühlwasser um einen Schlußeffekt zu thun gewesen sein.

Gegen die Beeidigung dieses Zeugen weiß der Staatsanwalt nichts einzuwenden. Da sie Dr. Singer verlangt, so wird der Zeuge Thöny beeidet.

Hierauf wird der Zeuge

Digitized by Google

Conrad Groß,

Schriftsetzer in der Vereinsdruckerei, vorgerufen.

Präs.: Ist Ihnen bekannt, daß Mühlwasser zur Volksversammlung zur „schönen Aussicht" kam?

Groß: Ja, er kam der Volksversammlung wegen von Brünn hieher; am Abend vorher kam er in die Sitzung der Gewerkschaftssection.

Präs.: Auf wessen Veranlassung? Wer hat Mühlwasser eingeladen?

Groß: Das ist mir nicht bekannt; vom Ausschuß oder der Gewerksschaftssection ist keine Einladung ausgegangen, das kann ich bestimmt versichern, da ich Obmann-Stellvertreter war.

Präs.: Nun, Mühlwasser wohnte aber doch einer Sitzung der Gewerkschaftsection bei, von wem wurde er dort eingeführt?

Groß: Die Gewerkschaftssection hält jeden Samstag eine Sitzung. Am Abend vor der Volksversammlung zur „schönen Aussicht" kam Mühlwasser in die Sitzung, von wem er aber eingeführt worden, weiß ich nicht bestimmt, wahrscheinlich von Hartung oder Oberwinder. Die Sitzung wurde, da eine Unterbrechung nicht geduldet wird, erst zu Ende geführt, darauf wurde Mühlwasser vorgestellt und begrüßt, und wir begaben uns Alle in den Gasthausgarten hinunter. Ich saß dort in unmittelbarster Nähe Hartungs und Oberwinders.

Präs.: Wurde über die Tagesordnung der bevorstehenden Volksversammlung gesprochen? Wurde vielleicht Mühlwasser aufgefordert, in der Volksversammlung zu sprechen?

Groß: Ich kann ganz bestimmt sagen, daß keine Rollen vertheilt wurden. Man hat es freudig begrüßt, daß Mühlwasser, der die Brünner Arbeiterbewegung in Fluß gebracht hatte, hergekommen war, um an der Volksversammlung theilzunehmen, aber davon, daß er in dieser oder jener Richtung sprechen sollte, war keine Rede.

Präs.: War nicht die Rede davon, daß Mühlwasser der Versammlung den Schwur auf die rothe Fahne abnehmen soll?

Groß: Davon hörte ich keine Silbe.

Präs.: Mühlwasser behauptet, Oberwinder habe ihn beauftragt, den Schwur auf die rothe Fahne abzunehmen.

Digitized by Google

Groß: Das scheint mir nicht glaublich, denn Oberwinder äußerte sich mir gegenübr darüber sehr mißfällig.

Präs.: Warum hat sich Oberwinder nicht gegen Mühlwasser selbst darüber ausgesprochen?

Groß: Wahrscheinlich, weil er ihn nicht verletzen wollte. Mühlwasser fragte uns übrigens, ob er nicht eine Verfolgung aus Anlaß dieses Schwures zu besorgen habe. Wir haben ihn jedoch darüber beruhigt.

Präs.: Was ist Ihnen über die Absendung des Telegramms an den „Réveil" bekannt?

Groß: Mühlwasser beantragte dies und schlug vor, Herrn Oberwinder, welcher mit Pariser Journalisten Verbindungen habe, mit der Absendung desselben zu betrauen.

Präs.: Wer hat das Telegramm abgefaßt?

Groß: Das ist mir nicht bekannt.

Scheu (zum Zeugen): Erinnern Sie sich, daß der Ausschuß des Wiener Arbeiterbildungsvereines anläßlich der Brünner Arbeiterunruhen ein Telegramm dorthin sandte, um die Arbeiter zu beschwichtigen?

Groß: Ja, es wurde dieser Beschluß vom Ausschusse gefaßt.

Scheu: Erinnern Sie sich auch, wer den Antrag auf Absendung dieses Telegramms stellte?

Groß: Daran erinnere ich mich nicht mehr.

Scheu: Ich wollte nur constatiren ....

Präs. (unterbrechend): Ich bitte, Sie haben hier nichts zu constatiren, das Constatiren steht mir allein zu.

Scheu: Also ich wollte nur anführen, daß ich es war, der diesen Antrag stellte, und in seiner Motivirung darauf hinwies, daß Mühlwasser wahrscheinlicherweise den Anlaß zu den Brünner Unruhen gegeben haben werde.

Groß: Ich weiß nur, daß später der Obmann Mühlhauser mir Mühlwasser als Anlaß dieser Unruhen bezeichnet hat.

Oberw. (zu Groß): Wissen Sie, in welcher Weise Fräulein Podany in den Arbeiterkreisen verkehrte?

Groß: Sie stand in freundschaftlichem Verhältnisse zu Hartung bis zur Zeit, als dessen Geliebte nach Wien kam.

Oberw.: Wissen Sie, ob ich Einfluß auf die Cassaführung der „Volksstimme" genommen?

Digitized by Google

Groß: Hartung hat mit mir nichts darüber gesprochen.

Präs.: Zeuge Mühlwasser, treten Sie vor. Sie haben die Angaben der Zeugen gehört, was haben Sie darauf zu erwidern?

Mühlwasser (entschieden): Ich kann von dem, was ich gesagt, nichts zurücknehmen und halte die Wahrheit aller meiner Angaben aufrecht, denn ich war mir der schweren Verantwortlichkeit meiner Aussage bewußt.

Präs.: Wie erklären Sie also, daß Oberwinder sich so mißfällig über die Abnahme des Schwurs auf die rothe Fahne ausgesprochen?

Mühlwasser: Oberwinder wird gewußt haben, daß die Sache etwas gefährlich ist, sonst hätte er die Heldenthat selbst ausgeführt und den Schwur auf die rothe Fahne der Versammlung selbst abgenommen. So hat er sich als guter Schauspieler bewiesen. Er that diese abfällige Aeußerung, um jede Causalität von sich abzuwälzen. (Unruhe.)

Groß: Ich will noch constatiren ....

Präs. (unterbrechend): Das heißt, Sie wollen mittheilen.

Groß: Ja, daß, als der Wiener Arbeiterbildungs-Verein mit den Arbeitern Brünns in Correspondenz trat, von Brünn lauter überspannte Briefe voller Phrasen eintrafen, die sämmtlich von Mühlwasser unterfertigt waren, so daß unser damaliger Obmann Mühlhauser dem Schriftführer den Auftrag gab, auf die Brünner Briefe nur wieder lauter Phrasen zu antworten, um ihnen zu zeigen, daß wir auch mit Phrasen dienen können. (Heiterkeit.) Auch weigerte er sich, sich Mühlwasser vorstellen zu lassen.

Zeuge Groß wird wegen Irrelevanz seiner Aussagen, nachdem die mißfällige Aeußerung Oberwinder's über Mühlwasser's Benehmen erst später erfolgte, nicht beeidigt. Der Präsident vertagt hierauf die Sitzung auf morgen 9 Uhr Vormittags.

Sechster Verhandlungstag.

Der Vorsitzende eröffnet die Verhandlung mit der Mittheilung, daß der k. k. Regierungsrath Dr. Hermann Ritter v. Orges folgenden Brief an ihn gerichtet habe:

Digitized by Google

Hochwohlgeborner Herr!
Hochverehrtester Herr Präsident!

Da mir bis zur Stunde eine Vorladung zur öffentlichen Verhandlung im Arbeiterprocesse nicht zugegangen ist, so erlaube ich mir, Euer Hochwohlgeboren um eine solche vor Schluß der Zeugenaussagen zu ersuchen, um eine Reihe mich berührender falscher Angaben und aus diesen gezogener falscher Schlüsse zu berichtigen. Die ersteren können auf einer Verwechslung meiner Person beruhen, die letzteren haben keine andere thatsächliche Basis, als daß ich mit Dr. Liebknecht gelegentlich eines Besuches bei seinem mir lange bekannten Zimmergenossen, Dr. Petermann aus Dresden im Juli vorigen Jahres im Hotel „zum Lamm" zusammengetroffen bin. Da ich mit Liebknecht als Redacteur der „Allgemeinen Zeitung" früher in geschäftlicher Verbindung gestanden war, so entspann sich zwischen uns ein Gespräch, welches sofort abgebrochen wurde, als drei mir gänzlich unbekannte Herren mit einer mir ebenso unbekannten Dame eintraten, um Herrn Dr. Liebknecht nach dem Bahnhof behufs seiner Abreise zu begleiten. Weder damals noch später habe ich mit diesen Herren oder dieser Dame ein Wort gewechselt und ebenso wenig bin ich mit Dr. Liebknecht seit seiner Abreise von Wien in irgend einer Beziehung gestanden.

Ich bemerke ganz ausdrücklich, daß es eine durchaus irrige Angabe ist, wenn ein mir unbekannter Herr Pfeiffer lediglich auf Grund einer Aussage eines Fräulein Podany angibt, daß ein mir ebenso unbekannter Herr Oberwinder an dem Gespräche zwischen mir und Dr. Liebknecht theilgenommen habe oder dabei auch nur zugegen gewesen sei. Ebenso ist es eine irrige Angabe derselben Dame, daß ich auch nur einen Augenblick mit Liebknecht in Abwesenheit Petermanns gesprochen habe, was Ersterer selbst bestätigt, wie die Anlage zeigt.

Letzterer führte mich zum Hotel und verließ es mit mir. Daß Dr. Liebknecht selbst nie vermuthet hat, daß ich gelegentlich jenes Zusammentreffens im „Lamm" aus Anlaß des Journalistentages persönlich, geschweige denn in Folge eines Auftrages in Beziehungen zu den Arbeitern oder der Arbeiterbewegung gestanden, daß ich ihm auch nicht die geringste Veranlassung gegeben, eine solche Vermuthung zu hegen, geht unwiderleglich aus dem anliegenden Briefe hervor, welchen Liebknecht nahezu vier Wochen vorher an Professor

Digitized by Google

Wutke in Leipzig gerichtet hat, da ich diesen in Folge meiner Zeugenvernehmung und meiner Unbekanntschaft mit Liebknecht gebeten, denselben zu einer Erklärung über Form und Inhalt unseres Gespräches im Hotel „Lamm" zu veranlassen.

Indem ich Sie, geehrter Herr Präsident, bitte, von diesem Briefe Einsicht zu nehmen, habe ich die Ehre, mit ausgezeichneter Hochachtung zu verbleiben

Dr. Hermann Ritter v. Orges,
Regierungsrath.

Wien, 8. Juli 1870.

Der beigeschlossene Brief lautet:

Geehrter Herr Professor!

„Auf Ihre Anfrage in Betreff meiner Beziehung zu Dr. Orges habe ich Folgendes zu erklären: Als ich im vorigen Sommer in Wien war, wohnte ich mit meinem Reisegefährten Dr. Petermann zusammen. Diesen besuchte Dr. Orges, mit dem ich nur in Dr. Petermann's Gegenwart verkehrte. Orges sprach kein Wort, aus dem ich hätte folgern können, er habe einen amtlichen oder halbamtlichen Auftrag an mich: wir sprachen gemeinschaftlich vom gemeinsamen großdeutschen Standpunkte über die Lage der Dinge im Allgemeinen. Die Arbeiterbewegung wurde nur insoweit erwähnt, als sie die politische Stellung Oesterreichs berührte, und ich suchte Dr. Orges zu beweisen, daß es im Interesse der österreichischen Regierung sei, die Arbeiter zu gewinnen, statt sie den Bismarck'schen Agenten in die Arme zu treiben. Abgerechnet das Zusammentreffen im vorigen Jahre, habe ich seit der Zeit, als Orges in Oesterreich war, weder in directem noch indirectem Verkehre mit ihm gestanden. Ich ermächtige Sie noch, von diesem Schreiben Gebrauch zu machen und Orges mein tiefstes Bedauern auszudrücken, daß dieses Zusammentreffen ihm zu einer Quelle von Unannehmlichkeiten geworden ist.

Hochachtungsvoll

W. Liebknecht.

Leipzig, 15. Juni.

St.-A.: Ich beantrage, diesen Brief den Acten beizulegen.

Dr. Singer: Ich bemerke hierauf, daß ich schon in der Voruntersuchung den Antrag gestellt habe, Herrn Ritter von Orges vorzuladen, daß ich aber mit meinem Antrage zurückgewiesen wurde. (Die Briefe werden zu den Acten gelegt.)

Digitized by Google

Dr. Mauthner: Die Journale „Tagblatt" und „Presse" enthalten eine Zuschrift des mehrerwähnten Otto von Bauer aus Brünn. Diese Zuschrift enthält für die Vertheidigung ein schätzenswerthes Material, namentlich zur Illustration der Aussage des Zeugen Mühlwasser.

(Der Vertheidiger überreicht die beiden Journale dem Präsidenten.)

Präs. (liest):

Herr Redacteur!

In der Nummer vom 7. Juli Ihres geehrten Blattes findet sich unter dem Titel: „Aus dem Gerichtssaale" die Aussage des Zeugen Edmund Mühlwasser, welche mich bestimmt, Sie um Aufnahme folgender Erklärung zu bitten:

Edmund Mühlwasser stellt mich so dar, als hätte ich ihn als Werkzeug zu politischen Zwecken benützt.

Ich erkläre sämmtliche hierauf sich beziehende Aeußerungen Mühlwasser's als Lügen.

Mein Verhältniß, wenn ich mich anders dieses Ausdruckes hier bedienen kann, ist auf Folgendes zurückzuführen:

Mit anderen Industriellen Brünns wünschte ich die möglichst rasche Einführung der allgemeinen Kranken- und Pensionscasse für die Arbeiter der Schafwollwaaren-Industrie in Brünn. Eines der diesem Projecte entgegenstehenden Hindernisse war in der Unlust der Weber gelegen.

Mühlwasser, der durch uns sein von ihm als Erwerbsquelle ausersehenes Project gefährdet sah, nährte diese Unlust in der von ihm herausgegebenen „Arbeiter Zeitung", indem er unter den verschiedensten Variationen die Arbeiter als Opfer bezeichnete, die Idee einer allgemeinen Pensionscasse als Aussaugungsmittel brandmarkte.

Mehrere Industrielle, zu denen auch ich gehörte, glaubten dieß Hinderniß am einfachsten und rascheſten dadurch zu beseitigen, daß sie Mühlwasser dafür gewannen, auf die Weber im Sinne des von der Handelskammer angeregten Institutes zu wirken.

Es wurde dieß dadurch erleichtert, daß Herr Mühlwasser sich inzwischen hierzu selbst, natürlich gegen Entgeld (200 fl. per Jahr) angeboten hatte. Im Interesse der Sache entschloß man sich zu diesem Opfer, und ich genoß die jetzt bedauerlich erscheinende Auszeichnung, dem genannten Herrn unsern Entschluß

Digitized by Google

mitzutheilen, gegen eine unter dem Titel einer Subvention seines Blattes gewährte Unterstützung von vierteljährig 50 fl. ihn zu veranlassen, den aufreizenden Ton fallen zu lassen, und im versöhnlichen Sinne zu schreiben.

Mit der Erklärung seiner Dankbarkeit schloß wohl diese Verhandlung, hörten aber nicht Mühlwassers Bemühungen auf, von mir Geld zu erlangen.

Bei einem der vielen hierdurch veranlaßten, von mir häufig vereitelten Besuche erzählte er von einer in Brünn in Aussicht stehenden großen Arbeiterbewegung als einer unvermeidlichen Wirkung der Gährung der Arbeiter in Wien.

Da er mir vorredete, durch einen Besuch in Wien sich über den Character der Arbeiter-Bewegung und über ihren Zusammenhang mit Brünn genau unterrichten zu können, und mir als Industriellen es eben nicht gleichgiltig sein konnte, wenn in unserer Stadt sich die so unliebsamen Scenen jenes Jahres wiederholten, entschloß ich mich zu einem Opfer, und gab ihm 30 fl., sage: Dreißig Gulden. So abenteuerlich auch das von ihm auf Grund eigener Anschauung Mitgetheilte klang, setzte ich doch den hiesigen Polizei-Director v. Pichler davon sofort, und vollinhaltlich in Kenntniß.

Hierauf, auf das im Vorstehenden Ausgeführte, blieb mein Verkehr mit Mühlwasser beschränkt. Bereits war ich einmal in der Lage, wegen der mir von Mühlwasser unterschobenen Aeußerung: „Vaterland und Volksstimme stecken unter einer Decke" eine gerichtliche Erklärung abgeben.

Sowie in diesem Falle, erkläre ich hiermit nochmals öffentlich alles von Edmund Mühlwasser bei der anläßlich des Hochverrathsprocesses der Arbeiter stattgefundenen Gerichtsverhandlung über mein angebliches Verhältniß zu ihm Ausgesagten als Erfindung, als Lüge.

Genehmigen den Ausdruck der Hochachtung

Otto v. Bauer.

Brünn, den 8. Juli 1870.

(Beide Journal-Nummern werden zu den Acten gelegt.)

Der Präsident schreitet hierauf zu den von der Staatsanwaltschaft beantragten Vorlesungen.

Digitized by Google

Das erste Schriftstück ist die Original-Petition, welche am 13. December dem Ministerpräsidenten Grafen Taaffe von der Arbeiter-Deputation überreicht wurde. Die Petition, welche vom Ministerium durch die Hand des ehemaligen Justizministers Herbst zur Staatsanwaltschaft wanderte und nunmehr in diesem Processe so oft bezogen und besprochen wurde, lautet:

An das k. k. Staatsministerium!

Bestimmt durch das entschiedene Auftreten der großen Volksmassen, welche heute am Eröffnungstage des Reichsrathes erschienen sind, um den so oft in Versammlungen und durch Petitionen ausgesprochenen Forderungen mehr Nachdruck zu geben, haben die Unterfertigten beschlossen:

Das Ministerium zu ersuchen, im Interesse der Wohlfahrt des österreichischen Volkes dahin zu wirken, daß bei Beginn der Reichsrathssession das unbeschränkte Coalitionsrecht bewilligt und das Gesetz über die Zwangsgenossenschaften beseitigt werde; daß ferner noch im Laufe dieser Session dem Reichsrathe Vorlagen gemacht werden bezüglich der Herstellung des völlig freien Vereins- und Versammlungsrechtes, der absoluten Preßfreiheit und der Einführung des gleichen und directen Wahlrechtes.

Wir unterlassen hiebei nicht, das Ministerium daran zu erinnern, daß das Volk Bürgschaften verlangt für den Frieden und die Freiheit, und zwar die Beseitigung der stehenden Heere durch die Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung.

Sollten die erwähnten Forderungen in dieser Reichsrathssession nicht berücksichtigt werden, so dürfte es möglich sein, daß das Volk wiederholt und in größeren Massen erscheint, um seinen Willen kundzugeben.

Wien, den 13. December 1869.

Leopold Schäftner.	Hermann Hartung.
Martin Serka.	Johann Saudisch.
Friedrich Pfeiffer.	Ferdinand Dorsch.
Friedrich Hecker.	Johann Schönfelder.
Ludwig Eichinger.	Heinrich Gehrke.

An die Petition schließt sich die Verlesung einer Interpellation, welche am 14. December im Herrenhause aus Anlaß der Arbeiterversammlung am Paradeplatz an die Regierung gestellt wurde.

Digitized by Google

Dieselbe lautet:

Interpellation an den Herrn Ministerpräsidenten und den Herrn Minister des Innern.

Die gestern Nachmittags und diesen Morgen erschienenen öffentlichen Blätter machen mehr oder minder ausführliche Mittheilungen über die Arbeiter-Demonstration, die gestern Mittags hier in Wien auf dem Paradeplatz stattfand, wovon sich Jedermann überzeugen mußte, den sein Weg um diese Zeit in der Nähe des Abgeordnetenhauses führte. Die Menge der dort versammelten Arbeiter wird in den Blättern bis auf 30.000 angegeben. Der Zweck der Versammlung war, ein Schriftstück zu beschließen, das durch eine Abordnung aus dieser Versammlung dem kaiserlichen Ministerium übersendet werden sollte und die Ernennung dieser Abordnung, welche auch erfolgte, und durch die das gedachte Schriftstück Sr. Excellenz dem Herrn Ministerpräsidenten übergeben wurde. Das Schriftstück, dessen Wortlaut von den meisten Blättern übereinstimmend gebracht wird, kann weder dem Inhalte noch der Form nach eine Petition genannt, sondern muß als ein Drohbrief angesehen werden, da darin bestimmte Forderungen an die Reichsvertretung und die kaiserliche Regierung nicht nur gestellt, sondern von der Erinnerung begleitet werden, daß, falls die erwähnten Forderungen in dieser Reichsrathssession nicht berücksichtigt würden, es möglich sei, daß das Volk wiederholt in größeren Massen erscheinen werde, um seinen Willen kundzugeben.

Angesichts des allbekannten Umstandes, daß die Aufforderung zu dieser Massen-Demonstration unter freiem Himmel während der Zeit, da der Reichsrath versammelt ist, und am Orte, wo derselbe tagt, schon vor mehr als 10 Tagen in einer Versammlung in einem öffentlichen Locale beschlossen wurde, daher der hohen Regierung nicht unbekannt sein konnte, daß für gestern eine Massen-Demonstration beabsichtigt sei, welche ebenso die für diesen Tag anberaumte erhabene Feier stören, als das Ansehen und die Würde der Reichsvertretung, sowie die Autorität der Regierung empfindlich compromittiren konnte, angesichts der Anordnungen des Gesetzes vom 15. November 1867 über das Versammlungsrecht (R.-G.-Bl. Nr. 135 vom Jahre 1867), besonders des §. 7 dieses Gesetzes, erlauben sich die Gefertigten, folgende Interpellation an Ihre Ex-

Digitized by Google

cellenzen den Herrn Ministerpräsidenten und den Herrn Minister des Innern zu richten:

1. Warum hat die Behörde die gestern auf dem Paradeplatz stattgehabte Volksversammlung nicht verhütet, eventuell verhindert?

2. Welche Antwort hat die hohe Regierung auf die Forderungen ertheilt, welche dem Herrn Ministerpräsidenten durch eine in jener Volksversammlung ernannte Abordnung schriftlich überbracht wurden, oder welche Antwort gedenkt sie darauf zu ertheilen?

Wien, 14. December 1869.

Graf Falkenhayn, Hoyos, Colloredo-Mannsfeld, Fürstenberg, Fünfkirchen, Lobkowitz, Altgraf zu Salm, Otto Graf Chotek, Fürst Paar, Graf Wrbna, Graf Rechberg, K. Czartoryski, Traun und v. Karajan.

Angekl. Baudisch: Ich bemerke, daß in dieser Interpellation gesagt wurde, die Ansammlung vor dem Schottenthore sei in einer öffentlichen Versammlung beschlossen worden, was aber nicht der Fall war. Ich bitte, der Gerichtshof möge von diesem Widerspruche Kenntniß nehmen.

Präs.: Das ist eben Sache der Schlußverhandlung.

Ueber Ersuchen des Vertheidigers Dr. Mauthner constatirt der Vorsitzende, daß seines Wissens im Abgeordnetenhause eine Interpellation über die Demonstration am 13. December nicht gestellt worden.

Es kommt ein Bericht der „Morgenpost" zur Vorlesung, betreffend die Arbeiterdemonstration und Doppelvolksversammlung beim Zobel, welche die musterhafte Ordnung constatirt, die die Arbeiter selbst aufrecht erhalten haben. Der Verfasser spricht darin die subjective Meinung aus, daß die Ansammlung am Paradeplatze in Folge eines früher gefaßten Beschlusses erfolgt sei. (In einem später eingelangten Briefe erklärt der Verfasser, daß ihm ein solcher Beschluß nicht bekannt sei). Aus dem Hausdurchsuchungsprotocoll (bei Schäftner) wird das Concept einer Rede Schäftner's verlesen.

Präs.: Wann hielten Sie diese Rede?

Schäftner: In einer Arbeiterversammlung am Allerheiligentag. Es war damals der Erlaß des Ministers Giskra erschienen, welcher den einzelnen Polizeicommissären solche Rechte einräumte, daß

Digitized by Google

sie nach eigenem Ermessen Versammlungen erlauben oder verbieten konnten, so daß man factisch nicht mehr wußte, was man reden dürfe und was nicht! Dies war die Veranlassung zu meiner Rede.

Präs.: Ich danke Ihnen für diese Aufklärung. Es war dieß der Erlaß des Ministers Giskra, welcher die Bestrebungen der Eisenacher Partei als staatsgefährlich erklärte..

Schäftner: Ich bitte, es wird in dem Erlaß nur von einer Partei gesprochen, die „ähnliche" Zwecke wie die Eisenacher Partei verfolgt, also die socialdemokratische Partei wird als staatsgefährlich erklärt.

Dr. Mauthner: War ein Vertreter der Regierung in jener Versammlung?

Schäftner: Ja!

Aus dem Hausdurchsuchungs-Protocolle bei Pfeiffer werden mehrere Stellen aus dem Notizbuch Pfeiffer's unwesentlichen Inhaltes verlesen. Darin wird ein Register der Sünden des Bürgerministeriums gegeben, die von demselben gegen die confessionelle Gleichberechtigung, die Freiheit und speciell die Arbeiter begangen worden seien.

Aus dem Hausdurchsuchungs-Protocolle bei Gehrke werden verlesen:

Ein Brief des Tischlers Lieber aus Chemnitz in Sachsen an den Angeklagten. Gehrke fordert diesen auf, Hartung um Rath zu fragen, da der Briefschreiber für die Lassalle'schen Ideen in seiner Heimat wirken wolle. Briefschreiber bedauert, daß in seiner Heimat so wenig Boden für diese Ideen sei. „Mit diesen Stockfischen sei nichts zu machen", schreibt er, sie seien zu alt. Es ist zu dumm, aber unter diesen ausgehungerten Staatsbürgern hat sich ein Militärverein gebildet.

Das bekannte „Bundeslied" von Herwegh: „Bet' und arbeit' ruft die Welt."

Oberwinder bemerkt zum „Bundeslied", dasselbe sei im Jahre 1864 dem Allgemeinen deutschen Arbeitervereine von Herwegh gewidmet worden, werde seit dieser Zeit in allen Vereinen des allgemeinen Arbeitervereines gesungen und sei im Jahre 1869 in der „Vorstadtzeitung" abgedruckt worden.

Digitized by Google

Ferner wird verlesen der

Brudergruß an die Arbeiter in Wien und ganz Oesterreich.

Männer der Arbeit!

Schon seit Jahren hatten wir uns gesagt und gefragt: Was machen unsere Brüder in Oesterreich? Sie sind die Unterdrücktesten der Unterdrückten, die Verlassensten der Verlassenen, die Parias.

Ja, Ihr waret lange stumm und stille wie das Grab, in dem die Ruhe und Ordnung des Despotismus wohnt und über das der Leichenmantel der Freiheit ausgebreitet ist! Vergeblich hatten wir wiederholt versucht, Euch die Bruderhand zu reichen, Anhaltspunkte zum innigen Verkehr zu finden, um Euch mit der Verkündigung des Evangeliums der Arbeit, Trost und Hoffnung auf die Tage der Erlösung zu bringen. Doch die starre Eisrinde des Despotismus ist gebrochen und haben wir mit Freuden die Zeichen Eures freien Aufathmens begrüßt. Freilich bedurfte es des Zusammenstoßes der Eifersucht und der Gewaltherrschaft des Nordens und Südens des deutschen Vaterlandes, daß Ihr Eurem Herzen Luft machen könnt mit lauter Stimme. Doch überseht es nicht, Freunde, daß der Despotismus heuchlerisch zahm, wo er unterlegen und frechbrutal, wo er gesiegt. Die Schlächterei von Königgrätz brachte Euch daher etwas Freiheit und unseren Brüdern in den Nordmarken vermehrte Bedrückung. Daß Ihr es versteht, den Moment zu benützen, der Freiheit eine feste Burg zu bauen und der Gewaltherrschaft alle Thore der Rückkehr zu vermauern, hat uns über alles erfreut. Mit Ueberraschung habt Ihr der Welt bewiesen, daß Ihr nur scheintodt waret, daß das Feuer der Freiheit unter der Asche bei Euch fortglomm und nun zur Erwärmung aller Herzen und Erleuchtung aller Geister in heller Flamme auflodert. Ja, Ihr bringt jetzt täglich Belege, daß Ihr in Ermanglung des Vereinsrechtes die Arbeiterfrage im Stillen studiertet, und mit so reinem, ausgeprägten Classen-Bewußtsein an die Oeffentlichkeit tretet, wie es manche Arbeiter im übrigen Deutschland zur Schamröthe bringen muß.

Ihr wißt also schon, daß die Arbeiterfrage eine politische wie sociale, eine geistes- wie gewissensfreiheitliche ist, daß es der Abschüttelung des staatlichen, kirchlichen und gesellschaftlichen Joches und der Herstellung der Einheit der menschlichen Lebensinteressen, in geistiger, gemüthlicher und leiblicher Beziehung zugleich gilt.

Digitized by Google

Weil aber die Arbeiterfrage eine sociale ist, so kann sie keine locale und nationale, sondern muß sie eine universale sein, und werden die Arbeiter aller Länder durch die überall gleichartig wirkenden, politischen und socialen Thatsachen auf internationalem Boden und zur Verbrüderung und Verwirklichung der Grundsätze der Gegenseitigkeit und Gesammtverbindlichkeit hingeführt.

Euere Angelegenheiten sind daher auch unsere Angelegenheiten und unsere Angelegenheiten sind auch die Euerigen.

Die Politik und der Staat sind uns der Ausdruck des öffentlichen Lebens, wie ihn der ökonomische Zustand der Gesellschaft ausprägt und die Herstellung der Gleichberechtigung Aller zur Aufgabe hat.

Lebensgenuß ist bei uns Lebenszweck und die Verschönerung und Veredlung der Zustände, nach den von der Wissenschaft gerechtfertigten Idealen, unsere Religion, und der gemeinschaftliche Genuß der Gaben der Natur, Wissenschaft, Kunst und des Gewerbefleißes unser Cultus.

Wie im Verkehr und Production die Laune und Willkühr, die Muthmaßlichkeit und das Wagniß — die materielle Speculation aufhören müssen, so die Luftfahrten der Theorie ohne beweisende Thatsachen — die speculative Philosophie.

Wir wollen nicht einen „Himmel" durch Unterlassung des Bösen und Wüsten, sondern durch Schaffung des Guten und Schönen erwerben; ihn mit Hilfe, Ueberwältigung und Dienstbarmachung der Naturkräfte selbst schaffen und allein Herr und Meister darin werden.

Nur die untrüglich festgestellten Thatsachen — die exacten Wissenschaften — sollen bei allem Thun und Lassen unser Leitstern und Compaß sein.

Bei uns heißt es: „Alles durch und für die Arbeit" und jede gemeinnützige Leistung, geschehe sie mit der Hand oder mit dem Kopfe, sei sie körperlicher, geistiger oder sittlicher Natur, gilt uns allein als Arbeit.

Wie der sociale Zustand des tieferen Mittelalters auf den Grundbesitz gegründet war, der sociale Zustand der modernen Zeit auf dem Capitalbesitze beruht, so muß dem socialstaatlichen Zustande

Digitized by Google

der Zukunft auf der Arbeit — der gemeinnützigen Leistung — das Fundament geboten werden.

Und dies bedeutet die Aufhebung aller Classengegensätze und Standesunterschiede, die Vernünftigung der Bedürfnisse und Versöhnung der Interessen.

Unser Zukunftsstaat ist der socialdemokratische, der eigentliche — Volksstaat, der keine andere Souveränität als die Volkssouveränität und keine andere Majestät als die Volksmajestät anerkennt, und nur über die sittliche Kraft des Volkswillens verfügt.

Bei uns ist die Selbsthilfe die Staatshilfe und die Staatshilfe ist die Selbsthilfe; — weil, wenn die Gesellschaft den Staat in Gegenseitigkeit und Gesammtverbindlichkeit auf die gemeinnützige Leistung Aller geschaffen, das Volk sagen kann: „Der Staat bin ich", nun die Staatshilfe zur Selbsthilfe geworden ist.

Das Privateigenthum (sowie Reichthum neben Armuth) ist nicht, wie die Kirche sagt, eine göttliche Institution.

Das Privateigenthum ist nicht, wie die Bourgeoisie, ihre Kastengeist-Oeconomie und die sie und sich schützende Polizeistaaterie behauptet, ein Naturgesetz. Das Privateigenthum ist ein geschichtliches Ergebniß, das im Entwicklungsproceß der Cultur aller Umwandlung folgt, wie sie auf ihrem Wege zum Ziele der Allgerechtigkeit bedingt ist.

Das Capital (alles Eigenthum, weil es jetzt mehr oder weniger capitalisirbar), ist die Frucht der Arbeit und es ist an keinen Frieden in der Gesellschaft unter den Staaten zu denken, sondern nur der Krieg Aller gegen Alle vorhanden, so lange das Capital nicht aus den Palästen der Usurpation in die Wohnungen der legitimen Erwerberin und Erbin — der Arbeit — eingezogen ist.

Solchen Umschwung der Dinge muß aber der Gerechtigkeitsbegriff — der Moral — frei von aller theologischen und speculativ philosophischen Zulage, vorausgegangen, d. h. das öffentliche Gewissen mit den dazu führenden Maßnahmen in Uebereinstimmung gebracht sein.

Die Arbeitseinstellungen, die Consum-, Productiv-, Rohstoff-, Vorschuß- und Creditgenossenschaften sind nur vorübergehende Aushilfs-, zeitweilige Vereinigungs- und Vertheidigungsmittel, die der Arbeiterclasse eine Lebensschule steigender Abtheilungen sind, sie an die gemeinschaftliche Handlung gewöhnt, in der Agitation, Verwal-

Digitized by Google

tung und Leitung der Geschäfte unterrichtet und sie schließlich auf dem Wege der Erfahrung von ihrer Unzulänglichkeit überzeugt.

Darum, Ihr Brüder in Oesterreich, suchen wir jetzt nur die Verbreitung der Erkenntniß der Rechte, Mittel und Wege zum Ziele; denn das Wissen, das mit der allgemeinen Erkenntniß das allgemeine Verständniß, das allein zur weltumschaffenden That führt, durch die Ausgleichung der Interessen von selbst kommt. Gründlicher und erfolgreicher, als wir es durch unsere Auseinandersetzungen vermögen, werden die öconomischen fort und fort wirkenden Thatsachen ihre Tritte und Stöße, unsere Anschauungs- und Strebweise zur Anerkennung bringen und Ihr immer mit uns, wie wir mit Euch sein im Befreiungskampfe unterdrückter Menschheit.

Weil ohne Capital, das jetzt der Gott Vater, sind wir ohne Kampfmittel, enterbt und entwaffnet. Doch wir haben für uns die große Masse, wenn wir diese durch Erkenntniß zum Verständniß bringen, so gehört uns die Welt. Und auf diese Arbeit, die gemeinsame geistige Arbeit, die Vorarbeit zur Hauptarbeit der Durchführung unserer Grundsätze und Verwirklichung vernünftiger Ideale bringen wir Euch unseren Brudergruß und Handschlag.

Genf, den 14. Juni 1868.

Das Central-Comité der Sectionsgruppe deutscher Sprache der internationalen Arbeiter-Association:

Johann Ph. Becker, Präsident. Heinemann, Vicepräsident.
Münch, Secretär. Rau, Cassier.
Sethe, Könecke, Beste,
Beiräthe.

Ein anderer Aufruf Becker's im Namen der deutschen Section der „Internationalen Association", vom 22. December 1868, fordert die Arbeiter aller Länder zu unverzinslichen Vorschüssen und zur Sammlung von freiwilligen Gaben für die Strike machenden Arbeiter in Basel auf, denn „die Arbeiterclasse der ganzen Welt ist eine Familie, und die Familie darf die Schmach, Unterdrückung und Schändung ihrer Brüder nicht dulden."

Ein Aufruf Fritz Mende's aus Düsseldorf an die Arbeiter Wiens, datirt vom 11. April 1868, in welchem es heißt: „Wir sind Leidensgenossen, gemeinsam enterbt, schmachtend im gemeinsamen Joche; das gemeinsame Band, das uns umschlingt, sind die Principien Lassalle's. Wir rufen Euch zu: Es lebe Ferdinand Lassalle, es lebe

Digitized by Google

die socialdemokratische Partei, es leben die Arbeiter Wiens!" Unterfertigt: Im Namen des Lassalle'schen allgemeinen deutschen Arbeitervereines. Der Vicepräsident Fritz Mende (Abgeordneter im norddeutschen Reichstage).

Aufruf des Comité's des 5. Arbeitertages.

Aus dem Hausdurchsuchungs-Protocolle bei Berka sollten mehrere mit Bleistift geschriebene Concepte verlesen werden, jedoch wegen der Unleserlichkeit der Schrift wird davon Umgang genommen.

Berka (lächelnd): Ich bitte, es sind das eben nur Concepte. Ich wollte einen Aufsatz schreiben: „Der Höllenbock", und in demselben den Ultramontanismus dem Demokratismus entgegenstellen.

Präs.: Das geht aus dem Ganzen hervor, aber zusammenhängend ist der Aufsatz nicht.

Berka: Es ist eben nur ein Entwurf, eine Privatstudie. (Heiterkeit.)

Aus dem Hausdurchsuchungs-Protocolle bei Johann Schönfelder wird ein Brief des Josef Erbo, Modelltischler in Linz, verlesen, in welchem Erbo die Mittheilung macht, daß eine Sammlung für die Deputirten nach Eisenach eingeleitet wurde und daß dabei 18 fl. 5 kr. zusammenkamen. Was die Wahl des Deputirten betrifft, so kennen die Linzer keine passende Persönlichkeit, und „wir werden daher die Wahl desjenigen anerkennen, den die Wiener Westbahnarbeiter als angezeigt erachten, da wir denselben Principien huldigen".

Präs.: Dabei liegen die Mitgliedskarten der Eisenacher Partei, welche ebenfalls bei Ihnen vorgefunden wurden, und zwar von Nummer 69 bis 100. Sie sagen, daß Ihnen diese Karten unmittelbar zugesendet wurden?

Schönfelder: Ja.

Präs.: Nr. 50 lautet auf Ihren Namen, dann fehlen die Karten bis Nr. 69.

Schönfelder: Ich weiß nicht, wohin die fehlenden Nummern gekommen sind. Wenn ich die Karten hätte verbreiten wollen, so hätte ich sie alle angebracht.

Aus dem Hausdurchsuchungs-Protocolle bei Hermann Hartung werden verlesen:

Eine Polizeinote vom 22. December 1869, durch welche die verhafteten Angeklagten dem Landesgerichte übergeben, und Mit-

Digitized by Google

theilung von der Flucht Hartung's gemacht wird. Es heißt darin, er sei durch eine vermittelst eines Kastens maskirte Doppelthür geflohen.

Eine Polizeinote sagt, daß Hartung durch eine als Kasten verwendete Doppelthür geflüchtet sei.

Votant Gernerth: Herr Oberwinder, ist das richtig?

Oberw.: Nein. Es war eine gewöhnliche Doppelthür.

Gernerth: Solche Thüren werden eben als Kasten verwendet.

Oberw.: Unsere Thür wurde aber nicht als Kasten verwendet. Es stand ein Tisch vor der Thür.

Der vielbesprochene Brief des unbekannten Officiers Filipp. Dieser Brief lautet wörtlich:

Sehr geehrter Herr!

Anläßlich der letzten Demonstration der Arbeiter spreche ich Ihnen meine wärmste Anerkennung aus. Ich kann Sie versichern, daß Ihre Sache in allen Bürgerkreisen, auch in den sogenannten besseren Ständen, Beifall gefunden hat.

Hochachtungsvoll

Filipp.

P. S. Sollten Sie meine Hilfe bedürfen, so rufen Sie mich unter diesem Namen in Ihrem Organe, ich bin zu Diensten gerne bereit.

Zwei Briefe des Josef Krosch aus Reichenberg an Hartung:

Reichenberg, 13. December 1869.

Lieber Freund Hartung!

Ihre werthen Zeilen heute erhalten, und dem Wunsche nach einem Telegramm entsprochen. Es ist mir nicht vergönnt, Ihnen kurze Briefe schreiben zu dürfen und ich muß jedes Mal weit ausholen.

Sonntag den 28. November hatten wir eine Volks-, resp. Arbeiter-Versammlung in dem Fabriksorte Maffersdorf eingerufen. Es handelt sich darum, die Arbeiter daselbst über Kranken- und Unterstützungscassen aufzuklären, und die Verwaltung solcher Cassen den Herren Fabrikanten zu nehmen.

Die Versammlung wurde ebenso wie früher aus ortspolizeilichen Gründen, und weil der Herr Bezirkshauptmann Spengler, Beweise in den Händen haben wollte, „daß wir dabei noch

Digitized by Google

ganz andere Zwecke verfolgen wollten," verboten. Im Locale, in welchem die Versammlung hätte stattfinden sollen, hatten sich auch eine Anzahl Arbeiter eingefunden, und kam daselbst nicht die geringste Ausschreitung vor, bis der Vertreter des k. k. Bezirkshauptmanns, der Gendarmerie-Wachtmeister Hartig, mir die Unterhaltung an meinem Tische untersagte und mich in sehr barschen Worten fragte, warum ich nach Maffersdorf und überhaupt in dieses Local komme, ich könne in Reichenberg bleiben.

Ist das nicht köstlich?

Daß nun Alles bunt durcheinander schrie und lärmte und laut gegen die Brutalität der Behörde protestirte, ist natürlich, wenn man bedenkt, wie die Arbeiter monatelang gemaßregelt wurden.

Nachdem die Ruhe wieder hergestellt, protestirte ich feierlich gegen die Anmaßungen des Wachtmeisters, als gegen eine Polizeivergewaltigung, und entfernte mich aus dem Locale. Donnerstag den 9. December hatte ich ein Verhör, welches mir da eine Unmasse von Gesetzüberschreitungen zur Last gelegt.

Ich soll erstens die socialdemokratischen Ideen hier eingeführt und den Impuls zur Gründung des Vereines gegeben haben. Doch es würde Sie ermüden, würde ich alle Punkte wiederholen, und ich beschränke mich bloß auf das Wichtigste.

Ich soll die k. k. Armee beschimpft (später „beleidigt"), die Arbeiter zu Haß und Verachtung gegen die Regierung und gegen die besitzenden Stände aufgefordert, und unter den Arbeitern Geld für die Braunschweiger socialdemokratische Partei (Umsturzpartei) gesammelt haben. Ferner soll ich den Volksstaat empfohlen und verbreitet, den Wiener Brief, in welchem der Reichenberger Magistrat Verfassungsmörder genannt wird, verfaßt haben ꝛc.

Und nun lachen Sie einmal, aber herzlich, über unsere Behörde, welche seit drei Monaten keinen anderen Kummer hat, als die Socialdemokratie. Man setzt den ganzen Gerichtsapparat in Bewegung, um einen friedliebenden Arbeiter als Hochverräther oder Staatsverbrecher zu entlarven.

Dem „Volksstaat" ist für Cisleithanien der Postdebit entzogen.

Ich bin nicht unerheblich erkrankt, und habe mir durch immerwährende Agitation einen gefährlichen Bluthusten zugezogen, muß daher einige Wochen das Zimmer hüten.

Digitized by Google

Den Verkauf der „Volksstimme" meinen Freunden übertragen, sämmtliche Zahlung bestimmt bis zum 21. laufenden Monats.

Ihr Freund

Krosch.

Ich ersuche von Nr. 18 um mindestens 200 Stück, damit das Blatt Verbreitung finde.

Reichenberg, den 1. December 1869.

Lieber Freund Hartung!

Ich habe vergebens vorige Woche die „Volksstimme" erwartet, ich glaubte, dieselbe sei confiscirt, bis ich gestern zehn Stück in Couvert erhalten. Die Art und Weise der Sendung, sowie der Ort (Neubau) macht mir verschiedene Gedanken, und sollte wirlich der Fall sein, was ich bereits oben gesagt, so bitte ich Sie, mir es mitzutheilen. Nächster Tage Abrechnung für die hundert Exemplare, man muß, um kein Aufsehen mit dem Verkaufe zu machen, die Zeitungen zu zehn von Bekannten verschleißen lassen und es wird immer auf Borg gegeben. — Geld, wenn gebraucht, ist bei vielen Arbeitern nicht vorhanden.

Es wäre mir sehr angenehm gewesen, wenn ich hundert Exemplare bekommen hätte, die Nachfrage ist eine starke.

Sie werden jedenfalls im „Volksstaat" von der Razzia gelesen haben, welche gegen unsere Zeitung stattgefunden hat. Es sind nahezu hundert Exemplare in Reichenberg, und glaubte die Behörde nicht anders, als sie würden öffentlich im Einzelnen verkauft.

Ich wünsche dem Staatsanwalt Glück zu seiner Anklage, wenn Herr Kretschmer klug ist, fällt dieselbe.

Vom Oberlandesgerichte in Prag wurde meine Strafe von 14 Tagen auf 5 Wochen erhöht; ich habe eine außerordentliche Berufung an den obersten Gerichtshof gemacht.

Jede Versammlung wird verboten, der Wirth geängstigt mit Verantwortlichkeit; Polizei umschwärmt unsere Zusammenkünfte, alles ist staatsgefährlich.

Der „Volkstribun", welcher von jeder Nummer 2—300 Stück nach Reichenberg schickte, welche oft bis auf hundert Stück vergriffen wurden, gefällt mir in seiner letzten Nummer gar nicht. Ich glaube, man hat dort die Arbeiterfrage à la Ernst Becher studirt?

Digitized by Google

Ich ersuche Sie im Interesse unserer Partei mir Ihre Ansicht über den „Volkstribun" zu offeriren! Durch die Strafverhandlung und die Einsicht der Acten ist mir über Mühlwasser ein neues Licht aufgegangen. — Der gute eingebildete Mensch hat es nöthig, Aeußerungen zu thun, wie z. B. „mag wohl ein Demokrat sein, scheint aber etwas leicht!?" Wir würden mit solchen Leuten nicht viel Ehre aufheben.

Sollte meine Befürchtung einer Confiscation unbegründet sein, so ersuche ich um Sendung von wenigstens 50 Stück „Volksstimme" Nr. 16.

Mit socialdemokratischem Brudergruß Ihr Freund

Josef Krosch.

Präs.: Wer ist Krosch gewesen, Herr Scheu?

Scheu: Ich kannte ihn als einen höchst intelligenten Menschen. Er mußte gerade so viel polizeiliche Maßregeln erfahren, wie wir in Wien.

Präs.: Das geht aus dem Briefe hervor. Aber ich frage Sie, ob er ein Arbeiterführer gewesen?

Scheu: Er war ein sehr hervorragender Führer sowohl in Reichenberg als in der Umgebung, wo er in den Dörfern einen großen Einfluß ausübte. Er berief Volksversammlungen ein und beschäftigte sich viel mit Vereinsangelegenheiten. — Jetzt ist er todt. Er ist in der Untersuchungshaft gestorben.

Präs.: Ich habe davon gehört.

Ein Brief Pfeiffer's aus Suben an Hartung. Dieser Brief enthält die Mittheilung, daß sich Pfeiffer einen Tag in Schärding aufhalten werde, um dort einen Verein zu gründen, damit, wenn je wieder ein Parteigenosse nach Suben käme, er Anhänger in der Nähe und leicht eine Unterstützung finden könne. Auch sei es von Nutzen, daß die Partei an der Grenze Baierns einen Posten habe. Auch äußert sich Pfeiffer sehr mißfällig über die Bestrebungen Mühlwasser's in Brünn in Betreff der Krankencasse und fordert auf, dahin zu wirken, daß die Brünner Arbeiter gegen Mühlwasser Front machen.

Ein Brief Liebknecht's an Hartung vom 28. November 1869, in welchem es heißt: „Haben Sie die Güte, beiliegenden Brief zu couvertiren und ihn an Herrn Eduard Schieber, Obmann des Fachvereins für Maurer, zu senden. An Oberwinder habe ich nicht

Digitized by Google

direct geschrieben, wohl aber meinen Schwager in Basel ersucht, ihm in meinem Namen zu schreiben. Wenn er ihn nur auffindet. Es ist gut, daß wir jetzt über den Lärm wegen der Baseler Beschlüsse hinaus sind, so können wir jetzt in Ruhe discutiren. Wenn wir auch den Einen Punkt nicht offen aufstellen können, so müssen wir ihn doch unseren Anhängern klarzumachen suchen, damit er nicht im entscheidenden Augenblicke gegen uns ausgenützt wird. Nur durch theoretisch rücksichtslose, den thatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragende Discussion können wir zum Ziele gelangen. Es freut mich, daß Sie so tapfer im Kampfe ausharren. Wie stehen Sie mit Mühlwasser und Nawratil? Ich muß es wissen. — Mühlwasser hat eine ausgezeichnete Idee; er will zwei Blätter erscheinen lassen statt Einem, um die Caution zu ersparen."

Präs.: Herr Oberwinder, geben Sie Aufklärung über diesen „einen" Punkt, der noch nicht offen aufgestellt ist, aber den Leuten mundgerecht gemacht werden soll.

Oberw.: Er bezieht sich auf die Baseler Beschlüsse, gegen welche in der „Volksstimme" eine Erklärung erschien, mit der Liebknecht nicht einverstanden war.

Präs.: Welches aber ist der letzte Punkt der Baseler Beschlüsse?

Oberw.; Der Grundeigenthumsbeschluß.

Präs.: Klären Sie dies auf. Wurde die Aufhebung des Individual-Eigenthums beschlossen?

Oberw.: Beschlossen nicht, es wurde nur die Theorie des Collectiv-Eigenthums, des Collectivismus aufgestellt, wonach an Stelle des Individual-Eigenthums das Staatseigenthum treten soll.

Präs.: Und diese Ideen sollten den Leuten mundgerecht gemacht werden?

Oberw.: Der Ausdruck „mundgerecht" kommt in dem Schreiben nicht vor. Es sollten diese Ideen, die noch in weiter Ferne stehen, theoretisch klar gelegt werden, um die Leute darüber aufzuklären.

Ferner wird eine Anweisung der Züricher Volksbank auf 1000 fl. verlesen.

Ein Telegramm, welches Herr Scheu am 13. December von Graz aus an die Volksversammlung beim Zobel absendete. Dasselbe lautet:

Digitized by Google

Volksversammlung, Zobel, Wien.

Volle, rückhaltlose Zustimmung zu Euren Beschlüssen und Thaten! Treu und unerschütterlich stehen zu Euch die Arbeitermassen der österreichischen Provinzen! Stehet fest und zählt auf uns! — Die Millionen Seelen der Arbeiter, sie haben nur Einen Gedanken, ihre Herzen haben nur einen Schlag! Ihre Leiber bilden einen ehernen Wall gegen die Gewalt der Despotie!

Nicht Einer, der die Schaar verläßt,
Und ging sie in den Tod,
Wir halten treu, wir halten fest,
Denn uns're Fahn' ist roth!

Strasser und Moser für die Arbeiter in Graz.
Tribel und Mohorich für die Arbeiter von Triest.
Zenz und Rittweger für die Arbeiter von Marburg.
Nerfort für die Arbeiter von Bruck.
Howorka für die Arbeiter von Judenburg.
Eckenreich für die Arbeiter von Leoben.
Hering für die Arbeiter von Zeltweg.
Maier für die Arbeiter von Ternitz.

Hierauf folgt die Verlesung der Aussagen des Eggenreich, Howorka, Häring, Triebl und Markovich.

Ein Auszug aus dem Verhöre Leidesdorf's sagt, daß die Demonstration nur dazu da war, um dem Reichsrath die Wünsche des Volkes kundzugeben. Er war ein Gegner dieser Demonstration. Er habe zu Pfeiffer gesagt: Der Weg ist nicht correct.

Präs. (zu Pfeiffer): Was haben Sie Leidesdorf geantwortet?

Pfeiffer: Ich habe Leidesdorf geantwortet, daß ich keineswegs zurückbleiben werde, weil ich fürchtete, wenn die Führer sich nicht betheiligen, könnte es leicht zu Ausschreitungen kommen. Uebrigens hielt ich den Schritt für nicht ungesetzlich.

Aus den Aussagen der Brüder David und Raimund Nerfort in Bruck an der Mur, deren Namen sich ebenfalls auf dem Telegramme aus Graz befanden, geht hervor, daß sie das Telegramm nicht eigenhändig unterfertigten.

Präs.: Diese Aussagen machen den Eindruck, als ob es mit der Absendung des Telegramms nicht so genau genommen worden wäre.

Digitized by Google

Scheu: Ich habe das Telegramm in Graz abgefaßt, mehreremale vorgelesen und die Herren, welche es unterfertigen wollten, um ihre Namen ersucht, und ich habe alle Namen mit Wissen und Willen der Betreffenden eigenhändig unterschrieben.

Aussagen des Anton Strasser und des Wilhelm Moser.

Präs.: In dem mit dem Namen Moser unterschriebenen Telegramm aus Graz, welches Sie verfaßten, heißt es: Wir stimmen Euren Beschlüssen und Thaten bei. Was verstanden Sie unter Thaten?

Scheu: Handlungen im Interesse der Partei, hier die Ueberreichung der Petition.

Um 12 Uhr wird die Verhandlung auf eine Viertelstunde unterbrochen.

Bei der Wiederaufnahme der Verhandlung constatirt der Präsident auf Ersuchen der Zeugin Frl. Podany, daß dieselbe sich nicht freiwillig dem Gerichte als Zeugin gestellt habe, sondern daß ihre Vorladung von dem Untersuchungsrichter veranlaßt wurde, weil Pfeiffer bei seiner Verhaftung in ihrem Hause gewohnt und sie im Verzeichnisse der Mitglieder der Internationalen Arbeiterassociation angeführt erscheint.

Hierauf wird in den Vorlesungen fortgefahren.

In der Rede Hartung's vom 17. Mai 1869 heißt es, man habe in den höchsten Kreisen die Nothwendigkeit der Lösung der Arbeiterfrage eingesehen, weil die Thronrede eine Stelle über die Arbeiterfrage enthält und er sei überzeugt, daß der Kaiser sein Wort halten werde. Man müsse aber in der nächsten Reichsrathssession behufs Erlangung des directen Wahlrechtes „Massen-Demonstrationen" einbringen.

Präs.: Daraus muß ich folgern, daß Hartung sich schon damals mit dem Gedanken an eine Massen-Demonstration getragen habe.

Oberw.: Schon die Construction des Satzes zeigt, daß es sich um nichts anderes, als um eine Massen-Petition gehandelt habe, denn nur Petitionen, aber nicht Demonstrationen lassen sich einbringen.

Die Rede des Rudolf Fortelka vom 27. October 1869.

Aus dem stenographischen Protocolle (Nr. 81) der vom Vereine zur Wahrung der Volksrechte am 1. December 1869 einberufenen Volksversammlung werden verlesen:

Die Reden des Prof. Held, Scheu und Berka. Die Rede des Letzteren erregt Heiterkeit durch ihre drastischen Ausfälle gegen die

Digitized by Google

sogenannte „demokratische“ Presse, welche ihre Leser nur mit Morden und Selbstmorden füttert, sowie durch die Polemik gegen den Ultramontanismus. Nicht die Arbeitervereine seien staatsgefährlich, sondern das Concordat und die Klöster. Die Regierung schützt die Arbeiter nicht, sondern nur die Ultramontanen; man läßt Wallfahrten zu, bei welchen gebetet wird, damit der heilige Vater unfehlbar werde. Neulich sei in der Lazaristenkirche eine Jungfrauenpredigt abgehalten worden; um diese zu schützen, habe man sich veranlaßt gesehen, zwei Wachmänner hinzuschicken. So werde die Dummheit in Oesterreich nicht nur beschützt, sondern auch bewacht. (Allgemeine Heiterkeit; der Präsident verweist zur Ruhe.) Die Rede schließt mit folgenden Worten: Ich bin neugierig, ob in der ersten Sitzung des Reichsraths Jemand die Regierung wegen der Maßregeln gegen die Arbeiter interpelliren wird; ich werde trachten, der ersten Sitzung beiwohnen zu können, vielleicht können auch Andere hinkommen, es wird sich dann zeigen, daß das Volk sich für seine Rechte interessirt.

Es wird das stenographische Protokoll der Volksversammlung vom 13. December (in Zobels Bierhalle) verlesen, in welcher die Deputations-Mitglieder über den Empfang beim Grafen Taaffe Bericht erstatteten.

Viel Heiterkeit erregt die Verlesung der Aussage des Karl Beier, Zahlkellner in Bischof's Bierhalle. Dieselbe lautet:

Am 13. December, an einem Montage Vormittags, sammelte sich eine ungewöhnliche Anzahl Gäste in unserer Bierhalle, so, daß man kaum zu gehen vermochte. Der Wirrwarr war so groß, und noch größer die Besorgniß der Zahlkellner, als sich so viele Leute ansammelten, von denen die Meisten betrunken waren, oder doch den Eindruck machten, als hätten sie die vorhergehende Nacht nicht geschlafen. Herr Bischof hat sofort den Kellnern aufgetragen, die Leute mit größter Höflichkeit zu behandeln, weil es sonst leicht zu Excessen kommen könnte. (Heiterkeit.) Es wurde viel verhandelt, ich habe aber, da ich stark beschäftigt war, nichts wahrnehmen können. Aus einzelnen abgerissenen Fragen und Antworten habe ich entnommen, daß eine große Masse Arbeiter am Paradeplatz nächst dem Abgeordnetenhause versammelt sei; nur einmal hörte ich, daß man durch dieses Vorgehen die Aufmerksamkeit Frankreichs auf sich lenken wolle. (Große Heiterkeit.) Am sechsten Tische saß in Gesellschaft mehrerer Herrn eine Frauensperson, die dem Dienstbotenstande anzugehören schien. (Gelächter.)

Digitized by Google

Diese Frauensperson verließ mit zwei Männern den Saal, ohne zu zahlen, kam später jedoch wieder zurück. Gleich darauf setzte sich die Masse in Bewegung, und darunter auch Viele, die noch nicht gezahlt hatten. (Gelächter.) So verlor er 5 fl. und auch die andern Kellner erlitten Verluste. Später habe man ihm gesagt, daß an dem Tische, an welchem das Frauenzimmer saß, die Führer gewesen seien. Um ein Viertel ein Uhr sei wieder eine große Zahl in das Locale gekommen, jedoch waren die ihm als Führer bezeichneten nicht dabei. Er ließ sich dießmal im Vorhinein zahlen und verlor dabei nichts. In Betreff der dem Minister Taaffe überreichten Petition hält er es für unwahrscheinlich, daß dieselbe an dem Tische, an dem die Führer saßen, geschrieben worden sei, da er es sonst hätte sehen müssen. Uebrigens habe er auch keinem der Herren Schreibmateriale gegeben. Nur daran könne er sich erinnern, daß an dem Tische, wo die Führer saßen, etwas vorgelesen wurde.

Präs. Herr Schäftner, Sie haben gesagt, daß Sie die Petition erst in der Bierhalle geschrieben haben; was haben Sie auf die gegentheilige Aeußerung des Zeugen zu bemerken?

Schäftner: Sehr wenig. Es geht aus dem Texte dieses Zeugenprotocolles hervor, daß der gute Mann wahrscheinlich selbst betrunken war — (Sensation).

Präs. (energisch): Ich bitte, keine Beleidigungen! (Schäftner versucht fortzusprechen.) Ich entziehe Ihnen das Wort! (Schäftner sucht den Präsidenten zu überschreien.) Schweigen Sie! wenn ich Ihnen das Wort entziehe, und nöthigen Sie mich nicht, Ihnen zuzurufen: Setzen Sie sich! was mir stets unangenehm ist. (Schäftner setzt sich.) Ich habe Ihnen gesagt, daß ich keinen Zeugen beleidigen lasse, ebenso wenig wie ich einen Angeklagten beleidigen lasse.

Franz Seibold, Zahlmarqueur im Caffée Griensteidl, hat, wie aus der verlesenen Aussage zu entnehmen ist, angegeben, daß am 13. December zwischen 12 und halb 1 Uhr etwa 20 Personen, von denen er nur die täglichen Gäste Oberwinder und Hartung kannte, in das Caffeehaus gekommen seien, sich einige Minuten aufhielten und wieder fortgingen, nach kurzer Zeit aber wieder zurückkamen. Er hat nicht bemerkt, daß einer oder der andere geschrieben hätte, ebensowenig sei es ihm erinnerlich, daß das Schreibzeug gebraucht worden wäre.

Präs.: Herr Oberwinder, Sie geben zu, daß Sie damals im Caffeehause waren?

Digitized by Google

Oberw.: Ja, aber ich bin nicht mit der Gesellschaft hingekommen.

Staatsanw.: Da muß ich Sie aufmerksam machen, daß Herr Schäftner in der Voruntersuchung angegeben: Herr Oberwinder hat sich uns auf dem Wege vom Paradeplatz zum Cafée Griensteidl angeschlossen.

Präs.: Herr Schäftner, wollen Sie vielleicht auf diesen Einwurf des Herrn Staatsanwalts antworten?

Schäftner: Herr Präsident, dann muß ich aber bitten, daß mir die Redefreiheit gewahrt bleibt.

Präs: Ich glaube, daß man mir nicht den Vorwurf machen kann, daß ich die Redefreiheit nicht gewahrt habe; aber Beschimpfungen, Beleidigungen und Verdächtigungen werde ich nicht dulden. Ich bitte Sie, auf die Frage des Staatsanwaltes zu antworten, aber alle Weitläufigkeit, besonders alles Hinaufschrauben Ihrer Person zu einer besonderen Bedeutung zu vermeiden.

Schäftner: Ich habe dem Untersuchungsrichter gesagt, daß ich Oberwinder auf dem Wege von Griensteidl zum Paradeplatz bemerkt habe. Was den Herrn Untersuchungsrichter veranlaßt hat, diese Stelle zu mißdeuten, weiß ich nicht. Ich habe mein Protokoll immer genau durchgesehen, es sind immer conträre Gegenstände darin gestanden.

Präs. (energisch): Aber ich bitte (nach einer Pause): Sie haben gesagt, daß Sie Oberwinder begegnet sind. —

Schäftner: Ich habe ihn gesehen auf dem Wege vom Griensteidl zum Paradeplatz, also auf dem Rückwege.

Präs.: Sie berichtigen Ihre Aussage also dahin, daß Sie Oberwinder auf dem Rückwege gesehen haben.

Schäftner: Ich muß die Sache erklären. Wir sind zum Griensteidl gegangen, dort haben wir die Petition unterschrieben und dann begaben wir uns in das Hotel des Minister-Präsidenten. Im Caffeehause habe ich ihn getroffen und dann, als wir zum Minister-Präsidenten gingen, sah ich ihn wieder.

Präs.: Aber das geben Sie zu, daß Sie Ihr Protocoll immer gelesen haben?

Schäftner: Nicht immer, aber meistens. Ich habe manche Unrichtigkeit corrigirt. Es ist möglich, daß ich diese Stelle nicht so genau beachtet habe.

Digitized by Google

Dr. Mauthner: Herr Schäftner, wie klären Sie es sich auf, daß die Kellner nirgends von einem Tintenfaß etwas wissen wollen?

Schäftner: Aber ich habe es ja schon einmal erklärt.

Dr. Mauthner: So sagen Sie es noch einmal. (Heiterkeit.)

Schäftner: Ich habe ein Taschen-Tintenfaß bei mir gehabt.

Präs.: In Ihrer Aussage in der Voruntersuchung heißt es: Da man aus dem Geschrei der Massen nichts vernehmen konnte, so machte Hartung die zehn Deputations-Mitglieder namhaft. Wir begaben uns in die Herrengasse zum Caffee Griensteidl; auf dem Wege dahin schloß sich Oberwinder an, der auf dem Paradeplatze war, und mehrere Berichterstatter.

Schäftner: Es ist ein Irrthum. Ich habe gesagt, wie wir vom Caffee Griensteidl in das Ministerhotel gingen.

Präs.: Fiel Ihnen das nicht auf, als Sie das Protocoll unterschrieben?

Schäftner: Nein, sonst würde ich es ausgebessert haben.

Dr. Singer: Ist Oberwinder auf dem Wege zum Ministerhotel weit mit Ihnen gegangen?

Schäftner: Nein, nur etwa zwei Häuser.

Staatsanw.: Waren Sie in der Vorhalle beim Grafen Taaffe?

Schäftner: Ja.

Staatsanw.: Und dann sagten Sie, Oberwinder sei nur zwei Häuser weit vom Caffee Griensteidl mit Ihnen gegangen? Pfeiffer sagt ja, daß Oberwinder auch in der Vorhalle beim Grafen Taaffe war.

Pfeiffer: Ich werde bitten, ich habe nur gesagt: Ich glaube, er war dort.

Schäftner: Es ist möglich, daß Oberwinder nur im äußeren Raum gewesen ist, weil der Polizei-Commissär Meixner nur die Deputation in den inneren Raum gelassen hat.

Oberw.: Ich habe schon angegeben, daß ich nicht auf dem Paradeplatz war, ich war in der Burg während der Thronrede und ging dann in's Caffee Griensteidl. Dorthin ist dann die Deputation gekommen und ich habe sie auf dem Wege zum Ministerhotel einige Häuser weit begleitet.

Dr. Singer: Wohin sind Sie dann gegangen?

Oberw.: Zurück zu Griensteidl.

Präs.: Und als die Deputation dorthin zurückkam?

Oberw.: Da war ich nicht mehr dort.

Digitized by Google

Präs.: Aber Sie waren doch Nachmittags beim Zobel?

Oberw.: Ja.

Zeuge Florencourt erhebt sich von dem Sitze neben Fräulein Podany, und gibt leise und mit zu Boden gesenktem Blicke folgende Erklärung ab: Da ich einen Eid abgelegt habe, der bei der vorgegangenen Ermahnung, daß ich nichts verschweigen solle, was auf die Untersuchung Bezug habe, für mich Consequenzen haben könnte, erlaube ich mir über den 13. December, über welchen ich nicht gefragt wurde, Einiges anzugeben.

Präs.: Es hat sich aus der Untersuchung kein weiterer Anlaß ergeben, den Herrn Zeugen zu befragen ...

Florencourt: Aber ich weiß noch Manches, was vielleicht zur Aufklärung beitragen kann. Ich war in der Volksversammlung vom 1. December und habe nachher mit einigen hervorragenden Führern gesprochen. Ich wurde Oberwinder vorgestellt, und er hatte die Freundlichkeit, mich zu einer kleinen Nachversammlung in Tauber's Bierhalle einzuladen, wo ich auch die übrigen Führer kennen lernen sollte.

Präs.: Was haben Sie also über den 13. December in Erfahrung gebracht?

Florencourt: Ueber den 13. December ist mir schon früher bei drei verschiedenen Gelegenheiten Mittheilung gemacht worden. Zuerst habe ich eine Andeutung von Hartung bekommen, dann am 1. December in einer Nachversammlung in Tauber's Bierhalle von Oberwinder und zum drittenmale am Tage vor der Demonstration von Herrn Pfeiffer. Herr Pfeiffer versprach mir über den Verlauf detaillirte Mittheilungen zu machen, die er auch wirklich mittelst Dienstmann in's Bureau des „Vaterland" schickte. Ich bekam den Brief jedoch nicht zu Gesicht, er war aus Gründen, die ich mir aus später eingetretenen Ereignissen leicht erklären kann, verschwinden gemacht worden.

Präs.: Hat Ihnen Pfeiffer am Tage vorher über den 13. December, insbesondere über den Inhalt der Petition detaillirte Mittheilungen gemacht.

Florencourt: Er hat mir keine detaillirten Mittheilungen machen können. Ich habe der Actenverlesung entnommen, daß es zweifelhaft sei, ob die Petition vorbereitet war oder erst in Bischof's Bierhalle aufgesetzt wurde. Ich glaube nicht, daß sie vorbereitet war.

Digitized by Google

Präs.: Aber aus der correcten Form konnte man gerade auf das Gegentheil schließen.

Florencourt: Wäre die Petition vorbereitet gewesen, hätte mir Herr Pfeiffer dieselbe gewiß schon am Tage vorher gegeben, weil es für das Montagsblatt ungemein förderlich gewesen wäre.

Präs.: Das beweist nichts, weil Herr Schäftner darüber disponirte. Haben Sie mit Oberwinder vor dem 13. December über die beabsichtigte Demonstration gesprochen?

Florencourt: Ja. Nach der Volksversammlung am 1. December ging ich mit Oberwinder zu Tauber. Und Oberwinder fragte mich, was ich von der Sache halte, die mir Hartung bereits mitgetheilt.

Präs.: Sprach er von der Massenversammlung?

Florencourt: Den Ausdruck weiß ich nicht mehr, aber es handelte sich jedenfalls um diese Sache. Ich glaube darauf gesagt zu haben, daß, wenn es nicht nütze, es auch nicht schaden könne.

Präs.: Wer war damals anwesend?

Florencourt: Außer Anderen, die ich nicht kenne, Oberwinder, Hartung, Breiter, Blazincic, Leidesdorf, Masaidek, Metall —

Präs.: War von den Angeklagten außer Oberwinder Niemand dabei?

Florencourt (die Angeklagten lange musternd): Ich weiß es nicht, es könnte sein, daß auch Most dabei gewesen ist. Es war übrigens auch der Polizeicommissär Kusmanek dabei. (Heiterkeit.)

Präs.: Aber doch nicht in amtlicher Eigenschaft?

Florencourt: Nein, als Gast, wie alle Anderen.

Präs.: Ah so! Als Privatperson. Wurde nicht davon gesprochen, wie das Ganze in Scene zu setzen sei, oder wurden die Folgen, welche daraus entstehen konnten, gar nicht erwähnt? — Ich bitte uns hierüber die reine Wahrheit zu sagen! (Allgemeine Spannung.)

Florencourt: — — Ich war das erstemal unter den Herren, und da ist von ganz anderen Dingen die Rede gewesen, so besonders von meiner Stellung zu den Arbeitern. Uebrigens war die Sache nicht unvorbereitet, da ich gegen Ende October, als ich von Suben kam und Hartung aufsuchte, um ihm einen Gruß von Pfeiffer auszurichten und seine Bekanntschaft zu machen, von ihm gefragt wurde, was ich davon halte, wenn eine Massen-Deputation an das Ministerium ginge.

Digitized by Google

Präs.: Ich bitte Sie, den Zeitpunkt genau zu präcisiren.

Florencourt: Es war das beiläufig am 20. October, und dann war ich ein Paar Tage später wieder dort.

Präs.: Hat sich Hartung dann näher mit Ihnen besprochen?

Florencourt: Er fragte mich, ob es nicht zweckmäßig sei, eine Massen-Deputation an das Ministerium abzusenden.

Präs. Was haben Sie hierauf erwidert?

Florencourt: Ungefähr dasselbe, wie dem Oberwinder, daß nämlich nichts dabei herauskomme, daß es aber nichts schade, und sie könnten es daher probiren.

Ich ging nämlich von der Ansicht aus, daß die Partei viel zu sehr auf gütliche Wege (sich verbessernd) d. h. auf den Weg von Gefälligkeiten gegen das Bürger-Ministerium etwas zu erlangen hoffte und da hatte ich mein Vergnügen daran, wenn ich bemerkte, daß die Arbeiter sich um die Liebe des Ministeriums bemühten, ohne etwas zu erreichen. Von diesem Geiste war meine Antwort eingegeben: Schaden kann es nicht, daher versuchen Sie es.

Präs. (Zum Schriftführer): Ich bitte, diese Mittheilung des Zeugen zu protocolliren. (Zu Florencourt): Haben Sie nicht Hartung auf die gefährlichen Folgen der Demonstration aufmerksam gemacht? —

Florencourt: Ich that es nicht, weil ich daran nichts Gesetzwidriges erblickte. Ich kannte nämlich den Paragraph des Vereinsgesetzes nicht — daß, wenn das Abgeordnetenhaus versammelt ist, in einem Umkreise von fünf Meilen keine Ansammlung stattfinden darf.

Präs.: Dieser Paragraph verbietet nur eine Volksversammlung unter freiem Himmel; es wäre also nur eine Uebertretung des Vereinsgesetzes vorgelegen. Aber es mußte Ihnen doch klar sein, daß es sich hier um eine Massen-Versammlung handelt, um bestimmte Forderungen an das Abgeordnetenhaus oder die Regierung zu stellen? —

Florencourt: Ich konnte keine strafwürdige Handlung darin erblicken.

Dr. Singer: Hat sich Oberwinder speciell in dieser sogenannten Nachversammlung vom 1. December zu Ihnen geäußert, welchen Einfluß die Deputation üben soll? Ich mache Sie aufmerksam, daß Ihre Aussage von größerer Bedeutung ist, als Sie selbst glauben mögen.

Florencourt: Dann bitte ich nur die Frage zu präcisiren.

Digitized by Google

Dr. Singer: Wovon hat Oberwinder am 1. December Ihres Wissens und Erinnerns mit Ihnen gesprochen?

Florencourt: Ueber die Stellung der feudalen Partei zu den Arbeitern, über meine persönliche Stellung, über die deutschnationale Bewegung, in Betreff deren ich mich im Gegensatze zu Oberwinder aussprach. Hierauf kamen wir zur Arbeiterbewegung, sprachen von den Hoffnungen, die sie hat, und den Hindernissen, die ihr entgegenstehen, und da fragte mich Oberwinder, was ich von dieser Sache halte, von der „Sache", die mir schon angedeutet war.

Präs.: Sie sprechen immer von der „Sache", welche Sache meinte er? —

Florencourt: Ich habe mir es combinirt. Nachdem nur Hartung davon gesprochen hatte, legte ich kein besonderes Gewicht darauf, bis ich in der Volksversammlung in der Rede des Berka einen Anklang an diesen Gedanken fand.

Dr. Singer: Oberwinder hat Sie also nach der Versammlung gefragt, was Sie von der Sache hielten, von welcher schon Hartung mit Ihnen gesprochen, und welche damals Berka in der Versammlung angeregt hatte? Habe ich Sie recht verstanden? —

Florencourt: So ist es.

Dr. Singer: Ist es Ihnen vorgekommen, daß Oberwinder auf diese Massen-Demonstration irgendwie Einfluß nehme, oder daß sie gar sein Product sei? —

Florencourt: Wenn ich gefragt würde, ob ich thatsächliche Anhaltspunkte für die Ansicht habe, so müßte ich dies verneinen, denn nach meinen Anhaltspunkten konnte Oberwinder eine ganz unbekannte und untergeordnete Persönlichkeit sein. Nachdem ich nun aber überzeugt bin, daß er der geistige Leiter der ganzen Sache war, so glaube ich, daß eine so bedeutende Action wie diese, nicht ohne Oberwinder, oder vielmehr nur durch Oberwinder inscenirt werden konnte. (Bewegung.)

Dr. Singer: Das ist lediglich Ihre Combination?

Florencourt: Lediglich meine Combination.

Dr. Singer: Hat sich vielleicht Oberwinder über die Massen-Demonstration selbst geäußert?

Florencourt: Nein.

Oberw.: Ich muß bemerken, daß ich damals, als der Zeuge bei Hartung gewesen ist, nicht hier war, sondern in Basel krank lag.

Digitized by Google

In der Versammlung vom 1. December kam der Arbeiter Müller zu mir und sagte mir, es wünsche mich Jemand zu sprechen. Ich wurde darauf zu Florencourt geführt, mit dem ich dann zu Tauber ging. Wir sprachen über meine Stellung zur Partei, wobei mich Florencourt einen „Deutschthümler" nannte; dann sprachen wir über das Verhältniß der feudalen Partei zu den Arbeitern. (Zu Herrn Florencourt gewendet.) Daß ich Ihnen etwas Bestimmtes von einer Massen-Demonstration gesagt hätte, ist mir ganz unbegreiflich.

Florencourt: Das Wort „Massen-Demonstration" ist nicht gebraucht worden.

Präs.: Aber doch eine Aeußerung, die Sie mit der Angabe Hartung's in Verbindung brachten?

Florencourt: Die Sachlage ist einfach so. (Zu Oberwinder treuherzig): Ich habe einen Eid abgelegt, Alles zu sagen, was ich weiß, so sage ich es. Sie erinnern sich nicht daran, mit mir darüber gesprochen zu haben; ich erinnere mich aber sehr bestimmt und auf meinen Eid darauf, daß Sie mit mir darüber gesprochen haben und daß ich Sie für den Urheber der Sache gehalten habe und noch halte. (Anhaltende Bewegung.)

Pfeiffer (zum Zeugen): Wollen Sie mir nicht sagen, ob ich Ihnen am 12. December mehr erzählt habe, als im Briefe Hartung's an mich stand.

Florencourt: Von einem Briefe Hartung's an Sie weiß ich nichts. Ich weiß nur, daß Sie mir am 12. sehr wenig davon mittheilten.

Präs.: Wurde nichts bezüglich der Folgen des Ereignisses gesprochen? Es wird immer auf diese ruhige Demonstration hingewiesen, welche gezeigt haben soll, daß die Arbeiter Sinn für Ruhe und Ordnung haben. Aber es war ihnen ja keine Gelegenheit geboten, dieß zu erproben. Wie wäre es gewesen, wenn gesetzlich gegen sie eingeschritten worden wäre?

Florencourt: Ich glaube nicht, daß ein Widerstand beabsichtigt war. In meinen Gesprächen mit Hartung, Oberwinder und Pfeiffer war von dieser Eventualität nicht die Rede.

Präs. (zum Schriftführer): Ich bitte, diese Aussage zu protocolliren; (zu Florencourt): Haben Sie sonst noch etwas auszusagen, was für die Anklage oder Vertheidigung wichtig wäre?

Digitized by Google

Florencourt (nach längerem Nachdenken): So weit ich gegenwärtig war, ist mir nur dies eingefallen. Ich werde mich bemühen, auch Montag hier zu sein und werde sehen, ob meine Kenntnisse von der Sache mit den Acten übereinstimmen.

Hierauf wird die Verhandlung auf Montag 9 Uhr vertagt.

Siebenter Verhandlungstag.

Der Präsident eröffnet die Verhandlung, indem er mittheilt, es sei ihm ein Brief zugekommen, der Verdächtigungen gegen eine Zeugin enthält. Weil derselbe jedoch anonym sei, bringe er ihn nicht zur Verlesung.

Ein weiter eingelaufener Brief lautet:

Hochwohlgeborner Herr!
Hochverehrtester Herr Präsident!

Unter dem Beweismateriale für die Anklage der löblichen Staatsanwaltschaft im gegenwärtigen Arbeiterprocesse findet sich auch der Bericht der „Morgen-Post" über die Demonstration vom 18. December 1869 vor, und es wurde derselbe am sechsten Tage der Hauptverhandlung, unmittelbar nach Verlesung der im hohen Herrenhause am 14. December gestellten Interpellation, dem hohen Gerichtshofe zur Kenntniß gebracht.

Indem ich mir die Freiheit nehme, mich als Verfasser des erwähnten Berichtes zu bekennen, kann ich nicht umhin, die berechtigte Meinung auszusprechen, daß beide Actenstücke absichtlich in Zusammenhang gebracht worden sind, denn jene Interpellation beruft sich in der Einleitung ausdrücklich auf die Berichte der Wiener Journale vom 14. December und betont, daß die Demonstration schon zehn Tage vorher in einer öffentlichen Versammlung beschlossen worden sei.

Da es nun auch in meinem Berichte heißt: Diese Demonstration war keine Ueberraschung, sie war die Ausführung eines Beschlusses, der in einer öffentlichen Versammlung gefaßt worden ist", so fühle ich mich verpflichtet, um einer irrigen Auffassung vorzu-

Digitized by Google

bewegen, die bestimmte Erklärung abzugeben, daß ich bei Abfassung jenes Berichtes durchaus keinen Versammlungsbeschluß im Auge hatte, das heißt keinen formellen Beschluß, der nur in Folge eines gestellten Antrages hätte gefaßt werden können.

Ich hielt die Massenbetheiligung bei der Reichsrathseröffnung nur deshalb für eine beschlossene Sache, weil in der vom Vereine zur Wahrung der „Volksrechte" einberufenen und am 2. December 1869 stattgehabten Volksversammlung in Zobel's Bierhalle ein Redner allgemeinen Beifall erzielte, als er sagte: „Wir wollen in der ersten Reichsrathssitzung zahlreich erscheinen."

In derselben Versammlung, auf welche sich unzweifelhaft auch die im hohen Herrenhause am 14. December v. J. gestellte Interpellation bezieht, wurde nichts beantragt und nichts beschlossen, als eine Resolution, deren Wortlaut gedruckt meinem ergebenen Schreiben an Euer Hochwohlgeboren beigeschlossen ist. Gestützt auf Hochdero wiederholt ausgesprochene Versicherung, daß es dem hohen Gerichtshof nur um Erforschung der Wahrheit zu thun ist, erlaube ich mir, Hochdieselben inständigst zu bitten, auch diese Erklärung während der schwebenden Schlußverhandlung zur Verlesung bringen zu lassen.

Mit besonderer Hochachtung

J. Wagner,
Mitarbeiter der „Morgenpost".

Wien, am 11. Juli 1870.

Der Brief wird über Antrag des Staatsanwalts zu den Acten gelegt.

Dr. Singer erhebt sich, um zwei Anträge zu stellen: Es sind Briefe in großer Menge an die Vertheidigung gelangt, in welchen sich Zeugen anbieten, die über den Privatcharakter, über die Lebensweise und über die Anschauungen Heinrich Oberwinder's Auskünfte geben wollen.

Nachdem der Staatsanwalt aber keinen Anstand genommen hat, zu erklären, daß er alles Vortheilhafte, was über den Privatcharakter Oberwinder's gesagt wird, vollkommen acceptire, und da es der Vertheidigung nicht im Geringsten beifallen kann, der raschen Abwicklung des Processes durch Vorladung vieler nicht wichtiger Zeugen hinder-

Digitized by Google

lich entgegenzustehen, so hat die Vertheidigung von der Vorladung abgesehen.

Zwei Zeugen jedoch haben sich angemeldet, welche Aussagen wichtiger Natur über Oberwinder erlegen können. Einer dieser Zeugen hat an mich folgenden Brief gerichtet:

Geehrter Herr Doctor!

Ich halte es für meine Pflicht, über die Haltung Oberwinder's, wie sich dieselbe in seinen Beziehungen zu Schriftstellern kundgab, einige Aufschlüsse zu Ihrer Verfügung zu stellen.

Ich lernte Oberwinder während meiner Thätigkeit im Redactionsbureau der „Neuen freien Presse" kennen. In mehreren Unterredungen mit demselben war immer eine besondere Mäßigung in der politischen Auffassung der Arbeiterfrage hervorgetreten. Eine solche dürfte immerhin auch der Umstand beweisen, daß aus Oberwinder's Händen Berichte über Arbeitervorgänge eine Zeit hindurch im Vertrauen auf seine Objectivität in der „Neuen Presse" erscheinen durften, welches Blatt bekanntlich ein socialdemokratisches Organ keineswegs ist.

— — — — — — — — — — — — —

Oberwinder sträubte sich aus innern und äußern Gründen gegen jeden Gewaltact und hatte eine offene Scheu gegen jeden Terrorismus.

Ich erlaube Ihnen, von dem Briefe gerichtlich Gebrauch zu machen ꝛc.

Moriz Mandl,
Redactionsmitglied des „Wanderer".

Die Vertheidigung bittet demnach Herrn Moriz Mandl für morgen vorzuladen.

Es ist mir weiter aus ganz verläßlicher Quelle zugekommen, daß Herr Zacharias Conrad Lecher, Mitredacteur der „Presse" in der Lage ist, über Oberwinder's Anschauungen der Arbeiterverhältnisse aus eigener Wahrnehmung wichtige Aussagen zu machen.

Er kann deponiren, daß Oberwinder sich wiederholt gegen jeden Gewaltact und gegen jeden Terrorismus aussprach.

Herr Lecher kann auch über die materiellen Verhältnisse Oberwinder's, dessen finanzielle Lage, sowie über dessen Verhältniß zu Mühlwasser Auskünfte geben. Die Vertheidigung bittet deshalb den

Digitized by Google

hohen Gerichtshof, auch Herrn Lecher als Zeugen für morgen vorzuladen.

Dr. Mauthner schließt sich diesem Antrag an.

Der Staatsanwalt findet die Vorladung des Herrn Mandl nicht nöthig, da Alles, was er aussagen könne, bereits in seinem Briefe enthalten sei; in Betreff der Vorladung des Herrn Lecher überläßt der Staatsanwalt die Entscheidung dem Gerichtshofe.

Dr. Singer ersucht den Gerichtshof nochmals, den Zeugen Lecher vorzuladen, weil es gut wäre, wenn man erführe, wie sich Oberwinder anderen Leuten und nicht gerade den Belastungszeugen Mühlwasser und Frl. Podany gegenüber geäußert habe.

Der Gerichtshof beschloß nach kurzer Berathung, den Zeugen Mandl nicht vorzuladen, weil derselbe nicht in der Lage ist, über relevante Umstände auszusagen; dagegen wurde die Vorladung des Herrn Z. C. Lecher, Mitredacteur der „Presse" für morgen Vormittags beschlossen, weil ein gesetzliches Bedenken nicht obwaltet, und es der Vertheidigung unbenommen bleiben müsse, Alles, was hier zur Vertheidigung nothwendig ist, vorzubringen. Es werden hierauf die Vorlesungen fortgesetzt.

Die Aussage des Franz Wallner, Zahlmarqueur im Caffee Griensteidl gibt Aufschluß über die Anwesenheit der Arbeiterdeputation am 13. December, Mittags im Caffee Griensteidl. Von den Arbeitern kannte er nur die täglichen Gäste Hartung und Oberwinder. Ersteren sah er ein Schriftstück lesen, in welches die übrigen hineinblickten. Geschrieben wurde seines Wissens im Caffeehause nicht.

Die Ergebnisse der Haussuchung bei Brüßhaver werden mitgetheilt. Mehrere Briefe von Johann Philipp Becker aus Genf werden verlesen. Dieselben nehmen auf die österreichische Arbeiterbewegung nur insoferne Bezug, als sie den Wunsch aussprechen für die Verbreitung der Parteiprincipien zu wirken. Ebenso wird Brüßhaver ersucht, mehrere Exemplare des „Vorbote" an bestimmte Adressen zu befördern. Unter anderm fragt ihn Becker, warum er seine (Brüßhaver's) Revolutionsgeschichte nicht in Wien drucken lassen könne. Sollte er keinen Verleger dafür dort finden, so möge er sich zu diesem Behufe nach der Schweiz wenden. Auch spricht Becker den Wunsch aus, es mögen nur die Führer der Wiener Arbeiter der internationalen Association beitreten, das genüge vor der Hand.

Digitized by Google

Präs. (zu Oberwinder): Sie entnehmen aus den Briefen, daß J. Ph. Becker, das Haupt der deutschen Section der internationalen Association, den Wunsch ausspricht, es mögen die Führer der Wiener Arbeiter beitreten.

Oberw.: Das ist die Aufforderung Becker's an Brüßhaver; von mir aber ist in dem Briefe nicht die Rede.

Präs.: In einem Briefe kommt die Stelle vor: wir haben es noch mit dem Riesen Gewalt zu thun. Was ist darunter gemeint?

Oberw. (lächelnd): Herr Becker hat eine sehr blumige Sprache.

Präs.: Glauben Sie nicht, daß er die stehenden Heere meint.

Oberw.: Wohl möglich; es kann auch so aufgefaßt werden. Ich habe aber in Bezug auf die Vertheilung der Karten der internationalen Association noch zu bemerken, daß Brüßhaver, dem es als Agenten dieser Association sehr darum zu thun war, recht viele Mitglieder anzuwerben, auch uns zum Eintritte aufforderte, worauf wir auch Karten und Diplome entgegennahmen, ohne gerade besonderen Werth daraufzulegen. Daß aber Brüßhaver nicht blos die Führer gewinnen wollte, geht schon daraus hervor, daß er auch Mädchen als Mitglieder der Association aufnahm.

Präs.: Ja, Hartung äußerte, die Frauen wären auch gut zum Agitiren.

Bandisch (meldet sich zum Wort): Brüßhaver hat mir auch zugeredet, ich soll der internationalen Association beitreten, aber ich ging nicht darauf ein. Ich war über Einladung Brüßhaver's bei einer Volksversammlung, wo dieser seine Ansichten aussprach, und ich fand diese viel weiter gehend, als die der anderen Führer der socialdemokratischen Partei.

Ueber Ansuchen Oberwinder's wird nun ein Brief Becker's an Mühlwasser verlesen.

In demselben heißt es:

„Sie sind ein leicht übersprudelnder Feuerkopf und daher für die Bedächtigen, vielleicht — Allzubedächtigen, unangenehm. Es wird gut sein, wenn Sie sich einen Dämpfer aufsetzen. Dagegen müßte man den Anderen etwas mehr Feuer in den Leib jagen."

Nun kommt eine Mahnung an Mühlwasser, den Conflict mit den anderen Führern beizulegen, er (Becker) wolle vermittelnd und versöhnend wirken.

Digitized by Google

Ein Brief an Oberwinder mit der Unterschrift Sträubel.

Präs. (zu Oberwinder): Geben Sie uns Aufschluß über den Briefschreiber.

Oberw.: Waldemar Sträubel ist Hauptmann und Verfasser der in militärischen Kreisen sehr bekannten, in eminent österreichischem Sinne gehaltenen militärischen Schriften, welche er unter dem Schriftstellernamen Arcolay herausgab. Er war Anfangs der 1860er Jahre Redacteur der „Militär-Zeitung" in Heidelberg, später wurde er Redacteur der Wochenschrift des großdeutschen Reformvereins, einer Partei, die zumeist aus conservativen Elementen bestand. Als Redacteur dieser Wochenschrift habe ich ihn kennen gelernt, weil er zu einer Zeit, wo die Bestrebungen Lassalle's in allen Blättern verdächtigt wurden, eine Rede Lassalle's unparteiisch besprach. Sein eifriges Agitiren gegen Preußen und sein intimes Verhältniß zu dem Frankfurter Senator Burnus hat ihn in den Verdacht eines österreichischen Agenten gebracht. Wenn er hier als Militär sich etwas derber Ausdrücke bedient, so ist dies hauptsächlich auf Rechnung seiner Erbitterung gegen Preußen zu setzen.

Präs.: Der Brief Arcolay's lautet (liest):

Lieber Herr Oberwinder!

Wir haben alle noch ein paar Monate Zeit (höchstens) bis zum großen Familienfest!!!

Präs. (das Verlesen unterbrechend): Was verstand er darunter?

Oberw.: Er hoffte immer auf eine Bewegung in Deutschland zu Ungunsten Preußens.

Präs. (weiterlesend): Haben Sie die Güte, mir umgehend eine sichere, möglichst unschuldige Adresse (Arbeiter, Frauenzimmer) anzugeben, unter welcher man Ihnen erforderlichenfalls schreiben kann; denn da man Sie ganz unnöthiger Weise in Verdacht hat, ein Wühlmaier zu sein (was wohl erst noch zu erweisen wäre), so vermuthe ich, daß die hochweise Obrigkeit dort (die wie überall den Wald vor lauter Bäumen nicht sieht), Ihre Correspondenz unter Beobachtung stellt. Nun noch einiges andere.

1. Ich habe seit drei Wochen die dortige Volkszeitung unter Kreuzband gesandt erhalten. Ich weiß nicht, ob ich Ihnen oder der Redaction dafür zu danken habe. Auf alle Fälle sandte ich vor etwa 10 Tagen einen größeren Artikel ein. Sollte er in diesen

Digitized by Google

Tagen nicht erscheinen, so wird es überhaupt nicht geschehen. Da ich glaube, daß er dann mit Nutzen anderswo erscheinen könnte, so haben Sie wohl für diesen Fall des Nichtabdrucks die Güte, das Manuscript in der Redaction abzuholen und mir zuzusenden. Die Zeitung sendet bekanntlich nichts wieder zurück.

2. Ich möchte wissen, wie es mit B..... steht. Ich brauche im Augenblick meine paar Kreuzer zur höchsten Noth. Für den Fall, daß er im Momente ärmer ist wie ich (wozu schon viel gehören würde), lasse ich ihn in Ruhe. Geht es ihm aber besser, so möchte ich zusehen, was ich von meinen 30 fl. wieder erobern kann. Darüber können Sie mir wohl einige Worte schreiben. Zugleich B.'s genaue Adresse, da die alte wohl nicht mehr richtig ist. Ich denke, es ist möglichst demokratisch gehandelt! (Heiterkeit.) Noch eine Warnung. Lassen Sie sich mit dieser stinkigen Volkspartei nicht zu tief ein! Es ist lauter feiges Gesindel. Das lehrt schon ihr Cylinderhut — das ewig untrügliche Zeichen ihrer Hasen- und Philisternatur. — Der Herr Kröber von hier ist gerade so ein elender Kerl, worüber mündlich einmal mehr.

Präs. (sich unterbrechend): Wer ist dieser Kröber?

Oberw.: Er ist ein Rentier, mit dem ich in Freundschaft lebte. Arcolay drückt sich stark über ihn aus, und das war der Grund, daß ich mich mit Arcolay zerwarf.

Präs. (weiterlesend): Der Kerl spielt (wie die gesammte Bourgeoisie) nur Comödie in Sachen des Volks — sonst hat es keinen Zweck. Ich traf diesen Menschen mehrmals und hatte mehrere Gespräche mit ihm. Dreimal als ich von Ihnen sprechen wollte, that er gar nichts dergleichen, stellte sich, als kenne er Sie nur dem Namen nach. Ich war frappirt über diese Gleichgiltigkeit, da er Sie mehrere Tage als Gast gehabt. Bald entdeckte ich das Geheimniß; daß er Sie einlud, galt nicht Ihrer Person, Sie waren und sind ihm auch heute noch gleichgiltig, er wollte mit der Einladung blos Reclame für seine winzige Person machen. Das war Alles. An Ihrer Stelle hätte er nöthigenfalls jeden andern Delegirten der dortigen Arbeiter fetirt und abgefüttert, um hinterher sich zu stellen, als sei nichts geschehen. Aus hiesigen und anderen Zeitungen ersehe ich, daß dieser K. sich bei jeder Ge-

Digitized by Google

legenheit mit seinem Namen wichtig macht. Sonst ist der Kerl ganz unbrauchbar für Volkszwecke. Ich habe sogar Andeutungen darüber, daß ihm nicht zu trauen ist. Mir gefiel gleich dieses Bier-Phlegma nicht.

Dieses Alles, sowie das bezüglich B ..... natürlich nur im Vertrauen.

Schon vor zwei Monaten, gleich nach Beginn der spanischen Bewegung, prophezeite ich die spanische Republik. In Kurzem wird diese Prophezeiung in Erfüllung gehen. Aber es werden gewiß dabei noch einige Tausend Schurken die Hälse brechen, die man im ersten Aufwallen der Freude vergessen hatte zu — — — hängen.

Ich muß immer lachen über diese „unblutigen" Revolutionen. Auch das ist eine Erfindung unserer entnervten Zeit. Das kommt mir immer vor wie Medicin gegen die Diarrhoe, wo einzig diese — gesunde Krankheit retten kann.

Wenn der Volkscadaver so voll D... und Mist gepfropft ist, nicht seit Kurzem, sondern seit Jahrhunderten, da muß eine nicht ganz außer Kraft und Function gesetzte Natur sich vor Allem dadurch kundgeben, daß sie sich nach vorn und hinten mit Behemenz — Luft macht!

Nur Geduld, wir werden Alle, Alle die Hosen umwenden, trotz Prim und Bonaparte und die große — Abführung des Jahrhunderts beginnt.

Leben Sie wohl, mein Herr, ich muß schließen, da (echt demokratisch) mein Lichtstummel zu Ende geht, und ich mir erst wieder Weiteres eigenhändig und eigenbeinig besorgen muß.

Mit herzlichem Gruße Ihr

Sträubel.

14. Jänner 1869.

Oberw. (lächelnd): Wie ich schon bemerkt habe, drückt sich der Mann ziemlich stark aus. Er hat sich Marschall Blücher zum Vorbild genommen und ist — wie ein hiesiges Blatt treffend bemerkte — ein Revolutionär nach Rückwärts.

Präs.: Das ist wohl nur eine individuelle Anschauung. Aus diesem Briefe scheint mir das nicht hervorzugehen.

Oberw.: Das geht aus seinen militärischen Schriften hervor, und aus seinen Ansichten über die Lösung der socialen Frage, welche

Digitized by Google

seiner Meinung nach nur dann herbeigeführt werden könnte, wenn die Eisenbahnen, Telegrafen und Maschinen abgeschafft würden. (Anhaltende Heiterkeit.)

Präs.: Ich constatire ferner, daß im Notizbuche Brüßhaver's ein vollständiger Revolutionsplan gefunden wurde. Von der Verlesung desselben muß Umgang genommen werden, doch steht der Vertheidigung die Einsichtnahme frei. (Uebergibt den Revolutionsplan den Vertheidigern, welche in denselben flüchtig Einsicht nehmen.)

Dr. Singer: Die Vertheidigung sieht von der Verlesung dieses angeblichen Revolutionsplanes ab, sobald constatirt wird, daß derselbe bei keinem der Angeklagten, sondern bei Brüßhaver, der hier als Zeuge vernommen und beeidet wurde, gefunden worden ist.

Präs.: Ich constatire dieses.

Es wird nun das Manifest an die landwirthschaftliche Bevölkerung vorgelesen.

Oberw. erklärt, daß er zur Zeit, als dasselbe verfaßt wurde, in Basel krank lag, ferner daß die „Volksstimme" und der „Volkswille" dieses Manifest nicht abgedruckt haben. Neumayer in Wiener Neustadt, welcher es abdruckte, wurde deßhalb zwar angeklagt, von den Geschwornen aber freigesprochen.

Gernerth: Perhorresciren Sie die Ideen dieses Manifestes?

Oberw.: Das Manifest, das den Bauern die Gründung von Productiv-Genossenschaften anräth, ist so tiefgreifender Natur und so umfassend, daß ich mich darüber nicht ohne eingehenderes Studium desselben aussprechen könnte. Ich kenne das Manifest zu wenig und konnte mir ein Urtheil bis jetzt noch nicht bilden.

Ueber Antrag des Staatsanwaltes wird constatirt, daß J. Ph. Becker, Straßer aus Graz und Brüßhaver in lebhaftem Briefwechsel standen, und daß die beiden Letzteren für den Beitritt zur internationalen Association agitirten.

Oberw. erklärt, daß er mit diesen Beiden nicht solidarisch sei. Auch habe eine Spannung zwischen ihnen wegen ihrer politischen Haltung bestanden.

Es wird das Verzeichniß der hiesigen Mitglieder der internationalen Association verlesen. Unter diesen befindet sich auch die Zeugin Frl. Podany.

Digitized by Google

Im Arbeiter-Bildungsvereine wurde eine große Anzahl Recepisse gefunden. Dieselben sollen den regen Verkehr der hiesigen Arbeiter mit dem Auslande bekunden.

Oberw. gibt die Aufklärung, daß der Arbeiter-Bildungsverein seinen Jahresbericht auch an auswärtige Arbeitervereine versendet, daher die Recepisse.

Der Präsident fährt mit den Actenverlesungen fort.

In den Hausdurchsuchungsobjecten Oberwinder's wurde das Diplom der internationalen Arbeiter-Association gefunden.

Oberw.: Das habe ich von Brüßhaver bekommen.

Ein Brief Ladendorf's fordert Oberwinder auf, Correspondenzen aus Wien für das „Felleisen" zu schreiben, und entschuldigt eine Berliner Correspondenz in diesem Blatte mit den Worten: Sieht ihnen zu sehr die Bourgeosie heraus! Fürchten Sie nichts, das Correctiv wird sich schon finden. Weiter fragt Ladendorf, ob Oberwinder nicht ein radicales Organ in Wien gründen wolle.

Wenn es mit der Freiheitssache vorwärts gehe, würde er den nervus rerum schaffen.

Oberw.: Ich bitte zu constatiren, daß aus dem weiteren Theile des Briefes hervorgeht, daß Ladendorf wußte, daß ich zum Correspondiren nicht Zeit haben werde und mich deßhalb bat, ihm einen andern Correspondenten zu schaffen.

Präs.: Das constatire ich, Sie müssen aber dem Gerichtshofe die Conclusion überlassen, ob die mit O—r gezeichneten Artikel im „Felleisen" doch nicht von Ihnen herrühren.

Oberw.: Ich war zu jener Zeit in der Redaction der „Volkszeitung" beschäftigt. Da ich das Project der Gründung eines radicalen Blattes in Wien aufnahm, so schrieb ich darüber. Hiebei habe ich etliche Mittheilungen allgemeiner Natur gemacht, die er wohl zu Correspondenzen verwerthet und das Zeichen O—r davor gesetzt haben mag. Eigentliche Correspondenzen aber habe ich ihm nicht geschrieben.

Ein zweiter Brief Ladendorf's an Oberwinder sagt unter Anderem: „Wie ich von Friedrich Beust höre, sind bereits 200 Francs an Sie abgegangen . . : . Sie und Hartung sind mir Garantie genug für das Fortschreiten der Bewegung. Sie haben bereits viel geleistet."

Digitized by Google

Es werden schließlich weitere Geldsendungen in Aussicht gestellt und spricht Ladendorf den Wunsch aus, mit Oberwinder in Eisenach zusammenzutreffen.

Präs. (zu Oberwinder): Nachdem aus diesem Briefe Ihr intimer Verkehr mit Ladendorf hervorgeht, glauben Sie, daß Jemand den Eindruck gewinnen kann, daß Sie dem „Felleisen" so ferne stehen und die Grundsätze seines Programmes perhorescirren?

Oberw.: Das „Felleisen" erscheint in der Schweiz und hat keine Beziehung zur hiesigen Bewegung. Wenn Dr. Ladendorf unsere Leistungen anerkennt, so geschieht dies mit Rücksicht auf unsere speciellen Verhältnisse, und er unterstützt unsere Bestrebungen.

Präs.: Aber Dr. Ladendorf ist Chef-Redacteur des „Felleisen", er würde Ihre Agitation nicht unterstützen, wenn Sie nicht in seinem Sinne wäre, und seine Principien sind im Programme des „Felleisen" enthalten.

Oberw.: Das hat mit dem „Felleisen" nichts zu thun. Die Gemeinsamkeit mit Ladendorf ist die großdeutsche Richtung, der Kampf gegen die Bismarckerei. Ladendorf brachte seiner politischen Gesinnung wegen sechs Jahre in preußischen Zuchthäusern zu. Unsere Position in Oesterreich ist insoferne wichtig, als mir gemeinsam an dem großdeutschen Gedanken gegenüber Preußen festhalten.

Präs.: Von großdeutschen Gedanken habe ich bisher nichts gelesen.

Oberw.: Wer sechs Jahre in einem preußischen Zuchthause gesessen, der wird sicher großdeutsch.

Ein Brief Beust's in Zürich, der Bildung von Vereinsdruckereien und die Bildung eines Finanz-Comités empfiehlt. Es heißt darin unter Anderem: „Wahrscheinlich haben Sie an Stelle des aufgelösten Comités ein anderes Agitations-Comité geschaffen, welches für die baronisirten Bürgerminister nicht erreichbar ist. Es ist Zeit, daß sich das Embryo des neuen socialdemokratischen Staates bilde, welcher später den alten Staat auffangen solle."

Präs.: Nun, Herr Oberwinder, ist das auch undeutlich?

Oberw.: Ich muß —

Präs.: Ich bitte, ist das klar oder nicht? Ja oder nein?

Oberw. (lächelnd): Das ist ganz klar.

Präs.: Ich danke.

Digitized by Google

Oberw.: Ich bitte zu constatiren, daß in diesem Brief nur die Ansichten des Herrn Beust niedergelegt sind.

Präs.: Das ist constatirt.

Unter den bei Oberwinder gefundenen Papieren befand sich ferner eine Einladung zur Mitarbeiterschaft seitens des Journales „La fraternité" in Heidelberg, worin als bereits gewonnene Mitarbeiter Petermann und H. M. Richter erwähnt sind. Das betreffende Blatt hat übrigens nur zwei Probenummern erlebt.

Ein Excerpt von Oberwinders Hand wird verlesen.

Ferner ein Brief Eckardts.

Präs.: Wer ist dieser Eckardt?

Oberw.: Dr. Eckardt, welcher hier Vorträge hält und der deutschen Volkspartei angehört. Er war damals Redacteur der „Mannheimer Wochenschrift".

Eckardt schreibt unter Anderem in seinem Briefe, daß energisch für die Sache der Republik gewirkt werden müsse. Er spricht seinen Aerger über die Unempfindlichkeit der Mittelclassen aus und sagt:

„Sie werden vielleicht fragen, warum ich mich noch mit der Bourgeois-Demokratie abgebe? Nun, es wird vielleicht noch dazu kommen, daß ich ganz für die Socialdemokratie eintrete. Leider besitze ich nicht Lassalle's Vermögen und seine Zeit . . ."

„Die fürchten, wollen die freiheitliche Entwicklung nicht. Gut so. Es kommt die Entscheidung desto schneller. Es wäre gut, wenn einige tüchtige Redner von Euch schnell in den Nationalverein kämen und in der Generalversammlung das Sündenregister vom Arbeiterstandpunkte entwickeln würden. Sie müßten die Galerie einnehmen, um sprechen zu dürfen.

Habt alle lieb Euren getreuen

Eckardt."

Oberw.: Dieser Brief ist sechs Jahre alt.

Präs.: Es liegt eine Anzahl Mitgliedskarten von der internationalen Association vor.

Oberw.: Die hat uns Liebknecht in's Bureau zugesendet; es wurde jedoch kein Gebrauch davon gemacht.

Präs.: Mir ist auffällig, daß Sie der Verbindung mit der internationalen Association immer aus dem Wege gehen wollen, während doch alle Anzeichen darauf hinweisen, daß Sie im intimsten Verkehre mit derselben standen.

Digitized by Google

Oberw.: Wir leugnen unsere Verbindung mit der internationalen Association, so weit sie wirklich bestand, keineswegs. Allein von diesen Karten wurde kein Gebrauch gemacht.

Präs.: Wir kommen nun zu den Aufzeichnungen im Notizbuche des Angeklagten Oberwinder in Betreff von wichtigen Punkten Wiens, welche in Verbindung mit dem stehen, was Herr v. Florencourt in Suben von Subaric gehört. Es ist verzeichnet: Straßenkreuzung vor dem Burgthore, Kärnthnerring, Heinrichsgasse, Künstlergasse, Canovagasse, Schwarzenbergplatz.

Oberw.: Ich bitte aber auch zu lesen, was vor diesen Notizen steht.

Präs.: Da steht: „Regiment Nobili, Linz!"

Oberw.: Das soll Ihnen beweisen, daß diese Notizen sich auf das Schützenfest beziehen. Es war damals die Rede davon, daß die Musik des Regiments Nobili, welches früher in Frankfurt a. M. lag, die Frankfurter Schützen in Linz begrüßen solle. Da ich für die „Grazer Tagespost" einen Bericht über das Schützenfest zu schreiben hatte, so machte ich mir diese Notizen. Was hätten denn die Worte „Regiment Nobili" dann für einen Sinn?

Präs.: Das gehört aber nicht dazu! Es heißt vorher: Regiment Nobili, Linz, dann Kreuzung vor dem Burgthor, Opernhaus, Heinrichshof, Künstlergasse, Canovagasse, Schwarzenbergplatz.

Oberw.: Die Zeugen haben sämmtlich angegeben, daß in den Actionsplänen des Subaric vom Schwarzenbergplatz und der Kreuzung vor dem Burgthor keine Rede war. Meine Angaben, daß diese Angaben meine Correspondenzen mit der „Grazer Tagespost" über das Schützenfest betrafen, halte ich aufrecht. Es ist Thatsache, daß die Musik des Regiments Nobili, welches früher in Frankfurt a. M. lag, bei Gelegenheit des Schützenfestes die durch Linz reisenden Frankfurter Schützen begrüßte. Was die Kreuzung am Burgthor betrifft, so ist festgestellt, daß der Schützenzug sich dort aufgestellt hat. Im Heinrichshof hatte das Centralcomité seinen Sitz, am Schwarzenbergplatz fand die Uebergabe des Bundesbanners statt. Beim Opernhaus war eine Tribune aufgestellt.

Präs.: Wie kommen Sie dann zur Künstler- und Canovagasse?

Oberw.: Daran erinnere ich mich nicht mehr. Das werde ich wahrscheinlich in den Zeitungen gelesen haben; sonst hätte ich es ja nicht geschrieben.

Digitized by Google

Präs.: Warum haben Sie sich die Zeitungen nicht verschafft, Sie hatten ja die Zeit hiezu?

Oberw.: Ich habe der Sache wirklich keine Bedeutung beigelegt.

Präs.: Aber Sie konnten doch aus den Acten ersehen, daß der Anklage viel daran liegt. Warum haben Sie sich nicht die „Tagespost" und die anderen Zeitungen verschafft, für welche Sie geschrieben haben?

Oberw.: Nach Graz und Linz kann man ja noch telegraphiren. Uebrigens habe ich nach Graz zumeist Leitartikel geschrieben. Es ist auch möglich, daß ich diese Notizen nicht verwerthet habe und die Zeitungen zu nennen, aus welchen ich die Notizen genommen, ist mir jetzt gar nicht möglich, weil sie mir nicht mehr erinnerlich sind. Uebrigens habe ich bei dem Untersuchungsrichter, als mir die Namen der Gassen verlesen wurden, nicht einmal mehr gewußt, was sie bedeuten. Erst als ich sah: „Regiment Nobili, Linz" erinnerte ich mich, daß dies meine Notizen vom Schützenfest sind.

Der Vertheidiger Dr. Singer legt nun zur Bekräftigung der Angaben Oberwinders mehrere Stellen aus den Protocollen des Centralcomité's des Schützenfestes vor. So den Bericht des Dr. Kopp über eine Audienz beim Grafen Taaffe, dem zu entnehmen ist, daß ursprünglich beabsichtigt war, den Schützenzug durch die Burg und die innere Stadt zu führen, was jedoch aus Verkehrsrücksichten verweigert wurde, in Folge dessen man sich darauf beschränkte, den Schützenzug über die Ringstraße zu führen.

Ueber denselben Gegenstand wird eine Interpellation des Comitémitgliedes Kaiser verlesen; endlich macht Dr. Singer auf einige Capitel des Gedenkbuches des dritten deutschen Bundesschießens aufmerksam, so auf den Abschnitt: Heinrichshof, Sitz des Centralcomité's und Schwarzenbergplatz, Uebergabe der Bundesfahne.

Dr. Singer: Ich erlaube mir, an den geehrten Herrn Verhandlungspräsidenten eine Frage zu stellen. Der Vertheidung ist in diesem Processe eine kurze Zeit zum Studium der Acten gegönnt gewesen. Zudem legte sie auf den sein sollenden Revolutionsplan kein Gewicht und brauchte auch keines darauf zu legen. Wie aber nun heute constatirt werden, hat sich in den Papieren Brüßhavers ein förmlicher Revolutionsplan vorgefunden. Die Vertheidigung hat aus Opportunitäts- und Schicklichkeitsgründen, und weil es ihr nicht um

Digitized by Google

Eclat und Scandal zu thun ist, auf die Verlesung dieses Planes verzichtet. Ich erlaube mir nun den Herrn Verhandlungspräsidenten zu fragen, indem ich zugleich das Versehen der Vertheidigung in diesem Punkte offen eingestehe, was die Ursache war, daß der Präsident an den Zeugen Brüßhaver keine Frage über den bei ihm gefundenen Revolutionsplan gestellt hat. Zugleich stelle ich den Antrag, daß nach Linz an das Regiment Nobili die telegraphische Anfrage gestellt werde, ob die Musikcapelle des Regiments bei dem Schützenempfange mitgewirkt hat.

Präs.: Was die an mich gestellte Frage betrifft, so kann der Vorsitzende nicht verpflichtet werden, über die Gründe, warum er diese oder jene Frage gestellt oder nicht gestellt, Rechenschaft zu geben. Er ist hiefür nur vor dem Gesetze und seinem Gewissen verantwortlich. (Sensation.) Was den gestellten Antrag betrifft, so bitte ich um die Aeußerung des Herrn Staatsanwalts.

Staatsanw.: Die Fragestellung an das Regiment Nobili in Linz ist darum unnöthig, weil ich den hiedurch zu constatirenden Umstand vollkommen zugebe.

Dr. Singer: Die von dem geehrten Herrn Verhandlungspräsidenten mir ertheilte Antwort überhebt mich jeder weiteren Discussion, und ich bitte, daß sowohl meine Frage, als die von dem Herrn Präsidenten ertheilte Antwort in's Protocoll aufgenommen werde.

Präs.: Ich bin damit einverstanden.

Hierauf gelangt ein Brief Rüstow's an Oberwinder zur Verlesung, welcher die Antwort auf dessen Einladung bildet, an dem „Volkswille" mitzuarbeiten. Er lehnt die Mitarbeiterschaft ab, weil ihm der österreichische Boden zu wenig bekannt sei und dasjenige, was er davon wisse, ihm wenig Hoffnung gebe. Er wolle ihn nicht entmuthigen, aber er selbst habe wenig Vertrauen in die deutsche Energie. In bitteren Worten äußert er sich darüber, daß man anderswo die Verbannten ehre, schon darum, weil sie Verbannte sind, nicht so aber in Deutschland. In Frankreich werden Verbannte von feindlichen Parteien oft angegriffen, aber niemals in gemeiner Weise beleidigt. Die Ungarn wählten die l.....:... Generale in ihren Reichstag, blos weil sie nicht amnestirt waren. In Deutschland schimpft man innerlich, fällt aber äußerlich auf die Knie (hier folgen Beleidigungen des Kaisers von Oesterreich und Königs von Preußen, welche nicht wieder-

Digitized by Google

gegeben werden dürfen) und läßt sich Tritte geben. Nirgends als in Deutschland liebe man so sehr, Scandalgeschichten von seinen besten Männern zu erzählen. „Weil ich solche Erfahrungen gemacht", schließt der Schreiber, „lasse ich mich nicht mehr in den Dr . . . ein. Wer Pech angreift, besudelt sich. Ich bildete mir ein, reinen Händen könne so etwas nicht passiren; es wäre vielleicht möglich, wenn ich nicht das Glück hätte, ein Deutscher zu sein."

Ein Brief von Herrn Leo Fränkel in Paris, in dem Oberwinder mitgetheilt wird, daß eine Anzahl Abonnenten gewonnen wurde.

Ein Schreiben von Gustav Säwecke in Pest macht Mittheilung von der Verhaftung Raspe's in Pest. Eine Deputation von Arbeitern begab sich damals zum Oberstadthauptmann Herrn Thaiß und stellte ihm die Frage, ob denn das ungarische Gesetz dazu da sei, einen Arbeiter den preußischen Häschern zu übergeben. Herr Thaiß habe die Arbeiter wie ein „Pascha" empfangen und ihnen gesagt: „Was mischen sich die Arbeiter in die Politik? Sie sollen froh sein, daß sie zu essen haben". Hierauf haben die Arbeiter geantwortet, daß sie sich an das Parlament und an die Minister, und wenn das nichts nützen sollte, an den König wenden wollen. Für den Fall, als Raspe an Cisleithanien ausgeliefert werden sollte, ersuchen die Arbeiter Pests, daß die Wiener Arbeiter Alles thun sollen, um Raspe zu befreien.

Es folgt eine kurze Unterbrechung der Sitzung.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung fühlt Herr v. Florencourt abermals das Bedürfniß, Zeugenschaft abzulegen. Er tritt vor den Gerichtstisch und meldet sich beim Präsidenten; dieser ermahnt ihn, unter Vorhalt des bereits abgelegten Eides nur die Wahrheit auszusagen.

Präs.: Was haben Sie noch zu sagen?

Florencourt: Ich muß bemerken, daß zwischen dem Revolutionsplan, den ich in Suben gesehen habe und Oberwinders Revolutionsplan —

Präs. (unterbrechend): Ich muß hier erklären, daß es uns ferne liegt, Oberwinders Notizen als Revolutionsplan aufzufassen. Im Zusammenhange mit der Aussage des Frln. Podany dürften dieselben ihren Werth erlangen.

Florencourt (sehr leise): Erlauben Sie mir, zu bemerken, daß es eine Eigenthümlichkeit von mir ist, daß ich mich erst später an Dinge erinnere, die ich im Gedächtniß zu erhalten hatte. Ich habe

Digitized by Google

ein sehr zähes, aber wenig promptes Gedächtniß. Ich bitte, ich werde mich noch über einige Umstände über den Revolutionsplan in Suben, wenn ich ihn so nennen darf, äußern.

Präs.: Ich bitte darum. —

Florencourt: Mir ist aufgefallen, daß in dem Plane, den ich in Suben gesehen habe, die Befreiung der politischen Gefangenen aus dem Landesgerichte enthalten war. In Oberwinder's Notizen ist nichts davon enthalten. Weiters hörte ich in Suben von der Babenbergerstraße sprechen, hier aber in Oberwinder's Notizen höre ich nichts davon. Dagegen habe ich von der Canovagasse und Künstlergasse, welche in Oberwinder's Notizen enthalten sind, in Suben nichts gehört. — Im Subener Plane war auch die Occupirung der Heumarktkaserne verzeichnet gewesen, wiewohl derselben nicht viel Bedeutung zugesprochen wurde. Warum die Occupirung der Kaserne dennoch in dem Plane enthalten ist, weiß ich nicht.

Zugleich bitte ich aus den Acten zu constatiren, daß ich vom Heinrichshofe nicht gesprochen habe.

Präs.: Sie haben die Möglichkeit zugegeben, als Ihnen die Zeugenaussage des Frln. Podany vorgehalten wurde. —

Florencourt: Die Möglichkeit, zu Frln. Podany davon gesprochen zu haben, habe ich zugegeben; dagegen habe ich die Möglichkeit ausgeschlossen, in Suben davon gehört zu haben. Die Aufstellung im Heinrichshofe bestand blos in meiner Combination. Das ist Alles, was ich zu sagen hatte.

Präs.: Ich danke Ihnen. —

Florencourt verneigt sich und nimmt wieder seinen Platz im Zeugenraume ein.

Hiemit ist die Reihe der den Angeklagten Oberwinder betreffenden Schriftstücke geschlossen, und der Präsident schreitet zur Verlesung der bei Most gefundenen Briefe.

Das Tagebuch, welches Most, wie sich zeigt, sehr gewissenhaft führte, beginnt mit den Worten:

Morsch und faul ist Alles in der Höhe,
Nur in der Tiefe liegt der Kern,
Der arg getreten zwar,
Doch mächtig noch und stark
Den hohen Schwindel sprenget in die Luft.

Johann Most.

Digitized by Google

Wir entnehmen demselben folgende Stellen:

2. Jänner. Auf das Polizei-Commissariat Roßau geladen worden, um mich auszuweisen, daß ich nicht von Agitationsgeldern lebe. Ist mir gelungen; dabei dem Commissär gründlich die Wahrheit gesagt. Ganzen Tag Zeitversäumniß. (Heiterkeit.)

6. Jänner. Vormittags halb 12 Uhr nach Wr.-Neustadt zur Volksversammlung gefahren, gut aufgenommen. Nachmittags Volksversammlung stark besucht. Dreimal gesprochen, Abends viele Soldaten gesprochen, welche versicherten, daß sie nie auf das Volk schießen werden. Nachts Rückfahrt nach Wien.

12. Jänner. Volksversammlung in Wien. Spießbürger wollten Arbeiter von der Debatte ausschließen, wurden aber gehörig nach Hause geschickt. (Heiterkeit, die sich auch auf Most erstreckt.)

Es gelangt hierauf ein Brief Most's an seinen Vater, Regierungsrath in Augsburg, zur Verlesung. Derselbe lautet:

Wien, den 13. Jänner 1870.

Mein lieber Vater!

Indem ich noch immer einer Antwort auf meinen letzten Brief entgegenharre und Sie meinem Ersuchen um Uebersendung meiner Papiere bis dato nicht Folge gegeben haben, bin ich sehr beunruhigt und es drängt mich, ein zweites Schreiben an Sie zu richten.

Ich weiß nicht, sind Sie unwohl, oder sollten Sie mein letztes Schreiben wieder einer Antwort unwürdig befunden haben??

Wäre Ersteres der Fall, was ich zwar nicht hoffen will, so ersuche ich Sie nun nochmals dringend, mir schreiben zu lassen, damit ich nunmehr nicht länger in Ungewißheit schweben muß, da mir diese lästige und bange Situation nachgerade beinahe unausstehlich geworden ist.

Sollte aber Letzteres der Fall sein, nun dann kann ich nicht umhin, hierüber mein tiefstes Bedauern auszudrücken. — Ich habe Ihnen bereits in meinem letzten Schreiben gründlich auseinandergesetzt, daß es gewiß niemals meine Absicht war, Sie zu beleidigen, sondern daß Sie mich jedenfalls ganz und gar mißverstanden haben. — Es wundert mich daher umsomehr, daß Sie trotz dieser meiner letzten brieflichen Erklärung für meine Worte, wie es scheint, kein Vaterohr haben. — Sollte aber vielleicht gar Ihre ultramontane

Digitized by Google

Gesinnung — gestärkt durch die jüngsten, scheinbaren Siege — so stark Ihre väterlichen Gefühle übertönen, daß Ihr Herz sich Ihrem Sohne für immer verschließt? Nun dann ist mir dies der beste Beweis, daß Pfaffen wirklich viel zu leisten im Stande sind. — Ich müßte nicht wissen, welche Gesinnung Sie früher hatten; als ich vor etwa zwei Jahren im elterlichen Hause war, sagten Sie zu mir selbst: „Der Mensch muß Schauspieler sein." Ich meinerseits habe Ihnen auch damals kein Hehl aus meinen Gesinnungen gemacht und vermochten Sie damals auch nicht besonders viel dagegen einzuwenden. Ich sehe also nicht ein, daß ich den verlorenen Sohn spielen sollte, weil ich Ihnen zu liebe meine r e p u b l i k a n i s c h e G e s i n n u n g nicht mit einer ultramontanen vertauscht habe. — Sie glaubten vielleicht wohl, daß es mein Glück sein könnte; ich aber sage Ihnen, daß es für mich keine schrecklichere Hölle gibt, als eine solche, welche darin besteht, daß der Mensch so thun und handeln muß, wenn auch gegen gute Bezahlung, daß sein Innerstes sich dagegen sträubt. — Betrachten Sie die Sache mit ruhiger Ueberlegung, so werden Sie doch gewiß zur Einsicht gelangen, daß es besser und edler ist, wenn ein Mensch in seinem ganzen Thun und Handeln seine Gesinnung bekundet, als wenn er alle Augenblick in einer anderen Farbe spielt. — Ich hätte ebensogut Ihnen gegenüber den Mucker und Heuchler spielen können, der Ihnen zuckersüße Lügen übersendet hätte, während ich so vielleicht mit derben Worten die reine unverfälschte Wahrheit aus meiner Feder fließen ließ. Wie könnte ich auch anders handeln? Wenn ich als Volkstribun dem Volke, der ganzen Welt, die nackte Wahrheit ungeschminkt und unverblümt in's Gesicht schleudere, werde ich wohl auch nicht zurückschrecken dürfen, meinem eigenen Vater gegenüber meine Charakterfestigkeit zu bewahren und ihm die Wahrheit, wie ich sie eben vorfinde, mitzutheilen. Ich versichere Sie und schwöre es Ihnen: Wenn Sie mir eine Stelle mit einem Monatsgehalte von 1000 fl. offerirten und ich einer mir gesinnungsfeindlichen Partei dienen sollte, und wenn mir andererseits von Seite m e i n e r Parteigenossen nur trockenes Brod entgegen gehalten würde, so würde ich, ohne mich zu besinnen, nach dem trockenen Brode greifen. Ich ersuche Sie also nochmals freundlichst, mir recht bald zu schreiben und ja nicht zu versäumen, mir u m g e h e n d meine sämmtlichen Papiere, insbesonders aber meine Großjährig-

Digitized by Google

keitserklärung zu schicken, da ich ungemein viel Arbeit habe, so aber gebunden bin, weil ich ohne Steuerbogen für den Gewerbsbetrieb eigentlich nicht arbeiten darf und also der Gefahr ausgesetzt bin, daß mir vom Magistrat mein Werkzeug mit Siegel belegt wird. Ich glaube also mit Zuversicht annehmen zu dürfen, daß Sie meiner Bitte baldigst entsprechen werden und hoffe auch gute Nachrichten zu erhalten. Mit herzlichsten Grüßen

Ihr aufrichtiger Sohn

Johann Most, Buchbinder,
IX. Bezirk, Wiesengasse Nr. 28, 1. Stock, Thür Nr. 13.

In einem Berichte des „Vorbote“ über die Demonstration am 13. December ist zu lesen: „Sie hat alle Erwartungen übertroffen. Es ist ein Zeichen der Zeit, daß die Arbeiter vom „blauen Montag“ abkommen, um ihn durch collectives Vorgehen zu einem „rothen Montag“ zu machen. Die Hofburg hat gezittert, das Kaiserreich geschlottert, der Geldsack gewinselt. Das beste Resultat der Demonstration ist aber gewesen, daß die Socialdemokraten zum Bewußtsein ihrer Macht gelangt sind.“

Oberw.: Ich muß daran erinnern, daß in derselben Nummer des „Vorbote“ ein Angriff auf die Haltung des „Volkswille“ vorkommt.

Dr. Singer übergibt die betreffende Nummer dem Präsidenten, welcher dieselbe, sowie das Programm der Eisenacher Partei zur Verlesung bringt.

Präs.: Es wurde endlich noch eine Mitgliedskarte der socialdemokratischen Partei, versehen mit der Chiffre P., bei Most vorgefunden. Diese Chiffre berechtigt zu der Annahme, daß die Karte von Pabst herrührt, was dieser übrigens nicht in Abrede gestellt hat.

Als Resultat der Hausdurchsuchung bei dem Angeklagten Pabst liegen hier zwei Aufgabsrecepisse nach Genf und ein Schreiben Dr. Markbreiters vor. Was enthielten die bezüglichen Briefe.

Pabst: In dem einen habe ich auf den „Vorboten“ abonnirt. In dem zweiten fragte ich, wie es mit den dortigen Buchdruckerei-Verhältnissen stehe, über welche ich aus Anlaß des hiesigen Buchdruckerstrikes Auskunft erhalten wollte. — Der Präsident bringt den Brief Dr. Markbreiters zur Verlesung. Derselbe lautet:

Digitized by Google

Herrn Johann Pabst, hier.

Wien, 27. Jänner 1870.

Es sind mir 1000 fl. ö. W., schreibe Eintausend Gulden österreichische Währung, mit der Widmung übermacht worden, daß dieselben zur theilweisen Deckung der für das Journal „Volkswille" zu erlegenden Caution per 1000 fl. zu verwenden sind.

Nachdem mir Herr Oberwinder mittheilt, daß Sie bereits zu dieser Caution die einstweilen noch fehlenden 1000 fl. vorgeschossen haben, so werde ich sofort nach erfolgter Zustimmung meines Herrn Mandanten obige Summe per 1000 fl. Ihnen ausfolgen.

Achtungsvoll

Dr. Markbreiter m. p.

Bei dem als Zeuge vernommenen Schriftsetzer Groß wurde ein Brief von Subaric, datirt aus Suben, mit Beschlag belegt, in welchem der Absender sich über die gedrückten Verhältnisse, unter welchen die Partei „in der schönen Steiermark" leidet, bitter beklagt. Er findet die Ursache hievon in den großen Hindernissen, welche sich dort einer wirksamen Agitation entgegenstellen, in dem Mangel an tüchtigen Rednern u. s. w. und nimmt daraus Anlaß zu der Bitte, es mögen von Wien aus zwei begabte Agitatoren dorthin geschickt werden. Am liebsten wäre zu ihm diesem Zwecke Groß selbst und Hartung. Erst wenn eine starke Agitation entstünde, könnten die „Vorwärtsmänner" hoffen, das rothe Banner zum dominirenden in der Steiermark zu machen. Subaric beschwert sich weiters, „daß den damals inhaftirten Leidesdorf so wenige Parteigenossen besucht haben." „Wie" — meint er — „wird es erst dann sein, wenn 20 entschlossene Männer werden daran gehen müssen, die Kerker verhafteter Parteigenossen zu brechen?"

Ein Bericht des Magistrats in Reichenberg an den Statthalter macht Mittheilung von der Verhaftung des Andreas Scheu wegen Veranstaltung einer Versammlung trotz verweigerter behördlicher Erlaubniß. Scheu wurde deshalb zu einem Monate Arrest verurtheilt.

Ferner wird der Bericht der Reichenberger Volksversammlung verlesen. Die dortige Ortspolizei äußerte sich, daß Scheu ausweislos gewesen, und daß einem Soldaten „zufällig" das Gewehr losging,

Digitized by Google

dessen Kugel den Kopf des Arbeiters Fischer durchdrang, so daß derselbe todt zur Erde fiel.

Votant Gernerth: Ist die Versammlung wirklich abgehalten worden?

Scheu: Nein.

Votan Gernerth: Nichtsdestoweniger fand sich Herr Scheu als Sprecher vor. —

Scheu: Es sollte an einem Montage eine Genossenschaftsversammlung der Weber stattfinden. Da ich schon in Reichenberg war, so bat mich der Arbeiter Krosch, bis zu diesem Tage dort zu bleiben. Das that ich und als die Genossenschaftsversammlung stattfand, sprach ich in derselben für unser Organ. Das wurde von der dortigen Polizei als Volksversammlung erklärt und ich wurde verurtheilt.

Ein Brief Derfler's aus Linz an Pfeiffer wird vorgelesen. Derselbe lautet:

Linz, 30. Jänner 1870.

Lieber Freund Fritz!

Ich kann Dir nur brieflich social-demokratischen Gruß bieten, und möchte viel lieber persönlich mit Dir verkehren. Wenn ich im Frühjahr hinab komme, wirst Du wohl auf freiem Fuß sein, dann wollen wir mitsammen herzlichst einige Abende zubringen.

Daß diese österreichische, aber schon sehr antike Justizpflege Eure Untersuchungshaft immer weiter hinausrückt, bedauere ich sehr.

Wir sind jetzt mitten im Fasching drinn.

Der Redaction des „Volkswille" habe ich die „Tagespost" vom 26. d. Nr. 19 zur Mittheilung an Dich — eingesandt, wegen den Artikeln „Zur Freiheit, wie in Oesterreich," wahrscheinlich von Dr. Dürnberger geschrieben.

Es wird darin der Proceß Rochefort's besprochen, der 6 Monate zugesprochen erhielt, diese aber wahrscheinlich nicht abzubüßen braucht, weil ein neues Preßgesetz (mit Amnestie) dem gesetzgebenden Körper von Frankreich bereits vorliegt.

In Oesterreich wäre Rochefort von dem Gesetze schon mit dem Galgen beschenkt ohne Zweifel, oder mindestens mit 20 Jahr Kerker, denn unser väterliches Straf-

Digitized by Google

gesetzbuch paßt zu den Freiheiten im Principe und am Papier, wie die Faust auf's Auge. Diese Artikel in der „Tagespost" sollten sich die maßgebenden Herren fein sauber hinters Ohr schreiben oder fleißig vor Augen halten.

In Frankreich, England, Schweiz, Spanien, Norddeutschland, sogar in Baiern, Sachsen, überhaupt in der ganzen civilisirten Welt ist die Social-Demokratie gestattet; das ist eben alles im „Ausland." In Frankreich gibt es schon kein Postdebitentziehen fremder Zeitungen und noch andere Dinge, zu denen wir mit Giskra „Niemals" kommen werden, — aber es gibt auch ein nach ihm.

Wenn man betrachtet, was das böse, böse Ausland den verschiedenen österreichischen Regierungsleuten schon für sorgenvolle Stunden bereitet hat, und weil Böses immer Böses muß gebären, noch zusammenrichten mag, möchte man wünschen, daß es kein Ausland gäbe, oder daß man das ganze Ausland confisciren könnte. — Im 66er Jahre haben's wohl g'sagt, in 8 Tagen sein mir in Berlin!!! — es jinge wohl ꝛc.

Windsheimer soll, wie ich gehört habe, die Parteisache durch Schwindel geschädigt haben, es wird wohl das Nähere darüber zu erfahren sein.

Heute erhielt ich das Blatt „Volkswille", bin sehr erfreut darüber, das ist ein schönes Format, das Blatt kann sich unter den Bourgeois-Blättern schon ganz stolz sehen lassen.

Du wirst jetzt wohl Deine national-öconomischen Aufsätze im Partei-Interesse geltend machen und das „Vaterland" nicht weiter damit unterstützen. Diese feudale Sippschaft!

Mit socialdemokratischem Gruße Dein Freund

Franz Derfler.

Wünsche Sie recht bald frei und froh zu wissen.

Pfeiffer erklärt, daß er für das „Vaterland" nur national-öconomische Artikel geschrieben habe.

An den Präsidenten des Strafgerichtes traf während der Untersuchung folgender Brief ein:

Herr Ritter v. Boschan!

In Folge der Arbeiter-Verhaftungen sagen wir Ihnen, daß weitere Verhaftungen nicht vorkommen dürfen. Dafür bürgt uns

Digitized by Google

das Leben des Kaisers. Wir werden in der dadurch entstehenden Erregung schon Leute finden, die es ausführen werden, oder führen es selbst aus. Wir sagen Ihnen dies, um weitere Gerichtsgewaltthaten, die Hochverrath gegen die Menschheit bilden, zu verhüten.

Im Namen des Blutbundes.

Motto: „Die Rache folgt der That auf dem Fuße".

Oberw.: Ich glaube, daß diesen Brief ein Gegner von uns geschrieben hat, um uns zu schaden. Uebrigens ist derselbe ein Unsinn. Von dem angeblichen Project auf den Kaiser könnte ja nur der Untersuchungsrichter und nicht der „Blutbund" gewußt haben. (Heiterkeit.)

(Der Brief ist anonym. Anonyme Briefe werden bei Gerichtsverhandlungen nicht beachtet, nichtsdestoweniger wurde der Brief den Acten beigelegt.)

Der Präsident setzt die Verlesung der Acten fort und bringt einen Statthaltereierlaß zur Kenntniß, welcher die Bildung des socialdemokratischen Vereines in Wiener Neustadt untersagt, eine Rede, die Scheu in Graz gehalten, ein Schreiben des politischen Bezirks-Arbeitervereines in Asch, welches von einer Sammlung „für die in feuchten Kerkermauern schmachtenden Arbeiter" Mittheilung macht.

Ein Brief Hartung's an Oberwinder, datirt aus Zürich, 2. März d. J. theilt mit, daß Ladendorf beantragt habe, 1000 Francs nach Wien zu senden. Er ersucht schließlich Oberwinder, er möge seine Briefe an ihn nicht mehr unter der früheren Adresse schicken, da Jemand aus Wien in Zürich sei, den er für einen „Spitzel" halte (Heiterkeit), da dieser Mann ihn seit einigen Tagen auf Schritt und Tritt verfolge. Oberwinder möge daher in Zukunft seine Briefe an ihn an die Adresse des Uhrmachers Selo's richten. Dieser Brief ist in sehr freundschaftlichen Ausdrücken abgefaßt.

Zur Verlesung kommen ferner ein Gedicht von Ebert, welches die Arbeiter in ihren Bestrebungen ermuthigt. Der begleitende Brief, aus Dresden datirt, ist an den „Bürger Redacteur" des „Volkswille" gerichtet; ferner eine Correspondenz von Sorge aus New-York.

Die Verhandlung wird auf morgen 9 Uhr Vormittags vertagt.

Digitized by Google

Achter Verhandlungstag.

Der Präsident eröffnet die Verhandlung um halb 10 Uhr mit der Mittheilung, es sei ihm ein Schreiben von Leidesdorf mit dem Poststempel Zürich zugekommen. Dasselbe wird im Laufe der Verhandlung zur Verlesung gelangen.

Ein heute Früh von Hartung eingelangtes Telegramm lautet:

„Neumünster — Wien. An den hohen Gerichtshof im Hochverrathsprocesse, Landesgericht, Wien. Nach Wiener Zeitungsberichten mißbrauchten die Zeugen Mühlwasser, Florencourt und Podany meine Abwesenheit dazu, gegen meine angeklagten Freunde und mich gravirende Aussagen zu machen; ich erkläre diese für grobe Unwahrheiten. — Hartung."

Es wird hierauf zur Vernehmung des Zeugen

Josef Raunegger

geschritten. Derselbe ist 27 Jahre alt, Commis.

Präs.: Sie haben sich zur Zeugenaussage erboten. Sind Sie Parteigenosse der Angeklagten?

Raunegger: Im Gegentheil.

Präs.: Wo lernten Sie Leidesdorf kennen?

Raunegger: Ich kam Abends in das Gasthaus „zu den zwei Schimmeln" auf der Wieden und sah dort einen kleinen schwarzen Mann mit einem Vollbart. Er stand bei seinen Freunden und klagte, was ihm geschehen sei. Ich glaube, er habe irgend einen Proceß verloren. Da hörte ich den Namen Leidesdorf, dessen Name mir in seiner Eigenschaft als Arbeiterführer bekannt war. Er setzte sich an meinen Tisch und ich fragte ihn, ob ich die Ehre habe, den Arbeiterführer Leidesdorf zu sprechen. Er sagte ja und fragte mich: Gehören Sie auch zur Partei. Ich sagte ja.

Präs.: Warum sagten Sie dies?

Raunegger: Um ihn sicher zu machen, aber ich wollte wissen, welche Tendenz die Leute eigentlich verfolgen. Er sagte mir auch später sein Programm; sie würden, wenn sie 10 Kanonen hätten, Wien nehmen; ich sagte, woher würden Sie die Munition nehmen

und Leute, die die Geschütze speisen? und er sagte mir, das wäre leicht, die Arbeiter von Neustadt werden die Pulverthürme von Solenau und Felixdorf nehmen und Munition bringen, es seien bereits 150 bis 200 Feuerwerker der kaiserlichen Armee gewonnen.

Präs.: Schien Ihnen diese Aeußerung lächerlich?

Raunegger: Ich sagte überall, daß Leidesdorf ein Phantast ist, zumal er mir noch sagte, daß er ein Gemäßigter unter den Socialdemokraten ist und zu kämpfen habe, damit die Anderen nicht zu sehr in's Zeug gehen.

Präs.: Schienen Ihnen diese Pläne glaubwürdig?

Raunegger: Ich hielt es blos für eine Idee, die nie zur Ausführung kommen wird.

Präs.: Warum?

Raunegger: Ich glaubte, daß sie es wegen der bewaffneten Macht nicht wagen werden.

Präs.: Was hat Sie in neuester Zeit veranlaßt, sich dem Gerichte zur Verfügung zu stellen?

Raunegger: Ich habe die Sache einem kaiserlichen Beamten mitgetheilt, und als der Proceß begann, kam dieser zu mir und sagte: Sehen Sie, wie Sie sich getäuscht haben; das, was Sie für Phantasien gehalten haben, ist Wirklichkeit geworden; wenn Sie die Sache nicht dem Gerichte anzeigen, so werden Sie als Mitwisser hineingezogen werden. In Folge dessen habe ich die Sache angezeigt.

Dr. Singer: Glauben Sie, daß die Arbeiter wirklich dazu zu bewegen wären, mit 10 Kanonen und 150 Artilleristen in Wien zu revoltiren?

Raunegger: Nein.

Dr. Mauthner: Was hat es auf Sie für einen Eindruck gemacht, daß ein wildfremder Mensch Ihnen die Mittheilung im Gasthause machte?

Raunegger: Ich habe mir dieselbe Frage vorgelegt und mich sehr gewundert.

Dr. Mauthner: Welches Urtheil fällt man über einen solchen Menschen?

Raunegger: Daß er ein Plauscher ist.

Digitized by Google

Es wird der Zeuge

J. J. Kraßnigg,

Journalist, Mitredacteur der „Tagespresse“ und des „Floh“ vernommen.

Präs.: Es ist Ihre Vorladung von der Vertheidigung beantragt und vom Gerichtshofe beschlossen worden. Sie sollen über die Persönlichkeit des Herrn Moses Leidesdorf, über seine Stellung zur Socialdemokratie, überhaupt über Alles, was Sie in dieser Richtung wissen, der Wahrheit gemäß angeben. Seit wann kennen Sie Herrn Leidesdorf?

Kraßnigg: Ich habe mit ihm in einem Hause gewohnt.

Präs.: In welchem Hause?

Kraßnigg: Hier im Hause (Heiterkeit). Ich hatte 14 Tage Arrest abzusitzen, zu denen ich wegen eines Feuilletons über Cardinal Rauscher und Consorten verurtheilt worden war.

Präs.: Sind Sie mit Leidesdorf bald näher bekannt worden?

Kraßnigg: Wie mit allen andern Zellengenossen. Ich genoß nämlich auch die Gesellschaft des Herrn Michalek, Redacteurs der „Sonntagszeitung“, und des Herrn Kienberger, Redacteurs des „Vaterland“. Wir haben alle miteinander ganz freundschaftlich verkehrt. Nur war Leidesdorf derjenige, der eine besondere Zuneigung zu mir gefaßt zu haben schien. In den Morgenstunden, die ich zu meinen geistigen Arbeiten wählte und wo ich gerne ungestört war, wurde mir seine geradezu aufdringliche Freundschaft lästig. Die übrigen Mitverhafteten sagten oft, daß sie nicht begreifen können, daß ich mich mit ihm so viel einlasse. Ich habe ihn jedoch stets angehört, weil ich ihn nicht kränken wollte und mir dachte, daß es ja ohnehin nicht lange, respective nur 14 Tage dauern werde.

Präs.: Was haben Sie über die Beziehungen des Leidesdorf zu Hartung und Oberwinder gehört?

Kraßnigg: Er sagte mir, er sei ein Arbeiterführer von Geburt; den Arbeiterführern mangle Energie, hauptsächlich sei Oberwinder gegen jedes energische Vorgehen; Oberwinder sei, wie Leidesdorf sich mit einem Citate von Schiller ausdrückte: „Von des Gedankens Bläße“ angekränkelt. In der Vereinsdruckerei, wo der „Floh“ gedruckt wird, wird mir eines Tages durch Herrn Groß, der dort als

Digitized by Google

Schriftsetzer beschäftigt ist, Herr Andreas Scheu vorgestellt. Ich erwähnte, daß ich im Landesgerichte den Arbeiterführer Leidesdorf kennen gelernt. Scheu klärte mich dahin auf, daß Leidesdorf nicht den geringsten Einfluß habe, im Gegentheil, daß er die Bestrebungen der Arbeiter bei jeder Gelegenheit compromittire; er sei das Enfant-terrible der Partei. Ich bildete mir über Leidesdorf mein Urtheil dahin, daß er der biedere Holl der Arbeiterbewegung sei. Ich halte ihn für einen eitlen, etwas verrückten Menschen; er wollte eine auffallende Rolle spielen und es waren seine abfälligen Aeußerungen über die Arbeiterführer, die ihn perhorrescirten, auf Rechnung gekränkter Eitelkeit zu setzen.

Präs.: Ich muß Ihnen jedoch bemerken, daß ein anderer Zeuge, an dessen Glaubwürdigkeit zu zweifeln wir keine Ursache haben, uns das Gegentheil mitgetheilt hat. Leidesdorf habe seinen Unmuth über das Vorgehen der Anderen geäußert; er müsse Hartung zurückhalten, damit sie nicht so scharf in's Zeug gehen.

Kraßnigg: Das hat er auch mir am ersten Tag gesagt; ich habe aber bald bemerkt, daß er zu jenen Leuten zählt, die immer vorwärts drängen, und weil sie es nicht können, sich den Schein der Besonnenheit geben; er wollte auch immer der gescheidteste und der wichtigste Mensch sein. Das war nichts als Koketterie.

Präs.: Hat er den Eindruck einer turbulenten Natur oder den eines Schwätzers gemacht?

Kraßnigg: Den Eindruck eines Schwätzers, Leidesdorf ist ein Mensch, der, wenn er hinter Kanonen gestanden wäre, hätte schießen lassen, aber dann geweint und gesagt hätte: Es thut mir leid, ich kann nicht anders. (Heiterkeit.)

Scheu: Ich constatire (sich verbessernd) — ich theile mit, daß uns Herr Leidesdorf beispielsweise auch in Tauber's Bierhalle compromittirt hat. Er sprach mit Florencourt und mag ihn wegen seiner persönlichen Vorzüge recht lieb gewonnen haben; er brachte ihm zu unserer Ueberraschung plötzlich ein Hoch aus. Ich erklärte ihm damals, daß ich ihn, ohne Rücksicht auf sein Alter, künftig als altes Weib behandeln werde.

Es wird der Zeuge

Alexander Scharf,

Eigenthümer der „Sonn- und Montagszeitung" vernommen.

Digitized by Google

Präs.: Es wurde Ihre Vernehmung begehrt, weil Sie im Stande sein sollen, maßgebende Aeußerungen dritter Personen über Herrn Mühlwasser und Herrn Leidesdorf zu deponiren. Was ist Ihnen über Herrn Mühlwasser bekannt?

Scharf: Ich muß zunächst constatiren, daß ich nicht der socialdemokratischen Partei angehöre, sondern dieselbe vielmehr in politischer Hinsicht bekämpfe, namentlich rücksichtlich ihrer centralistischen Tendenzen, weil ich ein ausgesprochener Föderalist bin, wie aus der Haltung meines Blattes zu ersehen sein dürfte. Meine Theilnahme für das Geschick der Angeklagten ist daher rein humanitärer Natur. Aus diesem Beweggrunde habe ich mich nicht nur zu materiellen Unterstützungen herbeigelassen, um das Schicksal der Verhafteten und ihrer Familien zu erleichtern, sondern ich habe mich auch wiederholt bei Sr. Excellenz dem Reichskanzler Grafen Beust, wie nicht minder bei Dr. Giskra, dem Minister des Innern, für die Freilassung der Verhafteten gegen Caution verwendet. Se. Excellenz Graf Beust erwiderte mir, daß er trotz aller persönlichen Theilnahme, namentlich für die unglücklichen Familien, trotz seiner Anschauung, daß die Arbeiterbewegung keine staatsgefährliche sei, Beweis dessen, daß er seinerzeit in Sachsen der Arbeiterbewegung den freiesten Lauf gelassen habe, sich dennoch nicht in diese Sache einmischen könne und zwar deshalb, weil man ihm oft genug und zwar unbegründeter Weise den Vorwurf mache, daß er sich in Dinge mische, die nicht in sein Ressort gehören.

Im Interesse der Arbeiter, nämlich um entweder ihre Stellung auf freien Fuß gegen Caution, oder eine Abkürzung der Untersuchung zu erreichen, verfügte ich mich, als meine Bemühungen beim Grafen Beust gescheitert waren, zum Minister des Innern Dr. Giskra.

Auch hier muß ich bemerken, daß ich ein politischer Gegner des Herrn Dr. Giskra bin, aber nichtsdestoweniger läßt sich seinem Privatcharacter eine gute Tugend nicht absprechen: er besitzt ein gutes Herz, das auch für fremde Leiden empfänglich ist; darauf setzte ich meine Hoffnung.

Minister Giskra entgegnete mir, er könne sich in diese Sache nicht mengen, weil er immer die Anschauung vertreten, daß die Justiz von der Administration unabhängig sein solle. Er sprach über die Arbeiterfrage und sagte: Mir scheint, daß Sie sich durch Ihr gutes Herz haben verleiten lassen, sich für Leute anzunehmen, die es nicht

Digitized by Google

verdienen. Ich stutzte. Sie haben gewiß — fuhr er fort — Herrn Mühlwasser gekannt. — Nein, sagte ich. — Er hat die Arbeiter in Brünn aufgewiegelt. Wenn Sie es wünschen, werde ich Ihnen aus der Registratur sofort einen Act hereinbringen lassen, aus welchem Sie entnehmen können, daß sich Mühlwasser der Brünner Polizei als Spion anbieten ließ; derselbe ist aber ein solcher Lump, daß nicht einmal die Polizei von ihm etwas wissen will. (Sensation. Mühlwasser fährt von seinem Sitze auf, setzt sich aber wieder nieder und schweigt.)

Es scheint aber doch, daß die Polizei von etwas hat wissen wollen, denn Mühlwasser ist regelmäßig im Auftrage der Polizei nach Wien gereist und hat ihr Bericht erstattet. Ich weiß nicht, ob man ihm die Reisekosten bezahlte, aber wahrscheinlich ist es.

Präs.: Ist Ihnen etwas über die Persönlichkeit des Leidesdorf bekannt?

Scharf: Ein einzigesmal habe ich mit ihm gesprochen; es war kurz nach dem bekannten Setzerstrike, als Leidesdorf eines Morgens in meine Wohnung kam und ungefähr Folgendes zu mir sprach: Herr Scharf, ich höre allgemein, daß Sie ein warmes Herz für die Sache der Arbeiter hätten. Ich will mit Ihnen ganz offen sprechen. Ich bin zwar auch bei der Arbeiterbewegung betheiligt, doch ich werde stets beiseite geschoben, Herr Oberwinder und Hartung scheinen mir neidisch zu sein, weil ich ihnen an Intelligenz überlegen und vielleicht auch, weil ich ein Jude bin. Nun muß ich Ihnen sagen, daß mit diesen Leuten gar nichts anzufangen ist. Keiner ist ein Mann der That, alle sind sie Phrasendrescher und Maulhelden; sie sind nicht der geringsten Action fähig. Aber ich wäre einer Action fähig. Diese wäre? — fragte ich. — Um Ihnen zu beweisen, daß ich nicht nur der Mann der Tribüne, sondern ein Mann der That bin, theile ich Ihnen mit, daß ich die Absicht habe, ein Revolutions-Comité zu bilden. Ich bin dabei. Wenn Herr Scharf im Comité sein wollten, so wäre das sehr schön.

Ich sah mir den Mann fest an und fragte ihn: Herr, halten Sie mich für verrückt? Wie können Sie einem Vater von vier Kindern eine solche Zumuthung machen? Ich gab ihm zu verstehen, daß ich ihm nicht ein Wort von seiner Renommisterei glaube. Ich erinnere

Digitized by Google

mich unwillkürlich an das, was Börne sagt: „Ein feiger Jude ist ein Hase mit acht Füßen“ Hätte Herr Börne Moses Leidesdorf gekannt, hätte er gewiß gesagt: mit 16 Füßen. (Heiterkeit.) Daß ich mich nicht getäuscht, sah ich später in seinem Processe, wo ihm seine Ueberzeugung wie ein sechszehnfüßiger Hase davongelaufen.

Als Herr Moses Leidesdorf sah, daß ich auf seinen Plan nicht eingehe, kam er plötzlich mit der Bitte, ihm 80 fl. für den Druck einer Broschüre für Volksaufklärung zu leihen. Ich bin vom Hause aus weichen Gemüths. Der Hunger sah ihm aus den Augen heraus und ich war schon entschlossen, ihm das Geld zu geben, als in mir plötzlich der Gedanke aufstieg, ob er nicht ein Agent provocateur wäre. Ich sagte deshalb: Herr, ich habe kein Geld in meiner Wohnung, gehen Sie Nachmittags in die Administration und holen Sie sich das Geld dort an der Casse. Ich wollte eben nur Zeit gewinnen, um Erkundigungen einzuziehen. In demselben Momente, als Leidesdorf das Zimmer verlassen hatte, traten Oberwinder und Scheu bei mir ein. Sie mußten Leidesdorf auf der Schwelle begegnet sein. Ihr erstes Wort war: Was hat Leidesdorf von Ihnen haben wollen? Ich sagte: Nachdem er versucht hat, mich als Mitglied zu einem Revolutions-Comité zu ernennen, hat er sich 80 fl. pumpen wollen. Die Herren Oberwinder und Scheu erklärten: Herr Scharf, Sie haben ein reges Interesse für unsere Sache, deshalb warnen wir Sie. Leidesdorf ist das Enfant terrible der Partei, er compromittirt uns überall. Was die Broschüre betrifft, so ist das reiner Schwindel. Er hat keine Broschüre geschrieben, wohl aber bei anderen Banquiers und Industriellen ähnliche Versuche gemacht.

Leidesdorf kam Nachmittags wirklich in die Administration, um das Geld zu erheben, mein Schwager hatte aber schon den Auftrag, ihm die Thüre zu weisen.

Dr. Mauthner: Was ist Ihr Urtheil über Leidesdorf?

Scharf: Er hat auf mich den Eindruck eines Menschen gemacht, der zeitlebens den Irrenärzten vorsichtig aus dem Wege gegangen ist, sonst säße er schon längst in einer Irrenanstalt. (Heiterkeit.)

Dr. Mauthner: Wie sind Sie mit Oberwinder bekannt geworden?

Scharf: Ich las am Tage nach der Verhaftung der Arbeiter den Bericht von der Verhaftung, und da mir das Elend der Familien, welche kurz vor Weihnachten ihres Ernährers beraubt wurden, sehr

Digitized by Google

zu Herzen ging, sagte ich zu meiner Frau, es muß für die Leute etwas geschehen. Ich ließ mir die Adresse Oberwinder's ausforschen, und da ich Oberwinder nicht zu Hause traf, ersuchte ich ihn, Nachmittags zu mir zu kommen. Er kam zu mir, ich sagte ihm: ich kenne Sie, ich kenne die Partei nicht, aber ich bin ein Mensch und ich finde nach den Schilderungen, daß die Verhaftungen für die betreffenden Familien ein großes Unglück sind. Kann ich etwas für die Weihnachtsfeiertage thun?

Oberwinder schilderte mir die persönlichen Verhältnisse der Familien der Inhaftirten als sehr dürftig; ich gab ihm sofort 200 fl. zur Vertheilung und speciell 50 fl. für die hochschwangere Frau Gehrke.

Bei diesem Anlaß kamen wir auf die Arbeiterfrage zu sprechen und Oberwinder sagte mir, es fehlen ihnen noch 1000 fl. für die zu erlegende Caution für den „Volkswille", da 1000 fl. von Zürich, 2000 fl. von Herrn Deutsch erlegt seien. Ich sagte, wenn Herr Deutsch, den ich als ruhigen, besonnenen Menschen kenne, 2000 fl. erlegt hat, so bin ich bereit, die fehlenden 1000 fl. zu erlegen.

Der Besuch von Seite Scheu's und Oberwinder's, von dem ich früher sprach, erfolgte eben in der Angelegenheit des Cautionserlages. Herr Scheu, den ich noch nicht kannte, wurde mir damals als der Redacteur des „Volkswille" von Oberwinder vorgestellt. Später sah ich Oberwinder noch ein- oder zweimal bei mir.

Der nächste Zeuge ist Herr

Z. K. Lecher,

Mitredacteur der „Presse"; er gibt an, er sei zweimal wegen Preßvergehen verurtheilt worden.

Präs.: Sie sind gestern von der Vertheidigung als Entlastungszeuge gefordert worden.

Lecher: Ich habe gestern aus den Abendblättern entnommen, daß ich mich erboten hätte, als Zeuge hier aufzutreten; ich muß erklären, daß ich Niemanden beauftragt habe, ein solches Erbieten zu machen. Uebrigens stehe ich jetzt hier und bin bereit, die verlangten Auskünfte zu geben.

Präs.: Ist Ihnen etwas über die Persönlichkeit Oberwinder's bekannt?

Digitized by Google

Lecher: Ich kenne Oberwinder beinahe seit seiner Ankunft in Wien.

Präs.: Haben Sie nicht öfter mit Oberwinder über die Arbeiter-Bestrebungen und die Mittel zur Realisirung derselben gesprochen?

Lecher: Natürlich. Ich mache hier die Bemerkung, daß ich nicht der socialistischen Partei angehöre; im Gegentheil, es ist bekannt, daß ich auf dem Standpunkt von Schulze-Delitzsch stehe und daß ich die Realisirung der socialistischen Ideale als einen Rückfall in die Barbarei betrachten würde.

Ich habe Oberwinder immer als äußerst ruhigen Mann kennen gelernt, und gerade concreten Fragen gegenüber, wenn es sich nicht um allgemeines Phrasengespräch handelte, war er so besonnen, so ruhig und gemäßigt, wie viele Leute der Gegenpartei es nicht waren. Ich erinnere mich hier namentlich an ein Gespräch, das letzte, das ich mit Oberwinder hatte, über den Setzerstrike, am Sonntag, bevor der Strike begann.

An diesem Tage kam er zu mir, um sich über den Stand der Strikefrage zu erkundigen; er war dabei nicht als Arbeiterführer interessirt, sondern als Redacteur der „Volksstimme", deren Erscheinen auch bedroht war. Wir sprachen über die Frage und ich setzte ihm die Lohnverhältnisse auseinander und ich habe zu meinem nicht geringen Erstaunen gefunden, daß er eigentlich gemäßigter über die Sache dachte als ich.

Bei dieser Gelegenheit haben wir auch nebenbei über die Putsche in Paris gesprochen, und es wurden einige schlechte Witze gemacht über die Politik eines hiesigen großen Journals, das jeden zweiten Tag eine zweite Juni- oder Juli-Revolution in Paris vorausgesagt und immer erklärt hat: Uebermorgen wird Louis Napoleon weggejagt, dabei habe ich die Bemerkung gemacht, daß heutzutage keine Revolutionen auf dem Straßenpflaster mehr gemacht werden, und Oberwinder fand diese Bemerkung als etwas ganz Selbstverständliches.

Jeder, welcher sich professionsmäßig mit diesem Theile der Politik beschäftigt, sei es nun ein Journalist, der die Tagesgeschichte genau beurtheilen muß, oder Derjenige, der als Arbeiter-Agitator mit großen Massen Effect erzielt, muß diese Ueberzeugung haben, und ich glaube, daß jeder Generalstabs-Officier, der hier stände, sagen würde, daß

Digitized by Google

seit der Einführung der Hinderlader es absolut keine Straßen-Revolution mehr gibt, und daß ein solcher Gedanke allenfalls in der Phantasie von Leuten auftauchen kann, die ungebildet genug sind, um die Wirkung der modernen Waffen nicht zu würdigen, nicht aber in einem gebildeten Kopfe wie Oberwinder.

Präs.: Was ist Ihnen über die materiellen Verhältnisse Oberwinder's bekannt?

Lecher: Es ist mir bekannt, daß Herr Oberwinder — und er möge es mir entschuldigen — in sehr bescheidenen Verhältnissen gelebt hat.

Ich weiß, daß er sehr häufig zu Mittag im Kinderpark gespeist hat, und daß wochenlang sein Diner und Souper saure Milch war. Mir war er gerade deßhalb so respectabel und das war der Hauptgrund, warum ich mit ihm freundschaftliche Beziehungen gepflogen habe. Es sind nach der Catastrophe von Königgrätz ein ganzer Schwarm deutscher Demokraten nach Oesterreich hereingekommen; die Herren haben alle hier österreichische, großdeutsche, Beust'sche Politik gemacht, nach kurzer Zeit aber hat es sich herausgestellt, daß jeder dieser Herren seine Privatzwecke verfolgt. Zwei von ihnen wollten Universitäts-Professoren werden, andere suchten Subventionen aus dem Preßfonds oder Dispositionsfonds u. s. w.; wieder andere haben fette Stellen in den gut dotirten Wiener Redactionen gesucht; der einzige von ihnen, der seinem Ideal ganz nachgegangen ist, der einzige, der keinen persönlichen Vortheil gesucht und der mit bescheidener Arbeit nothdürftig sein Leben gefristet hat, war Oberwinder.

Wenn Oberwinder in irgend eine Redaction eingetreten wäre, so hätte er allerdings seine Studien nicht mehr fortsetzen und seine Ideale in dem Maße verfolgen können, er hätte sich aber seine materiellen Interessen glänzend verbessert. Mich hat die Sache deshalb interessirt, weil man damals bei uns, wie in jedem politisch halbzerrütteten Staate, insbesondere Italien, mit dem Ausdruck Traditore sehr freigebig war und so ist Oberwinder bald als Bismarck'scher, bald als Beust'scher Agent bezeichnet worden. Meine Herren! Jemand, der ein politischer Agent ist, läßt sich dafür bezahlen; für die schönen Augen Bismarck's und für die schönen Locken des Grafen Beust spielt man nicht den politischen Agenten.

Präs.: Ist Ihnen über Leidesdorf etwas bekannt?

Digitized by Google

Lecher: Ich kenne ihn aus der Zeit vor der Arbeiterbewegung als das entfant terrible der Redactionen.

Präs.: In welcher Richtung?

Lecher: Er ist ein schrecklich aufdringlicher Mensch, der bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit mit Projecten hervorgetreten ist, den Leuten zugemuthet hat, sie sollen seine endlosen Bandwürmer von Manuscripten lesen und sogar abdrucken, und wenn man dies nicht gethan hat, zu disputiren angefangen hat. Dabei war er unendlich unempfindlich, der moralische Hinauswurf genügte nicht, und wenn man ihn einmal abgefertigt hatte, war er in acht Tagen wieder da. Ich war bei Gelegenheit seines Processes wegen Religionsstörung ganz erstaunt darüber, daß sein Vertheidiger nicht auf Unzurechnungsfähigkeit plaidirt hat. Nach dem zweiten Gespräch habe ich geglaubt, er sei ein ultramontaner Convertit, bei dem dritten habe ich entdeckt, daß er das Gegentheil ist. Seit die sociale Bewegung begonnen hat, habe ich ihn nicht mehr gesehen.

Vielleicht ist auch das Folgende nicht ohne Interesse, und ich gestehe dabei, ich möchte Herrn Oberwinder, den ich persönlich achte, soweit dies mit der ehrlichen Wahrheit übereinstimmt, nützen. Man hat immer gesagt, Oberwinder sei der geistige Faiseur, Hartung sei nichts gewesen als eine Puppe. Ich habe darüber kein Urtheil, weil ich den Verkehr Hartung's und Oberwinder's niemals zu beobachten Gelegenheit hatte. Aber was ich in den Berichten gelesen habe, machte auf mich größtentheils den Eindruck der Phrase. Meine Herren, das Argument, daß Jemand nicht orthographisch schreiben kann, ist kein Beweis, daß er nicht ein großer Agitator ist. Ich glaube, es hat manche Napoleon'sche Marschälle gegeben, die keinen orthographischen Rapport machen konnten und doch ein Armeecorps commandirten.

Präs.: Unter der Oberleitung eines Genies!

Lecher: Ganz selbstständig, ich nenne nur Junot, Massena, Murat. — Ich habe Hartung in einer Zeit sprechen gehört, wo Oberwinder krank in Basel gelegen ist. Es war dies auf der Versammlung im Universum, die von den Setzern behufs Agitation gegen die Sonntagsarbeit veranstaltet worden ist. Ich gestehe, ich habe viele Redner gehört, selten aber hat mir Jemand den Eindruck eines solchen Schlaumaiers, eines so gewandten und pfiffigen Kauzes als dieser Hartung gemacht. Er hat sich mit Schlangenklugheit zwischen den

Digitized by Google

zwei Klippen durchgewunden, einmal nicht anzukämpfen gegen die kleineren Blätter, welche die Montagsblätter beibehalten wollten, und dann den Arbeitern nicht vor den Kopf zu stoßen, welche die Sonntagsarbeit aufgeben wollten, und dies that er mit solcher Schlauheit, welche einem Diplomaten ersten Ranges Ehre gemacht hätte. Er sprach dabei fabelhaft gut, besser als die meisten Herren, die im Reichsrath saßen. (Heiterkeit.)

Votant Gernerth: Sie haben früher das Ideal Oberwinder's erwähnt; sind Sie in der Lage, dieses Ideal zu concretisiren?

Lecher: Das Ideal Oberwinder's war die Regelung der socialen Frage im allmäligen Kampfe und im allmäligen Emporarbeiten der Arbeiter gegenüber dem Capitale. Er ist Lassalleaner viel mehr, als irgend ein anderer der Arbeiter-Agitatoren; er war ein persönlicher Freund Lassalle's; im Alter von 19 Jahren lernte er Lassalle kennen und Lassalle war, was seine ärgsten Gegner zugeben müssen, eine so bedeutende geistige Persönlichkeit, daß er den jungen Mann ganz für sich eingenommen hat. Aber gerade deshalb, weil Oberwinder durch und durch Lassalleaner ist, ist er auch durch und durch gemäßigt, denn Lassalle unterscheidet sich wesentlich von den französischen und englischen Socialisten.

Dr. Singer: Ist Ihnen vielleicht bekannt, daß Oberwinder sich in einem Gespräche über das Vorhaben der Arbeiter, durch einen Gewaltact ihr Ziel zu erlangen, irgendwie geäußert hat?

Lecher: Nie.

Dr. Singer: Sind Herr Zeuge der Ansicht, daß Oberwinder der Mann wäre, der die Arbeiter zu einem Gewaltacte gegen die Regierung haranguiren würde?

Lecher: Ich halte Oberwinder für viel zu ehrlich, als daß er das Leben seiner Parteigenossen unnütz auf's Spiel setzen sollte und für viel zu gescheidt, als daß er nicht wissen sollte, daß das ein Blödsinn ist.

Dr. Singer: Ist Ihnen das Schützenfest erinnerlich?

Lecher: Ich war Mitglied des Preßcomités und habe als solches den ganzen Zug mitgemacht.

Dr. Singer: Ist von einer Kreuzung am Burgthor gesprochen worden?

Lecher: Es ist anfangs von allen möglichen Kreuzungen gesprochen worden.

Digitized by Google

Dr. Singer: Finden Sie es erklärlich, daß Oberwinder mit Bezug auf das Schützenfest sich ein Notat machte: „Kreuzung vor dem Burgthor."

Lecher: Das ist ganz gut möglich. Uebrigens hat eine Kreuzung 150 Schritt weit entfernt beim Volksgarten stattgefunden.

Der Gerichtshof zieht sich hierauf zur Berathung über die Frage der Beeidigung zurück und beschließt, sämmtliche vier Zeugen zu beeidigen.

(Die Beeidigung erfolgt.)

Nach der Beeidignng der Zeugen verliest der Präsident einen aus Zürich eingelangten Brief des steckbrieflich verfolgten Leidesdorf. In demselben heißt es:

„Die Achtung gegen mich selbst gebietet mir, die an und für sich lächerliche Behauptung des Raunegger als eine vorsätzliche Lüge zu bezeichnen. Ich führe den Zeugen Rath, Gastwirth „zu den zwei Schimmeln", zur Bekräftigung meiner Aussagen an.

Wahr ist es, daß ich in dem besagten Gasthause von meinem Processe sprach und mich darüber ausließ, was für ein Vereins- und Versammlungsrecht wir besitzen. Da trat ein Herr (Raunegger) auf mich zu, mit dem Glase in der Hand und sagte: „Zum Zeichen meiner Hochachtung!"

Mir behagte die Persönlichkeit des Mannes nicht, und ich ließ mich deßhalb nicht näher mit ihm ein. Er setzte sich aber zu mir, während ich Karten spielte. Das weitere Gespräch, welches ich mit Herrn Raunegger geführt haben soll, ist erfunden, eine vorsätzliche und freche Lüge. Eine gemeine Lüge ist auch, daß Raunegger für mich die Zeche bezahlt haben soll. Ich weise diese Lügen zurück und würde selbst kommen, um die verleumderischen Zeugen zu strafen, wenn mir der hohe Gerichtshof sicheres Geleit gewähren würde.

M. Leidesdorf.

(Sensation, Heiterkeit.)

Der Zeuge Raunegger wiederholt, daß er die Wahrheit gesagt, nur in Betreff der Zahlung der Zeche schränkt er seine Angabe dahin ein, daß er nicht die Zeche im Gasthause, sondern nur den Caffee im Caffeehause gezahlt habe.

Digitized by Google

Verlesen werden ferner:

Das Hausdurchsuchungs-Resultat bei Perrin, das stenographische Protokoll der Volksversammlung vom 1. Jänner 1870 im Universum; die Reden Scheu's und Most's.

Die Vorlesung einer Reihe von Briefen Bebel's und Brake's an Raspe, die für den Proceß an sich von geringerer Bedeutung sind, gibt dem Dr. Mauthner Anlaß zu der Bemerkung, die Staatsanwaltschaft habe die Vorlesung wohl nur deshalb gewünscht, um constatiren zu lassen, daß Raspe gleichsam in der Eigenschaft eines Agitators nach Ungarn geschickt worden sei. Dr. Mauthner fordert daher den Angeklagten Most auf, zu erklären, warum Raspe nach Ungarn geschickt worden sei.

Most: Raspe war zuerst Mitglied des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereines und später der social-demokratischen Partei. Er kam nach Wien, weil ihm in Essen eine neunmonatliche und in Berlin eine zweimonatliche Kerkerstrafe dictirt worden war. Hier angelangt, ging er mit mir zur Volksversammlung in Floridsdorf, wo er eine Rede hielt, wegen welcher er beanständet wurde. Er sagte mir deßhalb, er hätte keine Lust, sich deßwegen einsperren zu lassen, und halte die Verfolgung wegen dieser Rede nur für ein Manöver, um ihn an Preußen auszuliefern; er sei gesonnen, in die Schweiz zu gehen. Er scheint sich aber die Sache anders überlegt zu haben, und fuhr nach Pest. Von dort aus wurde er nach Korneuburg ausgeliefert und verurtheilt. Die ganze verlesene Correspondenz ist übrigens rein persönlicher Natur.

Es wird hierauf der aus Zürich datirte Aufruf Hartungs nach seiner Flucht aus Oesterreich aus der „Vorstadt-Zeitung" vorgelesen, worin derselbe die Beweggründe zu seiner Flucht angibt. Es ist das jenes Schriftstück, von dem der Redacteur der „Vorstadt-Zeitung" behauptet, er habe einige ihm bedenklich erschienenen Stellen weggelassen.

Weiters gelangt zur Vorlesung eine Note der Strafhausverwaltung in Suben, nach welcher weder Pfeiffer noch Florencourt von der Flucht des Subatic etwas gewußt haben, und eine Note der Polizeidirection in Wien über den Schriftsteller Friedrich Wigand, welcher hiernach Mitarbeiter des „Frankfurter Journals", des „Schwäbischen Mercur", der „Deutschen Allgemeinen

Digitized by Google

Zeitung" und Correspondent der „Vorstadt-Zeitung" und des „Tagblatt" sein soll.

Auf Verlangen der Vertheidigung unterbricht der Präsident die Sitzung auf eine halbe Stunde.

Bei Wiederbeginn derselben fragt Zeuge Mühlwasser an, ob ihm noch Gelegenheit geboten sein werde, Einiges vorzubringen.

Präs.: Es wird sich vielleicht aus der Aussage des Otto von Bauer, die jetzt zur Verlesung kommt, dieser Anlaß für Sie ergeben.

Aus der Aussage des Otto v. Bauer, die ihrem wesentlichen Inhalte nach bereits bekannt ist, recapituliren wir Folgendes: Herr v. Bauer gibt an, er habe Mühlwasser im December 1869 kennen gelernt.

Die Brünner Fabrikanten wollten damals eine Arbeiter-Krankencasse gründen und sich mit Mühlwasser zu dem Zwecke ins Einvernehmen setzen, damit dieser die Arbeiter für dieses Unternehmen günstig stimme. Mühlwasser versprach, seinen Einfluß aufzubieten, wenn ihm eine Subvention von 200 fl. jährlich für sein Blatt: „Volkstribun" garantirt würde, und Herr v. Bauer gab ihm sogleich 50 fl. Derselbe erklärte alle weiteren Angaben, die Mühlwasser mit Bezug auf ihn in der Voruntersuchung gemacht habe, für total erlogen, und erbietet sich, diese seine Angaben eidlich zu erhärten.

Mühlwasser: Der ganze Verkehr zwischen mir und Herrn v. Bauer war nicht das Resultat meiner Bemühungen, sondern wurde durch eine Zuschrift des Brünner Handelskammer-Präsidenten v. Hering an den Arbeiterverein in Brünn vermittelt. Der Verein wählte vier Mitglieder und beauftragte sie, die Verhandlungen mit der Handelskammer unter beschränkter Vollmacht zu führen und sich an einem bestimmten Tage in der Sitzung der Handelskammer einzufinden. Ich selbst war es, welcher gegen diesen Beschluß protestirte, da eine endgiltige Austragung nicht zu denken sei. Nichtsdestoweniger begaben wir uns in die Sitzung der Handelskammer, in welcher beschlossen wurde, von beiden Seiten je einen Vertrauensmann zu wählen, welche die Verhandlung fortführen sollten. Auf diese Art kam ich mit Bauer ohne mein Zuthun in Berührung. Was seine Angaben in Betreff der mir gegebenen Beträge betrifft, so hat das seine Richtigkeit. Allein daß es mit diesen Geldern nicht auf eine Bestechung abgesehen war,

Digitized by Google

geht wohl daraus hervor, daß Herr Bauer, als ich ihm die finanziellen Calamitäten des Vereines (?) schilderte, sich freiwillig anbot, auszuhelfen, indem er dabei ausdrücklich betonte, er mache auf die Rückzahlung dieser Beträge keinen Anspruch, wenn die Unterhandlungen zu einem definitiven Abschluß geführt werden.

Der Präsident verliest hierauf einen Brief Most's vor, den dieser als Untersuchungsgefangener mittelst Geheimschrift geschrieben hat. Derselbe wurde bei der Arrestvisitation des Ludwig Eichinger gefunden und dechiffrirt. Er lautet:

Lieber Freund!

Heute haben wir wieder einen unliebsamen Zuwachs bekommen, ein recht uncultivirtes Individuum — macht auch nichts, ich muß jetzt Alles ertragen, da man die Centralpost nirgends verlegen kann. Ich werde vorläufig diese Unverschämtheiten alle auf die große Rechnung setzen, damit ich beim Retourzahlen nichts vergesse. Der Quappl wird dann auch nicht zu kurz kommen.

Kennst Du Strecker? Derselbe befindet sich auf der fünften Nummer und hat 14 Tage — heute ging Oberwinder zum Arzt und kam bei mir gerade vorbei, als ausgespeist wurde, so daß wir einige Worte mit einander wechseln konnten.

Pfeiffer konnte ich vom Fenster aus sehen, als er in's Bad ging. Ich will hoffen, daß ich jetzt bald gerufen werde und dann werde ich mir erlauben, einige sehr sanfte Worte zu reden, daß sich der Kerl über meine Sanftmuth wundern soll.

Wenn Du nur den „Volkswille" öfter bekommen würdest. Zeitungen kann ich viele von der nächsten Woche an erhalten. Am Montag werde ich also, wie gesagt, Depeschen in die Freiheit schmuggeln. Wenn Du auch etwas beilegen willst, so mußt Du eben im Laufe dieser Woche etwas felbern, wie man hier zu sagen pflegt. Was sagst Du zu den Neuigkeiten, die Du aus den verschiedenen Zeitungsausschnitten (2c. 2c.), die ich Häcker und er Dir sendeten?

Heute wirst Du wohl auch schon den „Nußknacker" erhalten haben. Für die dritte Nummer ist schon wieder Stoff da. Diesmal wird auch ein Gedicht, das ich heute machte, erscheinen.

Was weißt Du über die Affaire Eichinger? Suche der Sache auf den Grund zu kommen. Was gibt's sonst Neues? Ich bin

Digitized by Google

immer frisch und gesund, nur ausgehen darf ich nicht. (Heiterkeit.) Sonst hat sich nichts besonderes auf meiner Colonie zugetragen von P. u. P. — Grüße Ei u. S — S. ꝛc.

Mit socialdemokratischem Gruß Dein

J. Most.

Die Adresse lautet:

Herrn Berka, Privatier, Loco. Franco.

Präs.: Wer ist der Kerl?

Votant Gernerth: Na, der Untersuchungsrichter.

Most: Ich werde mich später über den Brief äußern.

Präs.: An wen war denn der Brief gerichtet?

Most: An Berka. Ich erfuhr nämlich, daß er im ersten Stock, vor der Zelle, wo ich wohnte, untergebracht war. Ich war, als ich den Brief schrieb, sehr gereizt. Ich hatte nämlich eine niederträchtige Umgebung, meist verkommenes und gemeines Gesindel. Ich habe mich hierüber oft beschwert. Es hat aber nichts genützt. Abends war ich immer auf kurze Zeit allein; da verfaßte ich denn die Geheimschrift; es war eine traurige, aber immer noch die angenehmste Unterhaltung für mich. Ich unterhielt auch mit derselben meine armen Leidensgenossen, die mit mir in demselben Tracte des Hauses wohnten und die so wie ich — sehr viel Zeit hatten.

Präs.: Wie rechtfertigen Sie die Ausfälle gegen den Untersuchungsrichter? Sie werden mir doch zugestehen, daß ein gebildeter Mensch von einem anderen gebildeten Menschen nicht in solchen Ausdrücken sprechen kann.

Most: Was den Untersuchungsrichter betrifft, so habe ich nicht den geringsten Grund gehabt, gegen denselben freundlich gestimmt zu sein. Er wendete gerade mir gegenüber ein solches Mürbemachungssystem an, welches mich zur Verzweiflung treiben konnte. So ließ er mich 10 Wochen sitzen, ohne mich zu rufen, geschweige denn, daß ich ein Verhör gehabt hätte. (Sensation.) Dieses Vorgehen mußte mich doch empören. Kam Jemand zu mir, so sagte er einfach: Man könne mit mir nicht sprechen. Mein Hausherr kam auch zu mir. Er hatte von mir etwas zu fordern. Wäre mein Hausherr nicht so ein ehrlicher Mann, so hätte er mir schon längst meine Kleider verkauft.

Präs.: Der Untersuchungsrichter ist nicht verpflichtet, Sie rufen zu lassen, und die Verfügung hierüber steht ihm frei.

Digitized by Google

Most: Wenn aber kein Schaden zu befürchten ist, so gebietet ihm die Strafproceßordnung nicht so vorzugehen.

Ueber die schriftstellerische Thätigkeit des Most während der Untersuchungshaft geben folgende Schriftstücke, die zur Verlesung gelangen, Aufschluß.

Amtserinnerung.

Bei der Visitation des Arrestes Nr. 25 wurden in Bezug auf die Untersuchung des Most in dessen Besitz vorgefunden:

1. Ein Aufsatz auf einem halben Bogen in Zeichenschrift mit Nummer 3 bezeichnet, wahrscheinlich für ein Journal vorbereitet.
2. Ein Blatt Papier mit Bleistift beschrieben.
3. Fragmente eines ähnlichen Blattes.
4. Ein Stück Papier mit Noten und einigen Worten.
5. Ein Stück Papier, in welchem die Noten mit Buchstaben bezeichnet sind, daher wahrscheinlich den Schlüssel abgeben sollen.
6. Zwei Adressen des Carl Huber und eine dritte lautend auf Erdberg, Dietrichgasse Nr. 33.
7. Gedichte von Most.

In diesem Arreste ist beim Aborte das linke Brett der Verkleidung aufgerissen, so daß diese zu einem förmlichen Depositorium dient, in welchem sich aber nur einige Blätter unbeschriebenes Papier vorfanden.

Im Arrest Nr. 38 wurde bei Pabst ein Geldbetrag von 20 Kreuzern und im Arrest Nr. 100 bei Dorsch ebenfalls 20 Kreuzer vorgefunden, welche nebst einem weitern, dem Josef Nestler gehörigen Betrage per 20 Kreuzer mittelst Zulagebuches angewiesen werden.

Die übrigen beanständeten Gegenstände wurden dem Herrn Untersuchungsrichter Landesgerichtsrath Nebenführ brevi mani zur weiteren Amtshandlung übergeben.

Wien, 29. April 1870.

Max Fischer. Carl Hartig.

Nach der Verlegung des Most in eine andere Zelle wurde vom Aufseher Wöhrer das beiliegende Gedicht aufgefunden, welches von Most herrührt und mit anderen Papieren überklebt gewesen ist.

Max Fischer.

Digitized by Google

Hierauf verliest der Präsident eine Nummer der von Most in Chiffern geschriebenen Zeitung, welche aber blos einige Nummern erlebte. Die Zeitung bringt nach dem Motto: „O Nebenführ, o Nebenführ, wie grün sind deine Blätter" einen Artikel: „Die Mordthaten in Böhmen", welcher mit glühendem Haß gegen die bestehenden socialen und politischen Zustände die Swarower Ereignisse bespricht.

Präs.: Ist dieses Schriftstück richtig entziffert?

Most: Ja wohl.

Landesgerichtsrath Gernerth: Wen apostrophiren Sie darin?

Most: Ich kann darauf nicht antworten und erkläre nur wiederholt, daß ich beim Verfassen des Briefes in einer ungeheuer gereizten Stimmung mich befunden habe.

Präs.: In einer weiteren Nummer des von Ihnen geschriebenen „Nußknacker" befindet sich ein Aufsatz: „Unser Proceß." In demselben heißt es: Im Allgemeinen stehen die Acten nicht so schlecht, ein eigentlicher Beweis ist bis dato nicht erbracht worden. Die Aussagen unserer Freunde bei ihren Verhören sind sehr gut und müssen wir im Allgemeinen die Haltung unserer Leidensgefährten als musterhaft bezeichnen. Leider sind uns in letzter Zeit Nachrichten zugekommen, denen zufolge nicht nur L. und M. zweideutige Aussagen machten, sondern daß auch Dorsch sich verleiten ließ, eine Angabe zu machen, die zwar an und für sich nichtssagend ist, aber immerhin Anlaß zu verschiedenen Compromissen geben kann. Wir warnen also wiederholt und ernstlich sich durch keinerlei Vorspiegelungen zu derartigen Aussagen verleiten zu lassen, die nur das geringste Licht in unsere Sache werfen könnten. Socialdemokraten müssen zeigen, daß sie Männer sind; auch ersuchen wir alle Freunde, ihre Verhöre im Auszuge abzuschreiben und uns sofort zu senden, damit wir für deren weitere Verbreitung sorgen können!!! Wir halten unseren Freund Dorsch für viel zu ehrenhaft, als daß wir glauben könnten, er habe hier einen Verräther gemacht. Wir sind fest überzeugt, daß ihm die kritischen Worte nur entschlüpft sind oder entlockt wurden. Ein andermal vorsichtiger sein.

Der Redacteur der Brünner Arbeiterzeitung Herr Baier, sagt in der Untersuchung von Mühlwasser, daß er um jeden Preis von sich reden machen wolle, daß er fortwährend in Geldverlegenheit und derselben, durch welche Mittel immer abzuhelfen bemüht sei.

Digitized by Google

Dr. Mauthner: Ich bitte auch einen Brief zu verlesen, der mir soeben zugekommen ist, und die Glaubwürdigkeit der Zeugenaussage des Fräulein Podany illustriren soll.

Präs.: Der Brief lautet:

Hochwohlgeborner Herr Präsident!

Sonntag den 15. Mai fuhr ich mit Fräulein Podany von Hernals nach Dornbach. Wir sprachen unter Anderem von dem Processe der Arbeiter. Sie sagte, daß der Untersuchungsrichter, wenn sie ihm keine genügende Auskunft gegeben, ihr gesagt habe: „Ich spreche ja nur im Scherze zu Ihnen." Darauf habe sie geantwortet: „So spreche ich zu Ihnen auch im Scherze." (Sensation).

Diese Aussage bin ich bereit, zu beeiden.

Hochachtend

Gustav König, Broncearbeiter.

Es gelangt nunmehr die Petition des Arbeiter-Bildungsvereines an das Abgeordnetenhaus um Coalitionsfreiheit zur Vorlesung.

Abermals kommt ein Brief an den Präsidenten. Er rührt von der Brünner Handelskammer her, ist unterzeichnet Herring und enthält die Bitte, zur Kenntniß zu nehmen, daß die Angabe Mühlwasser's, die Handelskammer habe ihm 50 fl. mit der Bitte übersendet, daß sein Blatt eine versöhnliche Haltung annehme, vollkommen unbegründet sei.

Mühlwasser: Ich habe gesagt, daß Herr von Bauer mir im Namen der Handelskammer die 50 fl. überbracht.

Es werden die Verlesungen fortgesetzt, insbesondere wird das stenographische Protocoll der Volksversammlung bei der „schönen Aussicht" vom 30. Mai v. J. verlesen. Mühlwasser nahm dreimal das Wort. Die Polizeinote theilt diesfalls mit, daß Mühlwasser in seiner ersten Rede zweimal vom Polizeicommissär unterbrochen wurde, daß der Vorsitzende Hartung dabei intervenirte, um den Redner zur Mäßigung zu mahnen, daß die Anwesenden dabei eine drohende Haltung einnahmen, indem sie Stöcke schwangen und Rufe „Weiterreden" ertönen ließen.

Most theilt mit, daß die Rede, die er in dieser Versammlung gehalten, ihm eine einmonatliche Arreststrafe wegen Gutheißung einer ungesetzlichen Handlung (§. 305 d. b. St.-G.) zugezogen.

Die Schlußsätze der drei Reden Mühlwasser's lauten:

Digitized by Google

1. Rede.

Meine Herren! Ich richte noch wenige Worte an Sie, es sei mein Abschied von Ihnen, im Namen der Brünner Arbeiter, auf daß ich Sie nicht in die traurige Möglichkeit versetze, daß man die Versammlung meinethalben auflöse. Der Einzelne hat keine Berechtigung der Majorität gegenüber und der Einzelne ist dem Wohle der Gesammtheit gegenüber eine Null. (Beifall.) Darum, meine Herren, leben Sie wohl, nehmen Sie von mir den Gruß der Arbeiter Brünns entgegen und seien Sie versichert, wenn die Resolutionen an das hohe Haus der Abgeordneten abgehen, um allgemeines directes Wahlrecht, die Brünner Arbeiter vollzählig ihre Stimme dafür abgeben werden und daß Sie auf sie zählen können in jeder Stunde und zu jeder Zeit! (Anhaltender stürmischer Beifall.)

2. Rede.

Darum, meine Herren, verlangen Sie den Frieden, den Volksfrieden, so lange Sie athmen. Er möge die Völker zur Verbrüderung, er möge sie zur Freiheit, zum Glücke und Wohlstand führen. Das ist dasjenige, was ich Ihnen an's Herz lege. Leben Sie wohl! (Stürmischer Beifall.)

Schlußrede.

Und jetzt, meine Herren, als Socialdemokrat, da spreche ich kurz. Hier ist das Zeichen, dem wir nachfolgen, es ist dieselbe Farbe, welche die Vereine tragen nicht nur in Oesterreich, sondern auch in Deutschland, es ist die rothe Fahne. Meine Herren! Wir verstehen die Blumensprache; die Farbensprache, die hat auch eine Bedeutung und zu dieser Fahne erheben Sie die Hände und schwören wir auszuhalten. (Lebhafter Beifall.) Sie lebe hoch! (Enthusiastische Hochrufe.) Wir werden mit ihr stehen oder fallen. (Anhaltender Beifall.)

Es kommen noch die Reden einer Arbeiterversammlung in Gaudenzdorf und einer Bäckerversammlung zur Verlesung, deren Theilnehmer sich den socialdemokratischen Principien angeschlossen.

Diese Berichte geben Zeugniß von der erfolgreichen Agitation der socialdemokratischen Partei.

Der Präsident vertagt sodann die Verhandlung auf morgen 9 Uhr Vormittags.

Digitized by Google

Neunter Verhandlungstag.

Es werden die Vorlesungen der Actenstücke fortgesetzt. Das erste Schriftstück, das zur Vorlesung gelangt, ist ein Brief Most's, in welchem er seinen Collegen über die Durchsuchung der Zelle und die Beschlagnahme des chiffrirten Schreibens die Anzeige macht. Er drückt seine Freude darüber aus, daß der „Nußknacker", den er eben vollenden wollte, nicht entdeckt wurde, und spricht schließlich die Besorgniß aus, daß der chiffrirte Brief dechiffrirt werden dürfte.

Eine Note des Ministeriums des Innern theilt aus vertraulicher Quelle über den Revolutionsfonds, alias deutsch-republikanischen Fonds mit, daß derselbe 1850 in London gegründet worden, später nach Zürich übergegangen sei und zu Agitationszwecken, theils für Journale, so für das „Felleisen", theils zu Subventionen für hervorragende Socialdemokraten bestimmt sei. So habe Bebel im Vorjahre 900 Thaler erhalten.

Eine Note der Polizeidirection macht die Mittheilung, daß die Genossenschaften der Drechsler, Schlosser, Färber u. s. w. kein Mandat für Oberwinder und Scheu zur Vertretung in Eisenach ertheilt haben.

Es folgen Verlesungen über die Volksversammlung vom 25. Juli v. J., in welcher Liebknecht hier auftrat. Es wird zunächst dessen Rede im Wortlaut verlesen.

Hierauf folgen die bei derselben Gelegenheit gehaltenen Reden von Niemtzek (aus Preßburg), Pabst und Scheu.

Auf Ersuchen Oberwinder's wird die Rede Mühlwasser's verlesen, welche dieser in derselben Volksversammlung gehalten hat. Mühlwasser spricht davon, daß er von den Brünner Arbeitern zu dieser Versammlung abgeschickt worden, schildert dann die Verhältnisse der Partei in Brünn, und sagt unter Anderem: „Wenn Sie dort in die Fabriken gehen, so ist jeder Zweite, den Sie treffen, Mitglied jener Partei, die zur Socialdemokratie geschworen, die mich beauftragt hat, Ihnen in der Volksversammlung bei der „schönen Aussicht" den Schwur auf die rothe Fahne abzunehmen.

Präs. (zu Mühlwasser): Dieser Passus ist in auffallendem Widerspruche mit der Erklärung, die Sie wiederholt abgegeben haben.

Digitized by Google

Mühlwasser: Ich habe immer die Partei in Wien als die maßgebende angesehen und wenn ich in meiner Rede gesagt habe: Mitglied der Partei, welche mich beauftragt hat, so habe ich damit gemeint, daß die Wiener Führer, als die maßgebenden Persönlichkeiten mich dazu aufgefordert haben.

Präs.: Ohne dem Urtheile des Gerichtshofes vorgreifen zu wollen, muß ich gestehen, daß diese Stelle auf mich einen ganz anderen Eindruck macht. Sie sprechen im Eingange Ihrer Rede speciell von den Brünner Arbeitern und sagen: Das ist die Partei, in deren Namen ich Sie begrüße und auf deren Anregung ich Ihnen damals den Eid auf die Fahne abgenommen habe.

Mühlwasser: Ich wollte damit die Zusammengehörigkeit der Brünner Arbeiter mit den Wienern andeuten, ich wollte damit sagen, daß wir zu jener Partei gehören, welche in Wien maßgebend ist. Uebrigens ist es leicht möglich, daß man beim schnellen Sprechen in einer öffentlichen Versammlung die Sätze nicht so präcis bildet.

Votant Gernerth: Aber Sie sagen ausdrücklich: Jeder zweite Brünner Arbeiter ist ein Mitglied jener Partei, welche mich beauftragt hat, Ihnen den Eid abzunehmen.

Mühlwasser: Ich meinte damit Mitglied der großösterreichischen Partei.

Oberw.: Aber ich bitte zu bemerken, daß vorher von den Brünner Arbeitern die Rede gewesen ist.

Präs. (zu Mühlwasser): Sie sprechen in der vorhergehenden Stelle nur von den Brünner Arbeitern?

Mühlwasser: Ich meinte hier die ganze Partei.

Präs.: Ich danke Ihnen für Ihre Aufklärung.

(Dieser Dialog wird vom Publikum mit lebhafter Bewegung begleitet.)

Eine Note des Polizei-Commissariates Leopoldstadt gibt Kenntniß von der erfolgten Haussuchung bei dem in der Brigittenau wohnenden Mehlhändler Ernst Hartung, dem Bruder des flüchtigen Hermann Hartung.

Aus einem Briefe, den Hartung aus der Schweiz an seinen Bruder unter der Adresse eines in demselben Hause wohnenden Raseurs schrieb, geht hervor, daß Hartung von der Brigittenau über die Brücke der Nordwestbahn nach Nußdorf sich begab und von Floridsdorf mittelst Nordbahn wegfuhr. Ein Brief Hartungs aus Zürich an

Digitized by Google

seinen Bruder Ernst Hartung theilt dießfalls mit, daß Hermann Hartung sich in Nußdorf über die Donau nach Jedlersee übersetzen ließ. Von dort begab er sich nach Floridsdorf, wo er bis Abends sechs Uhr bei einem Freunde blieb. Nachdem mehrere Freunde den Bahnhof untersucht, ob er nicht überwacht werde, fuhr Hartung um $6\frac{1}{2}$ Uhr fort und begab sich über Oderberg, Breslau, Leipzig und Frankfurt am Main nach Zürich. In Leipzig sprach er mit Liebknecht, in Frankfurt am Main suchte Hartung seine Braut Henriette auf. Sie wollte ihn überreden, daß er dort bleibe und ihr Arbeitsgeber wollte, daß er die Leitung seiner Werkstätte übernehme. Aber aus Besorgniß vor der Auslieferung an Oesterreich begab er sich nach der Schweiz. Am Schlusse des Briefes heißt es:

„Ich hätte in Leipzig die Leitung einer Tischlerwerkstätte übernehmen können. Aber da mir Liebknecht sagte, ich könnte ausgeliefert werden, so zog ich es vor, nach der Schweiz zu gehen. Ich hoffe hier bald Arbeit zu finden. Lieber wäre ich wohl in dem schönen Wien geblieben. Aber es ist nicht zu ändern, und wenn man, wie ich, sich dem Parteitreiben gewidmet hat, muß man auf Alles gefaßt sein. Du weißt, daß ich hierauf seit Langem vorbereitet war. Ich habe als solcher das Bewußtsein, für eine gute Sache gewirkt zu haben. Frage nach, ob mein Brief den Oberwinder angetroffen. Schreibe mir vorläufig unter poste restante 3."

In einem zweiten Briefe theilt Hartung mit, daß er bereits einen Platz gefunden und sich auch an die Arbeit, trotzdem er sie so lange ausgesetzt, wieder gewöhnt.

Es wird ferner verlesen:

Ein Auszug aus dem stenographischen Protocolle der Volksversammlung am 3. April 1870 am Ganserlberg, wo Bruckner die Errichtung einer unentgeltlichen Garderobe für Seitenwaffen des Militärs beantragt.

Eine Note des Polizeiministeriums an das Kriegsministerium zu Handen des Baron Kuhn lautet:

Präsidium des k. k. Ministeriums für Landesvertheidigung und öffentliche Sicherheit an Se. des Herrn k. k. Reichskriegsministeriums FML. Frhn. Kuhn v. Kuhnenfeld Excellenz!

Der vom 6. bis 13. September l. J. zu Brüssel abgehaltenene internationale Arbeitercongreß hat, wie ich aus der Nummer 10 der in

Digitized by Google

Genf erscheinenden Monatsschrift: „Der Vorbote", welche das Centralorgan der deutschen Section dieser Verbindung ist, entnehme, unter Anderm beschlossen:

„Die Herausgabe von Flugschriften zu veranstalten, um besonders jedem Arbeiter, der in eine stehende Armee eintreten muß, seine Menschenpflichten klar zu machen und ihm für den Kriegsfall in officieller Weise bestimmte Verhaltungsregeln vorzuschreiben." Der Redacteur dieses Organes, welcher zugleich Präsident der gedachten deutschen Section ist, fügt diesem Beschlusse den Commentar bei, daß die Hunderttausende von Soldaten, die jährlich auf Urlaub von der Kaserne zur Arbeit zurückgehen, sowie die Hunderttausende jährlich als Recruten abgestellten Arbeiter allmälig den überlieferten Militärgeist zersetzen, den blinden Knechtsinn ersticken und den rohen Kriegsteufel austreiben müssen, eine Aeußerung, welche durch die weitere Aufforderung, jedem Versuche, Krieg zu führen, mit allgemeiner Revolution zu antworten, volles Licht bekommt.

Nachdem nun nach dem Inhalte dieses und anderer socialdemokratischer Schweizer Blätter anzunehmen ist, daß auch österreichische Arbeiter mit der internationalen Association in wenigstens brieflicher Verbindung stehen, und von derselben das mehrerwähnte Organ zugesendet erhalten, so ist mit Sicherheit zu vermuthen, daß dieselben Individuen in Ausführung des gedachten Congreß-Beschlusses seinerzeit auch die entsprechenden Flugschriften erhalten und dem Zwecke gemäß zu vertheilen suchen werden.

Ich glaube daher, Euere Excellenz, bei Zeiten von diesem Plane des internationalen Congresses in Kenntniß setzen zu sollen, indem ich die weiteren Maßregeln wegen Bewachung der aus großen Industriebezirken kommenden Recruten und Soldaten selbstverständlich Hochderen erlauchtem Ermessen anheim geben muß.

Wien, 2. November 1868.

Taaffe m. p.

Weiters wird verlesen:

Das Programm des neunten Arbeitertages in Wien am 30. August 1868, und die dießfalls an den Reichsrath beschlossene Petition, um Einführung der Volksbewaffnung, vollständige Religions- und absolute Preßfreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht, Gewährung des Coalitionsrechtes und des allgemeinen directen Wahlrechtes.

Digitized by Google

Es folgt die Verlesung mehrerer Stellen aus dem Bericht über den fünften Vereinstag der deutschen Arbeitervereine (5. bis 7. September 1868) zu Nürnberg, welchem Hartung und Oberwinder als Vertreter des „socialdemokratischen Agitationscomité's für Oesterreich" beiwohnten. Das Resultat dieses Arbeitertages war der Anschluß an die Bestrebungen der internationalen Association. Gegen die Beschlüsse dieses Vereinstages hat ein Delegirter aus Stuttgart wegen der internationalen Tendenz in Vereinigung mit den Delegirten des Vereines „Selbstkraft" aus Wien (Rabel und Mehling) Protest erhoben. Der Präsident constatirt, daß sich diesem Proteste die Vertreter des Centralcomité's der österreichischen socialdemokratischen Vereine, Hartung und Oberwinder, nicht angeschlossen haben.

Oberw.: Wir konnten uns keinem Proteste anschließen, weil, wie aus diesem Protokolle hervorgeht, die Delegirten aus Deutsch-österreich keine Stimme hatten. Ich muß aber zur Aufklärung beifügen, daß sich dieser Verband, der seine fünfte Versammlung im Jahre 1868 in Nürnberg abhielt, früher nicht mit Politik befaßte. Da man nur die Absicht hatte, ein socialdemokratisches Programm aufzustellen, so wäre es das Nächste gewesen, sich dem Allgemeinen deutschen Arbeitervereine anzuschließen; nachdem es aber ganz klar war, daß Schweitzer mit Bismarck unter Einer Decke spiele und diesen Verein nur dazu benütze, die Pläne der preußischen Regierung zu fördern, so stellte man dieses internationale Programm auf, um die Arbeiter aus dem preußischen Lager herauszureißen. Aber wir konnten uns weder an dieses Programm noch an den Protest anschließen, da wir von der Theilnahme an der Abstimmung ausgeschlossen waren.

Hierauf kommen einige Stellen aus dem Protokolle über die Verhandlungen des deutschen socialdemokratischen Arbeitercongresses zu Eisenach am 7., 8. und 9. August 1869 zur Verlesung.

Anläßlich der Debatte über die Creirung des Vorortes und den Sitz der Controlscommission sagte Oberwinder: „In Oesterreich dagegen vollzieht sich ein für die Demokratie außerordentlich wichtiger Zersetzungsproceß. Wir haben dort eine Regierung, die, weil sie den verschiedensten Interessen Rechnung tragen will, stets schwankt und deshalb nicht die Gewalt der Initiative besitzt. Auf der andern Seite haben wir gesehen, daß die Bewegung des arbeitenden Volkes eine urwüchsige Frische und Energie zeigt. — — — — Wenn Sie auch

Digitized by Google

diesmal Wien noch nicht wählen, sie werden sich bald für Wien als Vorort entscheiden müssen!"

Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung theilt der Präsident ein Zeugniß mit, welches die Schmid'sche Maschinen- und Waggon-Fabrik in Simmering dem Angeklagten Eichinger ausstellte. Derselbe stand seit 13. September 1862 bis Ende December 1869 in dieser Fabrik als Dreher in Verwendung, hatte sich durch seine besondere Geschicklichkeit, sein moralisches Betragen und besonders dadurch ausgezeichnet, daß er bei jeder Gelegenheit auf seine Collegen beschwichtigend einwirkte. Zum Schlusse wird die Erklärung beigefügt, daß man ihn nach seiner Entlassung aus der Untersuchung oder aus der Strafe sogleich wieder in die Fabrik aufnehmen werde.

Der Präsident constatirt aus einem Schreiben des Angeklagten Scheu an seine Frau, daß daselbst Wien als Sitz der Controlscommission bezeichnet ist.

Ein Brief des Herrn Simon Deutsch an Oberwinder verständigt diesen, daß die Caution für den „Volkswille" erlegt sei.

Weiters kommt ein Brief von dem Obmanne des Grazer Arbeitervereines, Macher, an Scheu zur Verlesung, worin der Briefschreiber mittheilt, daß die Parteigenossen für die Demonstration vom 13. December lebhafte Theilnahme empfunden.

Ein Brief von Franz Fortelka, „Revolver-Arbeiter", an Oberwinder. In demselben wird um Aufnahme eines Berichtes über die Audienz einer Deputation der Waffenarbeiter bei dem Minister Giskra im „Volkswille" ersucht. Die Deputation reclamirte wegen verweigerter Genehmigung der Statuten des Fachvereins der Waffenarbeiter. Ursache der Nichtgenehmigung war der Paragraph der Statuten: „Zweck des Vereins ist die Wahrung der Rechte der Mitglieder." Der Minister fragte, welche Rechte die Arbeiter meinen, ob sie etwa besondere Rechte in Anspruch nehmen wollen. Die Deputationsmitglieder erwiderten: Nur die allgemeinen Rechte. Giskra wies schließlich die Deputation an die Statthalterei, welche ihr sagen würde, wie die Statuten dem Gesetze gemäß abzufassen wären.

Ein Brief Hartung's aus Zürich an Oberwinder sprach das lebhafte Bedauern aus, daß es Hartung nicht möglich sei, an der Seite seines Freundes Oberwinder zu arbeiten, stellt eine Unterstützung Ladendorf's in Aussicht und erwähnt der Schritte, welche die

Digitized by Google

österreichische Regierung bei der Schweizer Bundesregierung in Betreff der 48er Revolutionsfonds unternommen.

Ein Brief, in welchem sich Herr Eckart erbot, den Arbeitern Vorlesungen über Heine, Börne, Schiller, Lessing, Goethe, Loyola und Hutten ꝛc. zu halten. Dieser Brief dient auch als Beweisstück.

Ein Artikel aus der Volksstimme „Am Grabe der Junikämpfer", enthält zum Schlusse ein Citat, aus einem nicht angeführten Buche, auf welches die Staatsbehörde besonderen Werth legt.

Eine Polizeinote, aus welcher hervorgeht, daß dem Polizeicommissär Katzian, der Hartung verhaften wollte, bei der Verfolgung Hartungs der Finger zwischen der Thüre eingequetscht wurde.

Nr. 4 der Volksstimme enthält einen Artikel: „Nach Schluß des Reichsraths", in welchem darauf hingewiesen wird, daß der Reichsrath in der abgelaufenen Session auf den Arbeiter ganz vergessen habe und eine Correspondenz aus Brünn, in der einer Rede Oberwinder's in dem dortigen Arbeitervereine Erwähnung gethan wird. Am Schlusse dieser Rede soll Oberwinder gesagt haben: Wir gehen ernsten Zeiten entgegen, und ich hoffe, daß wenn die Stunde der Entscheidung schlägt, die Brünner Arbeiter keinen Augenblick säumen werden, ihren Brüdern in der Hauptstadt thatkräftigen Beistand zu leisten.

Präs. (zu Mühlwasser): Ist dieser Artikel von Ihnen? Er hat die Chiffer r.—

Mühlwasser: Wenn er diese Chiffer trägt, ist er nicht von mir.

Präs. (zu Oberwinder): Stellen Sie es in Abrede, die Ihnen hier in den Mund gelegten Worte gesprochen zu haben?

Oberw.: Ob ich diesen Ausdruck gebraucht habe, weiß ich nicht. Ich habe von Zeiten der Prüfung gesprochen und sprach zugleich die Hoffnung aus, daß wir dann nicht allein stehen werden.

Präs.: Haben Sie den Artikel in der Redaction vor der Drucklegung gelesen?

Oberw.: Nein.

Präs.: Aber es ist doch auffallend, daß Sie einen Artikel, der von Ihrer Person handelt, nicht gelesen haben sollen?

Oberw.: Gerade weil er von mir handelt, habe ich ihn nicht gelesen, weil er für mich bekannte Thatsachen enthielt.

Digitized by Google

Noch werden mehrere Artikel aus der „Volksstimme“ verlesen, so auch ein offener Brief der Redaction der „Volksstimme“ an Ed. Mühlwasser, datirt vom 22. August 1869. In demselben heißt es: „Sie nöthigen uns zu unserem aufrichtigen Bedauern, öffentlich gegen Sie aufzutreten, nachdem wir fast zu lange Ihr lächerliches, confuses und dazu noch aller Ehrlichkeit Hohn sprechendes Treiben mit angesehen, und nachdem wir vergeblich auf privatem Wege versucht haben, Sie auf bessere Bahnen zu bringen. Sie wissen, wie häufig wir diese Versuche gemacht haben, und daß nicht wir allein, sondern auch hervorragende auswärtige Parteigenossen Sie auf die Gefahren aufmerksam gemacht haben, welche Ihnen aus Ihrer persönlichen Eitelkeit und Ihrem unverständigen Benehmen erwachsen können. Sie wissen, was Ihnen erwidert wurde, als Sie in Wien einigen Socialdemokraten gegenüber äußerten: „Ich werde mich nie der Gesammtheit unterordnen, sondern meinen eigenen Weg gehen.“ Wir würden lieber geschwiegen haben, aber die Erfahrungen, die wir hier an Ihrem Ebenbilde, dem einst so beliebten Volksredner Ertl gemacht haben, der schließlich so weit ging, den Versuch zu machen, die Arbeiter Wiens in verschiedene Lager zu spalten, zwingt uns, Ihr schädliches Treiben bei Zeiten aufzudecken.“

— — — — — — — — — — — — — —

„Doch wir haben uns lange genug mit Ihnen beschäftigt und hoffen, daß diese Zeilen genügen, um die Brünner Parteigenossen über Ihre Persönlichkeit aufzuklären. Sie selbst wissen ja bereits, daß wir mit unserer Ansicht nicht allein stehen. Wenn Sie es wünschen, werden Ihnen auch unsere Organe in Leipzig und Genf den Standpunkt klar machen.“

Mühlwasser (sich zum Wort meldend): Die Antwort der Brünner Arbeiter auf diesen offenen Brief war eine mir überreichte Vertrauens-Adresse mit 1570 Unterschriften, in welcher der Inhalt jenes Briefes als Lüge bezeichnet wurde. Bemerken muß ich noch, daß auf dieser Vertrauens-Adresse als Erster jener Karl Baier unterschrieben war, dessen Aussage gegen mich gestern verlesen wurde.

Präs. (zu Oberw.): Ist das richtig?

Oberw.: Es ist wahr, daß Herr Mühlwasser diese Vertrauens-Adresse erhalten, doch haben die Leute erklärt, daß sie unterschrieben, weil sie terrorisirt wurden.

Digitized by Google

Präs. (zu Oberw.): Der Schluß der Erklärung lautet: „Werden Ihnen auch unsere Organe in Leipzig und Genf den Standpunkt klar machen." Wie ist das gemeint: Unsere Organe?

Oberw.: Die Organe der socialdemokratischen Partei.

Es kommen weiters noch zur Verlesung: der Aufruf zur Beschickung des Baseler Congresses — der Aufruf zum Eisenacher Congreß, ein Artikel über Partei-Angelegenheiten, — ein Artikel über den Congreß in Eisenach, — ein Artikel über die Bedeutung des Eisenacher Congresses für die socialdemokratische Partei in Oesterreich, — das Programm und die Statuten der socialdemokratischen Arbeiterpartei, Bestätigungen über den Empfang von 1500 Francs und über den Empfang von 500 Frcs. aus dem Revolutionsfond für die deutsche Republik, — ein Artikel: „Unsere Partei und die Reaction in Oesterreich," 2c.

Das Programm der socialdemokratischen Arbeiterpartei lautet:

I. Die socialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt die Errichtung des freien Volksstaates.

II. Jedes Mitglied der socialdemokratischen Arbeiterpartei verpflichtet sich, mit ganzer Kraft einzutreten für folgende Grundsätze:

1. Die heutigen politischen und socialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit der größten Energie zu bekämpfen.

2. Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Classen ist nicht ein Kampf für Classenprivilegien und Vorrechte, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Classenherrschaft.

3. Die öconomische Abhängigkeit des Arbeiters von dem Capitalisten bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form und es erstrebt deshalb die socialdemokratische Partei unter Abschaffung der jetzigen Productionsweise (Lohnsystem) durch genossenschaftliche Arbeit den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter.

4. Die politische Freiheit ist die unentbehrlichste Vorbedingung zur öconomischen Befreiung der arbeitenden Classen. Die sociale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.

5. In Erwägung, daß die politische und öconomische Befreiung der Arbeiterclasse nur möglich ist, wenn diese gemeinsam und ein-

Digitized by Google

heitlich den Kampf führt, gibt sich die socialdemokratische Arbeiterpartei eine einheitliche Organisation, welche es aber auch jedem Einzelnen ermöglicht, seinen Einfluß für das Wohl der Gesammtheit geltend zu machen.

6. In Erwägung, daß die Befreiung der Arbeiter weder eine locale noch nationale, sondern eine sociale Aufgabe ist, welche alle Länder, in denen es moderne Gesellschaft gibt, umfaßt, betrachtet sich die socialdemokratische Arbeiterpartei, soweit es die Vereinsgesetze gestatten, als Zweig der internationalen Arbeiterassociation, sich deren Bestrebungen anschließend.

III. Als die nächsten Forderungen in der Agitation der socialdemokratischen Arbeiterpartei sind geltend zu machen:

1. Ertheilung des allgemeinen gleichen directen und geheimen Wahlrechts an alle Männer vom 20. Lebensjahre an, zur Wahl für das Parlament, die Landtage der Einzelstaaten, die Provinzial- und Gemeinde-Vertretungen, wie alle übrigen Vertretungskörper. Den gewählten Vertretern sind genügende Diäten zu gewähren.

2. Einführung der directen Gesetzgebung (d. h. Vorschlags- und Verwerfungsrecht) durch das Volk.

3. Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und Confession.

4. Errichtung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.

5. Trennung der Kirche vom Staat, und Trennung der Schule von der Kirche.

6. Obligatorischer Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten.

7. Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung der Geschworenen- und Fachgewerbegerichte, Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und unentgeltliche Rechtspflege.

8. Abschaffung aller Preß-, Vereins- und Coalitionsgesetze; Einführung des Normal-Arbeitstages; Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit.

9. Abschaffung aller indirecten Steuern und Einführung einer einzigen directen progressiven Einkommensteuer und Erbschaftssteuer.

10. Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatscredit für freie Productivgenossenschaften unter demokratischen Garantien.

Digitized by Google

IV. Jedes Mitglied der Partei hat einen monatlichen Beitrag von 1 Groschen ($3\frac{1}{2}$ kr. südd., 5 kr. österr., 12 Cent.) für Parteizwecke zu entrichten. Die Parteigenossen, welche auf das Parteiorgan abonniren und dies glaubhaft nachweisen, sind während der Dauer des Abonnements ihrer Beitragspflicht enthoben. Sache des Ausschusses ist es, einzelnen Orten den Beitrag zu ermäßigen.

V. Der Beitrag ist monatlich franco an den Parteiausschuß abzuliefern.

VI. Wer drei Monate lang seine Pflichten gegen die Partei nicht erfüllt, wird als Parteimitglied nicht mehr betrachtet.

VII. Mindestens einmal im Jahre findet ein Partei-Congreß statt, auf dem über alle die Partei berührende Fragen berathen und beschlossen, der Vorort der Partei, sowie der Sitz der Control-Commission und der Ort für den nächsten Partei-Congreß bestimmt wird. — Die Entschädigung für den Ausschuß, resp. einzelne seiner Mitglieder setzt der Congreß fest.

VIII. Außerordentliche Congresse finden statt, wenn der Ausschuß oder die Control-Commission mit absoluter Majorität beschließt, oder wenn ein Sechstel sämmtlicher Parteimitglieder darauf anträgt.

IX. Zu jedem Congreß ist die vorläufige Tagesordnung mindestens 6 Wochen vorher durch den Ausschuß im Parteiorgan bekannt zu machen. Die innerhalb der nächsten zehn Tage nach erfolgter Bekanntmachung von Seiten der Parteigenossen einlaufenden Anträge sind alsdann mindestens 14 Tage vor dem Congreß als definitive Tagesordnung zu veröffentlichen. Auf dem Congreß gestellte selbstständige Anträge kommen nur dann zur Verhandlung, wenn sich mindestens ein Drittel der Delegirten dafür erklärt.

X. Jeder Delegirte hat eine Stimme. Die Parteimitglieder, welche sich an Einem Orte an den Wahlen der Delegirten betheiligen, dürfen nicht mehr als fünf stimmberechtigte Abgeordnete zum Congreß senden. Parteimitglieder, welche nicht Delegirte sind, haben nur berathende Stimme.

XI. Spätestens drei Wochen nach dem Congreß muß das Congreß-Protocoll allen Mitgliedern zum Kostenpreise zugänglich gemacht werden. Alle Congreß-Beschlüsse, welche eine Abänderung des Statuts, die Grundsätze und die politische Stellung der Partei oder die Besteuerung derselben betreffen, müssen innerhalb sechs Wochen nach dem Congreß der Urabstimmung aller Parteimitglieder unterbreitet werden.

Digitized by Google

Einfache Majorität der Abstimmenden entscheiden. Das Resultat der Abstimmung wird im Parteiorgan veröffentlicht.

XII. Die Leitung der Parteigeschäfte ist einem Ausschuß von fünf Personen, als einem Vorsitzenden und dessen Stellvertreter, einem Schriftführer, einem Cassirer, der entsprechende Caution zu leisten hat, und einem Beisitzer, übertragen. Sämmtliche Ausschußmitglieder müssen an Einem Orte oder in dessen einmeiligem Umkreise wohnhaft sein und werden von den, am Vororte der Partei wohnhaften Parteimitgliedern in besonderen Wahlgängen durch Stimmzettel mit absoluter Majorität gewählt. Weder ein Mitglied der Redaction noch der Expedition des Parteiorgans darf im Ausschuß sein. Treten im Laufe des Jahres im Ausschusse Vacanzen ein, so hat der Vorort — mit Ausnahme des in §. 7 erwähnten Falles — nach demselben Wahlmodus die Ergänzungswahlen vorzunehmen.

XIII. Der Ausschuß muß innerhalb 14 Tagen nach stattgehabtem Congresse gewählt sein; bis zu dieser Wahl verbleibt dem bisherigen Ausschuß, falls der Congreß nicht anders verfügt, die Geschäftsführung.

XIV. Der Ausschuß faßt alle Beschlüsse gemeinsam und ist nur dann beschlußfähig, wenn in einer ordentlich einberufenen Sitzung wenigstens drei Mitglieder anwesend sind; derselbe gibt sich, soweit nicht der Congreß darüber bestimmt, selbst eine Geschäftsordnung.

Der Ausschuß ist dem Partei-Congreß für alle seine Handlungen verantwortlich.

XV. Um Eigenmächtigkeiten des Ausschusses möglichst zu verhüten, constituirt die Partei eine Control-Commission von 11 Personen, an die alle von dem Ausschuß unberücksichtigt gelassenen Beschwerden zu richten sind, und die zugleich die Geschäftsleitung des Ausschusses zu controliren hat.

XVI. Die Control-Commission wählen die Parteimitglieder desjenigen Orts und seines einmeiligen Umkreises, welcher von dem Parteicongreß als Sitz der Control-Commission bestimmt worden ist. Die Wahl erfolgt durch Stimmzettel und hat spätestens 14 Tage nach dem Congreß stattzufinden.

XVII. Die Control-Commission ist verpflichtet, die Geschäftsführung, Acten, Bücher, Casse ꝛc. des Ausschusses mindestens einmal vierteljährlich zu prüfen und zu untersuchen, und ist berechtigt, falls sie begründete Ursache hat und der Ausschuß die Abhilfe der Unregelmäßigkeiten verweigert, einzelne Mitglieder wie den gesammten Aus-

Digitized by Google

schuß zu suspendiren, sowie die nöthigen Schritte für provisorische Weiterführung der Geschäfte zu thun. Es müssen solche Beschlüsse mit Zweidrittel-Majorität der Control-Commission gefaßt werden und ist, wenn mehr als die Hälfte der Ausschußmitglieder suspendirt wird, innerhalb 4 Wochen ein Parteicongreß einzuberufen, der endgiltig in der Sache entscheidet.

XVIII. Die Partei gründet eine Zeitung als Organ unter dem Namen „Der Volksstaat," Organ der socialdemokratischen Arbeiterpartei. Das Organ erscheint in Leipzig und ist Eigenthum der Partei. Personen und Gehalt des Redactions- und Expeditions-Personals, des Druckers, Preis des Blattes wird durch den Ausschuß bestimmt. Streitigkeiten hierüber entscheidet die Control-Commission, in letzter Instanz der Partei-Congreß. Die Haltung des Blattes ist streng dem Parteiprogramm anzupassen. Einsendungen von Parteigenossen, welche demselben entsprechen, sind — soweit der Raum des Blattes ausreicht — unentgeltlich aufzunehmen. Beschwerden über Nichtaufnahme, oder tendenziöse Färbung der Einsendungen sind bei dem Ausschuß, in zweiter Instanz bei der Control-Commission anzubringen, welcher die endgiltige Entscheidung zusteht.

XIX. Die Parteimitglieder verpflichten sich, überall auf Grund des Parteiprogrammes die Grüudung socialdemokratischer Arbeiter-Vereine in die Hand zu nehmen.

Hierauf wird die Sitzung auf morgen vertagt.

Zehnter Verhandlungstag.

Der Vorsitzende eröffnet die Verhandlung um halb 10 Uhr.

Es wird vor Allem das Programm des von Ladendorf redigirten Schweizer Organes „Felleisen" aus dem Jahrgang 1869, Nr. 1, verlesen. Als Ziel der gesetzten Bewegung wird in diesem Programme die socialdemokratische Föderativ-Republik gesetzt und der Grundsatz ausgesprochen, der Gewalt wieder Gewalt entgegenzustellen.

Ferner wird verlesen aus Nr. 2 des „Felleisen" ein Artikel „zur Tagesgeschichte" und eine Correspondenz aus Wien mit der Chiffer O—r, in welcher eine Wiener Sylvester-Feier am 31. December 1868 in Zobel's Bierhalle geschildert wird.

Digitized by Google

Ein Correspondent mit der Chiffer O—r vom 4. Februar befaßt sich mit dem Proceß Pfeiffer's wegen seines Auftretens in der Volksversammlung vom 13. November 1868.

Aus Nummer 12 des „Felleisen" wird ein Artikel verlesen, welcher die Ueberschrift führt: „Unsere Bestrebungen." In diesem Artikel wird die socialdemokratische Föderativ-Republik als die einzig vollkommene Staatsform erklärt, jede andere sei ein Uebel.

In dem Artikel Nr. 14: „An unsere Freunde und Parteigenossen" wird die „Volksstimme" als Partei-Organ empfohlen.

Eine Correspondenz aus Wien in Nr. 20 mit der Chiffer O—r bespricht das Verhalten der Wiener Presse gegen das Coalitionsrecht und wird beiläufig Folgendes gesagt: „Die letzte Volksversammlung hat gute Früchte getragen. Fast sämmtliche Blätter plaidiren in Artikeln für die Aufhebung des Coalitions-Verbotes. Es macht den Eindruck, daß die Regierung sich den Arbeitern gegenüber weniger feindselig zeigen will. Auch berichten die officiösen Blätter günstiger als sonst über die letzte Volksversammlung; es scheint, daß man sich die Mahnungen des Volkswillen zu Herzen genommen. Polizei-Commissär Kusmanek hatte in der Volksversammlung Angst; er bat den Vorsitzenden, man möge ihn doch nicht verunglimpfen, er sei Beamter und würde der Socialdemokratie ebenso treu dienen, wenn sie an's Ruder käme."

Eine Correspondenz aus Brünn in Nr. 21, bezeichnet mit Edm. M. (Edmund Mühlwasser), in welcher ein geselliger Abend in Brünn während der Anwesenheit Oberwinder's mit Begeisterung geschildert wird.

Derselbe schließt mit den Worten: „Es lebe die Republik!"

Mühlwasser erklärt, er habe zwar den Artikel geschrieben, aber Manches, insbesondere der Schlußsatz, sei von der Redaction hinzugesetzt worden.

Oberwinder bemerkt, in diesem Artikel seien ihm Ausdrücke in den Mund gelegt, die er nie gebraucht habe.

In Nummer 20 des „Felleisen" wird in einer Wiener Correspondenz unter der Chiffer O—r über die czechischen Meetings gesprochen.

In einer Wiener Correspondenz des „Fellleisen" vom 12. Juli v. J. mit der Chiffer B. heißt es, man müsse der Regie-

Digitized by Google

rung die Zähne zeigen. Das Umsichgreifen des republikanischen Geistes werde durch die Behörden selbst genährt. Nach einem sehr derben Ausfalle auf den Commandirenden von Linz, Graf Huye, heißt es: Läßt der Generalkrach in Paris noch lange auf sich warten, so wird das Bürgerministerium gleich ausgepreßten Citronenschalen von seinen Vormündern auf die Straße geworfen werden.

In einer späteren Wiener Correspondenz des „Felleisen" Nr. 30 mit der Chiffer B. wird über den Empfang einer ungarischen Arbeiter-Deputation bei einem ungarischen Minister des Innern, Baron Wenckheim berichtet, wobei Letzterer übel wegkommt. „Ohne den Minister eines Grußes zu würdigen, verließen die Arbeiter das Zimmer."

Eine Correspondenz des „Felleisen" vom 2. Jänner d. J. enthält eine Bezeichnung des Kaisers von Oesterreich, welche der Präsident aus Ehrfurcht vor Sr. Majestät nicht wiedergibt.

Ein Aufruf Hartung's an die Freunde und Parteigenossen in Oesterreich sagt unter Anderem: „Das rücksichtslose und gewaltsame Vorgehen eines sogenannten Bürgerministeriums hat mich aus Euren Reihen gedrängt und es mir unmöglich gemacht, in Oesterreich noch ferner für unsere gute Sache zu wirken." Er habe sich durch die Flucht der ihm bevorstehenden längeren Haft entzogen, um auf dem freien republikanischen Boden der Schweiz für seine Parteigenossen wirken zu können.

Aus dem Aufrufe zur Beschickung des Eisenacher Congresses wird constatirt, daß derselbe von Oberwinder und Hartung gefertigt ist.

Aus Nr. 37 und 38 des Felleisen wird der Bericht über den Baseler Congreß verlesen.

In einer Correspondenz aus Wien in Nr. 42 mit der Chiffer h — wird der Bäckerstrike besprochen.

In einer Correspondenz aus Wien in Nr. 43 des Felleisen mit derselben Chiffer werden die Prager Arbeiterverhältnisse besprochen.

In Nr. 2 des Felleisen vom Jahre 1870 befindet sich eine Correspondenz aus Wien mit der Chiffre A., welche die Erbitterung der Wiener Arbeiter schilderte. Dieselbe enthält Ausdrücke gegen Se. Majestät, welche der Präsident nicht verlesen zu können erklärte.

Digitized by Google

Zu Nr. 5 des Felleisen werden in einer Wiener Correspondenz die Lage während der Ministerkrise, die Adreßdebatte, und die Reichenberger Ereignisse besprochen. Es heißt daselbst, bei der Hausdurchsuchung bei Scheu sei der Polizei-Commissär so weit gegangen, das Portemonnaie der Frau zu untersuchen und ihr seine Verwunderung darüber ausgesprochen zu haben, daß die Wohnung eines Arbeiters so comfortabel eingerichtet sei.

Der Präsident theilte ein inzwischen eingelangtes Schreiben des Dr. Swoboda, Redacteur der Tagespost mit. Dasselbe lautet:

Graz, 13. Juli 1870.

Sehr geehrtes Präsidium!

Angeregt durch ein in der „Neuen Freien Presse" vom 13. Juli veröffentlichtes Schreiben des Professors Dr. Richter erkläre ich der Wahrheit gemäß, daß Herr Oberwinder zur Zeit des Schützenfestes ausführliche Berichte für die von mir redigirte „Tagespost" verfaßt hat. Genehmigen Sie u. s. w.

Dr. Swoboda,
Redacteur der „Tagespost."

(Dieser Brief wird zu den Acten gelegt).

Eine Wiener Correspondenz vom 28. Februar d. J. in Nr. 10 des Felleisen bespricht den Proceß des Andreas Scheu vor den Wiener Geschwornen und schildert die Richter, den Staatsanwalt und die Geschwornen in sehr despectirlicher Weise.

In einer Correspondenz des Felleisen Nr. 20 vom 20. Mai 1870 — Chiffre ? wird ein Ausspruch, den der Landtagsabgeordnete Dr. Bauer in der dem Feldzuge von 1866 folgenden Landtagssession gethan, angewendet und der Regierung zugerufen, sie solle zusehen, daß die Dynastie, welche mit Rudolf von Habsburg begann, nicht mit Rudolf dem Kinde ende.

Präs. (zu Oberwinder): Was sagen Sie zu dem Schlußpassus?

Oberw.: Das ist allerdings eine Drohung. Ich muß noch einmal erklären, daß wir mit den Aufsätzen im „Felleisen" nichts gemein haben. Herr Ladendorf hat höchstens einzelne meiner Privatmittheilungen für sein Organ benützt.

Präs.: Der Gerichtshof wird noch dem, was verlesen wurde, in Erwägung ziehen, ob das „Felleisen" nicht ein eminentes Organ Ihrer Partei ist.

Digitized by Google

Oberw. (bestimmt): Es ist kein Organ unserer Partei, sondern ein Schweizer Organ, das sich nach den besonderen Verhältnissen der Schweiz richtet. Wir können daher für das, was in diesem Organe geschrieben wird, nicht verantwortlich gemacht werden.

Most erklärt ebenfalls, daß das „Felleisen" nur ein Organ der deutschen Arbeiter-Bildungsvereine in der Schweiz sei, daß es mit der österreichischen Arbeiterbewegung nichts gemein habe. Wenn es in Wien Leute gebe, die für dieses Organ correspondiren, so können die Arbeiter hierfür nicht verantwortlich gemacht werden. Man könnte uns ebenso gut spanische Correspondenzen vorlesen.

Präs.: Aber Ladendorf, der Redacteur jenes Blattes, hat auch die hiesige Bewegung unterstützt. Es wird im „Felleisen" die „Volksstimme" und in der „Volksstimme" wieder das „Felleisen" empfohlen.

Most: Es gibt Socialdemokraten in allen europäischen Staaten, selbst in Rußland, und ich glaube auch in der Türkei, und wenn ich nicht irre, selbst in China. Es gibt auch in der Schweiz Socialdemokraten, welche nicht mit den Einrichtungen der Schweiz, trotzdem dort die republikanische Staatsform die herrschende ist, zufrieden sind, und die ebenfalls Reformen, insbesondere in socialer Beziehung anstreben. Diese Socialdemokraten haben natürlich ein reges Interesse daran, welchen Fortgang die Arbeiterbewegung in Oesterreich nimmt. Und aus diesem Grunde mögen die Redacteure des „Felleisen" auch andere socialdemokratische Parteiorgane empfohlen haben, damit in der Schweiz lebende Socialdemokraten, welche vielleicht Oesterreicher, Preußen, Sachsen u. s. w. sind, einen genauen Einblick in die Arbeiterbewegung der betreffenden Länder gewinnen können. Die socialdemokratischen Organe verfolgen aber an und für sich locale Interessen. Daraus folgt aber nicht, daß sie im Großen und Ganzen alles über Bord werfen müssen, was im Allgemeinen angestrebt wird. Allein das „Felleisen" ist ein schweizerisches Blatt und kein Organ der österreichischen Arbeiterbewegung, kein Organ der österreichischen Socialdemokraten. Es geht jedoch aus verschiedenen Aufrufen unsererseits und aus verschiedenen Zeitungsartikeln, welche auch theilweise verlesen, theilweise nicht verlesen wurden, hervor, daß die Socialdemokraten sich nach den Verhältnissen der verschiedenen Länder richten müssen, und daß sie deßhalb separat vorgehen. Daher können die Socialdemokraten Oesterreichs nicht so vorgehen, wie die Socialdemokraten der Schweiz,

Digitized by Google

aber daß die Letzteren ein reges Interesse daran haben, in welcher Richtung die Socialdemokraten Oesterreichs vorgehen, das liegt auf der Hand. Es liegt das im Interesse der gesammten Partei.

Scheu: Selbst auf den „Volksstaat," das Organ der socialdemokratischen Partei in Deutschland, konnten wir keinen Einfluß nehmen, da die socialdemokratische Partei nicht so stramm organisirt ist, daß wir für das verantwortlich gemacht werden könnten, was in diesen Blättern steht. Wenn die Controlcommission in Wien zu Stande gekommen wäre, so hätte sie allerdings als Regulativ, als Einwirkungsmittel betrachtet werden können, das ist aber nicht geschehen, und deßhalb können wir nicht für die Haltung der Partei-Organe verantwortlich gemacht werden.

Aus der vorgelesenen Aussage Neumayr's, Redacteur der „Gleichheit" in Wiener-Neustadt, geht hervor, daß zwischen Mühlwasser und Oberwinder stets Eifersüchteleien herrschten. Mühlwasser war erbittert, daß Oberwinder dominirte. Neumayer widerspricht den Angaben Mühlwasser's bezüglich der Unterredung über den „Revolutionsplan."

Dr. Singer: Ich bitte, zu constatiren, daß dem Ansuchen der Vertheidigung auf Vorladung dieses Zeugen nicht stattgegeben worden.

Der Präsident gibt dem Antrage Folge und constatirt ferner, daß Herr Neumayer sich gegenwärtig beim Wiener Landesgerichte wegen Störung der öffentlichen Ruhe in Untersuchung befindet.

Ein Zeugniß des Magistrats in Weilburg, welches für Oberwinder sehr günstig lautet, wird verlesen.

Aus dem „Volksstaat" Nr. 43 und 44 werden Wiener Correspondenzen verlesen, welche die Behandlung der in Untersuchungshaft sich befindlichen Arbeiter als eine wirkliche grauenhafte schildern, und den Untersuchungsrichter Nebenführ für diese Behandlung verantwortlich machen.

Dr. Mauthner: Hat der Herr Staatsanwalt die Verlesung dieses Actenstückes beantragt?

Präs.: Ich habe die Vorlesung kraft meiner discretionären Gewalt vorgenommen.

Die Sitzung wird sonach unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung wird verlesen:

Digitized by Google

Eine Wiener Correspondenz aus dem „Felleisen" vom 12. März 1870 über die Verhaftung von Oberwinder, Scheu, Most, Pabst und Perrin.

Ueber Verlangen der Staatsbehörde wird constatirt: daß bei Leopold Schäftner ein „Offenes Antwortschreiben Lassalle's", ein Harzburger Programm, das Eisenacher Programm gefunden wurde; aus dem Notizbuche Pfeiffer's dessen Agitationsreise im Frühjahre 1869 nach Baden, Wr.-Neustadt, Neunkirchen, Gloggnitz, Reichenau, Mürzzuschlag, Peggau, Graz, Marburg; ferner daß Pfeiffer im Besitze einer Mitgliedskarte und des Programms der socialdemokratischen Partei betroffen wurde; ferner daß bei Martin Berka Mitgliedskarte und Programm der socialdemokratischen Arbeiterpartei, „Vorbote" und Harzburger Programm, bei Friedrich Häcker Mitgliedskarte und Programm der socialdemokratischen Arbeiterpartei und Harzburger Programm, bei Ludwig Eichinger das Journal der „Vorbote", bei Heinrich Gehrke ein Diplom der internationalen Arbeiter-Association, Harzburger Programm und Emilio Castellar's Rede für Einführung der Republik, bei Johann Schönfelder ein Diplom der internationalen Arbeiter-Association, Mitgliedskarte der socialdemokratischen Arbeiterpartei (und zwar Nr. 51 ausgefüllt für Herrn J. Schönfelder, den 1. December Nr. 69—100 unausgefüllt) gefunden wurden; ferner, daß Hartung im Jahre 1868 die österreichische Staatsbürgerschaft erlangte, daß bei Brüßhaver das Journal „Volksstaat", im Central-Locale des Arbeiter-Bildungsvereines zahlreiche Nummern des „Vorboten", des „Felleisen" und mehrere Exemplare Emilio Castellar's Rede für Einführung der Republik, im Lesezimmer Simmering die Zeitschrift „Volksstaat", im Lesezimmer Fünfhaus die Journale „Socialdemokrat" „Tageswacht" „Volksstaat", bei Johann Pabst die Journale „Vorbote", „Felleisen", bei Blazincic das Eisenacher Programm, bei Johann Most die Journale „Vorbote", „Felleisen", „Volksstaat", Mitgliedskarte der socialdemokratischen Arbeiterpartei sammt Programm und Emilio Castellar's Rede für die Einführung der Republik, bei Paul Reinert das Harzburger Programm und der „Vorbote" gefunden wurden.

Es werden hierauf auf Wunsch des Vertheidigers Dr. Singer folgende Actenstücke zur Verlesung gebracht:

Digitized by Google

Die Beschwerdeschrift des Dr. Markbreiter wegen der Beschlagnahme der an ihn gesendeten 1000 fl. aus dem deutschen Revolutionsfond.

Einige Stellen aus Oberwinders gedrucktem Vortrage: „Lassalle's Leben und Wirken."

Zwei gestern veröffentlichte „Eingesendet" Mühlwasser's aus hiesigen Blättern.

Ein Aufruf vom 23. December 1869, in welchem die Arbeiter aus Anlaß der Verhaftungen zur Mäßigung ermahnt werden.

Ein „Eingesendet" aus dem Journal „Mährischer Correspondent" vom 15. Juni 1870. Es lautet:

An Edmund Mühlwasser!

Es wäre wahrlich besser, wenn Sie Ihre Zeit mit etwas Nützlicherem zubringen möchten, als mit dem Schreiben derartiger Briefe, wie Sie solche an mich und meine Freunde sandten, Freunde, die schon lange über Sie den Stab gebrochen haben. Wir halten es jetzt sogar als unsere Pflicht, Sie überall, wo Sie sich in die Arbeiterfrage mischen, zu entlarven und zu bekämpfen. Glauben Sie etwa, uns sei es nicht bekannt, welche traurige Rolle Sie bei der Verhaftung unserer Freunde und Genossen an den Tag legten?!? Oder glauben Sie vielleicht, wir haben Ihre Beutelschneiderei unter allerhand Namen und Mitteln, welche Sie in Brünn (!?) unter den Arbeitern verübten, schon vergessen? Oder Ihre hirnlose Proclamirung der Republik in Eisenach, wo Sie unserer guten Sache mehr schadeten als nützten, trotz dem Verweise und der Belehrung von den Internationalen. Auch wissen wir genügend, daß Sie die Arbeiter an die clericale Partei verschachern wollten oder vielmehr schon einen Judaslohn empfangen haben; und nur Sie allein erfrechten sich, auch die Wiener Arbeiterführer als im Bunde mit den Clericalen zu bezeichnen — Männer, die ehrlich sind und makellos und unser Princip hoch halten — ohne Schwindelei. Sie sind keine Schwindler, die die Socialdemokratie nur zur Ausbeutung und zur Befriedigung der eigenen Gelüste benützten, als wie man Sie kennen lernte, und der, um es zu erreichen, bei allen Parteien anklopfte, um die Arbeiter zu verkaufen und zu verrathen. Und wer also ein gebrandmarkter Verräther an unserer Sache geworden, der darf unter

Digitized by Google

keinen Umständen sich zu ehrlichen Arbeitern melden. Für Sie diesmal blos dieses und ersuchen wir Sie, uns mit Briefen zu verschonen, das Andere wird sich auf dem Ihnen schon bekannten Wege finden!!!

Brünn, am 11. Juni.

Anton Rudl,
im Namen Mehrerer.

Mühlw.: Ich habe nur zu constatiren...

Präs.: Sie haben nichts zu constatiren.

Mühlw.: Ich habe nur zu bemerken, daß ich bereits gegen den Verfasser die Klage wegen Verläumdung beim Brünner Landesgerichte anhängig gemacht habe.

Volks-Tribun Nr. 2 vom 18. Juni 1870, worin Mühlwasser erklärt, den republikanischen Standpunkt verlassen zu haben.

Oberw.: Ich bitte zu constatiren, daß Mühlwasser ausgesprengt hat, er habe zwar mir versprochen, für einen Zuzug von Brünner Arbeitern zur Demonstration vom 13. December zu wirken, sich aber gleichzeitig vorgenommen habe, dagegen zu wirken.

Präs.: Ich kann mich daran erinnern. (Sensation.)

Mühlw.: Da dies Sensation im Saale erregt hat, so halte ich mich verpflichtet, hier zu bemerken, daß der einzelne Parteimann zwar verpflichtet ist, sich dem allgemeinen Beschlusse der Partei zu fügen, daß es jedoch von seinen persönlichen Ansichten abhängt, seiner Meinung Ausdruck zu geben.

Dr. Singer bittet ferner um die Verlesung des Programmes des Vereines zur Wahrung der Volksrechte aus Nr. 154 der „Vorstadt-Zeitung" vom 5. Juni 1870. (Wird verlesen.)

Dr. Mauthner: Die Verlesungen, welche meinerseits beantragt werden sollten, könnten nur den Zweck haben, zu zeigen, daß die größten Geister aller Zeiten und aller Länder jene Principien vertreten haben, deren Vertretung erwiesenermaßen den Angeklagten zur Last fällt.

Da jedoch diese Verlesung zu weit führen würde, so verzichte ich darauf, und erlaube mir nur um eine einzige Verlesung zu bitten, die sich auf das Verbrechen bezieht, welches den meisten der Angeklagten zur Last fällt, nämlich um die Verlesung jener Rede, welche der damalige Justizminister Dr. Herbst in der 19. Sitzung, 5. Session, des

Digitized by Google

Abgeordnetenhauses am 10. Februar 1870 bezüglich des Coalitionsrechtes gehalten hat, und zwar bitte ich den Herrn Präsidenten, der Kürze wegen sich auf die Verlesung jener Stellen zu beschränken, welche angestrichen sind.

Der Präsident verliest diejenigen Stellen der Rede, durch welche der Justizminister das Coalitionsrecht für ein natürliches Recht und als Nothwendigkeit hinstellt, und erklärt, bei Vorlage des Gesetzes durchaus keiner Pression nachgegeben zu haben.

Präs.: Ich bitte nunmehr die Parteien, sich über die Frage der Beeidigung des Zeugen Mühlwasser zu äußern.

S.-A.: Die Staatsanwaltschaft stellt keinen Antrag auf Beeidigung des Zeugen Mühlwasser. (Große Bewegung.)

Dr. Singer: Obwohl seitens der Staatsbehörde kein Antrag auf Beeidigung des Belastungszeugen Mühlwasser gestellt worden ist, findet es die Vertheidigung dennoch für geboten, alle diejenigen Momente hervorzuheben, welche gegen die Beeidigung Mühlwassers sprechen und zwar schon im Grunde der einfachen Erwägung, weil der Antrag der Staatsbehörde nach keiner Richtung hin bindend für den erkennenden Gerichtshof ist.

Präs.: Ohne dieser Ausführung im mindesten entgegentreten zu wollen, so glaube ich doch, daß diese Ausführung dem Plaidoyer zu ersparen wären, da sie mit Rücksicht auf den negativen Antrag der Staatsbehörde gegenstandslos sind. Der Gerichtssof wird, nachdem beide Parteien einig sind, die Frage der Beeidigung nicht in Erörterung ziehen.

Dr. Singer: Wenn der Gerichtshof dem Antrag der Staatsbehörde beitritt, so entfällt selbstverständlich diese Ausführung.

Präs.: Dann erkläre ich das Beweisverfahren für geschlossen und unterbreche die Verhandlung, um sie morgen um 9 Uhr fortzusetzen und dem Herrn Staatsanwalt zur Entwickelung seiner Schlußanträge das Wort zu ertheilen.

Um 2 Uhr wurde die Verhandlung geschlossen.

Digitized by Google

Eilfter Verhandlungstag.

Beginn der Verhandlung 9 Uhr 15 Minuten Vormittags.

Der Präsident ertheilt dem Staatsanwalte das Wort zur Stellung seiner Schlußanträge.

Staatsanwalt: Ich halte es für angezeigt, vor Allem ein kurzgefaßtes Bild des Ursprunges und der Entwicklung der Arbeiterbewegung bis zu dem Momente der Anhängigwerdung der Untersuchung, deren Resultate sich vor Ihnen, meine Herren, im Laufe der Verhandlungen abgewickelt haben, zu entwerfen. Ich mußte mich hiebei entscheiden, welches Land, welches Volk ich zum Ausgangspunkte dieser meiner Darstellung nehmen wollte, und ich habe mich für Deutschland und das deutsche Volk deßwegen entschieden, weil die unter den deutschen Arbeitern vollzogene Parteibildung es war, welche zuerst und zunächst ihren Einfluß auf die österreichischen Arbeiter geltend machte.

Die seit Ende des vorigen Jahrhunderts von jenseits des Rheines beharrlich herübertönenden Klänge des Communismus und des mit demselben geistesverwandten Socialismus waren auch an den deutschen Arbeitern nicht spurlos vorübergegangen. Bei den deutschen Arbeitern bedurfte es einer langen Zeit, bis diese Idee zur Erkenntniß, zur That reifte, was bekanntlich erst nach Decennien, erst im Jahre 1848 mehr oder weniger der Fall war. Die Ereignisse des Jahres 1848 und die Nachwirkungen derselben hatten jedoch die deutschen Arbeiter weder befriedigt noch vereint; im Gegentheile war ein heftiger Streit zwischen Gewerbefreiheit und Zunftbeschränkung entstanden. Umsonst hatte man sich auf einem neben dem Frankfurter Parlamente abgehaltenen allgemeinen Gewerbe- und Handwerker-Congresse dahin ausgesprochen, daß das Heil der Arbeiter in der Beschränkung der Gewerbefreiheit zu finden sei; umsonst hatte der zur selben Zeit und am selben Orte tagende allgemeine deutsche Arbeiter-Congreß Proteste gegen die Gewerbefreiheit erlassen. Die Arbeiterbewegung, das Streben nach Verbesserung der materiellen Existenz war einmal in Fluß gerathen und schwankte zwischen den verschiedensten Problemen und Vorschlägen zu deren Regelung hin und her. Schultze-Delitzsch gelang es zuerst, diese verschiedenen Bestrebungen und Ideen in ein

Digitized by Google

System zu bringen. Auf dem internationalen Congresse vom Jahre 1857 zu Frankfurt am Main verlieh er zum ersten Male seinen Grundsätzen über die practische Anwendung der genossenschaftlichen Selbsthilfe Ausdruck. Er fand die Ursache der Nothlage der Arbeiter in deren wirthschaftlichen Unselbstständigkeit, geschaffen durch ihre Creditlosigkeit und durch die im Verhältnisse zum Großbetriebe viel zu hohen Gestehungskosten des Kleinbetriebes. Da nun der arbeitenden Classe in der Regel der Realcredit nicht zu Gebote steht, so ist sein System darauf bedacht, den Personalcredit zu schaffen, und er fand das Mittel hiezu in der solidarischen Haftung der Creditnehmer geschaffen durch den genossenschaftlichen Verband, die Association, welche vor Allem bestrebt sein soll, durch Sparen der Mitglieder die nöthigen Fonds aufzubringen. Als Mittel dieses Sparen zu ermöglichen und die Früchte desselben nutzbringend zu machen, werden Consum-, Spar-, Vorschuß-, Magazin-, Rohstoffvereine und Produktiv-Genossenschaften, d. h. die Vereinigungen Mehrerer zum gemeinschaftlichen Betriebe, um auch den kleinen Leuten die Vortheile des Großbetriebes zu Theil werden zu lassen, vorgeschlagen. Seine Grundsätze fanden bald Anklang, und bereits im Jahre 1859 bestand eine bedeutende Anzahl von, seinen Principien huldigenden Vereinen, so daß die „Anwaltschaft der deutschen Wirthschafts- und Erwerbsgenossenschaft" zu Berlin unter dem Vorsitze und der Leitung Schultze-Delitzsch gegründet, und die Abhaltung eines jährlichen, von den Delegirten der einzelnen Vereine zu beschickenden Vereinstages beschlossen wurde. Seine Principien und Grundsätze wußten sich sehr bald eindringlich geltend zu machen. Laut der statistischen Nachweisungen bestanden im Jahre 1866 1433 derartige Vereine mit nahezu 500.000 Mitgliedern, welche ein eigenes Capital von circa 9 Millionen Thaler besaßen, welche einen Geschäftsverkehr von 105—110 Millionen Thaler aufwiesen und denen fremde Capitalien in einer bedeutenden Höhe zur Verfügung standen. Auch die Regierung nahm sich dieser Richtung der Bestrebungen an und bereits 1867 erlangte auf dem preußischen Landtage ein eigenes Gesetz über die Erwerbsgenossenschaften Rechtskraft. Durch die hiedurch reger gewordene und in geregelte Bahnen geleiteten Arbeiterbewegung war es gekommen, daß man sich angelegentlich und wiederholt darüber besprach, wie denn die Fortbildung und Ausbildung des Systems möglichst gemeinschaftlich berathen werden könne. Der Nürnberger Arbeiterbildungsverein erließ im Jahre 1862 einen Aufruf, mittelst dessen für den

Digitized by Google

1. November 1862 alle deutschen Arbeitervereine, Innungsverbrüderungen und Freunde des socialen Fortschrittes zu einem allgemeinen Arbeitertage nach Nürnberg eingeladen wurden, welcher zwar nicht zu Stande kam, allein es hatte dieser Aufruf eine allgemeine Bewegung gerade in dieser Richtung hervorgerufen und das in Leipzig bestandene Central-Comite zur Ermöglichung der Einberufung dieses Congresses wandte sich damals an Lassalle mit dem Ersuchen, seine Meinung über die wahren Gründe der Nothlage der Arbeiter bekannt zu geben.

Ferdinand Lassalle erließ am 1. März 1863 sein bekannt gewordenes offenes Antwortschreiben. Er verwarf die Selbsthilfe und deren Mittel als ungenügend, zeitraubend und dennoch nicht dem Zwecke entsprechend; er erklärte, daß das Heil nur in der Staatshilfe, diese selbst aber erst dann gefunden werden könne, wenn der entscheidende Einfluß im Staate in die Hände der arbeitenden Classe übergegangen sei, und zwar durch das allgemeine directe Wahlrecht, weßhalb er die unausgesetzte und wohlorganisirte Agitation hiefür empfahl. Diese seine Erklärung und Anweisung rief eine heftige Bewegung hervor, welche selbstverständlich von der früheren ganz verschieden war. Er selbst trat an die Spitze dieser Bewegung. Das von mir erwähnte Leipziger Comite adoptirte seine Grundsätze. Lassalle wohnte im Mai 1863 über Antrag der Arbeiter des Maingaues einem Congresse in Frankfurt am Main bei, wo er die Bildung eines allgemeinen deutschen Arbeitervereines vorschlug und trotz des hie und da dagegen erhobenen Wiederspruches durchsetzte; er selbst trat an die Spitze dieses Vereines. Unter und mit Lassalle betrat die Arbeiterbewegung zum ersten Male offen und entschieden das Gebiet der Politik. Lassalle setzte dem Systeme der Selbsthilfe daß System der Staatshilfe deßhalb und insofern entgegen, als er vom Staate zur Schöpfung seiner Productivgenossenschaften rücksichtlich der hiezu nothwendigen Capitalien die Garantien, den Credit beanspruchte und obwohl der Staat vor allem Anderen verpflichtet wäre, für die Interessen der arbeitenden Classen deßhalb zu sorgen, weil dieselben angeblich die Majorität im Staate bilden, und es nicht mehr als billig sei, daß die übrigen Alle dazu beitragen, damit Jenen geholfen werde, welche eigentlich den Staat bilden, so sei doch von den gegenwärtigen Regierungen, welche sich in den Händen der besitzenden Classen befinden, in dieser Richtung wenig zu erwarten, weßhalb darauf gedrungen werden müsse, daß die Leitung, der entscheidende Einfluß in die Hände der Besitzlosen übergehe. Das Mittel

Digitized by Google

hiezu fand er in dem directen Wahlrechte, und mit Hilfe desselben gedachte Lassalle, den gegenwärtigen Staat in einen Arbeiterstaat umzugestalten.

Ich habe Ihnen hier, meine Herren, nach meiner Auffassnng in den Hauptgrundzügen jene zwei Hauptsysteme entwickelt, welche in den letzten Decennien die deutsche Arbeiterpartei beherrschten. Es war nicht Gegenstand der Untersuchung, nicht Gegenstand der Verhandlung, und kann auch nicht Gegenstand Ihres Spruches sein, welches dieser beiden Systeme vorzüglicher, welches vortheilhafter sei, sowie auch nach meiner Meinung vor Ihnen, meine Herren, über die Nothwendigkeit, Berechtigung und Zweckmäßigkeit der Arbeiterbewegung im Allgemeinen kaum discutirt werden kann, weil nicht Ideen, nicht Anschauungen und Wünsche die Grundlagen der strafrichterlichen Thätigkeit sind, und diese erst dann eintritt, wenn zur Realisirung dieser Ideen, Anschauungen und Wünsche eine Agitation in's Werk gesetzt wird, und durch diese Agitation die öffentliche Sicherheit, die Existenz des Staates und der Gesellschaft in irgend einer Richtung gefährdet wird, wo dann eben diese Gefährdung das Substrat der richterlichen Thätigkeit ist, und von diesem Gesichtspunkte aus halte ich nach meinem Standpuncte jede Arbeiterbewegung, welche streng auf Lassalleanischen Grundsätzen beruht, insofern für bedenklich, als in derselben eine unausgesetzte, wohlorganisirte Agitation als Hauptprincip aufgestellt ist, und, wie der Augenschein lehrt, eine solche Agitation leicht Mittel wählt, Wege und Richtungen einschlägt, welche das Einschreiten der Behörde, welche die Thätigkeit des Strafrichters herausfordern. Denn wenn man auf jene Thätigkeit Lassalle's zurückgeht, bevor er das Gebiet der socialen Bestrebungen betrat, wenn Sie sein politisches Auftreten ursprünglich in's Auge fassen, so werden Sie zur Ueberzeugung kommen, daß ruhige und gemäßigte Agitation nicht seine Sache war. Er drängte mehr auf raschere Entscheidungen, und die Politik, ein Eingreifen in dieselbe, eine Umgestaltung der politischen Verhältnisse war das Ziel seiner Bestrebungen. Hiezu jedoch bedurfte er einer Macht, hiezu bedurfte er zahlreicher und unbedingt ergebener Anhänger, und von diesem Standpunkte aus — es ist dies meine Auffassung — war das Rechnen mit der Magenfrage eben in jenem Theile Deutschlands und Europa's, wo er diese Frage hinwarf, eine kaum verfehlte Speculation. Ich habe gesagt, es ist dieß meine Auffassung, wie ich mir dieselbe aus den Schriften und Reden Lassalle's gebildet habe, und glaubte dieselbe hier

Digitized by Google

deshalb vorbringen zu müssen, weil ja die Angeklagten sich ganz unumwunden als Anhänger seiner Schule erklärten, weil Ihnen bekannt geworden ist, daß seine Grundsätze für die Wiener Arbeiterpartei maßgebend wurden und weil Sie meiner Ansicht nach aus den Ergebnissen der Schlußverhandlung die Ueberzeugung gewonnen haben dürften, daß ein wesentlicher Theil desjenigen, was überhaupt an Strafbarem vorgefallen ist, auf Rechnung Jener zu schreiben ist, welche von seinem Standpunkte und nach seinen Grundsätzen die Leitung der Bewegung in die Hand genommen haben.

Wenn wir nun Umschau halten, wie und inwiefern die Arbeiterbewegung in den anderen Theilen Europa's sich entwickelt hat, so fällt vor Allem England in's Auge. In London bestanden zwar schon lange wichtige sociale Einrichtungen, welche die Arbeiter für sich geschaffen hatten. Allein jener wichtige Act, welcher für die gesammte Arbeiterbewegung der ganzen civilisirten Welt eine Bedeutung von eminenter, gar nicht abzusehender Tragweite hat, spielte sich zu London am, wenn ich nicht irre, 28. September 1864 ab. Dort hatten sich die Arbeiter an den damaligen Minister mit dem Ersuchen gewendet, für das damals in vollster Insurrection befindliche Polen in irgend einer Weise einzuschreiten, und sie hatten sich mit den Pariser Arbeitern deßwegen in Verbindung gesetzt, damit diese sich ihnen anschließen. Diese kamen ihrer Aufforderung nach. Es fand jene von mir erwähnte Versammlung statt, welche von allen Nationalitäten besucht wurde, und damals wurde die internationale Arbeiter-Association geschaffen. Nebst den politischen Fragen kamen auch die socialen Fragen zur Besprechung und von allen Nationalitäten und aus allen Ländern wurden in dieser Richtung dieselben Klagen vorgebracht, so daß sich auf diese Art eine Solidarität der arbeitenden Classe aller Länder herausstellte, weßhalb man den Beschluß faßte, eine alle Arbeiter aller Länder umfassende Institution zu schaffen. Man nannte dieselbe „internationale Arbeiter-Association", wählte einen Centralrath, welcher später den Namen Generalrath annahm, der beständig in London residirte, und betraute denselben mit der provisorischen Leitung der Institution und mit dem Entwurfe und der Veröffentlichung eines provisorischen Programmes und provisorischer Statuten. Carl Marx wurde mit diesem Entwurfe betraut und dieser faßte das Programm in dem Hauptgrundsatze zusammen, es sei die Pflicht der Arbeiter, politische Macht zu erobern, die Arbeiter aller Länder in sich und mit sich zu vereinigen, um durch

Digitized by Google

Zahlen imponiren zu können. Für das Jahr 1865 wurde zur vollständigen Constituirung der Association ein Congreß nach Brüssel angeordnet, welcher jedoch an dem Widerstreben der dortigen Regierung scheiterte, weßhalb man sich nach der Schweiz wandte, wo auch in den ersten Tagen des September 1868 zu Genf ein Congreß stattfand.

Dieser Congreß nahm die von Marx verfaßten Entwürfe des Programmes und der Statuten an. Die wesentlichen Grundsätze dieses Programmes und der Statuten sind Ihnen im Verlaufe der Verhandlungen bekannt geworden, und ich bin daher der Mühe überhoben, dieselben einzeln und im Detail recapituliren zu müssen. Im großen Ganzen wurde als der Zweck der internationalen Arbeiter-Association hingestellt, den in den verschiedenen Ländern bestehenden Arbeiter-Gesellschaften zum Schutze, zur Förderung und zur vollständigen Emancipation der arbeitenden Classen einen centralen Mittelpunkt der gegenseitig unterstützenden Mitwirkung und Mittheilung deshalb zu schaffen, weil bisher alle auf das hohe Ziel der Emancipation der Arbeit gerichteten Bestrebungen an dem Mangel an Solidarität zwischen den vielfachen Zweigen der Arbeit jedes Landes und an dem Mangel eines einheitlichen Bandes zwischen den Arbeiterclassen und Arbeiter-Gesellschaften der einzelnen Länder gescheitert waren, daher eine alle Arbeiter aller Länder und Völker umfassende, eine internationale Association nothwendig sei, da die Emancipation der Arbeiter weder ein locales, noch nationales, sondern sociales Problem ist, welches alle Länder und Völker der civilisirten Welt umfaßt. Dies sind die Hauptgrundsätze und der Hauptzweck der internationalen Arbeiter-Association. Der internationale Charakter der ganzen Arbeiterbewegung wurde von den Angeklagten bereits selbst zugegeben und wird sich aus der Entwicklung und aus dem Auftreten der Agitation herausstellen, und dieser Gesichtspunkt ist es, welcher allein schon eine Solidarität der ganzen Arbeiterbewegung in der Arbeiterpartei begründet und nachweist, und welcher die Regierungen darauf hätte längst aufmerksam machen sollen, daß sich ganz im Stillen neben ihnen und unter ihnen eine zweite Macht im Staate, eine zweite Regierung im Staate entwickelt hat, welche eine gefährliche und um so bedenklichere Concurrenz bildet, als diese zweite Macht, diese zweite Regierung ihre Hilfsquellen und Unterstützung nicht allein in diesem Staate selbst, sondern im Auslande und nicht

Digitized by Google

vielleicht in einem Lande des Auslandes, sondern in der ganzen Welt findet, und welche um so bedenklicher ist, als ja diese Macht und diese Nebenregierung als Hauptgrundsatz aufgestellt hat, politische Macht zu erobern, und Sie nicht werden verkennen können, daß in der für alle Länder und Völker gerechten Form der internationalen Arbeiter-Association zur Durchführung und Realisirung dieses Programmes ein außerordentlich zweckmäßiges und deshalb um so gefährlicheres Mittel gewählt worden sei. Man ging auch sogleich daran, dem Zwecke der Institution und der Erzielung der Vereinigung entsprechende Institute zu gründen, welche ihren Ausgangspunkt und wieder ihre Vereinigung in der internationalen Arbeiter-Association zu finden hatten. Da man es nämlich als zweckmäßig erkannt hatte, so wenig als möglich mit kleineren Körperschaften zu thun zu haben, und da es auch als nothwendig betont worden war, die Arbeiter nach nationalen Momenten zu sondern, so wurde damals schon die Sectionsgruppe deutscher Sprache der internationalen Arbeiter-Association mit dem Sitze in Genf unter der Leitung Johann Philipp Becker's, eines bekannten Agitators, geschaffen, in welcher Gruppe die Arbeiter-Gesellschaften deutscher Zunge, welche den Grundsätzen der internationalen Arbeiter-Assotiation huldigen und derselben beitreten, ihre Vereinigung finden sollten, und hiedurch war der Weg geebnet und das Mittel gefunden, um aus dem Umstande, daß auch Deutschland sich bereits einer Arbeiterbewegung erfreute, Capital zu schlagen und die zahlreichen und kräftigen Arme der deutschen Arbeiter jener Ziffer zuzuzählen, mit welcher eben imponirt werden sollte, um politische Macht zu erringen. Und daß man richtig gerechnet, daß diese Institution ihren Zweck nicht verfehlte, werden Sie ersehen, wenn wir hinblicken, welchen Einfluß sich die internationale Association in Deutschland zu erringen wußte. Dort war, wie bekannt, am 31. August 1864 Lassalle gestorben, und nach seinem Tode hatte sich die Arbeiterpartei insofern in zwei Theile gespalten, als von dem einem Theile Opposition gegen die Einmengung der Politik in Arbeiterbestrebungen gemacht wurde. In den ersten Tagen des September 1868 war für Nürnberg ein Congreß einberufen, welcher die in der deutschen Arbeiterpartei bestehende Spaltung zur Austragung bringen sollte. Es waren damals circa 129 oder 130 Vereine des Verbandes der deutschen Arbeitervereine vertreten, und da war es, wo auch Oesterreich in dieser Richtung zum erstenmale eine Rolle spielte. Es waren nämlich

Digitized by Google

auf diesem Congresse auch Hermann Hartung und Oberwinder aus Wien als die Delegirten des socialdemokratischen Wiener Agitationscomités erschienen. Es dürfte Ihnen auffallen, da Sie im Laufe der Verhandlungen erfahren haben, daß Hartung und Oberwinder Ausländer waren, daß gerade zwei Ausländer es waren, welche das Wiener socialdemokratische Agitationscomité auf dem Nürnberger Congresse vertraten, sowie es Ihnen, meine Herren, befremdend erscheinen dürfte, daß dieses Agitationscomité einen Congreß beschickt habe, welcher ausschließend über Arbeiterangelegenheiten zu verhandeln hatte.

Allein, da Sie durch die Ergebnisse der Verhandlung erfahren haben, daß das socialdemokratische Agitationscomité seinen Ursprung in der Arbeiterpartei und in der Arbeiterbewegung hatte und lediglich eine politische Agitationsmaske der Wiener Arbeiterpartei gewesen ist, so wird sich Ihr Befremden auf dasjenige reduciren, was ich ursprünglich angeführt habe, daß die österreichischen Arbeiter in Nürnberg durch zwei Ausländer vertreten wurden, indem außer diesen nur noch Rabel und Mehling als die Vertreter des auf dem Grundsatze der Selbsthilfe beruhenden Vereines „Selbstkraft" in Wien interveniren.

Was nun die Verhandlungen dort anlangt, so zeigt es sich vor Allem, wie sehr den dort Versammelten darum zu thun war, die österreichischen Arbeiter für sich zu gewinnen. Es ergibt sich das aus der Debatte darüber, ob den österreichischen Vereinen, welche dem Verbande nicht angehören, und den aus der Fremde hergereisten Theilnehmern, welche nicht Mitglieder des Verbandes sind, das Stimmrecht zuerkannt werden solle. Ungeachtet des §. 3 der Statuten der bisherigen Uebung und des erhobenen Widerspruches wurde doch beschlossen, daß den Wiener Vertretern, wenn sie den Anschluß ihrer Vereine erklären, das Stimmrecht eingeräumt werden soll. Das Wesentliche der daselbst geführten Debatten und gefaßten Beschlüsse ist Ihnen, meine Herren, bekannt geworden, und ich glaube mich daher darauf beschränken zu können, daß ich mich an das Programm halte, welches damals beschlossen wurde, und welches Ihnen bei der Verhandlung vorgelesen wurde. Wenn Sie sich an dieses Programm erinnern, wenn Sie dessen Inhalt bei der Urtheilsfällung zur Hand nehmen, und wenn Sie dieses Programm mit den Grundsätzen der internationalen Association, welche auch auf dem Nürnberger Tage angenommen wurden, vergleichen, so werden Sie finden, daß man in Nürnberg schon ungleich weitergegangen ist, indem daselbst für die politische Haltung und die Tendenz der Arbeiter-

Digitized by Google

bestrebungen, das nothwendige Ziel derselben, präcise Forderungen und Grundsätze dahin und insoweit aufgestellt wurden, als man sich dort bereits entschieden hatte, daß die sociale Frage von der politischen nicht getrennt, und beide zusammen nur im demokratischen Staate gelöst werden können, und als man daselbst als demokratischen Staat denjenigen erklärt hatte, in welchem das Volk, selbstherrschend durch selbstgewählte gesetzgebende und vollziehende Gewalten, diese selbst stets unter dem unmittelbarsten Einflusse des ganzen Volkes stehend, seine Geschicke selbst lenkt und leitet. Ich erlaube mir da nur zu bemerken, daß man anstatt dieser Definition wohl viel leichter ein kurzes Wort, E i n Wort hätte gebrauchen können, welches ebenfalls diesen Begriff in sich vereint.

Dieses Programm wurde zwar beschlossen, allein es war auf lebhaften Widerspruch gestoßen und ein Theil der Versammlung widerstrebte deßhalb, weil er grundsätzlich gegen die Einbeziehung der Politik und weil er der Ansicht war, daß beim Bestande und bei der Geltung dieses Programmes es möglich wäre, daß die Arbeiter von irgend einer Partei willenlos und wissenlos zu ihren Zwecken mißbraucht werden können.

Einer der Beschlüsse dieses Congresses, auf welchen ich den hohen Gerichtshof noch insbesondere aufmerksam machen muß, war derjenige, mittelst dessen die Gewerkschaftsgenossenschaften in's Leben gerufen werden sollen, weil diese Gewerkschaftsgenossenschaften und die zur Constituirung derselben gefaßten Beschlüsse so recht das Streben nach vollständigster Machtentwicklung und nach Einfluß auf die Leitung der ganzen Arbeiterbewegung documentiren. Wenn Sie sich erinnern, so wurde rücksichtlich derselben gesagt, daß durch die Gewerkschaftsgenossenschaften nicht nur erreicht wird, daß die Arbeitermassen, welche dem öffentlichen Leben bisher fern standen, zu diesem herangezogen und durch diese Organisation zu einer allezeit schlagfertigen Armee für die Emancipation des Volkes werden, sondern daß durch dieselben zugleich der Boden geschaffen wird, auf welchem das Kastenwesen in seiner vielfachen Gestaltung am besten gedeiht.

Letzterer Ausdruck ist insofern zu verstehen, als beide Fragen mit der Gründung von Aushilfs-, Kranken-, Invalidencassen u. s. w. in Verbindung gebracht wurden. Ich mußte auf diesen Beschluß deßhalb hinweisen, weil wir der Ausführung desselben in ganz eminenter Weise wieder hier in Wien begegnen werden.

Digitized by Google

Beinahe gleichzeitig mit diesem mehr oder weniger mißlungenen Versuche, die unter der deutschen Arbeiterpartei bestehende Spaltung zu beheben, hatte man in der Schweiz günstigere Resultate in dieser Beziehung erzielt. Im August 1868 war zu Neuenburg ein Congreß der deutschen Arbeiterbildungsvereine der Schweiz. Dieser Congreß hatte sich ebenfalls wieder über ein bestimmtes, präcises Programm seiner Partei und seines Vorgehens geeinigt, und es wurde das bereits bestehende Journal „Felleisen" als das Organ dieser Partei bestimmt und die Redaction auf die genaue Einhaltung des Programmes verpflichtet. Dieses Programm, welches uns bekannt ist, lautet dahin, daß in politischer Richtung ausschließlich der demokratisch-republikanische Standpunkt zu vertreten sei, daß in socialer Richtung auf dem Grundsatze der Gegenseitigkeit und Gesammtverbindlichkeit der Arbeiter aller Länder die Gleichberechtigung aller Menschen zum Lebensgenusse allein der maßgebende Gesichtspunkt sei, so daß als Endziel aller socialen Bestrebungen die Herstellung socialer Institutionen und die Errichtung eines europäischen Freistaatenbundes hervorleuchtet.

Mit diesem Programme wurde, das erste Mal bestimmt und deutlich Farbe bekannt, was es mit den politischen Bestrebungen der Arbeiterpartei für eine Bewandtniß habe und wohin sie abzielen, und das Parteiorgan, dasjenige, welches die Grundsätze der Partei kundzugeben hat, in seiner Aufgabe getreu nachgekommen, indem bereits in der ersten Nummer des Jahres 1869 ausdrücklich angeführt wird, daß als Ziel aller jetzigen, wahrhaft bewußten Arbeiterbestrebungen die social-demokratische Föderativrepublik als jene Staatsform zu gelten hat, in welcher allein der Arbeiter seine Menschenrechte zur vollen Geltung bringen könne, und da im Kampfe um Erringung dieser höchsten Menschenrechte jedenfalls noch zu gewaltigen Zusammenstößen und Kriegen kommen werde, welche nur die herrschsüchtige Partei im Staate verschulde, so sei es nicht nur ein Recht, sondern auch die Pflicht der Arbeiter, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben, so daß nur die Revolution die Entscheidung bringen werde. Von den weiteren Forderungen, welche dieses Programm enthält, erwähne ich nur noch der unbedingten Preßfreiheit, des unbeschränkten Vereins- und Versammlungsrechtes, der radicalen Umgestaltung des Unterrichtswesens auf Grund der Lehr- und Lernfreiheit und des kostenfreien Unterrichtes für Jedermann, der Abschaffung aller Privilegien und der indirecten

Digitized by Google

Steuern, der Einführung der progressiven Einkommensteuer und der Abschaffung der stehenden Heere.

Auch diese Ausführung und Erläuterung des Programmes wurde vom Präsidium des genannten Congresses als das Programm der Partei bestätigt, so daß kurz gefaßt als das Ziel der Bestrebungen dieser Partei nebst der vollständigen Umgestaltung aller politischen und socialen Verhältnisse, die durch die Arbeiter im Falle der Nothwendigkeit auch mittelst Gewalt herbeizuführende socialdemokratische Föderativrepublik als jene Staatsform, in welcher allein der Arbeiter seine Menschenrechte zur vollen Geltung bringen kann, hervorleuchtet. Und daß es mit diesem Programme geradezu auf die Länder mit monarchischen Institutionen abgesehen sei, und daß es nicht richtig sei, wie behauptet wurde, daß dieses Programm auch für die Schweiz Geltung habe, weil ja dort keine socialdemokratische Föderativrepublik bestehe, geht klar aus der weiteren Behauptung und Ausführung hervor, daß selbst jene Arbeiter und Arbeiterführer, welche glauben und vertreten, daß auch in Ländern mit monarchischen Regierungsformen den Forderungen der Arbeiter Rechnung getragen werden könne, und daß sie auch dort die Realisirung ihrer Ziele und Bestrebungen durchsetzen können, gerade als Verräther bekämpft und verfolgt werden müßten.

Auch dieser Congreß hatte sich zu den Grundsätzen der internationalen Arbeiterassociation bekannt. Wenn Sie nun, meine Herren, das ursprüngliche Programm der internationalen Arbeiterassociation und ferner erwägen, um wie viel weiter man in Nürnberg bereits gegangen ist, indem dort, wie ich bereits erwähnte, als Grundsatz aufgestellt wurde, daß die politische und die sociale Frage von einander untrennbar sei und daß beide zusammen nur im demokratischen Staate zu lösen seien, und wenn Sie damit das Neuenburger Programm vergleichen, so werden Sie nicht verkennen können, daß hier in der Arbeiterbewegung eine ganz neue Phrase eingetreten ist und daß man, da in der Schweiz bereits die republikanische Regierungsform besteht, aus den bereits von mir entwickelten Gründen die Länder mit monarchischen Regierungsformen im Auge hatte, und daß ungeachtet der wesentlichen Verschiedenheiten der Hauptgrundsätze dieses Programmes von jenen der internationalen Arbeiterassocitation das formelle Institut derselben dennoch angenommen worden ist, weil die Pläne und Tendenzen der Partei in der für alle Länder und Völker gerechten Form

Digitized by Google

der internationalen Arbeiterassociation in dieser das bequemste und verläßlichste Mittel fanden, ihrer Partei die möglichste Ausbreitung und zum Zwecke der Realisirung ihrer Ziele und Bestrebungen die umfassendste Macht zu verschaffen. Wie bekannt, waren Jene, welche dieses Programm zu vertreten hatten, die Redacteure des „Felleisen", Dr. Ladendorf und Amand Goegg, nicht nur im Verkehre, sondern in directer Verbindung mit Oberwinder und Hartung, also mit den einflußreichsten und maßgebendsten Führern der Wiener Arbeiterpartei. Diese Beiden hatten auch an dem Nürnberger Congresse theilgenommen. und in Folge dessen gewannen die Nürnberger und Neuenburger Beschlüsse einen wichtigen Einfluß auf die Arbeiterbewegung Oesterreichs und Wiens. Bis zum Jahre 1868 hatte die Arbeiterbewegung in Wien, ungeachtet man um diese Zeit bereits, wie es scheint, durch die Hieherſendung bewährter und verläßlicher Agitatoren Vorsorge getroffen hatte, eine präcise Form noch nicht angenommen. Ich muß Sie, meine Herren, darauf aufmerksam machen, daß Sie erfahren haben, daß eben um diese Zeit, kurz vorher, Hartung, Oberwinder und Most, alle drei bereits früher in der Arbeiterbewegung wohlbewandert, hieher nach Wien gekommen sind. Man hatte sich bis gegen das Jahr 1868 noch immer nicht geeint, welches der beiden Systeme, ob Schultze-Delitzsch oder Lassalle, hier das geltende sein soll, bis endlich auch diese Frage gelöst wurde. Allein trotz alledem hatte bis dahin die Arbeiterbewegung in Wien noch immer keinen acuten Character angenommen, und daß etwas gähre, hievon gaben nun zahllose, trotz ihres Getöses und Geschaumes mehr oder weniger nichtssagende Phrasen Zeugniß. Anders war es, als nach dem Eintreffen der von mir erwähnten Agitatoren deren Erfahrungen in die Action eintraten. Es zeigte sich dies vor Allem, daß man daran ging, sobald die Vereinsgesetze es gestatteten, ein Centrale für die Arbeiterbegung zu schaffen, in Folge dessen der Wiener Arbeiter-Bildungsverein gegründet wurde, welcher im December 1867, und zwar als nichtpolitischer Verein die Bestätigung erhielt. Ich glaube, daß es ein Mißgriff war, in dieser Form den Wiener Arbeiter-Bildungsverein ins Leben treten zu lassen; denn wenn Sie die beiden ersten Punkte der betreffenden Statuten erwägen, so werden Sie es wohl kaum für möglich halten, daß in denselben der Zweck des Vereines normirt sei, und daß dieser Verein der Politik und der Agitation auf dem Felde der Politik fremd bleiben werde, zumal es ja bekannt war, daß eben damals die Majorität

Digitized by Google

sich bereits für die Grundsätze Lassalle's ausgesprochen hatte, und nach meiner Meinung die Durchführung und Realisirung dieser Grundsätze ohne entscheidendes und eminentes politisches Agitiren geradezu unmöglich ist. Es wurde auch das Vertrauen, welches man dadurch gewährte, daß man diesen Verein als einen nichtpolitischen ins Leben treten ließ, gründlich nicht nur ausgenützt, sondern geradezu mißbraucht.

Alle ausländischen Agitatoren fanden in dem Wiener Arbeiterbildungsvereine Aufnahme und Unterstützung, ganz Wien wurde mit einem Netz von Filialen überzogen, die ganze Monarchie, wohin nur immer die Arbeiterbewegung sich erstreckte und Bedeutung erlangte, wurde mit Arbeiter-Bildungsvereinen beglückt, und diese wieder derart disciplinirt, welche in directer Verbindung mit dem Wiener Arbeiter-Bildungsvereine stehen, und das in einer Art, daß es nicht übertrieben ist, wenn man annimmt, daß nur Ein großer Arbeiter-Bildungsverein mit der Centrale in Wien besteht.

Durch die Gewerkschaftssection und durch die Gründung zahlreicher Fachvereine, welche wieder ebenso viele Filialen des Arbeiter-Bildungsvereines sind, weil die Gewerkschaftssection des Arbeiter-Bildungsvereines aus Delegirten dieser Fachvereine gebildet ist, wurde eine Einheit in die Leitung der Bewegung gebracht, deren Fäden in dem Arbeiter-Bildungsverein, in der Gewerkschaftssection und in den Händen der dort maßgebenden Agitatoren zusammenliefen.

Wie Sie aus den vorgelesenen Protocollen der Gewerkschaftssection entnommen haben, wurden in derselben die Debatten, welche in den einzelnen Fachvereinen und den Versammlungen derselben stattfinden, sollten, besprochen, es wurden die Redner hiezu bestimmt, so daß man jede einzelne Versammlung dieser Art als ein politisches Agitationsmittel der Gewerkschaftssection und der in derselben maßgebenden Partei ansehen muß.

Während man so diese ganze vortreffliche Organisation der Partei schuf, ging man auch daran, die Richtung zu kennzeichnen, welche die Bewegung einzuschlagen habe. Ich habe bereits erwähnt, daß schon damals eine, wenn auch geringe Partei den Principien Schultze-Delitzsch's die andere größere Partei den Principien Lassalle's huldigte.

Am 29. Juni 1868 fand in Zobel's Bierhalle der sechste Wiener Arbeitertag statt, bei welcher Gelegenheit ein sicherer Pauli den Antrag stellte: es möge über die Mitteln berathen werden, um die

Digitized by Google

Mitglieder zweier einflußreicher Parteien, welche auf socialem Wege verschiedenen Principien huldigen, wenigstens auf politischem Wege zu einigen. Es wurde zu diesem Zwecke ein Comite geschaffen, welches auf dem neunten Arbeitertage am 30. August 1868 seine Beschlüsse in der Form des dem hohen Gerichtshofe aus dem Sechshauser Strafacte zur Kenntniß gelangten Programmes des neunten Arbeitertages vorbrachte, welches Programm von diesem neunten Arbeitertage angenommen, und wobei sogleich ein Comite gewählt wurde, welches diese Grundsätze dem Staate gegenüber zur Geltung bringen sollte. Dieses Comite war das social-demokratische Agitations-Comite, in welchem Sie außer Hartung von den Angeklagten die Herren Oberwinder, Pabst und Eichinger finden, und aus welchem Comite die Herren Hartung und Oberwinder als Delegirte nach Nürnberg gesendet wurden.

Wenn Sie dieses Programm, welches Ihnen vorliegen wird, mit den beiden von mir bereits besprochenen Programmen des Nürnberger und Neuenburger Congresses vergleichen, so werden Sie eine auffallende Uebereinstimmung der einzelnen Forderungen in denselben finden, und Sie werden mir beistimmen müssen, daß hieraus hervorgeht, daß die Führerschaft der Wiener Arbeiterpartei sich damals bereits auf jenem Standpunkte bewegte, welchen das Nürnberger, insbesonders aber das Neuenburger Programm annehm, zumal Ihnen bekannt geworden ist, daß Oberwinder und Hartung, zweifellos die einflußreichsten Wiener Agitatoren, an dem Nürnberger Congresse selbst theilnahmen, und Ihnen ebenso bekannt ist, daß dieselben mit Ladendorf und Goegg in einem intimen Verkehre und in Verbindung standen, und Beide und Alle zusammen mit den anderen maßgebenden Wiener Führern das Band der internationalen Association vereinigte. Nicht minder geht aus dem Umstande, daß das socialdemokratische Agitations-Comite den Nürnberger Congreß, welcher ausschließlich sich mit den Interessen der Arbeiter beschäftigte, beschickte, klar hervor, daß die Führerschaft der Wiener Arbeiter mit dem Auslande Hand in Hand ging, und daß es vorzüglich politische Zwecke waren, zu welchen die Arbeiterbewegung ausgenützt werden sollte; und aus diesen beiden Erwägungen wird man zu dem Schlusse gelangen müssen, daß von diesem Zeitpunkte an das Nürnberger und Neuenburger Programm für die Agitation in Wien von großem und entscheidendem Einfluße, ja beinahe maßgebend gewesen sei. Hiefür spricht weiter der Umstand,

Digitized by Google

daß am 26. October des Jahres 1868 in der Fünfhauser Bierhalle eine Volksversammlung stattfand, welche Dr. Tauschinsky im Namen des socialdemokratischen Agitations-Comites als socialdemokratische Volksversammlung begrüßte, bei welcher er eröffnete, daß der Nürnberger Congreß aus dem früher bezeichneten Comite beschickt worden ist, und in welcher die ebenfalls zur Kenntniß des hohen Gerichtshofes gelangte Petition an das Abgeordnetenhaus zu Stande kam, und wenn über alles Das noch ein Zweifel wäre, so müßte ein solcher durch das zur Kenntniß des hohen Gerichtshofes gelangte Programm in der ersten Nummer des Parteiorganes „Volksstimme" gelöst werden, weil dieses Programm alle jene Forderungen aufstellt, welche eben in Nürnberg und Neuenburg beschlossen worden sind, wobei ich im Vorhinein der Einwendung begegnen muß, daß man aus diesem Programme deßhalb nichts folgern könne, weil dasselbe durch den Druck veröffentlicht und dagegen von Seite der Staatsanwaltschaft keine Einwendung erhoben worden sei.

Meine Herren! Die Bedeutung des Programmes und der darin enthaltenen Bestrebungen ist erst aus der Combination mit den vorausgegangenen Beschlüssen und Programmen, sowie mit jenen Begriffen und Anschauungen klar geworden, welche die Arbeiterpartei und die Führer derselben mit den in diesem Programme aufgestellten Begriffen verbindet, sowie aus der Combination mit Jenem, was seither nachgefolgt ist, daher es eine unberechtigte und nicht stichhältige Einwendung ist, daß bereits damals in jenem Programme der Thatbestand enthalten war, indem aus dem Angeführten sich ergibt, daß im April 1869 die Staatsanwaltschaft nicht in der Lage war, den gegenwärtig behaupteten strafbaren Thatbestand erkennen zu können, zumal nicht übersehen werden darf, daß der für den staatsanwaltschaftlichen Standpunkt maßgebenden Eisenacher Congreß erst im August 1869 nachfolgt. Ebenso wenig kann man einwenden, daß in den Wiener Beschlüssen, Programmen und Petitionen von einer socialdemokratischen Republik und einem europäischen Freistaatenbunde gar nichts vorkomme; man hatte denn doch Bedenken, durch derartige öffentliche Kundgebungen sogleich mit der Sicherheitsbehörde und der Staatsanwaltschaft in Conflict zu gerathen.

Allein, meine Herren, die wesentlichen und Hauptpunkte beider, des Nürnberger und Neuenburger Programmes, finden Sie auch hier in Wien vollständig angenommen und den Führern der Partei, der

Digitized by Google

eigentlichen Seele der Bewegung, war es in vorhinein bekannt, ihnen konnte es nicht einen Augenblick zweifelhaft sein, daß ein überwiegender Theil dieser Programmpunkte ohne durchgreifende Umänderung der politischen und socialen Verhältnisse nicht realisirt werden, daß an die Realisirung der meisten dieser Bestrebungen bei der gegenwärtigen österreichischen Regierungsform nicht zu denken sei, und da eben die bedeutendsten Führer und Agitatoren mit den Schöpfern und Trägern der Neuenburger Beschlüsse in unmittelbarer Verbindung stehen, da sie bei dem Nürnberger Congresse selbst mitgewirkt haben, so dürfte es ihnen wohl schwer werden, Jemanden glauben zu machen, daß sie nicht auch diese Theile der erwähnten beiden Programme in ihre Action aufgenommen hätten, und daß die Staatsanwaltschaft im Irrthume sei oder Unrecht habe, wenn sie behauptet, daß die ihres Strebens bewußten Führer der Wiener Partei die beiden erwähnten Programme vollinhaltlich zu den ihrigen gemacht haben und nach den Directiven derselben die österreichische und speciell die Wiener Arbeiterpartei lenkten.

Das socialdemokratische Agitations-Comité wurde, wie in der Verhandlung vorgekommen, durch die Erlässe der niederösterreichischen Statthalterei vom 21. November 1868 und des Ministeriums des Innern vom 10. Februar 1869 aufgelöst, und ich erwähne nebenbei, daß es ganz im Stillen, den Behörden unerreichbar, dessenungeachtet fortgewirkt zu haben *scheint*, wie schon aus einem zur Vorlesung gelangten Briefe Ladendorf's hervorgeht. Jedenfalls hatte dieses Auftreten in Wien der ausländischen Agitation die Ueberzeugung verschafft, daß in Oesterreich und speciell in Wien der Weg für ihre Thätigkeit nunmehr so recht geebnet sei, und man warf die Agitation nunmehr mit aller Macht und Gewalt nach Oesterreich und speciell nach Wien, an welchem Orte das Centrale für die ganze Monarchie geschaffen werden sollte. Dr. Schweitzer, Becker und Ladendorf wendeten sich nach und nach nach Wien, um für sich und ihre Partei Propaganda zu machen. Des Ersten Versuch war gänzlich mißglückt; Becker war bereits glücklicher, indem er in Brüshaver, Papst, Straßer auf ganz brauchbare, rührige und energische Agenten stieß, wodurch es ihm gelang, eine bedeutende Anzahl Mitglieder und einen bedeutenden Anhang für seine Partei zu gewinnen.

Ladendorf verkehrte vor Allem mit Oberwinder. Seine Briefe nach dieser Richtung hin sind zur Kenntniß des hohen Gerichtshofes

Digitized by Google

gelangt, und werde ich auf diese Briefe und ihren Inhalt und auf die bei Oberwinder vorgefundenen auswärtigen Correspondenzen, welche seine Verbindung mit der ausländischen Agitation documentiren, später noch zu reden kommen; gegenwärtig beschränke ich mich darauf, aus dem Inhalte dieser Briefe die Solidarität der Tendenzen der Wiener Arbeiteragitatoren vermöge des Einflusses, welchen Oberwinder auf diese Bewegung hatte, mit jener Partei zu constatiren, deren Ziele und Richtungen das Neuenburger Programm documentirt. Allein Ladendorf wußte, daß man der Agitation auch eine reelle Basis geben müsse. Im April 1869 wurde hier in Wien mit der Ausgabe des Parteiorganes die „Volksstimme", deren Programm Ihnen, meine Herren, bekannt ist, und auf welches ich mich wiederholt bezogen habe, begonnen.

Mehrere Nummern dieses Blattes brachten, ich weiß heute noch nicht zu welchem Zwecke, die Bestätigung der Redaction, so und so viel aus dem deutsch-republikanischen Fonde für die deutsche Republik erhalten zu haben. Klarer den Zusammenhang ihrer Partei mit jener Partei, welcher dieser Fond zur Verfügung stand, zu constatiren, wäre es der öffentlichen Anklage ja gar nie möglich gewesen. Ich erwähne hierbei nur noch kurz, daß nach den Erhebungen in dieser Richtung im Laufe eines Jahres beiläufig 3000 Francs und außerdem 1000 fl. für die Caution des „Volkswille" aus dem erwähnten Fonde der Wiener Agitation zur Verfügung gestellt wurden.

Was diesen Fond selbst anbelangt, so wird derselbe in Zürich durch Ladendorf und Goegg verwaltet.

Wir wären über die Natur dieses Fondes wohl im Unklaren, wenn uns nicht diese beiden Herren durch die Ihnen, meine Herren, bekannt gewordenen Eröffnungen und Erklärungen selbst hierüber Aufschluß gegeben hätten, woraus Sie erfahren haben, daß das ein Fond ist, aus welchem nie an Einzelne, sondern nur für die Parteiagitation und für die Herbeiführung der deutschen Republik Unterstützungen gewährt werden. Dieser Umstand widerlegt auf das gründlichste dasjenige, was von den Angeklagten, und insbesondere von den Herren Oberwinder und Most in dieser Richtung zu ihrer Vertheidigung vorgebracht wurde, daß nämlich das „Felleisen" nur das Organ einer Partei in der Schweiz sei, daß dasselbe nur Localinteressen verfolge, und daß die Wiener Arbeiterbewegung und speciell sie selbst mit diesen

Digitized by Google

Interessen, mit dieser Partei und mit diesem Organe gar nichts zu thun haben.

Nun, meine Herren, glauben Sie, daß Leute, wie Ladendorf und Goegg in so kurzer Zeit eine so beträchtliche Summe baaren Geldes hieher nach Wien geschickt hätten, wenn sie nicht die Garantie und die Bürgschaft dafür gehabt hätten, daß die Fahne hier wirklich in ihrem Sinne entfaltet wurde, und wenn sie sich nicht die Ueberzeugung verschafft hätten, daß hier nach ihren Grundsätzen gewirkt wurde? Wenn Sie andererseits nun erwägen, daß eben Ladendorf und Goegg jene Persönlichkeiten sind, welche das Programm jener Partei vertreten, welche als das Ziel aller heutigen Arbeiterbestrebungen die im Wege der Revolution zu erkämpfende socialdemokratische Föderativrepublik deßhalb bezeichnet, weil in dieser allein der Arbeiter seine Menschenrechte zur vollen Geltung zu bringen vermag, wenn Sie das intime Verhältniß dieser Beiden zu Hartung und Oberwinder und weiter noch erwägen, daß in einer verhältnißmäßig so kurzen Zeit so große Summen diesen Letzteren zur Verfügung gestellt wurden, so werden Sie mir beistimmen müssen, daß die maßgebende Führung der Wiener Arbeiterpartei ebenfalls schon seit langem eine vollständige Umwälzung der politi chen und socialen Verhältnisse Oesterreichs auf ihre Fahne geschrieben hatte, und daß, wenn auch in den hiesigen Beschlüssen, Programmen und Petitionen von einer socialdemokratischen Förderativrepublik, von einem europäischen Freistaatenbunde nichts vorkommt, diese Staatsformen dennoch als zu erstrebende Ziele lange schon in der österreichischen und speciell in der Wiener Arbeiteragitation wurzelten.

Wenn ich nun zur Arbeiterbewegung in Deutschland zurückkomme, so recapitulire ich, daß daselbst der Nürnberger Congreß seinem ursprünglichen Zwecke, die Spaltung in den deutschen Arbeiterparteien zu beheben, nicht entsprochen hat.

Im Jahre 1869 erließ Bebel, der Vorsitzende des Vorortes des Verbandes der deutschen Arbeitervereine, einen Aufruf an alle Verbands- und Parteigenossen, in welchem er die Nothwendigkeit einer neuen Organisation ihres bisherigen Verbandes vorhob und diese Nothwendigkeit deßhalb und damit und in der Richtung betonte, daß es nothwendig sei, eine einheitliche, strenge, auf Parteigrundsätzen beruhende Organisation zu schaffen, welche einem Jeden, auch dem Parteigetriebe ferne Stehenden, die Ueberzeugung aufdrängt, daß er es mit einer festen, compacten, auf strikten Parteigrundsätzen beruhenden

Digitized by Google

Partei zu thun habe, wozu aber eben nothwendig sei, daß alle der Partei angehörigen Vereine die gleichen Parteigrundsätze in ihr Programm aufnehmen, und wozu weiters nothwendig sei, daß eine gemeinsame Bezeichnung für die ganze Parteiverbindung geschaffen werde, Letzteres aus dem Grunde, damit, wenn die Polizei an irgend einem Orte einschreitet und allenfalls einen Verein aufhebt, die an diesem Orte bestehende Partei sich sogleich, etwa unter einem anderen Namen wieder constituiren kann, und der Schade damit gut gemacht wäre, während, wenn nur ein allgemeiner, über ganz Deutschland sich erstreckender Verein besteht, durch dessen Auflösung an einem Orte die ganze Organisation mit einem Schlage vernichtet würde.

Die auswärtigen Parteiorgane, darunter der „Vorbote", das Organ der internationalen Association in der Schweiz, das „Felleisen", das Organ der deutschen Arbeiter-Bildungsvereine in der Schweiz, begrüßten diesen Aufruf als ein Mittel, sämmtliche in der Schweiz, in Deutschland und in Oesterreich bestehenden Arbeitervereine in ihrer bisherigen Organisation ungehindert fortbestehen zu lassen, dieselben jedoch unter bestimmten gleichen Parteigrundsätzen und unter einem gemeinsamen Banner für die gemeinsamen Ziele und Bestrebungen nicht nur unter sich, sondern auch mit all' den Männern zu verbinden, welche offen und entschieden die socialdemokratische Republik anstreben.

Ich erlaube mir, Sie, meine Herren, darauf aufmerksam zu machen, welches Echo und welchen Wiederhall dieser Aufruf hier in Oesterreich fand.

Wie ich bereits bemerkt habe, ist dieser Aufruf Bebel's Anfangs Mai 1869 erflossen. Am 17. Mai 1869 war Herr Oberwinder in Brünn.

Wir haben gehört, daß er daselbst gesprochen hat; wir haben gehört, daß er die dort Versammelten darauf aufmerksam gemacht hat, daß wir vor ernsten Ereignissen stehen, und daß die Wiener Arbeiter darauf rechnen, daß sie im entscheidenden Momente auf die Brünner Arbeiter zählen können.

Am 30. Mai 1869 fand, wie Sie gehört haben, „bei der schönen Aussicht" unter freiem Himmel eine Volksversammlung statt, bei welcher der Schwur auf die rothe Fahne abgenommen wurde.

Es ist Ihnen bekannt geworden, daß außerdem auch noch ein Telegramm aus der Volksversammlung an die republikanischen, oder

Digitized by Google

wenigstens republikanische Principien huldigenden und dieselben vertretenden französischen Deputirten abging; Sie haben gehört, daß Herr Oberwinder dieses Telegramm verfaßt hat; es ist Ihnen auch bekannt geworden, daß direct die Beschuldigung ausgesprochen wurde, daß die Abnahme des Schwures auf die rothe Fahne und die ganze Comödie eine in vorhinein überlegte und beschlossene Sache war. Nun, ich übergehe das ganz und überlasse es Ihrer Beurtheilung, welchen Glauben Sie diesen Behauptungen schenken wollen, und ich beschränke mich darauf, daß ich Ihnen, meine Herren, sage: Die Erfahrungen, welche Sie hierüber gemacht haben, werden es Ihnen kaum gestatten, das Ganze lediglich als die Ausgeburt einer excentrischen, romantischen Phantasie betrachten zu können; denn daß dieser Schwur abgenommen wurde, das ist constatirt; daß nur dieses eine Mal ober der Tribune des Sprechenden die rothe Fahne flatterte, ist auch constatirt, und daß diese rothe Fahne von dem Arbeiter-Bildungsvereins-Diener dort aufgestellt wurde, dem konnte nicht widersprochen werden. Sie haben ferner die Aussage der Zeugin Podany, welche Ihnen unter Beziehung auf Ihren Eid angegeben hat, Hartung habe sie am Tage vorher zu dieser Volksversammlung deshalb eingeladen, weil, wie er sagte, etwas Interessantes vorkommen, der Schwur auf die rothe Fahne werde abgenommen werden, und als es geschehen war, habe ihr Hartung mitgetheilt, daß man hieraus Consequenzen werde ziehen können, da der Schwur einmal geleistet sei und man das Volk an diesen Schwur werde erinnern können; — und wie Sie aus einer zur Vorlesung gekommenen Rede des Angeklagten Schäfftner ersehen haben werden, hat dieser in seiner zu Allerheiligen 1869 in einer großen Versammlung gehaltenen Rede das Volk an den Schwur, den es auf die rothe Fahne abgelegt hat, erinnert.

In dem Parteiorgane, der „Volksstimme", wurde ganz bestimmt und präcise zur Beschickung des Eisenacher Congresses aufgefordert und unter denen, welche diesen Aufruf erließen, erscheinen Hartung und Oberwinder gefertigt.

Allein man begnügte sich, um den Eisenacher Congreß zu Stande zu bringen und denselben besonders für Oesterreich bedeutungsvoll zu machen, nicht mit dieser Agitation durch die Presse allein, es sollte noch ein kräftigerer Hebel angesetzt werden. Man bedurfte draußen in Deutschland der österreichischen Arbeiter, weil Jene, welche diese Partei sich schaffen wollten, darauf bedacht sein mußten, ihren Gegnern ein

Digitized by Google

Gegengewicht entgegenstellen zu können. — Wie Sie hörten, hat Liebknecht selbst gesagt: Die Wiener Delegirten sollen schauen, so viel als möglich Mandate hinaus nach Eisenach zu bringen. — Liebknecht benützte den Journalistentag im Jahre 1869, um Wien zu besuchen und unter der Maske des Journalistentages für seine Zwecke zu agitiren. Es wurde am 25. Juli 1869 eine Volksversammlung abgehalten, deren Reden Ihnen, meine Herren, wohl noch erinnerlich sein werden. Hartung bezeichnete in derselben als Zweck des Eisenacher Congresses, der Spaltung der Arbeiterpartei in Deutschland ein Ende zu machen und eine mächtige socialdemokratische Partei zu schaffen. Liebknecht wußte als gewandter Parteimann mit den Sympathien und den Gefühlen seiner Zuhörer wohl zu rechnen. Insbesondere muß ich auf jenen Theil seiner Rede aufmerksam machen, in welcher er von Oesterreich in einem freien, auf demokratischer Basis geeinigten Deutschland gesprochen, und darauf hingewiesen wird, daß die nichtdeutschen Länder Oesterreichs, föderalistisch geeinigt wie Ungarn, sich in den Vereinigten Staaten von Europa an das freie demokratische Deutschland anschließen müssen.

Nun, meine Herren, der Eisenacher Congreß hat wirklich stattgefunden und er wurde factisch auch von Oesterreich beschickt; es intervenirten für dasselbe auf dem Congresse die Herren Scheu, Oberwinder, Mühlwasser und Neumaier, Letzterer aus Wiener Neustadt.

Wenn man das bisher Gesagte mit dem Aufrufe zum Eisenacher-Congresse und dessen Resultate zusammenfaßt, so ergibt sich hieraus Folgendes: Nachdem die Forderungen der Arbeiterpartei derart potencirt und gesteigert worden waren, daß die ganze Arbeiterbewegung nothwendiger Weise auf das Gebiet der Politik getrieben worden war, weil nur dann an eine Befriedigung dieser Forderungen gedacht werden konnte; wenn es der Partei gelingt, die politische Herrschaft zu erkämpfen, und nachdem die verschiedenen Partei-Unterabtheilungen jede für sich und alle zusammen ausschließlich die republikanische Regierungsform als jene anerkannt hatten, in welcher allein für sie an die Erringung der Oberherrschaft zu denken war, so waren die deutschen und österreichischen Arbeiterführer darangegangen, eine gemeinsame Organisation und durch die dieselbe und die auf ihr beruhende Vereinigung die Macht zur Erringung und Erstrebung dieser Ziele zu schaffen. Ich muß Sie, meine Herren, daher bitten, sich alles Das, was Ihnen von den Eisenacher Congreßverhandlungen und den dortigen Beschlüssen bekannt

Digitized by Google

geworden ist, genau vor Augen zu halten, indem der Eisenacher Congreß, dessen Verhandlungen und Beschlüsse jener Punct sind, von welchem aus die Bestrebungen und Endziele der sogenannten Arbeiterpartei, beziehungsweise der Arbeiter-Agitatoren in Oesterreich nothwendigerweise einen Conflict mit dem Strafgesetze insofern herbeiführen mußte, als sich an dem Zustandekommen der Beschlüsse betheiligt und für die Durchführung der Beschlüsse in Oesterreich factisch eingetreten wurde.

Ich schicke voraus, daß die Herren Oberwinder und Scheu, der Erstere als erster Stellvertreter des Präsidenten und der Zweite als Schriftführer an und für sich schon im Präsidium eine Rolle spielten und an den maßgebendsten Beschlüssen, an dem aus diesem Congresse hervorgegangenen Programme und der Organisation der Partei hervorragend Antheil nahmen, sowie nicht übersehen werden darf, daß unter den Einberufenen des Congresses Hartung und Oberwinder, und außerdem überhaupt die Parteigenossen aus Oesterreich genannt wurden.

Das Eisenacher Programm enthält untereinander gemengt politische und sociale Bestrebungen und Principien. Als oberstes zu erstrebendes Ziel wirddie Regierungsform des „freien Volksstaates" hingestellt. Die heutigen politischen und socialen Zustände *werden als im höchsten Grade ungerecht und daher als mit aller Energie zu bekämpfen, bezeichnet*, und da man einsieht, daß man, um die aufgestellten politischen und socialen Ziele zu erreichen, eine imposante Macht bedürfe, wird eine einheitliche Organisation der social-demokratischen Partei gebildet und hiezu dieß formelle Institut der internationalen Arbeiter-Association deßhalb benützt, weil deren für alle Länder und Völker gerechte Form das bequemste Mittel ist, sich Ausbreitung und hiedurch Macht zu verschaffen. Endlich wird jedes Mitglied verpflichtet, mit ganzer Kraft und Energie für diese Grundsätze und die Realisirung derselben einzustehen.

Was den socialen und öconomischen Theil des Programmes anbelangt, so ist der größte Theil desselben derartig, wenn er erfüllt werden sollte, er eine vollständige Umwälzung der socialen und öconomischen Verhältnisse im Staate bedingt. Ich weise hin auf die Abschaffung der bisherigen Productionsweise in der Art, daß dem Arbeiter der volle Arbeitsertrag zukommeu solle; ich weise hin auf die Forderung des Staatscredites für die Productiv-Genossenschaften, auf die Einführung der progressiven Einkommensteuer u. dgl.; Die Ziele auf dem Gebiete der Politik können wohl ebenfalls, abgesehen davon, daß eine

Digitized by Google

Umänderung der in Oesterreich bestehenden monarchischen Regierungsform in eine republikanische auf friedlichem Wege nicht durchgeführt werden kann, ebenso wenig erreicht werden, ohne daß ein vollständiger politischer Umsturz vorausgeht.

Meine Herren! Nach dem Inhalte des stenographischen Protokolles, nach den Aeußerungen, welche dort gemacht worden sind, nach der Ihnen bisher zur Kenntniß gebrachten Entwickelung der ganzen Arbeiterbewegung muß Ihnen wohl klar geworden sein, was denn unter dem im ersten Punkte angeführten „freien Volksstaat" zu verstehen sei; es muß Ihnen klar geworden sein, daß man unter dieser Regierungsform geradezu die „republikanische Regierungsform" als jene bezeichnete, in welcher allein die Arbeiter alle jene Ziele, welche das Programm der Partei sind, erreichen können, zumal dieß ja in vollkommener Uebereinstimmung mit den Nürnberger und Neuenburger Beschlüssen steht, und Sie werden, meine Herren, keinen Zweifel darüber haben, daß der präcise Ausdruck „Republik" nur aus Opportunitätsgründen, nur deßhalb fallen gelassen wurde, weil sonst überhaupt eine Parteibildung unter den Augen monarchischer Regierungen nicht möglich gewesen wäre, — Sie haben sich aus den Verhandlungen zu Eisenach überzeugt, daß Alle mit dem Begriffe der Republik einverstanden waren und den Ausdruck nur deßhalb unterließen, weil sonst die Parteibildung an und für sich in vielen Ländern geradezu in vorhinein untergraben worden wäre, wenn man, wie gesagt, diesen präcisen Ausdruck gewählt hätte, wie dieses auch aus den Aeußerungen einzelner Congreßmitglieder, beispielsweise des Herrn Scheu hervorgeht, welcher ausdrücklich erklärt, daß er für den präcisen Ausdruck Republick nur mit Hinblick auf das in Oesterreich bestehende Strafgesetz vom Jahre 1852 und deßhalb nicht war, weil, wenn dieser Ausdruck in das Programm aufgenommen worden wäre, sich die Anhänger des Programmes strafgerichtlichen Verfolgungen ausgesetzt hätten und daher von vorneherein an eine Ausbreitung, Kräftigung und Existenz der Pariei in Oesterreich gar nicht zu denken gewesen wäre, wobei sich Scheu jedoch unumwunden als Republikaner bekannte und in Aussicht stellte, daß in Zukunft dieser Ausdruck in Oesterreich nicht mehr verpönt sein werde.

Zudem muß ich Sie, meine Herren, noch auf etwas aufmerksam machen, woraus klar hervorgeht, was denn jene Partei — und die

Digitized by Google

Solidarität der Partei ist ja auf der Hand liegend — unter jenem Ausdrucke eigentlich versteht.

Wenn Sie sich, meine Herren, an Nr. 1 des „Felleisen" erinnern, so werden Sie wissen, daß in demselben ausdrücklich die social-demokratische Förderativrepublik als jene Staatsform bezeichnet ist, in welcher allein der Arbeiter sein volles Menschenrecht zur Geltung bringen kann. In unmittelbarer Folge darauf werden nun jene Forderungen hingestellt, welche nothwendig sind, damit die Arbeiter glücklich werden, und dann kömmt der Schluß: Alles dieses wird im freien Volksstaate erreicht werden. Hierdurch ist also der Begriff des „freien Volksstaates" in den Augen der Partei identificirt mit dem Begriffe der „socialdemokratischen Förderativrepublik", und nebenbei ist, wie aus der zur Vorlesung gelangten Nummer „Felleisen" hervorgeht, in diesem Parteiorgane der Begriff „Volksstaat" ausdrücklich als der Begriff der „Republik" präcisirt, wobei ich wiederholt darauf hinweise, daß die Vertheidigung, daß die hiesige Partei mit der dortigen nichts zu schaffen habe, und so z. B. auch das dortige Parteiprogramm und die sonstigen Manifestationen derselben für die übrige Partei nicht maßgebend sei, aus den von mir entwickelten Gründen keine stichhältige ist. Es wurde ferner in anderer Richtung zur Vertheidigung vorgebracht, daß ja mit dieser Staatsform, wenn wirklich die Republik unter ihr gemeint ist, erst ein Anstreben für die Zukunft gemeint sei.

In dieser Richtung, meine Herren, bitte ich zu erwägen, daß ja die Partei, welche nach diesem Programme vorzugehen hat, wirklich geschaffen wurde, und daß ihr die gegenwärtigen socialen und politischen Zustände als so durchaus ungerecht und schlecht hingestellt wurden, daß dieselben mit aller Energie zu bekämpfen seien. Ferner wurde im Laufe der Verantwortung von den Angeklagten eingewendet, Alles, was die Partei anstrebt, will sie auf gesetzlichem Wege anstreben.

Nun, meine Herren, wie können Sie sich die Einführung der Republik in Oesterreich, Baiern, Preußen auf gesetzlichem Wegen denken? Wenn Sie aber annehmen müssen, daß die Partei eine von der gegenwärtigen so gründlich und in jeder Beziehung so sehr verschiedene Regierungsform anstrebt und anstreben muß, weil nur unter dieser die exorbitanten Forderungen, welche sie stellt, Aussicht auf Befriedigung haben, dann, meine Herren, werden Sie auch zugeben müssen, daß an die Realisirung derselben auf dem gesetzmäßigen ruhigen und friedlichen

Digitized by Google

Wege nicht zu denken ist und — ich glaube, man hat daran auch nicht gedacht.

Denn nicht ohne Grund hätte sonst Oberwinder, als Wien zum Vororte vorgeschlagen war, darauf hingewiesen, daß in Oesterreich gegenwärtig eine schwache Regierung bestehe, sich daselbst ein Zersetzungsproceß vollziehe, die Regierung zwischen den verschiedenen Parteien unentschieden hin und her schwanke; nicht umsonst würde er sich gegen Berlin deßhalb verwahrt haben, weil dort eine entschiedene, energische Regierung bestehe, eine Anschauung, die auch in den an Raspe eingelangten und bei ihm vorgefundenen Briefen von den Führern der Braunschweiger, respective Eisenacher Partei insofern ausgesprochen wurde, als von ihnen daselbst auf Preußen als den gefährlicheren und mächtigeren, weil intelligenteren Gegner hingewiesen wurde.

Außerdem dürften Sie, meine Herren, aus der ganzen Darstellung bereits entnommen haben, daß in der ganzen Bewegung ein sorgfältiges Bestreben zu Tage tritt, der Regierungsgewalt jeden Einfluß auf die Parteibewegung zu entziehen, daher doch klar ist, daß die Gesetze hie und da recht unbequem sind und daß daher umsoweniger vorausgesetzt werden kann, daß man gerade auf gesetzlichem Wege die Bestrebungen realisiren wollte.

Wenn nun mit einer mächtigen Agitation, mit mächtigen, gewaltigen Mitteln eine Verbindung unter einem Programme geschaffen wird, deren vorzüglichster Zweck die gründlichste Umwälzung aller politischen und socialen Verhältnisse, ja geradezu die Anbahnung und Einführung der Republik ist, — ich sage deshalb „der vorzüglichste Zweck", weil Sie ja aus dem Entwickelten die Ueberzeugung gewonnen haben werden, daß den Parteiführern klar ist, daß sie ihre Ziele und Bestrebungen unter der gegenwärtigen Regierungsform nicht erreichen können; — wenn die Mitglieder dieser Parteiverbindung verpflichtet werden, die Grundsätze dieses Vereines mit aller Energie zur Ausführung zu bringen; wenn Sie sich bei nüchterner, ruhiger Ueberlegung sagen müssen, daß an eine ruhige, friedliche Durchführung dieses Programmes nicht zu denken, daß die Realisirung dieser Bestrebungen geradezu nur auf dem Wege der Gewalt und mittelst eines gewaltsamen Umsturzes möglich ist; wenn diese Parteiverbindung und Vereinigung durch ihr Streben nach möglichster Ausbreitung zu erkennen gibt, daß es ihr vorzugsweise um die Macht, ihre Entwürfe zu realisiren, zu thun ist; wenn Sie dann erwägen, daß Oesterreicher

Digitized by Google

oder daselbst Wohnende an dem Zustandekommen einer solchen Verbindung, eines solchen Programmes mitwirken, die Realisirung dieser Ziele und Bestrebungen auf sich nehmen, hiebei Oesterreich insoferne im Auge haben, wie dies bei Scheu und Oberwinder der Fall ist, da sie ja Oesterreich auf diesem Congresse vertreten und die Absicht, diese Verbindung auch für Oesterreich zu schaffen und derselben dort Eingang und Ausbreitung, deren Grundsätzen und Programmen dort Anerkennung und Realisirung zu verschaffen, vielfach documentirten; wenn Sie dies Alles zusammenfassen und erwägen, welche Bestimmungen §. 58 b St. G. enthält, und wenn Sie diese Handlungsweise unter diese Bestimmung subsumiren, so werden Sie nicht umhin können, zu dem Schlusse zu kommen, daß diese Handlungsweise der beiden Genannten das in der erwähnten Gesetzesstelle normirte Verbrechen sei; denn man kann nicht behaupten, daß es sich hier lediglich um politische Anschauungen, um die Aufstellung politischer Lehr- und Glaubenssätze handelt, welche lediglich die Theorie adoptirt hätte, ohne daß ihnen eine praktische Tendenz zu Grunde liegen würde.

Wenn Sie nun, meine Herren, erwägen, daß eben damals die Arbeiterbewegung in Oesterreich und speciell in Wien bereits hohe Wogen schlug, daß die Führer der Partei einen entscheidenden, maßgebenden Einfluß auf die Bewegung und deren Leitung hatten, sich eines gewaltigen Einflusses erfreuten; wenn Sie weiter erwägen, wie sehr es der menschlichen Natur entspricht, daß jede Aussicht auf eine Verbesserung der materiellen Lage, auf eine glücklichere Constellation, kurz auf irdisches Glück eine freudige Erregung hervorzubringen vermag, daß die Höhe dieser Erregung im verkehrten Verhältnisse zur Bildungsstufe steht; daß dort, wo nicht eine reiche, tiefgehende Bildung zwischen dem Anstreben nach materiellem irdischen Glücke und zwischen der Möglichkeit des zu Erreichenden das Gleichgewicht hält, diese Erregung leicht in Exaltation, in Fanatismus ausartet und von dieser Höhe aus alle Dämme der geselligen und staatlichen Ordnung zu überfluthen geneigt ist; und wenn Sie sich nun zurückerinnern, daß diese in Eisenach geschaffene Verbindung eben einer ganzen Partei eine glückliche Zukunft in Aussicht stellt, unter der Bedingung jedoch, daß die gegenwärtigen Verhältnisse geradezu umgestaltet werden müssen, daß insbesondere die Regierungsform eine andere werden müsse, da man unter der jetzigen an diese glücklichere Constellation nicht denken

Digitized by Google

könne; wenn Sie erwägen, daß nur von der Erreichung dieser durchwegs geänderten Regierungsform, von der vollständigen Umgestaltung aller politischen, socialen und ökonomischen Verhältnisse des Staates und der Gesellschaft die Möglichkeit dieses idealen Glückes abhängig gemacht wird, und wenn Sie hiezu Ihre eigene Ueberzeugung fügen, daß es geradezu unmöglich ist, im friedlichen und gesetzlichen Wege all Das zu erzielen, was die Partei ihren Anhängern vorspiegelt, dann werden Sie, meine Herren, auch zur Ueberzeugung kommen, daß Diejenigen, welche zum Zustandekommen einer derartigen Parteiverbindung, eines derartigen Programmes thätig mitwirken, mit der Aussicht und dem entschiedenen Willen, dieser Partei in Oesterreich Eingang, Anerkennung und Ausbreitung zu verschaffen, etwas übernommen haben, was auf eine gewaltsame Aenderung der Regierungsform abzielt, und daß dieselben sich daher des Verbrechens des Hochverrathes im Sinne des §. 58 b St. G. schuldig gemacht haben, welches Verbrechens sich daher Scheu und Oberwinder aus den angeführten Gründen schuldig gemacht haben.

Die Nachwirkung der Beschlüsse des Eisenacher Congresses zeigte sich in Oesterreich und speciell in Wien in der Energie des Auftretens der Agitation.

In Nr. 10 der „Volksstimme" vom 22. August 1869 erschien der Ihnen unter dem Titel „Bedeutung des Eisenacher Congresses für die socialdemokratische Partei Oesterreichs" bekannt gewordene Artikel, in welchem sich direct für einen Anschluß an die Eisenacher Beschlüsse ausgesprochen und in dem die Solidarität der Tendenzen der Wiener Arbeitervereine mit den Eisenacher Beschlüssen ausgesprochen und anerkannt wird.

So wie hier, habe ich mich bereits wiederholt auf die Aussprüche in den Parteiorganen, nicht vielleicht um daraus Folgerungen zu ziehen, sondern um den Beweis für die Richtung und die Principien der Partei zu liefern, bezogen. Denn die Sprache in ausgesprochenen Parteiorganen ist höchst maßgebend und wichtig. Es können hier nicht jene Grundsätze angewendet werden, welche nach meiner Meinung ganz richtig sind gegenüber der anderen Tagespresse, daß die daselbst niedergelegten Anschauungen nur die des betreffenden Verfassers sind, der die öffentliche Meinung hiedurch für seine Anschauungen zu gewinnen sucht. In derartigen Parteiorganen spricht sich der Wille, das Princip der Führerschaft aus, und diese sind die allein maßgebenden, denn die

Digitized by Google

große Masse hat ja keine ausgeprägten Ueberzeugungen und Anschauungen von der Sache; was daher in den Parteiorganen vorkommt, das ist der wahre und unverfälschte Wille, und aus demselben kann mit Zuversicht das Bestreben und das Ziel der Partei erschlossen werden.

Wenn Sie nun diesen und ähnliche verlesene Artikel der „Volksstimme", wo ganz entschieden für das Eisenacher Programm agitirt wird, erwägen, so haben Sie die Agitation durch das mächtigste und gewaltigste Mittel, durch die Presse.

Die Agitation sorgte weiter dafür, daß in den verschiedensten größeren Orten, in Wien, Brünn, Reichenberg, Wiener Neustadt, Graz, Volks- und Arbeiterversammlungen stattfanden, und daß sich daselbst für die Grundsätze des Eisenacher Programmes entschieden ausgesprochen wurde.

Wie ich schon erwähnte, hat der Arbeiter-Bildungsverein in Wien durch Bildung der Gewerkschaftssection aus den Delegirten der einzelnen Fachvereine die ganze Arbeiterbewegung in die Hand genommen; aus den Fachvereinen sind eben die Vertrauten und die Verläßlichen der einzelnen Führer in die Gewerkschaftssection gekommen und aus dieser wurde wieder in den einzelnen Fachvereinen für das erwähnte Programm agitirt.

Wenn Sie sich der Reden, die in dieser Zeit gehalten wurden, und in deren Kenntniß Sie auch gelangten, erinnern, so werden Sie mir beistimmen müssen, daß dieselben das Maß des bisher Dagewesenen weit überschritten, Allem und Jedem, der Regierung, dem Staate, der Kirche, jeder Autorität wurde offen der Krieg erklärt, alles diesfalls Bestehende mit den Grundsätzen der Socialdemokratie als unvereinbar hingestellt, und somit für die Ausbreitung der Partei und dieser Grundsätze auch durch den zweitgewichtigsten Factor, durch die öffentliche Rede, in eminenter Weise agitirt.

Wenn ich nun, meine Herren, in unmittelbarer Reihenfolge nachgewiesen habe, daß die Arbeiterbewegung ausschließend politischen Boden betreten und auf demselben als das Ziel aller ihrer Bestrebungen und als die einzige Möglichkeit, ihr materielles Los zu verbessern, die Abschaffung der monarchischen Regierungsform, die Einführung der Republik, verbunden mit einer vollkommenen Umwälzung aller politischen und socialen Verhältnisse, auf ihr Banner geschrieben

Digitized by Google

hat; wenn ich nachwies, daß der Eisenacher Congreß und dessen Beschlüsse deshalb in Scene gesetzt wurde, um die hiezu nothwendige Machtvereinigung und Organisation zu schaffen; wenn ich nachgewiesen habe, daß die Führerschaft und Agitation der österreichischen, speciell der Wiener Arbeiter mit diesen Grundsätzen und diesem Programme vollkommen einverstanden war, zu deren Zustandekommen mitwirkte, zu deren Realisirung von Jenen, die sich dazu schon längst bekannten und dafür längst Propaganda gemacht hatten, namhafte Unterstützungen in Empfang nahm; wenn Sie sich, meine Herren, das Eisenacher Programm, dessen Lehrsätze und Forderungen recapituliren; wenn Sie überlegen, daß es geradezu unmöglich ist, an die vollständige Durchführung dieser Grundsätze auf ruhigem und friedlichem Wege zu denken, daß aber auch von der Partei an diese friedliche Durchsetzung gar nicht gedacht wurde, sondern unter Umständen die gewaltthätige Durchführung des Programmes wohl überlegt und bedacht war, wie Sie erkennen müssen, wie oft Sie im Laufe der Verhandlung, in den Aeußerungen der Parteiglieder aller Orte fortwährend von dem „Hochzeitsfeste", vom „Tage der Entscheidung", von einem „gewaltigen Zusammensturz", vom „Bruch der Ketten" gehört haben; wenn Sie sich erinnern an das, was zur Einführung der socialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich geschehen ist, was geschehen ist, um die Grundsätze derselben zur Anerkennung zu bringen, um der Partei Anhang und Ausbreitung zu verschaffen, — dann, meine Herren, werden Sie zu Ihrem von mir vorausgesetzten ursprünglichen Erkenntnisse, „das Eisenacher Programm involvirt für Oesterreich speciell das Verbrechen des Hochverrathes", noch das Weitere beifügen müssen: „und es wurde zur Einführung dieser Partei und zur Realisirung des Programmes derselben in Oesterreich und speciell in Wien bereits auf das Thatkräftigste agitirt und gewirkt", und Sie werden aus diesen Ihren beiden Ueberzeugungen zu der dritten Conclusion kommen, welche dahin lautet, daß Diejenigen, welche im vollen Einverständnisse und im Bewußtsein dessen, um was es sich handelt, an dem Zustandekommen dieser Verbindung und dieses Programmes thätig und in der Aussicht auf Oesterreich mitgewirkt haben, und welche thätig bemüht waren, dieser Verbindung in Oesterreich Eingang und Ausbreitung und ihrem Programme Anerkennung und Realisirung zu schaffen, etwas unternommen

Digitized by Google

haben, was auf eine gewaltsame Aenderung der Regierungsform abzielt, und es haben dieselben das Verbrechen des Hochverrathes begangen, und zwar dieß umsomehr, als sich aus den Erhebungen herausgestellt hat, daß außer dem, was an und für sich schon nach der ruhigen und vernünftigen Ueberlegung dagegen spricht, daß dieses Programm in ruhiger, friedlicher, gesetzmäßiger Entwicklung realisirt werden kann, bestimmte Nachweisungen in der Richtung vorliegen, daß die Anwendung der Gewalt nicht außer Berechnung geblieben sei.

Sie haben erfahren, meine Herren, und es wurde Ihnen betont, daß es besonders zwei Factoren im Staate sind, mit welchen die Partei, wenn sie die von ihr aufgestellten Grundsätze realisiren will, rechnen müsse, es ist dieß, vermöge ihrer eminent conservativen Gesinnung die landwirthschaftliche Bevölkerung, welche um so gefährlicher und deren Opposition um so bedenklicher wäre, als dieselbe ja speciell in Oesterreich numerisch weit überlegen ist, und als bei derselben das nicht als bewegender Factor in die Wagschale gelegt werden kann, was sonst der Bewegung irgend einen Impuls zu geben vermag: „die Magenfrage".

Sie haben nun, meine Herren, gehört, daß ein Manifest unter die landwirthschaftliche Bevölkerung geschleudert wurde, und ich hoffe, meine Herren, es werden Ihnen die Trugschlüsse, die Irrlehren und Verlockungen dieses Manifestes noch wohl im Gedächtnisse sein. Nun, wenigstens der Gedanke an dieses Manifest und an die Verbreitung desselben wurde auch in Eisenach ausgeheckt und beschlossen.

Der zweite Factot ist die Armee. Von ihr mußte man besorgen, daß sie einen mächtigen und gewaltigen Damm einer derartig überschaumenden Bewegung entgegensetzen werde. Auch in dieser Richtung wurde agitirt, und daß man die Armee oder einen Theil derselben für sich zu gewinnen, daß man die Disciplin, den Gehorsam, die Treue zur Fahne zu untergraben suchte, daß man ein so wesentliches Interesse daran hatte, zu erfahren, ob die Soldaten auf die Arbeiter schießen werden, das ist wohl die schlagendste Widerlegung der Behauptung, daß die Partei nur auf friedlichem Wege ihre Ziele zu erreichen suche; es ist ein vollständiger Beweis dafür, daß die Gewaltthat, die gewaltthätige Durchführung des Programmes der

Digitized by Google

Partei nicht nur nicht fern lag, sondern in ihrem Plane war und vorbereitet wurde. Ich weise auf Brünn, Reichenberg, Swarow hin.

Das sind die Belege für diese meine eben ausgesprochenen Behauptungen, so daß man, ganz abgesehen von der Subsumirung der Handlungsweise der Einzelnen unter die bestehenden Strafgesetze zur Ueberzeugung kommen muß, daß das Ziel der heutigen Arbeiterbewegung die Einführung der politischen Herrschaft, der Dictatur der Arbeiter sei, in welcher alle Schichten der Gesellschaft unter das Joch des Collectivismus und der allein herrschenden und allein bewaffneten Arbeiter gebeugt werden sollen.

Ob und inwiefern nun außer Scheu und Oberwinder einer der anderen Angeklagten sich des Verbrechens des Hochverrathes oder eines anderen Verbrechens schuldig gemacht habe, dieß Ihnen auf Grundlage der vorausgeschickten allgemeinen Darstellung des Sachverhaltes nachzuweisen, wird der Gegenstand meines weiteren Vortrages sein.

Ich beginne hier mit der Besprechung der Ereignisse vom 13. December, welche, ganz abgesehen von den Acten, noch im Gedächtnisse jedes der Herren Richter sein werden. Diese Vorgänge sind aber auch im Verlaufe der Verhandlung umständlich und wiederholt besprochen worden.

Die Demonstration vom 13. December war eine wohldurchdachte und beschlossene Action der Arbeiterpartei. Alles Dasjenige, was von Zufälligkeiten, von unvorhergesehenem Zusammentreffen gesprochen wurde, ist eine Unwahrheit.

Der dieser Action zu Grunde liegende Gedanke war aber überhaupt kein neuer. Sie haben erfahren, meine Herren, daß Hartung bereits in der Floridsdorfer Arbeiterversammlung vom 17. Mai 1869 erwähnte, daß man in der nächsten Reichsrathssession eine Massendemonstration um directes Wahlrecht und um Coalitionsrecht einbringen müsse. Ich gebe jedoch zu, daß es aus der Stylisirung dieser Rede heißen soll: „Massenpetition", weil man doch eine Massendemonstration nicht „einbringen" kann. Dagegen hat in der Versammlung der Büchsenmachergehilfen vom 28. November 1869 Rudolf Fortelka geäußert: „Der 13. December ist der hochwichtige Tag", an welchem Dr. Roser unsere Petition um das Coalitionsrecht dem Reichsrathe übergeben wird. Die Arbeiter

Digitized by Google

sollen sich zahlreich einfinden, um durch ihren Zuruf dem Reichsrathe zu imponiren und „ihre Wünsche darzubringen."

Am 1. December 1869 fand eine Volksversammlung bei Zobel statt, wo Martin Berka, nachdem früher über das bekannte Giskra'sche Rundschreiben gesprochen worden war, sagte, er sei neugierig, ob Jemand die Regierung dießfalls interpelliren werde, und wenn dieß nicht geschehe, so sollen es die Arbeiter thun. Er sagte dann „Ich werde überhaupt trachten, der ersten Sitzung beizuwohnen, vielleicht ist es denn doch möglich, daß unsere Rechte gewahrt werden; vielleicht können auch andere Arbeiter hinkommen, die Herren werden dann sehen, daß das Volk seine Rechte zu fordern weiß."

Wie Sie hören, hat auch der Zeuge Schuler davon gesprochen, daß am Vortage des 30. Mai 1869 Hartung den Vorschlag machte, zur Volksversammlung zur „schönen Aussicht" demonstrativ in Massen mit fliegenden Fahnen zu ziehen.

Der Gedanke an eine derartige Demonstration, an ein Imponiren durch Massen ist daher kein neuer, und es ist nicht wahr, daß der Gedanke dazu erst durch die Rede Berka's am 1. December 1869 angeregt wurde. Das Ganze war eine beschlossene Sache, und die Rede Berka's höchstens ein in vorhinein abgekarteter Appell an eine zahlreich besuchte Volksversammlung.

Am 8. December 1869 schrieb Paul Reinert einen Brief an Friedrich Pfeiffer nach Suben. Dieser Brief ist der eclatanteste Beweis, den man sich denken kann, dafür, daß die Demonstration vom 13. December eine vorbereitete Sache war, und daß es sich dabei durchaus nicht darnm handelte, zu bitten, sondern geradezu zu imponiren.

Reinert versucht auf die verschiedenartigste Weise den Inhalt seines Briefes abzuschwächen, allein umsonst. Gegen Thatsachen kann man mit Leugnen nicht ankämpfen, die Volksversammlung, die Ueberreichung der Petition, die Wahl der Deputation hat stattgefunden, Pfeiffer hat sich in der Deputation befunden, Zuzüge von Brünn sind in Aussicht gestanden und um Zustimmungstelegramme ist sich beworben worden. Das ist der wesentliche Inhalt des Briefes Reinert's, und das ist Alles factisch geschehen.

Die Einwendung, daß die eingelangten Zustimmungstelegramme die an diesem Tage abgehaltene Volksversammlung bei Zobel betroffen haben, werde ich später widerlegen.

Digitized by Google

Meine Herren! Paul Reinert sprach am 8. December davon, daß Zuzüge von Brünn in Aussicht gestellt sind. Wie Sie von den Angeklagten selbst gehört haben, hat Leidesdorf bestätigt, daß er einige Tage vor dem 13. December im Beisein mehrerer Arbeiterführer sich direct gegen die Demonstration und gegen das Gewaltsame, Unerlaubte dieser Handlung ausgesprochen habe.

Nun, meine Herren, ich bitte Sie, diesen nicht zu widerlegenden Umstand mit all demjenigen zu combiniren, was man Ihnen über diesen Leidesdorf, über diesen Revolutionär und Gewaltmenschen gesagt hat. Leidesdorf wird von den Angeklagten als der excentrischeste Mensch, dem man Alles zutrauen könne, geschildert; die Entlastungszeugen überbieten sich in den absonderlichsten Erzählungen und Schilderungen seines Charakters, und als es sich hier in Wien um den ersten Gewaltact handelt, ist er der Einzige, welcher demselben entgegentritt. Ich glaube, die Conclusionen hierüber, und was von den Aussagen, die über Leidesdorf und seinen Charakter durch die Angeklagten und ihre Entlastungszeugen gemacht wurden, zu halten sei, Ihnen mit Beruhigung anheimstellen zu können.

Ferdinand Dorsch bestätigt, daß dieses Widerstreben des Leidesdorf im Gasthause „zur Hofmühle" geschehen sei, daß Hartung damals von der Nothwendigkeit der Absendung einer Deputation sprach, daß er einen Zettel in der Hand hatte, auf welchem die Mitglieder der Deputation geschrieben waren, daß er selbst ihn fragte, ob er dabei sein wolle; er mußte ferner bestätigen, daß damals schon bekannt war, daß am 13. December keine Sitzung des Abgeordnetenhauses stattfinden werde, und daß Hartung deshalb die Absendung einer Deputation und die Ueberreichung einer Petition an den Ministerpräsidenten in Aussicht stellte. Johann Pabst gibt zu, daß dieß im Gasthausgarten „zur Hofmühle" geschah, daß damals über die Hauptpunkte der Inscenirung der ganzen Angelegenheit gesprochen wurde, und daß nach seiner Meinung durch den ganzen Act auf den Reichsrath irgend eine Pression ausgeübt werden sollte.

Die Zeugin Marie Podany bestätigt, daß sie von Hartung drei Wochen früher erfahren hatte, daß die Arbeiter am 13. December demonstrativ vorgehen werden.

Acht Tage vor dem 13. December habe ihr Hartung gesagt, es sei Alles für die Demonstration vorbereitet, der betreffende Aufruf an

Digitized by Google

die einzelnen Genossenschaften und Fabriksarbeiter erlassen, die Mitglieder der Deputation bestimmt, zur Herstellung der Ordnung auf dem Paradeplatze seien die Ordner als Platzofficiere bestellt und es sei auch das Losungswort ausgegeben: „Unsere Fahne ist roth"; er habe ihr auch die Liste der Deputationsmitglieder gezeigt und es haben sich die meisten Derjenigen, welche später verhaftet wurden, darauf befunden; Oberwinder habe ihr am 12. December gesagt, er werde morgen seine Garde ausrücken lassen und damit dem Abgeordnetenhause zeigen, daß die Arbeiter auch noch da sind.

Der Angeklagte Scheu war es endlich, welcher die Absendung des aus Graz an die Volksversammlung vom 13. December gelangten Telegrammes veranlaßte und speciell seiner Anwesenheit in Graz dürfte es wohl zuzuschreiben sein, daß der Zeuge Howorka angeben konnte, es sei am 11. oder 12. December in Graz bekannt geworden, daß die Arbeiter am 13. December dem Reichsrathe durch eine stumme Demonstration zeigen wollen, daß es ihnen mit ihren Forderungen Ernst ist.

Etwas Aehnliches kam auch in Neustadt vor, indem dort der Zeuge Zemany sagte, daß man wußte, daß die Wiener Arbeiter am 13. December demonstrativ vorgehen werden. Endlich erinnere ich Sie, meine Herren, auf den Artikel im „Vorboten", in welchem unterm 5. December 1869 schon ganz bestimmt und mit ziemlicher Präcision in Uebereinstimmung mit den factischen Resultaten die Ereignisse des 13. December besprochen wurden.

Kann man also nach demjenigen, was sich vor dem 13. December ereignete, wohl nicht einen Moment im Zweifel sein, daß diese Ereignisse im vorhinein beschlossen waren, so muß man den unwiderstehlichen Eindruck dieser Behauptung dann in sich aufnehmen, wenn das erwogen wird, was am 13. December geschehen ist.

Zu einer bestimmten Tageszeit, an einem bestimmten Platze finden sich eine große Masse, Tausende von Arbeitern aus den verschiedensten Gegenden Wiens ein. Die bekannten Führer sind auch da, und wo treffen sie sich? In Bischoff's Bierhalle. In kürzester Zeit ist, trotzdem es sich um eine Versammlung von vielen Tausenden auf offenem Platze handelt, der Beschluß auf Absendung einer Deputation gefaßt, sind die Deputationsmitglieder bestimmt, ist die Petition gemacht und geschrieben, sind die Deputationsmitglieder alle schon zur Hand, der Eine und Andere hat sich sogar, bevor er vom Hause wegging, obwohl er nur sehen

Digitized by Google

wollte, was geschieht, eigens einen schönen Rock angezogen und die Deputationsmitglieder sind dieselben, welche zum großen Theil auf jener Liste gestanden sind, die Hartung früher der Podany gezeigt hatte.

Als die Deputation vom Ministerpräsidenten zurückkehrte, muß Pfeiffer der Versammlung zurufen, daß die Ordner die Leitung der Züge zu Zobel übernehmen werden. Nach einem bestimmten Losungsworte fallen ganz geregelt die einzelnen Arbeitermassen in drei Abtheilungen oder Colonnen ab und begeben sich in drei verschiedenen Richtungen zum Zobel.

Ich ersuche Sie nun, meine Herren, mir zur Volksversammlung bei Zobel zu folgen.

Dorthin war eine Volksversammlung bereits am 10. December durch Breiter angemeldet worden. Das Programm derselben war: „Der Reichsrath und die Forderungen des Volkes", wie sie seither in den Vollsversammlungen vorgekommen sind. Das Protokoll über diese Volksversammlung wurde Ihnen nun vorgelesen, darin kömmt aber von der Besprechung dieses Programmes nichts vor, sondern man beschäftigte sich ausschließlich damit, die Vorgänge des Tages, die Reden der Deputation, die Antwort des Ministerpräsidenten zur Kenntniß der Versammlung zu bringen.

Es kommt nun zu erörtern, welchen Zweck dieser Act haben sollte, welcher strafbaren Handlung sich Jene, welche die Petition unterfertigten und dem Ministerpräsidenten überreichten, schuldig gemacht haben und in welchem Zusammenhange die ganze Action mit der socialdemokratischen Arbeiterpartei Wiens stehe.

In ersterer Beziehung erklärte Pabst, es sollte auf den Reichsrath eine Pression ausgeübt werden. Nach Andreas Scheu sollte durch die Massen ein moralischer Druck auf die gesetzgebende Gewalt geübt werden. Was die Anderen von Begrüßung des Reichsrathes, von der Weihe des Tages u. s. w. sagten, das, meine Herren, widerlege ich nicht, das hat sich wohl selbst gründlich widerlegt.

Wenn Sie nun diese beiden Aeußerungen mit dem Inhalte der Petition und mit dem Umstande zusammenhalten, daß dieselbe aus einer Massenversammlung vieler Tausende erregter Arbeiter hervorgegangen ist, von welchen bekannt war, daß diese sich mit Forderungen tragen, welche zum großen Theil geradezu unerfüllbar sind und deren Erfüllung die Existenz des Staates und der Gesellschaft in Frage stellen würde, so werden Sie sich, meine

Digitized by Google

Herren, nicht verhehlen können, daß hier das Streben vorgelegen sei, auf die Beschlüsse der Regierung, des Ministeriums durch eine Bedrohung einzuwirken. Denn einen anderen Sinn als den einer Bedrohung können Sie im Schlußsatze der Petition unmöglich finden, welcher lautet: „und wenn die gestellten Forderungen in dieser Reichsrathssession nicht berücksichtigt werden, dürfte es möglich sein, daß das Volk noch in größeren Massen wiederholt erscheint, um seinen Willen kundzugeben." Man wird aber auch nicht in Abrede stellen können, daß die Regierung hiedurch gegründeten Anlaß zu einer Besorgniß hatte, und daß dieß daher eine gefährliche Bedrohung war.

Denn daß es mit der Bedrohung ernst gemeint, daß derartige Ansammlungen möglich seien, hiefür lag der handgreifliche Beweis vor.

Pfeiffer spricht von einer Gefahr, die zu befürchten ist, wenn die Volkswünsche nicht erfüllt werden, und nach Berka's Ansicht wird, wie er die Stimmung der Arbeiter kennt, im Falle der Nichtgewährung der erbetenen Rechte die in Aussicht gestellte Ansammlung noch größerer Massen ganz gewiß erfolgen, um die Rechte der Arbeiter zu fordern; daß aber solche Massenversammlungen an einem Orte wie Wien, bei dem Zustande der Erregung, der sich in diesen Kreisen bei jeder Gelegenheit zu erkennen gibt, nur des geringsten Anstoßes bedürfen, um zu den bedauerlichsten Excessen und zu Scenen, deren Tragweite nicht abzusehen ist, zu führen, das werden Sie mir zugeben müssen; und daß im Falle der Wiederholung solcher Ansammlungen solche Anstöße ganz gewiß nicht ausbleiben würden, damit der andere Theil der Bevölkerung nicht fortwährenden Beängstigungen ausgesetzt sei und die Autorität der Regierung untergraben und vernichtet würde, wird auch Jeder zugeben, und daher zustimmen müssen, daß es eine Drohung mit Gefahr, daher eine gefährliche Drohung ist, wenn der Regierung die Wiederholung dieser Auftritte, und zwar in noch höherem Maße dann in Aussicht gestellt wird, wenn den in der Petition specificirten Forderungen nicht Rechnung getragen werde.

Muß nun zugegeben werden, daß im Inhalte und in der Ueberreichung der Petition eine gefährliche Drohung enthalten sei, muß zugegeben werden, daß hiedurch auf die Beschlüsse des Ministeriums, der Regierung irgend ein maßgebender Einfluß ausgeübt oder überhaupt nur eingewirkt werden wollte und sollte, so sind alle Bedingungen, welche das Strafgesetz für das Verbrechen des §. 76 vorschreibt, gegeben, und die angeklagten Unterfertiger und Ueberreicher der Petition:

Digitized by Google

Schäftner, Pfeiffer, Berka, Häcker, Eichinger, Baudisch, Dorsch, Schönfelder und Gehrke erscheinen des Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit im Sinne des §. 76 Strafgesetz überwiesen, weil es constatirt ist, daß die ganze Demonstration, die aus derselben hervorgegangene Petition und Ueberreichung der letzteren eine im Vorhinein beschlossene, vorbereitete und verabredete Sache war, um eben diese Pression hervorzubringen, und weil aus dem Inhalte der Petition selbst das Bedrohliche, das im Wortlaute derselben liegt, für Jedermann leicht erkenntlich sein muß.

Meine Herren! Wir haben es hier mit einem ausgesprochenen Gewaltacte, mit einem Appell an die Macht des Volkes gegenüber der Macht der Regierung, mit der Drohung, diese Mächte gegeneinander zu prüfen und zu messen, zu thun; es ist dies eine ganz natürliche Entwicklung der ursprünglichen Parole der Partei: „Krieg dem Capital", welcher nothwendig in die Parole; „Krieg der Regierung und dem Staate, welche das Capital schützen und schützen müssen" ausarten muß, und ich kann hier nicht unerwähnt lassen, daß Zeuge Lecher als das Ideal Oberwinder's bezeichnete: „die Ordnung der socialen Verhältnisse der Arbeiter gegen das Capital zu erkämpfen."

Da nun nachgewiesen ist, daß der Act vom 13. December eine in vorhinein eingeleitete und beschlossene Sache war und daß hiebei insbesondere die maßgebenden Führer einen entscheidenden Einfluß hatten, dieselben jedoch der socialdemokratischen Arbeiterpartei angehören, so haben Sie, meine Herren, den Zusammenhang der Action mit der socialdemokratischen Arbeiterpartei in Wien hergestellt, und haben zugleich auf das bestimmteste die Grundlosigkeit all der Verdächtigungen erwiesen, welche auf Grund — gelinde gesagt — oberflächlicher und unbegründeter Vermuthungen gegen Personen, die im Rathe der Krone sind, in die Welt geschleudert wurden, indem aus der Untersuchung sich auch nicht im entferntesten Anhaltspunkte ergeben haben, den Grafen Taaffe oder eine oder die andere jener hochgestellten Personen, welche wiederholt hier genannt wurden, mit der Partei in irgend eine Verbindung zu bringen.

Allein nicht nur mit diesem Gewaltacte haben wir es zu thun; es liegen noch gefährlichere Anzeigungen vor. Sie haben gehört, welche Beschuldigung wider Herrn Oberwinder erhoben wurde, daß derselbe — ich fasse die Sache so auf — wohl nicht einen bestimmten Plan

Digitized by Google

entwickelte, aber daß er davon sprach, was in diesem oder jenem Falle zu geschehen habe, daß man sich durch viele ausgediente Soldaten, welche sich unter den Arbeitern befinden, unter der Leitung irgend eines hiefür bereits gewonnenen pensionirten Officiers der Burg und der geheiligten Person Sr. Majestät zu versichern habe u. s. w.

Nun, meine Herren, ich habe schon zu erkennen gegeben, daß ich kein so gar besonderes Gewicht auf diese Angaben lege, allein ganz können Sie dieselben nicht außer dem Bereich Ihrer Erwägungen lassen.

Es wurden gegen den Zeugen, welcher dies angegeben hat, alle möglichen Verdächtigungen vorgebracht und ich finde mich auch nicht dazu berufen, für die Widerlegung dieser Verdächtigungen in irgend einer Weise einzutreten; allein durch Verdächtigungen und wenn auch durch dieselben das Vertrauen zu dem Charakter und der Glaubwürdigkeit eines Menschen auf das tiefste erschüttert wird, kann doch nicht dasjenige weggetilgt werden, von dessen Wahrheit man sich in einer anderen Weise überzeugte.

Ich erlaube mir nur ein Beispiel vorzuführen. Wenn A, in dessen Glaubwürdigkeit und Wahrheitsliebe ich nicht das mindeste Vertrauen habe, zu mir sagt: „B ist ein großer Dieb," so werde ich mich sehr hüten, ihm das zu glauben; wenn ich jedoch nach dieser Besprechung in mein Zimmer hineingehe, in welchem ich den B einen Moment ganz allein gelassen habe, und es fehlt meine Uhr, welche früher dort gehängt ist, so werde ich mir schon denken: vielleicht hat A dieses eine Mal denn doch wahr gesprochen.

Wenn dann aber mehrere Personen kommen und sagen: Das ist doch merkwürdig, wo immer der B ist, geht, wenn er fortgegangen ist, ein Ring oder eine Uhr oder eine Nadel u. s. w. ab, dann werde ich sagen: A ist zwar ein großer Lügner, aber das eine Mal hat er wahr gesprochen.

Wenden Sie nun, meine Herren, das Gesagte auf den vorliegenden Fall an. Der Zeuge Mühlwasser hat von einem pensionirten Officier gesprochen, welcher gewonnen sei, die Führung der Arbeiter bei einem Gewaltacte zu übernehmen; er wurde dann im Verlaufe der Untersuchung gefragt, ob er sich denn gar nicht an diesen Officier und dessen Namen erinnere; längere Zeit hat er sich nicht erinnert, endlich sagte er dem Untersuchungsrichter: Ich weiß, daß ich mir dessen Namen bei einer Gelegenheit, wo ihn Hartung aus seiner Brieftasche

Digitized by Google

herauslas, in mein Notizbuch einschrieb, vielleicht findet er sich noch dort. Es wird nun dieses Notizbuch, welches dem Mühlwasser vor Monaten bei seiner Arretirung am 29. oder 30. December abgenommen und in das Depositenamt gelegt wurde, heraufgeholt und dort findet sich wirklich der Name „Filipp". Hartung wurde am 22. December zu arretiren versucht und bei ihm fand sich nun der Brief eines sicheren „Filipp", in welchem Briefe bekanntlich gesagt ist, der Schreiber stimme vollständig den Ereignissen des 13. December bei, er spreche seine vollkommenste Anerkennung dafür aus, er stelle sich für den Fall des Bedarfes zur Verfügung und ersuche nur, ihn unter „Filipp" im Parteiblatte zu nennen.

Das ist nun doch, meine Herren, ein Umstand, der auf den Glauben bringen könnte — beispielweise gesagt — der Lügner kann doch einmal wahr gesprochen haben.

Die Gegner sagten: „Das ist eine Finesse dieses Mühlwasser, der uns verderben will, er hat den Brief geschrieben." Hier in diesem Saale wurde diese Verdächtigung erhoben. — Nun, meine Herren, Hartung erhielt diesen Brief etwa zwischen dem 14. und 18. December. — Mühlwasser mag ein sehr feiner Mensch sein, aber so fein, daß er damals schon gewußt hätte, Hartung werde arretirt werden, bei ihm werde ein solcher Brief gefunden werden, er werde nach dem Namen dieses Officiers gefragt werden und er werde dann in Uebereinstimmung mit seinem Notizbuche ihn vorbringen — so fein ist er dessenungeachtet nicht.

Nun gehe ich aber weiter über auf die C, D, E, F, die ich früher beispielsweise genannt habe.

Hier haben Sie die Zeugin Podany, welche der hohe Gerichtshof in Eid und Pflicht genommen hat; dieselbe hat angegeben, daß Hartung, als er mit ihr von den Forderungen der Arbeiter sprach, welche nicht leicht im friedlichen Wege durchgeführt werden können, erwähnte, daß schon dafür gesorgt sei, daß Munition und alles Dasjenige da sein werde, was man brauche, und daß er, wenn es sich überhaupt um Gewaltacte handle, dem Oberwinder, den er in dieser Beziehung für bedeutend befähigter halte, die Leitung überlassen müsse. — Aus den combinirten Angaben der Podany und des Zeugen Florencourt geht hervor, daß in Suben, wo sich Subaric befand — rücksichtlich dessen Maria Podany ausdrücklich erklärt, daß sie von Hartung wisse, daß derselbe in dessen Pläne eingeweiht sei — zwischen Subaric

Digitized by Google

und Pfeiffer wiederholt die Eventualität einer bewaffneten Erhebung in Wien besprochen und daß auch davon gesprochen wurde, welche Stellung die Aufständischen hier einzunehmen haben, und daß das so sehr in's Detail gegangen sei, daß man sogar jene Punkte der Stadt bezeichnete, welche die Aufständischen deshalb einnehmen müssen, damit sie mit jenen Stadttheilen, wo hauptsächlich die Arbeiterbevölkerung sich befindet, in unmittelbarer Verbindung bleiben, — Zeuge Florencourt hat dann gesagt, daß es ihm den Eindruck gemacht habe, als ob der ganze Gedanke den Leuten außerordentlich geläufig wäre, und nach der Angabe Pfeiffer's glaubte er, daß Subaric deshalb geflohen sei, weil er einen Hochverrathsproceß befürchtete.

Nun will ich wohl gerne zugeben, daß aus all dem nicht hervorgeht, daß irgend ein bestimmter Plan, irgend eine bestimmte hochverrätherische Gewaltthat in dieser Richtung im Werke gewesen sei; allein wenn Sie alle diese einzelnen Umstände einer reiflichen Erwägung unterziehen, wenn Sie sich erinnern, daß nachgewiesen ist, daß man sich der bewaffneten Macht zu nähern und sie für sich zu gewinnen suchte, daß gerade in der Umgebung von Wien, nämlich in Wr.-Neustadt, der Angeklagte Most ein solches Interesse hatte, zu erfahren, ob denn die Soldaten wirklich auf das Volk schießen würden; wenn Sie sich erinnern, daß die verschiedensten Personen zu den verschiedenen Zeiten, ohne mit einander in Verbindung zu sein, Aussagen machten, welche nach einer bestimmten Richtung hinleiten; wenn Sie sich erinnern, daß die verschiedensten Parteigenossen in ihrem brieflichen Verkehre beständig von kommenden Momenten in Ausdrücken sprechen, welche nicht mißverstanden werden können: dann werden Sie mir zugestehen müssen, daß wenigstens der Gedanke an einen gewaltthätigen Widerstand, an eine Erhebung der Massen diesen selbst nicht mehr fremd, daß ihnen diese Eventualität ganz geläufig war, von ihnen besprochen wurde, und daß daher nebst Demjenigen, was schon vom Standpunkte der Vernunft aus wider die Realisirung des Eisenacher Programmes im ruhigen, friedlichen Wege gesagt werden muß, auch noch diese Nachweise vorliegen, daß die Partei, in ihren maßgebenden Führern wenigstens, durchaus nicht ausgeschlossen, sondern im Gegentheil geradezu in den Kreis ihrer Berechnungen gezogen hatte, im Falle es nicht anders gehe, *ihre Pläne mittelst Gewalt und sei es auch mit den Waffen in der Hand und mit Umsturz alles Bestehenden durchzusetzen.*

Digitized by Google

Nun könnte man sich fragen, ob denn irgend etwas vorliege, was berechtigen würde, den Angeklagten und der Partei überhaupt ein derartiges Vorgehen zuzumuthen.

In dieser Beziehung habe ich Ihnen, meine Herren, die Entwicklung der ganzen Frage, die Steigerung der Forderungen dargethan und Ihnen nachgewiesen, daß die Partei selbst zu der Erkenntniß gekommen ist, daß an die Realisirung dieser Forderungen nur dann gedacht werden kann, wenn sie den entscheidenden politischen Einfluß und die Leitung im Staate erlange und wenn zu diesem Zwecke die Regierungsform in einer Art umgewandelt wird, daß sie Aussicht haben, die Oberherrschaft im Staate gewinnen zu können.

Ich habe Ihnen ferner dargethan, daß für die Grundsätze einer Partei und für die Richtung, die sie einschlägt, die Sprache der Parteiorgane maßgebend ist. Wenn es sich nun darum handelt, aus diesen Manifestationen der Partei-Organe zu deduciren, daß ihre Richtung dahin geht, einen gewaltsamen Umschwung aller Verhältnisse herbeizuführen, so kann ich mich selbstverständlich nicht auf jene Partei-Organe berufen, welche unter der Herrschaft des österreichischen Preßgesetzes in Wien erscheinen, und wovon täglich ein Exemplar bei der Polizeidirection und eines bei der Staatsanwaltschaft hinterlegt wird; ich muß auf jene Partei-Organe hinweisen, welche in Ländern erscheinen, wo die Partei ihrer Meinung ganz unumwunden Ausdruck geben kann. Eines derselben, dessen Zusammenhang mit den maßgebenden Persönlichkeiten in Wien ich Ihnen unwiderleglich nachwies, ist das „Felleisen". Gerade die Wiener Artikel desselben halten nun den revolutionären Standpunkt für Oesterreich auf das entschiedenste und prononcirteste ein; es wird vom Zerfalle Oesterreichs und der Einführung der Republik daselbst als von einem schon demnächst, morgen bevorstehenden Ereigniß gesprochen, und es fegen diese Artikel über die Dynastie Habsburg und deren Bestand wie der Sturm über die leeren Herbsttriften hinweg.

Halten Sie nun diese Manifestationen im Partei-Organe mit dem Umstande zusammen, daß die Regierungsform, welche diese Partei anstrebt, im Wege der ruhigen und gesetzlichen Entwicklung wohl kaum zu erzielen ist, so werden Sie mir zugeben müssen, daß man nicht unberechtigt ist, die Partei geneigt zu halten, zu einem derartigen Gewaltacte zu schreiten.

Digitized by Google

Die Gefährlichkeit der Parteibestrebungen in ihrem Auftreten konnte auch der Regierung nicht entgehen, und sie sah sich daher im September 1869 mit den Erlässen der niederösterreichischen Statthalterei vom 11. und des Ministeriums des Innern vom 29. September 1869 veranlaßt, die Bestrebungen der in Eisenach gebildeten Partei als mit den Institutionen und der Verfassung des österreichischen Kaiserstaates im geraden Widerspruche stehend als staatsgefährlich zu bezeichnen. Wider diese Entscheidung hat man eingewendet, daß man sich nicht darnach zu richten habe, weil sie kein Gesetz sei. Ich glaube, daß diese Einwendung zum mindesten, um mich keines anderen Ausdruckes zu bedienen, nicht stichhältig sei.

Wenn das Vereinsgesetz die Bestimmung, welche Vereine staatsgefährlich sind, der Executive überläßt und ihr auch die Durchführung des Vereinsgesetzes obliegt, so kann es in einem geregelten Staatswesen unmöglich angehen, daß der Eine oder der Andere sich nicht daran binde, was eine Executivbehörde verfügt, weil er sie nicht für maßgebend hält, und weil er fordert, daß darüber ein eigenes Gesetz erlassen werde.

Es ist nicht meine Pflicht und Sache, dafür einzutreten, ob dieser Ministerialerlaß gerechtfertigt und begründet ist; allein ich glaube, daß Sie nach den gemachten Erfahrungen und Erhebungen in dieser Beziehung keinen Zweifel haben dürften. Auf jeden Fall hat jedoch die Sache in Wien und in der ganzen Monarchie soviel Staub aufgewirbelt, daß von den Angeklagten wenigstens keiner sagen kann, daß ihm die Sache fremd geblieben ist. Wenn daher bis zu dem Momente der Publicität dieses Erlasses noch Jemand sagen konnte, er habe in diesen Parteibestrebungen nichts Strafbares gefunden, so muß dieß abgesehen davon, was überhaupt gegen diese Einwendung vorgebracht werden könnte, vom Momente der Publicität dieses Ministerialerlasses aufhören, und gerade von jenem Momente an hat die Agitation mit einer besonderen Energie dafür gewirkt, daß gerade die in Eisenach gegründete socialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich Eingang und Verbreitung, ihre Grundsätze und ihr Programm Anerkennung und Realisirung finden.

Abgesehen von der Agitation durch Presse und öffentliche Rede habe ich schon bemerkt, daß nach dem Eisenacher Programme das Abonnement auf den „Volksstaat“ identisch ist mit der Mitgliedschaft der Partei. Der Angeklagte Scheu hat nun ganz unumwunden bekannt,

Digitized by Google

daß er für das Abonnement dieses Blattes sehr thätig war, daß er Abonnements zu erwirken gesucht und übernommen und die bezüglichen Beträge nach Leipzig gesandt hat. Hiemit allein wurde sich aber nicht begnügt, sondern es wurde noch in anderer, entschiedener Weise für die Ausbreitung der Partei gesorgt. Scheu hat nicht nur zugegeben, daß er selbst Mitglied der socialdemokratischen Arbeiterpartei sei, daß er für die Durchführung des Eisenacher Programmes gewirkt habe, sondern auch, daß er 50 Mitgliedkarten sammt Programme erhalten, dieselben theils selbst vertheilt, theils an den Angeklagten Pabst zur Weiterverbreitung übergeben habe, und er gesteht über Rücksprache mit den Angeklagten Schönfelder, Pabst und Perin, dafür gesorgt zu haben, daß dieselben solche Mitgliedskarten und Programme zugesandt erhielten. Es wurden bei Scheu auch Empfangsbestätigungen, und zwar des Schönfelder über Nr. 51 bis 100, des Perin von 101 bis 130 und des Pabst von 130 bis 230 und außerdem über 17 von Scheu erhaltene Karten und Programme gefunden. Pabst gesteht, diese Karten erhalten und vertheilt zu haben und Mitglied der Partei, deren Programm und Grundsätze ihm ganz bekannt sind, zu sein.

Schönfelder bestätigt den Empfang der Karten und Programme zum Zwecke der Vertheilung, es wurde auch eine auf seinen Namen lautende Karte, Nr. 51, ferner die Nummern 68 bis 100, und zwar unausgefüllt, bei ihm gefunden, nicht aber die Nummern 52 bis 68. Er behauptet nun, keine Vertheilung vorgenommen zu haben und nicht zu wissen, wohin die Karten kamen. Allein, da gerade er rücksichtlich der Beschickung des Eisenacher Congresses zur Sammlung der Mandate und zur Bestreitung der Reisekosten eine hervorragende Rolle spielte, da er ferner die Karten zur Vertheilung erhielt und übernahm, da ihm bekannt war, daß er sie verrechnen müsse, da er nicht im entferntesten glaubwürdig machen kann, wie es kam, daß Jemand ihm diese Karten wegnehmen konnte, so ist auch wider ihn erwiesen, daß er nicht nur Parteimitglied war, sondern auch Mitglieder anwarb.

Dasselbe ist rücksichtlich Perrin's der Fall, nur daß bei ihm gar keine Karten gefunden wurden, was aus eben denselben Motiven geradezu den Beweis liefert, daß er noch mehr Mitglieder geworben hat, als Schönfelder.

Bei Martin Berka und Johann Most wurden Eisenacher Programme und Mitgliedkarten, ausgefüllt am 30. November 1869, und bei Häcker vom 20. December 1869 gefunden. Berka stellte nicht im

Digitized by Google

mindesten in Abrede, daß er Mitglied der socialdemokratischen Arbeiterpartei sei, für deren Programm einstehe und er hat dieß bei jeder Gelegenheit erwiesen.

Most gibt ebenfalls zu, Mitglied der socialdemokratischen Partei, ein warmer Anhänger dieser Partei zu sein und derselben bis in ihre äußersten Ausläufer zu dienen. Er hat es auch bei jeder Gelegenheit erwiesen.

Rücksichtlich seiner muß ich wieder den Umstand betonen, daß er es war, dem sehr darum zu thun gewesen ist, daß die Soldaten nicht auf das Volk schießen, und ich glaube, daß seine Richtung durch die bei ihm vorgefundenen, insbesondere durch die von ihm während der Haft verfaßten Schriften auf das eclatanteste constatirt ist.

Friedrich Häcker gesteht seine Mitgliedschaft der socialdemokratischen Eisenacher Arbeiterpartei, die Leistung der Beiträge zu und hat dieß damit motivirt, daß die Wiener Arbeiter mit den Grundsätzen des socialdemokratischen Eisenacher Programmes sich identificirt haben.

Ich habe bereits dargethan, daß die in Eisenach gebildete socialdemokratische Arbeiterpartei auf Grundlage ihres Programmes eine Vereinigung ist, deren Realisirung, ja die bloße Agitation für deren Realisirung und Verbreitung in Oesterreich geradezu das Verbrechen des Hochverrathes begründet.

Wer daher in Oesterreich dieser Partei und ihrem Programme Eingang, Ausbreitung und Anerkennung zu verschaffen sucht, für den Anschluß an diese Verbindung agitirt, wer insbesondere Mitglieder für diese Verbindung wirbt und hiedurch, sowie durch das Sammeln von Beiträgen für das Gedeihen, für die Kräftigung der Verbindung wirkt, endlich wer hier in Oesterreich dieser Verbindung und ihrem Programme beitritt, sich mit den Plänen, Bestrebungen und Endzwecken der Partei identificirt, hat ebenfalls etwas unternommen, was auf eine gewaltsame Veränderung der Regierungsform angelegt wäre, daher außer dem, was ich bereits rücksichtlich des Andreas Scheu und des Oberwinder angeführt habe, noch insbesondere in Betreff der Agitation nach dem Eisenacher Congresse Andreas Scheu, Johann Papst, Johann Schönfelder, Heinrich Perrin, Johann Most, Martin Berka und Friedrich Häcker durch die von ihnen theils selbst eingestandenen, theils wider sie durch Urkunden erwiesenen Handlungen im Sinne der §§. 264,

Digitized by Google

268, 272, Strafproceßordnung, des Verbrechens des Hochverrathes im Sinne des §. 58 b, Strafgesetzbuch, überwiesen erscheinen.

Was Oberwinder betrifft, so hat derselbe zwar allerdings seit dem Eisenacher Congresse nach außen hin eine wenig hervorragende Rolle gespielt; allein ich glaube nicht zu irren, wenn ich behaupte, daß Oberwinder zu denjenigen Persönlichkeiten gehört, welche wir bei jeder großen Bewegung wahrnehmen, und die dann diese Bewegung ganz vorzüglich leiten und organisiren, ohne sich und ihre Person je zu exponiren. Ich glaubte jedoch, daß Sie aus den Verhandlungsresultaten und den Aussagen der Vernommenen die sicherste Ueberzeugung gewonnen haben, daß Oberwinder eigentlich die Seele der ganzen Bewegung war. Wenn Sie sich erinnern, meine Herren, so war er in Nürnberg, in Basel, in Eisenach als Vertreter der österreichischen Arbeiter, und er ist mit Einer der Einberufer des Eisenacher Congresses; er ist es, der, bevor er hieher nach Wien kam, bereits ein ganz gewandter Parteiführer der Arbeiterbewegung war, der zu Lassalle selbst in persönlicher Beziehung stand, der mit allen ausländischen Agitatoren: Ladendorf, Goegg, Liebknecht, Bebel intim ist; an ihn gelangen die zur Kenntniß des Gerichtshofes gekommenen Briefschaften aus dem Auslande, insbesondere aus Paris, London, München; er wird vom Londoner Generalrath mit der Werbung für die internationale Association insofern betraut, als wenigstens die Karten bei ihm gefunden werden; er ist am 26. Jänner 1868 so entschieden für die Grundsätze Lassalle's in Wien eingetreten; er ist es, welcher durch die „Volksstimme" und den „Volkswillen", die beiden Wiener Parteiorgane, spricht, denn aus den Briefen des Hartung, welche zur Verlesung kamen, werden Sie sich überzeugt haben, daß derselbe nicht im Stande ist, eine journalistische Thätigkeit zu entwickeln. Oberwinder war es, welcher die Absendung des Telegrammes aus der Volksversammlung zur „schönen Aussicht" veranlaßte und ausführte. Oberwinder war es, welcher die auswärtigen Parteiorgane über die hiesigen Zustände informirte, in dessen Besitz jene Briefschaften gefunden wurden, welche den Zusammenhang der Wiener und ausländischen Arbeiterbewegung documentiren. Wenn Sie sich der verschiedenen zur Verlesung gelangten Schriftstücke erinnern, so war es wieder Oberwinder, der der Agitation Gelder in bedeutenden Summen und insbesondere außer einzelnen Subventionen noch die Caution für den „Volkswillen" aus einem Ihnen ebenfalls bekannt gewordenen Fonde beischaffte.

Digitized by Google

Wenn Sie nun alle diese Umstände und den Eindruck, den Oberwinder auf Sie selbst hervorgebracht hat, zusammenfassen, wenn Sie weiter berücksichtigen, was Alles seit dem Eisenacher Congresse in Oesterreich geschehen ist, so werden Sie wohl zu der Entscheidung kommen müssen, daß Oberwinder bei jedem einzelnen Schritte, welcher dafür geschehen ist, der Eisenacher Partei in Oesterreich Eingang und Ausbreitung, ihrem Programme, ihren Grundsätzen Anerkennung und Realisirung zu verschaffen, in maßgebender Weise betheiligt war, und daß daher gegen Oberwinder außer demjenigen, was ihm rücksichtlich seiner Betheiligung und Mitwirkung in Eisenach zur Last fällt, auch noch die weitere Mitwirkung, wie sie im Sinne des §. 5 des Strafgesetzes gelegen ist, an all denjenigen Agitationen zur Last fällt, welche seit dem Eisenacher Congresse dafür in's Werk gesetzt wurden, daß die Partei in Oesterreich Eingang und Ausbreitung, ihr Programm Anerkennung und Realisirung finde und daß er daher auch in dieser Beziehung das Verbrechen des Hochverrathes im Sinne des §. 58 b, Strafgesetzbuch, begangen habe.

Insbesondere aber muß ich Sie auf Grundlage dieser Deductionen noch aufmerksam machen, daß nach Angabe der Zeugen Florencourt und Podany Oberwinder von den Ereignissen des 13. December auf das vollständigste informirt; daß nach Angabe der Zeugin Podany und des Angeklagten Schäfftner, welche er durch seine Depositionen in seinem Verhöre nicht zu entkräften vermochte, Oberwinder am 13. December sich am Paradeplatze befand; daß nach Angabe aller Angeklagten Oberwinder in jenem Caffeehause sich befand, wo die Petition noch weiter besprochen und die Ueberreichung derselben des Näheren erörtert wurde; daß er nach Angabe der Angeklagten selbst sie nicht einen Augenblick mehr verließ, in das Ministerhotel begleitete; daß der Angeklagte Pfeiffer ihn selbst in der Vorhalle des Ministerhotels gesehen zu haben glaubt, — lauter Umstände, welche zusammengefaßt und mit Rücksicht auf den vollständig constatirten maßgebenden Einfluß Oberwinder's auf die ganze Bewegung Ihnen sicherlich die Ueberzeugung verschaffen werden, daß er rücksichtlich alles Desjenigen, was an der Demonstration vom 13. December als schuldbar erscheint, als Urheber angesehen werden muß und daher ihm die betreffende strafbare Handlung ebenfalls in dieser Beziehung zur Last fällt.

Johann Pabst ist endlich geständig, über die Kunde der Verhaftung des Scheu in Reichenberg zu dessen Frau gegangen zu sein, sie

Digitized by Google

hievon in Kenntniß gesetzt und aus der Wohnung des Scheu alles Dasjenige mitgenommen zu haben, wovon ihm dünkte, daß dessen Vorfindung durch die Commission unangenehm wäre. Die Staatsanwaltschaft findet hierin das Verbrechen des §. 214 St.-G.; wenn jedoch der hohe Gerichtshof findet, daß nur die Uebertretung des §. 307 St.-G. vorliegt, so wird die Staatsanwaltschaft der Meinung des hohen Gerichtshofes nicht entgegentreten.

Es liegt daher erwiesen vor wider Andreas Scheu, Johann Most und Heinrich Perrin das Verbrechen des Hochverrathes im Sinne des §. 58 b, wider Johann Pabst das Verbrechen des Hochverrathes und der Vorschubleistung, wider Heinrich Oberwinder das Verbrechen des Hochverrathes und der öffentlichen Gewaltthätigkeit, beide Verbrechen auch wider Johann Schönfelder, Martin Berka und Friedrich Häcker; das Verbrechen der öffentlichen Gewaltthätigkeit im Sinne des §. 76 St.-G. gegen Leopold Schäftner, Friedrich Pfeiffer, Ludwig Eichinger, Johann Baudisch, Ferdinand Dorsch und Heinrich Gehrke.

Im Sinne des Gesetzes wäre die Strafe rücksichtlich des Verbrechens des Hochverrathes nach §. 59 St.-G. zu bemessen, ich muß jedoch rücksichtlich des Strafausmaßes unterscheiden zwischen Denjenigen, welche mir nach meiner Auffassung und nach den Deductionen, welche ich dem hohen Gerichtshofe vorzutragen die Ehre hatte, als die Hauptbetheiligten, als die Rädelsführer erscheinen, und zwischen Denjenigen, welche minder gravirt sind. In dieser Beziehung glaube ich, daß wider Scheu und Oberwinder die Strafe im Sinne des ersten Absatzes des §. 59 b St.-G., unter Anwendung des §. 284 St.-P.-O., wider Pabst, Most, Perrin, Schönfelder, Berka, Häcker jedoch nach dem zweiten Absatze des §. 59 b St.-G., endlich wider Schäftner, Pfeiffer, Eichinger, Baudisch, Dorsch und Gehrke nach §. 77 St.-G. auszumessen sei.

Zum Behufe der Bemessung der Strafe hebe ich als mildernd hervor bei sämmtlichen Angeklagten ihr mehr oder weniger umfassendes Geständniß, dann bei Schäftner, Baudisch, Eichinger, Pfeiffer, Dorsch und Gehrke ihre ohne ihr Verschulden verlängerte Untersuchungshaft; bei Baudisch, Schäftner, Dorsch und Gehrke ihre bisherige strafrechtliche Unbescholtenheit; bei Pabst, Most, Gehrke, Schönfelder, Perrin und Häcker den Umstand, daß sie mir als verleitet erscheinen, und bei Scheu, Baudisch, Schönfelder, Gehrke und Perrin ihre Familien- und Erwerbsverhältnisse.

Digitized by Google

Als erschwerend ist anzunehmen bei Oberwinder, Pabst, Schönfelder, Berka und Häcker die Concurrenz mehrerer strafbaren Handlungen; bei Pfeiffer die vorausgegangene Abstrafung; bei Scheu und Oberwinder die hervorragende Betheiligung, bei Allen jedoch die größere Gefährlichkeit der Handlungsweise, in die sie sich eingelassen haben.

Ich erlaube mir daher den Schlußantrag:

Der hohe Gerichtshof wolle sich veranlaßt sehen, die Herren Scheu, Most und Perrin des Verbrechens des Hochverrathes im Sinne des §. 58 b, Pabst des Verbrechens des Hochverrathes und der Vorschubleistung, eventuell der Uebertretung des §. 307 im Sinne der §§. 58 b, 214, eventuell 307 St.-G., Oberwinder, Schönfelder, Berka und Häcker des Verbrechens des Hochverrathes und der öffentlichen Gewaltthätigkeit im Sinne der §§. 58 b und 76, Schäftner, Pfeiffer, Eichinger, Baudisch, Dorsch, Gehrke des Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit im Sinne des §. 76 St.-G. schuldig zu erklären, dieselben mit einer dem Verhältnisse der wider sie vorliegenden Erschwerungs- und in Berücksichtigung der für sie sprechenden Milderungsgründe angemessenen, im Sinne der bestehenden Gesetze normirten Strafe, unter umfassender Anwendung aller derjenigen Gesetzesstellen, welche dem Gerichtshofe die möglichste Milde gestatten, zu verurtheilen, insbesondere wider Berka, Häcker, Oberwinder, Most und Perrin, insofern sie schuldig erklärt würden, die nach dem Gesetze vorgeschriebene und zulässige Landesverweisung auszusprechen, sämmtliche zu den Kosten des Strafverfahrens im Sinne der allgemeinen Bestimmungen des Gesetzes, insbesondere des §. 59 St.-G., §. 360 St.-P.-O. und des Ministerialerlasses vom 5. October 1854 zu verurtheilen und die zu verhängende Strafe im Sinne des Gesetzes vom 15. October 1868 entsprechend zu verschärfen.

Präs.: Bevor ich Herrn Dr. Singer das Wort ertheile, unterbreche ich die Sitzung auf eine Viertelstunde.

(Die Verhandlung wird um 12 Uhr 30 Minuten unterbrochen und um 1 Uhr 15 Minuten wieder aufgenommen.)

Präs.: Doctor Singer hat das Wort.

Vertheidigungsrede des Dr. Singer.

Dr. Singer: In meiner Eigenschaft als Vertheidiger der Herren Andreas Scheu, Heinrich Oberwinder, Johann Most, Heinrich Perrin,

Digitized by Google

Johann Pabst, Friedrich Häcker und Johann Baudisch muß ich damit beginnen, Ihre werthe Nachsicht, meine verehrten Herren, in Anspruch zu nehmen. Meine Vertheidigung, hoher Gerichtshof, wird eine eingehende und kann schon darum keine kurze sein.

Nach einer Untersuchung von sieben Monaten ist ein Proceß zur Entscheidung vor Sie gelangt, welcher, abgesehen von der ungeheueren Fülle des Materials, eine solche Bedeutung und Tragweite hat, daß ich einigermaßen berechtigterweise daran zweifle, ob meine schwache Kraft zur Bewältigung desselben hinreichend sein wird.

Anklage und Vertheidigung erheben sich in diesem Streitfalle aus den Niederungen gewöhnlicher Proceßroutine auf die Höhe einer politischen Streitsache, auf deren Ausgang spannungsvoll die Welt harrt.

So werden Sie denn, meine hochverehrten Herren, begreifen, daß ich ausführlich sein werde. Sie werden es aber auch aus vielen Gründen billigen, daß, bevor ich zur Beantwortung des staatsanwaltschaftlichen Antrages, zur speciellen Vertheidigung der Angeklagten schreite, ich ein Wort darüber verliere, was mich, der ich kein Parteigenosse der Angeklagten bin, heute an ihre Seite als Vertheidiger geführt hat:

Ich stehe hier nicht blos in Erfüllung einer Pflicht als gewählter Vertheidiger der Angeklagten, ich stehe hier durchdrungen von der Ueberzeugung der Schuldlosigkeit derselben.

Diese Ueberzeugung, sowie auch der Umstand, daß Sie, meine hochverehrten Herren, dem Gange der Verhandlung mit der gespanntesten Aufmerksamkeit, unter dem Schutze einer vollendeten Oeffentlichkeit folgten, geben mir den Muth zu den folgenden Ausführungen, obgleich ich die Schwierigkeit und Verantwortlichkeit meines Amtes mir keinen Augenblick verhehlt habe.

Ich bin, meine Herren, beruhigt in dem Gedanken, daß der Totaleindruck, den Sie über die Sachlage gewonnen haben, schon vor meinem Schlußworte feststehen muß, daß Sie, meine Herren, auch ohne die Ausführungen des Vertheidigers in der Lage wären, jenes Urtheil zu schöpfen, welches das Walten Ihres erhabenen, aber eben so verantwortlichen Berufes Ihnen auferlegt.

Wäre noch einer meiner Clienten im Besitze der ausgebreiteten Kenntnisse, der juristischen Dialectik Ferdinand Lassalle's, der vor beiläufig sieben Jahren unter ähnlicher Anklage vor seinen Richtern stand, ich könnte mich dann des Wortes enthalten so aber, meine Herren,

Digitized by Google

bleiben die Angeklagten in verschiedenen Punkten noch immer auf den Beistand des Rechtsfreundes angewiesen, und dieser Beistand soll ihnen werden mit dem vollsten Einsatze meines besten Wissens und Könnens.

Meine hochverehrten Herren! Mitten unter epochemachenden Ereignissen auf kirchlichem und bürgerlichem Gebiete und Umgestaltungen der tiefgreifendsten Art geht die große Arbeiterbewegung unserer Tage unaufhaltsam ihren Weg und bereitet eine Wandlung unserer gesellschaftlichen Zustände vor, deren Tragweite heute noch nicht abzusehen ist. Schon daß sie sich in gleicher Weise über alle Culturländer verbreitet, ist ein Zeugniß ihrer tiefen humanen Bedeutung, vermöge deren sie über die Bedeutung der politischen Tagesfragen weitaus hinausgreift.

Darum sehen wir dieselbe auch von den Männern der verschiedensten Parteien umrungen und umworben; wir sehen die Parteien in dem Staate Stellung zu derselben nehmen. Die Partei der bürgerlichen Freiheit, meine Herren, sucht sie für ihre Zwecke zu benützen, während die Partei der bürgerlichen und kirchlichen Reaction sie in gleichem Maße auszubeuten sucht. In eben demselben Grade, in welchem man noch vor verhältnißmäßig kurzer Zeit mit den Mitteln der rohesten und brutalsten Polizeigewalt gegen dieselbe ankämpfte, in demselben Grade, in welchem man noch vor kurzer Zeit gerade die gesundesten und lebensfähigsten Elemente derselben in wirthschaftlichen und Bildungsvereinen vernichtete, liebäugelt man heute mit derselben und gewinnt socialistische Agitatoren in manchen Ländern mit den bedeutendsten Kosten.

Seit der Etablirung des rothen Gespenstes, welches auch der löblichen Staatsbehörde erschienen ist, suchte man in Frankreich die besitzenden Classen gegen die Arbeiterbewegung aufzureizen und zu gewinnen, man suchte sie in Schreckensangst und Unruhe zu versetzen, damit sie froh seien, den Staat gerettet zu sehen.

Wörtlich so, meine Herren, charakterisirt der von dem Vertreter der löblichen Staatsbehörde oft bezogene Hermann Schultze aus Delitzsch die Arbeiterbewegung in seiner Schrift: „Der industrielle Großbesitz und die Arbeiterbewegung in Deutschland", eine Schrift, welche vor kurzer Zeit in Berlin erschienen ist und von da aus die Runde durch die ganze gebildete Welt gemacht hat. Hermann Schultze aus Delitzsch sagt, daß die Arbeiterbewegung eine Bewegung

Digitized by Google

ist, welche allen Culturländern gemeinsam sei; er sagt, daß sie eine Bewegung ist, die sich über alle Länder der civilisirten Welt erstrecke, daß der Versuch, diese Bewegung zu untergraben, ihre Adern zu unterbinden mit den Mitteln der Polizeigewalt, anderswo zu den überwundenen Standpunkten gehört, und er zeigt in dieser Schrift deutlich, wie man in vielen Ländern mit den namhaftesten und bedeutendsten Kosten socialdemokratische Agitatoren zu gewinnen sucht. Ich frage nun, wie verhält sich zu diesen Anschauungen die Ausführung und der Schlußantrag des verehrten Vertreters der Staatsbehörde? Der Herr Staatsanwalt verlangt von dem hohen Gerichtshofe, daß er der Arbeiterbewegung, insoweit sie eine österreichische ist, den Weg verlege, daß er jeden Versuch der Wandlungen unserer gesellschaftlichen Zustände als hochverrätherisch erkläre, daß er die Verbreitung dieser Arbeiterbewegung durch das Culturland Oesterreich hindere, daß er ein Urtheil fälle über eine Frage, von welcher Hermann Schultze aus Delitzsch sagt, daß sie eine ökonomische, eine wirthschaftliche, eine wissenschaftliche Frage in eminentestem Sinne des Wortes ist.

Dieselben Principien, meine hochverehrten Herren, von welchen Hermann Schultze aus Delitzsch sagt, daß die Parteien im Staate ihre Stellung zu denselben nehmen; die Vertreter dieser Principien, von welchen Hermann Schultze aus Delitzsch sagt, daß man sie in vielen Ländern mit den bedeutendsten Kosten zu gewinnen sucht, sollen auf Grund des Spruches eines hohen österreichischen Gerichtshofes als hochverrätherisch gebrandmarkt werden. Denn nicht, meine Herren, daß die Angeklagten Demokraten sind, nein, daß sie Socialdemokraten sind und daß sie als solche hochverrätherische Verbindungen mit dem Auslande angeknüpft haben sollen, brachte sie auf die Anklagebank.

Man muß sich füglich darüber wundern, daß eine Frage, welche die Wissenschaft bis zur Stunde noch nicht gelöst hat, eine Frage, welche ihre verschiedene Lösung in den verschiedensten Formen der verschiedensten Zeitstufen gefunden hat, hier zur Austragung gebracht werden soll, hier vor einem österreichischen Gerichtshofe. Denn, obwohl die Staatsbehörde ihrer Anklage Thatsachen zu Grunde gelegt hat, welche die Vertheidigung gewiß besprechen wird, so ist der Grundgedanke derselben doch einfach der: „Der Socialismus ist an sich staatsgefährlich, es ist gar nicht anders möglich, als daß diese Principien auf dem Wege der Gewalt realisirt werden, diesen Weg wollten die Angeklagten betreten. Staat und Gesellschaft seien sohin in Gefahr."

Digitized by Google

Die Vertheidigung könnte füglich dagegen protestiren, daß in dieser Frage sofort das Urtheil seitens des hohen Gerichtshofes geschöpft werde; sie könnte verlangen, daß in einer Frage von so eminenter wissenschaftlicher Bedeutung und Tragweite der Ausspruch fachmännischer Autoritäten vernommen werde, damit es möglich sei, die Urtheilsschöpfung im Geiste der Zeit und der allgemein geltenden Principien der Wissenschaft zu dirigiren. Wenn ich gleichwohl darauf verzichte, so geschieht es darum, weil ich vermeine, daß die im positiven Rechte gegebenen Anhaltspunkte genügen werden, um die Angeklagten von der wider sie erhobenen furchtbaren Anklage zu befreien.

Meine Herren! Der Mensch ist ein Atom der Gesellschaft; ein wesentliches und unerläßliches Bedürfniß des Menschen ist die Association. Wie der Planet den Planeten anzieht, so sucht der Mensch den Nebenmenschen. Locale Centren, lesen wir, halten die Massen in Ordnung und Harmonie und die Tendenz zur allgemeinen Association ist nichts weiter als eine Folge der localen. So ist es erklärlich, daß sich in Oesterreich überhaupt Arbeitervereine gebildet haben; es ist aber aus diesen und vielen anderen Gründen erklärlich, daß diese Arbeitervereine, sobald sie sich einmal gebildet hatten, eine Attraction zu den Arbeitervereinen des Auslandes fühlten. Je unvollkommener ein Geschöpf, desto ähnlicher sind seine Theile, um desto mehr gleichen die Theile dem Ganzen.

In den Bestrebungen nun, meine Herren, zur Verbesserung der materiellen Lage gesellt sich der einzelne Mensch am ehesten und leichtesten dem Mitmenschen zu und die sociale Wissenschaft ist eben diejenige Wissenschaft, welche den Menschen lehrt, sich die größtmöglichste Kraft durch Association mit seinen Mitmenschen anzueignen. Dieses Bedürfniß nach Association wächst wiederum mit der Möglichkeit der Befriedigung dieses Bedürfnisses und die Möglichkeit der Befriedigung dieses Bedürfnisses wächst wiederum mit der Leichtigkeit des Verkehrs. Die Leichtigkeit des Verkehrs, die sich in den letzten Jahren sehr gehoben hat und das Erscheinen eines freiheitlichen Vereinsgesetzes sind der Ausgangspunkt der Associationsbestrebungen in Oesterreich gewesen, wie der verehrte Herr Staatsanwalt in seinem Anklageantrage seinerzeit ganz richtig hervorgehoben hat. Aber die löbliche Staatsbehörde fand das Gefährliche der Associationsbestrebungen nicht in den Verbänden, die sich im Innern des Staates gebildet haben; sie findet das

Digitized by Google

Gefährliche aller dieser Bestrebungen in der Verbindung, welche österreichische Arbeiter mit dem Auslande angeknüpft hätten.

Ich werde die Bedeutung der Verbindung der österreichischen Arbeiter mit den ausländischen noch an einem anderen Orte heute besprechen müssen; es wird vorläufig genügen, darauf hinzuweisen, daß in Wahrheit eine Solidarität der Interessen besteht, eine Solidarität, welche sich füglich nicht hinwegleugnen läßt. Denn wohin Sie blicken, überall begegnen Sie denselben gesellschaftlichen Uebelständen, überall demselben Ueberhandnehmen der Bevölkerung, derselben Centralisation der Industrie, überall demselben moralischen und physischen Verfall. Es ist eine Thatsache, daß die Verhältnisse der Arbeiter heute in vieler Beziehung traurig sind und es hat, meine Herren, ein Oeconom von einem Namen, der sich des besten Rufes in der ganzen Welt erfreut, den Satz ausgesprochen, daß Armuth und Elend, welche man so oft in dem Stande der Arbeiter trifft, nicht etwa eine Folge eines eigentlichen Gesetzes, sondern lediglich eine Folge rein menschlicher Zustände sei; er hat den Satz ausgesprochen, daß es Mißbräuche der schreiendsten Art seien, welche Armuth und Elend in den Schichten der Arbeiter zu vererben suchen und er hat das Streben als wohlberechtigt erklärt, alle diese Uebelstände mit der Wurzel auszurotten.

Unsere modernen Institutionen sind nun wahrlich nicht dazu angethan, den traurigen Verhältnissen der Arbeiter abzuhelfen; es ist vielmehr eine constatirte Thatsache, daß die socialen Verhältnisse der Neuzeit allen diesen Uebeln nur noch Vorschub leisten. Man denke doch an die geringe Höhe des Arbeitslohnes und an den Werth der Geschäftsarbeit; man erinnere sich an die Centralisation der Industrie, die ich bereits einmal betont habe; an die Monopolisirung der Maschinen, welche die Arbeitskraft immer mehr und mehr billiger macht; an die ungemein lange Arbeitszeit, welche jede geistige und physische Erholung unmöglich macht. Man lese die gräßlichen Schilderungen von dem Ueberhandnehmen des Pauperismus und man wird mit der Vertheidigung zu dem Schlusse gelangen, daß die Lage der Arbeiter in vielen Beziehungen bemitleidenswerth sei, die einer Verbesserung, einer Reform bedarf.

Das Princip: „Kaufe billig, verkaufe theuer" macht den Reichthum des Reichen, die Armuth des Armen. Unter allen Arbeitskräften aber, meine Herren, ist die Arbeitskraft des Menschen gerade diejenige, welche am ehesten schwindet, unter allen Arbeitskräften ist gerade die

Digitized by Google

Arbeitskraft des Menschen, welche am ehesten verloren geht, wenn nicht die Nachfrage sofort der Production folgt. Diesen Uebelständen begegnen wir nicht nur in Oesterreich, wir begegnen ihnen auch in allen Nachbarländern, und als der Hauch einer freiheitlichen Gesetzgebung in Oesterreich wehte, und als es den Arbeitern gestattet war, Organisationen zu schaffen, und als den Arbeitern erlaubt worden ist, ihre sociale Lage zu discutiren, da ist es selbstverständlich, daß alle diese Fragen an der Tagesordnung waren, daß sie Gegenstand der eifrigsten und nachdrücklichsten Besprechung und Erörterung seitens der Arbeiter geworden sind.

Der feindliche Gegensatz zwischen Capital und Arbeit, der sich nun einmal nicht hinwegleugnen läßt, bestand schon früher in Oesterreich, wurde aber erst seit dem Erscheinen dieses Gesetzes aufgedeckt, und es waren gerade die Angeklagten und in erster Beziehung Hartung und Oberwinder, welche es sich zur Aufgabe gemacht haben, auf die Hebung der arbeitenden Classen, auf die Hebung des Wohlstandes der Arbeiter bedacht zu sein, welche in erster Linie es sich zur Aufgabe gemacht hatten, die Arbeiter über die sociale Lage und Verhältnisse zu instruiren. Nach dem Erscheinen eines freiheitlichen Vereinsgesetzes haben Hartung und Oberwinder jene Erfahrungen, welche sie im Auslande gewonnen hatten, in Oesterreich verwerthet. Hartung und Oberwinder gründeten in Oesterreich nicht zuerst politische Vereine, sondern es ist bekannt und ist auch zur Sprache gekommen, daß von Hartung und Oberwinder Lesezimmer, Bibliotheken, Krankencassen errichtet, technische Course eröffnet wurden; nachher wurden auch Volksversammlungen einberufen, in welchen die sociale Lage der Arbeiter hauptsächlich den Gegenstand der Erörterung bildeten und die politischen Tagesfragen erst später in den Kreis der Erörterung gezogen worden sind. Es ist also richtig, daß die österreichische Arbeiterbewegung zurückzuführen ist auf die in den letzten Jahren immer mehr zunehmende Leichtigkeit des Verkehrs und auf das Erscheinen eines freiheitlichen Vereinsgesetzes. Es ist ferner richtig, daß Hartung und Oberwinder an der Arbeiterbewegung hervorragenden Antheil nahmen, daß die Bewegung der österreichischen Arbeiter seit dem Erscheinen der beiden genannten Herren in Fluß gerathen ist.

Sobald, meine Herren, dieß feststeht, wird es sich für die Vertheidigung nur darum handeln, dem verehrten Herrn öffentlichen An-

Digitized by Google

kläger in jenen Punkten seiner Ausführungen zu folgen, welche sich mit der Wahl des Systems der österreichischen Arbeiterführer beschäftigt haben.

Die österreichischen Arbeiter wählten keineswegs das von Hermann Schultze aus Delitzsch vertretene System des Sparens, der Selbsthilfe, weil sie richtig zur Anschauung gekommen waren, daß Sparen doch nur Derjenige könne, der so viel besitzt oder erwirbt, daß er leben und noch etwas erübrigen kann. Es schlossen aber die österreichischen Arbeiter das Princip der Selbsthilfe keineswegs aus, aber nach reiflicher Erwägung aller Verhältnisse und Prüfung aller derjenigen Umstände, welche für und gegen das System des Hermann Schultze aus Delitzsch sprachen, schlossen sie sich mit Begeisterung dem Systeme Ferdinand Lassalle's an.

In der Folge, meine Herren, wäre es wohl für die Angeklagten von heute ganz und gar dasselbe gewesen, ob sie den Principien Schultze-Delitzsch's oder Ferdinand Lassalle's gehuldigt hätten. Ich meine, der verehrte Herr Ankläger wird mir nicht entgegentreten können, wenn ich behaupte, daß das Eine wie das Andere die Angeklagten auf die Anklagebank gebracht hätte. Denn auch nach dem Systeme Schultze-Delitzsch's gibt es Productiv-Associationen; auch nach diesem Systeme gibt es gemeinsame Arbeitertage, auch nach diesem Systeme gibt es einen gemeinsamen deutschen Arbeiterbund, auch hier gibt es Gewerbevereine, Productivgenossenschaften, Partnerschaften am Gewinne, und ich erlaube mir, den hohen Gerichtshof nebenbei aufmerksam zu machen, daß die preußische Regierung, wie es wohl auch der Umsicht der Staatsanwaltschaft nicht entgangen sein wird, gerade diejenigen Verbände, welche sich auf Grund Schultze-Delitzsch's Organi'ationen gebildet hatten, weit unliebsamer behandelte als jene, welche auf Grund Ferdinand Lassalle'scher Organisation sich constituirten. In jedem Falle steht so viel fest, daß eine Verbindung mit den deutschen Verbänden, welche sich nach Schultze-Delitzsch's System constituirt haben, für die Angeklagten dasselbe traurige Resultat gehabt haben würde.

Die Angeklagten haben sich mit Feuereifer dem Systeme Lassalle's angeschlossen; war dieß vielleicht auch auf dem österreichischen Boden etwas Neues und Ungewohntes, auf deutschem Boden war es dieß nicht, denn seit der großen Februar-Revolution vom Jahre 1848 ist die sociale Frage überall an der Tagesordnung und wird überall auf das lebhafteste discutirt. Man hat überall zur Lösung dieser Frage

Digitized by Google

Gedanken aufgestellt und unter diesen namentlich auch das socialistische und communistische System.

Das socialistische System vor Allem, ein System, welches vermeint, dadurch, daß man den Einzelnen im Wege der Vereinigung der geistigen und physischen Kräfte Aller, im Wege der Verbände der Association in die Lage versetzt, einen solchen Grad des Glückes und Wohlstandes zu erreichen, daß alles Unglück gleichsam aus der Welt schwinde und Jedermann, wenn auch bescheiden genug an dem allgemeinen Lebensglücke theilnehmen könne. Daneben steht das communistische System, der Communismus in rohester Form, welcher die Aufhebung alles Privateigenthums, gemeinsame Verwerthung aller Producte und aller Arbeitskräfte predigt. Den Socialismus, meine Herren, trifft nur der eine Vorwurf, daß er eigentlich gar nichts weiter ist, als eine fehlgegriffene Philantropie, da er die menschliche Natur von einem zu edlen Gesichtspunkte auffaßt, während der Communismus ganz dazu angethan ist, uns in die Zeiten rohester Barbarei zurückzuversetzen.

Ich muß mir, hoher Gerichtshof, erlauben, in dieser Beziehung auf das Zeugniß eines Gelehrten von europäischem Rufe zu compromittiren, auf Lorenz Stein, Professor der National-Oeconomie an der Wiener Hochschule. Lorenz Stein sagt in seinen bereits vor Jahrzehnten erschienenen Schriften über den Socialismus und Communismus, daß der Inhalt des ganzen Lebens und namentlich der Inhalt des staatlichen Begriffes ein beständiger Kampf der Gesellschaft mit dem Staate, des Staates mit der Gesellschaft sei. Er bezeichnet als eine der obersten und vollkommensten Aufgaben des Staates und einer jeden Regierung die Hebung der niederen Classen, und merkwürdiger Weise bezeichnet dieser berühmte Lehrer gerade die herrschende Classe als diejenige, welche ihre Herrschaft im Staate verlieren muß, wenn die Bestrebungen des Staates siegen.

In seiner historischen Darlegung der Geschichte des Communismus und Socialismus in Frankreich unterscheidet er auf das schärfste drei verschiedene Systeme: das System des Communismus, das System des Socialismus und das System der Socialdemokratie. Den Communismus hat er a priori verworfen; vom Socialismus sagt er, daß er seinem Begriffe nach noch immer auf der Arbeit stützt, daß in diesem Systeme die Individualität des Einzelnen, d. i. die geistige und physische Ausbildung des Einzelnen, hervortrete, daß der Staat unter

Digitized by Google

der Abhängigkeit der arbeitenden Classe leidet, daß die Entwicklung des Staates durch die Abhängigkeit der arbeitenden Classen gehemmt und beirrt werde, daß es daher nach diesem Systeme Verpflichtung des Staates sei, der arbeitenden Classe unter die Arme zu greifen, daß der Staat in gewisser Beziehung selbst unterrichtet werden soll.

Als dritte Form bezeichnet Stein die Form der Socialdemokratie. Diese Form findet nach diesem Gelehrten in der Gegenwart noch eine Realisirung, ihre Realisirung gehört der Zukunft. Der Begriff der Socialdemokratie fordert vor Allem, daß der Staat ein vollkommen freier sei und daß Allen ein gleicher Antheil an der Bildung und Bestimmung des Staatswillens zukomme. „Weiter," sagt Stein, „geht die Bewegung der Socialdemokraten keineswegs." Die Principien der Socialdemokratie sind demnach: allgemeines Stimmrecht in der Verfassung und individuelle Unabhängigkeit in der Verwaltung.

Ausdrücklich erklärt er weiter, daß es zur Verwirklichung dieser Principien zwei Wege gebe, der Weg der socialen Reform und der Weg der socialen Revolution.

Die Angeklagten, meine Herren, haben bei ihren Bestrebungen weder dem Communismus gehuldigt, noch das System der reinen Socialisten für sich adoptirt; sie bekennen sich, wie von der Vertheidigung schon hervorgehoben wurde, laut und unumwunden zu den Principien Ferdinand Lassalle's und der Socialdemokratie.

Meine Herren! Männer, welche zur Fahne Lassalle's schwören, gibt es überall, soweit die Menschheit lebt, soweit sie arbeitet und leidet; Socialdemokraten finden Sie in Deutschland, Socialdemokraten finden Sie in Frankreich und England, Socialdemokraten findet man in der alten und neuen Welt, Socialdemokraten begegnen uns in monarchischen und republikanischen Staaten.

Es ist demnach nicht richtig, daß die österreichischen Arbeiter, sobald sie zum Bewußtsein der großen socialen Frage gelangt waren, etwas Exotisches gefunden haben. Sie schlossen sich mit Begeisterung dem System Ferdinand Lassalle's an, jenes Mannes, der mit seinen Ideen und Ausführungen auch nicht weiter geht, als der heute schon einmal citirte Professor Lorenz Stein. Auch Lassalle findet den Kernpunkt der Bestrebungen der Neuzeit nur in der Weckung und Hebung des Arbeiterstandes, nur in der Hervorbringung einer Organisation der Arbeiter, auch das Hauptbestreben Ferdinand Lassalle's war dahin gerichtet, allen jenen Uebelständen zu steuern, unter welchen die Arbeiter

Digitized by Google

heute noch leiden. Diesen Anschluß an Lassalle haben nun in Wien vorzugsweise Hartung und Oberwinder auf Grund der von ihnen in Deutschland gesammelten Erfahrungen zu Stande gebracht. An und für sich ist das gar nichts Strafbares, weil Principien eben nicht strafbar sind, und weil die löbliche Staatsbehörde selbst erklärt hat, daß ein österreichisches Gericht nicht dazu berufen sein kann, unbedingt über das eine oder das andere System abzusprechen.

Heinrich Oberwinder, dessen Vertheidigung ich in erster Linie zu führen habe, hat seinen Ideen und Gedanken beredten Ausdruck gegeben in jenem Vortrage, den er am 26. Jänner 1868 über Lassalle's Leben und Wirken gehalten hat. Er hat sich in diesem Vortrage im Großen und Ganzen als eifriger und dankbarer Anhänger Lassalle's bekannt; allein, meine Herren, auf diesen Vortrag muß die Vertheidigung, und zwar in erster Linie verweisen, weil er so ziemlich das Programm des Herrn Heinrich Oberwinder enthält, weil er diesen Vortrag gehalten, und weil dieser Vortrag gedruckt in Tausenden von Exemplaren in die ganze Welt ging und weil aus diesem Vortrage zu entnehmen ist, daß Heinrich Oberwinder, der preußische Unterthan, der sich heute vor österreichischen Richtern wegen des Verbrechens des Hochverrathes zu vertheidigen hat, im Grunde gut österreichisch gesinnt ist.

Meine Herren! Oberwinder erklärt in diesem Vortrage, daß hinter der Reaction alle Classen stehen, und zwar mit der höchsten Energie, er setzte aber hinzu, daß hinter der politischen Freiheit keine Classe steht, Niemand als eine handvoll Ideologen und Gefühlsmenschen. Mit dieser Stelle gibt Oberwinder nur einen Gedanken Ferdinand Lassalle's wieder und reproducirt wieder nur einen Gedanken Ferdinand Lassalle's, wenn er sagt: Es ist gerade das größte Interesse der politischen Freiheit ein Classeninteresse und gerade der an Zahl und Kraft so unendlich überwiegenden unbemittelten Classe. „Jeder, der die Freiheit liebt," ruft er sodann mit Ferdinand Lassalle aus, „müßte mir dafür dankbar sein, denn auch die politische Freiheit wird nur unter diesem Zeichen siegen".

Er sagt dieß, meine Herren, in dem engsten Anschlusse an den Gedanken, daß die Arbeiterbewegung sich nicht einmal lostrennen dürfe von der Bewegung der gebildeten Bürger überhaupt, und er hat in das Programm, welches er damals vor Tausenden entwickelte, nichts weiter aufgenommen, als jene Forderungen, welche alle Gebildeten

Digitized by Google

theilen. Er spricht sich vor Allem mit Ferdinand Lassalle für absolute Preßfreiheit, für Aufhebung der Caution, für Abschaffung der Zeitungsstempel und für die Trennung des Annoncenwesens vom Zeitungswesen überhaupt aus. Und als Oberwinder in seinem Vortrage zur Besprechung von Selbsthilfe und Staatshilfe gelangt, da ist Oberwinder keineswegs einer von jenen Vertretern Lassalle'scher Principien gewesen, welche weiter gehen, als Lassalle selbst; da hat Oberwinder keineswegs die Forderung einer dauernden continuirlichen Staatshilfe gestellt; Oberwinder hat keineswegs als einer Derjenigen sich bekannt, deren letztes Streben vielleicht darauf gerichtet ist, ohne eigenes Zuthun auf Kosten Fremder, wie seinerzeit die Anklage behauptete, einen Stand privilegirter Arbeiter zu schaffen. Die den Arbeitern zu gewährende Staatshilfe soll nach Lassalle und nach Oberwinder nur eine solche sein, welche in jenen Fällen eintritt, wo die Hilfe des Einzelnen nicht mehr zulänglich ist.

Oberwinder, meine Herren, hat die Realisirung der von ihm vertretenen Principien im freien Volksstaate schon damals ungehindert angestrebt. Denn schon in dieser Rede, welche er im Jahre 1868 gehalten hat, verweist er — und er ist von der Polizei und von der Staatsbehörde unbehelligt geblieben — auf den freien Volksstaat, das ist auf denjenigen Staat, in dem das allgemeine directe Wahlrecht zur Wahrheit geworden ist, auf jenen Staat, in welchem alle Classen der Bevölkerung ein gleiches Anrecht auf die Bestimmung des Staatswillens haben.

Wenn ich mich, meine Herren, an diese erste Emanation Heinrich Oberwinder's, an die erste Rede, welche Oberwinder bei seinem Auftreten in Oesterreich gehalten hat, halte, so kann ich mich nicht des Gedankens erwehren, daß das Auftreten Oberwinder's von vornherein gewiß nicht im mindesten hochverrätherisch gewesen ist.

Diese Publication enthält das Programm des Heinrich Oberwinder in allen seinen Theilen, und es wird sich im Verlaufe meiner Darstellung zeigen, ob und inwieweit Oberwinder von diesem Programme abgewichen ist.

An diese Aeußerung Oberwinder's, die ein beifälliges Echo bei Tausenden gefunden hat, muß sich in erster Linie die Vertheidigung halten, und sie erlaubt sich, Sie, meine verehrten Herren Richter, aufzufordern, in der Tagesgeschichte ein wenig zurückzublättern und Sie

Digitized by Google

werden finden, daß auch alle übrigen Angeklagten in ihren Bestrebungen nicht weiter gegangen sind, als Oberwinder in dieser Rede. Stets begegnen Sie in allen Volksversammlungen, in allen Verbänden und Vereinen der Arbeiter demselben Grundgedanken, welchem Oberwinder schon damals Ausdruck gegeben hat; stets wird das allgemeine directe Wahlrecht, die Preßfreiheit, ein Vereins- und Coalitionsrecht von den Arbeitern gefordert. Die socialdemokratische Partei hat ganz gewiß keine Erweiterung erfahren, sie konnte sie auch nicht erfahren, weil ich wohl dem Gedanken unverhohlen Ausdruck geben kann, daß ich keinem der Angeklagten die Fähigkeit, den Verstand, die Kenntnisse zutraue, ein System zu schaffen oder ein bereits geschaffenes System nach der einen oder anderen Richtung hin zu erweitern. Hingegen suchten die Arbeiter allerdings ihrem alten Programme, wie es von Oberwinder in den Grundzügen bereits entwickelt war, in der von mir stellenweise zur Verlesung gebrachten Rede Ausdruck zu geben in einem Organe, über dessen Thätigkeit ich mich nochmals werde äußern müssen, welches aber schon seit seiner Genesis Gegenstand der fortwährenden Aufmerksamkeit des verehrten Vertreters der löblichen Staatsbehörde gewesen ist.

Es mußte gewiß in dieser Anklage Jeder schon von vornherein darüber erstaunt sein, daß der Herr Staatsanwalt, der doch gegen die Arbeiterbewegung im Großen und Ganzen auftritt, der diese Bewegung für gefährlich hält, der sie schon an und für sich bedenklich gefunden und heute nochmals betont hat, daß man die Entstehung der Arbeiterbildungsvereine unbehelligt ließ, von vornherein gegen ein bestimmtes Princip wenigstens Parteistellung genommen hat. Ich will es dahin gestellt sein lassen, ob es klüger ist, sich dem einen oder anderen Systeme zuzuneigen; ich will es dahin gestellt sein lassen, ob sich bei den verehrten Mitgliedern dieses hohen Gerichtshofes in dieser oder jener Beziehung bereits eine bestimmte Anschauung gebildet hat; aber, meine Herren, weit kann man nicht genug gehen. Man darf nicht mit dem verehrten Vertreter der Staatsbehörde so Manches, was mit der äußeren Erscheinung der Arbeiterbewegung zusammenhängt, dem System Lassalle's in die Schuhe schieben, Manches, was nichts ist, als ein Auswuchs der österreichischen Arbeiterbewegung überhaupt. Nachdem das System Schultze-Delitzsch's, dem sich die Angeklagten nicht angeschlossen haben, da sie seine Principien deßhalb nicht zureichend erkannt haben, weil sie wußten, daß der Arbeiter auf Grundlage dieses Systems zum ersehnten Ziele nicht gelangen wird, von ihnen verworfen war,

Digitized by Google

wendeten sie sich mit Begeisterung dem System Lassalle's zu, welcher vor Allem noch vor der Lösung der socialen Frage den gleichen Genuß der politischen Freiheit aller Classen der Staatsbürger zum Ausgangspunkte nimmt.

Dieses System geht allerdings weiter, als Schultze-Delitzsch gegangen ist, es stellt die Forderung nach Staatshilfe unumwunden auf; aber ich möchte mir denn doch erlauben, heute in meiner Schlußrede auszudrücken, daß diese Forderung einer Staatshilfe, wie sie von den Lassalleanern immer gepredigt wird, nichts gar so Neues ist. Man wird vielleicht einigermaßen darüber erstaunt sein, wenn die Vertheidigung in der Lage ist, aus dem Gesetzbuche des preußischen Staates, aus dem allgemeinen preußischen Landrechte den Nachweis liefern zu können, daß man es anderswo gar nicht als etwas so Besonderes ansieht, wenn in besonders verwickelten oder berücksichtigungswürdigen Verhältnissen die Forderung nach Staatshilfe gestellt wird. Im II. Theile, 19. Titel, §. 1 des allgemeinen preußischen Landrechtes begegnen Sie folgender bemerkenswerthen Stelle: „Dem Staate kommt es zu, für die Ernährung und Verpflegung derjenigen Bürger zu sorgen, die sich ihren Unterhalt nicht selbst verschaffen und denselben auch nicht von anderen Privatpersonen, welche nach besonderen Gesetzen dazu verpflichtet sind, erhalten können." Das wäre nun noch immer keine Verschiedenheit von dem allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuche. „Denjenigen aber", heißt es weiter, „welchen es nur an Mitteln und Gelegenheit, ihren und der ihrigen Unterhalt selbst zu verdienen, ermangelt, sollen Arbeiten, die ihren Kräften und Fähigkeiten angemessen sind, angewiesen werden, und der Staat ist berechtigt, ja verpflichtet, Anstalten zu treffen, wodurch der Nahrungslosigkeit seiner Bürger in vorhinein vorgebeugt und übertriebener Verschwendung gesteuert wird."

Ein leiser Anklang an das System der Staatshilfe, welches Ferdinand Lassalle mit all' seiner Beredtsamkeit vertreten hat, ist in dieser Stelle des allgemeinen preußischen Landrechtes gewiß nicht zu verkennen.

So wie der geehrte Herr Staatsanwalt, denken nicht Alle über das System Lassalle's und gerade die hervorragendsten und bedeutendsten Nationalöconomen der heutigen Zeit erklären ganz unumwunden in ihren Schriften und von den Lehrkanzeln, daß sie das System

Digitized by Google

Schultze's aus Delitzsch unzureichend finden. Und in gewissen Beziehungen thun sie dieß nicht mit Unrecht, denn das ist gewiß, weil es bewiesen und erhärtet ist — und ich darf mich darüber wohl nicht des Weiteren auslassen, weil ich nicht vermeine, daß die Anklage mir in diesem Punkte wird entgegentreten können —: der Strike, dessen Gefährlichkeit von der öffentlichen Anklage auch nicht wird geleugnet werden können, ist ganz speciell ein Art der Anhänger Schultze's aus Delitzsch.

Der Herr Staatsanwalt hat die Ansicht ausgesprochen, daß die Führer der Arbeiter mit der Annahme der Lassalle'schen Grundsätze auch die Ueberzeugung hatten, daß die Erfüllung ihrer Wünsche in dem gegenwärtigen Staatswesen ohne Anwendung von Gewalt nicht zu erreichen ist. Ich weiß nicht, woraus der verehrte Herr öffentliche Ankläger diese Ueberzeugung geschöpft hat; wenn er es gethan hat, so hat er sich in den Arbeiter hineingedacht, wozu er wohl kein Recht hat.

Es wurde von Seite der Staatsbehörde auch noch im Schlußantrage wiederholt und auf das nachdrücklichste betont, daß die Arbeiter die Herrschaft im Staate erstreben wollen. Etwas erstreben deutet doch nur auf ein Ziel hin; ein Ziel an und für sich kann aber doch nicht strafbar sein, es müßte denn das Streben nach diesem Ziele strafbar sein, aber ein Streben an und für sich als etwas Inneres ist wieder nicht strafbar. Sind es also etwa die Mittel, welche strafbar sind? Jene Mittel, welche in erster Linie von der Arbeiterbewegung in Wien gebraucht worden sind? Das Mittel aber ist klar und deutlich; es ist die Agitation für das allgemeine Wahl- oder Stimmrecht gewesen, die überall in den Volksversammlungen angewendet wurde, um damit eine Vertretung im gesetzgebenden Körper zu erlangen und auf Grund dessen sodann auf legalem Boden jene Forderungen stellen zu können, welche die Arbeiter als solche bezeichnen, deren Erfüllung ihnen im Staate nicht weiter verwehrt werden darf. Auch der Gedanke des verehrten Herrn Staatsanwaltes, daß die Umgestaltung aller socialen Verhältnisse im Staate in der Absicht der Arbeiter liege, macht die Arbeiterbewegung noch nicht an sich strafbar; denn die Geschichte aller Zeiten und Völker ist weiter nichts als die Darstellung einer immerwährenden Entwicklung im Geiste der Humanität und des Fortschrittes, und gewiß wird auch der öffentliche Ankläger nicht

Digitized by Google

glauben, daß die Welt, wie sie jetzt besteht, die vortrefflichste und vollkommenste aller Welten sei. Die Geschichte zeigt Entwicklungsphasen genug, aus welchen erkannt werden kann, daß auch im Wege der friedlichen Werbung und Agitation, im Wege der ruhigen Entwicklung der Verhältnisse aus gegebenen Prämissen die Gestaltungsformen ganz andere geworden sind. Ich brauche nur daran zu erinnern, daß es doch erwiesen ist, daß im Laufe der Zeit aus dem Sclaven der Gutspächter, aus dem Gutspächter der Robotbauer wurde, bis endlich auf friedlichem Wege aus dem Robotbauer wieder der freie Grundherr geworden ist, und da unsere Zeit, das 19. Jahrhundert, diejenige ist, welche die Freiheit des Individuums mehr respectirt, so ist es begreiflich, daß die Bestrebungen nach Freiheit, nach Geltung im Staate im 19. Jahrhunderte klarer und lauter hervortreten. Conservative Denker, wie Schelling und Huber, haben als Hauptaufgabe des Staates hingestellt, die gesammte Zeit umzuformen, und Fichte hat es als Hauptzweck alles Lebenden hingestellt, zur rechten Zeit das allgemeine Leben und die ganze Ordnung umzugestalten, denn darin beruhe der Fortschritt.

Gestatten Sie mir, meine hochverehrten Herren, ehe ich die allgemeinen Erörterungen schließe, noch ein letztes Zeugniß für den Charakter dieser Bewegung anzuführen. Der kürzlich verstorbene Huber, ein durchaus conservativer Mann, Mitglied der Münchener Akademie, ein Bibelchrist, der mit rührender Liebe dem Wohle der arbeitenden Classen all sein Vermögen, all seine Zeit gewidmet hat, ein Mann, der für seine bedeutenden Verdienste in der socialen Wissenschaft von der Wiener Universität bei Gelegenheit ihrer Jubiläumsfeier zum Ehrendoctor promovirt worden ist, sagt in seiner „Concordia" Seite 24, nachdem er sachgemäß nachgewiesen hat, daß die Arbeiter-Associationen in England und Frankreich bereits Bedeutendes geleistet und sogar ein Capital von 50 Millionen Thaler umsetzen: „Unter diesen Umständen und Einflüssen und angesichts der allgemeinen bedeutenden Erfahrungen werden wir wohl keiner Rechtfertigung gegen den Vorwurf utopischer Träumereien von allgemeiner Weltbeglückung bedürfen, wenn wir eine im friedlichen Wege sich vollziehende, eine so wesentliche, einer gänzlichen socialen und volkswirthschaftlichen Reform gleichkommende Hebung der bisherigen wesentlich proletarischen Zustände der Arbeiter und namentlich der Fabriksbevölkerung nicht nur als eine

Digitized by Google

praktisch mögliche, sondern auch als eine solche darstellen, die sich im Laufe der Dinge vollziehen muß."

Es wird von Seite des öffentlichen Anklägers Gewicht darauf gelegt, daß erwiesen sei, daß die österreichischen Arbeiter, sowie überhaupt die Arbeiter darnach gestrebt haben, ihre Classe im Staate vorwiegend zur Herrschaft zu bringen. Ich könnte, meine hochverehrten Herren, einfach fragen: Seit wann gehört der Staat überhaupt einer bestimmten Classe von Menschen? Wenn heute z. B. die Mehrheit der aus freier Wahl hervorgegangenen Volksvertreter Socialdemokraten wären, würde dann Oesterreichs Bestand erschüttert sein? Würde Oesterreich nicht weiter fortbestehen, — jenes Oesterreich, welches geformt ist auf Grund der pragmatischen Sanction, welches seine Gestalt in politischer Beziehung durch das Staatsgrundgesetz vom Jahre 1867 genommen hat? Und wenn, was immerhin möglich wäre, in der gesetzgebenden Versammlung Socialdemokraten wären, so könnte ich weiter fragen, ob dann die Zusammengehörigkeit der Länder der österreichisch-ungarischen Krone irgendwie in Frage gestellt wäre, und ob aus diesem Umstande allein schon die geringste Gefahr für die Dynastie besorgt werden könnte? Hat denn Frankreich, hochverehrte Herren, aufgehört Frankreich zu sein, als ein Arbeiterparlament in Paris tagte? Und ist nicht heute dasselbe Frankreich vorhanden, wie damals? Oder ist es nicht gewiß, daß im gesetzgebenden Körper in Paris Socialdemokraten von der ausgesprochensten Färbung sitzen? Es besteht doch der norddeutsche Bund und der norddeutsche Reichstag — er hat den Charakter eines Parlaments und doch ist es gewiß, daß in demselben Socialdemokraten sitzen, welche als die eifrigsten Agitatoren gelten, — ich erinnere an Liebknecht, Mende, Schweitzer, Bebel.

Die socialdemokratische Partei, wird weiter gesagt, hat nach Herrschaft gestrebt. Welche Partei im Staate strebt aber nicht nach Herrschaft? Nach Herrschaft strebt die feudale, die conservative, die clericale, die nationale und die liberale Partei. So könnte denn der Schluß des verehrten Herrn Staatsanwaltes nur dann ein berechtigter sein, wenn er von der Anschauung ausginge, daß der Socialismus an sich schon gefährlich sei, wenn er das ganze Princip, die Idee verurtheilen würde, wogegen er sich aber immer wieder auf das feierlichste verwahrt.

Man darf wohl die Ansicht aussprechen, daß alle monarchischen Staaten so ziemlich auf einer und derselben staatsrechtlichen Basis

Digitized by Google

gebaut sind, daß die Grundlagen der Verfassungen der monarchischen Staaten, einzelne Abweichungen abgerechnet, immer dieselben sind. Nun sehen Sie aber, meine Herren, in den monarchischen Staaten England, Preußen, Belgien, Württemberg, in allen deutschen Kleinstaaten socialdemokratische Parteien. Sie sehen dieselben unbehindert, ja, wie Ihnen aus der Verhandlung bekannt geworden ist, sogar unter dem Schutze der Polizei ihre Congresse halten; Sie sehen dieselben Zeitschriften unter dem Titel: „Der Socialdemokrat", „Der Volksstaat" u. s. w. redigiren. Ich glaube also von diesem Gesichtspunkte aus schon behaupten zu können, daß man nicht berechtigt ist, den Begriff des monarchischen Staates in Oesterreich anderswie zu definiren, als es in anderen Staaten geschehen ist.

Ich werde nun dem historischen Gange der Anklage folgen und werde auf die Verbindungen der österreichischen Arbeiter mit dem Auslande zu sprechen kommen. In dieser Richtung muß ich mich in erster Linie mit demjenigen Vereine beschäftigen, dessen Betrachtung auch die löbliche Staatsbehörde zum Ausgangspunkte ihrer historischen Darlegung gemacht, nämlich mit der sogenannten internationalen Arbeiterassociation.

Den Charakter dieser internationalen Arbeiterassociation kann man sicherlich nur aus dem Statute derselben erkennen. Dieses Statut enthält aber für mich nicht das, was die löbliche Staatsbehörde in demselben finden will. In demselben wird hervorgehoben, daß die Emancipation der arbeitenden Classe durch die arbeitende Classe selbst erobert werden muß, daß der Kampf für die Emancipation der arbeitenden Classe nicht einen Kampf für Classenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und Abschaffung der Classenherrschaft bedeutet. Es wird weiters betont, daß die Emancipation der Arbeiter weder ein locales noch ein nationales, sondern ein sociales Problem ist, welches alle Länder umfaßt, in denen eine moderne Gesellschaft existirt und dessen Lösung von der practischen und theoretischen Mitwirkung der vorgeschrittenen Länder abhängt, und in diesem Sinne sind die Statuten der internationalen Association überhaupt beschlossen worden. Diese Statuten, die ohnedieß den Acten beiliegen, auf deren Verlesung daher die Staatsanwaltschaft ebensogut wie die Vertheidigung verzichten kann, enthalten meines Erachtens durchaus nichts gegen den monarchischen Staat gerichtetes, denn ich erlaube mir, hochgeehrte Herren, Sie zu bitten, bei Erwägung der Tragweite dieser Statuten und der Bedeu-

Digitized by Google

tung derselben für die Beurtheilung des heutigen Streitfalles in geneigte Erwägung zu ziehen, daß es im §. 6 dieser Statuten heißt: „Doch versteht es sich von selbst, daß die Anwendbarkeit derselben von den jedem Lande eigenthümlichen Gesetzen abhängig ist", und weiter heißt es, daß es „abgesehen von gesetzlichen Hindernissen" keiner unabhängigen Localgesellschaft verwehrt sein soll, direct mit dem Generalrathe zu correspondiren. Die Thätigkeit der internationalen Arbeiterassociation also, welche sich der lebhaftesten Aufmerksamkeit von Seite der Anklage zu erfreuen hat, kann ja darum an und für sich noch nichts Staatsgefährliches involviren, weil der Generalrath diese Thätigkeit immer von der Zustimmung der gesetzgebenden Autorität jedes einzelnen Landes abhängig gemacht hat.

Auf dem Congresse zu Genf, der am 3. bis 8. September 1866 abgehalten worden ist, und der im Wesentlichsten auf diesem Principe fußt, war Oesterreich nicht vertreten; ja in dem Berichte, der darüber veröffentlicht wurde, finden wir die Stelle, daß mit Berufung auf die Lage der Gesetzgebung in Frankreich eine regelrechte Organisation in Frankreich ganz und gar unmöglich sei. Die Beschlüsse des Genfer Congresses können daher auf die Oesterreicher nicht im mindesten bezogen werden, denn der Congreß hat selbst beschlossen, das Recht der Theilnahme an der Debatte und Abstimmung auf diejenigen zu beschränken, welche eine in jeder Beziehung reguläre Vollmacht ausweisen können.

Wenn man nun frägt: welches ist der Hauptzweck der internationalen Arbeiter-Association? ist es denn richtig, daß die internationale Arbeiter-Association überhaupt einen politischen Zweck verfolge? ist die Haupttendenz des Generalrathes überhaupt eine politische Wirksamkeit? — so muß man meines Erachtens diese Fragen verneinen; denn der Generalrath der internationalen Arbeiter-Association hat meines Wissens immer nur eine vorwiegend sociale, wenn man will eine statistische Thätigkeit entfaltet, wie dies auch aus dem mir vorliegenden Berichte über die internationale Arbeiter-Association, Seite 22, zu ersehen ist. Es wurde nämlich als ein internationales Hilfsmittel auch eine statistische Untersuchung über die Lage der arbeitenden Classen aller Länder durch die eigene Initiative der arbeitenden Classen vorgeschlagen. Allerdings ist es richtig, daß in einzelnen Fällen die internationale Arbeiter-Association auch politisch intervenirt hat, doch sind diese Fälle wohl so verschwindend wenig, daß darauf seitens

Digitized by Google

der Anklage nicht das geringste Gewicht gelegt werden kann. Der Vertheidigung ist nur der Fall bekannt, wo die internationale Arbeiter-Association durch den Generalrath den Präsidenten Lincoln beglückwünschte, der in seinem Antwortschreiben die Dienste der Arbeiter-Association für die gute Sache der amerikanischen Union anerkannt hat.

Der Congreß zu Lausanne, der im Wesentlichen auf denselben Principien beruht und in die Zeit vom 2. bis 8. September des Jahres 1867 fällt, ist ebenfalls von Oesterreichern nicht besucht gewesen, und die Beschlüsse dieses Congresses enthalten nichts weiter, als den Beitritt zur Genfer Friedensliga.

So viel, meine Herren, kann ich als zugegeben, vielleicht als erwiesen betrachten, daß auf Grund der Statuten der internationalen Arbeiter-Association sich kein Verein in unserem Vaterlande gebildet hat; so viel kann als erwiesen zugegeben werden, daß eine österreichische Section in dieser Beziehung nicht besteht. Ich muß aber, hochverehrte Herren, Ihre Aufmerksamkeit dahin lenken, daß diese Statuten der internationalen Arbeiter-Association und die ganze Wirksamkeit derselben denn doch nicht gar so staatsgefährlich sein kann, denn diese internationale Arbeiter-Association besteht thatsächlich z. B. in Belgien, in einem Lande, welches man mit Recht das Paradies der Bourgeois genannt hat, von welchem man liest, daß seine Verfassung das Ideal eines Bourgeois-Musterstaates ist. Somit kann aus den Sympathien, mit welchen diese Association seitens der Angeklagten begleitet wurde, nichts gegen die Angeklagten gefolgert werden.

Es wird seitens der Anklage auch darauf Gewicht gelegt, daß bereits im Jahre 1868 oder vielleicht schon im Jahre 1867 die beiden hervorragendsten Leiter der Wiener Arbeiterbewegung, Oberwinder und Hartung, Verbindungen mit dem Auslande gehabt hätten. Die Verbindung mit dem Auslande an und für sich kann meines Erachtens nicht strafbar sein, denn Jeder von uns, der Jurist, der Philosoph, der Naturforscher, der Ingenieur, mithin auch der Oeconom hat Verbindungen mit dem Auslande, und wie sich die hiesigen Anhänger der Selbsthilfe an das Ausland wendeten und Belehrung und Anregung vom Auslande empfingen, ist es sehr leicht erklärlich, daß auch die Anhänger des Lassalle'schen Princips an das Ausland um Belehrung und Anregung sich wendeten. Ich glaube demnach, es kann an und für sich nicht Wunder nehmen, daß die österreichischen Arbeiter an den ausländischen Arbeitertagen theilgenommen haben.

Digitized by Google

Der Nürnberger Arbeitertag, von welchem die Staatsbehörde in dem weiteren Verlaufe ihrer Ausführungen spricht, fand Hartung und Oberwinder nicht als Delegirte, sondern meines Erachtens nur als einfache Theilnehmer, denn es ist immer nicht klar gestellt, wer eigentlich den Hartung und Oberwinder zum Nürnberger Tage delegirt hat.

Daß Hartung und Oberwinder nicht als Delegirte, wenigstens nicht in forma optima theilnahmen, resultirt schon daraus, daß über die Berechtigung der Theilnahme Hartung's und Oberwinder's am Nürnberger Tage wegen Mangels einer Legitimation noch verhandelt wurde.

Als Resultat des Nürnberger Tages ist von Seite der löblichen Staatsbehörde der Anschluß an die internationale Arbeiterassociation bezeichnet worden, und es tritt nun die Frage heran: wie ist dieser Anschluß zu verstehen? Dieser Anschluß kann nicht anders verstanden werden, denn als eine moralische Zustimmung zu den Bestrebungen des Nürnberger Arbeitertages, welche Bestrebungen nach der Anschauung der Vertheidigung schon an und für sich wenig Staatsgefährliches enthalten können, denn das Programm des Nürnberger Tages, welches den verehrten Mitgliedern des Gerichtshofes bekannt ist, lautet dahin, daß die Emancipation, das ist die Befreiung der arbeitenden Classe durch die arbeitende Classe, selbst erkämpft werden muß, und daß der Kampf für die Emancipation der arbeitenden Classe nicht etwa ein Kampf für Classenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und Pflichten, Abschaffung aller Classenherrschaft sei, und in Punkt 3 des Programmes heißt es: Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur öconomischen Befreiung der arbeitenden Classe. Die sociale Frage ist mithin untrennbar von der politischen. Ihre Lösung ist durch diese bedingt und sie ist nur möglich im demokratischen Staate.

Der Nürnberger Beschluß scheint mir nun nicht das zu sagen, was die löbliche Staatsbehörde in ihren Schlußausführungen gesagt hat. Ferner wird zu erwägen sein, daß in diesen Nürnberger Beschlüssen nicht einmal eine rein sociale Frage, sondern nur der freiheitliche Charakter der Bewegung gegeben wird, somit die Bewegung in eine Bahn gelenkt wird, auf welcher ihr auch die bürgerlichen Bestrebungen folgen können. Wenn ich dieß kurz und richtig sagen soll, so möchte ich es so ausdrücken: In Nürnberg ist für die sociale Frage nichts geschehen, die sociale Frage ist ganz einfach vertagt worden, die politische

Digitized by Google

Frage wurde vor die sociale Frage gestellt. Dasjenige aber, was in Nürnberg in politischer Hinsicht beschlossen worden ist, was als Programm des Nürnberger Tages festgestellt wurde, ist keineswegs ein solches Princip, welches sich in irgend einer Beziehung gegen die Classe der Bürger wenden würde, vielmehr ist es bekannt, daß der Beschluß des Nürnberger Tages bei reinen Socialisten, wie Schweitzer und Mende, einen Sturm des Unwillens hervorrief. Es ist auch bekannt geworden, daß der Beschluß des Nürnberger Tages, welcher, wie die Vertheidigung hervorgehoben hat, die sociale Frage vertagte und sie hinter die politischen Tagesfragen stellte, gerade in den österreichischen Blättern, und zwar in denjenigen, welche man destructive Tendenzen gewiß nicht nachrühmen kann, den lebhaftesten Beifall fand.

Die löbliche Staatsbehörde findet sich aber in ihrem Verdachte, daß die österreichischen Arbeiterbestrebungen überhaupt auf die Untergrabung des staatlichen Bestandes gerichtet sind, in dem Glauben, daß die Bestrebungen der österreichischen Arbeiter solidarisch mit der Bewegung der Arbeiter überhaupt seien, daß sie im Wege des Friedens der friedlichen Werbung und Agitation nicht zum Ziele gelangen können, bestärkt durch die Generalversammlung deutscher Arbeitervereine in Neuenburg.

In dieser Beziehung wird die Vertheidigung sich auf das kürzeste fassen können, da sie vermeint, daß die Herbeiziehung der Neuenburger Beschlüsse in diese Verhandlung nicht im mindesten am Platze war, weil es erwiesen ist, daß seitens der Oesterreicher der Neuenburger Tag nicht besucht war, die Beschlüsse dieses Tages auf Oesterreich keine Anwendung haben, daß die Oesterreicher dem Verbande nicht angehörten, daß die Oesterreicher für die Durchführung des Neuenburger Programmes sich in keiner Weise ausgesprochen haben, daß in Oesterreich zum Beitritte zum Neuenburger Programme nicht im mindesten aufgefordert wurde. Woraus schließt der verehrte Herr Ankläger auf die Solidarität der Interessen der österreichischen Arbeiter mit den Beschlüssen des Neuenburger Arbeitertages? Dieser Schluß ist ein sehr kühner. Aus dem Umstande, daß die Neuenburger Versammlung sich an die internationale Arbeiterassociation mehr oder weniger anschloß, und aus dem Umstande, daß auch auf der Arbeiterversammlung in Eisenach, welche von Oesterreichern besucht war, die wärmsten Sympathien für die internationale Arbeiterassociation ausgesprochen worden

Digitized by Google

sind, hat die löbliche Staatsbehörde sofort geschlossen, daß die Oesterreicher auch Neuenburger seien. Dieser Schluß trifft nicht zu, weil der Satz, der vielleicht in der Mathematik unbedingte Richtigkeit hat, daß zwei Größen, die einer dritten gleich sind, auch untereinander gleich sind, im Rechtsleben keinen Anspruch auf Geltung hat. Weil ich das Vermögen Rothschild's besitzen möchte, ein Dieb auch, so wäre nach der Argumentation der löblichen Staatsbehörde ich sofort ein Dieb. Eine directe Beziehung der Beschlüsse der österreichischen Arbeitervereine auf den Neuenburger Tag und auf die dort vorgekommenen Bestrebungen ist demnach nicht zu erkennen. Die löbliche Staatsbehörde aber sagt: Diese Beschlüsse können keine andere Geltung haben, als für einen monarchischen Staat, denn die Schweiz sei schon an und für sich eine Republik. Das hört sich vielleicht schön an, ist aber meines Erachtens doch nicht richtig.

Nehmen Sie einen Augenblick an, Preußen wäre der freieste Staat der Welt, wäre es dann Jemand untersagt, in Preußen zu sagen: „Die Freiheit sei das höchste Gut?" Ich vermeine also, daß lediglich daraus, daß in Neuenburg eine Staatsform als die beste erklärt worden ist, nicht schon gefolgert werden könne, daß diese Beschlüsse gerade nur für monarchische Staaten gelten können. Der verehrte Herr Staatsanwalt meint, die Grundsätze des Neuenburger Tages hätten auch bei den Wiener Arbeitern Eingang gefunden, es sei dieß gar nicht anders möglich, denn die Bestrebungen und Absichten der Arbeiter seien in Oesterreich in allen Beziehungen solidarisch mit den Bestrebungen der ausländischen Arbeiter. Solidarisch in gewisser Beziehung sind die Bestrebungen der Arbeiter, das hat die Vertheidigung gleich Eingangs zugestanden, wie es ja gewiß ist, daß jede Bewegung in der Neuzeit schon im Grunde des lebhaften Verkehres nie auf ein bestimmtes Territorium beschränkt ist, sondern über den Ausgangspunkt hinübergreift; allein solidarisch in dem Sinne, als ob die österreichische Arbeiterbewegung vom Auslande geleitet wäre, als ob die ausländischen Arbeiter die österreichische Bewegung führen würden, sind sie nicht. Anregung mögen die österreichischen Arbeiter vom Auslande erhalten haben, aber eine in's kleinste Detail sich hinziehende Solidarität der Interessen der österreichischen Arbeiter mit jenen der ausländischen Arbeiter von vornherein gibt es nicht.

Die löbliche Staatsbehörde hat auf den Neuenburger Tag und auf die Beschlüsse des Nürnberger Congresses vom 5. bis 7. September

Digitized by Google

1868 ein bedeutendes Gewicht gelegt, und zwar darum, weil ja die Beschlüsse dieser beiden Congresse das Programm desjenigen Journals bilden, welches in Wien zunächst die Interessen der österreichischen Arbeiter vertritt, nämlich das Programm der „Volksstimme." Ich glaube, meine Herren, das Ungefährliche des Nürnberger Programmes, des Programmes jenes Arbeitertages, auf welchem, wie die Vertheidigung meint, die sociale Frage ganz und gar vertagt wurde, bereits nachgewiesen zu haben, und es liegt auch erwiesen vor, daß das Neuenburger Programm für die österreichischen Arbeiter gar keine Anwendung finden kann, und zwar darum, weil sich seitens Oesterreichs am Neuenburger Tage Niemand betheiligt hat. Die löbliche Staatsbehörde glaubt aber, daß die „Volksstimme" gerade auf den Beschlüssen des Nürnberger und Neuenburger Tages fuße. Es wurde seinerzeit und es wird dieß von der Vertheidigung jetzt noch einmal besprochen, ein entscheidendes Gewicht im Anklageacte darauf gelegt, daß die „Volksstimme" ein Organ sei, in welchem die Beschlüsse des Nürnberger und Neuenburger Tages zum Ausdrucke kommen, daß aber das Programm der „Volksstimme" an sich schon geeignet sei, jeden Conflict mit der Staatsbehörde zu vermeiden. In dieser Beziehung ist dem verehrten Herrn Vertreter der löblichen Staatsbehörde seinerzeit im Anklageacte ganz gewiß ein kleiner Lapsus unterlaufen; ich habe mir wenigstens damals jene Stelle im Anklageacte nicht erklären können.

Wie kann man in einem und demselben Athem behaupten, daß das Programm des Neuenburger und Nürnberger Tages staatsgefährlich sei, wenn sofort behauptet wird, daß die „Volksstimme" sich an die Programmpunkte, wie sie in Nürnberg und Neuenburg entwickelt wurden, angeschlossen habe, daß aber doch die „Volksstimme" ein Programm entwickelte, welches jeden Conflict mit der Behörde vermied. Ja, es werden sogar diese Grundsätze als solche hingestellt, welche geeignet sind, jeden Conflict mit der Behörde zu vermeiden, welche daher einen solchen Conflict mit der Behörde gar nicht hervorrufen können.

Die löbliche Staatsbehörde hat bei Besprechung dieses Thema immer von Grundsätzen, vom Willen gesprochen, keineswegs aber von Handlungen, und es war wahrlich ein Sprung, damals im Anklageacte zu erkennen, als die löbliche Staatsbehörde sofort wieder behauptete, diese Grundsätze und der Wille, sie durchzuführen, reihen sich unter diejenigen Handlungen, welche §. 58 lit. b St. G. B. als den That-

Digitized by Google

bestand des Verbrechens des Hochverrathes erkennen läßt. Grundsatz und Wille wurden damals, das ist ganz gewiß, in eine und dieselbe Kategorie mit Handlungen gestellt, und auf diese Art ist der öffentliche Ankläger fehlgegangen, indem er ja gefehlt hat gegen die Grundsätze der Hermeneutik und Terminologie.

Die löbliche Staatsbehörde meint, es könne sich diese Schlußfolgerung noch immer rechtfertigen, und zwar darum, weil man sich ja gar nicht denken kann, daß diejenigen Principien, welche im Parteiorgane „Volksstimme" zum Ausdrucke gekommen sind, anders realisirt werden können, als auf dem Wege der Gewalt. Ich sollte glauben, meine Herren, daß die zahllosen Schriften, welche in dieser Beziehung erschienen sind, daß die lebhafte Discussion dieser Frage bereits zur Kenntniß gebracht haben kann, daß für die Arbeiterinteressen auch im Wege einer friedlichen Agitation, einer friedlichen Werbung Vieles und vielleicht seinerzeit Alles wird erreicht werden können. Denn das ist doch ganz gewiß, daß schon sehr Vieles im Wege der Volksversammlungen, der Petition, der Resolution, ohne Anwendung mechanischer oder physischer Gewalt, für die Arbeiter erreicht wurde, und ich kann nicht absehen, warum denn dasjenige, was die Arbeiter noch erreichen wollen, gerade nicht anders als auf dem Wege mechanischer oder physischer Gewalt erreicht werden könne.

Es ist, vermeine ich, deutlich bewiesen, daß auf dem Wege der Agitation und friedlichen Werbung für die Arbeiter so Manches erwirkt wurde. Ich erinnere die Herren Richter nur an die Zehnstunden-Bill in Amerika, welche ebenfalls nur eine Folge der dortigen, großartigen Arbeiterbewegung ist, an die große Anzahl von Parlamentsacten in Arbeiterangelegenheiten in England, an die Ausschüsse in den verschiedenen deutschen Parlamenten, welche sich mit der Lösung der Arbeiterfrage beschäftigen.

Ich glaube nicht so weit gehen zu müssen und Sie lediglich erinnern zu sollen an das österreichische Coalitionsgesetz vom Jahre 1870, welches doch gar nichts Anderes ist, als das Product der österreichischen Arbeiterbewegung; ich erinnere Sie, meine Herren, daran, daß es bekannt ist, daß im österreichischen Handelsministerium derzeit eine Commission tagt, welche sich eben mit der Arbeiterfrage in Oesterreich speciell beschäftigt. Ich glaube, meine Herren, hinweisen zu dürfen auf jene Arbeiterenquête, der seinerzeit auch Hartung beigezogen wurde, und ich glaube keiner gerechten und triftigen Einwendung begegnen

Digitized by Google

zu können, wenn ich vermeine, daß die Arbeiter nicht unbedingt annehmen mußten, daß die Erreichung ihrer Ziele anders als auf dem Wege der Gewalt gar nicht denkbar sei.

Nachdem ich solchergestalt, und zwar in der kürzesten Weise mich über diejenigen ersten Vereinigungen, welche in der historischen Darstellung der löblichen Staatsbehörde besprochen wurden, ebenfalls geäußert habe, gelange ich zu demjenigen Congresse, welcher der löblichen Staatsbehörde, wenn ich so sagen darf, als Unterlage, als Basis der ganzen Anklage dient, nämlich zum Eisenacher Congresse. Ehe ich diesen Congreß bespreche, will ich, um auch der historischen Reihenfolge der Ausführung der löblichen Staatsbehörde zu folgen, nur noch ganz kurz und vorübergehend das Factum vom 30. Mai in der Volksversammlung besprechen.

Ich will, meine Herren, nicht alles Dasjenige vorführen, was Ihnen aus der Schlußverhandlung ohnedieß bekannt wurde, ich will Sie nicht daran erinnern, daß von vielen Zeugen übereinstimmenderweise behauptet wurde oder wenigstens übereinstimmende Aussagen gemacht wurden, welche darauf schließen lassen, daß dieser oft betonte Schwur auf die rothe Fahne ohne Einwilligung des Herrn Heinrich Oberwinder, vielleicht sogar ohne das Vorwissen desselben von Mühlwasser der Versammlung abgenommen wurde. Das, meine Herren, ist ganz gewiß, daß Herrn Oberwinder gar nicht im mindesten zur Last gelegt kann werden, daß auf einer Volksversammlung eine rothe Fahne als Symbol genommen wurde. Mir scheint es im Laufe der Verhandlung klar geworden zu sein, daß dieses Schreckſymbol der rothen Fahne von Edmund Mühlwasser in die Massen geschleudert wurde.

Es ist *nicht erwiesen*, daß in irgend einer Gewerkschaftssection ein Antrag auf den Schwur auf die rothe Fahne durch Oberwinder gestellt wurde, und ich möchte, um dieses Thema sobald als möglich verlassen zu können, nur darauf aufmerksam machen, daß der Staatsanwalt ebensowenig, wie die Vertheidiger, darüber im Unklaren ist, was denn dieser Schwur auf die rothe Fahne eigentlich zu bedeuten hat. Es wird sich dabei doch nicht um einen Eid im strengen Sinne des Wortes handeln. Jedermann weiß, daß es sich damals, als der Schwur geleistet wurde, um gar nichts weiter gehandelt hat, als einfach um einen Hochruf, keineswegs aber um einen Eid in der stricten, bindenden Form, wie von der löblichen Staatsbehörde betont wurde, nach deren Ausführungen es gar so leicht ge-

Digitized by Google

wesen sein soll, zu einer beliebigen Zeit an einem beliebigen Orte, wann es sich eben paßte, die Menge ganz einfach an diesen Schwur zu erinnern.

Uebergehend auf den Eisenacher Congreß selbst, werde ich in der Lage sein, zu einem anderen Schlusse zu gelangen, als die löbliche Staatsbehörde.

Am 25. Juli 1869 sprach — das ist richtig — Liebknecht in der Volksversammlung bei Zobel in Fünfhaus, wo er damals, wie heute der Herr Staatsanwalt ganz richtig hervorhob, aus Anlaß des in Wien abgehaltenen Journalistentages anwesend war, und gab eine kurze Geschichte der socialdemokratischen Bestrebungen und er bekannte sich im Verlaufe seiner Rede (welche ich nur aus öconomischen Rücksichten nicht ihrem Wortlaute nach zur Vorlesung bringe, obwohl sie in einer Nummer der „Neuen „Freien Presse" so ziemlich wörtlich abgedruckt ist) als wahrer Freund Oesterreichs. Aufmerksam gemacht von dem damaligen Herrn Regierungscommissär, daß er bereits die Tagesordnung überschreite, hat Liebknecht sich darauf beschränkt, die österreichischen Arbeiter zum Besuche des Eisenacher Congresses aufzufordern, und hat sich in dieser Weise des ihm gewordenen Auftrages des Braunschweiger Ausschusses entledigt. Als Mühlwasser, derselbe Mühlwasser, auf den sich die Anklage ursprünglich berufen hat, wenn auch mit dieser Berufung für die Anklage in letzter Linie nichts erreicht werden konnte, zu sprechen anfing und in seiner gewohnten Weise de omnibus et quibusdam aliis sprach, als er von dem Brünner Excesse sprach, als er die Nationalitätenfrage anregte, als er sich mißgünstig über die österreichische Regierung äußerte, ergriff der von der löblichen Staatsbehörde perherroscirte Abgeordnete Liebknecht noch einmal das Wort, bekannte sich als warmen Anhänger Oesterreichs, lobte die Politik des jetzigen österreichischen Reichskanzlers, die dahin ziele, alle Nationalitäten Oesterreichs zu versöhnen, und hielt den Arbeitern vor, daß die Lösung der socialen Frage in Oesterreich gar nicht anders möglich sei, als auf dem Wege der friedlichen socialen Reform, im Wege eines Zusammengehens mit den Interessen des Bürgerstandes, — eine Mahnung, meine Herren, die damals um so bemerkenswerther war, als die Arbeiter schon begannen, gegen das Bürgerministerium Front zu machen. Der Eindruck des Auftretens des Abgeordneten Liebknecht in der Volksversammlung am 25. Juli 1869 in Fünfhaus war ein ganz anderer, als derjenige ist, welchen die löb-

Digitized by Google

liche Staatsbehörde uns vorgeführt hat. Die Anhänger der Regierung beglückwünschten sich ob des Auftretens des Abgeordneten Liebknecht und gerade, meine Herren, oppositionelle Blätter — ich glaube, man wird mir in dieser Beziehung nicht entgegentreten können, ich wäre sonst in der Lage, durch Vorlesung der betreffenden Artikel dies zu erhärten, ich thue es nur aus Rücksicht auf die beschränkte Zeit nicht — bezeichneten damals Liebknecht ganz laut und unverholen als Agenten des österreichischen Reichskanzlers. Vor mir, meine Herren, liegt eine Nummer der „Neuen Freien Presse", eines Blattes, dem man ganz gewiß Umsturztendenzen nicht wird nachsagen können; in der Nummer vom 28. Juli v. J. erschien ein Leitartikel, der mit dem Satze beginnt, daß die österreichische Arbeiterbewegung in Wien in ein friedliches, ruhiges Fahrwasser lenke, daß man nunmehr die Arbeiter zur eingeschlagenen Richtung beglückwünschen müsse, und daß die Arbeiter ganz gewiß in friedlichem Wege an ihr Ziel gelangen werden, wenn die von ihnen eingeschlagene Bewegung auch nur Stand halte.

In der Nummer der „Neuen Freien Presse" vom Donnerstag 29. Juni, deren Vorlesung ich ebenfalls nur aus ökonomischen Rücksichten unterlasse, begegnet man einer Berliner Correspondenz, in welcher Bebel und Liebknecht spindeldürre Liberale und schmerbäuchige Bourgeois genannt werden, und die bei Zobel gehaltene Volksversammlung verunglimpft wird, weil man derselben Liebedienerei für die Regierung nachsagte. Noch vor dem Eisenacher Congresse wurden die Wiener Arbeiterführer im Blatte Schweitzer's „Der Socialdemokrat" auf das heftigste angegriffen und wiederum der Liebedienerei für die Regierung beschuldigt.

Ich glaube also, meine Herren, nachgewiesen zu haben, daß die Publicistik in Oesterreich und Deutschland die Volksversammlung vom 25. Juli 1869 anders auffaßt, als dieß seitens der löblichen Staatsbehörde geschehen ist.

Der Eisenacher Congreß trat sodann vom 7. bis 9. August zusammen, und zwar gerade unter dem Schutze der Polizei von Eisenach selbst. An diesem Congresse haben erwiesenermaßen Oberwinder und Scheu theilgenommen.

Es ist für die Zwecke der Vertheidigung ganz und gar gleichgiltig, ob Oberwinder und Scheu damals als Mandatträger erschienen waren, oder ob sie an dem Congresse und seinen Beschlüssen lediglich als einfache Private theilgenommen haben. Ich lasse mich daher auf die

Digitized by Google

Erörterung, ob die vorgewiesenen Mandate echt und formgerecht waren oder nicht, ob sie fingirt waren oder nicht, gar nicht ein; so viel ist aber ganz gewiß, daß auf diesem Congresse auch Mühlwasser anwesend war, und sicherlich eine hervorragende Rolle spielte. Vor Allem ist es denn doch bei der Gefährlichkeit der Programmpunkte dieses Congresses auffallend, warum Mühlwasser, mit dem ich mich übrigens so wenig als möglich beschäftigen will, heute nicht Platz neben den Angeklagten genommen hat, denn gerade sein Hervortreten auf dem Congresse ist unleugbar. Er war es, der auf dem Congresse den Antrag auf Einführung der Republik unverhohlen gestellt hat; er ist es, der die weitgehendsten Forderungen stellte.

Ich glaube, meine Herren, Niemand in diesem Saale, noch außer demselben, wird es dem rührigen Arbeiteragitator glauben, daß es ihm damals nur um einen Fühler zu thun war.

Es ist, meine Herren, demnach unaufgehellt, warum, wenn es überhaupt strafbar ist, an den Beschlüssen des Eisenacher Congresses theilgenommen zu haben, die Anklage Herrn Mühlwasser verschont hat.

In der Theilnahme am Eisenacher Congresse findet die Vertheidigung gar nichts Strafbares, und zwar deßhalb nicht, weil zu diesem Congresse auch die Truppen Schweitzer's kamen, weil dieß ein Congreß war, zu welchem Jedermann der Zutritt freistand, weil Oberwinder und Scheu, wenn ihre Mandate nicht in der Ordnung waren, nur als einfache Besucher des Congresses gekommen sind, und daß Oberwinder und Scheu auf diesem Congresse sich den Ideen und Bestrebungen Bebel's und Liebknecht's zuneigten, ist nach der ganzen Stellung Liebknecht's in der Volksversammlung vom 25. Juli 1869 und nach den ganzen Antecedentien Liebknecht's, sowie nach der ganzen Anschauung Oberwinder's klar und erklärlich.

In dem bloßen Besuche eines Congresses finde ich überhaupt nichts Strafbares und ich glaube, der löblichen Staatsbehörde ist es nicht im mindesten eingefallen, dieß zu behaupten. Wir müssen daher weiter untersuchen, worin eigentlich die Strafbarkeit gelegen sein soll. Die Strafbarkeit kann nicht gelegen sein in der Zustimmung zu den aufgestellten Thesen, denn diese enthalten an und für sich wiederum nichts Strafbares.

Sie, meine Herren, werden sich aus der Lecture eines vor mir liegenden Artikels in der „Neuen Freien Presse", dessen Vorlesung ich wieder aus ökonomischen Rücksichten unterlasse, überzeugen können, daß

Digitized by Google

gerade die Beschlüsse des Eisenacher Congresses solche waren, welche damals in Wien aller Orten den lebhaftesten Sympathien begegneten. Ich glaube, meine Herren, Ihnen blos vorhalten zu dürfen, daß Sonntag den 8. August in der „Neuen Freien Presse" ein Leitartikel erschien unter der Ueberschrift: „Socialisten-Congreß in Eisenach", der nicht genug Worte der Verehrung, des Lobes für die Bestrebungen des Eisenacher Congresses findet, und, meine Herren, mir ist nicht bekannt geworden, daß das genannte Journal durch Production dieses Leitartikels irgendwie in die geringsten Fatalitäten gekommen wäre, und Niemand wird behaupten, daß dieß ein Blatt sei, welches irgendwie destructiven Tendenzen Ausdruck gäbe.

In diesem Artikel vom 8. August 1869, Zahl 1776, wird sogar den Anhängern Bebel's und Liebknechts auf das sehnlichste der Sieg über die Schweitzerische Schwefelbande gewünscht und wird ausdrücklich behauptet, daß die Arbeiterbewegung von den Beschlüssen des Eisenacher Congresses nur Günstiges zu erwarten hat.

Daß Oberwinder den Congreß unbehelligt besuchen konnte, ist klar; meines Erachtens auch schon darum, weil er sich als Angehöriger des norddeutschen Bundes auf heimischem Terrain befunden hat.

Liegt also, meine Herren, keineswegs etwas Strafbares im Besuche des Eisenacher Congresses, und kann die Zustimmung zu den Thesen, welche dort aufgestellt wurden, nicht strafbar sein, so wäre es vielleicht möglich, daß die Theilnahme an den Beschlüssen, die Mitwirkung an denselben, insofern sie in Wort und Schrift erkennbar wurde, irgendwie den Thatbestand des Verbrechens des Hochverrathes begründete.

Auch das glaubt die Vertheidigung verneinen zu müssen. Auch die direct an äußeren Erscheinungen hervortretende Theilnahme an diesen Beschlüssen kann nichts Hochverrätherisches an sich tragen.

Die Beschlüsse, welche in Eisenach gefaßt wurden, sind meines Erachtens ganz ungefährlich. Es heißt:

1. Die socialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt die Errichtung des freien Volksstaates.

Vor allem Anderen mache ich die Herren Richter darauf aufmerksam, daß es nicht heißt „fordert", nicht „verlangt", nicht „setzt in's Werk", es heißt ganz einfach „erstrebt". Wenn ich nun etwas zu erreichen strebe, so habe ich vielleicht noch einen sehr langen Weg

Digitized by Google

zurückzulegen, und, meine Herren, wer da sagt, er erstrebe etwas, der hat damit noch nicht im mindesten gesagt, daß er es irgendwie mit Gewalt erstrebe, das wird wieder ein ganz anderer Punkt sein, das ist eine ganz andere Frage. An das Ende, an das Ziel aller Bestrebungen ist der freie Volksstaat gesetzt worden. Was ist denn der freie Volksstaat? Für die löbliche Staatsbehörde ist gar kein Zweifel daran, daß der freie Volksstaat nichts Anderes sein könne, als die Republik.

Meine Herren! Die Vertheidigung verwahrt sich nicht im mindesten dagegen, daß der freie Volksstaat die Republik sein könne; ich möchte nur aus theoretischen Gründen und der Vollständigkeit halber hervorheben, daß nicht von allen Schriftstellern angenommen wird, daß freier Volksstaat und Republik identisch seien. Man hört sehr oft denjenigen Staat einen freien Volksstaat nennen, in welchem alle Classen der Bevölkerung und namentlich diejenige, welche numerisch am hervorragendsten ist, gleiches Recht an der Bestimmung des Staatswillens haben. Weil nun gerade diejenige Classe, welche numerisch die vorwiegende ist, die Arbeiter, das Volk genannt wird, so pflegen wiederum andere Schriftsteller diejenige Verfassung, in welcher ebenfalls die arbeitende Classe Theil hat an der Bestimmung des Staatswillens, denjenigen Staat, der es gestattet, daß die arbeitende Classe ebenfalls Abgeordnete in die Vertretung wählt, Volksstaat zu nennen.

Meine hochverehrten Herren! Die Zeit würde nicht ausreichen, diesen Gedanken weiter auszuführen; Sie würden mir die Zeit gar nicht gönnen, die nöthig wäre, um Ihnen aus den verschiedensten Compendien, aus Werken größeren und kleineren Umfanges die Richtigkeit meiner Anschauung darzulegen. Erlauben Sie mir einzig und allein darauf hinzuweisen, daß ein namhafter Staatsrechtslehrer, dem man Umsturztendenzen gar nicht im mindesten nachweisen kann, vielmehr ein Mann, der ob seiner conservativen Gesinnung schon vielen Anfeindungen begegnet ist, der Professor des Staatsrechtes an der Heidelberger Universität, Bluntschli, sich darüber ganz kurz verlauten läßt, indem er eben im Anschluß an den freien Volksstaat den Begriff desselben bespricht: „Das Volk besteht zwar nicht aus dem vierten Stande allein, aber an Zahl und Gewicht ist der bedeutendste Bestandtheil des Volkes immer der vierte Stand und darum wird auch zuweilen dieser vierte Stand das Volk im engeren Sinne genannt. Die Monarchie insbesondere findet, wie die Spitze der Pyramide im Boden derselben, ihre sicherste und festeste Stütze im vierten Stande, wenn sie es ver-

Digitized by Google

steht, sich mit demselben in organischen Rapport zu setzen, was große Monarchen auch meist verstanden haben".

Dieser Schriftsteller hat im 15. Capitel im ersten Bande seines Lehrbuches über das allgemeine Staatsrecht den Begriff des freien Volksstaates entwickelt, und zwar in einer ganz anderen Weise, als es von der löblichen Staatsbehörde geschehen ist. Er findet den Begriff des freien Volksstaates nicht im mindesten identisch mit dem Begriffe Republik. Den freien Volksstaat dürfte die Vertheidigung vielleicht bezeichnen als den Gegensatz des unfreien Staates, als den Staat, meine Herren, in welchem eben alle Mitglieder der Gesellschaft, alle Classen gleiches Recht haben an der Bestimmung des Staatswillens, mithin auch diejenige Classe, welche in Folge ihres numerischen Uebergewichtes das Volk bildet, nämlich die Classe der Arbeiter.

Es ist also ganz gewiß, daß es objectiv nicht vorliegt, daß in Eisenach die Republik als das Ziel aller socialen Bestrebungen gesetzt wurde; wenigstens liegt es nicht im Worte, und, meine Herren, auf das Wort kommt es in erster Linie an. Es fällt aber der Vertheidigung nicht im mindesten ein, Jemandem zu verbieten, den Satz: „Die socialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt die Errichtung des freien Volksstaates" so zu lesen: „Die socialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt die Errichtung der Republik."

Ich möchte von meinem Standpunkte als Vertheidiger, meine Herren, unter dem Schutze des Wortlautes des Gesetzes fragen: Was ist denn dann daran immer noch Strafbares? Männer, meine Herren, welche die Republik erstreben, gibt es Tausende, und Männer, welche die Republik als die beste Staatsform erkennen, gibt es eben so viele. Erst vor verhältnißmäßig ganz kurzer Zeit hat sich im norddeutschen Reichstage der Abgeordnete Bebel laut und offen als Republikaner bekannt, und Sie wissen, meine Herren, daß der Präsident Simson es nicht gewagt hat, diesen Abgeordneten zu unterbrechen. Als Republikaner haben sich die besten Männer aller Zeiten bekannt, und wenn es, meine Herren, schon ein Verbrechen oder auch nur das Indiz eines Verbrechens wäre, die republikanische Staatsform zu erstreben, dann wären alle Diejenigen, welche überhaupt über Staatsverfassung und die beste Staatsform schreiben, schon Republikaner, dann würde der Staatsroman schon von selbst aufhören und dann, meine Herren, könnte es keinen ausgesprocheneren Verbrecher, keinen ausgesprocheneren Hochverräther

Digitized by Google

geben, als etwa Thomas Morus oder gar Plato im grauen Alterthume. Es ist, meine Herren, eine Theorie, welcher in diesem Satze des Eisenacher Programmes Ausdruck gegeben wird, ein Satz, ein Problem, ein Theorem, welches an das Ziel, an das Ende der Bewegung gesetzt wird. Uebrigens, meine Herren, sehe ich nicht ein, warum man gerade den Arbeitern gegenüber aus der Aufstellung dieses Problems gar so viel Aufhebens macht.

Es wird Ihnen, meine Herren, aus der Lecture einiger Blätter ganz gewiß bekannt sein, daß der Friedenscongreß in Genf, auf welchen gerade die officiösen, vielleicht sogar officiellen Blätter Wiens Hymnen gesungen haben, das Programm der Vereinigten Staaten von Europa aufgestellt hat, und es wird Ihnen, meine Herren, aus der Lecture der Presse immer noch erinnerlich sein, daß die Volkspartei in Würtemberg, welche über 150.000 Wähler verfügt, zu wiederholten Malen erklärt hat, eine föderative Republik wäre in Deutschland die beste Staatsform. Die bloße Erklärung an und für sich, der bloße Umstand, daß der Eine oder der Andere etwas erstrebt, kann demnach noch nichts Verbrecherisches sein. Wie die Dinge jetzt stehen, müssen die Arbeiter eben mit den Verhältnissen rechnen und ihre Bewegung entfalten nach der Grundlage der monarchischen Staatsform.

Aber, meine Herren, ich habe alles dieses bewiesen unter der Voraussetzung, welche gar nicht mir gehört, sondern welche der löblichen Staatsbehörde eigenthümlich ist, nämlich unter der Voraussetzung, daß der Begriff „Volksstaat" vollkommen identisch sei mit dem Begriffe „Republik".

Die löbliche Staatsbehörde hat weiter gesagt, daß die Ausführung des Eisenacher Programmes eine Umgestaltung aller staatlichen Einrichtungen, der bestehenden Regierungsformen aller Länder involvire.

Wenn dies richtig ist, wenn die Bestrebungen des Eisenacher Programmes gar nicht anders realisirt werden können, als auf dem Wege der Revolution, der offenen Rebellion, des Bürgerkrieges und der Empörung, wenn diese Bestrebungen nie im Wege einer friedlichen Evolution zur Wahrheit werden können, dann wird denn doch die Frage des Vertheidigers eine berechtigte sein, wie so es denn gekommen ist, daß von allen den deutschen Staaten, welche doch wahrlich Grund haben, um ihre Existenz mehr besorgt zu sein, als Oesterreich,

Digitized by Google

mindestens um ihre selbstständige Existenz, keiner den Beitritt zum Eisenacher Congresse untersagt hat; wie ist es denn gekommen, daß die Veranstalter des Eisenacher Congresses, Bebel und Liebknecht, nicht von der königlich sächsischen Regierung sofort verfolgt wurden? Wie kommt es ferner, meine Herren, daß mit jedem Tage neue Vereine dem Eisenacher Congresse beitraten, so zwar, daß die Erhebungen, soweit sie der Vertheidigung zugänglich waren, zeigen, daß bis heute circa 134 Vereinigungen von 108 Orten dem Programme des Eisenacher Congresses beigetreten sind? Und doch muß ich, meine Herren, bemerken, daß in Folge der österreichischen Organisation und der Gesetze in Oesterreich nie und nimmer von einem Beitritte von Vereinen, sondern immer nur von einem Beitritte Einzelner gesprochen werden kann. Die löbliche Staatsbehörde hat ausdrücklich hervorgehoben, daß der Versuch, die Principien des Eisenacher Congresses zur Wahrheit zu machen, ihnen Realität zu verschaffen, gar nichts weiter enthalte, als eine Gefährdung des Staatsbestandes. Es ist doch gewiß, daß alle diejenigen Staaten, welche es ihren Unterthanen gestatten, unbehindert dem Eisenacher Congresse beizutreten, Institutionen besitzen, welche den Institutionen Oesterreichs mehr oder weniger analog sind.

Die löbliche Staatsbehörde scheint mir demnach um den Bestand und die Grundlage solcher Staaten mehr besorgt zu sein, als in Wahrheit nöthig ist. Und wenn der Satz richtig ist, meine Herren, daß die Regierungsform derjenigen Länder, welche es ihren Unterthanen gestatten, unbehindert am Eisenacher Congresse theilzunehmen, d. i. sich zur Mitgliedschaft an dem Programme des Eisenacher Congresses zu bekennen, eine der österreichischen mehr oder weniger analoge sei, so wird auch der Schluß der Vertheidigung nicht absurd sein, daß es auch für Oesterreich gefahrlos wäre, zu gestatten, daß man sich zu den Beschlüssen des Eisenacher Congresses bekenne.

Der Herr Staatsanwalt fühlte auch, daß der Beweis in dieser Beziehung immerhin etwas lückenhaft bleibe, und daß in der Kette der Schlüsse der Vordersatz fehle. Er meinte daher, schon in dem Umstande, daß unter freiem Volksstaate nichts Anderes verstanden werden könne, als die Republik, und in Erwägung des weiteren Umstandes, daß die Eisenacher Beschlüsse dahin gravitiren, alle bestehenden Staatsformen in republikanische zu gestalten, und in fernerer Erwägung des Umstandes, daß diese Umgestaltung der staatlichen Verhältnisse nicht

Digitized by Google

anders gedacht werden könne, als auf dem Wege der Gewalt, darin ruhe das Gefährliche des Eisenacher Programmes. Die löbliche Staatsbehörde nimmt auch bei dieser Argumentation den Begriff „Volksstaat" als identisch mit Republik; ich habe meine Bedenken in dieser Beziehung bereits geäußert, und will mich nicht im mindesten an diese Identificirung verschiedener Begriffe halten, sondern möchte dieser Argumentation selbst unter der unzugegebenen Voraussetzung, daß Republik und Volksstaat identisch seien, nur einige Erwägungen entgegensetzen, welche so zwingend sind, daß Niemand ihre Beweiskraft verkennen wird.

Es ist auch von der Staatsbehörde betont worden, daß die österreichische Arbeiterbewegung gar nicht Anderes sei als das Product einer Bewegung, welche sich über alle Culturländer erstreckt und allen gemeinsam ist, der Ausdruck einer Bewegung von tiefhumaner Bedeutung, welche weit hinausreiche über die wichtigsten politischen Fragen des Tages.

Wenn Sie nun, meine Herren, dieses erwägen und sich vergegenwärtigen, daß gerade die socialdemokratischen Bestrebungen auch in denjenigen Ländern hervortreten, welche notorisch republikanische Verfassungen haben, und zwar die ausgebildetsten, die es gibt, so vermeine ich, kann der Schluß des verehrten Vertreters der Staatsbehörde nicht mehr Stand halten. Die socialdemokratische Bewegung tritt ebenso vehement in der Schweiz und in Nordamerika auf, wie in den Ländern mit monarchischer Verfassung und es ist eine historische Thatsache, daß sich gerade die Socialdemokraten der republikanischen Staaten am wenigsten für befriedigt halten. Ich kann mich in dieser Beziehung auf die Erfahrung, auf die Empirie, auf die Geschichte berufen. Die Staaten des Alterthums Sparta und Athen waren Republiken und gerade an socialen Fragen sind sie untergegangen, sociale Fragen waren es, welche an ihrem Lebensmark zehrten. Die Sclaverei war der Grund des Unterganges dieser alten republikanischen Staatsformen. Die meisten Republiken sind erwiesenermaßen monarchisch; denken Sie, meine Herren, nur an die südamerikanischen Staaten, dort herrschte bekanntlich die Sclaverei; denken Sie an Paraguai, dort war bekanntlich das ganze Land in den Händen der Jesuiten. Niemals haben die Socialdemokraten ihre Befriedigung in republikanischen Verfassungen gefunden. Als die erste Revolution in Frankreich war, da wurde die sociale Frage nicht einmal gehört, sie wurde

Digitized by Google

einfach vertagt, man sprach damals von diesen Bestrebungen gar nicht. Aus der zweiten französischen republikanischen Erhebung im Jahre 1848 ist Jedermann bekannt, daß die Republikaner, wenn man will, die Anhänger der rothen Republik, gerade wieder von Republikanern zu Boden gedrückt wurden. Es ist ganz gewiß, daß die Anschauung, ob man Republikaner sei oder nicht, ob man sich dem monarchischen oder dem constitutionellen Principe, der absoluten oder der republikanischen Verfassung zuneige, mit der Anschauung über die sociale Frage gar nichts gemein hat. Es ist eine bekannte Thatsache, daß einer der begabtesten und bekanntesten Republikaner Preußens, der Journalist Wagner, sich für einen Socialdemokraten erklärte.

Wie nun aus den Ausführungen des verehrten Vertreters der Staatsbehörde mit Bezug auf das Programm des Eisenacher Congresses erkannt werden soll, daß in den Bestrebungen Oberwinder's und Scheu's, rücksichtlich in der Theilnahme derselben an dem Eisenacher Congresse der Thatbestand des Verbrechens des Hochverrathes liegen solle, ist wenigstens bezüglich des ersten Programmpunktes der Vertheidigung unverständlich geblieben.

Der zweite Satz des Eisenacher Programmes sagt: „Jedes Mitglied der socialdemokratischen Partei verpflichtet sich, mit ganzer Kraft dafür einzustehen, daß die jetzigen zweifellos traurigen Verhältnisse der arbeitenden Classe, daß die jetzigen ungerechten politischen und socialen Verhältnisse umgestaltet werden."

Der erste Satz dieses Programmpunktes, nämlich, daß die jetzigen Verhältnisse sowohl in politischer als auch in socialer Beziehung ungerecht seien, kann nicht strafbar sein, schon darum nicht, weil dieser Satz nichts Anderes als eine Thatsache constatirt, und es Jedermann freistehen muß, sich ein Urtheil über eine Thatsache zu bilden.

Der zweite Satz aber, daß man mit aller Energie an die Bekämpfung der jetzigen politischen und socialen Zustände gehen müsse, scheint der Vertheidigung auch nicht strafbar zu sein, denn auch in diesem Satze vermißt sie den Appell an die mechanische oder physische Gewalt, der immer nothwendig wäre, wenn die Anklage begründet sein soll. Sie werden sich, meine Herren, aus der Lecture der Tagespresse, aus der fortgesetzten Thätigkeit und den Geistesproducten aller Schriftsteller, aus der Betrachtung der Sie umgebenden Vorgänge und vielleicht auch aus dem Anklageantrage selbst nicht erwehren können, die Anschauungen zu theilen, welche auf dem

Digitized by Google

Eisenacher Congresse zu Tage gefördert wurden, nämlich die Anschauungen, daß die socialen Verhältnisse heutzutage wirklich traurige sind. Es kann sich Niemand zu der Ansicht bekennen, daß die jetzige Welt vielleicht die beste aller Welten sei. Mit der Vorführung der Programmpunkte des Eisenacher Congresses ist für die Fundirung der auf Hochverrath ausgehenden Anklage nichts gewonnen, denn der erste Programmpunkt ist meines Erachtens nur ein Theorem, der zweite aber, der von der Staatsbehörde vorgeführt wird, constatirt einerseits nur eine Thatsache, und zwar eine traurige, und fordert andererseits dazu auf, dieser traurigen Thatsache ein- für allemal ein Ende zu machen, ohne dabei jedoch an die rohe Gewalt oder irgendwie an eine mechanische Ueberwältigung zu appelliren.

Uebrigens ist von der Staatsbehörde übersehen worden, daß die Veranstalter des Eisenacher Congresses, Bebel und Liebknecht, damals, als sie den Congreß einberiefen, nicht einmal österreichische Verhältnisse im Auge hatten; es ist übersehen worden, daß sich die Beschlüsse des Eisenacher Congresses gar nicht direct auf Oesterreich bezogen, und daß der Zusammenhang, in welchen sie mit unserer Verfassung und unserer Staatsform gebracht werden, in Wahrheit ein sehr loser ist, denn, meine Herren, Bebel und Liebknecht sind keine Oesterreicher, es wurde auf dem Eisenacher Congresse kein speciell gegen Oesterreich gerichteter Beschluß gefaßt, und es ist ganz gewiß, daß auf diesem Congresse keineswegs eine Aenderung der österreichischen Staatsform angekündigt wurde, daß die Beschlüsse keine directe Beziehung auf Oesterreich haben. Nach allen dem, was ich heute betont habe, wird man nicht leugnen, daß von den Veranstaltern dieses Congresses, Bebel und Liebknecht, speciell etwas gegen Oesterreich Feindseliges nicht erwartet werden kann. Es fehlt demnach, nach den Anschauungen der Vertheidigung, der directe Zusammenhang zwischen Oesterreich und dem Eisenacher Congresse. Der Herr Staatsanwalt ist freilich noch einen Schritt weiter gegangen, und hat, wenn ich ihn richtig verstanden habe, auch die Demonstration vom 13. December 1869 in einen losen Zusammenhang mit den Beschlüssen des Eisenacher Congresses gebracht. Das war meines Erachtens etwas Erzwungenes, denn Niemand, meine Herren, wird meinen, daß man sich auf dem Eisenacher Congresse speciell mit österreichischen Verhältnissen beschäftigte und irgendwie einen localen Vorgang in Wien vorhersehen konnte, den man auf irgend eine Weise

Digitized by Google

hätte verhindern können oder sollen. Ich glaube demnach aus dem Wortlaute des ersten und zweiten Punktes des Eisenacher Programmes erweisen zu können, daß die Beschlüsse dieses Congresses an und für sich gar nichts Staatsgefährliches enthalten, und es immerhin denkbar ist, daß diese Beschlüsse Realität gewinnen, ohne daß es gerade nöthig ist, den Weg der offenen Gewalt zu betreten.

Die löbliche Staatsbehörde glaubt aber den Beweis, daß die Realisirung derjenigen Punkte, welche in Eisenach verkündet wurden, nur auf dem Wege der Gewalt möglich ist, ganz abgesehen von der allgemeinen Erwägung dieser Beschlüsse, ihrer Prüfung und der Erforschung der Tragweite, die ihnen zukommt, liefern zu können, indem sie vermeint, es seien bereits bestimmte Inzichten vorhanden und es sei erwiesen, daß man den Weg der Gewalt zur Realisirung dieser Puncte einschlagen wollte. Direct hat dieß vielleicht der öffentliche Ankläger nicht behauptet, allein es ist von ihm eine Combination der verschiedensten Umstände geliefert worden, aus welcher hervorgeht, daß die Führer der Arbeiterbewegung in Wien bereits Posto gefaßt hätten, daß es ihnen um die Realisirung ihrer Puncte im Wege der Gewalt zu thun war, und daß Niemand daran zweifeln könne, daß diese Puncte, sobald nur die Gelegenheit dazu gegeben war, im Wege der Gewalt hätten zur Wahrheit werden sollen. Die Staatsbehörde glaubte sich also schon am Beginne der revolutionären Entwicklung aller unserer socialen Verhältnisse, ich finde aber, daß sie auch in dieser Beziehung einem rothen Gespenste gegenübersteht. Welches waren denn die revolutionären Vorbereitungen, die bereits getroffen worden sind? Wie weit sind sie gediehen? Ja, wie weit ist schon etwas gesetzt worden, was irgendwie nach dem Wortlaute des Gesetzbuches auf eine gewaltsame Veränderung der Regierungsform hingezielt hätte, was strafbar wäre, wenn es auch ganz und gar ohne Erfolg geblieben wäre? Es ist ganz gewiß, meine Herren, daß man in dieser Beziehung gar nichts Greifbares hat, es müßte denn in Wahrheit ein geheimer Plan sein, der verborgen gehalten wird. Die Angeklagten, meine Herren, haben keine hochverrätherischen Pläne gehabt, sie haben lediglich jene Ziele verfolgt, welche die aller Socialdemokraten sind, und von keinem Angeklagten wurde irgendwie etwas gesetzt, was an den Thatbestand des Verbrechens des Hochverrathes streift.

Ich kann nicht umhin, meine Herren, schon an dieser Stelle zu erwähnen, daß die Bestrebungen der Angeklagten auch nicht dadurch

Digitized by Google

hochverrätherische geworden sein können, daß sie davon nicht abließen, als die Bestrebungen der Socialdemokraten von competenter Stelle für staatsgefährlich erklärt worden sein sollten. Der Begriff dessen, was staatsgefährlich ist, ist nach meinem bescheidenen Ermessen ein sehr schwankender. Ich brauche Sie in dieser Beziehung nur an die Debatte zu erinnern, welche im österreichischen Abgeordnetenhause bei Gelegenheit der Berathung des Vereinsgesetzes gehalten wurden; ich brauche Sie nur zu erinnern an die Debatten, welche im norddeutschen Reichstage vor kurzer Zeit bei Berathung des Strafgesetzes gerade beim Capitel Hochverrath gehalten und in der Tagespresse veröffentlicht wurden, und welche ganz gewiß für jeden Juristen äußerst interessant waren. Aber, meine Herren, mit der Berufung auf die Erklärung, daß die Bestrebungen der Socialdemokraten staatsgefährlich seien, welche Erklärung eigentlich zu weit gegriffen ist, da meines Wissens und Erinnerns von Seite der competenten Stelle nur die weitere Gründung von socialdemokratischen Vereinen als staatsgefährlich erklärt wurde, ist meines Erachtens schon der glatte Punkt gegeben, wo die Weisheit des Richters straucheln könnte. Erinnern Sie sich, meine Herren, oder erlauben Sie, daß Sie die Vertheidigung in der bescheidensten Weise daran mahnt, daß es noch nicht lange her ist, daß gerade in diesem Saale Männer verurtheilt wurden, welche Principien verfochten, welche nach kurzer Zeit, nach wenigen Jahren schon Eingang in die Regierungsform des Staates selbst gefunden haben; es wurden damals Männer zur Verantwortung gezogen, weil sie sich zu Principien bekannten, welche jetzt die herrschenden im Staate geworden sind; und auf diesem glatten Boden, meine Herren, etwas lediglich darum für staaatsgefährlich zu erkennen, weil ein Minister die Bestrebungen dieser Partei als staatsgefährlich erkannt hat, werden Sie dem verehrten Ankläger nicht folgen können.

Ich glaube also, aus der Producirung des Erlasses des abgetretenen Ministers Dr. Giskra kann für die Anklage sehr wenig gefolgert werden, ganz abgesehen davon, daß ich mir nicht veranschaulichen kann, wie der Begriff „staatsgefährlich“ den Begriff „hochverrätherisch“ vollkommen decken kann. Wenn auch ein Minister erklärt, die Bestrebungen der socialdemokratischen Partei seien in letzter Auflösung staatsgefährlich, so ist dadurch noch nicht im mindesten gesagt, daß sie auch hochverrätherisch seien. Staatsgefährlich kann überhaupt Alles sein, was irgend einem Gesetze in der einen

Digitized by Google

oder anderen Richtung zuwiderläuft, ohne daß eben darin schon der Thatbestand des Verbrechens des §. 58 enthalten ist.

Daß die Angeklagten Revolutionärs waren, und daß es ihnen um Realisirung ihrer Punkte lediglich im Wege der Gewalt zu thun war, hat die Staatsbehörde, nachdem ein directer Beweis in dieser Beziehung nicht möglich ist, aus einer Combination der verschiedensten Umstände zu erweisen versucht. In dieser Beziehung wird von der Staatsbehörde namentlich auf das Journal „Felleisen" verwiesen und betont, daß man die Principien und die Tendenzen einer solchen Partei, namentlich aus einem solchen Blatte errathen und construiren müsse, welches speciell diesem Partei-Interesse dient: daß es aber gar nicht angehe, die Principien der Socialdemokraten in Wien, die Anschauungen der österreichischen Arbeiter etwa aus der „Volksstimme" zu erhärten, schon darum nicht, weil es ganz gewiß sei, daß derlei Anschauungen in der „Volksstimme" nicht zum Ausdrucke kommen werden, da jedes Exemplar derselben den Staatsanwalt und die Polizei passiren müsse. In dieser Beziehung hat wohl der Herr Staatsanwalt recht; allein ich frage, können die Angeklagten auch für Alles verantwortlich gemacht werden, was in dem „Felleisen" steht und von Seite des Herrn Verhandlungspräsidenten zur Verlesung gebracht wurde? Wenn auch das „Felleisen" ein Partei-Organ ist und den socialdemokratischen Interessen im Großen und Ganzen dient, obgleich sich dasselbe nur als ein Organ der schweizerischen Bildungsvereine bezeichnet, so ist es doch gewiß, daß die Aufsätze im „Felleisen" nicht Bezug haben können auf österreichische Verhältnisse, und zwar darum nicht weil die Tendenz, welche die Schriftsteller der Schweiz verfolgen, von den Tendenzen, welche die Schriftsteller in der constitutionellen Monarchie Oesterreichs verfolgen mußten, himmelweit verschieden sind. Sie können doch nicht, meine Herren, von einem Schriftsteller in der Schweiz, auch wenn er sich im Großen und Ganzen zu den Principien der socialdemokratischen Partei bekennt, verlangen, daß er mit mir gehe und von den Interessen Oesterreichs oder der österreichischen Monarchie spreche, gerade so wenig, als es Jemanden noch eingefallen ist, der liberalen und feudalen Partei einen Vorwurf zu machen, daß sich irgend ein liberales oder feudales Organ des Auslandes abfällig über die Bestrebungen der Liberalen Wiens, über die Verhältnisse Oesterreichs, die österreichische Regierungsform,

Digitized by Google

Verwaltung und Verfassung geäußert hat; und doch, meine Herren, werden die ausländischen Organe, welche die österreichische Regierungsform, die Verfassung, die Gesetze und die Behörden angreifen und schmähen, immer noch in einem gewissen Sinne Partei-Organe sein, welche im Großen und Ganzen den Principien dieser Partei Ausdruck geben und eben darum auch dieser Partei dienen, ohne jedoch die Verpflichtung auf sich genommen zu haben, in Allem und Jedem der Tendenz jeder einzelnen Regierung zu entsprechen, ohne deswegen daran gebunden zu sein, die eine oder die andere Regierung nicht zu verletzen. Wenn nun auch erwiesenermaßen in einigen Artikeln des „Felleisen" das eine oder das andere plitische Verbrechen begründet ist, und es ist gar nicht daran zu zweifeln, daß in dem einen oder dem anderen Artikel des „Felleisen" in viel concreterer Weise der Thatbestand des Verbrechens der Majestätsbeleidigung begründet wird, so wird doch immer noch die Frage berechtigt sein, was den öffentlichen Ankläger geleitet hat, die Angeklagten solidarisch für den Inhalt des „Felleisen" verantlich zu machen. Das „Felleisen" predigt socialdemokratische Principien, und diese resultiren in dem Bestreben, die möglichste politische Freiheit für alle einzelnen Classen der Bevölkerung zu bezwecken und zur Wahrheit zu machen. Alle anderen Artikel, welche auf ein anderes politisches Feld hinüber streifen, haben mit den socialdemokratischen Bestrebungen nichts gemein, können also auch von den Angeklagten nicht vertreten werden. Ich wiederhole nochmals, daß, wäre die Argumentation des Anklägers richtig, man die feudale Partei, würde sie, um sich zu verantworten, vor einen Gerichtshof gezogen, auch verantwortlich machen müßte für alle Ausfälle und Schmähungen gegen die österreichische Regierung, welche sich in auswärtigen Organen finden, welche erwiesenermaßen den Interessen der Feudalen dienen, daher auch feudale Principien vertreten und in einem gewissen Sinne also auch Partei-Organe genannt werden können.

Die Staatsbehörde sagt, Gewalt müsse endlich das Ziel sein, Gewalt das Mittel, worauf allein alle Bestrebungen der Socialdemokraten fußen. Das läßt sich überhaupt nach dem Programme des „Felleisen" nicht bezweifeln, denn dasselbe sei ein derartiges, daß es nur realisirt und zur Wahrheit werden könne im Wege der Gewalt.

Was strebt aber das „Felleisen" nach seinem Programme an? Wie w i r hören, die socialdemokratische und föderative Republik. Meine Herren! Dieser Satz, diese Stelle allein genügt aber noch nicht, um

Digitized by Google

den Schlußsatz des Anklägers zu erhärten, es müßte von Seite des Anklägers nachgewiesen werden, daß das „Felleisen" direct, und nicht etwa figürlich, durch Anwendung einer oder der anderen Redewendung, oder eines stylistisch wohlerlaubten Tropus einen Appell an die Gewalt macht und weiters, daß es dem „Felleisen", wenn dasselbe irgendwie maßgebend wäre, für die Beurtheilung des heutigen Straffalles, um die Umwandlung der österreichischen Regierungsform in eine republikanische zu thun ist. *Das hat aber die Staatsbehörde nicht bewiesen*; in keiner der vorgelesenen Nummern des „Felleisen", waren sie auch überreich an Ausfällen gegen die eine oder die andere österreichische Behörde, ja selbst gegen die Person des Staatsoberhauptes, wurde irgend ein Appell an die rohe physische Gewalt vorgefunden, und wenn auch hier und dort von einem „*Kampf bis auf's Messer*" gesprochen wird, von einem „Kampfe, der mit aller Ausdauer geführt werden müsse", von einem „Kampfe, wo der Mächtige siegen, der Schwache unterliegen werde", und wie die eine oder die andere zur Verlesung gelangte Redefigur lauten mag, so erlaube ich mir zu bemerken, daß man auch in Blättern, welche in Wien erscheinen, und die doch Niemand hochverrätherischer Tendenzen beschuldigen wird, immer lesen konnte, die liberale Partei müsse Front machen gegen die Conservativen und Feudalen, die Liberalen müssen gegen die Conservativen und Feudalen einen Kampf bis auf's Messer führen, es sei die Pflicht der liberalen Partei, die Bestrebungen der Conservativen zu nichte zu machen, und daß in diesem Kampfe Derjenige siegen werde, der sich als der Mächtigere bewährt. Ich glaube also, blos aus dem Texte, der Schreibweise, aus einer geistreichen Combination von Redefiguren, und wäre sie auch noch so geschickt, kann man nicht schließen, ob in einem Artikel der Thatbestand des Hochverrathes in Rede oder Schrift begangen, schon liege. Uebrigens welches sind denn die Principien, die das „Felleisen" aufgestellt hat und von denen der öffentliche Ankläger sagte, daß sie sich nicht anders realisiren lassen, als auf dem Wege der Gewalt?

Daraus allein aber, meine Herren, daß die Wiener „*Volksstimme*", welche die Principien des Nürnberger und Neuenburger Congresses vertreten soll, aus einem deutsch-republikanischen Fonde genährt worden ist, daraus allein, daß sie eine Subvention aus Zürich erhalten hat, kann wiederum nicht gefolgert werden, daß die Bestrebungen der „*Volksstimme*" nach der einen oder der anderen

Digitized by Google

Richtung hin hochverrätherisch seien. Es mag richtig sein, daß dieser deutsch-republikanische Fond in Zürich, über welchen ich keine eingehenderen Studien gemacht habe, ein Fond ist, der namentlich für die Partei-Agitation Gelder verleiht, allein, meine Herren, damit ist noch gar nicht bewiesen, daß die „Volksstimme" auch wirklich hochverrätherische Tendenzen verfolgt hat, oder es ihr um solche zu thun war. Ich glaube, schon aus dem einzigen Umstande, daß die Staatsbehörde niemals gegen die „Volksstimme" wegen des Verbrechens des Hochverrathes eingeschritten ist, und daß dieses Blatt niemals einen Conflict mit der Preßbehörde hatte, und meines Wissens erst eine der letzten Nummern in dieser Beziehung beanständet wurde, folgt wohl mit Evidenz, daß die „Volksstimme" ein Journal sei, welches die Interessen der Arbeiter in Wien auf dem legalsten Wege vertritt.

Uebrigens ist die „Volksstimme" von dem Vertreter der Staatsbehörde nicht verfolgt worden, obwohl sie in der ersten Nummer vom 11. April 1869 den demokratischen Volksstaat offen an die Spitze ihres Programmes gesetzt hat. Ich kann mir nun sehr leicht denken, daß in der Publicirung dieses Programmes an und für sich das Verbrechen des Hochverrathes nicht gelegen ist, aber ich begreife nicht, meine Herren, wie heute das Bestreben, den freien Volksstaat zur Wahrheit zu machen, den Thatbestand des Verbrechens des Hochverrathes begründen kann, wenn man dieses Programm ganz ungehindert in die Welt gehen ließ, und Diejenigen, welche dasselbe verkündet haben, nicht einmal darauf aufmerksam gemacht hat, daß sie nunmehr einen gefährlichen Boden betreten haben. Warum wurde nach dem Erscheinen dieser Nummer gar nichts vorgekehrt? Warum wurde, wenn es wahr ist, daß demokratischer Volksstaat und Republik für jeden Kenner ganz und gar identische Begriffe sind, diese Nummer der „Volksstimme" nicht mit Beschlag belegt? Warum wurde nicht schon damals der „Volksstimme" der Proceß gemacht? Das Alles, meine Herren, sind mir Räthsel, die ich wenigstens vom Standpuncte der Vertheidigung aus nicht lösen kann. Ich glaube daher auch nicht, daß behauptet werden kann, daß in publicistischer Beziehung das „Fellеisen" in Zürich die Führung der österreichischen Arbeiterbewegung übernommen habe.

Die löbliche Staatsbehörde sagt: Alles, was in diesen Parteiblättern zum Vorscheine komme, sei mehr als ein bloßes sociales Problem, Alles, was in diesen Parteiblättern besprochen werde, sei mehr

Digitized by Google

als bloße graue Theorie; es handelt sich darum und ist aus mehreren Artikeln der „Volksstimme" erkennbar, der Regierung im Kampfe compacte Massen gegenüber zu stellen. Es wird schon geradezu eine glücklichere Zukunft verkündet, es wird der Partei zur Pflicht gemacht, fest zusammen zu stehen, es werden überhaupt bereits Verhältnisse besprochen und Resultate in den Kreis der Erwägungen gezogen, welche auf einem anderen Wege als auf dem der Gewalt gar nicht herbeigeführt werden können. Allein, meine Herren, wenn man sagt, man müsse der Regierung in compacten Massen entgegentreten, die Partei müsse Disciplin halten, wenn man eine glücklichere und bessere Zukunft prognosticirt, und derartige andere Dinge, so ist dieß Alles noch kein Appell an die physische oder mechanische Gewalt, weil dieß nur Redefiguren sind, welche gar nicht strafbar sein können. Ist gesagt, in compacten Massen der Regierung entgegentreten, etwa um die eine oder die andere Bestrebung der Regierung zu hindern, in dieser oder jener Beziehung der Regierung den Willen des Volkes kundzugeben? Nirgends ist im „Felleisen" gesagt: Es müsse die Arbeiterpartei fest zusammenstehen zu einem gewaltsamen Kampfe gegen die Regierung; nirgends ist in diesen Blättern, welche so oft und so eingehend von Seite der Staatsbehörde besprochen worden sind, in diesem Leibjournale der Socialdemokraten als erster Lehrsatz der Socialdemokratie hingestellt, die Realisirnng dieser Principien sei nur im Wege der Gewalt möglich.

Könnte es aber noch einen Zweifel geben, daß die socialdemokratischen Bestrebungen wirklich hochverrätherische sind, meint der verehrte Herr Staatsanwalt, so erwäge man doch nur die Nachwirkung des Eisenacher Congresses. Die „Volksstimme" war das erste Product, sie ist das Parteiorgan und sie hat die Principien des Eisenacher Congresses vertreten. Ich kann in dieser Beziehung nicht umhin, vom Standpuncte der Vertheidigung aus wieder meinem Befremden darüber Ausdruck zu geben, warum von Seite der Polizei oder der Staatsbehörde gar nichts gegen die „Volksstimme" vorgekehrt wurde, wenn die Bestrebungen derselben wirklich volksverrätherische waren oder nahezu in das Gebiet des Hochverrathes streiften.

Die löbliche Staatsbehörde sagt ferner, abgesehen von diesen Reden, finden sich aber noch bestimmte Nachweisungen vor, daß man es darauf abgesehen hatte, den Weg der Gewalt zu betreten.

Digitized by Google

Ich brauche nur zu erinnern, daß es im Staate zwei wesentliche Factoren gibt, mit denen Jeder, der Umsturztendenzen pflegt, unter allen Umständen rechnen muß. Der eine dieser Factoren ist die landwirthschaftliche Bevölkerung, der andere die Armee. Was nun die landwirthschaftliche Bevölkerung betrifft, so erlaube ich mir nur darauf hinzuweisen, daß das Manifest, welches unter die landwirthschaftliche Bevölkerung geschleudert worden ist oder geschleudert worden sein soll, gar keiner der Angeklagten, die ich zu vertheidigen habe, zu vertreten hat, daß dieses Manifest seinen Ursprung anderswoher genommen hat, und daß wegen der Veröffentlichung dieses Manifestes sie von der Staatsbehörde nicht angeklagt oder, um mich recht zu fassen, daß von Seite des Strafgerichtes kein Straferkenntniß geschöpft wurde.

Man fand deutliche Inzichten und Spuren, daß es der socialdemokratischen Partei um aie Corrumpirung der Parteien zu thun sei, und daß sie hauptsächlich ein Interesse hatte, diejenigen Parteien zu corrumpiren, welche treu zu Kaiser und Reich halten. Allein auch da ist kein präciser Anhaltspunkt vorhanden, das Vorgebrachte ist wirklich sehr unbedeutend. Daß man bei einigen Artilleristen Bücher gefunden hat, welche mit der socialdemokratischen Partei nichts gemein haben und daß der Mitangeklagte Most mit einigen Soldaten darüber sich unterhalten haben soll, ob sie geneigt wären, im Falle einer Arbeiterbewegung auf die Arbeiter zu schießen, ist Alles; aber in dieser Richtung hat es sich blos um ein Gespräch gehandelt, welches Most mit den Soldaten hatte; Sie dürfen nicht vergessen, daß viele Soldaten selbst Arbeiter sind, und daß es daher kein Wunder ist, wenn sie zur Antwort gegeben haben, es wäre ihnen nicht zuzutrauen, auf Arbeiter zu schießen, die wehr- und waffenlos sind.

Ich weiß nicht, in wiefern behauptet werden kann, ein bestimmter Corrumpirungsversuch, der irgendwie auf Erfolg hätte zielen können, sei in Scene gesetzt worden; es fällt mir nicht im mindesten ein, zu leugnen, daß die Demonstration vom 13. December 1869, welche mein verehrter College in ihrer juristischen Bedeutung näher würdigen und besprechen wird, von einigen Arbeiterführern selbst schon vorhergesehen worden ist, ich weiß aber nicht, in wieweit diese Demonstration von dem öffentlichen Ankläger als eine hochverrätherische Bestrebung angesehen werden kann.

Mit dem Angeklagten Oberwinder hat sich die löbliche Staatsbehörde namentlich beschäftigt; obwohl ich vermuthet hätte, daß der Zeuge

Digitized by Google

Mühlwasser nicht mehr in den Schlußausführungen des öffentlichen Anklägers werde genannt werden, konnte die Staatsbehörde nicht umhin, Oberwinder, den sie wirklich schon genug belastet hat, auch noch auf Grund der Ausführungen eines Zeugen von dem Kaliber eines Mühlwasser zu belasten. Meine Herren! Die Zeit ist schon soweit vorwärts geschritten und ich habe so Manches noch auf dem Herzen; ich werde mir nicht die Mühe nehmen, diese Persönlichkeit zu charakterisiren, es hätte auch auf das Urtheil kaum einen Einfluß, aber es that der Vertheidigung wehe, daß der Herr Staatsanwalt von Verdächtigungen sprach, welche gegen Mühlwasser geschleudert worden sein sollen, und daß dieser Mühlwasser, *der erwiesenermaßen* — und wenn es dem öffentlichen Ankläger beliebt, ich bin sofort bereit, dieß in längerer Rede zu erweisen — *einundzwanzigmal in seinen Aussagen gelogen hat*, etwas beweisen soll. Wie kann man von Verdächtigungen sprechen, gegenüber einer Person, die Schritt auf Schritt gelogen hat, wie ich den verehrten Herrn actenmäßig belegen kann; denn wenn dem einen oder anderen Mitgliede des hohen Gerichtshofes darum zu thun ist — die Vertheidigung steht nicht im mindesten an, sofort standhaft unwiderlegbar darzuthun, daß das Meiste, was Mühlwasser vorgebracht hat, nichts Anderes ist, als *erwiesene Lüge*.

Darum werde ich mich, meine Herren, bei jenem ominösen Filipp nicht lange aufhalten; ich glaube, meine Herren, wenn man wirklich von der österreichischen Arbeiterbewegung soviel hält, wie der öffentliche Ankläger, wenn man wirklich diese österreichische Arbeiterbewegung als eine hochverrätherische stigmatisirt, wenn man sagt: Der Staat und die Gesellschaft sind in Gefahr, wenn die österreichische Arbeiterbewegung so fortgeht, so muß man diesen österreichischen Arbeiterführern auch einigermaßen Verstand zutrauen. Ich glaube, eine Bewegung, an deren Spitze Männer wie Oberwinder, Scheu, Most und Andere stehen, haben wirklich nicht nothwendig, irgend einen unbekannten pensionirten Officier in Mitleidenschaft zu ziehen, eine derartige Bewegung wird, wenn sie besteht, auch zur rechten Zeit den rechten Führen wissen.

Zu Fräulein Podany soll Hartung gesagt haben: „Für Muniton ist bereits gesorgt."

Nun, meine Herren, ich will der Zeugin Podany nicht im mindesten entgegentreten, sie hat für die Entscheidung des Processes sehr wenig Bedeutung. Ich glaube, die Bedeutung dieser Zeugin ist allerorts überschätzt worden; aber für rechtsgelehrte Richter hat eine Zeugin,

Digitized by Google

welche einmal so, ein anderesmal wieder so aussagt, eine Zeugin, welche bald erwiedert, diese oder jene Aeußerung sei im Ernste, dann wieder, sie sei im Scherze geschehen, eine Zeugin, die, indem sie von dem Hochverrathsplane zwischen Oberwinder und Hartung spricht, und in einem Athem erzählt, es sei ihr beschieden gewesen, auch eine Rolle zu spielen, sie hätte die Adjutantin des Heerführers werden sollen (Heiterkeit) — eine solche Zeugin verdient keinen Glauben, eine solche Zeugin wird wenig belasten.

Uebrigens wird überall die Wahrheit nur durch zwei Zeugen erwiesen werden, und was die Zeugin allein sagt, wird für den Richter, wenigstens in soweit es sich um concrete Zustände, Verhältnisse und Thatsachen handelt, nicht als erwiesen gelten können, weil der Richter in diesem Falle an das Gesetz, rücksichtlich an die Beweistheorie der Strafproceßordnung gebunden ist.

Ich werde mich also mit der Zeugenschaft Podany's nicht beschäftigen, ich werde die Bedenken, welche diese Zeugenschaft hervorruft, unterdrücken, lediglich aus dem Grunde, weil ich diese Zeugenschaft bei Entscheidung dieses Processes für irrelevant halte.

Wenn die Staatsbehörde sagt, es sei erwiesen, daß zwischen Subaric und Pfeiffer die Eventualität einer Bewegung in Wien besprochen worden ist, sie hätten bereits die Punkte bezeichnet, welche seitens der Arbeiter hätten eingenommen werden können, es sei die Eventualität einer Revolte eifrig besprochen worden und Herr Florencourt hätte bestätigt, daß ein solches Gespräch fast täglich geführt worden sei, so weiß ich nicht, wie so Herr Oberwinder verantwortlich gemacht werden kann, daß zwischen Subaric und Pfeiffer die Eventualität einer Erhebung, richtiger vielleicht Massenbewegung, besprochen worden ist.

Jeder von uns hat vielleicht die Eventualität einer Massenerhebung besprochen, ohne daß man ihn auch schon für eine Persönlichkeit halten könnte, von welcher vermuthet werden kann, daß sie sich zu einer solchen Bewegung herbeiläßt oder gar eine solche Bewegung projectirt.

Uebrigens hat Herr Zeuge Florencourt — und abgesehen von einigen uebensächlichen Umständen ist Herr Florencourt gewiß ein Mann, dem, was die Classicität oder Richtigkeit seiner Aussage betrifft, nicht wird nahe getreten werden können, obwohl man es aus mir unbegreiflichen Gründen nicht verschmäht hat, an diesem Zeugen

Digitized by Google

zu mäkeln, — gesagt, er hielte das Ganze für ein Kinderspiel, und habe diesen Gesprächen gar keine Bedeutung und Tragweite geschenkt.

Und bedenken Sie, meine Herren, was Personen, die gar keine Beschäftigungen haben, die im Arreste zusammengesperrt sind, nicht Alles plauschen; wenn man allen diesen Aeußerungen Gewicht beilegen würde, ich glaube, es würden Verbrechen zum Vorschein kommen, an welche heute Niemand denkt.

Mit dem Zeugen Raunecker will ich mich sehr wenig beschäftigen; der Verkehr Raunecker's mit Leidesdorf ist unbedeutender Natur, wie Leidesdorf überhaupt eine untergeordnete Persönlichkeit war, so daß ich vermeine, daß selbst ein Revolutionscomité, dem eine Persönlichkeit wie Leidesdorf präsidiren würde, ein ganz gefahrloses Institut wäre. Aber merkwürdig ist es, daß die Staatsbehörde einen von der Vertheidigung geführten Zeugen, einen Zeugen, der mit Wärme und Entschiedenheit für Oberwinder eingetreten ist, einen Zeugen, der sich des besten Namens in der Residenz erfreut, Zacharias Conrad Lecher, urplötzlich als Belastungszeugen gegen Oberwinder verwerthet. Was soll der Mitangeklagte Oberwinder Hochverrätherisches bei Gelegenheit des Strikes und bei Gelegenheit einer Besprechung über die Arbeiterverhältnisse überhaupt geäußert haben, wenn er Herrn Lecher gegenüber betonte, er sei der Meinung, daß die Arbeiterbewegung nur auf friedlichem Wege ihr Ziel erreichen könne, daß bei dem heutigen Stande der Armeen, bei der heutigen Bewaffnung, bei den Geschützen, mit welchen man heute operirt, bei der Perfection der heutigen Schießwaffe von einer Straßendemonstration, von einer Straßenrevolution nichts zu erwarten sei. Das ist ein unschuldiges Gespräch, welches leicht erklärlich ist, wenn man erwägt, zu welcher Zeit und unter welchen Umständen es geführt worden ist. Die löbliche Staatsbehörde hat dieses Gespräch unter einem anderen Gesichtspunkte aufgefaßt, indem sie sagt, es sei merkwürdig, daß Oberwinder selbst mit Lecher von nichts Anderem zu sprechen wußte, als wieder nur von Straßenrevolten, von Straßenerhebungen der Arbeiter.

Präs.: Ich erlaube mir den Herrn Vertheidiger zu fragen, ob es nicht bei dem Umstande, als sein Vortrag noch länger dauern dürfte, angezeigt wäre, die Verhandlung jetzt zu unterbrechen, und sie um 6 Uhr wieder aufzunehmen.

Digitized by Google

Vertheidiger Dr. Singer: Ich überlasse das selbstverständlich dem Ermessen des hohen Gerichtshofes, würde aber für meine Person nicht mehr viel Zeit in Anspruch nehmen.

Präs.: Ich bitte also fortzufahren.

Dr. Singer (fortfahrend):

Die löbliche Staatsbehörde hat uns, als sie zur Begründung ihres Schlußantrages schritt, in den Gang der Arbeiterbewegung in Deutschland eingeführt; es wurden die einzelnen Congresse, in welchen die Arbeiterbewegung auf der Tagesordnung war, besprochen, und gezeigt, daß die auf diesen Congressen vereinbarten Programmpunkte mehr oder minder gefährlich sind; es wurde nachgewiesen, daß die österreichischen Arbeiter mit dem beschlossenen Programme sympathisiren, und es genügte dies der löblichen Staatsbehörde, um den Antrag zu stellen, auf Grund dieses Anschlusses an diesen oder jenen Punkt des Programmes den Thatbestand des Verbrechens des Hochverrathes als erwiesen anzunehmen, sonst könnte ich mir den Strafantrag, der wider einen meiner Clienten gerade mit Bezug auf das Verbrechen des Hochverrathes gestellt worden ist, nicht erklären. Vor Allem, was fällt Scheu und Pabst zur Last? Sie waren Mitglieder der socialdemokratischen Partei, jener Partei, deren Programm in den eben verlesenen Punkten des Eisenacher Programmes enthalten ist. Pabst soll auch solche Karten verbreitet haben. Bei Most hat man Mitgliederkarten gefunden, bei Perrin sind wohl solche Karten nicht gefunden worden, allein es ist erwiesen, daß Perrin im Besitze solcher Karten war. Wenn die Vertheidigung nachgewiesen hat, daß die Beschlüsse des Eisenacher Congresses keineswegs solche sind, daß sie nur im Wege der physischen Gewalt realisirt werden können, so ist ganz gewiß, daß das an und für sich nicht genug sein kann, um den Thatbestand des Hochverrathes zu begründen, nachzuweisen, der Eine oder Andere sympathisire mit den Bestrebungen des Arbeiter-Congresses oder sei ein Mitglied der Eisenacher Partei.

Merkwürdig war es, wie die löbliche Staatsbehörde gegen Herrn Most vorgegangen ist; Most habe dem Gedanken an Gewaltacte unumwunden Ausdruck gegeben in Rede und Schrift, sogar noch als er in Haft war. Es ist gewiß, daß es dem Angeklagten Most, der damals schon ziemlich lange Zeit in Untersuchungshaft war, gewiß nicht darum zu thun war, etwa von Neuem den Thatbestand des Hochverrathes zu begründen. Es war ihm um nichts Anderes zu thun,

Digitized by Google

als um einen Zeitvertreib, und er hatte nicht erwartet, daß man einen harmlosen, vielleicht ungehörigen Spaß, den sich Most im Kerker erlaubte, seine Stylübungen, wiederum als ein Beweismittel gegen diesen Angeklagten benützen werde.

Dem Angeklagten Perrin gegenüber finden wir den Thatbestand des Verbrechens des Hochverrathes in gar keiner Weise erwiesen. Perrin hat solche Karten besessen, er hat sie von Pabst erhalten, aber es ist nicht erwiesen, daß Perrin sie ausgegeben, daß er Mitglieder angeworben hat; er erklärte, daß ihm die Sache nicht ganz geheuer vorkam und daß er daher die Karten vertilgte.

Scheu und Pabst waren eifrige Mitglieder der socialdemokratischen Partei; inwieweit dadurch das Verbrechen des Hochverrathes begründet erscheint, muß ich dem Ermessen des hohen Gerichtshofes überlassen. Ich glaube aber, nach den Ausführungen der Vertheidigung dürfte darüber kein Zweifel obwalten, daß, nachdem von Scheu und Pabst nicht im mindesten erwiesen werden kann, daß sie Gewaltacte vorhatten, auch ein Nichtschuldig-Erkenntniß zu erwarten ist. Das Gleiche gilt von Häcker, Baudisch und Gehrke, und insofern diese auch die Anklage der öffentlichen Gewaltthätigkeit im Sinne des §. 76 trifft, wird es die Aufgabe meines verehrten Nachfolgers im Amte sein, alles Diesbezügliche zu besprechen. Oberwinder aber wird von der löblichen Staatsbehörde als das unsichtbare Haupt der ganzen Partei bezeichnet; die Staatsbehörde weist hin auf den Verkehr mit Ladendorf und Liebknecht, sie weist darauf hin, daß Oberwinder ein Vertrauter Hartung's war, der erwiesenermaßen von der Massendemonstration vom 13. December schon früher etwas gewußt hat. Die löbliche Staatsbehörde hat sich endlich auf den Zeugen Herrn Florencourt berufen, leider muß ich aber gerade in diesem Punkte der Classicität dieses Zeugen entgegentreten. Meines Erachtens hat ein Zeuge nur über Thatsachen zu deponiren und in dieser Beziehung hat Herr Florencourt nichts Anderes behauptet, als daß ihn Oberwinder am 1. December bei einer sogenannten Nachversammlung, nachdem die Rede des Herrn Berka bereits gehalten war, über seine Ansicht wegen einer beabsichtigten Massendemonstration befragte. Daraus, meine hochverehrten Herren, schließt die löbliche Staatsbehörde, daß Oberwinder auf das Zustandekommen dieser Massendeputation irgendwie schon Einfluß geübt hat; Oberwinder konnte aber sehr leicht von der beabsichtigten Demonstration wissen, ohne gerade dieselbe hervorzurufen, wenn auch

Digitized by Google

der Eindruck, den die ganze Sache auf Florencourt gemacht hat, ein ganz anderer war. Florencourt kann aber nur die Thatsache constatiren, daß Oberwinder davon gesprochen hat, mehr kann dadurch nicht constatirt werden. Oberwinder's Aeußerungen zu Fräulein Podany, die Arbeiter Wiens brauchen einen Leithammel, man müsse die Arbeiter für politische Zwecke benützen u. s. w., Oberwinder's Erscheinen im Caffee Griensteidl am 13. December — das Alles wird angeführt, und hätte die Vertheidigung nur den geringsten Anlaß gehabt zu vermuthen, das werde benützt werden, die Vertheidigung hätte eine Unzahl von Zeugen führen können, daß Oberwinder seit zwei Jahren dieses Caffee besucht, wie uns privatim bekannt ist. Oberwinder erscheint in der Nähe des Ministerhotels und viele andere Umstände lassen darauf schließen, daß Oberwinder auch mitverantwortlich an der Demonstration vom 13. December sei. Die Bedeutung dieser Demonstration wird von jemand Anderem besprochen werden, ich überlasse es wirklich getrost dem Ermessen des hohen Gerichtshofes zu beurtheilen, ob Oberwinder gegenüber der Beweis erbracht ist, daß er diese Demonstration zu verantworten hat, ob er sie in Scene gesetzt hat. Ich glaube aber, wenn es wahr wäre, daß die löbliche Staatsbehörde so triftige Argumente gebracht hat, auf welche gestützt sie die Verurtheilung Oberwinder's wegen des Verbrechens des Hochverrathes hätte in Antrag bringen können, so könnte es keinem Zweifel mehr unterliegen, daß nicht mehr neben dem Thatbestande des Verbrechens des Hochverrathes auch noch der Thatbestand der öffentlichen Gewaltthätigkeit in Frage gestellt werden kann, denn alsdann wäre der Thatbestand der öffentlichen Gewaltthätigkeit, wenn ich nicht irre, absorbirt von dem viel weitergehenden Verbrechen des Hochverrathes. Der 13. December wäre nichts Anderes, als ein integrirender Bestandtheil der Bestrebungen, welche eben seitens des öffentlichen Anklägers als hochverrätherische bezeichnet werden.

Allein in dieser Richtung will ich dem Urtheile des hohen Gerichtshofes nicht vorgreifen, ich vermeine, für die Entscheidung muß unter allen Umständen entscheidend bleiben, daß die ganze Action der Angeklagten noch nicht in die äußere Erscheinung getreten ist, daß nichts gesetzt worden ist, was den Thatbestand des §. 58 b begründen könnte.

Allerdings ist der Thatbestand dieses Verbrechens ein sehr weitgehender und allerdings wäre nach §. 58 jedwede Handlung schon Hochverrath, selbst wenn dieselbe nicht mit dem beabsichtigten Erfolge

Digitized by Google

begleitet oder ganz ohne Erfolg gewesen ist; mithin ist es ganz richtig, daß nach dem Wortlaute des österreichischen Strafgesetzes das Verbrechen des Hochverrathes im Sinne des §. 58 b keinen Versuch zuläßt; es wird also jede Handlung, wenn sie auch nach einem anderen Gesichtspunkte als stricte nach §. 58 b beurtheilt wird, nur als eine versuchte Handlung erscheinen wird, nach dem klaren Wortlaute dieser Gesetzesstelle als perfecter Hochverrath erscheinen; es wird aber Niemand leugnen, daß die allgemeinen Kriterien des Versuches, welche man sich aus dem §. 8 des St.-G. combiniren muß, bei Hochverrath gar keine Anwendung erfahren. Ein Merkmal des Versuches ist eine zur wirklichen Ausübung führende Handlung, mithin ist ganz gewiß, daß von Hochverrath und mithin auch von dem Begriffe des perfecten Hochverrathes immer nur dann die Rede sein kann, wenn eine zur wirklichen Ausübung führende Handlung gesetzt worden ist.

Wenn Sie nun bezüglich Oberwinder's von der Massendemonstration des 13. December absehen, und ich glaube, Sie werden es thun müssen, weil ja die Betheiligung Oberwinder's nicht nach subjectiven Empfindungen construirt werden kann, so finden Sie in der ganzen Handlungsweise Oberwinder's nicht ein einziges Moment, auf Grund dessen behauptet werden kann, Oberwinder habe bereits eine solche Handlung gesetzt, welche zu dem Erfolge, den das Gesetz im §. 58 b begreifen will, in einem directen näheren oder entfernteren Nexus steht. Hätte er dann schon eine Handlung gesetzt, welche von dem Erfolge hätte begleitet sein können, den herbeizuführen §. 58 b verbietet? Ich gehe gar nicht darauf ein, wie das Verbrechen des Hochverrathes begangen werden könnte; es kann durch Aneiferung, Aufforderung, durch Verleitung und auf verschiedene andere Arten bewirkt werden; was aber von alledem, was im §. 58 c steht, was nichts Anderes als besondere Formen des Hochverrathes ausmacht, hat Oberwinder gethan? Wen hat Oberwinder verleitet, etwas zu thun, was auf eine gewaltsame Aenderung der Regierungsform abzielt? Wen hat er aufgefordert oder angeeifert? Auf alle diese Fragen wird uns die Staatsbehörde die Antwort schuldig bleiben. Es wäre denn, daß man das Verbrechen des Hochverrathes aus den vorgelesenen Artikeln des „Felleisen" construiren wollte; ich glaube aber, diese Artikel sind gerade nicht die schärfsten, und die Artikel, welche von Oberwinder vertreten werden müssen, sind gerade nicht solche, die man als hochverrätherische bezeichnen kann. Auch habe ich mir schon

Digitized by Google

erlaubt, aufmerksam zu machen, daß man sich nicht an ein einzelnes Wort, sondern an den Sinn, nicht an eine stylistische Wendung oder Redefigur halten dürfe, daß es nicht angeht, ganz nach dem Gefühle den Thatbestand eines Verbrechens zu construiren, daß es unter allen Umständen nothwendig ist, zu zeigen, daß eine äußere Handlung gesetzt worden ist und daß dieses insbesondere beim Verbrechen des Hochverrathes nothwendig ist, dafür erlaube ich mir, einen classischen Zeugen anzurufen, einen Mann, der ganz gewiß der classischeste Interpret unseres jetzt geltenden Strafgesetzes ist, weil er bei der Redaction dieses Gesetzes thätig mitgewirkt hat; dieser Mann ist Anton Hye Ritter von Gluneck, der sich über die fragliche Gesetzesstelle vernehmen läßt, wie folgt: (Liest.) „Immer ist nach dem klaren Wortlaute des Gesetzes zu diesem Verbrechen ein Unternehmen („wer etwas unternimmt"), also eine äußere Thätigkeit wesentlich erforderlich, und es genügt daher hiezu ein bloßes „Sichanschicken", so lange es sich noch nicht nach außen bekundet hat, oder eine bloße Aeußerung, daß man dieß thun wolle oder werde, oder eine sogenannte Vorhersagung, daß dieß geschehen werde u. dgl. — zu diesem Verbrechen noch nicht . . u. s. f."

Das kann als bewiesen angesehen werden, und hierin befinde ich mich in Uebereinstimmung mit allen Theoretikern und Practikern, daß zum Thatbestande eines Verbrechens eine Handlung gehört, die in der Welt der Sinne erscheint, welche mit dem beabsichtigten Erfolge in einem reellen, casuellen Nexus steht, wenn es auch ganz gleichgiltig ist, ob der Erfolg entstanden ist oder nicht.

Soweit es meine bescheidenen Kräfte erlaubt haben, habe ich mich bemüht, den Nachweis zu liefern, daß der Thatbestand des Verbrechens des Hochverrathes in diesem Falle nicht vorliegt. Ist auch nur ein geringer Theil der Ausführungen der Vertheidigung richtig, sie werden genügen, um das Gebäude der Anklage zu erschüttern. Meine Herren! Der Herr Staatsanwalt hat Ihnen ein Bild gemalt, unheimlich, grau in grau, er sah nichts als Verschwörung, Verführung, Aufreizung und endlich in letzter Linie die offene Rebellion. Wäre es nicht erlaubt, vielleicht die Kehrseite der Medaille zu betrachten? Dieselben Angeklagten haben auch Anderes geschaffen, sie haben die Arbeiter aus der Unwissenheit gerissen, mit welcher das Laster verbunden ist, sie haben ihren Bildungsdrang befriedigt, sie haben ihn geweckt und genährt; dieselben Angeklagten, und Oberwinder an der Spitze, haben Curse und Lesezimmer errichtet, sie sorgten für Vorträge aus

Digitized by Google

allen Gebieten des Wissenswerthen, sie errichteten Kranken- und Invalidencassen, sie schufen, was gute Dinge vermehrt und erhöht und den Gemeinsinn unter den Arbeitern weckt, sie haben redlich gewirkt für die Sache der Civilisation und des Fortschrittes in den Arbeiterkreisen. In der allgemeinen Industrieausstellung, der gerade der Angeklagte Scheu seine ganze freie Zeit geopfert hat, legten sie stumme, aber doch beredte Zeugnisse für den Fortschritt der Arbeiter in Oesterreich ab. Die Arbeiterführer haben politisches Leben in die Arbeiterkreise getragen und dieselben über die wichtigsten Fragen des Staates aufgeklärt.

Die vor Ihnen sitzenden Arbeiter waren in vieler Beziehung die Mauerbrecher; soll ich Sie erinnern, daß, als ein Bischof in offener Auflehnung gegen die Staatsgrundgesetze sich befand, die Arbeiter Wiens es gewesen sind, welche nach Linz zogen, um die Regierung durch eine Massendemonstration zu unterstützen.

Erlauben Sie mir, Sie zu erinnern, wie dieselben Angeklagten es waren, welche die Mitwirkung jenes Mannes sofort ablehnten, weil er ihnen als ein Sendling einer fremden Macht erschien. Ich erinnere Sie daran, und es wurde Ihnen von den Zeugen bestätigt, wie die angeklagten Arbeiterführer sich allen Verlockungen der feudalen und clericalen Partei gegenüber abwehrend verhielten; ich erinnere Sie daran, daß die Arbeiterpartei die einzige Partei in Oesterreich ist, welche die Oesterreich zerfleischende Nationalitätenfrage in ihrem Innern nicht aufkommen ließ, ich halte Ihnen vor Augen, daß die Arbeiter sich nur denjenigen Socialdemokraten zuneigten, welche sich als warme, eifrige Verehrer Oesterreichs, wenngleich auf dem äußersten linken Flügel, betrachteten.

Ich muß Sie also nochmal fragen, waren die Gründe des Herrn Staatsanwaltes von überzeugender Kraft oder waren es vielleicht die beiden Belastungszeugen: Mühlwasser und Podany? Die eine — man mag sie nun Freundin oder Geliebte Hartung's nennen — Mühlwasser, den österreichische Gerichte verurtheilt haben, den die Arbeiter als Verräther an ihrer eigenen Sache bezeichnen und den sie als den exaltirtesten und gefährlichsten Agitator zurückgewiesen haben — ich kann fragen, waren dies classische Zeugenaussagen, auf welche der Herr Staatsanwalt seine Anträge basiren kann?

Der Anklage kommt aber auch kein Geständniß der Angeklagten zu Hilfe, und das Beweismaterial in den Acten finde ich nicht ge-

Digitized by Google

sichtet und geklärt genug, daß Sie mit der der Heiligkeit Ihres Amtes entsprechenden Zuversicht zum Schuldigsprechen schreiten könnten.

Gestatten Sie mir, der ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit zum wärmsten Danke verpflichtet bin, nur noch wenige Worte:

Nachdem vergeblich nach strafbaren, in die äußere Erscheinung fallenden Handlungen geforscht wird, will es mir erscheinen, daß man über Ideen, Principien und Gedanken zu Gericht gesessen sei, von denen Sie, meine Herren, ebensowenig wie ich wissen können, ob sie nicht dereinst zur Herrschaft gelangen.

Humboldt, einer der größten Männer dieses Jahrhunderts, sagt: Die Menschheit brauche zu jedem Fortschritte zwei Jahrhunderte; eines, um den begangenen Fehler einzusehen, und das andere, um den erkannten Fehler abzustellen.

Daraus möchte ich folgern, daß wir einer gewaltsamen Umwälzung unserer Verhältnisse noch sehr ferne stehen. Ihre Aufgabe, meine Herren Richter, ist es, die Institutionen des Vaterlandes zu schützen; wenn Sie aber zur Erkenntniß gelangt sein werden, daß die Angeklagten die Gesetze, welche verbieten, die Classen der Bevölkerung gegeneinander aufzureizen oder an dem Bestande der Regierungsform gewaltsam zu rütteln, nicht verletzten, dann werden Sie auch die Angeklagten freisprechen, weil Sie zu dem Bewußtsein gekommen sind, einer Entwicklung, einer Evolution, keiner Revolution, keiner gewaltsamen Umwälzung aller Verhältnisse gegenüberzustehen. Sie brauchen, meine Herren, den Staat nicht zu retten, er ist nicht in Gefahr.

So nahe auch die Verleumdung liegt, daß in diesem Falle ein Tendenzproceß geführt wurde, ich glaube nicht daran, aber Ihr freisprechendes Urtheil wird diese Verleumdung verstummen machen. Bedenken Sie, daß Niemand von uns, nicht der hohe Gerichtshof, nicht der verehrte Herr Staatsanwalt, ja nicht einmal die Träger der Vertheidigung des Glaubens der Angeklagten sind, wohlan, zeigen Sie, daß Sie auch auf socialem Gebiete duldsam sind, und auch der friedliche Bürger wird Ihnen Dank wissen, wenn Sie das zur Wahrheit durch Ihren Spruch machen. Man soll nicht aufreizend von österreichischen Julischlachten sprechen wie von jenen Schlachten, welche die französischen Bourgeois angerichtet haben; zeigen Sie, hochverehrte Herren, daß das, was der ängstliche Hüter der Gesellschaft, der öffentliche Ankläger gesehen hat, nichts gewesen ist, als ein rothes

Digitized by Google

Gespenst; geben Sie der erregten Gesellschaft den verlorenen Frieden, den Angeklagten die lange genug entbehrte Freiheit wieder! (Beifall.)

Präs.: Ich werde die Verhandlung auf eine Stunde unterbrechen und sie um 6 Uhr wieder fortsetzen.

(Die Verhandlung wird um 4 Uhr 45 Minuten unterbrochen und um 6 Uhr 30 Minuten wieder aufgenommen.)

Präs.: Der Vertheidiger Herr Dr. Mauthner hat das Wort.

Vertheidigungsrede des Dr. Mauthner.

Dr. Mauthner: Meine Herren vom Gerichte! Ich betrete ein abgemähtes Feld; abgemäht nicht allein durch die umfassenden, ja erschöpfenden Darstellungen meines sehr geehrten Herrn Collegen, sondern auch abgemäht durch die ganze große Literatur, herrührend von den erhabensten Geistern aller Zeiten und Länder.

Wenn ich im Anfange dieser vielbewegten Verhandlung die Frage an den Herrn Staatsanwalt gerichtet habe, weshalb er die Anklage nicht in aller Vollkommenheit entwickelt hat, wenn ich die Bemerkung machte, daß aus der Anklage nicht klar hervorgeht, was den einzelnen Angeklagten zur Last falle, so geschah dies — ich bitte diesem meinem Worte Glauben zu schenken — um Klarheit und Offenheit in das Verfahren zu bringen, Klarheit und Offenheit, damit es der Vertheidigung möglich sei, der Anklage auf Schritt und Tritt zu folgen und auf Schritt und Tritt sie zu bekämpfen. Damals glaubte ich allerdings, daß eine solche Klarheit und Offenheit möglich sei, daß ein besonderer Parteistandpunkt, eine besondere Parteitaktik den Herrn Staatsanwalt vermocht habe, mit seinen Ausführungen zurückzuhalten, mit geschlossenem Visir den Kampfplatz zu betreten.

Darin, meine Herren, habe ich mich getäuscht, das gestehe ich offen. Der Kampf ist beendet, das Visir ist gefallen, ich erkenne aber dahinter keinen neuen Feind, sondern ich erkenne dieselbe Gestalt, welche sich seit Jahrhunderten derartigen Bestrebungen zuwendet und dahinter staatsgefährliche revolutionäre Dinge sucht. Ich erkenne darin jenes stereotype Antlitz, welches immer und immer ein aufmerksames Auge solchen Bestrebungen widmete, beobachtend, ob dahinter destructive Tendenzen stecken, und immer und immer hat dieser aufmerksame Streiter das gefunden, was er suchte, immer und immer fand er einen vorgeblichen Feind, weil ihm ein Zauberwort zur Verfügung

Digitized by Google

stand, ein Wort, mit dem er glaubte, die Weltgeschichte zum Stillstande zu bringen, freiheitlichen Bestrebungen entgegentreten zu können, ein Wort, das in dem Sprachschatze eines Privatmannes nicht vorkommt, viel weniger aber großen Ideen entgegengesetzt werden sollte: das Wort „unmöglich".

Nicht ein einziges Factum hat der Herr Staatsanwalt vorgebracht, welches gegen die beiden von mir vertretenen Angeklagten, welche wegen Hochverrathes vor den Schranken des Gerichtes stehen, geltend gemacht werden könnte. Ich sage nicht ein einziges Factum, sondern die einzige Waffe, welche er gegen die Angeklagten schwingt, ist der uralte Schluß, daß derartige Tendenzen und Ideen, wie sie die Angeklagten verfolgten, unmöglich anders, als auf gewaltsame Weise durchgeführt werden können.

Meine Herren! Soll ich gegen diese Argumentation, gegen diese Ansicht, die eine eminent politische ist, ankämpfen? Soll ich Sie, meine Herren, von der Richtigkeit oder Unrichtigkeit politischer Ideen überzeugen? Ich würde es nie wagen, diesen Kampf auszuführen, wenn mir nicht zur Seite stünde eine Macht, so groß und unfehlbar, daß Jeder, der sich ihr widersetzt, unterliegen muß, die Macht, welche sich nennt Erfahrung und Geschichte. Diese erhabene Lehrmeisterin für Fürsten und Völker zeigt, daß der Wille der Völker unwiderstehlich ist, daß keine Macht der Welt stark genug ist, sich diesem Willen auf die Dauer zu widersetzen und daß Ideen, sobald sie als richtig anerkannt sind, zum Durchbruche kommen; vielleicht oft erst nach Jahrhunderten, aber zum Durchbruche kommen plötzlich und unwiderstehlich. Meine Herren! Ich kann mich und muß mich in dieser Beziehung, da ich nicht allein diesen Kampf führen will, auf einen berühmten Mann berufen, der gewiß von Ihnen Allen als Koryphäe der Wissenschaft anerkannt wird, Henry Thomas Buckle, welcher in seinem berühmten Werke: „Geschichte der Civilisation in England" sich vernehmen läßt:

„Die Gesetzgeber eines Landes, mögen sie welchen Namen immer haben, sind im besten Falle Schöpfungen ihrer Zeit, nicht deren Schöpfer. Ihre Maßregeln sind Resultate des socialen Fortschritts, nicht dessen Ursache, keine große politische Verbesserung, keine große Reform, weder in der Gesetzgebung, noch in der Verwaltung, verdankte je in einem Lande ihre Schöpfung der Regierung. Die ersten

Digitized by Google

Anreger solcher Schritte waren immer kühne Denker, welche die Uebelstände kannten, nannten und die Maßregeln zur Abstellung angaben. Lange aber, nachdem dies geschehen, fahren selbst die erleuchtetsten Regenten fort, die Uebelstände aufrecht zu erhalten und die Gegenmittel zurückzuweisen. Endlich, nachdem die einmal angeregte Idee immer mehr und mehr Anhänger gewonnen, nachdem sie in das Fleisch und Blut des Volkes übergegangen unter günstigen Umständen, wird der Druck von außen so stark, daß die Regierung nachgibt, nachgeben muß, und ist die Reform durchgeführt, verlangt sie, das Volk möge die Weisheit seiner Leiter bewundern, die das Alles gethan."

Verfrühte Versuche in dieser Richtung sind immer gescheitert, das Volk läßt sich Reformen nicht aufdrängen. Derartige Reformen müssen aus dem Innern des Volkes selbst hervorgehen, sonst werden sie abgeschüttelt, wie dies die Geschichte zeigt.

Soll ich Ihnen, meine Herren, vorführen die großen Reformen Englands, soll ich Sie daran erinnern, in welcher Weise dieser Staat in seiner freiheitlichen Entwicklung ununterbrochen vorwärts geht, weil hier das Volk hinter diesen Bestrebungen steht, weil der Fortschritt nur durch das Volk hervorgebracht wird. Bedenken Sie die Bewegungen, welche die Reformbill, die Kornbill, die Befreiung der irischen Staatskirche und in der letzten Zeit die Gladstone'schen Gesetze hervorriefen. Glauben Sie, daß diese Gesetze der aufgeklärten Regierung allein zuzuschreiben sind?

Dieselben wurden hervorgebracht durch die Gewalt des Volkswillen, durch das Volk selbst. Gedenken Sie, meine Herren, der Idee der religiösen Duldung, sehen Sie hin auf die Verfolgungen der ersten Christen, blicken Sie hin auf die Unterjochung des Heidenthums im römischen Reiche, auf die Scheiterhaufen der Inquisition, auf die Vernichtungskriege von Protestanten, auf die durch Jahrhunderte fortgesetzten Verfolgungen, welche gegen die Juden gerichtet waren, und vergleichen Sie damit die heutige Lage der Gesetzgebung in dieser Beziehung, vergleichen Sie, wie sich die religiöse Duldung heute Bahn gebrochen hat. Nachdem man erkannt hat, daß die Verfolgung die Vergleichung der verschiedenen Meinungen, die unbedingt zur Ermittlung der Wahrheit erforderlich ist, unmöglich macht, nachdem man erkannt hat, daß Derjenige, von dem wir glauben, daß er sich im verdammenswerthesten Irrthume befinde, dieselbe Ansicht von uns hegt, nachdem sich diese

Digitized by Google

Idee im Volke Durchbruch verschafft hat, ist die religiöse Duldung allgemein geworden, und haben alle jene Irrthümer aufgehört; — und doch hätte man vor nicht gar langer Zeit geglaubt, daß sich diese Umwälzung im friedlichen Wege kaum werde bewerkstelligen lassen, daß Revolutionen dazu erforderlich sind. Und blicken Sie hin, auf wie ruhigem Wege sich die Staatsgrundgesetze in Oesterreich in dieser Beziehung vollzogen haben, und bedenken Sie, daß an diesem Platze ein Angeklagter Ihnen erklären konnte, er sei confessionslos, obwohl katholisch getauft. Soll ich sprechen von den Umwälzungen auf politischem Gebiete? Ich gestehe zu, daß auf diesem Gebiete Vieles im Wege der Revolution hervorgebracht wurde. Ich gestehe zu, daß es mir nicht in den Sinn kommt, von friedlichen Umwälzungen zu sprechen, weil man zu der Ansicht verleitet werden könnte, ich wolle daraus Schlüsse mit Rücksicht auf unser Vaterland ziehen. Ich muß mir derartige Bemerkungen versagen. Doch Eines muß erwähnt werden, und wurde bereits von den Angeklagten erwähnt, daß die Ungarn auf friedlichem Wege und ohne Umwälzung ihre Rechte erlangt haben. Kaum zwei Decennien sind verflossen, seit man glauben konnte, daß derartige Ideen durch Feuer, Schwert und Galgen auszurotten seien, welche heute auf friedlichem Wege ohne Revolution bei den Ungarn zum Durchbruche gekommen sind, welche ihr volles Staatsrecht auf diesem Wege wieder erhielten, und wir haben erlebt, daß die Gebeine eines derartig zu Pulver und Blei begnadigten Hochverräthers mit feierlichem Gepränge aus der heimlichen Gruft, in welche sie gelegt worden waren, abgeholt wurden, und unter Begleitung jener Männer, welche an der Spitze der Regierung stehen, in feierlichem Zuge beigesetzt worden sind.

Ich will diese Beispiele nicht vermehren. In Ihrer Erinnerung werden ohnehin zahllose Exempel solcher friedlicher Umwälzungen aufgestiegen sein. Ich brauche Sie nicht daran zu erinnern, es genügt, daß die Weltgeschichte solche Beispiele liefert, es genügt, darauf hingewiesen zu haben. Eines nur, meine Herren, muß ich allerdings gestehen, daß die Idee, um welche es sich handelt, welche im friedlichen Wege durch den allgemeinen Volkswillen zum Durchbruche kommen soll, eine richtige, eine freiheitliche, eine fortschrittliche, eine lebensfähige sein muß, eine Idee, welche geeignet ist, ein Volk zu begeistern, welche geeignet ist, Agitationen, und zwar derartige Agitationen hervorzu-

Digitized by Google

rufen, daß sie nachhaltig und daß sie so gestaltet sind, sie zum Durchbruche um jeden Preis zu bringen.

Untersuchen wir nun, meine Herren, welche Ideen sind es, deren meine beiden Clienten, die wegen Hochverrathes angeklagt sind, beizichtigt werden.

Ich bitte zu bedenken, bevor wir auf diese Besprechung eingehen, daß Berka und Schönfelder nur das Einzige zur Last fällt, und von der Staatsbehörde nichts Anderes ihnen zur Last gelegt worden ist, als der Umstand, daß sie Mitglieder der socialdemokratischen Partei seien, daß bei ihnen solche Mitgliederkarten gefunden worden, und ich will auf die Frage nicht weiter eingehen, daß Einer der Beiden auch solche Mitgliederkarten ausgegeben habe.

Es ist nicht erwiesen, ich will aber darüber nicht streiten, weil es für mich von meinem Standpunkte aus irrelevant ist. Mein verehrter Herr College hat auseinandergesetzt, wo diese Versammlung tagte, welche Männer dieselbe einberufen haben, und ich beziehe mich in dieser Richtung auf seine Bemerkungen, indem ich Sie bitte, sich dieselben in's Gedächtniß zurückzurufen. Eines will ich aber erwähnen, daß es merkwürdig ist, daß der Staatsanwalt von einer Versammlung, welche von einem Manne zunächst einberufen worden sein soll, der in Sachsen lebt, von Liebknecht, behauptet, daß sie hochverrätherische Tendenzen verfolgt haben soll. Ich berufe mich da nicht auf die Vergangenheit, auf die Stellung Liebknecht's, auf sein politisches Wirken, ich berufe mich auf ein Actenstück, das sich in den Acten befindet, welche Sie in Ihre Erinnerung zurückrufen wollen, nämlich auf die Aussage des jetzt in österreichischen Diensten stehenden Regierungsrathes Orges.

Dieser bezeichnet Liebknecht als einen Mann, der ganz concrete Zwecke verfolge, dem es zunächst um eine Agitation gegen Preußen zu thun war, um die Arbeiterpartei aus den Händen Schweitzer's zu entwinden, dem es darum zu thun war, ein großdeutsches Programm aufzustellen, und für dieses Programm die Arbeiterbewegung zu gewinnen, und dieser Mann soll sich mit revolutionären Tendenzen getragen haben! Dafür fehlt jeder Anhaltspunkt. Dagegen spricht ein in den Acten liegender Beleg, welchen ich mir zu erwähnen erlaubt habe. Bedenken Sie, die äußere Staffage dieses Congresses. Denken Sie an die Leute, welche ihn einberufen haben; — und ich frage Sie, ob es möglich ist, daß diese revolutionäre Tendenzen verfolgt haben können? Ich bitte, sich noch Eines in's Gedächtniß zurückzurufen. Die

Digitized by Google

beiden Clienten, die ich vertrete, waren bei dem Eisenacher Congresse nicht zugegen, hatten mit den Verhandlungen desselben nichts zu thun; es ist nicht erwiesen, daß sie die stenographischen Protokolle über diese Punkte kannten, für Alles, was auf dem Eisenacher Congresse gesprochen wurde, sind meine Clienten nicht verantwortlich. Ich bin weit entfernt davon, anzunehmen, daß jene Angeklagten, welche daselbst anwesend waren, in irgend einer Richtung sich strafbarer Handlungen schuldig gemacht haben. Allein dieß wurde von meinem geehrten Herrn Collegen bereits untersucht und bewiesen, und ich habe nur mit meinen beiden Clienten zu thun. Es fällt ihnen nur zur Last, daß sie sich einer Partei angeschlossen haben, welche dieses Programm zur Grundlage wählte. Betrachten wir nun dieses Programm. Ich will auch in dieser Beziehung sehr kurz sein, denn mein Herr College hat dieses Programm deutlich entwickelt. Ich erlaube mir nur die Bemerkung, ich erkläre von meinem Standpunkte aus, daß ich dieses Programm für kein Hirngespinnst halte, daß ich annehme, daß dieses Programm große bedeutende politische und freiheitliche Tendenzen verfolge, Tendenzen, denen sich Jedermann anschließen kann, ohne daß er in den Verdacht, ein Revolutionär oder Hochverräther zu sein, zu kommen braucht. Ich will nur darauf hinweisen, daß die Erklärung des Wortes „Volksstaat" nicht entnommen zu werden braucht aus anderen Werken und anderen Gesprächen und Erläuterungen, sondern nur aus dem Eisenacher Congresse selbst, und zwar aus jenen Beschlüssen, welche damals gefaßt wurden.

Man braucht nur den verkehrten Weg zu gehen, man braucht nicht an die Spitze des Programmes zu stellen die Erstrebung des freien Volksstaates, sondern man muß nur sehen, was nach dem Eisenacher Programme unter freiem Volksstaat verstanden wird, und das ergibt sich aus den Bestimmungen dieses Programmes selbst. — Und was verlangt das Eisenacher Programm? Es verlangt Einführung des directen Wahlrechtes. Verlangt dieß nicht heutzutage jeder freidenkende Mann? Kann irgend Jemand an einem solchen Verlangen Anstoß nehmen? Nein! Daran nimmt heutzutage Niemand Anstoß. Man nimmt Anstoß daran, daß damit in Verbindung gebracht ist die Gesetzgebung durch das Volk.

Nun, meine Herren, ich bitte zu bedenken, welche Erfahrungen die Angeklagten, sowie Jeder von uns mit dem directen Wahlrechte bereits gemacht haben. Ich bitte zu bedenken, welcher Mißbrauch mit

Digitized by Google

dem directen Wahlrechte in jenen beiden großen Staaten gemacht wurde, in welchen es eingeführt ist. Ist es zu verwundern, daß die Partei, welche hier vor die Schranken des Gerichtes gebracht wurde, sich mit der Einführung des directen Wahlrechtes nicht begnügt? Was nützt der Partei das directe Wahlrecht, wenn es in den Händen von Leuten ruht, wenn die Durchführung desselben einer Macht anvertraut ist, welche es ausschließlich zu ihren Zwecken mißbraucht.

Mit der Forderung des directen Wahlrechtes muß consequent die Forderung der Gesetzgebung durch das Volk bei jener Classe verbunden sein, welche eben auf das directe Wahlrecht einen wahren Werth legt, welche will, daß das directe Wahlrecht zur Wahrheit und nicht zum Schatten werde, daß es nicht Zwecken dient, denen es nicht dienen soll. Und diese Gesetzgebung durch das Volk, ist sie ein revolutionäres Verlangen? Ist es denn nothwendig, daß nur bei Republiken die Gesetzgebung durch das Volk ausgeübt werde?

Der Herr Staatsanwalt hat in dieser Beziehung allerdings mit Rücksicht auf die auf anderen Congressen gefaßten Beschlüsse hervorgehoben, daß es sich darum handle, daß auch die Executive in die Hand des Volkes gelegt werde. Davon war aber auf dem Eisenacher Congresse niemals die Rede. Es handelte sich um das Gesetzgebungsrecht durch das Volk, und nicht um die Ausführung der Gesetze. Und ist es denn nicht denkbar, daß das Volk, anstatt daß es direct Abgeordnete wählt, welche die Gesetze decretiren, diese Gesetze selbst gibt, daß es in freier Versammlung sich an die Stelle der Abgeordneten setzt, und in dieser Beziehung jene Mißbräuche unmöglich gemacht werden, nach Ansicht dieser Partei, welche durch das directe Wahlrecht möglich sind?

Ich sehe also selbst in diesem Punkte ein Moment, welches nur im Wege der Gewalt durchgeführt werden könnte, nicht. Dann wird verlangt die Errichtung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Gerade auf diesen Punkt hat der Herr Staatsanwalt ebenfalls ein bedeutendes Gewicht gelegt.

Ich müßte beinahe fürchten, vom Zorne übermannt zu werden, wenn ich heute unter dem Drucke jener Verhältnisse, unter welchen wir in diesem Momente leben, über diesen Punkt sprechen wollte.

Heute, wo wir an der Schwelle eines Krieges stehen, welcher rein dynastischen Interessen dienen soll, und der nur möglich wird

Digitized by Google

dadurch, daß sich in den Händen der Regierungen stehende Heere befinden, welche als blinde Werkzeuge der Laune benützt werden können, ist es zu verwundern, wenn derartige Vorkommnisse jener Partei, welche vor den Schranken des Gerichtes steht, auf den Gedanken führen, daß es Zeit sei, solche Vorkommnisse unmöglich zu machen, daß es Zeit sei, dem Volke die Entscheidung zu überlassen über Krieg und Frieden, daß durch die Volkswehr auch in dieser Richtung dem Volke ein Einfluß gegeben werde? Sehen Sie darin hochverrätherische Pläne? Betrachten Sie das als etwas, was unmöglich im Wege friedlicher Agitationen durchgeführt werden kann?

Damit ist das Programm der socialdemokratischen Partei, wie es in Eisenach festgestellt wurde, erschöpft, und die Durchführung dieses Programmes ist eben der freie Volksstaat.

In jenen Staaten, in denen dieses Programm durchgeführt ist, wird auch der freie Volksstaat zur Entwicklung gekommen sein.

So ist dieser Begriff zu verstehen, und wir haben kein Recht, diesen Worten eine andere Bedeutung beizulegen, als jene, welche die ihm gaben, die das Programm zusammenstellten.

Gehen wir weiter; sehen wir ab von der politischen Seite, welche von meinem Herrn Collegen umständlich erörtert wurde, und wenden wir uns zur socialen Frage, welche nach dem Eisenacher Congresse in's Leben gerufen worden ist.

Wenden wir uns zu den socialen Bestrebungen, welche damals in's Werk gesetzt werden sollten.

Sehen Sie in diesen socialen Bestrebungen solche, welche den Bestand des Staates gefährden? Sehen Sie in den zur Sprache gebrachten Ideen solche, welche unvernünftig und der Verfolgung werth sind? Niemals. War von solchen Ideen die Rede? Nein. Das Eisenacher Programm spitzte sich in socialer Beziehung in der Behauptung zu, die socialdemokratische Partei erstrebt die Abschaffung der jetzigen Productionsweise durch Einführung der genossenschaftlichen Arbeit. Sehen Sie darin, meine Herren, etwas Destructives? Sehen Sie darin eine destructive Idee? Ich glaube nicht.

Ich glaube, wie mein Herr College gezeigt hat, daß alle Gelehrten aller Staaten, aller Zeiten diese Ideen zu den ihrigen gemacht haben, und daß es keinen bedeutenden Nationalöconomen gibt, der sich

Digitized by Google

nicht dieser Idee angeschlossen hätte. Ich könnte Ihnen zahllose Belege für diese Ansicht anführen. Ich könnte Sie insbesondere verweisen auf das ausgezeichnete Werk des berühmten englischen Nationalöconomen John Stuart Mill, welcher ausdrücklich erklärt, daß diese Einrichtung, diese Organisation der socialen Frage die einzig richtige, die einzige ist, welche eine Zukunft vor sich hat, und wir sehen ja auch, daß sie eine Zukunft hat.

Wir sehen auch, wie überall und in allen Ländern diese Ideen bereits in das practische Leben eingeführt werden, wie sie in Frankreich, England, der Schweiz Wurzel geschlagen und nicht im geringsten nachtheilige Folgen gehabt haben.

Ich muß hier erwähnen, daß ich weit entfernt bin, diese Ideen als reine Theorien aufzustellen. Der Herr Staatsanwalt ist vollkommen im Rechte, wenn er bemerkt hat, daß zur Durchsetzung von Theorien eine Partei nicht geschaffen wird. Ich gestehe dieß zu. Die Partei wurde nicht geschaffen für die Theorie, sondern zur friedlichen Durchführung dieser Theorien im Wege der Agitation, und es ist nicht ein Moment vorgekommen und der Herr Staatsanwalt hat nicht mit einem Worte erwähnt, daß dem Eisenacher Congresse eine andere Unterlage zu Grunde lag, nicht ein Moment erwähnt, welches darauf schließen ließe, daß es sich um Gewalt handelte.

Ich bin in dieser Beziehung zu Ende. Ich verweise Sie darauf, daß meine beiden Clienten, welche wegen Hochverrathes hier stehen, nichts gethan haben, als daß sie Karten besaßen und Mitglieder der socialdemokratischen Partei waren und sich zu diesem Programme bekannten. Viele Worte darüber zu verlieren, wäre überflüssig. Es ist klar und ich wüßte nicht, wogegen ich streiten sollte, daß hier eine gewaltsame Umwälzung des Staates, daß hier Hochverrath nicht vorliegt. Glauben Sie, meine Herren, daß diese Ideen im friedlichen Wege nicht durchgesetzt werden können, daß sie eine Zukunft nicht haben, dann lassen Sie die Leute darüber debattiren, lassen Sie die Wissenschaft und die Forschung darüber absprechen.

Sind die Ideen nicht lebensfähig, werden sie in's practische Leben nicht eintreten. Sollten sie sich als schlecht erweisen, so werden sie von selbst verschwinden.

Der Herr Staatsanwalt ist in dieser Richtung noch weiter gegangen. Er hätte unmöglich die Anklage wegen Hochverrathes gegen meine Clienten erheben können, wenn er nicht sämmtliche Angeklagte

Digitized by Google

in seiner großen Ausführung, welche er heute lieferte, in einen Topf geworfen, wenn er sie nicht in Verbindung gebracht hätte mit anderen politischen Ideen und Bestrebungen, auf welche ich nicht eingehen will, weil er zum Schlusse seiner Ausführungen ausdrücklich hervorgehoben hat, daß Berka und Schönfelder nur wegen des Besitzes der Karten angeklagt werden. Gerade der Umstand, daß der Herr Staatsanwalt nothwendig gefunden hat, Dinge in die Verhandlung zu ziehen, welche keinem der Angeklagten zur Last fallen, daß er sich bezogen hat auf den Baseler Congreß, auf die Proclamation an die landwirthschaftliche Bevölkerung, welche von keinem der Angeklagten ausgegangen ist, daß er hingewiesen hat auf die Agitations- und Verleitungsversuche im Militär, welche keinem der Angeklagten zur Last fallen, beweist, daß es sich nicht um die Verfolgung von Personen, sondern um die Verfolgung eines Principes handelt. Hätte er Personen verfolgen wollen, dann hätte er Umstände angeben müssen, welche denselben zur Last fallen und hätte nicht Momente hineinziehen dürfen, welche mit den Angeklagten nichts zu thun haben. Ich erkläre, daß ein derartiges Hereinziehen unzulässig ist. Es geht nicht an, einzelne Mitglieder der Partei für Alles verantwortlich zu machen, was andere Mitglieder verschuldet haben, wenigstens nach der Anschauung des Herrn Staatsanwaltes verschuldet haben. Welcher Soldat würde sich solidarisch erklären mit all den Thaten, welche ein grausamer Feldherr begangen hat? Welcher katholische Priester wird einstehen für die fabriksmäßigen Verfluchungen, welche von Rom ausgehen, wird sich damit solidarisch erklären, daß solche wahnsinnige Ideen berathen und beschlossen werden. Und diese Partei, welche unter der Geistlichkeit und dem Militär existirt, hat eine Disciplin, welche sie verpflichtet, blinden Gehorsam zu leisten, ohne Untersuchung und Prüfung. Eine solche Disciplin hat der Herr Staatsanwalt dem Arbeiterstande nicht nachgewiesen.

Ich trenne mich von dieser Frage, mein Herr College hat sie erschöpfend behandelt. Meinen Clienten fällt nichts zur Last, als was ich erwähnt habe. Ich habe meine Clienten wegen nichts Anderem zu vertheidigen.

Ich wende mich zu der zweiten Frage, zu dem Verbrechen der öffentlichen Gewaltthätigkeit in seiner vollsten Reinheit, wie es der Herr Staatsanwalt heute entwickelt hat, dem Verbrechen nach §. 76

Digitized by Google

St. G. B. Der Herr Staatsanwalt unterscheidet, und ich bitte mir hier vollste Aufmerksamkeit zu schenken, drei verschiedene Gattungen von Verbrechern, welche sich auf der Anklagebank befinden.

1. Hochverräther im reinsten Sinne des Wortes, welche nichts Anderes begangen haben, als Hochverrath. 2. Oeffentliche Gewaltthäter, welche nichts Anderes begangen haben, als das Verbrechen nach §. 76. 3. Angeklagte, welche das Verbrechen des Hochverrathes und der öffentlichen Gewaltthätigkeit begangen haben.

Das sieht nun logisch aus, es ist es aber nicht. Betrachten Sie nämlich, wie der Herr Staatsanwalt zu dieser Logik kommt.

Die Grenze zwischen den beiden Verbrechen bildet die Volksversammlung. Was jenseits dieser Grenze ist, was bis zur Volksversammlung am 13. December reicht, ist Hochverrath.

Was aber auf die Petition irgend einen Bezug hat, die Unterschreiber dieser Petition, die Verfasser, die Ueberreicher derselben, diese haben das Verbrechen der öffentlichen Gewaltthätigkeit begangen. Wenn nun der Herr Staatsanwalt annimmt, daß die Versammlung, welche hier am 13. December stattgefunden hat, von so langer Hand vorbereitet war, wie er heute auseinandergesetzt hat; wenn er annimmt, daß die Einleitungen dazu nicht nur in Wien, sondern auch an anderen Orten getroffen wurden, so muß er logisch annehmen, daß Alles, was auf der Volksversammlung geschah, schon früher beschlossen und vorbereitet war.

Dann darf er nicht annehmen, daß sich die Angeklagten, welche diese Volksversammlung eingeleitet haben, auf das Glück verließen, daß sie sich verließen auf Schäftner und sein Tintenfaß, das er in der Tasche trug, daß es auch diesmal bei der Hand sein werde und daß die Petition aus dem Stegreife niedergeschrieben werde.

Deshalb frage ich, warum hört der Hochverrath bei der Petition auf? Ist es anzunehmen, daß Hochverräther eine Versammlung auf gut Glück zusammenkommen ließen, ohne bestimmte Ziele und Zwecke?

Wieso begründet diese Petition ein anderes Verbrechen, wenn nicht angenommen wird, daß diese Versammlung zu einem bestimmten Zwecke eingeleitet war?

Die Versammlung soll der Beginn gewaltthätiger Handlungen sein, welche dahin abzielen, die Staatsform umzustürzen; und die

Digitized by Google

Petition, welche der Zweck dieser Versammlung war, ist wieder etwas Anderes, ist wieder ein anderes Verbrechen.

Wenn die Angeklagten nicht die Petition verfaßt hätten, wenn sie am 13. December zu einem gewaltthätigen Umsturz der Regierungsform geschritten wären, wären sie nur Hochverräther; weil sie aber friedlich die Petition berathen haben, weil sie friedlich diese Petition dem Minister übergeben haben und dann wieder ruhig auseinander gingen, haben sie ein neues Verbrechen begangen.

Der Herr Staatsanwalt ruft den Angeklagten zu: Hättet Ihr Gewalt geübt, hättet Ihr darauf hingewirkt, die Regierungsform gewaltsam umzustürzen, dann hättet Ihr ein Verbrechen begangen. So habt Ihr Euch ruhig verhalten und deshalb habt Ihr ein doppeltes Verbrechen begangen. Darum tritt ein Erschwerungsumstand für Eure Strafbarkeit als Hochverräther ein.

Meine Herren! Soll ich diese Ansicht widerlegen? Diese Ansicht ist nicht logisch, sie ist unhaltbar.

Doch gehen wir weiter. Nach §. 76 St. G. B. begeht dieses Verbrechen: „Wer auf die Beschlüsse einer von der Regierung zur Verhandlung öffentlicher Angelegenheiten berufenen Versammlung, eines Gerichtes oder einer anderen öffentlichen Behörde durch gefährliche Drohung einzuwirken sucht."

Der Herr Staatsanwalt nun incriminirt die Versammlung als solche, nicht als das Verbrechen nach §. 76, er sagt nicht, daß die Versammlung eine gefährliche Bedrohung war; und wie sollte er das auch? Er kann das nicht behaupten. Wie sollte eine Versammlung von vielen Menschen, welche sich ruhig verhält und ruhig auseinandergeht, eine gefährliche Bedrohung sein? Dieß war nicht die gefährliche Bedrohung. Die gefährliche Bedrohung lag in dem Schlußsatze der Petition, in der Eröffnung der Möglichkeit, daß sich solche Versammlungen wiederholen könnten. Die Versammlung selbst ist keine strafbare Handlung. Wenn aber die Möglichkeit eröffnet wird, daß eine solche Versammlung oder noch mehrere Menschen zusammenkommen, so ist das ein Verbrechen. Glaubt der Herr Staatsanwalt, daß die 30.000 Menschen, welche hier beisammen gewesen sein sollen, noch nicht genügend sind zu diesem Verbrechen, daß noch mehrere zusammenkommen müssen? Wo hat er den gesetzlichen Anhaltspunkt für diese Behauptung?

Digitized by Google

Ich bin fest überzeugt, ich könnte auch in dieser Richtung schließen; denn es ist ganz klar, daß, wenn dasjenige, was wirklich bereits ausgeführt ist, nicht ein Verbrechen ist, auch die Drohung oder die Vorhersagung, daß sich dasselbe wiederholt, ebenfalls ein Verbrechen nicht ist und man muß wirklich fürchten, klardenkende Männer zu beleidigen, wenn man in dieser Auseinandersetzung fortfährt.

Doch die Anklage, welche in dieser Beziehung erhoben wird, ist zu groß, als daß die Vertheidigung sich nicht verpflichtet finden würde, in jeder Beziehung auf dieselbe einzugehen und sie zu widerlegen.

Nach §. 76 ist es nicht genug, wenn gedroht worden ist, sondern die Bedrohung muß auch eine gefährliche gewesen sein. Was ist eine „gefährliche Bedrohung"? denn dieses Wort gebraucht das Gesetz. Ich bin in der Lage, mich in dieser Beziehung auf zwei Entscheidungen des hohen Obersten Gerichtshofes berufen zu können, welche eine bestimmte Definition des Begriffes „gefährliche Bedrohung" geben. Diese zwei Entscheidungen datiren vom 28. August 1851 und vom 5. August 1852. Diese Entscheidungen sprechen sich dahin aus: „Gefährlich ist die Bedrohung dann, wenn sie ein das Leben oder die Gesundheit bedrohendes Uebel enthält und wenn die sie begleitenden Umstände von der Art sind, daß aller Wahrscheinlichkeit nach der allsogleiche Vollzug zu besorgen steht."

Ich weiß sehr gut, was der Herr Staatsanwalt mir dagegen einwenden kann. Diese beiden Entscheidungen datiren aus einer Zeit, wo das Strafgesetz noch nicht bestanden hat, wo die §§. 98 und 99 in das Strafgesetz noch nicht aufgenommen waren, wo also, wie man von der anderen Seite behaupten könnte, die gesetzliche Definition der gefährlichen Drohung noch nicht in das Gesetz aufgenommen war.

Allein diese Behauptung ist keine richtige; denn schon durch die Allerhöchste Entschließung vom 19. Juni 1835 sind jene Begriffe, welche jetzt im Strafgesetze enthalten sind, ausgeführt worden, und diese beiden Entscheidungen sind nach der Allerhöchsten Entschließung erflossen, beziehen sich also auf die gesetzliche Begriffsbestimmung der gefährlichen Drohung. Es beweist noch ein anderer Umstand, daß diese Entscheidung hieher zu beziehen und daß die beiden §§. 98 und 99 nicht auf §. 76 Bezug haben, nämlich, daß im §. 76 §. 98 nicht bezogen ist, während im Strafgesetze dort, wo das Gesetz sich

Digitized by Google

auf eine andere Gesetzesstelle zur Erläuterung bezieht, diese Beziehung verfolgt ist. Wenn Sie die beiden Begriffe prüfen, wenn Sie prüfen, was gefährliche Drohung im §. 76 ist und was unter dem specifischen Verbrechen der gefährlichen Drohung im §. 99 verstanden wird, werden Sie von selbst finden, daß die Herbeiziehung des §. 99 in den §. 76 nicht zulässig ist.

Betrachten wir nun nach dieser Richtung die Petition und deren Wortlaut.

Dieser Wortlaut läßt sich in Folgendem zusammenfassen: „Sollten die erwähnten Forderungen in dieser Reichsrathssession nicht berücksichtigt werden, dürfte es möglich sein, daß dann die Bevölkerung wiederholt und in größeren Massen erscheint, um seinen Willen kund zu geben." Ist es so gefährlich, wenn man ankündigt, daß sich das Volk versammeln wird? Ist es so gefährlich, wenn man sagt: Das Volk wird sich versammeln, um seine Wünsche kund zu thun? Ist denn bei diesen Worten ein bestimmtes Uebel angedroht? Ist darin ein solches Uebel angedroht, auch wenn man die §§. 98 und 99 hieher beziehen wollte, welches mit einer Beschränkung, Gefährdung des Lebens, der Gesundheit, der Freiheit, der Ehre bedroht? Ich sehe davon nichts.

Der Herr Staatsanwalt hat gesagt, es ist eine Bedrohung, und soviel ich mich erinnere, ist auch im Anklagebeschlusse von einer Bedrohung die Rede; aber von einer gefährlichen Bedrohung ist niemals die Rede, und ich kann mir das sehr gut erklären; denn dann hätte der Herr Staatsanwalt behaupten müssen, daß die Regierung so schwach sei, daß sie sich vor der Erscheinung des Volkes fürchtet, daß die Regierung durch die Kundgebung des Willens des Volkes in Schrecken versetzt worden wäre, und das wäre eine Beleidigung für die Regierung gewesen, eine Beleidigung jener Männer, welche sich so gerne „Volksministerium" nennen hörten!

Meine Herren! Ich gehe noch weiter. Die gefährliche Bedrohung muß geeignet sein, mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des angedrohten Uebels gegründete Besorgnisse einzuflößen, und es müssen auch wirklich gegründete Besorgnisse eingeflößt worden sein.

Ich habe immer geglaubt, daß, wenn ein solcher Beweis geführt werden soll, zunächst Jener vernommen werden muß, der bedroht wurde, da ja dieser am besten in der Lage ist, darüber eine Entscheidung zu fällen, ob ihm gegründete Besorgnisse eingejagt wurden,

Digitized by Google

und ob die Bedrohung geeignet war, ihn in Furcht und Schrecken zu versetzen. Der Herr Staatsanwalt *hat aber in dieser Richtung nichts angeführt*. Es wurde gerade jene Persönlichkeit, gegen welche eine gefährliche Bedrohung ausgeübt worden sein soll, nicht vernommen, und wir haben in dieser Richtung Aussprüche und Mittheilungen von derselben nur in einem anderen Sinne erhalten, welche die Vertheidigung sich erlauben wird anzuführen. Ich constatire vorläufig nur, daß nicht eine einzige Aeußerung, welche im ganzen Processe zur Sprache gekommen ist, darauf hingedeutet hat, daß eine derartige Furcht eingeflößt wurde, und daß sie wirklich bestanden habe. Zeigt nicht der ganze Hergang, daß eine solche Furcht nicht bestand? Hat nicht der Ministerpräsident, an den sich die Deputation wendete, dieselbe empfangen? Hat er nicht früher ganz gut gewußt, um was es sich handelt? Und hätte er dieselbe empfangen, wenn in der Petition und in dem Erscheinen dieser Deputation ein Verbrechen gelegen gewesen wäre? Hat der Herr Minister, nachdem er die Petition durchgelesen hatte, irgend ein Wort des Tadels gegen den Inhalt derselben gehabt? Nein!

Er bemerkte zwar, daß die Versammlung, welche stattfand, gesetzwidrig war, er hat aber nicht gesagt, daß der Inhalt der Petition ein Verbrechen gewesen wäre; im Gegentheile hat er erklärt, daß er diese Petition dem Gesammtministerium zur Berathung und Beschlußfassung vorlegen werde; und es scheint, daß auch wirklich diese Vorlage erfolgt ist, denn die Folge hat gelehrt und jene Emanationen, welche später von der Regierung ausgingen, haben gezeigt, daß diese Petition berathen wurde und daß sie Erfolg hatte.

Eine andere Partei, meine hochverehrten Herren, gab sich den Anschein, als ob sie Furcht hätte; eine andere Partei, gegen welche die Demonstration nicht gerichtet war, hat den Minister interpellirt und sich in dieser Interpellation des Wortes „*bedroht*" bedient und merkwürdiger Weise war dieß eine Partei, welche sonst nicht ängstlich über das Wohl und Wehe des Ministeriums gewacht hat und der es nicht darum zu thun war, daß dieses Ministerium nicht in Verlegenheit geräth, eine Partei und Fraction des Herrenhauses, welche mit dem Volke allerdings nicht gerne in nähere Berührung kommt, und der diese Demonstration und Interpellation vielleicht zu ganz anderen Zwecken diente. Diese Partei rief auch dießmal nach der Polizei; das ist nichts Neues, und trotzdem sie dieß that, erschien die

Digitized by Google

Polizei nicht. Es erschien der Herr Staatsanwalt und auch der erschien nicht gleich; er erschien nicht, nachdem unter seinen Augen, kann man fast sagen, sich die ganze Scene abgespielt hat; nachdem noch am selben Abend der ganze Vorgang durch die Zeitungen bekannt geworden, ist der Herr Staatsanwalt noch nicht dagegen eingeschritten, sondern später, und ich überlasse es dem hohen Gerichtshofe, die Ursachen zu ermitteln, warum der Herr Staatsanwalt erst später eingeschritten ist.

Noch einen drastischen Beweis aber kann ich führen, welcher ganz bestimmt darauf hindeutet, daß die Regierung in eine gegründete Furcht nicht versetzt worden ist, daß ein solcher Schrecken bei der Regierung nicht bestand, daß die Regierung die Petition nicht als eine gefährliche Drohung angesehen hat, und dieser Beweis liegt in jener Rede des Justizministers Dr. Herbst, deren Verlesung ich mir zu beantragen erlaubt habe und welche den Acten beigelegt wurde. Der damalige Herr Justizminister erklärt ausdrücklich in dieser Rede, daß er keiner Pression weiche, daß eine Pression auf die Regierung nicht ausgeübt wurde, daß nur den berechtigten Wünschen der Arbeiter durch die Vorlage dieses Gesetzes über das Coalitionsrecht Rechnung getragen werde, daß ohnehin schon viel zu lange diese gerechten Wünsche unberücksichtigt geblieben sind, und daß es endlich an der Zeit, diesen gerechten Wünschen Rechnung zu tragen. Und, meine hochverehrten Herren, wenn Sie bedenken, was der Herr Minister selbst auch bei diesem doch gewiß genug zugestutzten Gesetze über das Coalitionsrecht anwenden mußte, um es selbst im Abgeordnetenhause durchzubringen, welch' gewichtige Gegner sich demselben entgegengestellt haben und eine wie lange und eindringliche Rede der Justizminister halten mußte, um die Abstimmung zu seinen Gunsten durchzuführen, — dann werden Sie es begreifen, daß dem Herrn Justizminister vielleicht gerade die Pression, wenn eine solche wirklich ausgeübt worden sein soll, nicht unerwünscht kam und daß derartige Pressionen der Regierung nicht ungelegen kommen, weil die Regierung oft selbst Grund hat, einen Druck auf jene Partei auszuüben, welche nicht einmal so fortschrittlich und freiheitlich gesinnt ist, wie die Regierung selbst.

Meine hochverehrten Herren! Zu einem jeden Verbrechen ist aber nach der ausdrücklichen Bestimmung des Strafgesetzes die böse Absicht erforderlich. Hat nun der Herr Staatsanwalt diese böse Absicht erwiesen? Ich bitte, meine Herren, zu berücksichtigen, daß diese Be-

Digitized by Google

stimmung an der Spitze des Strafgesetzes steht, daß sie den ersten Grundsatz desselben beinhaltet und daß man über dieselbe mit einer Phrase nicht weggehen kann.

Der Herr Staatsanwalt hätte beweisen müssen, daß die Absicht Derjenigen, welche die Petition verfaßt und gefertigt haben, dahin ging, eine gefährliche Bedrohung gegenüber der Regierung auszuüben, und wenn wir die Angeklagten ansehen und gerade Diejenigen betrachten, welche die Petition unterfertigt haben, und welche heute wegen des Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit angeklagt sind, so werden wir zugestehen, daß dieser Beweis sehr stricte hätte geführt werden müssen, damit Sie glauben, daß wirklich eine gefährliche Bedrohung in der Absicht der Angeklagten gelegen war.

Der Herr Staatsanwalt hat in dieser Beziehung nichts erwiesen. Ich bitte, meine Herren, um nur Einiges hervorzuheben, sich zu erinnern, daß beispielsweise Herr Baudisch des Morgens, als er ausging, um Nähseide zu kaufen, erst aufmerksam wurde, daß eine derartige Versammlung stattfindet, daß er daraufhin sich dahin begab, ohne, wie erwiesen ist, vorher darüber einen Entschluß gefaßt zu haben. So ging, um ein weiteres Beispiel anzuführen, Herr Dorsch ruhig an die Arbeit und wurde nur durch das Vorüberziehen der Arbeiter, welche sich auf den Platz verfügten, aufmerksam gemacht, daß eine solche Versammlung stattfindet, worauf er sich den Arbeitern anschloß, ohne vorher einen Entschluß in dieser Richtung gefaßt zu haben.

Erinnern Sie sich auch daran, daß Eichinger erst dann den Entschluß faßte, sich auf den Platz zu verfügen, als er gehört hatte, daß die Fabrik, in welcher er arbeitete, gesperrt sei. Erinnern Sie sich aber auch, meine Herren, daß die meisten der Angeklagten erklären, daß sie den Schlußsatz der Petition eigentlich gar nicht gebilligt haben, daß sie aber nicht weiter darüber nachdachten und die Petition unterschrieben haben, um nicht die Sache selbst, welche sie übrigens für ganz ungefährlich hielten, unmöglich zu machen. Und diesen Männern soll die böse Absicht, daß sie eine gefährliche Drohung gegenüber der Regierung beabsichtigten, unterlegt werden? Ich glaube, daß, wenn Sie auch die Worte der Petition auf die Goldwage legen, Sie daraus doch niemals die böse Absicht deduciren werden.

Die Deutung, welche die Angeklagten diesem Schlußsatze der Petition geben, erscheint mir und jedem Unbefangenen viel plausibler.

Digitized by Google

Nehmen Sie aber auch an, sie wollten eine Pression üben, um wie ich glaube, und wie der Justizminister auch anerkannt hat, ganz berechtigte Wünsche durchzusetzen. Ist das ein Verbrechen? Ist die Ausübung einer Pression auf das Ministerium eine strafbare Handlung nach unserem Strafgesetze? Sie werden, meine hochverehrten Herren, wohl den Unterschied erwägen zwischen einer Pression und einer gefährlichen Drohung, zwischen einer Demonstration und dem Verbrechen der öffentlichen Gewaltthätigkeit. Warum soll da die schärfere Ansicht des Herrn Staatsanwaltes in das Gewicht fallen, warum nicht die mildere Ansicht, mit welcher die Angeklagten ihr Vorgehen in vollkommen plausibler Weise zu rechtfertigen suchen? Wohin kämen wir, wenn ein jedes solches Vorgehen unerlaubt wäre. Denken Sie doch, meine Herren, in dieser Beziehung auch an England. Da gehen beinahe jeder Reform derartige Demonstrationen vorher. Noch nie haben sich die Minister darüber beklagt; wenn es zu Gewaltthätigkeiten kommt, dann schreitet allerdings die Polizei ein, aber so lange dieß nicht der Fall ist, so lange es sich nur darum handelt, der Regierung Unterstützung zu verleihen und auf die Regierung selbst eine Pression auszuüben, so lange haben alle Staatsmänner Englands sich derartige Meetings gefallen lassen und sie zur Unterstützung ihrer Bestrebungen gegen widerspänstige Majoritäten benützt.

Derartige Demonstrationen haben den Ministern mehr genützt, als alle Gründe der Vernunft und alle Reden, und wenn man in England solche Demonstrationen zu Verbrechen stempeln wollte, dann säße vielleicht halb Großbritannien im Kerker. Wie würde sich die Regierung dort schämen, wenn man sagen wollte, daß sie durch eine solche Demonstration gezwungen werde, Gesetzesvorlagen vor das Haus zu bringen? Keinem der dortigen Minister ist dieß eingefallen und ich erinnere an die großen gewaltigen Agitationen anläßlich der Korn-Bill, wo, wie die Geschichte sagt, gegen eine Million Menschen zusammenkam, um die Minister zu unterstützen; ich erinnere ferner an die große Zusammenkunft in letzter Zeit, um den Minister Gladstone im freiheitlichen Sinne zu unterstützen.

Meine hochverehrten Herren, ich eile zum Schlusse. Ich habe noch eine Frage zu stellen. Wenn der Herr Staatsanwalt ein so großes Gewicht darauf legt, daß Minister Dr. Giskra eine gewisse Partei für staatsgefährlich erklärt, wenn er in dem Falle, als ihm ministerielle Verordnungen für die Anklage passen, davon Gebrauch

Digitized by Google

macht und den ministeriellen Worten eine solche Bedeutung beilegt, wie es in diesem Processe geschehen ist, warum bezieht er nicht die ministeriellen Worte und legt auf dieselben kein Gewicht, wenn es sich darum handelt, zu Gunsten der Angeklagten dieselben geltend zu machen; warum bezieht der Herr Staatsanwalt nicht die Worte, welche der Herr Ministerpräsident gesprochen hat, welche der Minister der Justiz im Abgeordnetenhause gesprochen hat und die ich Ihnen soeben vorzuführen mir erlaubt habe.

Meine Herren! Man könnte in der Handlungsweise der Angeklagten, nachdem von dem Verbrechen der gefährlichen Drohung nicht die Rede sein kann, die Uebertretung jenes Gesetzes über das Versammlungsrecht sehen, welches in letzter Zeit und gerade von den Angeklagten angefeindet wurde und welches auch Anlaß zu dieser Demonstration gegeben hat. Allein auch diese Uebertretung ist nicht vorhanden; denn nach dem erwähnten Gesetze sind derartige Zusammenkünfte allerdings nicht gestattet und die Polizeibehörde ist berechtigt, sie aufzulösen; aber erst dann, wenn man diesem Befehle nicht Folge geleistet hat, kann von der Verletzung dieses Gesetzes die Rede sein.

Meine Herren vom Gerichte, ich bin zu Ende. Die Differenz, welche zwischen mir und dem Herrn Staatsanwalt besteht, ist keine Differenz über Schuld und Unschuld, sie ist eine Differenz, welche sich darauf bezieht, daß ich behaupte, daß Sie, meine Herren, über diese ganze Frage gar nicht richten können, daß Sie diese Frage, welche Ihrer Beurtheilung unterzogen wird, gar nicht zu entscheiden haben. Die Entscheidung dieser Frage gehört der Zukunft an.

Ueber die Ideen, welche hier vor die Gerichtsschranken gezerrt worden sind, wird die Zukunft richten.

Eine einzige Bitte habe ich an Sie, meine hochverehrten Herren. Erinnern Sie sich, wenn Sie die Frage, die Ihnen vorgelegt wird, prüfen, an die Verfolgung wegen Hochverrathes, die Sie selbst miterlebt haben, an jene Männer, welche im Laufe des letzten halben Jahrhundertes im eigenen Vaterlande verurtheilt wurden und welche heute allgemein als Opfer der Freiheit bedauert und beweint werden, und deren Verurtheilung ein nagender Gewissensbiß und Schmerz für jene Richter ist, welche sie ausgesprochen haben. Bedenken Sie, daß vielleicht in nicht

Digitized by Google

ferner Zukunft die Richtigkeit der Ansichten der Angeklagten documentirt und bewiesen wird.

Bedenken Sie endlich, meine hochverehrten Herren, daß Ihr verdammender Spruch vollkommen nutzlos ist, denn das Richtige gelangt zum Siege mit oder ohne Spruch und das Unrichtige wird von selbst abgestoßen, ohne daß es des Apparates der Verfolgung und Verurtheilung bedarf: Das Licht der Sonne läßt sich nicht verhängen. (Beifall im Auditorium.)

Präsident: Bevor ich dem Herrn Staatsanwalt und der Vertheidigung noch das Wort zur Replik und allfälligen Duplik gebe, sehe ich mich bemüssigt, die Anwesenden nochmals und zum letzten Male darauf aufmerksam zu machen, daß sie sich jeder Aeußerung des Beifalls oder Mißfallens zu enthalten haben.

Staatsanwalt: Ich wende mich vor Allem gegen jene Anwürfe, welche von der Vertheidigung insofern vorgebracht wurden, als wider die Staatsanwaltschaft angeführt wurde, daß dieselbe gedenke oder gedachte, durch diesen Proceß der Arbeiterbewegung in Oesterreich den Weg zu verlegen, daß sie willens sei, daß die Frage der Arbeiterbewegung hier in Oesterreich durch den Ausspruch des Strafgerichtes gelöst werde, daß sie principiell gegen die Arbeiterbewegung sei, und daß sie principiell sich dagegen ausgesprochen habe, daß man die Arbeiterbildungsvereine unbehelligt entstehen ließ. Meine Herren! In dieser Beziehung habe ich Ihnen meinen Standpunkt präcise und wiederholt dahin entwickelt, daß nicht die Bewegung, nicht das Streben nach materieller Verbesserung der Lage der Arbeiter es gewesen sind, welche die Staatsanwaltschaft auch nur im entferntesten zum Anlasse ihres Einschreitens genommen hat, sondern die nach ihrer Ansicht gefährliche und verderbliche Agitation, welche zur Realisirung derselben in's Leben gesetzt wurde, und ob dieselbe gefährlich und strafbar gewesen sei, dieß, meine Herren, werden Sie zu entscheiden haben.

Die wichtige Frage, welche vorliegt, wurde von Seite der Vertheidigung umständlich und gewissenhaft, und von Seite der Staatsanwaltschaft selbst nach ihrem besten Wissen ausführlich erörtert und ich stelle Ihnen, meine Herren, hierüber die Entscheidung anheim.

Nur was den streng juridischen Theil anbelangt, erlaube ich mir einige Worte beizufügen, und ich beginne mit den Ausführungen, respective mit der Widerlegung der Ausführungen des letzten Herrn Vertheidigers, Dr. Mauthner, rücksichtlich des §. 76 St. G., der sich

Digitized by Google

bezüglich dieses Paragraphes auf zwei Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes über den Begriff „gefährliche Bedrohung" berufen hat. Außer demjenigen, was der genannte Herr Vertheidiger bereits angeführt hat, daß man einwenden könnte, daß diese Entscheidungen erflossen sind, bevor das gegenwärtige Strafgesetz in's Leben getreten ist, muß ich noch den hohen Gerichtshof darauf aufmerksam machen, daß diese Entscheidungen überhaupt nicht von der „gefährlichen Bedrohung" einer Behörde oder einer Körperschaft im Sinne des §. 76 St. G. handeln, und daß überhaupt bei Schöpfung dieser Entscheidungen auf diesen §. 76 gar nicht reflectirt werden konnte, weil derselbe erst im gegenwärtigen Strafgesetze Platz gefunden hat; daß jedoch die gefährliche Bedrohung im Sinne des §. 76 St. G. eine ganz andere Bedeutung und einen ganz anderen Umfang habe, als wie die gefährlichen Bedrohungen in den übrigen Theilen des Strafgesetzes, insbesondere in den §§. 93 und 99, gibt eben aus dem von dem Herrn Vertheidiger angeführten Grunde hervor, weil im §. 76 weder der §. 98 noch der §. 99 bezogen wurde und weil, während es im §. 76 ganz allgemein heißt: „gefährliche Bedrohung", in den §§. 98 und 99 diese gefährliche Bedrohung genau präcisirt und bestimmt ist als eine Bedrohung, die mit einer Gefahr an Körper, Freiheit, Ehre oder Eigenthum verbunden ist. Es ist das auch ganz natürlich, meine Herren. Wenn es sich um eine öffentliche Behörde, wenn es sich um die Regierung handelt, so muß man wohl berücksichtigen, daß dieselbe viel weitergehende Pflichten hat, als das einzelne Individuum.

Der Regierung liegt die wesentliche, die heilige Pflicht ob, für die Ruhe und Ordnung, für die Sicherheit der Person, des Lebens, des Vermögens, der Freiheit, des freien Gebrauches der sämmtlichen Rechte der Gesellschaftsglieder zu sorgen. Wenn daher eine Drohung vorliegt, daß der Erfüllung dieser wichtigen Pflichten Hindernisse in den Weg gelegt werden sollen, und wenn die betreffende Behörde, die Regierung oder wie im vorliegenden Falle das Ministerium vollständig begründeten Anlaß zu der Besorgniß hat, daß diese Drohung in Erfüllung gehe, diese Störung effectuirt werde, dann liegt zweifellos eine gefährliche Bedrohung im Sinne des §. 76 St. G. vor.

Was den §. 58 b des St. G. anbelangt, so hat der Herr Vertheidiger, der zuerst gesprochen hat, sich darauf berufen und gesagt, es sei zwar richtig, daß aus der Combination der Bestimmungen der §§. 8 und 58 b St. G. klar hervorgehe, daß bei dem Verbrechen

des Hochverrathes ein Versuch nicht möglich ist, allein es sei doch nothwendig, daß die wesentlichen Kriterien des §. 8 auch bei jenem Unternehmen, bei jener Action erscheinen, welche unter den §. 58 b subsumirt werden soll, weil es sich darum handelt, daß eine zur wirklichen Ausübung führende Handlung unternommen oder gesetzt worden sei.

Nun, meine Herren, wenn bei einer strafbaren Handlung, bei einem Verbrechen ein Versuch nicht möglich ist, wie sollen denn dann bei dieser Handlung diejenigen Merkmale, welche zum Versuche überhaupt nothwendig sind, noch insbesondere nachgewiesen werden müssen, damit dieses Verbrechen überhaupt angenommen werden könne, und wenn Sie annehmen, daß es im §. 58 b St. G. heißt, wer etwas unternimmt, was auf eine gewaltsame Veränderung der Regierungsform abzielt, und daß dieses Unternehmen in dem Absatze c desselben Paragraphes dahin definirt ist, daß es da heißt: „es geschehe solches öffentlich oder im Verborgenen, von einzelnen Personen oder in Verbindungen, durch Anspinnung, Aufforderung, Aneiferung, Verleitung, durch Wort, Schrift, Druckwerke oder bildliche Darstellung, Rath oder eigene That, mit oder ohne Ergreifung der Waffen, durch mitgetheilte, zu solchen Zwecken leitende Geheimnisse oder Anschläge, durch Aufwieglung, Anwerbung, Ausspähung, Unterstützung oder durch was sonst immer für eine dahin abzielende Handlung, wenn dieselbe auch ohne Erfolg geblieben wäre," — so fasse ich wirklich nicht, wie irgend eine Vorbereitungshandlung noch außerdem, was überhaupt zum Begriffe des Verbrechens des Hochverrathes nachgewiesen werden solle, da von Seite der Anklage, wie ich glaube, im vorliegenden Falle auf das umständlichste dargethan wurde, daß deren Handlungen an und für sich vollkommen den Begriff des Hochverrathes erschöpfen, ganz abgesehen, daß ich mir bei der Stylisirung des §. 58 b und c St. G. eine Vorbereitungshandlung eigentlich gar nicht denken könne.

Vertheidiger Dr. Singer: Es ist allerdings richtig, hoher Gerichtshof, daß die Vertheidigung heute im Eingange ihrer Ausführungen dem Gedanken Ausdruck gegeben hat, daß die löbliche Staatsbehörde im vorliegenden Falle von dem Gerichtshofe verlangt, daß er der Arbeiterbewegung in Oesterreich den Weg verlege, es kann dieser Satz, den die Vertheidigung ausgesprochen hat, immerhin von der löblichen Staatsbehörde dahin verstanden werden, daß der Gedanke, dem die

Digitized by Google

Vertheidigung Ausdruck gegeben hat, in dem Gedanken culminirt, daß der Vertreter der löblichen Staatsbehörde principiell gegen die Arbeiterbewegung sei.

Die Vertheidigung, hoher Gerichtshof, hat aber diesen Satz nicht blos hingestellt, sondern sie glaubt im Grunde aller ihrer Ausführungen, welche vorzubringen sie sich erlaubt hat, zu diesem Satze auch berechtigt zu sein, zumal wenn erwogen wird, daß die öffentliche Anklage ausdrücklich ausgesprochen hat, daß sie sich gar nicht denken könne, daß die von Ferdinand Lassalle vertretenen Principien anders als im Wege der Gewalt realisirt werden könnten.

Nachdem die Vertheidigung sich bemüht hat, nachzuweisen, daß ein bestimmter Gewaltact den Arbeitern in Oesterreich nicht vorgehalten werden kann, glaubte sie allerdings berechtigt zu sein, ausdrücken zu dürfen, daß die löbliche Staatsbehörde principiell gegen jede einigermaßen hervortretende Arbeiterbewegung sei.

In den staatsanwaltschaftlichen Ausführungen kam sicher vor, daß es bedauerlich sei, daß man das Umsichgreifen der Arbeiterbildungsvereine schon vom Anfange an gestattet habe.

Wenn ich mich recht erinnere, so hat der Herr Ankläger dazu gesetzt, daß es sogar möglich geworden ist, daß ganz Wien von einem Netze solcher Arbeiterbildungsvereine beglückt worden wäre.

Sowohl in der einen, als in der anderen Beziehung, glaube ich, hat mich der öffentliche Ankläger weder eines Irrthumes, noch eines Fehlgriffes überwiesen.

Verfehlt aber war dabei, was der Herr Staatsanwalt zum Schlusse seiner Ausführungen der Vertheidigung des Heinrich Oberwinder und Complicen vorgeführt hat und was sich speciell auf §. 58 b St. G. bezieht.

Der Herr Staatsanwalt hat da gesagt, wenn die Vertheidigung selbst zugesteht, daß es bei dem Verbrechen des Hochverrathes einen Versuch nicht geben kann, wie kann sie in einem und demselben Athem behaupten, daß jene Handlungen, welche den Angeklagten als criminell imputirt werden wollen, die Kriterien eines Versuches überhaupt haben müssen. Der Schluß des Herrn Vertreters der löblichen Staatsbehörde ist meines Erachtens incorrect.

Im §. 58 b St. G. steht nichts Anderes, als daß die Bedrohung, wenn sie überhaupt als Hochverrath bestraft werden soll, sich schon als

Digitized by Google

perfectes Verbrechen des Hochverrathes darstellen muß, wie es im Strafgesetze Fälle genug gibt, wo das Verbrechen in stadio des Versuches nicht gesetzt werden kann, sondern wo die Handlung entweder straflos ist, oder, wenn strafbar, das perfecte Verbrechen construirt werden muß. So kann ich mir die Majestätsbeleidigung, welche durch Rede oder Schrift begangen wird, im Stadium des Versuches kaum denken. Es ist ganz gewiß, daß jede Handlung, welche den Thatbestand des Hochverrathes in sich schließt, schon den perfecten Hochverrath begründet; es ist aber ebenso gewiß, daß diese Handlung die Kriterien des §. 8 St. G. enthalten muß, weil dieser Paragraph ein allgemeiner Paragraph ist, der sich auf alle einzelnen Verbrechen bezieht, und weil der Gesetzgeber auch im §. 58 St. G. gar nicht angedeutet hat, daß die allgemeinen Bestimmungen über den Begriff des Versuches bei dem Verbrechen des Hochverrathes entfallen.

Die einzelnen Modalitäten, wie der Hochverrath im Sinne des §. 58 b St. G. begangen werden kann, habe ich bereits ausgeführt und habe mir zu zeigen erlaubt, daß den Angeklagten nicht nachgewiesen werden kann, daß sie zu solchen verbrecherischen Handlungen gerathen, aufgereizt oder verleitet hätten.

Ich glaube daher jeder weiteren Ausführung in dieser Beziehung überhoben zu sein.

Im Nachhange zu meinen Ausführungen erlaube ich mir noch darauf hinzuweisen, daß die Baseler Beschlüsse, welche ebenfalls heute Vormittag von dem öffentlichen Ankläger bezogen, von der Vertheidigung aber nicht besprochen worden sind, keineswegs gegen die Angeklagten vorgebracht werden können, weil in dieser Beziehung ein Protest vorliegt. Endlich sei es mir gestattet, in Kürze zu erwähnen, daß die Anklage gegen Pabst wegen Uebertretung oder wegen des Verbrechens der Vorschubleistung erhoben worden ist.

Ich glaube, es liegt weder in der einen noch in der anderen Beziehung der Thatbestand vor.

Ich glaube, es wird sich bei der Urtheilsberathung schon durch die Erwägung aller Momente, welche hier entscheidend sind, namentlich durch die Betrachtung derjenigen Schriften, welche Pabst entfernt haben soll, mit Zuversicht herausstellen, daß im vorliegenden Falle weder der Thatbestand der verbrecherischen Vorschubleistung noch auch der Thatbestand im Sinne des §. 307 St. G. vorliegt.

Digitized by Google

Eine weitere Bemerkung hat die Vertheidigung nicht zu machen, und bezieht sich im vollen Umfange auf das, was sie in ihrer früheren Rede ausgeführt hat.

Vertheidiger Dr. Mauthner: Der Herr Staatsanwalt hat gemeint, daß die von mir bezogenen Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes auf den vorliegenden Fall nicht anwendbar sind, weil sie nicht zu §. 76 erflossen sind. Anderseits sind die beiden §§. 98 und 99, welche im jetzigen Strafgesetze über gefährliche Drohung handeln, im alten Strafgesetze nicht enthalten. Aus dieser Zusammenstellung folgt, daß die Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes sich nur auf jene gefährlichen Drohungen bezogen haben können, welche im Gesetze überhaupt vorkommen, daß sie principielle waren und daß dadurch der Begriff der gefährlichen Drohung allgemein festgesetzt worden ist. Es ist auch aus den dießfälligen Entscheidungen nicht mit einem Worte zu entnehmen, daß sie nur auf einen speciell bestimmten Fall Anwendung finden können. Derlei principielle Entscheidungen erläßt der Oberste Gerichtshof sehr häufig, und es wird gerade auf solche ein besonderes Gewicht gelegt, weil dadurch begriffliche Bestimmungen festgestellt werden.

Der Herr Staatsanwalt hat gemeint, daß die Definition des §. 98 deßhalb auf den §. 76 nicht anwendbar sei, weil die Behörde ja ganz andere Pflichten habe, als Private, weil der Behörde die Sorge für das Individuum, für die Ruhe der Bürger obliege. Wenn der Herr Staatsanwalt das meint, so beweist er damit am besten, daß der §. 76 auf den vorliegenden Fall nicht anwendbar ist. Ich kann dem Herrn Staatsanwalt zugestehen, daß durch derartige Versammlungen möglicherweise die Ruhe der Bürger gestört werden kann, aber das Verbrechen der gefährlichen Drohung ist in einer solchen Versammlung doch noch nicht begründet.

Es können derartige Versammlungen möglicherweise der Regierung unangenehm sein, aber nicht Alles, was der Regierung unangenehm ist oder einen Aufwand an Polizei nothwendig macht, ist deßhalb schon ein Verbrechen, insbesondere nicht das des §. 76, denn hier heißt es ausdrücklich, daß es Derjenige begeht, der auf die Beschlüsse der Regierung durch gefährliche Drohung einzuwirken sucht, — also nicht die Möglichkeit, daß die der Regierung obliegende Sorge und die Ruhe der Bürger gestört werde, sondern der directe Einfluß auf die Beschlüsse der Re-

Digitized by Google

gierung durch gefährliche Bedrohung begründet das Verbrechen, und in dieser Beziehung hat der Herr Staatsanwalt am besten bewiesen, daß sich dieses Verbrechen nicht anders construiren lasse, als wenn man einen anderen Begriff in das Gesetz hineinzieht, und in einer anderen Weise zur Begründung gelangt, als es nach dem Wortlaute des Gesetzes möglich ist. Mit Rücksicht auf diese Begründung glaube ich mit vollster Beruhigung dem hohen Gerichtshofe die Schuldloserklärung jener Angeklagten an das Herz legen zu können, welche des Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit allein angeklagt erscheinen.

Präs.: Bevor sich der Gerichtshof zurückzieht, um das Erkenntniß zu berathen, bin ich nach dem Gesetze verpflichtet, an jeden Angeklagten die Frage zu stellen, ob er den Ausführungen des Vertheidigers etwas beizufügen hat. Um jedoch eine Zeiteintheilung zu ermöglichen, ersuche ich die Herren, welche sprechen wollen, mir zu sagen, in welcher Ausdehnung sie dies thun wollen, damit ich beurtheilen kann, ob wir heute noch schließen können, oder mit Rücksicht auf die einzelnen Wünsche heute die Verhandlung unterbrechen und morgen fortsetzen sollen.

Angeklagter Oberw.: Ich habe nur Weniges zu bemerken.

Angeklagter Scheu: Ich werde nur 10 Minuten in Anspruch nehmen.

Angeklagter Most: Ich hätte auch nur Weniges zu sagen.

Präs.: Ich bitte also, Herr Oberwinder!

Angeklagter Oberw.: Hoher Gerichtshof! Ich habe natürlich über den principiellen Standpunkt der Frage nichts mehr zu sagen. Die ganz vortrefflichen Ausführungen der Herren Vertheidiger genügen und ich will nur noch Manches ergänzen.

Ich habe mich gegen die geschichtliche Darstellung der Arbeiterbewegung, wie sie von dem Herrn Staatsanwalt gegeben wurde, zu wenden.

Der Herr Staatsanwalt spricht von dem Einflusse des Neuenburger und des Nürnberger Congresses auf die Wiener Arbeiterbewegung. Es ist dieß thatsächlich unrichtig; denn schon im April 1868 fand hier ein Arbeitertag statt, der ein Manifest erließ, in welchem alle jene Punkte, welche das spätere Programm des neunten Wiener Arbeitertages enthielt, bereits enthalten wären. Ueberhaupt sind in den verschiedenen Schweizer Cantonen die socialen Verhältnisse weniger

Digitized by Google

entwickelt, wie in Deutsch-Oesterreich. Es kann also von einem Einflusse der Schweizer Verhältnisse auf Oesterreich gar nicht die Rede sein.

Ferner hat der Herr Staatsanwalt auch von einer Spaltung gesprochen, die auf dem Nürnberger Congresse hätte beigelegt werden sollen . . .

P r ä s.: So sagt die Geschichte des Nürnberger Congresses; das kann ich nach den Studien, die ich darüber gemacht habe, constatiren.

O b e r w.: Das ist unrichtig. Der Nürnberger Congreß war ein Verbandstag jener deutschen Arbeitervereine, welche früher auf dem Standpunkte der genossenschaftlichen Selbsthilfe standen. Der Streit, den der Herr Staatsanwalt meinte, ist innerhalb des allgemeinen deutschen Arbeitervereines zum Ausbruche gekommen. Auf diesem Vereinstage in Nürnberg ist das erste politische Programm zur Entwicklung gekommen und dort ist nicht auf Oesterreich eingewirkt worden, sondern die Oesterreicher, die bereits damals Socialdemokraten waren, haben dort auf die Annahme dieses politischen Programmes eingewirkt. Sie haben der Gegenströmung, welche wollte, daß man sich nicht mit der Politik beschäftige, entgegengewirkt. Es kann somit, wie ich wiederholt betonen muß, von einer Einwirkung des Nürnberger oder Neuenburger Congresses auf die österreichische Arbeiterbewegung absolut nicht die Rede sein. Die Arbeiterbewegung in Oesterreich war damals schon genügend entwickelt und hatte bereits ihr festgestelltes Programm. In Süddeutschland sind die Verhältnisse viel weniger entwickelt, wie in Oesterreich, und es kann somit, wie ich nochmals betone, von einer Einwirkung dieser Vereine auf Oesterreich keine Rede sein.

Es wurde von dem Herrn Vertheidiger Dr. Singer bereits hervorgehoben, daß es den Regierungen der deutschen Kleinstaaten nicht eingefallen ist, gegen jene Vereine, welche sich auf Grund des Eisenacher Programmes gebildet haben, einzuschreiten; ich muß betonen, daß es auch einem preußischen Staatsanwalte niemals eingefallen ist, einem solchen auf Grund des Eisenacher Programmes gebildeten Vereine im geringsten nahe zu treten. Nicht einmal in Preußen ist das „Felleisen", welches in erster Richtung groß-deutsch, anti-preußisch ist, wie der „Stuttgarter Beobachter", der „Mannheimer Anzeiger", verboten worden und man denkt dort nicht daran, die Socialdemokraten, die Eisenacher Partei mit dem „Felleisen" in Verbindung zu bringen. Ich muß noch auf das „Felleisen" zurückkommen.

Digitized by Google

Der Herr Staatsanwalt hat davon gesprochen, daß es in einem Artikel heißt, wer von den Arbeitern glaubt, daß in einer Monarchie die sociale Frage gelöst werden könne, der sei Verräther; er hat aber vergessen, daß ausdrücklich darin von einer Monarchie mit cäsaristisch-absolutistischem Systeme die Rede ist und nicht von einer constitutionellen Monarchie.

Es wurde weiter darauf hingewiesen, daß die Correspondenzen, welche von mir herrühren könnten — die mit O—r bezeichneten — gravirend sind. Ich glaube, ich kann das mit Beruhigung dem Ermessen des hohen Gerichtshofes überlassen, in wieweit dieß richtig ist.

Ich will nur, da sich der Herr Staatsanwalt dießfalls auf das Zeugniß des Fräulein Podany beruft, welche sagte, daß ich diese Correspondenzen geschrieben habe, Folgendes bemerken:

Fräulein Podany hat sowohl in der Untersuchung als auch hier vor meiner Aussage ausgesagt, sie hätte von Hartung gehört, daß ich sowohl die O—r-Correspondenz als auch die Winkel (∧)-Correspondenzen geschrieben. Nun steht aber, wie ich bei Actendurchsicht gesehen habe, fest, daß diese Winkel (∧)-Correspondenzen erst in diesem Jahre erscheinen, also zu einer Zeit, wo Hartung nicht einmal mehr in Oesterreich gewesen ist; es müßte dieß also Fräulein Podany in Zürich erfahren haben. Es ist dieß überhaupt ein räthselhaftes Moment in dieser Aussage und ich will mich darüber beruhigen; die Zukunft wird Manches zu meinen Gunsten aufklären. Der Herr Staatsanwalt sprach ferner von der Zeugenschaft des Herrn Lecher, um sie belastend gegen mich anzuführen und zu beweisen, daß von einer Straßenrevolution gesprochen worden sei. Ich bitte in dieser Beziehung den hohen Gerichtshof, sich zu erinnern, daß Herr Lecher nur aus Anlaß des Rochefort'schen Putsches in Paris dieses Thema berührt hat.

Es wird ferner schon in der Anklage behauptet, daß ich und Hartung die Arbeiterdemonstration vom 13. December 1869 in Scene gesetzt habe. Wie wenig begründet diese Behauptung der Anklage ist, will ich nicht weiter erörtern, aber wundern muß es mich, daß der Herr Staatsanwalt erst heute die Anklage wegen des Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit erhebt . . . .

P r ä s.: Ich bitte die anständige Form zu bewahren.

O b e r w.: Ist dem Herrn Staatsanwalt die Aussage des Zeugen Florencourt, welcher ausdrücklich sagte, er habe keine Anhaltspunkte dafür, sondern er vermuthe es nur, ist dem Herrn Staatsan-

Digitized by Google

walt dieſe Vermuthung maßgebend, um die Anklage wegen des Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit zu erheben?

Präſ.: Das iſt Sache der Anklage.

Oberw.: Es iſt ferner dem Schwur auf die rothe Fahne eine übertriebene Bedeutung ſeitens der hohen Staatsbehörde beigelegt worden. Ich muß bemerken, daß aus Anlaß der Feier des Arbeiterbildungsvereines in Zobel's Bierhalle auch eine rothe Fahne ausgeſteckt, daß da auch Vieles geſprochen wurde, daß es aber Niemanden eingefallen iſt, darüber weiter ein Wort zu verlieren.

Man hat ſodann die Ausländer hervorgehoben. Nun, das iſt ein Thema, welches ſchon vielfach erörtert worden iſt. Ich habe ſchon einmal hervorgehoben, daß man den Ausbruch der Hungersnoth in Oſtpreußen fremden Wühlern in die Schuhe ſchob. Heine ſagt treffend:

„Ausländer, Fremde ſind es meiſt,
Die unter uns geſät den Geiſt
Der Rebellion; dergleichen Sünder,
Gottlob! ſind ſelten Landeskinder!“

Es wurde ſodann vom Eiſenacher Congreſſe geſprochen, als ſei er zu dem Zwecke einberufen worden, um eine große, einheitliche Macht zu ſchaffen.

Ich muß ausdrücklich hervorheben, daß der erſte Anlaß zur Einberufung des Eiſenacher Congreſſes die im Anfange des vorigen Jahres hervorgetretene Spaltung im Schoße des allgemeinen Arbeitervereines war. Es handelte ſich da, die Reſte der noch unter Schweitzer'ſcher Fahne Gebliebenen auf unſere Seite zu bringen. Der erſte Anlaß war alſo die Spaltung im Schweitzer'ſchen Lager; die Einberufung dieſes Congreſſes ging eben von den ausgetretenen Mitgliedern des allgemeinen deutſchen Arbeitervereines aus.

Der Herr Staatsanwalt hat ferner mit Bezug auf mich und Hartung von einer Hieherſendung von Agitatoren geſprochen. Ich muß mich dagegen verwahren.

Ich bin nach Oeſterreich gekommen, ohne an die Arbeiterbewegung zu denken. Ich habe mich derſelben aber, als ſie entſtanden war, angeſchloſſen; von einer Hieherſendung aber kann keine Rede ſein.

Im Uebrigen will ich für heute ſchließen. Ich erwarte mit Ruhe Ihr Urtheil; denn, wie geſagt, perſönlich ſchrecken wir vor nichts zurück. Wir wiſſen, daß wir Allem ausgeſetzt ſind, daß wir

Digitized by Google

aber selbst auch dann, wenn ein anderes Urtheil über uns gefällt werden sollte, als wir glauben, daß es der Gerechtigkeit entspricht, wenigstens vor der Geschichte gerechtfertigt sind.

Angeklagter Most: Meine Herren Vertheidiger und auch mein Vorredner haben schon in erschöpfender Weise das Thema behandelt. Dennoch muß ich mich mit einigen Worten gegen die Ausführungen des Herrn Staatsanwaltes wenden. (Mit erhobener Stimme:) Erstens bin ich auch einer dieser verpönten Ausländer ....

Präs.: Ich bitte nur mit Maß und Anstand zu sprechen, ich will nicht Anlaß nehmen, Ihnen das Wort zu entziehen.

Angeklagter Most (fortfahrend): Ich bin auch Einer der Ausländer, welche nach Oesterreich gekommen sein sollen, um die Fahne der Socialdemokratie aufzupflanzen.

Ich muß vorläufig nur bemerken, daß in dem Momente, als ich nach Oesterreich kam, daselbst eine bedeutende Arbeiterbewegung schon existirte, und zwar eine so gesunde Arbeiterbewegung, daß ich, als ich noch in der Schweiz war, schweizerische Arbeiterführer zu den Arbeitern sagen hörte: „Schämt Euch, in Oesterreich ist mehr gesunder Sinn im Volke als bei Euch Republikanern!" Ich glaube, daß der Herr Staatsanwalt durch seine Behauptung, daß diese Agitation durch Ausländer hervorgerufen worden ist, das österreichische arbeitende Volk geradezu beleidigt, denn der Herr Staatsanwalt spricht mit diesen Worten der österreichischen Arbeiterbevölkerung geradezu die Befähigung ab, einen großen gesunden Gedanken zu haben, denn daß die Principien, welche die Socialdemokratie aufstellt, daß die Forderungen, welche in der Arbeiterbewegung auftauchen, gewiß nicht ungerecht sind und von den größten Gelehrten dieses Jahrhunderts anerkannt wurden, ist eine feststehende Thatsache.

Der Herr Staatsanwalt reiht auch mich unter Diejenigen, welche sich haben verführen lassen. Dem entgegen bemerke ich, daß ich mich nie zu etwas habe verführen lassen. Was ich gethan habe, kam aus meiner innigsten Ueberzeugung und ich habe es aus eigenem Antriebe gethan; ich habe mich von Niemanden verführen, mir von Niemanden Worte in den Mund legen lassen. Was ich that, habe ich mit jener Kraft gethan, die mir immer innewohnt, um der gerechten Sache zu dienen. (Erregt:) Schon mein Mitangeklagter Oberwinder hat sich gegen die Ausführungen des Herrn Staatsanwaltes bezüglich des „Felleisen" ausgesprochen.

Digitized by Google

Präs.: Sehen Sie mich nur an, dann werden Sie ruhig bleiben.

Most (fortfahrend): Ich habe schon früher Gelegenheit gehabt, über das „Felleisen" zu sprechen und die Herren Räthe werden es noch im Gedächtnisse haben.

Ich kann nicht begreifen, warum der Herr Staatsanwalt gerade das „Felleisen" bezieht. Ebenso gut hätte er die „Marsellaise" oder die „Reform" oder ein anderes republikanisches, spanisches, italienisches oder französisches Blatt citiren können. Warum sollte gerade das „Felleisen" das entscheidende Organ für die österreichische Arbeiterbewegung sein, welches nicht einmal in 30 Exemplaren in ganz Oesterreich gelesen wird? Daß dieses Blatt viel von der österreichischen Arbeiterbewegung bringt, ist ganz natürlich: weil jedes socialdemokratische Organ die ganze Arbeiterbewegung beleuchten muß, nicht allein die locale Bewegung oder diejenige, die sich im Lande abspielt, wo gerade dieses Blatt erscheint. Daß der Redacteur des „Felleisen" oder der betreffende Berichterstatter von Wien in einem republikanischen Staate wie die Schweiz von seinem Standpunkte aus spricht, ist begreiflich; ebenso finde ich es begreiflich, daß er alles in unverblümter Form zu Papier bringt. Wenn also wirklich in einigen Artikeln des „Felleisen" gegen die österreichische Regierung Dinge gesagt wurden, welche ein Verbrechen begründen, so hat das mit uns gar nichts zu thun und wir können dafür in keiner Weise verantwortlich gemacht werden. Wenn ich nun auf meine Person zurückkomme — was ich nicht gerne thue — und frage, warum ich des Hochverrathes angeklagt bin, so finde ich, daß die Anklage darin gipfelt, daß ich eine Mitgliederkarte besaß, welche documentirt, daß ich der socialdemokratischen Partei, die das Eisenacher Programm zur Grundlage hat, angehöre.

Nun, meine Herren Räthe, Herr Dr. Giskra, der ehemalige Minister, sagte, daß diese Partei staatsgefährlich ist. Er hätte ebensogut eine andere Partei für staatsgefährlich erklären können. Warum er gerade diese Partei für staatsgefährlich erklärte, begreife ich. Er vergaß seine Mission, daß er Minister ist und daß die Regierung über den Parteien stehen soll. Herr Dr. Giskra hat es stets hervorgekehrt, daß er sowohl als Abgeordneter wie als Minister an der Spitze des Capitals stand. Wenn gegen diese Rechtsverletzung, gegen die Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes von Seite

Digitized by Google

des Abgeordnetenhauses nichts gethan wurde, so hat dieses seinen Grund darin, weil im Reichsrathe Männer saßen, die der gleichen Partei angehörten, wie Giskra, einer Partei, welche das regste Interesse daran hatte, daß die Arbeiterbewegung nicht allein nicht reussire, sondern sogar zurückgedrängt werde. Herr Dr. Giskra, der sonst ein sehr gescheidter Mann ist und früher sehr viele freiheitliche Reden gehalten hat und sehr viel im freiheitlichen Sinne zu wirken sich angeschickt hat, muß da vergessen haben, daß sich gegen Ideen und Principien nicht durch Decrete ankämpfen läßt. Dabei ist wohl zu bemerken, daß Herr Dr. Giskra in seinem Rundschreiben nur verboten hat, daß Vereine, denen das Eisenacher Programm zur Grundlage dient, gegründet werden. Solche Vereine sind aber nicht gegründet worden und einzelnen Personen muß es überlassen bleiben, einer Partei oder einem Vereine im Auslande anzugehören, welche dort nicht verboten und keine geheimen Gesellschaften, sondern öffentliche, gesetzlich gestattete Vereine sind.

Weiters berief sich der Staatsanwalt darauf, daß bestimmte Anzeichen vorliegen, daß Gewaltacte vorbereitet waren und daß Manches dafür spreche, daß die Arbeiter vor Gewaltacten nicht zurückschrecken. Er führte Beispiele an von Reichenberg und Swarow. Das waren allerdings Gewaltacte, aber wer hat sie ausgeführt? Darüber wird die Weltgeschichte urtheilen.

Ich gestehe, daß ich ein Socialdemokrat bin, ich bekenne es, daß ich es bleiben werde, so lange ich warm bin, daß ich bis zur äußersten Potenz der Socialdemokratie huldigen werde, und daß ich, mag das Urtheil ausfallen wie immer, die Fahne nicht niedriger halten werde.

Ich gestehe aber nicht, daß ich in Oesterreich jemals etwas gethan habe, was außerhalb des Bereiches des Gesetzes gewesen wäre. Ich habe mich stets nur auf gesetzlichem Boden bewegt, ich habe nur gesprochen in öffentlichen Versammlungen, welche von dem Gesetze gestattet waren und im Beisein des landesfürstlichen Commissärs. Ein Weiteres kann mir nicht unterschoben werden.

Das war Alles, was in meinen schwachen Kräften lag, und das habe ich gethan. Ich muß es entschieden von mir weisen, daß es mir in den Sinn gekommen wäre, durch Gewaltacte irgend etwas zu erreichen oder auch nur bei solchen mitzuwirken, und mir ist auch nicht bekannt, daß jemals ein Gewaltact in irgend einer Weise in Vorbereitung gewesen wäre.

Digitized by Google

Ich hoffe auch, meine Herren Räthe, daß Sie nur vom Standpunkte des Gesetzes urtheilen werden und nicht vom Parteistandpunkte und daß Sie sich nicht von der Regierung werden beeinflussen lassen . . .

Präs.: Ich muß diese Auslassung auf das strengste rügen.

Most (fährt fort): Ich habe auseinandergesetzt, was ich gethan habe und was ich nicht gethan habe. Wenn Sie können, so verurtheilen Sie mich. Ich werde das Urtheil zu ertragen wissen. Wenn ich Strafe verdient habe, so bestrafen Sie mich.

Scheu: Ich bin des Verbrechens des Hochverrathes nach §. 58 St. G. angeklagt, und soll daher etwas unternommen haben, was auf eine gewaltsame Umänderung der Verfassung abzielt. Da sich die Anklage hauptsächlich auf meine Thätigkeit beim Eisenacher Congresse bezieht, so bin ich in der Lage, mich in meiner Vertheidigung kurz fassen zu können.

Am 7., 8. und 9. August 1869 waren auf dem Eisenacher Congresse die deutschen Socialdemokraten einberufen, um die theils in Süddeutschland, theils in Sachsen zerstreuten Arbeitervereine mit den selbstdenkenden Elementen, die sich von dem Banner des allgemeinen deutschen Arbeitervereines losgesagt hatten, zu vereinigen, und dem von Schweitzer repräsentirten norddeutschen Cäsarismus ein kräftiges Paroli zu bieten.

Um die moralische Bedeutung zu erhöhen, wurden die Arbeiter Oesterreichs und der Schweiz eingeladen, sich an dem Congresse zu betheiligen. Wir zögerten umsoweniger, das Gewicht der österreichischen Arbeiterpartei in die Wagschale zu werfen, als das aufgestellte Programm nichts wesentlich Neues enthielt, indem dasselbe bis auf wenige Punkte mit dem Programme des neunten Wiener Arbeitertages vollkommen identisch war. An der Spitze dieses Programmes nun stand gleichsam als Summe der geforderten Rechte und Freiheiten die Errichtung des freien Volksstaates. Bei der Debatte über diesen Punkt stellten mehrere Delegirte — unter ihnen war auch Herr Edmund Mühlwasser aus Brünn — den Antrag, an Stelle dieses rein principiellen Ausdruckes den Ausdruck Republik zu setzen, allein es wurde dieser Antrag, nachdem auch ich dagegen gesprochen, fast einstimmig abgelehnt. Die Majorität des Congresses ging nämlich von dem ganz richtigen Gedanken aus, daß, wenn die Errichtung einer bestimmten Staatsform an die Spitze gestellt würde, nothwendigerweise, um allen

Digitized by Google

Irrungen vorzubeugen, auf die Art der Regierung und Verwaltung, ob centralistisch oder föderalistisch, sowie auf das nationale Moment und auf das Wesen dieser Staatsform näher eingegangen werden müßte. Was wir unter „freiem Volksstaat" verstehen, habe ich bereits auseinandergesetzt. Wir erstreben einen Staat, dessen Idee mit der gesellschaftlichen Form nicht mehr in so strengem Widerspruche steht, wie es heute der Fall ist, einen Staat, welcher es nicht, wie der Herr Staatsanwalt heute gestand, es als seine erste Pflicht betrachtet, das allmächtige Capital gegen den Schwachen und Besitzlosen zu schützen, sondern welcher im Gegentheile, die Schwachen und Besitzlosen gegen das allmächtige, Alles assimilirende Capital in Schutz zu nehmen als seine Pflicht erachtet. Was erstrebt die Demokratie überhaupt? Mit Ausnahme des socialen Punktes unseres Programmes, der Umwandlung der gegenwärtigen Productionsweise in genossenschaftliche Arbeit und der Unterstützung dieser Arbeit auf Kosten des Staatscredites, fallen die Forderungen sämmtlicher demokratischen Parteischattirungen mit denen des Eisenacher Programmes zusammen. Wurden doch auch in den demokratischen Vereinen des hiesigen 3., 4. und 7. Bezirkes sämmtliche Punkte des Eisenacher Programmes debattirt und die Zustimmung zu denselben einstimmig zum Beschlusse erhoben, ohne daß der anwesende landesfürstliche Commissär es nothwendig erachtet hätte, dagegen einzuschreiten. Und in der Theilnahme an den Bestrebungen zur Verwirklichung dieses Programmes will die Staatsbehörde ein Unternehmen sehen, welches auf einen gewaltsamen Umsturz der Verfassung abzielt? Dazu hätte sie allenfalls ein Recht, wenn dem Eisenacher Programme die Bestimmung beigefügt worden wäre, daß sämmtliche Punkte dieses Programmes innerhalb eines Zeitraumes von drei, vier oder fünf Jahren durchgeführt sein müssen, denn dann könnte sie allerdings sagen, in einem so kurzen Zeitraume sei dieses nicht auf friedlichem, sondern nur auf gewaltsamem Wege zu erreichen. Allein von einer so bestimmten Zeit war gar nicht die Rede, denn wir wissen recht wohl, daß erst die vorwärts drängende Zeit die Nothwendigkeit der Umgestaltung der bestehenden Verhältnisse zur Reife zu bringen hat. Wohl aber war die Rede davon — und ich verweise auf das stenographische Protokoll — daß man mit aller Macht daran zu gehen hat, sämmtliche Waffen des Geistes gegen die Gegner in's Feld zu führen; es ist ausführlicher erörtert worden, daß die Partei nur den Zweck hat, eine ausgiebigere

Digitized by Google

Propaganda für ihre Principien zu machen. Oder muthet man uns zu, daß wir die Idee haben können, das Eisenacher Programm mit allen Consequenzen über Nacht in der heutigen Welt durchzuführen? Oder sollten wir vielleicht deßhalb strafbar sein, weil die Ausführung der äußersten Consequenzen dieses Programmes vielleicht dereinst durch den Widerstand der besitzenden und conservativen Classen zu Gewaltausbrüchen führen könnte? Sollten wir, die wir auf die erste Stufe zu klimmen bemüht sind, für etwas bestraft werden, was sich möglicherweise im Laufe der Zeit als eine innere Naturnothwendigkeit herausstellen wird? Dieser Logik, meine Herren Räthe, werden Sie wohl nicht Raum gönnen.

Was die Auslegung des §. 6 des Vereinsgesetzes durch Herrn Dr. Giskra betrifft, so glaube ich, daß dieselbe unmöglich für Sie, meine Herren Räthe, maßgebend sein kann. Sie kann höchstens als die Absicht betrachtet werden, durch Einschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes eine unangenehme Opposition unschädlich zu machen. Wenn eine solche Absicht durch einen Richterspruch sanctionirt werden sollte, dann wäre jedem künftigen Minister eine Handhabe gegeben, einer ihm unangenehmen Opposition auf die schnellste Weise ein Ende zu machen; er dürfte nur die Bestrebungen derselben unter diejenigen rangiren, welche mit den Institutionen des Kaiserstaates unvereinbar und staatsgefährlich sind, und die Opposition wäre todt, da die betreffenden Parteiführer durch dieses Machtwort dem Gesetze als Hochverräther verfallen müßten.

Wenn wir aber so unglücklich waren, auf Grundlage eines aus der absolutistischen Zeit stammenden Strafgesetzes in Anklage versetzt zu werden, so müßte heute, wo der Standpunkt des damaligen Gesetzgebers ein längst überwundener ist, mindestens der Beweis unserer Schuld, den der Buchstabe des Gesetzes verlangt, in eclatanter Weise erbracht werden. Mit welchem Rechte stellt aber die löbliche Staatsbehörde die Behauptung auf, daß unser Parteiprogramm nur im Wege der Gewalt durchzuführen sei, oder, was die Hauptsache ist, welche Beweise hat sie dafür, daß wir die Durchführung des Programmes auf gewaltsamem Wege beabsichtigen?

Was die Aeußerungen Einzelner betrifft, so kann unmöglich die Partei und in weiterer Folge die Anhänger derselben dafür verantwortlich gemacht werden, da wir, wie die Staatsbehörde und der hohe

Digitized by Google

Gerichtshof wissen, einer ordentlichen, centralistischen und strammen Parteiorganisation vollständig entbehren, durch welche allein es möglich gewesen wäre, auf die Handlungen der Einzelnen hemmend einzuwirken. Da in den Volksversammlungen Jedem das Wort gegeben werden mußte, welche es verlangten, drängten sich Leute auf die Tribune als Socialdemokraten, deren Herz von ihrer Zunge nichts wußte, und welche ihre Zungenfertigkeit dazu benützten, um die Arbeiter auszubeuten und zu betrügen, und die sich wo möglich als Führer gerirten und die Partei in jeder Weise compromittirten. Einige wurden zwar nach Bekanntwerden ihrer Absicht unschädlich gemacht, allein in Ermanglung einer strammen Organisation konnte die vollständige Ausrottung dieses Unkrautes nur halb gelingen. Wie der hohe Gerichtshof aus der Verhandlung ersehen haben wird, gelang es wirklich einigen exaltirten Köpfen, die Aufmerksamkeit der Provinzarbeiter auf sich zu ziehen und eine Zeit lang eine sogenannte erste Rolle zu spielen. Wir stellten jedoch den Versuch, Mitglieder zu werben und die Controlscommission zu bilden, ein, als wir sahen, welche Maßregeln die Staatsregierung dagegen ergriff, und während die Socialdemokraten in Wien nach Tausenden zählen, dürfte sich die Zahl derjenigen, welche zur Mitgliedschaft der socialdemokratischen Partei in Eisenach sich bekannten, in Wien sich höchstens auf 120 belaufen, die Zahl der Abonnenten des „Volksstaat" dürfte 30 gewesen sein und die Mitglieder der Internationalen dürften sich auf 40—50 belaufen haben, — ein Beweis, daß die hiesige socialdemokratische Partei in rein österreichischen Verhältnissen wurzelt.

Wenn ich noch erwähne, daß in den Briefen, welche von einzelnen Mitgliedern des Parteiausschusses in Braunschweig in vollkommen vertraulicher Weise an Raspe in Pest gerichtet wurden, sich aus keinem Worte auf gewaltthätige Absichten dieser Partei schließen läßt und daß die Controlscommission in Wien nicht gegründet wurde, also eine directe organisirte Verbindung mit dem Parteiausschusse in Braunschweig nicht bestand, glaube ich, Alles gesagt zu haben, was zur Entkräftung der Anklage mir nöthig erscheint.

Die Socialdemokratie in Oesterreich hat von allen gesetzlichen Mitteln, die ihr zu Gebote standen, stets den umfassendsten Gebrauch gemacht; sie hat agitirt, debattirt, resolutionirt, petitionirt und schließlich demonstrirt, aber das muß jede politische Partei, welche Lebens-

Digitized by Google

fähigkeit bekunden will. Das ist aber auch Alles, was sie sich zu Schulden kommen ließ.

Was die Erstürmung der Hofburg, die Besetzung der Pulverthürme anlangt, so sind das Erfindungen phantasiereicher Köpfe, auf die ich nicht näher eingehen will. Es kann Niemanden von uns nachgewiesen werden, daß er eine solche Idee gehabt oder sich angeschickt hätte, eine solche auszuführen.

Ich will nur noch bemerken, daß der ruhigen und natürlichen Entwicklung unserer Partei kein Hemmschuh in den Weg gelegt werden möge. Wenn man den Ideen freien Spielraum gewährt, haben sie Gelegenheit, sich zu bewähren; wenn man sie aber gewaltsam unterdrücken will, so werden sie zur Rebellion.

Möge der Richterspruch ausfallen wie er wolle, ich werde wie bisher zur guten Sache stehen, treu und unerschütterlich jetzt und alle Zeit meines Lebens. Ich erwarte mit ruhigem Gewissen den Ausspruch des hohen Gerichtshofes, denn ich bin mir keiner Schuld bewußt.

Pfeiffer: Ich habe nur einige Irrthümer der Anklage zu berichtigen. Es wurde behauptet, Leidesdorf hätte mir gesagt, er halte die Demonstration vom 13. December für eine ungesetzliche. Dieses Wort wurde von ihm durchaus nicht gebraucht. Er sagte nur, er halte es nicht für opportun, aber von einer Gesetzwidrigkeit hat er nie gesprochen. Ich bitte vielmehr sich in Erinnerung zu bringen, daß ich mit Zustimmung meiner Collegen, als wir beim Ministerpräsidenten Grafen Taaffe waren, an ihn die Worte richtete, wir werden unseren Einfluß dahin geltend machen, daß solche Demonstrationen sich nicht mehr erneuern; damit das aber möglich sei, sei es nothwendig, daß auch die Regierung ihrerseits etwas thue. Darin zeigt sich ganz klar, daß wir nicht die geringste Absicht einer Drohung hatten. Hätten wir drohen wollen, so würden wir nicht diese Worte gesprochen haben. Es liegt darin nichts weiter, als daß wir die Regierung aufmerksam gemacht haben auf die Stimmung und die Wünsche des Volkes. Ueberhaupt muß ich sagen, daß die Staatsbehörde ministerieller war, als das Ministerium selbst.

Präs.: Ich bitte, das geht weit über das letzte Wort. Ich bitte, jede Kritik zu unterlassen.

Digitized by Google

Pfeiffer (fährt fort): Die Staatsbehörde hat zur Grundlage ihrer Anklage eine Pression angenommen, die hätte ausgeübt werden sollen. Das Ministerium, wenigstens der Justizminister Dr. Herbst, hat erklärt, daß niemals eine Pression ausgeübt worden sei und das steht im Widerspruche mit dem, was die Staatsbehörde behauptet. Darin kann also kein Verbrechen der Gewaltthätigkeit und auch kein Vergehen liegen.

Häcker: Was ich entgegnen wollte, haben bereits meine Freunde gesagt.

Baudisch: Der Herr Staatsanwalt hat in seinen Ausführungen gesagt, daß die Demonstration vom 13. December eine wohlverabredete und beschlossene Action war, daß die Deputation schon vorher gewählt war, und daß mit Wissen gewaltthätig vorgegangen wurde. Nachdem auch meine Person in Frage kommt, ich aber kein Gewaltthäter bin (den Staatsanwalt fixirend) . . . . .

Präs.: Sehen Sie nur mich an.

Baudisch: . . . . . so möchte ich den Herrn Staatsanwalt fragen, ob er überhaupt einen Beweis geliefert oder es nur mit etwas begründet hat, daß diese Anklage auch meine Person trifft.

Präs.: Darüber wird der Gerichtshof entscheiden.

Baudisch (fährt fort): Wenn es nun keine verabredete Action war, was habe ich für ein Interesse dabei gehabt? Der Gang auf den Paradeplatz kann Neugierde gewesen sein, aber dort war es dieses nicht mehr, als ich mich in die Deputation gewählt sah und die Freude hatte, Zurufe zu hören, daß ich durch das Vertrauen der Arbeiter in die Deputation gewählt bin.

Ich möchte den Zweck, den ich dabei verfolgte, dem hohen Gerichtshofe vor Augen führen. Einige Wochen vorher wurde ich von meinen Fachgenossen in eine Deputation zu Seiner Excellenz dem Minister Giskra gewählt.

Damals war es, wo Herr Dr. Giskra mich aufmerksam machte, daß das Vorgehen der socialdemokratischen Partei in Eisenach staatsgefährlich und mit den Principien der österreichischen Monarchie nicht vereinbar sei. Herr Dr. Giskra sagte mir weiter: Alle Freiheiten dürfen Sie zu erringen suchen, welche mit der monarchischen Staatsform im Einklange stehen. Diese Worte habe ich verstanden, und bei einem Blicke in die Petition sah ich Forderungen, welche ich mit vollstem Bewußtsein acceptirte, da ich sah, daß diese Forderungen mit der

Digitized by Google

monarchischen Staatsform ganz in Einklang zu bringen sind. Diese Forderungen mögen allerdings nicht in der Reihenfolge gesetzt gewesen sein, wie ich es gewünscht hätte. Es war nämlich von der Coalitionsfreiheit, von dem Vereins- und Versammlungsrechte und zuletzt von dem allgemeinen gleichen directen Wahlrechte die Rede. Nun weiß ich wohl, daß Gesetze nur durch Zustimmung des Reichsrathes und die Sanction der Krone zu Stande kommen. Ich hätte daher in die Petition geschrieben: Wir verlangen das allgemeine gleiche und directe Wahlrecht, denn ich weiß, daß wir die anderen Gesetze nie vom gesetzgebenden Körper erlangen, so lange wir nicht das allgemeine gleiche und directe Wahlrecht haben. Ich habe auch in einer Versammlung vor nicht langer Zeit gesagt: Ich erwarte nichts vom Reichsrathe, nichts von der Regierung, aber ich habe mich überzeugen wollen, ob die Regierung geneigt sein werde, einige Wünsche des Volkes zu gewähren. Ich habe das, nachdem ich mit Sr. Excellenz dem Minister des Innern gesprochen habe, von Sr. Excellenz dem Herrn Ministerpräsidenten hören wollen, und das war der Grund, warum ich die Wahl in die Deputation angenommen habe, und nichts Anderes. Es war keine böse Absicht dabei, es war eine Ableitung für die Masse. Es kann mir Niemand eine böse Absicht unterschieben. Niemand kann mir sagen, daß ich je in meinem Leben eine böse Absicht gehabt habe. Ich habe immer gesprochen, wie ich denke. Mein Gewissen, mein Gemüth ist ruhig, und ich hoffe, daß Sie mich von jeder Schuld freisprechen.

Oberwinder: Ich habe noch etwas vergessen. Der Herr Staatsanwalt hat sich auf Zusendungen bezogen, von denen in einem Briefe die Rede ist. Dieser Brief, möchte ich bemerken, ist aus Oberweiler.

Präs.: Sie haben das bereits aufgeklärt und es ist uns noch im Gedächtnisse.

Herr Pabst!

Pabst: Ich verzichte.

Präs.: Herr Eichinger!

Eichinger: Ich habe nur zu bemerken, daß die löbliche Staatsbehörde sich erst dann einzuschreiten bewogen gefunden hat, nachdem wir in den Verdacht kamen, daß wir die Rädelsführer der Demonstration sind und erst, nachdem die Untersuchung klar herausgestellt hat, daß dem nicht so sei, hat sich die löbliche Staatsbehörde auf den

Digitized by Google

Inhalt der Petition beschränkt. Ich erlaube mir zu bemerken, daß zu jedem Verbrechen eine böse Absicht gehört. Sie werden nun, hoher Gerichtshof, aus dem Berichte der Polizeidirection in Simmering entnommen haben, daß diese böse Absicht nicht vorliegt, und daß von meiner Seite nicht die geringste Anregung zur Demonstration gegeben wurde. Ich bin hereingegangen, um im Interesse meiner Collegen einzuschreiten. Der Herr Staatsanwalt gibt selbst zu, daß die Masse erregt war. Wir haben dieser Erregtheit einen Dämpfer aufgesetzt, und das geschah durch die Petition. In der Ueberreichung derselben sahen wir das einzige Mittel, um auf die Masse einzuwirken. Es lag in den Verhältnissen begründet, daß wir nicht lange überlegen konnten. Wir durften die Masse nicht lange warten lassen und konnten uns nicht der Gefahr aussetzen, daß der Herr Ministerpräsident, von dem wir wußten, daß er eben zu Hause ist, wieder weggeht und wir unverrichteter Dinge zurückkehren.

Wir haben wie Männer gehandelt, wie man überhaupt handeln kann in der Lage, in der wir uns damals befanden, und ich sehe mit Ruhe dem Urtheilsspruche entgegen.

Präs.: Herr Perrin!

Perrin: Mir kann, glaube ich, kein Verbrechen zur Last gelegt werden. Ich habe keine Karten gefordert, man hat sie mir zugeschickt, ich habe aber keine ausgegeben, sondern dieselben sogleich vertilgt. Hätte ich sie verwenden wollen, dann hätte ich, sowie Schönfelder, doch wenigstens eine für mich ausgefertigt. Ich habe jedoch dies nicht gethan, und bei der Hausdurchsuchung, welche mir überraschend gekommen ist, hat man gar nichts gefunden, weil ich eben alle Karten früher vertilgt habe.

Präs.: Herr Dorsch!

Dorsch: Ich habe der Vertheidigung nichts hinzuzusetzen und sehe getrost dem Richterspruche entgegen.

Präs.: Herr Berka!

Berka: Nach den so kräftigen und wahrheitsgetreuen Ausführungen meines Vertheidigers, Herrn Dr. Mauthner, verzichte ich auf jedes weitere Wort. Ich muß es dem hohen Gerichtshofe anheimstellen, ob ein Mann, der eine rothe Karte besitzt, auf der geschrieben steht: „Socialdemokratische Partei", einen Hochverrath begangen hat oder nicht. Ich sehe diesem Urtheile getrost entgegen.

Präs.: Herr Schönfelder!

Digitized by Google

Schönfelder: Ich verzichte auf das Wort.

Präs.: Herr Gehrke!

Gehrke: Ich schließe mich der Vertheidigung an.

Präs.: Herr Schäftner!

Schäftner: Ich verzichte auf das Wort.

Präs.: So wird nunmehr der Gerichtshof das Erkenntniß in Berathung ziehen und dasselbe nächsten Dienstag, 10 Uhr Vormittags, kundmachen.

(Schluß der Verhandlnng 8 Uhr 45 Minuten.)

Zwölfter Verhandlungstag.

Nachdem der Gerichtshof um 10 Uhr Vormittags im Saale erschienen war, verkündete der Vorsitzende Herr Landesgerichtsrath Schwaiger nachstehendes Urtheil:

Im Namen Seiner Majestät des Kaisers!

Das k. k. Landesgericht in Wien hat in der Untersuchungs-Angelegenheit gegen Heinrich Oberwinder und Genossen wegen des Verbrechens des Hochverrathes, rücksichtlich der Verbrechen der öffentlichen Gewaltthätigkeit und der Vorschubleistung, nach der am 4. Juli d. J. begonnenen und am 15. d. M. zu Ende geführten Verhandlung zu Recht erkannt:

Heinrich Oberwinder, Andreas Scheu, Johann Most und Johann Pabst sind des Verbrechens des Hochverrathes im Sinne des §. 58 lit. b St. G. schuldig und werden nach §. 59 lit. b zweiter Absatz unter Anwendung des §. 286 St. P. O. verurtheilt, und zwar:

Heinrich Oberwinder zu sechs Jahren — (Große Bewegung im Auditorium, Zeichen der Sensation).

Präs. (mit erhobener Stimme): Nur ein Symptom, nur Ein Hauch, und der rückwärtige Theil des Saales ist geräumt! (Nach einer Pause fortfahrend:) Heinrich Oberwinder zu sechs Jahren schweren Kerkers, verschärft mit einem Fasttage in jedem Monate; Andreas Scheu, Johann Most und Johann Pabst zu je fünf Jahren schweren Kerkers, verschärft nach dem Gesetze vom 15. November 1867 mit Einem Fasttage in jedem Monate. Gleichzeitig hat

Digitized by Google

der Gerichtshof beschlossen, die Acten, Andreas Scheu, Johann Most und Johann Pabst betreffend, dem hohen Obergerichte zur weiteren Milderung vorzulegen, weil dem Landesgerichte die Befugniß, die Strafe weiter herabzusetzen, nicht zusteht.

Johann Pabst ist des Verbrechens der Vorschubleistung nicht schuldig; Heinrich Perrin ist des Verbrechens des Hochverrathes im Sinne des §. 58 b nicht schuldig; Martin Berka, Johann Schönfelder, Friedrich Häcker sind des Verbrechens des Hochverrathes im Sinne des §. 58 b nicht schuldig; hingegen sind die drei Letztgenannten, sowie Johann Baudisch, Leopold Schäftner, Friedrich Pfeiffer, Ferdinand Dorsch, Ludwig Eichinger und Heinrich Gehrke schuldig des Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit im Sinne des §. 76 St. G. und werden nach §. 77, und zwar Martin Berka unter Anwendung des §. 54 St. G. zu sechs Monaten schweren Kerkers mit Einem Fasttage in jedem Monate, Johann Schönfelder unter Anwendung der §§. 54 und 55 St. G. zu vier Monaten schweren Kerkers, Friedrich Häcker unter Anwendung des §. 54 St. G. zu zwei Monaten Kerkers, Johann Baudisch unter Anwendung der §§. 54 und 55 St. G. zu drei Monaten Kerkers und Einem Fasttage in jedem Monate, Leopold Schäftner unter Anwendung des §. 54 St. G. zu drei Monaten Kerkers, Friedrich Pfeiffer unter Anwendung des §. 54 St. G. zu acht Monaten schweren Kerkers mit Einem Fasttage, Ferdinand Dorsch unter Anwendung des §. 54 St. G. zu zehn Monaten Kerkers, Ludwig Eichinger unter Anwendung des §. 54 St. G. zu drei Monaten Kerkers und Heinrich Gehrke unter Anwendung der §§. 54 und 55 St. G. zu zwei Monaten Kerkers und zwei Fasttagen in jedem Monate verurtheilt. Die Verurtheilten haben die Kosten des Strafverfahrens zu tragen. Oberwinder und Most werden aus sämmtlichen Kronländern des österreichischen Kaiserstaates verwiesen. Die mit Beschlag belegten 1000 fl. sind, da sie nicht Eigenthum eines der Angeklagten und die Person, der sie gehören, nicht der Judicatur eines hiesigen Gerichtes untersteht, dem Erleger zurückzustellen.

Gründe.

Der Präsident begründet dieses Erkenntniß in nachfolgender Weise:

Es konnte selbstverständlich nicht Aufgabe des Gerichtshofes sein, über den Werth oder Unwerth socialer Theorien, Principien und Ideen, über

Digitized by Google

welche selbst noch die Wissenschaft im Streite liegt, ein Urtheil auszusprechen, sondern der Gerichtshof hat sich lediglich auf das Gebiet von Thatsachen und deren Subsumirung unter das Gesetz beschränkt.

Bezüglich des objectiven Thatbestandes des Hochverrathes stellt sich die Frage dahin, ob etwas unternommen wurde, was auf eine gewaltsame Aenderung der Regierungsform in Oesterreich angelegt war. Die Anklage behauptet nun, daß Diejenigen, welche sich die Einführung, Verbreitung und Durchführung des Eisenacher social-demokratischen Programmes in Oesterreich zur Aufgabe setzten, allerdings eine im Sinne des §. 58 lit. b strafbare Handlung begangen hätten. Es fragt sich daher weiter, ob der Inhalt dieses Programmes ein solcher sei, daß dessen Durchführung in unserem Staate nothwendig eine gewaltsame Aenderung der daselbst bestehenden Regierungsform zur Folge haben müsse und ob eine solche Aenderung in der Absicht der Verfasser und in den Mitteln der Verbreiter dieses Programmes gelegen gewesen sei.

Was nun den Inhalt des Programmes selbst anbelangt, so enthält es die Grundsätze, nach denen die seinerzeit in Eisenach versammelt gewesenen Delegirten der Socialdemokraten deutscher Zunge die Bewegung ihrer Partei normirt wissen wollten. Nun enthält der erste Punkt des Programmes die Erstrebung des freien Volksstaates und nach den in Eisenach und anderwärts darüber gepflogenen Debatten unterliegt es keinem Zweifel, daß darunter nur die demokratische Republik gemeint sei, wie denn das Wort „freier Volksstaat" nach seinem deutlichen und nicht zu bezweifelnden Inhalte nur einen solchen Staat meinen kann, in welchem das Volk und nur das Volk alle Gewalten, sowohl die gesetzgebenden als die vollziehenden, in sich faßt.

Die diesfälligen Ausflüchte einiger Angeklagten, als sei dem nicht so, sind durchaus leere.

Nachdem aber ein weiterer Programmpunkt die Bestimmung enthält, daß jedes Mitglied der Partei sich verpflichtet, mit ganzer Kraft für die in dem Punkte 2 von 1 bis 6 angeführten Grundsätze einzutreten, und da der erste dieser Grundsätze dahin lautet: „Die heutigen politischen und socialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit der größten Energie zu bekämpfen", und der Punkt 4 die sociale Frage von der politischen als untrennbar und ihre Lösung nur im demokratischen Staate als möglich erklärt, so folgt aus dem Zusammenhalte dieser beiden Programmpunkte, daß die im ersten Programmpunkte aufgestellte Staatsform für die ausschließlich zur Erreichung dieser Zwecke geeignete anerkannt wird, daher ebenso wie die sub II aufgestellten Grundsätze mit der größten Energie zu erkämpfen ist.

Es liegt daher in der Natur der Sache, daß schon die Durchführung des Programmes eine gewaltsame Action in ihrer Berechnung haben müsse, weil es nicht denkbar ist, daß die energische Erstrebung eines der österreichischen Staatsinstitution diametral entgegengesetzten Staaatsprincipes ohne gewaltsamen Conflict geschehen könne.

Ist nach dem Vorangeführten schon der Inhalt des Programmes ein solcher, daß dessen Durchführung in Oesterreich die Anwendung gewaltsamer

Digitized by Google

Mittel in sich schließt, so liegt in der Organisation einer Partei in Oesterreich zu diesem Zwecke ein Unternehmen zu Tage, welches gleichfalls die Merkmale §. 58 lit. b St. G. in sich schließt. Außerdem wird diese Anschauung des Gerichtshofes durch die von den Leitern dieser Partei an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten öffentlich geschehenen Kundgebungen vollkommen bestätigt.

Von den zahllosen Belegen dieser Art, wie sie aus den verlesenen Schriftstücken hervorgehen, sei hier nur erwähnt, daß in vertraulichen Briefen in sarkastischer Weise auf ein Familien-, auf ein Hochzeitsfest hingewiesen wird, daß in öffentlichen Organen auf einen Kampf hingewiesen wird, gegen den alle bisherigen Revolutionen Kinderspiele gewesen seien, daß die Gewalt gegen die sogenannten Staaten zur Pflicht gemacht und ein gesetzlicher Widerstand für Spott und Hohn erklärt wird u. dgl. m.

Auch ist, nach den Debatten in Eisennach zu schließen, die Organisation zugleich einheitlich und localer Natur, wodurch das Bestehen der einzelnen für die Grundsätze der Partei wirkenden Vereine gesichert werden sollte.

Auch ist sie eine solche, daß in dem Heranziehen einer physischen, jeden Widerstand überwältigenden Masse die vorzugsweise Macht zur Durchführung des letzten Zieles gesucht wird.

Auch die Art und Weise der Agitation für das erwähnte Programm ist eine solche, welche die früher erwähnte Anschauung rechtfertigt, denn sie wendet sich zunächst an die Leidenschaften der großen Massen; es wird ihr Haß und Verachtung gegen das Bestehende eingeflößt und ihr ein glücklicher Zustand erst durch die Verwirklichung der Programmpunkte in Aussicht gestellt.

Wenn endlich die von verschiedenen Seiten im Laufe der Schlußverhandlung gemachten Andeutungen über ein gewaltsames Vorgehen zur Erreichung des Eingangs erwähnten Zweckes erwogen werden, so konnten dieselben die Ueberzeugung des Gerichtshofes nur nach der Richtung bestärken, daß, wenn auch noch nicht ein bestimmter revolutionärer Plan im Werke war, doch eine gewaltsame Erhebung in den leitenden Kreisen der Partei Gegenstand der Erwägung und ernster Erörterung war.

Ein Programm nun, welches seinem Inhalte nach ein gewaltsames Vorgehen gegen die Einrichtungen des Staates, in dem es zur Geltung kommen soll, in sich schließt, welches zur Durchführung das Gewicht der großen Masse voranstellt, welches nach den eigenen Aeußerungen der Parteiführer auf gewaltsames Vorgehen angewiesen ist, welches endlich durch die Vorspiegelung künftigen Glückes und Entstellung der gegenwärtigen staatlichen Verhältnisse die Leidenschaften der großen Masse aufwiegelt: ein solches Programm muß, sobald es Gegenstand der Einführung und Ausbreitung in Oesterreich wird, den Thatbestand des Hochverrathes nach §. 58 lit. b des Strafgesetzes begründen.

Was die Schuld der einzelnen Angeklagten an diesem Verbrechen betrifft, welche sich übrigens sämmtlich als Socialdemokraten bekennen, so muß in dieser Beziehung der Nachweis einer von ihnen gesetzten und auf das oberwähnte hochverrätherische Unternehmen gerichteten Handlung geliefert sein, andererseits aber auch nachgewiesen sein, daß der Handelnde in voller Kennt-

Digitized by Google

niß des Zieles der Bewegung und der zu seiner Erreichung vorausgesetzten Mittel sich befunden habe.

In diesem Sinne erscheint der Angeklagte Heinrich Oberwinder des gedachten Verbrechens schuldig, denn er war mit der socialdemokratischen Bewegung und ihren Häuptern, welche die Erkämpfung der politischen Macht, die sociale Umwälzung erreichen will, auf das innigste vertraut; aus diesem Grunde kannte er auch jederzeit Inhalt und Umfang des Zieles und die dabei zu verwendenden Mittel; er erscheint, befremdend genug, am Nürnberger Arbeitertage nebst Hartung als Delegirter des österreichischen Agitationscomités. Ebenso erscheint er nebst Scheu als Delegirter auf dem Eisenacher Congresse für die österreichischen Socialdemokraten, nimmt thätigen Antheil an dem Zustandekommen der dortigen Beschlüsse und erklärt Oesterreich als einen geeigneten Boden zur Durchführung des Programmes, weil es in einem Zersetzungsprocesse begriffen sei; er nimmt eine Stelle im Präsidium ein; er wird in das Comité zur Verfassung des Aufrufes an die ländliche Bevölkerung gewählt, und er ist es, der durch das wichtigste Agitationsmittel, die Tagespresse, das Eisenacher Programm in Oesterreich zur Geltung bringen will; ja, sein Erscheinen und Verweilen in Oesterreich selbst läßt sich nur durch Agitationszwecke erklären. (Scheu schüttelt lächelnd den Kopf.)

Präs.: Kommt Ihnen das erheiternd vor, Herr Scheu? Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ich das Recht habe, Sie abführen zu lassen und die Begründung des Urtheiles in Ihrer Abwesenheit fortzusetzen.

Scheu (sich erhebend): Aber wenn ich mit dem Kopfe schüttle, so stört das doch Niemanden.

Präs.: Sie haben Herrn Oberwinder lächelnd angesehen, ich habe es bemerkt, ich habe gute Augen.

Der Präsident fährt fort:

Er stand daher jedesmal auf der Höhe der Situation und mußte wissen, um was es sich handle und mit welchen Mitteln gewirkt werden solle. Seine Correspondenz mit Liebknecht, Bebel und Ladendorf, seine Mitwirkung am „Felleisen", die durch nichts hinwegzuleugnen ist, das Angreifen der „Volksstimme" im obigen Journale und die Subvention für das von ihm und Hartung als Parteiorgan herausgegebene Journal „Volksstimme" aus einem Fonde, der offenbar nur große revolutionäre Zwecke verfolgt; sein bedeutender Einfluß auf die hiesigen Arbeiterkreise, deren unsichtbares Oberhaupt er von einem Parteigenossen selbst genannt wird — alle diese Umstände zusammen, deren Bestand der Angeklagte selbst nicht in Abrede stellen kann, sind geeignet, den Schuldausspruch zu rechtfertigen, wenn auch der Angeklagte durchaus leugnet, daß das, was er gethan und wofür er gewirkt, die Merkmale des obengedachten Verbrechens an sich trage, und daß zwischen seinem Handeln und dem ihm zugemutheten Zwecke ein Causalnexus bestände.

Obwohl ferner hinlängliche Verdachtsgründe vorhanden sind, anzunehmen, daß die Demonstration vom 13. December v. J., deren strafbarer Charakter später erörtert werden wird, mit Wissen und Willen des Ober-

Digitized by Google

winder vor sich gegangen sei, ja ohne sein Zuthun gar nicht vor sich gehen konnte, so kann dieser Act ihm nicht als besonderes Verbrechen der öffentlichen Gewaltthätigkeit angerechnet werden, da er in dem höheren Begriffe des Hochverrathes aufgeht und nur ein Symptom bezeichnet. Was die Strafbarkeit betrifft, so kann gegen ihn nur die Straftategorie des zweiten Absatzes lit. b des §. 58 St. G. in Anwendung kommen, weil, wie hervorragend auch die Thätigkeit des Oberwinder sein mag, er dennoch mit Rücksicht auf die internationale Seite der Bewegung nur ein Glied in einer großen Kette darstellt.

In gleicher Weise muß auch Scheu des obengedachten Verbrechens des Hochverrathes nach lit. b des §. 58 St. G. schuldig erkannt werden, denn auch er gehört zu den hervorragenden Führern der Arbeiterpartei und entwickelte als Agitator für socialdemokratische Zwecke eine unermüdliche Thätigkeit; er war gleichfalls Delegirter in Eisenach und wußte sich Mandate von nahezu 100.000 Arbeitern zu verschaffen; beim Congresse selbst fungirte er als Schriftführer und nahm auf die Beschlüsse entscheidenden Einfluß, nicht allein durch seine Rede, sondern auch dadurch, daß er seine zahlreichen Mandate unter seine Gesinnungsgenossen vertheilte; er war endlich durch Anwerbung von Mitgliedern in Oesterreich zum Beitritte an die Eisenacher Beschlüsse thätig, was er selbst zugesteht. Bei seinem Einflusse auf die socialdemokratischen Arbeitergenossen und seiner genauen Kenntniß des Zieles und der Mittel der Bewegung, sowie mit Rücksicht auf seine bisherige Thätigkeit muß daher auch auf ihn der oben ausgesprochene Grundsatz in Betreff der bösen Absicht Geltung finden.

Was die übrigen wegen Hochverrathes Angeklagten betrifft, so fällt ihnen zur Last, theils daß sie für das Eisenacher Programm hierlands Mitglieder geworben, theils selbst dem Congreßstatute als Mitglieder beigetreten seien. In beiden Handlungen liegt allerdings der objective Thatbestand des mehrgedachten Verbrechens des Hochverrathes.

Aber in Bezug auf die subjective Seite desselben, die Schuld, muß untersucht werden, ob den betreffenden Angeklagten der nothwendige Causalnexus zwischen ihrer Handlung an und für sich und dem damit verknüpften Zwecke, den hiezu vorausgesetzten Mitteln und den wahrscheinlich oder nothwendig daraus entspringenden Folgen klar gewesen sei, mit Einem Worte, ob ihnen das strafbare Moment der von ihnen gesetzten That entschieden deutlich vor Augen lag.

Es ist hiezu insbesondere mit Rücksicht auf die Natur des in Frage stehenden hochverrätherischen Unternehmens eine geistige Operation nöthig, deren Vollzug außer Zweifel sein muß, soll ein Schuldausspruch erfolgen.

Was nun jene drei Angeklagten betrifft, die Mitglieder für das Eisenacher Statut angeworben haben, nämlich Johann Pabst, Johann Schönfelder und Heinrich Perrin, so gibt der Erstgenannte den Verschleiß von Mitgliederkarten zu; die beiden Anderen leugnen dieß, obgleich sie die Verwendung der zugestandenermaßen in ihrem Besitze befindlich gewesenen Karten nichts weniger als aufgeklärt haben. Bei den letztgenannten zwei Angeklagten fehlt daher der Beweis über die vorgenommene Anwerbung von Mitgliedern und was ihren eigenen Beitritt betrifft, so fehlt das oben angedeutete subjective

Digitized by Google

Erforderniß nach ihrer an den Tag gelegten Bildungsstufe gänzlich; sie können daher nach §. 58 lit. b St. G. um so weniger schuldig gesprochen werden, als bei ihnen außerdem der Nachweis fehlt, daß sie den Inhalt und die Bedeutung des Eisenacher Programmes in Beziehung auf ihren Beitritt geistig in sich aufgenommen haben.

Was aber den Angeklagten Pabst betrifft, so war derselbe Secretär des Wiener Arbeiterbildungsvereines, eines Vereines von eminent politischem Character und des Centrums für alle socialdemokratischen Bestrebungen in Oesterreich.

Er hatte daher nach seiner Stellung mehr als irgend einer Kenntniß von den Zielen und Mitteln der Arbeiterbewegung.

Er hat bei der Schlußverhandlung mit Ostentation erklärt, daß er dem Eisenacher Programme vollkommen beistimme und daß er selbst zu einer Zeit, als die Eisenacher Statuten vom Minister des Innern für staatsgefährlich erklärt worden waren, noch Mitglieder dafür angeworben habe. Er war es auch, welcher aus der Arbeitercasse einen Cautionsbetrag von 1000 fl. für die „Volksstimme" vorschoß und welcher zur Zeit, als gegen Scheu die Untersuchung in Reichenberg schwebte, die ihm bedenklich scheinenden Broschüren, Zeitungen u. dgl. aus der Wohnung des Letzteren der gerichtlichen Nachforschung entzog; wenn auch die letztere Handlungsweise nicht als Verbrechen angesehen werden kann, weil Scheu zu jener Zeit nur wegen einer Uebertretung in Untersuchung stand, so ist doch nicht zu verkennen, daß Pabst die Schriften und Druckwerke des Scheu im Hinblicke auf wichtigere Zwecke der Association entfernte, und er muß deßhalb, da die vorausgeschickten thatsächlichen Umstände von ihm zugestanden werden, gleichfalls des Hochverrathes schuldig erkannt werden, da die böse Absicht bei ihm nach § 68 St. P. O. mit Rücksicht auf seine persönlichen Eigenschaften und die Art seiner Verantwortung angenommen werden muß.

Noch erschienen wegen Besitzes von Mitgliederkarten der mehrerwähnten Partei Most, Berka und Häcker des Hochverrathes angeklagt. In Bezug auf die letzteren Zwei kann der subjective Thatbestand aus den bei Schönfelder und Perrin angeführten Gründen nicht als erbracht angesehen werden, insbesondere nicht bei Häcker, da derselbe behauptet, die Karte erst ein paar Tage vor seiner Verhaftung erhalten und das Programm selbst nur aus den Untersuchungsacten kennen gelernt zu haben.

Anders aber verhält es sich bei Most; derselbe hat sich bei der Schlußverhandlung offen als Republikaner erklärt. Seine sowohl öffentlich gehaltenen Reden, als die bei ihm aufgefundenen und von ihm selbst verfaßten Schriftstücke athmen einen glühenden Haß gegen die gegenwärtige staatliche Ordnung. Er beurkundet keine gewöhnliche Geistesschärfe und einen entschlossenen Charakter. Er gibt die Uebereinstimmung mit den in Eisenach gefaßten Beschlüssen zu, und wenn er, wie er zugibt, als Mitglied diesen Beschlüssen beigetreten ist, so muß nach seinen persönlichen Eigenschaften angenommen werden, daß er die Pflichten einer solchen Mitgliedschaft in ihrer ganzen Tragweite übernommen habe und demgemäß auch zu handeln entschlossen sei. Ja, er hat dieß bei der Schlußverhandlung ausdrücklich erklärt. Bezeichnend für ihn ist auch, daß in seinen Schriften von

Digitized by Google

einem Kampfe bis auf's Messer die Rede ist, und bei einem Charakter wie Most ist diese Ausdrucksweise nicht, wie er glauben machen will, figürlich zu nehmen.

Illustrirt wird dieser Passus durch eine Notiz seines Tagebuches: „Soldaten gesprochen, die nicht auf Arbeiter schießen."

Es wurde auch ein Brief von ihm aufgefangen, worin es heißt: „Gestatten wir ihnen keinen Einblick in unsere Sache." — Was wäre zu verbergen, wenn es sich nicht um gesetzwidrige Acte handelte?

Die Heftigkeit, mit der er sich gegen die Zumuthung verwahrte, als hätten die Tendenzen des „Felleisen", von welchem übrigens einige Exemplare bei ihm gefunden wurden, mit ihm und seiner Partei etwas gemein, beweist eben, daß er die Wichtigkeit der in diesem Journale rücksichtslos auseinandergesetzten Ziele und Wege wohl erkannt und durch diese seine ablehnende Behauptung die Anklage abschwächen wollte, während es nach den zur Verlesung gekommenen Actenstücken außer Zweifel ist, daß das „Felleisen" ein eminentes Organ jener Partei ist, deren Grundsätze abzuleugnen Most in der Schlußverhandlung für eine Tactlosigkeit halten zu müssen erklärte.

Außerdem hat er noch zu einer Zeit, wo bereits die Eisenacher Beschlüsse für Oesterreich behördlich als staatsgefährlich erklärt wurden, fortwährend eingestandenermaßen wiederholte Agitationsreisen für Parteizwecke unternommen.

In Bezug auf das über den objectiven Thatbestand eben Gesagte muß daher Most des Verbrechens des Hochverrathes schuldig erkannt werden, da bei ihm das subjective Wissen und Erkennen des in einem solchen Beitritte liegenden strafbaren Momentes nach den obenerwähnten Umständen und Thatsachen umsomehr angenommen werden muß, als sein Erscheinen in Oesterreich nicht mit Unrecht eine personificirte Propaganda für die Republik genannt werden darf.

Was die Massenansammlung vom 13. December v. J. betrifft, so trägt sie im Vereine mit der durch eine aus ihrem Schoße hervorgegangene Deputation bei dem Ministerpräsidenten überreichten Petition zweifellos die Merkmale des im § 76 St. G. enthaltenen Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit. Vorerst ist zu bemerken, daß diese Massenansammlung eine keineswegs zufällige, sondern eine in den leitenden Kreisen der zur socialdemokratischen Partei gehörigen Arbeiter vorbereitete und beschlossene war. Lägen für diese Annahme auch nicht der deutlich sprechende Brief Reinert's, ferner die nach der beschworenen Aussage der Marie Podany gemachten Aeußerungen Hartung's, die nach der beschworenen Aussage des Zeugen Florencourt gestellte Anfrage Oberwinders, die bereits zur Entgegennahme einer dießfälligen Resolution auf denselben Tag einberufene Volksversammlung, endlich das von Scheu in Graz redigirte Telegramm, worin auch von Thaten die Rede ist, vor, so würde schon die Art und Weise der Ansammlung selbst, die sofort auf dem Platze versammelten Deputationsmitglieder und die Art der Verfassung der Petition ohneweiters darauf schließen lassen. Der Charakter der gefährlichen Drohung liegt in der Massenansammlung selbst, welche durch ihre Deputation mehrere Forderungen der weitestgehenden Art an die Regierung gelangen läßt; denn es ist dieß ein Appell an die physische Gewalt und

Digitized by Google

geeignet, die gemeine Sicherheit auf das ernstlichste zu gefährden. In Ergänzung dieser Bedrohung wird am Schlusse der Petition eine weitere Bedrohung unverblümt ausgesprochen, indem bei Nichterfüllung der gemachten Forderungen auf eine noch größere Ansammlung hingewiesen wird.

Keine Regierung kann eine Forderung in dieser Form hinnehmen, ohne damit die wichtigsten Staatsaufgaben zu gefährden.

Es müssen daher alle Angeklagten, welche diese Petition angesichts der versammelten Masse unterfertigt und überreicht haben, des obgedachten Verbrechens schuldig erkannt werden.

Die Ausflüchte Einzelner, daß sie nur gekommen wären, um die Ordnung aufrecht zu erhalten, ferner, daß die Massen zur Begrüßung des Reichsrathes gekommen wären, daß sie in dem Schlußsatze der Petition keine Drohung erblickt hätten und dergleichen mehr, sind wohl keiner Rücksicht würdig, da sie durch notorische Thatsachen widerlegt werden.

Uebrigens liegt der böse Vorsatz in diesem Falle in der Handlung selbst mit Bezug auf den Schlußsatz des §. 1 des St. G.

Der Gerichtshof hat bei Bemessung der Strafe bei dem Angeklagten Oberwinder als erschwerend seine den übrigen Angeklagten gegenüber hervorragende Thätigkeit, bei Scheu, Most und Pabst hingegen nichts als erschwerend angenommen. Dagegen als mildernd bei allen vier Angeklagten: 1. daß die hochverrätherische Unternehmung nicht von Erfolg begleitet war, sondern schon im Beginne ihrer Thätigkeit vereitelt wurde; 2. daß noch keiner eines Verbrechens wegen bestraft wurde; 3. das Geständniß mehrerer entscheidender thatsächlicher Umstände; 4. das mit Rücksicht auf das in Frage stehende Verbrechen immerhin als Milderungsgrund erscheinende jugendliche Alter.

Bei Scheu wurde mehr weniger auf die schuldlose Familie Rücksicht genommen. Der Gerichtshof ist daher in Erwägung der mildernden Umstände bei Oberwinder unter das gesetzliche Minimum von 10 Jahren herabgegangen, und hat Scheu, Most und Pabst die geringste Strafe zuerkannt, welche ihm nach dem Gesetze auszusprechen möglich war, dabei aber beschlossen, die Acten bezüglich dieser drei Angeklagten zur weiteren Milderung dem Obergerichte vorzulegen.

Bei Berta wurde als erschwerend angenommen, daß er durch seine Rede keinen unwesentlichen Anstoß zur Ansammlung vom 13. December v. J. gegeben hat; als mildernd das Geständniß, die bisherige Unbescholtenheit und die durch die Complicirung mit dem Hochverrathe herbeigeführte längere Untersuchungshaft.

Bei Schönfelder, Häcker, Schäftner, Baudisch, Gehrke, Dorsch und Eichinger wurde als erschwerend nichts angenommen, als mildernd das Geständniß des Thatsächlichen, die längere unverschuldete Untersuchungshaft, und bei Schönfelder, Baudisch und Gehrke die schuldlose Familie, bei Häcker und Schäftner das kaum überschrittene zwanzigste Lebensjahr, außerdem bei ihnen, sowie bei Baudisch, Gehrke und Dorsch das tadellose Vorleben.

Bei Pfeiffer wurde als erschwerend angenommen die wegen eines auf derselben Triebfeder beruhenden Verbrechens bereits erfolgte empfindliche Strafe, als mildernd das Geständniß des Thatsächlichen, sowie die längere unverschuldete Untersuchungshaft.

Digitized by Google

Die Verurtheilten haben auch nach §. 391 St. P. O. die Kosten des Strafverfahrens zu tragen.

Ich bin nach dem Gesetze verpflichtet, die Angeklagten darauf aufmerksam zu machen, daß sie das Recht haben, gegen dieses Urtheil sogleich oder binnen 24 Stunden die Berufung anzumelden, und daß ihnen nach Zustellung des Urtheiles eine Frist von acht Tagen zur Ausführung der Berufung zusteht.

Dr. Singer: Als Vertheidiger der Herren Oberwinder, Scheu, Most, Baudisch, Pabst und Häcker melde ich mit Zustimmung derselben die Berufung an.

Präs.: Im eigenen Namen oder im Namen der Angeklagten?

Dr. Singer: Im eigenen Namen.

Dr. Mauthner: Im Auftrage und nach Rücksprache mit meinen Clienten melde ich für Berka, Schönfelder, Schäftner, Pfeiffer, Dorsch, Eichinger, Gehrke vorläufig im eigenen Namen die Berufung an.

Präs.: Hat der Herr Staatsanwalt irgend einen Antrag zu stellen?

Staatsanw.: Die Staatsanwaltschaft hat in ihrem Schlußantrage das Strafausmaß dem Ermessen des hohen Gerichtshofes anheimgestellt und hiedurch gezeigt, daß sie an dem Ausmaße der zu verhängenden Strafe durchaus kein Interesse nehme und darauf kein Gewicht lege. In dieser Beziehung habe ich also nichts zu erinnern. Was jedoch den übrigen Theil des Urtheiles anbelangt, so melde ich, insofern als er mit meinem Schlußantrage nicht übereinstimmt, vorläufig die Berufung an.

Dr. Singer: Ich habe ferner als Vertheidiger des Perrin, welcher des Verbrechens des Hochverrathes angeklagt, jedoch nichtschuldig erklärt wurde, dann als Vertheidiger des Häcker, welcher lediglich des Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit schuldig, dagegen des Verbrechens des Hochverrathes nichtschuldig erklärt wurde, ferner als Vertheidiger des Johann Baudisch, welcher blos des Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit schuldig erklärt wurde, dem hohen Gerichtshofe bekanntzugeben, daß die Vertheidigung sich einstweilen vorbehält, den Antrag wegen Stellung der Angeklagten auf freien Fuß zu stellen.

Dr. Mauthner: Bezüglich meiner Clienten melde ich dasselbe an und bemerke, daß ich sofort nach Schluß der heutigen Verhandlung diesen Antrag einbringen werde.

Um $11\frac{1}{2}$ Uhr Vormittags erklärte der Vorsitzende die Verhandlung als geschlossen.

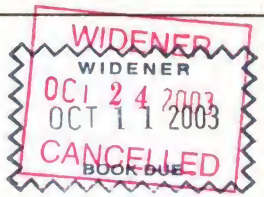
Digitized by Google

Digitized by Google

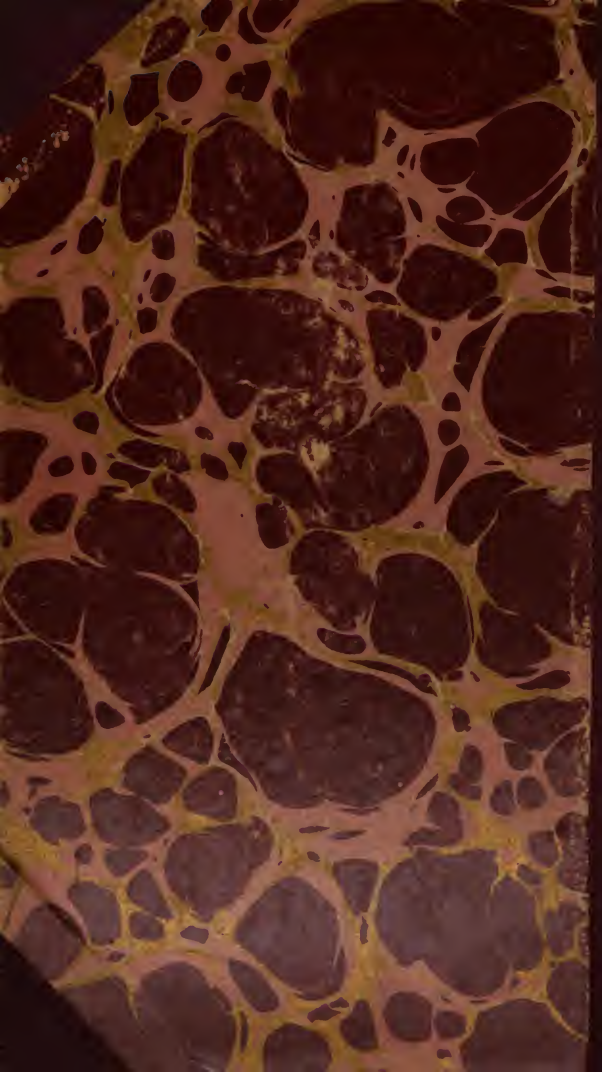
This book should be returned to the Library on or before the last date stamped below.

A fine of five cents a day is incurred by retaining it beyond the specified time.

Please return promptly.



Digitized by Google


Digitized by Google